

KULTURREPORT

EUNIC-JAHRBUCH 2014/2015

Europa: Festung oder Sehnsuchtsort?



Kultur und Migration

KULTURREPORT
EUNIC-JAHRBUCH
2014/2015



Ob Religion, Sprache, Erziehung, Ausbildung, Sport oder Medien – in der Kultur liegt der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Und hier könnten die Strategien in Europa kaum unterschiedlicher sein. Während es Anzeichen für eine Harmonisierung der zivilen und sozioökonomischen Integrationspolitik in Europa gibt, wird die kulturelle Dimension noch immer von nationalen Konzepten und Vorstellungen von Integration bestimmt. Welche Strategien haben sich bewährt? Wo liegen die Potenziale der Kultur und welche Konzepte braucht der Kontinent, um Migranten besser in Mehrheitsgesellschaften zu integrieren? Wie kann Europa den Widerspruch zwischen einer repressiven Flüchtlings- und einer rationalen Migrationspolitik auflösen? 40 Autoren aus 20 Ländern suchen nach Antworten.

Vorwort	
Barrieren überwinden <i>Von Sebastian Körber</i>	4
<hr/>	
Kapitel 1: Inklusion statt Ausgrenzung – Europa im Zeitalter von Flucht, Terror und Globalisierung	
<hr/>	
Dschihadismus, Integration und Kultur <i>Von Jochen Hippler</i>	10
Wer sind wir? <i>Von Francis Fukuyama</i>	17
Freiheit, Gleichheit und Intoleranz <i>Von Kai Hafez</i>	30
Europas Gespür für Menschlichkeit <i>Von Kenan Malik</i>	41
Brauchen wir eine neue Aufklärung? <i>Von Bassam Tibi</i>	47
Heimischwerdung des Islam <i>Von Bassam Tibi</i>	59
Pakt mit dem demokratischen Gemeinwesen <i>Von Bernd Reiter</i>	66
Die Ausgegrenzten der Moderne <i>Von Zygmunt Bauman</i>	73
Menschenrechte und die Kritik der „Humanitären Vernunft“ <i>Von Seyla Benhabib</i>	89

Kapitel 2: Kultur und Migration in Europa – Wo wir sind und wo wir hin wollen

Das Ende des Multikulturalismus in Europa? <i>Von Christian Joppke</i>	104
Reise nach Jerusalem <i>Von Heribert Prantl</i>	112
Ein Prost auf den Cocktail der Identitäten <i>Von Aurelie Brökerhoff, Phoebe Griffith, Mike Hardy</i>	128
Mehr Teilhabe, mehr Interaktion <i>Von Ricard Zapata-Barrero</i>	135
Für ein gerechtes Mobilitätsregime <i>Von Ricard Zapata-Barrero</i>	141
Schwieriger Spagat <i>Von Hela Khamarou</i>	147
Einwanderungskontinent Europa <i>Von Isabel Schäfer</i>	153
Mehr Mut zu einer ganzheitlichen Politik <i>Von Bernd Hemingway, Lisa Wortmeier und Florian Forster</i>	160
Die Macht der Medien <i>Von Anne Grüne</i>	166
Hebel oder Hemmschuh <i>Von Louis Reynolds</i>	173
Anregende Verstörungen <i>Von Richard Sennett</i>	179
Quelle der Hoffnung <i>Von Grant Jarvie und Hector Mackie</i>	184
Die Rückkehr der Landsleute <i>Von Christin Hess</i>	189
Multikulturalismus à la Kanada <i>Von Stéfanie Lévesque</i>	195
Zwischen Kontrolle und Tabu <i>Von Claus Leggewie</i>	199

Kapitel 3: Einwanderungskontinent Europa – Mehr Heimat, weniger Hysterie

Nichtkontrollierbares Naturphänomen <i>Von Umberto Eco</i>	210
Inklusion statt Hysterie <i>Von Tanja Dückers</i>	217
Über das Mare Nostrum zum gelobten Kontinent <i>Von Slavenka Drakulić</i>	225
Wovon reden wir, wenn wir von uns reden <i>Von Beqë Cufaj</i>	240
Ein Europa mit zwei Gesichtern <i>Von Rindert de Groot und Farid Tabarki</i>	252
Keine neue Welt ohne neue Sprache <i>Von Alban Lefranc</i>	260
Made in Europe <i>Von Jia</i>	266
Der weite Weg vom Ich zum Wir <i>Von Michael Gleich</i>	274
Angela, hab Erbarmen! Dies und andere Stücke <i>Von Mely Kiyak</i>	224/233/237/258

Kapitel 4: EUNIC und die nationalen Kulturinstitute – Ihr Beitrag für erfolgreiche Einwanderung

Möglichkeiten der Migration <i>Von Martin Eichtinger</i>	284
Sprache und Integration <i>Von Costanza Menzinger</i>	289
EUNIC-Jahresbericht mit einer Einleitung von EUNIC-Präsidentin <i>Annika Rembe</i>	293
Impressum	302

Bildreportage Hoyerswerda von Espen Eichhöfer

Anfang der 90er-Jahre galt die ostdeutsche Stadt Hoyerswerda als brauner Fleck auf der deutschen Landkarte. Flüchtlinge verließen geschlossen die Stadt, nachdem ihre Unterkünfte tagelang mit Molotowcocktails attackiert worden waren. Jetzt hat die Stadt ein neues Asylbewerberheim eröffnet. Der Fotograf Espen Eichhöfer war vor Ort. Die Fotos der Bildstrecke in diesem Band stammen von seiner Reise.

Barrieren überwinden

Migration und Mobilität spielen in unserer heutigen Gesellschaft eine in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Rolle. 232 Millionen Menschen leben laut UN-Statistiken in einem anderen Land als ihrem Geburtsland. Migration ist für alle Beteiligten ein mehr oder weniger dramatischer Prozess des Wandels, in erster Linie für die Migranten, die ein Leben in einem fremden Land beginnen, aber auch für die Aufnahmegesellschaft, die sich mit der wachsenden Vielfalt auseinandersetzen muss. Dies wirft fundamentale Fragen auf: wie geht eine Gesellschaft mit diesem Wandel um? Wie können wir die Akzeptanz von Einwanderern und Flüchtlingen in der Bevölkerung erhöhen? Wie kann kulturelle Vielfalt zum Vorteil der Herkunfts- und Zielländer, aber auch der Migranten genutzt werden?

Umberto Eco unterscheidet in seinem Beitrag zu diesem Band zwischen Migration und Immigration. Während Immigration sich auf die Einwanderung von Einzelnen bezieht und politisch steuerbar sei, handle es sich bei Migration um ein unkontrollierbares Naturphänomen. „Die dritte Welt klopft an den Pforten Europas, und sie kommt herein, ob es Europa will oder nicht“, beschreibt Eco die Lage mit drastischen Worten. Europa werde zu einem farbigen Kontinent. „Ob uns das passt oder nicht, spielt keine Rolle. Wenn es uns gefällt, umso besser. Wenn nicht, wird es trotzdem, so kommen.“ Aber da er in Dimensionen von Jahrhunderten denke, bleibe schon noch etwas Zeit, sich darauf vorzubereiten.

„Europa, wir haben ein Problem“, meldet

auch der Friedensforscher Jochen Hippler. Die Spannungen rund um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Salafismus und Dschihadismus seien nur zu lösen, wenn man sie politisch, gesellschaftlich und kulturell zugleich angeht. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, berühmt geworden durch seine These vom „Ende der Geschichte“, die er 1989 zu früh ausgerufen hatte und später zurücknehmen musste, pflichtet ihm bei: Radikaler Islamismus und Dschihadismus sind vor allem eines: Reaktionen auf die Identitätssuche von im Westen lebenden Muslimen. Muslimische Gesellschaften selbst hätten in der Regel meist tolerantere Traditionen als die christlichen Gesellschaften, aber insbesondere Europa erschwere den Neuankömmlingen mit anderem ethnischen und religiösen Hintergrund, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu entwickeln. Ein Dialog über Identität sei überfällig, auch wenn dieses Thema in einigen Ländern wie Deutschland angesichts ihrer eigenen Geschichte heikel sei.

Der 1925 in Posen geborene Soziologe und Adorno-Preisträger Zygmunt Bauman weist in einem wütenden Beitrag darauf hin, dass die Aushöhlung von Identität und Solidarität zwar reale Phänomene seien, die ihre Ursache aber in viel umfassenderen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen hätten. Auch Claus Leggewie, Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen, führt den Migrationsdruck in erster Linie auf die Transnationalisierung der Arbeitsmärkte zurück. Er erinnert an die Deportation von Zwangsarbeitern im Zweiten Weltkrieg und macht deutlich, dass auch heute Arbeitskräfte in bisweilen sklavennähnlicher Weise ausgebeutet werden. Dies führe zu einem eklatanten Widerspruch: Die reichen Länder des Nordens gieren aus ökonomischen Gründen nach Arbeitskräften aus dem globalen Süden, zugleich schotten sie sich aus sicherheitspolitischen Erwägungen und aus

kulturellen Überfremdungsängsten ab.

Besonders dramatisch wirkt sich dieser Widerspruch am Mittelmeer aus. 20.000 Menschen seien seit 1988 beim Versuch, nach Europa zu gelangen, ums Leben gekommen, so der Brite Kenan Malik, zwei Drittel davon ertranken im Mittelmeer. Und wie haben die europäischen Nationen reagiert? Sie haben die Festung gestärkt und inzwischen sogar die Seenotrettungsoperation Mare Nostrum der italienischen Marine eingestellt, klagt der Wissenschaftspublizist. Nicht nur aus akademischen Erwägungen werde es Zeit, diese Barrieren durch eine rationale Einwanderungspolitik aufzuheben.

An dieser Stelle sind sich alle Autoren einig. Über die Frage, wie man nun mit all den Menschen umgeht, die in Europa nach einem besseren Leben streben, ist eine konstruktive und zielführende Debatte nötig, sei es um tatsächlichen Gefahren für die Gesellschaft entgegenzuwirken oder auch nur, um den Missbrauch dumpfer Überfremdungsängste durch rechtspolitische Parteien zu bekämpfen. Vor allen Dingen aber muss diese Debatte versachlicht werden. Eine ganze Reihe von Autoren in diesem Band geht daher der Frage nach, welchen Beitrag die Kultur zu einem erfolgreichen „Migrationsmanagement“ leisten kann. Hier ist es mit Rhetorik nicht getan. Begriffe wie „Willkommenskultur“ schwämmen „nur wie Schnittlauch auf einer Suppe von Vorurteilen“, so der Journalist Heribert Prantl. Es sei gerade so, als wolle man mit diesem zuckersüßen Wort „das ganze Elend der Ausländer- und Asylpolitik der vergangenen Jahrzehnte einfach weglutschen.“ Diese Rhetorik sei unglaubwürdig, solange die regierenden Parteien dem Mythos, die Zuwanderer kämen nur in das reiche Europa, um hier Sozialleistungen zu beziehen, nicht entschieden entgegenreten.

Effektives Migrationsmanagement umfasst die Bereiche Arbeitsmigration, Flüchtlings-

politik, Kampf gegen Menschenhandel und -schmuggel bis hin zum Thema „Migration und Entwicklung“. Aber auch die Kultur hält zentrale Schlüssel zu einer erfolgreichen Integrationspolitik in der Hand: Teilhabe am kulturellen Leben (nicht nur als Konsument sondern auch aktiv), Sprachkenntnisse, Schulbildung sind nur die wichtigsten Stichworte. Auch soziale Medien können ein wirkungsvolles Werkzeug für Migranten sein, so Louis Reynolds vom britischen Thinktank Demos. Richard Sennett, amerikanischer Soziologe und Stadtforscher, schildert, welchen Einfluss Stadtplanung auf das Zusammenleben der Kulturen haben kann. Er wendet sich heftig gegen die Unsitte der Gated Communities. Als frappierendes Beispiel von Abgrenzung zwischen Arm und Reich auf engstem Raum dienen ihm die geschützten Hochhauswohnungen in São Paulo, mit Swimmingpools auf jedem Stockwerk und Blick über die Favelas. Wer so baue, programmiere Konflikte gleich mit ein.

Zur Versachlichung der Migrationsdebatte gehört vor allem auch, Mobilität als Chance zu verstehen. Beweglich, offen, widerstandsfähig, antriebsstark, risikobereit, sprachgewandt, interkulturell – das sind doch eigentlich Attribute, die in jeder Bewerbung einen guten Eindruck machen. Das Austauschprogramm Erasmus ist nach wie eine der überzeugendsten Erfolgsgeschichten der Europäischen Union und der beste Beweis, dass Migration nicht nur Last sondern auch Lust sein kann. Wer könnte besser als EUNIC mit seinem Netzwerk von weltweit rund 2000 Außenstellen dazu beitragen, Lust auf Mobilität und andere Länder zu machen.

Der Dank für den siebten Band des Kulturreports, der nun schon zum vierten Mal als EUNIC-Jahrbuch erscheint, gilt allen Autoren und Übersetzern sowie in besonderer Weise der European Cultural Foundation in Amsterdam, die die englische Ausgabe ermöglicht hat.



Sebastian Körber ist Stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Abteilung Medien des Instituts für Auslandsbeziehungen.

Kapitel 1: Inklusion statt Ausgrenzung - Europa im
.....
Zeitalter von Flucht, Terror und Globalisierung
.....

Die Terrorattacken in Paris und Kopenhagen haben vor Augen geführt, zu welcher extremer Gewalt und zu welcher immensen Hass fehlgeschlagene Integration führen kann und welche Brüche und Spannungen schon seit vielen Jahren in europäischen Gesellschaften herrschen. Während sich der Kontinent am Mittelmeer gegen Bootsflüchtlinge abschottet, leben in vielen Ländern der EU Einwanderer schon seit mehreren Generationen ohne ausreichende Integration. Es hängt nun von jedem einzelnen Europäer ab, ob Dschihadisten, aber auch rechte Scharfmacher, besiegt werden. Tatsache ist, dass Europa seine Einstellung zu Migration und Einwanderern überdenken muss, nicht zuletzt, weil eine Million junge Migranten pro Jahr nötig sind, um den steigenden Anteil von Rentnern in Europa zu kompensieren.



WILLKOMMEN

AN BOORD

Salatbar

0,99

Artikel

Beutelakt der Firma

Dschihadismus, Integration und Kultur Terrorattacken in Paris, Brüssel und Kopenhagen, Anti-Islam-Demonstrationen in etlichen europäischen Ländern. Was läuft falsch in Europa? Klar ist, dass viele Brüche in den Gesellschaften herrschen. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Salafismus und Dschihadismus sind zugleich politische, gesellschaftliche und kulturelle Phänomene. Sie verbindet eine holzschnittartige Freund-Feind-Zurechnung und die Projektion eigener oder gesellschaftlicher Probleme auf ein kollektives Feindbild. *Von Jochen Hippler*



tische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“), LEGIDA und andere Basisbewegungen eine Zeitlang lautstark ihre kultur- und politikkritische Befindlichkeit aus, die sich um Ausländer- und Islamfeindlichkeit gruppierte. Die populistische AfD, „Alternative für Deutschland“, nimmt diese Stimmungen teils taktisch, teils aus Überzeugung auf. Pöbeleien und Angriffe gegen Juden haben in Europa in den letzten Jahren zugenommen.

Neben dem Aufstieg von rechtspopulistischen oder rechtsradikalen Parteien und Bewegungen darf man auch eine Radikalisierung mancher Migrantengruppen nicht übersehen: Aufgrund von Ghettoisierung und Pauperisierung kam es nicht allein in den französischen Banlieues immer wieder zu Unruhen, meist durch Jugendliche (2005 vor allem bei Paris, 2007 in Villier-le-Bel, 2010 in Grenoble oder 2012 in Amiens). Auch in anderen Ländern gab es immer sozial und kulturell bedingte Krisensituationen, die auf ein teilweises Scheitern früherer Integrationspolitik verwiesen.

3500 europäische Dschihadisten

Ein besonderes Alarmzeichen stellt natürlich der gewachsene Dschihadismus dar, der in Städten wie Madrid, London, Paris, Brüssel oder Kopenhagen bereits zu Terror-

akten führte. Inzwischen sind auch bereits mehr als 3500 europäische Dschihadisten (mehr als ein Drittel davon aus Frankreich, fast 700 aus Deutschland, etwa ebenso viele aus Großbritannien, gefolgt von Belgien) nach Syrien und in den Irak gereist, um sich dort extremistischen Gruppen wie dem Islamischen Staat oder der Nusra-Front anzuschließen.

Zusammengenommen zeigen diese Phänomene des rechtsextremistischen oder rechtspopulistischen Aufschwungs bei gleichzeitiger Stärkung dschihadistischer oder salafistischer Tendenzen in Europa nicht nur die kulturelle Bandbreite der europäischen Gesellschaften, sondern sind zugleich ein Krisensymptom, das auf grundlegende Probleme dieser Gesellschaften verweist.

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Salafismus und Dschihadismus sind zugleich politische, gesellschaftliche und kulturelle Phänomene. Sie verbindet eine holzschnittartige Freund-Feind-Zurechnung und die Projektion eigener oder gesellschaftlicher Probleme auf ein kollektives Feindbild.

Bemerkenswert ist, dass die Feindseligkeit gegen bestimmte Gruppen offensichtlich nicht darauf angewiesen ist, dass diese größere Anteile an der Bevölkerung stellten oder dramatisch wuchsen. So liegt der Anteil von Juden in Frankreich bei knapp einem, in Deutschland unter einem Viertel Prozent

der Bevölkerung, und der Anteil der Muslime in Sachsen – dem Bundesland, in dem die PEGIDA/LEGIDA-Bewegung die mit Abstand größte Bedeutung gewann – bei 0,1 Prozent.

Zumindest in Deutschland scheint es also so zu sein: Islamfeindlichkeit gedeiht dort am besten, wo es praktisch keine Muslime gibt. Dies ist ein erster Hinweis darauf, dass die politisch-kulturell geprägte Wahrnehmung einer Gruppe wesentlich bedeutender ist als die Relevanz oder der Charakter der fraglichen Gruppe in der Lebensrealität. Offensichtlich gibt es in der Gesellschaft grundlegende Widersprüche und Probleme, die auf bestimmte Personengruppen projiziert werden – je nach Kontext auf Ausländer, Juden, „Ungläubige“, Schwule oder Muslime. Deshalb sollten solche Phänomene politisch-kultureller Ab- und Ausgrenzung als Krisensymptome ernst genommen werden, ohne die entsprechenden Diskurse und Mentalitäten allerdings zum Nennwert zu nehmen oder aufzuwerten.

Genau darin liegt auch die größte Schwierigkeit ihrer konstruktiven Bearbeitung: Es handelt sich bei Xenophobie oder Dschihadismus fraglos um politisch-kulturelle Phänomene, die aber nicht nur kulturell, sondern mit gesellschaftlichen und politischen Fragen aufs Engste verknüpft sind. Deshalb entziehen sie sich auch einer oberflächlichen Bearbeitung durch bloße Kulturpolitik, wie durch Bildungsangebote, Aufklärung, oder interkulturelle Dialoge. So sinnvoll all diese und andere Angebote und Maßnahmen auch sind, so wenig werden sie bewirken, wenn sie isoliert bleiben und nicht durch gesellschaftliche und politische Maßnahmen ergänzt werden.

Nehmen wir als Beispiel das Problem des zunehmenden Salafismus und Dschihadismus in Europa. Diese werden inzwi-

„Ein besonderes Alarmzeichen stellt der gewachsene Dschihadismus dar, der in Städten wie Madrid, London, Paris, Brüssel oder Kopenhagen bereits zu Terrorakten führte.“

Fast alle haben es gemerkt: Wir haben ein Problem. Eigentlich mehr als eines, ein ganzes Problemknäuel. In den Niederlanden ist die Partij voor de Vrijheid (PVV) von Geerd Wilders weiter ein Indiz für breite Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Bedingungen, insbesondere der Migrationspolitik. In Frankreich hat es der Front National geschafft, in die erste Reihe der Parteien aufzusteigen, in Großbritannien versetzt die United Kingdom Independence Party (UKIP) die etablierten Parteien in Angst und Schrecken. Und in Griechenland haben die neofaschistische Chrysi Avgi („goldene Morgenröte“) und die rechtspopulistische Anexartiti Ellines (ANEL, „Unabhängige Griechen“) Wahlerfolge zu verzeichnen. In Deutschland schließlich drückten PEGIDA („Patrio-

schen von drei sozialen Gruppen getragen: Migranten aus dem Nahen und Mittleren Osten, die sich nur zeitweise in Europa aufhalten; Kinder oder Enkel aus muslimisch geprägten Einwandererfamilien, die bereits hier geboren wurden und aufgewachsen sind; und europäische Konvertiten, die zum Islam übergetreten sind. Es muss allerdings daran erinnert werden, dass Extremisten in allen drei Gruppen nur verschwindend kleine Minderheiten ausmachen.

Dabei stellen quantitativ und qualitativ die radikalisierten Mitglieder der beiden letzten Gruppen das größere Problem dar. Dies bedeutet, dass in Europa Salafismus und Dschihadismus zwar mit ausländischen und internationalen Problemen verknüpft sein mögen, aber keine importierten Phänomene sind, sondern den europäischen Gesellschaften selbst entspringen. Die Voraussetzungen und Bedingungen dieses Extremismus sind hausgemacht, nur ihre kulturelle Ausprägung direkt oder indirekt von Diskursen und Problemen im Nahen und Mittleren Osten oder Südasien beeinflusst.

Ihre sozialen Träger etwa in Deutschland sind meist entweder ethnische Deutsche, deutsche Staatsbürger oder zumindest Bildungsinländer – was auf sozio-kulturelle Brüche in der deutschen Gesellschaft verweist, die durch externe Konfliktfaktoren zwar vertieft, gefärbt und kulturell ausgedrückt werden können, aber nicht verursacht sind. In anderen europäischen Ländern, etwa Frankreich, Großbritannien oder Belgien ist es ähnlich, wenn dieser Trend auch in Großbritannien am schwächsten ausgeprägt zu sein scheint.

Betrachten wir die salafistische und insbesondere die dschihadistische Szene in den meisten europäischen Ländern, dann fällt – im Unterschied zu vielen salafistischen Kadern im Nahen und Mittleren Osten –

auf, dass der Anteil an problematischen Biographien hoch ist. In überdurchschnittlich vielen Fällen verfügen salafistische Extremisten, insbesondere jene, die sich al-Qaida-nahen Gruppen oder dem „Islamischen Staat“ anschließen möchten oder mit ihnen sympathisieren, um wenig eindrucksvolle Bildungskarrieren, haben beruflich mäßigen oder geringen Erfolg, und nicht selten zumindest eine Phase (oft klein-) krimineller Aktivitäten hinter sich.

Ich-Schwäche und Perspektivlosigkeit

Manche der heutigen salafistischen Anhänger und Dschihadisten haben Erfahrungen mit Alkohol- oder Drogenmissbrauch und führten insgesamt ein Leben, das von ihren heutigen Idealen weit entfernt ist. Ich-Schwäche, Perspektivlosigkeit und das Empfinden des eigenen Scheiterns führen entweder zu einer aktiven Suche nach einer neuen, besseren Lebensperspektive oder zur Offenheit gegenüber neuen, von außen kommenden Sinnangeboten, die ein „besseres“ und „richtiges“ Leben versprechen.

Dazu kommen immer wieder persönlich emotionale Faktoren, wie das Suchen nach Anerkennung, nach Nähe, nach einem Familienersatz durch eine reale Peergroup und/oder eine gedachte Gemeinschaft der „Rechtgläubigen“.

Offensichtlich gibt es nicht nur einen einzigen Weg zur Radikalisierung. Es ist ebenso klar: Meist müssen mehrere Faktoren zusammenkommen. Dennoch fällt auf, dass es sich bei der deutlichen Mehrheit politischer und dschihadistischer Salafisten in Europa nicht um Intellektuelle, nicht um Ärzte und Rechtsanwälte, auch nicht um erfolgreiche Handwerker oder Geschäftsleute handelt, sondern eher um Personen,

die sozioökonomisch, gesellschaftlich und zum Teil kulturell objektiv oder subjektiv marginalisiert sind.

Aus einer solchen Position der realen oder gefühlten Schwäche können die Angebote des politischen und dschihadistischen Salafismus attraktiv erscheinen: Neben der Möglichkeit der Partizipation an einer Peergroup von „Brüdern“ können sich die Mitglieder nun als „stark“, als eine Elite, den Anderen (nämlich nicht-salafistischen Muslimen, Juden, Christen, Atheisten, Säkularen, der deutschen Gesellschaft) gegenüber als überlegen wahrnehmen. So wird in der eigenen Wahrnehmung und im eigenen Empfinden aus individuellen „Losern“ eine kollektive Avantgarde – gerade für ich-schwache und sozial verunsicherte Personen eine attraktive Option. Die Nestwärme der verschworenen Gemeinschaft der Peergroup „Brüder“ stabilisiert und wärmt, während der elitäre Anspruch, in einem Meer des Unglaubens unerschütterlich den wahren Glauben zu vertreten und dabei jedes Risiko auf sich zu nehmen, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen, selbst gescheiterten Existenzen das Gefühl von Sinn und Wichtigkeit verleiht.

All dies sind im weiteren Sinne auch kulturelle Erscheinungen, wenn auch auf einer sehr persönlichen Ebene. Ihre Ent-

„Bei der Mehrheit der Salafisten in Europa handelt es sich nicht um Intellektuelle, nicht um Ärzte und Rechtsanwälte, auch nicht um erfolgreiche Handwerker oder Geschäftsleute, sondern um Personen, die sozioökonomisch, gesellschaftlich und zum Teil kulturell marginalisiert sind.“

stehungsbedingungen haben zuerst einmal nichts mit Gott oder mit Theologie zu tun, sie sind auch nicht islamspezifisch, sondern drücken Defizite aus, die auch sozial schwache nicht-muslimische Gruppen und Personen betreffen. Persönliche oder soziale Verunsicherung, objektive oder subjektive Perspektivlosigkeit, die Suche nach Sinn bei dem Gefühl von Sinnlosigkeit, Identitäts- oder Ich-Schwäche – dies sind zuerst einmal säkulare Faktoren, die sich aus dem persönlichen oder gesellschaftlichen Kontext ergeben, und keine religiösen oder theologischen. Allerdings: diese Faktoren können die Tür zur religiösen (oder auch nicht-religiösen) Radikalisierung öffnen.

So ist es kein Zufall, dass viele der beschriebenen Faktoren der Radikalisierung auch bei Rechtsextremisten oder Hooligans eine wichtige Rolle spielen. Weitere Gemeinsamkeiten bestehen in einer Überbetonung von Maskulinität und „Stärke“, der impliziten oder expliziten Abwertung von Frauen und „Anderen“, der Abwertung außenstehender Gruppen, der Betonung von „Entschlossenheit“, sowie Gewalterfahrung bzw. Gewaltaffinität.

Pointiert könnte man formulieren: Salafismus stellt nur eine kulturell angepasste Variante des Rechtsextremismus dar. Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei, arabischen Ländern oder Pakistan werden es schwierig finden, als Verherrlicher der „weißen Rasse“ oder des „Germanentums“ oder „Griechentums“ aufzutreten, von den unvermeidlichen Glaubwürdigkeitsproblemen bzw. dem Akzeptanzproblem in der rechtsextremen Szene einmal abgesehen. Der salafistische bzw. dschihadistische Extremismus stellt hier zur Erfüllung der gleichen psycho-politischen Funktionen einen vollwertigen Ersatz dar, der statt auf „Rasse“ und „Deutschtum“ auf

eine bestimmte religiöse Gemeinschaft rekurriert - eine „imagined community“ im Sinne des US-amerikanischen Politikwissenschaftlers Benedict Anderson.

Rechtsextreme oder salafistische „Kultur“ sind also keine isolierten Erscheinungen, sondern eng verknüpft mit persönlich-psychologischen, gesellschaftlichen und politischen Phänomenen, ohne die sie weder verstanden noch beeinflusst werden können.

Die zugrundeliegenden Probleme sind nicht ideologischer Art (etwa bestimmte Ausprägungen von Religion oder Nationalismus), sondern vor allem Orientierungslosigkeit, gesellschaftliche Unsicherheit, Perspektivlosigkeit und Identitätsschwäche. Ohne solche Faktoren, die zwar als individuelle erscheinen, aber gesellschaftliche Quellen haben, würden die Propagandisten extremistischer Ideologien kaum Chancen haben, mehr als einzelne Anhänger zu finden. Die Radikalisierung wird nicht über den Verstand in Gang gesetzt, sondern über psychologische Bedürfnisse, die entweder durch radikale Gruppenzusammenhänge oder radikale Ideologien befriedigt werden.

Es ist auch kein Zufall, dass der größte Teil der Salafisten theologisch ausgesprochen ungebildet ist und eher vom elitär-exklusiven Anspruch des Salafismus und seiner intellektuellen Schlichtheit angesprochen werden als von theologischer Reflexion. Der Salafismus ist in Europa oft ein Mittel, die Gruppen von ihrer Umgebung abzugrenzen und die Gruppenidentität zu schärfen, die Gruppenmitglieder von ihrer Umgebung und der Gesellschaft zu isolieren – und dazu sind extremistische Übertreibungen von Vorteil, während theologische Feinheiten wenig zielführend wären. Der politische und dschihadistische Salafismus sind zuerst einmal politisch-soziale Bewegungen, ihre religiösen Aspekte dem nachgeordnet - wenn

man die Realität dieser Gruppen zum Maßstab nimmt, nicht ihre Propaganda.

Islamfeindlichkeit ohne Muslime

Genauso drücken die Aktivitäten der islamfeindlichen PEGIDA/LEGIDA-Bewegungen nur nebenbei Islamfeindlichkeit aus, sondern viel mehr: Eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit, eine Unzufriedenheit mit dem politischen System, den deutschen Parteien und politischen Bedingungen und eine allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung. Das ist auch der Grund dafür, dass in Dresden und Leipzig die Islamfeindlichkeit sehr gut ohne Muslime auskommt – letztlich ist sie nur ein kultureller Marker, um eine viel breitere und tiefere Krise der Befindlichkeit eine Stimme zu geben.

Selbst wenn die Zahl der Muslime in Sachsen von 0,1 Prozent ganz auf null sinken würde, dürfte dies an der gesellschaftlichen Verunsicherung großer Teile der sächsischen Bevölkerung kaum etwas ändern. Der Unterschied zur salafistischen Szene besteht offensichtlich darin, dass PEGIDA ausgesprochen heterogen ist und über keine gemeinsame, integrierende Ideologie verfügt, dazu Vorurteile und Stimmungen aus der Mitte der Gesellschaft aufgreift.

Xenophobie, Parteienfeindlichkeit, Unbehagen und Angst vor dem „Anderen“, die Ablehnung „derer da oben“ oder Skepsis gegenüber den Massenmedien sind sicher in großen Teilen der Gesellschaft verbreitet. Das Spezifische an PEGIDA besteht vielmehr darin, solche Befindlichkeiten zu kombinieren, emotional aufzuladen und zur Mobilisierung zu nutzen.

Die ideologischen Details der PEGIDA-Szene sind nebensächlich, der Ausdruck von Unbehagen und Protest zentral. Es ist des-

halb kein Wunder, dass bei der kürzlich stattgefundenen Spaltung der Bewegung ein Teil innerhalb weniger Tage das zentrale Themenfeld von „Islamfeindlichkeit“ auf die „Stärkung direkter Demokratie“ verschieben konnte. Die Geschwindigkeit dieses Themenwechsels hat Teile der Anhängerschaft taktisch überfordert, ist aber ein Hinweis darauf, mit welcher Beliebtheit das gesellschaftliche Unbehagen sich ideologisch unterschiedlich auszudrücken vermag.

Überlegungen, die kulturellen Erscheinungen wie Fremdenfeindlichkeit, politischen Salafismus und ideologische Radikalisierung insgesamt zurückzudrängen oder ihnen vorzubeugen, sollten nicht an den Symptomen ansetzen, sondern an der Krankheit. Das bedeutet, dass eine rein kulturelle Reaktion zu kurz greifen würde. Vielmehr sollten kulturpolitische Maßnahmen mit politischen und sozialpolitischen verknüpft werden. Antisemitismus über das Judentum oder Islamfeinde über islamische Theologie oder Gebräuche aufklären zu wollen, wären für sich genommen so aussichtslos wie Rassisten gegenüber wissenschaftlich nachzuweisen, dass Rassismus unsinnig und falsch ist.

Die Extremisten wurden schließlich nicht durch Wissenslücken, durch Argumente und logische Abwägungen zu solchen, sondern in der überwältigenden Mehrheit

„Überlegungen, die kulturellen Erscheinungen wie Fremdenfeindlichkeit, politischen Salafismus und ideologische Radikalisierung insgesamt zurückzudrängen oder ihnen vorzubeugen, sollten nicht an den Symptomen ansetzen, sondern an der Krankheit.“

durch eine Mischung von persönlichen oder emotionalen Bedürfnissen, individueller und kollektiver Identitätsbildung und gesellschaftspolitischer Verunsicherung, die sich schließlich eine politisch-ideologische Form gab.

Eine Auflockerung oder ein Aufbrechen des ideologischen Panzers der extremistischen Basis (nicht unbedingt der Führungskader, deren Ideologisierung sich oft verfestigt und verselbständigt hat) muss auch diese nicht-ideologischen Dimensionen einbeziehen. Langfristig ist es wichtig, die Bedingungen zu bearbeiten, die eine Radikalisierung hervorrufen. Und da tatsächliche oder empfundene Marginalisierung, Sinnentleerung und mangelnde soziale Einbettung in den meisten Fällen zu den Ausgangspunkten der kulturell-politischen Radikalisierung gehören, sollten diese bei der Entwicklung von präventiven und kurativen Entadikalisierungsstrategien besondere Aufmerksamkeit erhalten.

Extremistische Propaganda – rassistische, nationalistische, oder dschihadistische – wirkt nicht auf alle Menschen gleich, sondern radikalisiert nur solche, für die sie eine emotional nützliche Funktion erfüllt. Erfolgreiche Menschen mit einer positiven Lebensperspektive werden in Europa von rassistischer oder dschihadistischer Propaganda kaum erreicht, weil diese für sie kaum Sinn ergibt.

Die primäre Zielgruppe für Präventionsprogramme gegen Radikalisierung sind in Deutschland Gruppen, deren Lebenssituation von Unsicherheit, geringem Sozialprestige, Sorgen vor den zukünftigen Ergebnissen sozialen Wandels, Angst vor potentieller oder realer gesellschaftlicher Marginalisierung und Isolation geprägt sind. Genau diese Gruppen sind aufgrund ihres oft unterdurchschnittlichen Bildungsniveaus (nicht

unbedingt aufgrund geringer Intelligenz) besonders schwer durch rein kulturelle Angebote zu erreichen. Sie radikalisiert sich nicht, weil sie von vornherein das Bedürfnis dazu hätten, sondern weil ihnen ihre Radikalisierung scheinbare oder wirkliche Lösungen zur Kompensation ihrer biographischen Fragilität anbietet.

Es wäre daher angebracht darüber nachzudenken, wie sich in den europäischen Gesellschaften der Anteil jener vermindern lässt, die an den Rand der Gesellschaft geraten oder dort verbleiben. Soziale Inklusion auch schwächerer Bevölkerungsgruppen – auf dem Arbeitsmarkt, im Bildungssystem, kulturell – und die Verbesserung der Lebensperspektiven auch von Menschen mit fragilen Biografien sind nicht einfach zu erreichen, wären aber der Kernpunkt einer präventiven Deradikalisierung.

Dies gilt nicht allein für Menschen mit Migrationshintergrund aus der Türkei oder arabischen Ländern, sondern auch für Problemviertel großer Städte, etwa in Teilen von Paris und Brüssel sowie in Teilen Ostdeutschlands oder des deutschen Ruhrgebiets. Es geht dabei nicht nur darum, Entwicklungen wie in den französischen Banlieues zu verhindern, sondern das seit Jahren in Europa stattfindende Auseinanderdriften von Arm und Reich und die Verarmung eines Teiles der Gesellschaft umzukehren.

Soziale Unsicherheit ohne Aussicht, die eigene Lage mittel- oder längerfristig verbessern zu können, führt nicht nur auf Dauer bei den Betroffenen selbst zu sozio-ökonomischer, politischer und kultureller Marginalisierung, sondern untergräbt die Legitimität der Gesellschaft und des politischen Systems. Beides zusammengenommen würde Radikalisierungsprozesse weiter erleichtern und die Zahl potentieller Rekruten

vergrößern. Sollte es dagegen gelingen, den Anteil sozio-ökonomisch prekär Lebender und Marginalisierter an der Bevölkerung deutlich zu vermindern, wäre dies ein wichtiger Beitrag zur langfristigen, präventiven Deradikalisierung. Auf einer solchen Basis entstünden dann auch neue Möglichkeiten, durch „kulturpolitische“ Intervention radikale Ideologien zurückzudrängen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass es immer einzelne Personen gibt und geben wird, die extremistische Positionen vertreten, ob diese aber eine winzige und isolierte Gruppe von „Spinne“ bleiben oder schrittweise Anhänger gewinnen und zu einem politische relevanten Faktor werden, hängt davon ab, ob ihre Gesellschaft funktioniert und alle Gruppen integriert, ob das politische System legitim ist oder von breiteren Teilen der Bevölkerung als Fremdkörper empfunden wird.

Im Rahmen einer fairen und funktionierenden Gesellschaft und einer unbestritten legitimen Form von Politik vermag Aufklärung über Minderheiten, über religiöse oder ethnische Gruppen und Dialoge zum Abbau von Konflikten einen wirksamen Beitrag leisten. Ohne diese Voraussetzungen aber muss ihre Wirkung begrenzt bleiben.

Jochen Hippler ist Politikwissenschaftler und Friedensforscher am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte ist der Zusammenhang von politischer Gewalt, Governance und politischen Identitäten und militärischer Interventionen westlicher Länder. Regionaler Schwerpunkt seiner Forschungen sind der Nahe und Mittlere Osten sowie Afghanistan und Pakistan.

Wer sind wir? Seit dem 11. September hat sich eine kleine Industrie entwickelt, die beweisen will, dass Gewalt und sogar Selbstmordanschläge tiefe Wurzeln im Koran oder der muslimischen Geschichte haben. Dabei lässt sich kaum übersehen, dass muslimische Gesellschaften in der Geschichte oft toleranter waren als ihre christlichen Kontrahenten. Radikaler Islamismus und Dschihadismus sind vor allem eines: Reaktionen auf die Identitätssuche von im Westen lebenden Muslimen.

Von Francis Fukuyama



Moderne liberale Gesellschaften haben schwache kollektive Identitäten. Postmoderne Eliten, besonders in Europa, glauben heute, dass ihre Identitäten nicht mehr länger von Religion und Nation bestimmt werden. Aber wenn unsere Gesellschaften nicht offensiv liberale Werte vertreten, können sie von Migranten in Frage gestellt werden, die genauer wissen, wer sie sind.

Moderne Identitätspolitik entspringt aus einer Lücke in der den liberalen Demokratien zugrunde liegenden politischen Theorie. Diese Lücke ist das Schweigen des Liberalismus über den Platz und die Bedeutung von Gruppen. Die Linie der modernen politischen Theorie, die bei Niccolò Machiavelli beginnt und sich mit Thomas Hobbes, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und den ame-

rikanischen Gründervätern fortsetzt, versteht die Frage der politischen Freiheit als eine, die den Staat gegen Individuen stellt, nicht gegen Gruppen. Hobbes und Locke zum Beispiel meinten, dass Menschen im Naturzustand als Individuen Naturrechte besitzen – Rechte, die nur durch einen Gesellschaftsvertrag gesichert werden können, der verhindert, dass ein Individuum bei der Verfolgung seiner Eigeninteressen die Rechte eines anderen verletzt.

Der moderne Liberalismus entstand nicht zuletzt als Reaktion auf die Religionskriege, die in Europa nach der Reformation wüteten. Der Liberalismus entwickelte das Prinzip der religiösen Toleranz – die Idee, dass die Verfolgung religiöser Absichten in der Öffentlichkeit die Freiheit anderer Sekten oder Kirchen nicht einschränken dürfe. (Wie wir gleich sehen werden, ist die Trennung von Kirche und Staat in vielen modernen europäischen Demokratien in Wahrheit nie vollständig gelungen.) Aber während der moderne Liberalismus klar das Prinzip durchgesetzt hat, dass der Staat seine Macht nicht dazu nutzen darf, Individuen religiöse Überzeugungen aufzuzwingen, hat er die Frage nicht beantwortet, ob individuelle Freiheit nicht mit dem Recht, eine bestimmte religiöse Tradition aufrechtzuerhalten in Konflikt geraten kann.

Die amerikanischen Gründerväter haben die Freiheit kultureller, religiöser oder eth-

nischer Gruppen, ihre Gruppenidentität zu schützen, nicht als vordringliches Problem angesehen, vielleicht weil die neuen Siedler relativ homogen waren. Mit den Worten von John Jay (im zweiten der Federalist Papers): „Ein Volk, das von denselben Vorfahren abstammt, dieselbe Sprache spricht, sich zur selben Religion bekennt und denselben Prinzipien anhängt.“

Eine wirkliche Identitätspolitik entwickelte sich im Westen erst mit der Reformation. Martin Luther vertrat die Ansicht, dass Erlösung nur durch die innere Herzensgesinnung erreicht werden kann und griff die katholische Betonung der Werke an – also der rein äußerlichen Befolgung sozialer Verhaltensregeln. Die Reformation begriff wahre Religiosität als den subjektiven Zustand eines Individuums und löste so die innere Identität vom äußeren Verhalten.

Es lohnt zu lesen, was der kanadische Philosoph Charles Taylor über die sich an die Reformation anschließende historische Entwicklung von Identitätspolitik geschrieben hat. Rousseau schrieb im zweiten „Discours“ und den „Spaziergängen“, es gebe eine tiefe Kluft zwischen unserem äußeren Selbst als einer Ablagerung von sozialen Sitten und Gebräuchen und unserer wahren inneren Natur. Das Glück liegt dann in der Wiederentdeckung der inneren Authentizität. Diese Idee hatte Johann Gottfried Herder entwickelt, der meinte, innere Authentizität liege nicht nur in Individuen, sondern auch in Völkern, in der Rückgewinnung dessen, was wir heute Volkskultur nennen. In Taylors Worten: „Das ist die mächtige Idee, die uns überliefert worden ist. Moralisch ausgezeichnet wird dabei eine Art Kontakt mit mir selbst, mit meiner inneren Natur, ein Kontakt, der ständig (...) durch sozialen Konformitätsdruck verloren zu gehen droht.“

Die Kluft zwischen dem inneren und äu-

ßeren Selbst stammt nicht einfach aus dem Reich der Ideen, sondern aus der sozialen Realität moderner Marktdemokratien. Nach der amerikanischen und französischen Revolution wurde das Ideal der „carrière ouverte aux talents“ zur Wirklichkeit, indem traditionelle Hindernisse für den sozialen Aufstieg beseitigt wurden. Sozialer Status wird jetzt erlangt und nicht mehr zugemessen; er verdankt sich Talent, Arbeit und Anstrengung und nicht mehr in erster Linie dem Zufall der Geburt. Das eigene Leben wird auf selbst gesteckte Ziele ausgerichtet und nicht mehr in erster Linie von den Erwartungen von Eltern, Sippe, Dorf oder Priester bestimmt.

Taylor hebt hervor, dass moderne Identität von Natur aus politisch ist, weil sie Anerkennung verlangt. Die Vorstellung, dass moderne Politik auf dem Prinzip universeller Anerkennung basiert, stammt von Hegel. Doch scheint es zunehmend so, dass universelle Anerkennung, die auf einer von allen Individuen geteilten Menschlichkeit basiert, nicht genug ist, vor allem aus der Perspektive all der Gruppen, die in der Vergangenheit diskriminiert wurden. Folglich dreht sich moderne Identitätspolitik um die Forderungen nach Anerkennung von Gruppenidentitäten – das heißt, öffentliche Bestätigung der gleichberechtigten Würde früher marginalisierter Gruppen, von den Bewohnern der frankofonen Provinz Québec über Afroamerikaner, Frauen, indigene Völker bis zu Homosexuellen.

Es ist kein Zufall, dass Charles Taylor Kanadier ist, da der heutige Multikulturalismus und die aktuelle Identitätspolitik in mehr als einer Hinsicht in Kanada ihren Ursprung haben, und zwar in der Forderung der frankofonen Gemeinschaft nach Anerkennung ihrer Rechte. Das Gesetz 101 von 1977 bricht mit dem liberalen Prinzip der Gleichheit aller Individuen vor dem Gesetz:

Französischsprachige genießen sprachliche Rechte, die Englischsprachige nicht haben. Québec wurde 1995 als „eigenständige Gesellschaft“ und 2006 als „Nation“ anerkannt.

Multikulturalismus, verstanden nicht nur als Toleranz gegenüber kultureller Verschiedenartigkeit, sondern als Forderung nach legaler Anerkennung der Rechte von rassistischen, religiösen oder kulturellen Gruppen, hat sich inzwischen in fast allen modernen liberalen Demokratien durchgesetzt. Die politischen Kämpfe in den USA sind seit einer Generation bestimmt von Kontroversen über die Förderung von Afroamerikanern („affirmative action“), Zweisprachigkeit und Homosexuellenehe. Ausgelöst wurden diese Diskussionen von früher marginalisierten Gruppen, die die Anerkennung nicht nur ihrer Rechte als Individuen, sondern ihrer Rechte als Mitglieder einer Gruppe fordern. Die auf John Locke zurückgehende US-Tradition mit ihrer Betonung individueller Rechte hat zu außerordentlich kontrovers geführten Auseinandersetzungen um die Durchsetzung von Gruppenrechten geführt – viel stärker als im modernen Europa.

Die radikalislamistische Ideologie, die den Terrorattacken des letzten Jahrzehnts zugrunde liegt, müssen wir sehr viel eher als Manifestation moderner Identitätspolitik denn traditioneller muslimischer Kultur begreifen. Als solche ist sie uns von frühe-

„Die auf John Locke zurückgehende US-Tradition mit ihrer Betonung individueller Rechte hat zu außerordentlich kontrovers geführten Auseinandersetzungen um die Durchsetzung von Gruppenrechten geführt - viel stärker als im modernen Europa.“

ren politischen Bewegungen her vertraut. Die Tatsache, dass sie modern ist, macht sie nicht weniger gefährlich, hilft aber dabei, das Problem und mögliche Lösungen genauer in den Blick zu bekommen.

Das Argument, der zeitgenössische radikale Islamismus sei eine Form der Identitätspolitik, hat am nachdrücklichsten der französische Wissenschaftler Olivier Roy in seinem 2004 erschienenen Buch „Der islamische Weg nach Westen“ vorgebracht. Für Roy ist die Wurzel des radikalen Islamismus nicht kulturell, das heißt, sie ist kein Nebenprodukt von etwas, das dem Islam oder der von ihm hervorgebrachten Kultur inhärent wäre. Im Gegenteil, so Roy, sei der radikale Islamismus entstanden, weil erst die „Deteritorialisierung“ des Islam die Frage der muslimischen Identität aufgeworfen hat.

In traditionellen muslimischen Gesellschaften stellt sich die Identitätsfrage so wenig wie in traditionellen christlichen Gesellschaften. In einer traditionellen muslimischen Gesellschaft wird die individuelle Identität von den Eltern und dem sozialen Umfeld bestimmt. Alles – vom Stamm und der Sippe über den örtlichen Imam bis zur politischen Struktur des Staates – verankert die eigene Identität in einem bestimmten Zweig des islamischen Glaubens. Das ist keine Frage der Wahl. Wie der Judentum ist der Islam eine hoch legalistische Religion. Das bedeutet, religiöser Glaube besteht aus Konformität mit einem Satz festgelegter sozialer Regeln. Diese Regeln sind in starkem Maß geprägt durch lokale Traditionen, Sitten, Heilige und Praktiken. Traditionelle Religiosität ist nicht universalistisch, der universalistischen Doktrin des Islam zum Trotz.

Für Roy wird Identität genau dann zum Problem, wenn Muslime ihre traditionellen muslimischen Gesellschaften verlassen und zum Beispiel nach Westeuropa emigrieren.

Die eigene Identität als Muslim wird nicht länger von der umgebenden Gesellschaft unterstützt; im Gegenteil gibt es einen starken Druck, sich den herrschenden kulturellen Normen des Westens anzupassen. Die Frage der Authentizität stellt sich für den Einzelnen, wie sie das in einer traditionellen Gesellschaft nie getan hat, denn jetzt gibt es eine Kluft zwischen der inneren Identität als Muslim und dem Verhalten gegenüber der Gesellschaft. Das erklärt die ständigen Fragen an die Imame auf islamischen Websites, was haram (verboten) oder halal (erlaubt) sei. In Saudi-Arabien stellt sich die Frage, ob es haram ist, die Hand einer Professorin zu schütteln, gar nicht, denn diese soziale Kategorie existiert dort kaum.

Reaktionen auf die Identitätssuche

Radikaler Islamismus und Dschihadismus sind Reaktionen auf die Identitätssuche von im Westen lebenden Muslimen. Diese Ideologien haben auf die von einem jungen Muslim in Holland oder Frankreich gestellte Frage „Wer bin ich?“ eine Antwort: Du bist ein Mitglied der weltweiten Umma, und damit Anhänger einer von allen lokalen Bräuchen, Heiligen und Traditionen gereinigten universellen islamischen Doktrin. Muslimische Identität wird zu einer Frage des inneren Glaubens statt der äußeren Befolgung sozialer Praktiken. Roy sieht hier eine „Protestantisierung“ des muslimischen Glaubens, da nun ein dem sichtbaren Verhalten widersprechender subjektiver Zustand die Erlösung verspricht. Darum konnten Mohammed Atta und einige andere der Verschwörer vom 11. September in den Tagen vor den Anschlägen angeblich Alkohol trinken und einen Strip-Club besuchen.

Versteht man den radikalen Islamismus

als eine Form der Identitätspolitik, erklärt das auch, warum sich ihm europäische Muslime der zweiten und dritten Generation zuwenden. Die Immigranten der ersten Generation haben in der Regel psychologisch nicht mit der Kultur ihres Geburtslandes gebrochen. Sie nehmen ihre traditionellen Gebräuche mit in ihre neue Heimat. Ihre Kinder dagegen verachten oft die Religiosität ihrer Eltern, zugleich sind sie noch nicht in die Kultur der neuen Gesellschaft integriert. Sie stecken zwischen zwei Kulturen fest, mit denen sie sich nicht identifizieren können. Darum übt die universalistische Ideologie des gegenwärtigen Dschihadismus auf sie einen starken Reiz aus.

Olivier Roy übertreibt sicherlich, wenn er den radikalen Islamismus in erster Linie als europäisches Phänomen betrachtet. So gibt es eine Reihe anderer Quellen für radikale Ideologien aus dem Mittleren Osten. Saudi-Arabien, Pakistan, Iran und Afghanistan sind allesamt Exporteure radikalislamistischer Ideologien, der Irak wird womöglich dazu werden. Aber sogar für muslimische Ländern bleibt Roys Analyse wertvoll, denn auch hier führt der Import der Moderne zu Identitätskrisen und zu Radikalisierung. Die durch Technologie und die Beseitigung ökonomischer Barrieren vorangetriebene Globalisierung hat die Grenzen zwischen der entwickelten Welt und traditionellen muslimischen Gesellschaften verwischt. Es ist kein Zufall, dass so viele von denen, die die jüngsten Anschläge geplant und ausgeführt haben, in Europa radikalisierte europäische Muslime waren oder aus jenen privilegierten Schichten der islamischen Gesellschaften stammen, die Kontakte zum Westen hatten. Mohammed Atta und die anderen Organisatoren der Anschläge vom 11. September gehören ebenso in diese Kategorie wie Mohammed Bouyeri (der Mörder des niederlän-

„Fritz Stern, Ernest Gellner und andere haben gezeigt, dass die Modernisierung und der Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft von Unzähligen in unterschiedlichen Gesellschaften als intensiver Entfremdungsprozess erlebt worden ist. Jetzt sind die jungen Muslime an der Reihe, diese Erfahrung zu machen.“

dischen Filmemachers Theo van Gogh), die Bombenleger vom 11. März 2004 in Madrid, vom 7. Juli 2005 in London und die britischen Muslime, denen vorgeworfen wird, 2006 einen Anschlag auf ein Flugzeug geplant zu haben. Man sollte auch nicht übersehen, dass die Führer von Al Qaida, Osama bin Laden und Ayman Al-Zawahiri beide gebildete Männer sind, mit Kenntnis der und Zugang zur modernen Welt.

Wenn man den zeitgenössischen radikalen Islamismus als ein Produkt von Identitätspolitik und damit als modernes Phänomen versteht, folgt daraus zweierlei: Erstens, dass er kein völlig neues Phänomen ist, denn wir kennen Ähnliches von den extremistischen Ideologien des 20. Jahrhunderts, von all den jungen Leuten, die Anarchisten, Bolschewiken, Faschisten oder Mitglieder der Baader-Meinhof-Gruppe wurden. Der Historiker Fritz Stern, der Philosoph Ernest Gellner und andere haben gezeigt, dass die Modernisierung und der Übergang von der Gemeinschaft zur Gesellschaft von Unzähligen in unterschiedlichen Gesellschaften als intensiver Entfremdungsprozess erlebt worden ist. Jetzt sind die jungen Muslime an der Reihe, diese Erfahrung zu machen.

Ob es spezifische Eigenschaften des Islam

gibt, die die Radikalisierung begünstigen, ist eine offene Frage. Seit dem 11. September hat sich eine kleine Industrie entwickelt, die beweisen will, dass Gewalt und sogar Selbstmordanschläge tiefe Wurzeln im Koran oder der muslimischen Geschichte haben. Dabei lässt sich kaum übersehen, dass muslimische Gesellschaften in der Geschichte oft toleranter waren als ihre christlichen Kontrahenten. Der jüdische Philosoph Maimonides wurde im muslimischen Cordoba geboren, einem bunten Zentrum der Kultur und des Wissens. Bagdad hat über Generationen eine der größten jüdischen Gemeinden der Welt beherbergt. Es ist ebenso sinnlos, den radikalen Islamismus als unvermeidlichen Auswuchs des Islam anzusehen wie den Faschismus als Ergebnis des jahrhundertlang dominierenden europäischen Christentums.

Zweitens: Das Problem des islamistischen Terrors wird nicht gelöst, indem man Modernisierung und Demokratie in den Mittleren Osten bringt. Der Glaube der Bush-Regierung, dass der Terrorismus sich einem Demokratiemangel verdankt, übersieht, dass so viele Terroristen in demokratischen europäischen Ländern radikalisiert wurden. Natürlich ist gegen Modernisierung und Demokratie nichts einzuwenden, aber in der muslimischen Welt würden sie das Terrorproblem zunächst wahrscheinlich vergrößern und nicht eindämmen.

Moderne liberale Gesellschaften in Europa und Nordamerika haben eine eher schwach ausgeprägte Identität; viele sind stolz auf ihren eigenen Pluralismus und Multikulturalismus, was aber nichts anderes heißt, als dass ihre Identität darin besteht, keine Identität zu haben. Freilich lassen sich nationale Identitäten auch in den liberalen Demokratien von heute nicht einfach wegdiskutieren. Sie existieren nach wie vor, wenn auch in Nordamerika und Europa in unter-

schiedlicher Ausprägung. Das erklärt aber auch, warum die Integration von Muslimen in Ländern wie den Niederlanden, Frankreich und Deutschland so schwierig ist.

Der 2006 verstorbene amerikanische Soziologe und Politikwissenschaftler Seymour Martin Lipset hat die amerikanische Identität als von Natur aus politisch beschrieben und immer die Entstehung der USA aus einer Revolution gegen die Autorität des Staates betont.

Populismus und Laissez-faire

Das amerikanische Glaubensbekenntnis basiert auf fünf Grundwerten: Gleichheit (verstanden als Gleichheit der Ausgangsbedingungen, nicht des Endergebnisses), Freiheit (oder Ablehnung von staatlichem Dirigismus), Individualismus (in dem Sinne, dass Individuen ihre soziale Stellung selbst bestimmen können), Populismus und Laissez-faire. Weil es sich dabei um politische wie gesellschaftliche Werte handelt, waren sie der Theorie nach (jedenfalls nach der Abschaffung der Sklaverei) allen Amerikanern erreichbar und konnten sich so bemerkenswert lange halten. Der US-Soziologe Robert Bellah beschrieb diese Grundlagen als „Zivilreligion“ der USA, aber es ist eine Kirche, die allen Neuankömmlingen offen steht.

Es kommt dazu, dass die amerikanische Identität in unterschiedlichen ethnischen Traditionen verwurzelt ist, vor allem in der von Samuel Huntington sogenannten dominierenden „anglo-protestantischen“ Kultur. Auch Lipset hielt die sektiererischen protestantischen Traditionen der britischen Siedler für außerordentlich wichtig im Prozess der Entstehung der amerikanischen Kultur. Die berühmte protestantische Arbeitsethik, die amerikanische Vorliebe für freiwillige Zu-

sammenschlüsse und der Moralismus der amerikanischen Politik sind alles Nebenprodukte dieses anglo-protestantischen Erbes.

Zwar wurzeln Schlüsselaspekte der amerikanischen Kultur in europäischen kulturellen Traditionen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatten sie sich jedoch von ihren ethnischen Ursprüngen abgelöst und wurden von den Heerscharen neuer Amerikaner praktiziert: Amerikaner arbeiten härter als Europäer und tendieren – wie Max Webers frühe Protestanten – zu der Überzeugung, dass Würde eher in der moralisch befreienden Wirkung von Arbeit als in der Solidarität des Wohlfahrtsstaates zu finden ist.

Es gibt natürlich viele eher unerfreulich Aspekte der amerikanischen Kultur von heute. Anspruchsdenken, Konsumismus, Hollywoods Vorliebe für Sex und Gewalt und die Gangkultur der Unterklasse, die die USA nach Zentralamerika reexportiert haben – all das sind unverwechselbare Aspekte der amerikanischen Kultur, die von Teilen der Immigranten mitgetragen werden. Lipset hielt den amerikanischen Exzeptionalismus für ein zweiseitiges Schwert: Derselbe anti-dirigistische Individualismus, der Amerikaner zu eifrigen Unternehmern macht, macht sie auch weniger gesetzestreu als die Europäer.

In Europa wurde nach dem Zweiten Weltkrieg mit großer Hingabe versucht, eine „postnationale“ europäische Identität zu schaffen. Aber trotz aller Fortschritte auf dem Weg zu einer starken EU bleibt die europäische Identität eher eine Kopf- als eine Herzenssache. Es gibt zwar eine schmale Schicht mobiler, kosmopolitischer Europäer, doch nur wenige begreifen sich in erster Linie als Europäer oder fühlen Stolz, wenn die europäische Hymne gespielt wird. Mit ihrer Ablehnung der europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 haben die normalen Bürger den Eliten

mal wieder klargemacht, dass sie nicht bereit sind, den Nationalstaat und ihre Souveränität aufzugeben.

Aber auch ihre nationale Identität betrachten viele Europäer mit zwiespältigen Gefühlen. Die prägende Erfahrung für das heutige europäische Bewusstsein sind die zwei Weltkriege, deren Ursache die Europäer in der Regel im Nationalismus sehen. Dennoch bestehen Europas alte nationale Identitäten fort. Die Menschen haben noch immer ein starkes Gefühl dafür, was es bedeutet, Brite, Franzose, Niederländer oder Italiener zu sein, auch wenn es nicht als politisch korrekt gilt, sich zu lautstark zu diesen Identitäten zu bekennen. Und die nationalen Identitäten in Europa sind, verglichen mit denen in Amerika, stark an Ethnizität gebunden. Während also alle europäischen Länder dieselbe Bindung an die formale und politische Seite der mit der Staatsbürgerschaft verbundenen Gleichheit haben wie die USA, ist es aufgrund der fortdauernden Kraft ethnischer Zugehörigkeiten schwieriger, das in eine gefühlte Gleichheit der Staatsbürgerschaft zu verwandeln.

Die Niederländer zum Beispiel sind berühmt für ihren Pluralismus und ihre Toleranz. Was das Verhalten in den eigenen vier Wänden angeht, sind die Holländer aber durchaus konservativ. Die niederländische Gesellschaft war immer multikulturell, ohne assimilierend zu sein. Das passt gut zu einer traditionell viele von einander getrennte soziale Gruppen – Protestanten, Katholiken und Sozialisten – vereinigenden Gesellschaft.

In ähnlicher Weise sehen die meisten an-

deren europäischen Länder den Multikulturalismus eher als einen Rahmen für die Koexistenz separater Kulturen, statt ihn als einen Übergangsmechanismus zur Integration von Neuankömmlingen in eine dominierende Kultur zu begreifen. (Der indische Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph Amartya Sen nannte das „pluralen Monokulturalismus“). Viele Europäer sind skeptisch, ob muslimische Immigranten sich wirklich einfügen wollen; und die, die es tun, werden keineswegs mit offenen Armen empfangen, selbst wenn sie sich das sprachliche und kulturelle Wissen der Gastgesellschaft aneignen.

Es ist wichtig, die Unterschiede zwischen den USA und Europa in dieser Hinsicht nicht zu übertreiben. Die Europäer beharren darauf, und zwar mit einigem Recht, dass sie ein größeres Problem mit der Integration ihrer Immigranten haben – deren Mehrheit jetzt muslimisch ist – als die USA.

Europas muslimische Immigranten kommen oft aus ziemlich traditionellen Gesellschaften, während der größte Teil der Neuankömmlinge in den USA Hispanics sind, die das christliche Erbe der herrschenden Kultur teilen. (Auch Zahlen spielen eine Rolle: Es gibt in den USA, einem Land mit fast 300 Millionen Einwohnern, zwischen zwei und drei Millionen Muslime. Wäre dieser muslimische Bevölkerungsanteil proportional so groß wie in Frankreich, wären es über 20 Millionen.)

Was auch immer seine genauen Gründe sind, Europas Versagen bei der Integration der Muslime ist eine tickende Zeitbombe, die bereits zum Terrorismus beigetragen hat. Das Erstarken populistischer Gruppen wird nicht ausbleiben, und womöglich gefährdet dieses Versagen sogar die europäische Demokratie als ganze. Bei der Lösung des Problems wird man doppelt ansetzen müssen, beim Verhalten der einwandernden Minderheiten

„Die ‚Zivilreligion‘ der USA ist eine Kirche, die allen Neuankömmlingen offen steht.“

und ihrer Nachkommen ebenso wie bei den Mitgliedern der dominierenden nationalen Gemeinschaften.

Auf dem Weg zu einer Lösung müssen wir erstens erkennen, dass das alte multikulturelle Modell in Ländern wie den Niederlanden und Großbritannien kein großer Erfolg gewesen ist, und dass es durch größere Anstrengungen, die nicht-westliche Bevölkerung in die liberale Kultur zu integrieren, ersetzt werden muss. Das alte multikulturelle Modell basierte auf Gruppenanerkennung und Gruppenrechten. Aus einem falsch verstandenen Respekt für kulturelle Unterschiede - und manchmal wegen alter imperialer Schuldgefühle - überließ es den kulturellen Gemeinschaften zu viel Spielraum, Verhaltensregeln für ihre Mitglieder zu definieren. Liberalismus kann letztlich nicht auf Gruppenrechten basieren, denn nicht alle Gruppen halten liberale Werte hoch.

Die Zivilisation der europäischen Aufklärung, deren Erbe die zeitgenössische liberale Demokratie ist, kann nicht kulturell neutral sein, denn liberale Gesellschaften haben ihre eigenen Prinzipien, zu denen Wert und Würde jedes Einzelnen gehören. Kulturen, die diese Prämissen nicht akzeptieren, verdienen in einer liberalen Demokratie nicht den gleichen Schutz wie andere. Mitglieder von Immigrantengemeinschaften und ihre Nachkommen verdienen es, gleichfalls als Individuen behandelt zu werden, nicht als Mitglieder einer kulturellen Gemeinschaft. Es gibt keinen Grund, ein muslimisches Mädchen vor dem Gesetz anders zu behandeln als ein christliches oder jüdisches, was auch immer ihre Verwandten davon halten.

Multikulturalismus in seiner ursprünglichen kanadischen, US-amerikanischen und europäischen Fassung war in gewisser Hinsicht ein „Spiel nach dem Ende der Geschichte“. Das heißt, kulturelle Unter-

schiede wurden als eine Art Ornament des liberalen Pluralismus begriffen. Sie sollten Gesellschaften, die man betäubend konformistisch und homogen fand, mit exotischem Essen, farbenprächtigen Kleidern und Spuren einer abweichenden historischen Tradition schmücken.

Die kulturellen Unterschiede sollten dabei auf die Privatsphäre begrenzt bleiben, wo sie nicht zu ernsthaften Zusammenstößen mit individuellen Rechten anderer führen oder sonstwie die im wesentlichen liberale Gesellschaftsordnung stören konnten. Wenn sie in die öffentliche Sphäre übergriffen, wie bei der Sprachenpolitik in Québec, empfand die herrschende Gemeinschaft die Abweichung von liberalen Prinzipien als Irritation, aber kaum als fundamentale Bedrohung der liberalen Demokratie selbst.

Im Gegensatz dazu fordern einige muslimische Gemeinden heute Gruppenrechte, die schlicht nicht vereinbar sind mit den liberalen Prinzipien individueller Gleichheit. Diese Forderungen beinhalten spezielle Ausnahmen vom Familienrecht, das für jeden anderen in der Gesellschaft gilt, sie fordern das Recht, Nicht-Muslime von bestimmten öffentlichen Veranstaltungen auszuschließen, und das Recht, die freie Rede bei Verletzung religiöser Gefühle einzuschränken (wie bei den dänischen Karikaturen). In einigen extremen Fällen haben muslimische Gemeinden sogar Anstalten gemacht, den säkularen Charakter der politischen Ordnung insgesamt in Frage zu stellen. Diese Art von Gruppenrechten schränkt ganz klar die Rechte anderer Individuen der Gesellschaft ein und verschiebt gewaltsam die kulturelle Autonomie von der Privatsphäre in die Öffentlichkeit.

Es ist in Europa viel schwieriger, Muslime aufzufordern, auf Gruppenrechte zu verzichten als in den USA, weil viele europäische

„Viele Europäer sind skeptisch, ob muslimische Immigranten sich wirklich einfügen wollen; und die, die es tun, werden keineswegs mit offenen Armen empfangen, selbst wenn sie sich das sprachliche und kulturelle Wissen der Gastgesellschaft aneignen.“

Länder mit korporatistischen Traditionen immer noch die Rechte von Gemeinschaften respektieren und es fatalerweise versäumt haben, Kirche und Staat wirklich zu trennen. Die Existenz staatlich finanzierter christlicher und jüdischer Schulen in vielen europäischen Ländern macht es schwer, grundsätzlich gegen eine staatlich finanzierte religiöse Erziehung für Muslime zu argumentieren.

In Deutschland zieht der Staat die Steuern für die protestantische und katholische Kirchen ein und verteilt die Staatseinnahmen an kirchliche Schulen. (Ein Erbe von Bismarcks Kulturkampf gegen die katholische Kirche.) Sogar Frankreich, mit seiner starken republikanischen Tradition, war in diesem Fall nicht konsequent. Nach den Kämpfen der Französischen Revolution gegen den Klerus stellte Napoleon die Rolle der Kirche in der Erziehung wieder her und verfolgte für das Verhältnis von Kirche und Staat einen korporatistischen Ansatz. So regelt die Beziehung des Staates zur jüdischen Gemeinde Frankreichs beispielsweise der Kulturminister im Gespräch mit dem Consistoire Israelite.

Dieses Verfahren diente denn auch als Vorbild für Nicolas Sarkozys Versuche vor ein paar Jahren, die Position eines mit Autorität versehenen muslimischen Gesprächspartners zu schaffen, der für die französische

muslimische Gemeinde sprechen (und sie kontrollieren) sollte. Sogar das Gesetz von 1905, das die Prinzipien der „laïcité“ verewigte, hat Ausnahmen, zum Beispiel im Elsass, wo der Staat kirchliche Schulen unterstützt.

Bis plötzlich große muslimische Gemeinden vor der Tür standen, waren diese Inseln des Korporatismus, in denen europäische Staaten weiterhin Gruppenrechte anerkennen, nicht umstritten. Die meisten europäischen Gesellschaften sind inzwischen durch und durch säkular, so dass diese religiösen Überbleibsel harmlos erschienen. Aber jetzt sind sie wichtige Präzedenzfälle für die muslimischen Gemeinden, und stellen die klare Trennung zwischen Religion und Staat in Frage. Wenn Europa auf dem liberalen Prinzip eines Pluralismus beharren will, der auf Individual- und nicht auf Gruppenrechten basiert, muss es eine Lösung für diese überkommenen korporatistischen Institutionen finden.

Der andere Ansatz, der das Problem der Integration von Muslimen lösen helfen kann, betrifft die Erwartungen und das Verhalten der Mehrheitsgesellschaften in Europa. Nationale Identität wird noch immer in einer Art und Weise verstanden, die den Neuankömmlingen mit anderem ethnischen und religiösen Hintergrund den Zugang erschwert. Nationale Identität war immer ein soziales Konstrukt; als solches gründet sie auf Geschichte, auf Symbolen, Helden und den Geschichten, die eine Gemeinschaft über sich selbst erzählt.

Dieses Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Ort und einer Geschichte darf nicht weggewischt werden, aber es muss so weit wie möglich auch neuen Bürgern zugänglich sein. In einigen Ländern, vor allem Deutschland, macht die Geschichte des 20. Jahrhunderts es heikel, über nationale Iden-

tität zu sprechen, aber dieser Dialog muss im Angesicht der neuen kulturellen Vielfalt Europas wieder eröffnet werden: Wenn die existierenden Bürger ihre nationale Staatsbürgerschaft nicht hinreichend schätzen, dürfen sich die europäischen Länder über mangelnde Wertschätzung unter den Neuankömmlingen nicht wundern.

Und in Wahrheit wird dieser Dialog bereits geführt. Vor einigen Jahren brachten Deutschlands Christdemokraten vorsichtig die Idee der Leitkultur ins Spiel – die Vorstellung, die deutsche Staatsbürgerschaft sei mit bestimmten Pflichten verbunden, wie zum Beispiel Standards für Toleranz und gegenseitigen Respekt einzuhalten. Der Begriff Leitkultur war 1998 von Bassam Tibi, einem deutschen Akademiker syrischer Herkunft, genau als nicht-ethnische, universalistische Konzeption einer Staatsbürgerschaft erfunden worden, die die nationale Identität auch für nicht-ethnische Deutsche öffnen sollte.

Trotz dieser Ursprünge wurde die Idee von der Linken sofort als rassistisch und Rückfall in Deutschlands unglückliche Vergangenheit denunziert. Die Christdemokraten distanzieren sich schnell wieder davon. Aber in den letzten Jahren hat sogar Deutschland eine viel härtere öffentliche Debatte über nationale Identität und Masseneinwanderung geführt. Während der erfolgreichen Fußball-WM wurde der breite Ausdruck moderater nationaler Gefühle zur Normalität und sogar von Deutschlands Nachbarn begrüßt.

Trotz seines ganz anderen Ausgangspunktes kann Amerika die Europäer bei ihrem Versuch, eine postethnische Form nationaler Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zu finden, vielleicht etwas lehren. Das amerikanische Leben ist voller quasireligiöser Zeremonien und Rituale, die die demokratischen politischen Institutionen des Landes

feiern sollen: das rituelle Hissen der Flagge, der Staatsbürgerschaftseid, Thanksgiving und der 4. Juli. Im Gegensatz dazu haben Europäer ihr politisches Leben weitgehend entritualisiert. Europäer haben für die amerikanischen Spielarten des Patriotismus meist nur zynische Herablassung übrig. Aber solche Zeremonien sind für die Assimilation von Immigranten von großer Bedeutung.

Dabei hat Europa seine eigenen Vorbilder für die Schaffung nationaler Identitäten, die nicht in erster Linie auf Herkunft oder Religion basieren. Der berühmteste Fall ist der französische Republikanismus, der sich in seiner klassischen Form weigert, einzelne Gemeinschaftsidentitäten anzuerkennen und die Staatsgewalt dazu nutzt, die französische Gesellschaft zu homogenisieren. Mit dem Anwachsen des Terrorismus und der Revolten in den Vorstädten hat in Frankreich eine intensive Diskussion eingesetzt, warum diese Form der Integration gescheitert ist. Zum Teil mag das daran liegen, dass die Franzosen selbst ihr altes Konzept der Staatsbürgerschaft zugunsten einer Version des Multikulturalismus aufgegeben haben. Das Verbot des Kopftuchs 2004 war eine Rückkehr zum älteren Konzept des Republikanismus.

Großbritannien hat sich vor einiger Zeit bei amerikanischen und französischen Traditionen bedient, als es beschloss, den neuen Staatsbürgern sichtbare Zustimmung zur Nation abzuverlangen. Die Labour-Regie-

„Nationale Identität wird noch immer in einer Art und Weise verstanden, die den Neuankömmlingen mit anderem ethnischen und religiösen Hintergrund den Zugang erschwert.“

rung hat Staatsbürgerschaftszeremonien für die neuen Bürger eingeführt, ebenso wie obligatorische Staatsbürgerschafts- und Sprachtests. Sie hat auch Staatsbürgerschaftskunde in den Schulen eingeführt. Großbritannien hat in den vergangenen Jahren einen starken Anstieg der Immigration erlebt, viele kamen aus den neuen Mitgliedsländern der EU – wie Polen.

Wenn Großbritannien heute die Immigranten als Schlüssel für den Ausbau der wirtschaftlichen Dynamik betrachtet, dürfen die USA dabei als Vorbild gelten. Immigranten sind willkommen, so lange sie arbeiten, statt Sozialhilfe zu beziehen, und dank des wie in den USA flexiblen Arbeitsmarktes gibt es auch jede Menge Jobs für ungelernete Arbeiter. Im größten Teil Europas führen jedoch unflexible Arbeitsgesetze und großzügige Beihilfen dazu, dass Immigranten nicht wegen der Arbeit, sondern wegen der Sozialhilfe ins Land drängen.

Viele Europäer behaupten, dass der weniger großzügige Wohlfahrtsstaat in den USA die Armen ihrer Würde beraube. Aber das Gegenteil ist richtig: Würde kommt von Arbeit und dem Beitrag, den man durch seine Arbeit der Gesellschaft gibt. In verschiedenen muslimischen Gemeinden in Europa lebt mehr als die Hälfte der Muslime von der Wohlfahrt, was unmittelbar zu ihrem Gefühl von Entfremdung und Hoffnungslosigkeit beiträgt.

Die europäische Erfahrung ist also nicht einheitlich. Aber in den meisten Ländern finden inzwischen Debatten über Identität und Migration statt – zum Teil freilich erst ausgelöst durch Terroranschläge und die Erfolge der populistischen Rechten.

Das Dilemma von Immigration und Identität hängt nicht zuletzt mit dem größeren Problem der Wertelosigkeit der Postmoderne zusammen. Die Verbreitung des

Relativismus hat es dem postmodernen Menschen viel schwerer gemacht, noch positive Werte zu behaupten – und damit auch, von den Migranten gemeinsame Überzeugungen als Voraussetzung für die Staatsbürgerschaft einzufordern. Die postmodernen Eliten, vor allem die in Europa, glauben, sie hätten Identitäten, die durch Religion und Nation definiert sind, hinter sich gelassen und eine überlegene Position erreicht. Aber abgesehen von ihrer Feier endloser Verschiedenartigkeit und Toleranz finden postmoderne Menschen es schwierig, sich darüber zu verständigen, was eigentlich die Substanz des guten Lebens ausmacht, das doch alle anstreben.

Immigration zwingt uns ganz akut, die Frage „Wer sind wir?“ zu diskutieren. Die mein verstorbener Harvard-Kollege Samuel Huntington gestellt hat, zu diskutieren. Wenn postmoderne Gesellschaften eine ernsthaftere Diskussion über ihre Identität führen wollen, müssen sie die positiven Werte entdecken, die definieren, was es bedeutet, ein Mitglied dieser Gesellschaften zu sein. Wenn sie es nicht tun, kann es passieren, dass sie überwältigt werden von Menschen, die genauer wissen, wer sie sind.

Francis Fukuyama; 1952 in Chicago geboren; lehrt Politische Ökonomie an der Johns Hopkins Universität in Baltimore. Er promovierte an der Harvard University in Politikwissenschaften und war u. a. als Osteuropa-Experte Mitglied des politischen Planungsstabes im US-Außenministerium. 1989 verkündete er seine berühmte These vom „Ende der Geschichte“, um sie dann Jahre später zu widerrufen. Fukuyama hat zu den wichtigsten Themen der neueren Weltpolitik Stellung genommen, immer wieder hat er sich mit der Frage beschäftigt, wie viel Kultur der Mensch braucht – und wie viel Staat?



Freiheit, Gleichheit und Intoleranz Das klassisch-liberale Credo der Meinungsfreiheit und der Freiheitsrechte hat nicht verhindern können, dass europäische Öffentlichkeiten und Lebenswelten zu Tummelplätzen des Kulturkampfes und der mangelnden interkulturellen Solidarität geworden sind. Außereuropäische Kulturen und Religionen, und insbesondere der Islam, werden nur von einer Minderheit als Teil der zeitgenössischen europäischen Kultur anerkannt. Was kann dagegen getan werden? *Von Kai Hafez*



und kulturelle Passfähigkeit abspricht, und wenn sich die Minderheit in hohem Maße diskriminiert fühlt, dann leben wir in einer instabilen Angstgesellschaft.

Feindbilder haben heute in Europa Konjunktur, sie reichen tief in die bürgerliche Gesellschaft. Während nur eine Minderzahl sich offen zum Rassismus bekennt, glaubt der überwiegende Teil der Mehrheitsgesellschaft, der Islam sei gewaltsamer als das Christentum und/oder nicht vereinbar mit westlichen Werten und der westlichen Kultur. Alltagsdiskriminierung ist keine zwangsläufige, allerdings eine verbreitete Reaktion. Islamfeindliche Gewalt ist zwar relativ selten, sie ist aber ein in ganz Europa vorhandenes Problem, wengleich dies öffentlich noch wenig Beachtung findet.

Der inhaltliche Wendepunkt für das Islambild waren nicht die Attentate vom 11. September 2001, sondern es war die Iranische Revolution von 1978/79. Hier wurde die im europäischen Kulturerbe angelegte latente Islamfeindlichkeit durch die Politisierung einer fundamentalistischen Bewegung neu belebt. Die Attentate von 2001 haben an der Substanz des Islambildes wenig verändert, das Ereignis war aber für den gesellschaftlichen Umgang des Westens mit dem Islam von entscheidender Bedeutung.

Es führte zu einem Dammbbruch bei der Entwicklung des „Feindbildes Islam“ bei rechtspopulistischen Parteien, zu verstär-

Eines der Hauptprobleme liberaler Demokratien in Europa stellt heute die Tatsache dar, dass in der bürgerlichen Gesellschaft islamfeindliche Haltungen, die als eine spezifische Form von Rassismus zu kennzeichnen sind, äußerst verbreitet sind. Der weitgehend inklusive Charakter des politischen Systems sowie die grundsätzlich positive Haltung von Mehrheiten und Minderheiten gegenüber dem System haben leider nicht zu dem gesellschaftlichen Frieden geführt, den man sich erhoffen konnte. Unter der Oberfläche der Systemtreue und der Stabilität politischer Systeme schlummern erhebliche Konflikte zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen in Europa. Wenn eine Mehrheit nicht an die Verfassungstreue einer Minderheit glaubt, ihr jegliche soziale Integrationsbereitschaft

ter Diskriminierung und auch zu Gewalt gegenüber Muslimen. Es existieren gewisse Unterschiede in der Wahrnehmung des Islams in einzelnen europäischen Ländern: Eine grundlegende Islamfeindlichkeit ist gerade in Zentraleuropa sehr verbreitet, wohingegen sie in westeuropäischen Staaten leicht gedämpft in Erscheinung tritt.

Öffentliche Islambilder tragen in Europa deutliche Züge einer Art kollektiven Wahrnehmungsextremismus: Sie sind hochgradig selektiv, parolenartig, stark abwertend und lassen einen radikalen Denkstil erkennen. Diese Negativbilder des Islams als „rassistisch“ zu bezeichnen, ist insofern berechtigt, als wir heute von einem „Rassismus ohne Rassen“ sprechen, der weniger physische Merkmale als vielmehr die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kultur/Religion zum Differenzkriterium erhebt. Rückentwicklungen zum genetischen Rassismus werden bisher von der Mehrheit der Europäer und in den großen Medien zurückgewiesen, der kulturelle Rassismus hingegen wird gar nicht als Rassismus betrachtet und banalisiert.

Nur durch diese Umstrukturierungen von Fremdenbildern ist es möglich, dass ein großer Teil der europäischen Bevölkerungen

„Der Wendepunkt für das Islambild waren nicht die Attentate vom 11. September 2001, sondern es war die Iranische Revolution von 1978/79. Hier wurde die im europäischen Kulturerbe angelegte latente Islamfeindlichkeit durch die Politisierung einer fundamentalistischen Bewegung neu belebt.“

heute von sich behauptet, nicht rassistisch zu sein, sich offen gegen den Antisemitismus wendet und zugleich negative Vorurteile gegenüber dem Islam und den Muslimen pflegt. Islamfeindlichkeit wird durch dieses Wechselspiel zu einer Art politisch korrekter Salon-Islamophobie, die bis tief in die bürgerlichen Kreise hineinreicht und keineswegs ein extremes und radikales Element, sondern eine europäische Volkskultur darstellt.

Zwar ist die Islamfeindlichkeit der Mehrheit nicht unbedingt intentional, sie muss sich weder in Alltagsdiskriminierung noch in islamfeindlicher Gewalt äußern. Sie wird aber, dafür gibt es genügend Anhaltspunkte, von rechtsextremen islamfeindlichen Gewalttätern als treibende Kraft für deren Taten verstanden. In diesem Sinne trägt die bürgerliche Gesellschaft eine zumindest indirekte Verantwortung für islamfeindliche Attentate, wie sie in Deutschland und Norwegen geschehen sind. Die Taten Einzelner liegen durch die fremdenfeindliche Ausstrahlungskraft, die populäre Islambilder haben, in der Verantwortung aller.

Die Wissenschaft kann kein Interesse daran haben, reflexhaft der Mehrheit „Rassismus“ und Minderheiten „Integrationsverweigerung“ vorzuwerfen, vielmehr geht es heute um eine differenzierte Bilanz der Einstellungen und Verhaltensweisen von Muslimen und Nicht-Muslimen. Islamophobie ist deutlich verbreiteter als fundamentale Aversionen der Muslime Europas gegen die westliche Kultur und die christliche Religion. Der Eindruck der Asymmetrie der wechselseitigen kulturellen Wahrnehmungen ist durchaus erklärbar, denn er folgt dem Machtgefälle, das zwischen beiden Gruppen in Europa besteht – in der islamischen Welt herrschen vielfach ähnliche Ressentiments gegenüber autochthonen re-

ligiösen Minderheiten. Dass kulturelle Hegemonie in modernen Einwanderungsgesellschaften ausgelebt wird, ist denn auch ein weltweit ungelöstes Problem. Europa macht hier, trotz seines freiheitlichen politischen Rahmens, keine Ausnahme.

Nicht jedes Feindbild ist unberechtigt, zumal es auch reale Feinde gibt. In der Tat finden sich in einzelnen Teilen der muslimischen Population in Europa erhöhte Kriminalitätswerte, Bildungsdefizite und Zeichen für ökonomische Deprivation. All diese Probleme sind nicht von der Hand zu weisen, und zwar auch dann nicht, wenn man dem Begriff der „Integration“ kritisch gegenübersteht. Aus Sicht der liberal-demokratischen Politik- und Gesellschaftstheorie muss man politische, ökonomische und kulturelle Minimalanforderungen an Einwanderer streng trennen von der durch das System ja gerade gewollten und erzeugten Freiheit zur Differenz in der pluralistischen Gesellschaft.

Aktuelle Probleme vieler Einwanderer berühren aber in der Tat die Grundlagen der gesellschaftlichen Solidarität, sodass Integrations- und Anerkennungspolitik miteinander verbunden werden müssen. Dabei zeigen alle empirischen Untersuchungen, dass die Integrationsprobleme von Muslimen in Europa wenig mit der Religion des Islams zu tun haben. Statistisch ist ganz eindeutig, dass nicht die Religionszugehörigkeit und nicht einmal der Grad der Religiosität ausschlaggebend ist, sondern die soziale Herkunft, die wiederum oft mit der regionalen Herkunft der Einwanderer in Verbindung steht. Zum Beispiel besitzt die türkische Einwanderung nach Deutschland eine ganz andere soziodemographische Struktur als die arabische und iranische, die arabische Einwanderung nach Frankreich wiederum ist anders als die nach Deutsch-

„Dass kulturelle Hegemonie in modernen Einwanderungsgesellschaften ausgelebt wird, ist denn auch ein weltweit ungelöstes Problem. Europa macht hier, trotz seines freiheitlichen politischen Rahmens, keine Ausnahme.“

land. Iraner und viele Araber in Deutschland weisen sehr gute Integrationswerte auf, und auch innerhalb der stark türkisch geprägten, sozial deprivierten Schichten bestehen sehr viele verschiedene Facetten der Integration.

Trotz real existierender Probleme gibt es zu gesellschaftlichem Alarmismus und zu übertriebener Angst vor „Parallelgesellschaften“ keinen Anlass. Zudem beweisen Muslime insgesamt nicht nur ein hohes Vertrauen in das Politik- und Gesellschaftssystem der europäischen Staaten, extremistische politische Einstellungen sind auch nicht häufiger vorzufinden als im Rest der Gesellschaften. Für Kulturalisierung und Islamophobie gibt es also keinen Grund.

Aus theoretischer Sicht gibt es zwar mittlerweile sehr viel Literatur über Toleranz und Anerkennung. Deren Positionen werden aber nur selten mit der liberalen Demokratietheorie verbunden. Diese Schwäche des liberalen Denkens ist von anderen Theorierichtungen kritisiert worden, in den USA maßgeblich vom Kommunitarismus, zu dem letztlich auch der „multikulturelle Nationalismus“ zu zählen ist. Es scheint kaum möglich zu sein, aus den negativen Toleranzforderungen der liberalen Theorie eine positive Toleranzgesellschaft abzuleiten, in der multikulturelle Gemeinschaftsideale vorherrschen.

Betrachtet man die Ursachen für den

Rassismus, so stellt man tatsächlich fest, dass ungeachtet ideologischer und machtpolitischer Vorgaben des politischen Systems zahlreiche Ursachenkomplexe tief in den Gesellschaftsstrukturen der Moderne verborgen liegen. Die Probleme der interkulturellen Kontaktarmut, der globalen Bildungsdefizite, sozialen Deprivation und Ausgrenzung von Einwanderern werden durch eine liberale Politiktheorie allein nicht zu lösen sein.

Die Frage steht im Raum, wie die Metawerte von Toleranz und Anerkennung gefestigt werden können, ohne dabei zu traditionellen Gruppenideologien und künstlichen Formen der Islamisierung zurückkehren zu müssen, die ja gerade den Rohstoff für moderne ethnisch-religiöse Feindbilder liefern. Moderne Anerkennung in der multikulturellen Gesellschaft beinhaltet die Akzeptanz des Anderen ebenso wie die Zurückweisung von mit den Menschenrechten und dem liberalen Prinzip der Demokratie unvereinbaren Denk- und Verhaltensweisen. Sie ist konfliktoffen und dialogintensiv. Allerdings ist der Anerkennungs- und Toleranzdiskurs bislang weitgehend ein Annex von rechtsstaatlichen Debatten geblieben, in der liberalen Demokratie und bei der Bekämpfung von Islamfeindlichkeit aber geht es in hohem Maße um Probleme, die das Rechts- und Politiksystem allein nicht lösen kann.

Habituell-kulturelle Abwehrreaktionen

Wertedefizite: Der Zusammenhang zwischen Islamophobie und autoritären dogmatischen Werten ist gerade in Ländern wie Deutschland, den Niederlanden, Italien und Großbritannien stark ausgeprägt; Werte der Religionsfreiheit sind zwar verbreitet, haben sich aber in Europa – offenbar anders als

in den Vereinigten Staaten – nicht mit den Werten einer Einwanderungsgesellschaft verbunden und scheinen auf die christliche – und die jüdische? – Religion beschränkt zu sein.

Soziale Deprivation: Islamophobie ist auch von sozioökonomischen Faktoren abhängig. Islamfeindlichkeit ist also zumindest teilweise „konjunkturbedingt“, ähnlich wie beim Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Allerdings wäre es verkürzt, Islamophobie als Folge von Armut betrachten zu wollen, denn es geht um relative Deprivation: Auch wachsende Abstiegstendenzen der Mittelschicht stärken gerade deren habituell-kulturelle Abwehrreaktionen.

Kulturelle Distinktion und kulturelle Ablehnung von „Fremden“ werden zum Erkennungsmerkmal für diese neue Mittelschicht. Man sollte zudem nicht übersehen, dass sozioökonomische Krisen eher ein verstärkender als ein auslösender Faktor von Islamfeindlichkeit sind, die es schließlich auch in Zeiten von Hochkonjunktur gegeben hat. Interkulturelle Kontaktdefizite: Während Muslimen immer wieder vorgeworfen wird, sie würden sich sozial zu wenig integrieren, pflegt ein großer Teil der nicht-muslimischen Bürger Europas keinen Kontakt zu Muslimen und hält bewusst Distanz. Kontaktarmut gilt denn auch als ein wesentlicher Faktor zur Aufrechterhaltung von Stereotypen und Vorurteilen. Muslime sind ungeachtet ihrer wachsenden Zahl und unmittlerbaren Anwesenheit im lokalen Raum vielfach noch immer „abwesende Fremde“.

Eurozentrische Bildung: Bildung gilt generell als Dämpfer gegen Rassismus, und auch im Bereich der Islamfeindlichkeit lässt sich ein positiver Einfluss hoher formaler Bildung nachweisen, allerdings auf einem Niveau, das weit über das allgemeine Besitztum zum Rassismus hinausweist, was

Fragen über das Vorhandensein islamspezifischer Bildung in Europa aufwirft.

Die Ursachen dafür, dass die europäische Demokratie stabil erscheint, ihre Gesellschaften jedoch in hohem Maße fremden- und islamfeindlich geprägt sind, hängen auch mit dem Versagen der Politik und des Rechtssystems zusammen. Diese haben zwar in ihren zentralen Aufgabenbereichen der Legislative, Exekutive und Judikative deutliche Fortschritte bei der rechtlichen Gleichstellung des Islams gemacht, gerade ihre ideologische Entwicklung ist aber defizitär und beeinflusst die Definition des gemeinschaftlichen Wertezentrums der Gesellschaft.

Andere Phänomene der Islamfeindlichkeit zeigen dennoch, dass das politische System nicht allein und vielleicht nicht einmal hauptverantwortlich für die Islamophobie ist. Neben der Verantwortung, die jeder Einzelne besitzt, sind in mehreren Funktionssystemen der Gesellschaft, die einen Beitrag zur Lösung des Rassismusproblems leisten könnten, deutliche Fehlentwicklungen zu erkennen. Als generelle Formel kann gelten, dass die Defizite mit dem Abstand der Teilsysteme von Staat und Verfassungsauftrag wachsen.

Sehr ausgeprägt sind Probleme der Islamfeindlichkeit und der Diskriminierung in den Medien – in Massenmedien wie im Internet – und in der privaten Wirtschaft, etwas besser ist die Bilanz in Wissenschaft und Schule. Nicht alle Bereiche sind allerdings bereits empirisch hinreichend erforscht. Dennoch lässt sich sagen: Die größten Probleme der Islamophobie liegen heute nicht im Bereich der politischen Steuerung, sondern bei Werten, Wissen und Kommunikation der modernen Gesellschaft.

Das politische System der liberalen Demokratie ist durch zwei Wegmarkierungen

gekennzeichnet: den liberalen Rechtsstaat und die demokratische Souveränität. Die oberste Maxime des Rechtsstaates ist die Gleichbehandlung, Säkularismus bedeutet Gleichstellung des Individuums vor dem Gesetz. Andere Aspekte des Säkularismus wie die Trennung von Religion und Politik oder die „Privatisierung“ von Religion, die sich aus dem öffentlichen in den privaten Raum zurückzieht, sind nachrangig. Das Verhältnis von liberalem Recht und Demokratie ist konfliktreich, da die Demokratie in Wirklichkeit ein hegemoniales Prinzip verkörpert.

Demokratische Mehrheiten intervenieren daher sondern auch auf weite Teile Zentral- und Nordeuropas. In diesen Staaten erfolgt eine verspätete Anpassung an die Erfordernisse der Einwanderung, und es macht sich bemerkbar, dass die Europäische Union den kulturellen Pluralismus gestärkt hat. Islamische Verbände finden in Brüssel Gehör, die in Europa mittlerweile eingeführten Antidiskriminierungsgesetze entstehen nicht zuletzt auf Betreiben der europäischen Politik.

Kollektive Merkmale als Kriterium der Strafverfolgung

Insgesamt lässt sich erkennen, dass sowohl die nationalstaatlichen Regierungen Europas als auch die Brüsseler Politik zunehmend eine Art Wächterfunktion gegen gesellschaftliche Diskriminierung übernehmen. Anzeichen hierfür sind etwa die zahlreichen Stellungnahmen von Staatsoberhäuptern, die sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten für den Islam als Bestandteil Europas eingesetzt haben, staatliche Islamkonferenzen und Beratungsgremien.

Europäische Spitzenpolitiker treten als

„Islamische Verbände finden in Brüssel Gehör, die in Europa mittlerweile eingeführten Antidiskriminierungsgesetze entstehen nicht zuletzt auf Betreiben der europäischen Politik.“

Partei- und Oppositionsvertreter vielfach noch islamkritisch auf, als Minister, Regierungschefs und vor allen Dingen als repräsentative Staatsoberhäupter aber bedienen sie sich einer inkludierenden Rhetorik, die zumindest auf der Ebene symbolischer Politik den Erfordernissen des multikulturellen liberalen Rechtsstaates entspricht. Die Übernahme staatlicher Verantwortung entfaltet also eine „zivilisierende“ Wirkung. Staatliche Toleranzpolitik ist in Europa nach wie vor lebendig.

Während die staatliche Anerkennungspolitik Fortschritte gemacht hat, drohen vor allem seit den Attentaten des 11. September 2001 im Feld der inneren Sicherheit neue Herausforderungen. Terrorismusbekämpfung durch Rasterfahndung und verdachtsunabhängige Kontrollen in Wohnungen und Moscheen stellen nicht nur eine Gefahr für die Freiheitsrechte von Muslimen, sondern auch für die liberale Ordnung selbst dar. Die Grenzen zwischen legitimer Gefahrenabwehr und institutioneller Diskriminierung werden von europäischen Regierungen nicht immer eingehalten, notwendige Unterscheidungen etwa zwischen gewaltbereiten und gewaltlosen islamischen Fundamentalisten werden ignoriert.

Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten werden kollektive Merkmale, die tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit zum Islam, zu Kriterien der Strafverfolgung (ethnic profiling), was gegen die Menschenrech-

te verstößt und von europäischen Gerichten nur in ganz konkreten Verdachtsituationen erlaubt wird. Staatliche Islampolitik bleibt aus Sicht der liberalen Demokratietheorie also insgesamt ambivalent. Exekutive Politik wird so lange anfällig für Diskriminierung von Muslimen bleiben, wie auf der Ebene der Parteien und Ideologien kein umfassender multikultureller Konsens der politischen Klasse erzielt wird. Gerade der legislative Raum aber sieht sich zunehmendem Druck durch rechtspopulistische Parteien und einer bis tief in die bürgerliche Mitte hinein verbreiteten Islamfeindlichkeit ausgesetzt.

Staat und Gesellschaft begegnen und überschneiden sich im Raum der politischen Kultur, der politischen Einstellungen, Werte und Normen, die häufig wichtiger sind als die institutionellen Systeme. Ohne dass die Werte der liberalen Demokratie von den Menschen gelebt werden, ist kein politisches System in der Lage, eine entsprechende Ordnung aufrechtzuerhalten. Werte gibt es auf verschiedenen Ebenen, von religiösen metaphysischen Überzeugungen über die individuelle Lebensführung bis hin zu Normen des sozialen und politischen Zusammenlebens, und nur letztere werden von der liberalen Demokratietheorie überhaupt erfasst. Liberale Ordnungen wollen ja gerade Diversität im Bereich von religiöser Überzeugung und Lebensführung ermöglichen, sie fordern dafür aber einen integrativen Konsens über politische Grundwerte. Das Staatsvertrauen ist bei Muslimen in Deutschland hoch ausgeprägt.

Gibt es also keine Probleme bei den politischen Werten? Es ist möglicherweise ein Defizit der klassischen liberalen Theorie, dass multikulturelle Anerkennung über den Umweg der allgemeinen Toleranz gegenüber unterschiedlichen Lebensführungen im Rahmen von Verfassungen und Gesetzen nur indirekt

erfolgt. Gemeinschaftlichkeit wird demnach paradoxerweise über die Anerkennung von Differenz erzeugt, worunter zudem eher Differenz als Grundhaltung und nicht als Verpflichtung zu einem Dialog zwischen Minderheiten und Mehrheiten in einer Gesellschaft verstanden wird.

Gemeinschaftswerte entstehen also in liberalen Systemen nicht durch die Beschäftigung miteinander, sondern durch die – geteilte – Loyalität gegenüber einem Dritten: der Verfassung. So kann es denn auch kaum verwundern, dass ein hohes Systemvertrauen bei Minderheiten wie auch bei Mehrheiten in Europa einhergeht mit gleichzeitigem gegenseitigem Misstrauen. Hier klappt eine erhebliche Wertelücke, und es droht ein Bruch zwischen den Orientierungen der politischen Systeme und der Gesellschaften Europas. Die Mehrzahl der Bürger hat die Ziele von „Freiheit und Gleichheit“ verinnerlicht, aber „Brüderlichkeit“ im Sinne eines multikulturellen Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühls ist wenig verbreitet. Was die deutsche Soziologin Rosemarie Sackmann über die Niederlande gesagt hat, dürfte für weite Teile Europas gelten: „Politik [hat] sich auf die Integration der Zuwanderer konzentriert und die Integration der Einheimischen vernachlässigt“.

Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg politische und wirtschaftliche Systeme mit weltweitem Vorbildcharakter geschaffen – die kulturelle Entwicklung seiner Gesellschaftsmehrheiten konnte aber mit diesen Veränderungen nicht Schritt halten.

Die von Liberalen wie dem englischen Historiker Timothy Garton Ash geforderte Toleranz gegenüber der Islamophobie, die sich frei äußern können müsse, ist als Schutz der Meinungsfreiheit durchaus berechtigt. Das klassisch-liberale Credo der Meinungsfreiheit und der Freiheitsrechte hat

aber nicht verhindern können, dass europäische Öffentlichkeiten und Lebenswelten zu Tummelplätzen des Kulturenkampfes und der mangelnden interkulturellen Solidarität geworden sind. Außereuropäische Kulturen und Religionen, und insbesondere der Islam, werden nur von einer Minderheit als Teil der zeitgenössischen europäischen Kultur anerkannt.

Welche Gefahren aus einer solchen Situation erwachsen, zeigt die Tatsache, dass sich viele Parallelen zum europäischen Antisemitismus des 19. und frühen 20. Jahrhunderts erkennen lassen. Auch damals hinkte die gesellschaftliche Achtung vor dem Judentum der rapide fortschreitenden rechtlichen Emanzipation hinterher. Als Judenfeindschaft dann etwa in Deutschland in der Weimarer Republik vordrang, erkannten immer mehr Juden die Krisenhaftigkeit ihrer eigenen Existenz. Wie seinerzeit der Antisemitismus macht sich gegenwärtig Islamfeindlichkeit im europäischen Parteiensystem breit. Damals wie heute auch registrieren bereits einzelne Beobachter den drohenden Bruch zwischen politischem System und Gesellschaft. Sie machen sich Sorgen um die Stabilität der politischen Systeme in Europa.

Allerdings ist ein vielleicht entscheidender Unterschied zur Weimarer Situation zu erkennen. Nicht die etablierten Par-

„Europa hat nach dem Zweiten Weltkrieg politische und wirtschaftliche Systeme mit weltweitem Vorbildcharakter geschaffen – die kulturelle Entwicklung seiner Gesellschaftsmehrheiten konnte aber mit diesen Veränderungen nicht Schritt halten.“

teien werden islamfeindlicher, sondern es bilden sich neue populistische Parteien am rechten Rand, die vom Spannungszustand zwischen System und Gesellschaft profitieren und die den Bürgern eine systemloyale politische Bühne für politischen Rassismus anbieten. Ob hiervon jedoch eine systemstabilisierende Wirkung auf das liberal-demokratische System ausgeht, ist noch völlig unklar. Der Rechtspopulismus kann auch erst der Beginn einer langsamen Aushöhlung der liberalen Demokratie und einer Transformation zur populistischen Radikaldemokratie oder zu autoritären Verhältnissen sein. In Europa existieren zwar anti-islamophobe Netzwerke, deren Stärke allerdings zu wünschen übrig lässt.

Kulturalisierung des Diskurses

Da es sich bei der Islamfeindlichkeit um ein in vielen Bereichen der bürgerlichen Gesellschaft vorhandenes Phänomen handelt, das selbst in linken und intellektuellen Kreisen vorhanden ist, fällt solchen Netzwerken die gesellschaftliche Mobilisierung oft schwer. In dem Maße, wie sich der Rassismus verbürgerlicht, wird der Antifaschismus ganz neue Wege gehen müssen, gerade große gesellschaftliche Institutionen wie die Gewerkschaften sind gefordert, sich hier nachhaltiger einzubringen.

Natürlich könnte man annehmen, dass die Demokratien heute stabiler sind als zu Weimarer Zeiten in den 1920er Jahren und dass daher den Muslimen Europas keine echte Gefahr droht. Metawerte wie „Freiheit“ scheinen fester verankert denn je, die politischen Systeme solider als in jeder anderen geschichtlichen Phase Europas. Wir sind also gut beraten, den Vergleich zwischen dem historischen Antisemitismus und

der heutigen Islamfeindlichkeit mit Bedacht zu betreiben. Europas Gesellschaften haben sich im letzten Jahrhundert in vielfältiger Weise verändert. Ein Beispiel hierfür ist der wachsende Einfluss der Medien und die Ausbreitung der öffentlichen Kommunikation.

Medien ermöglichen die in einer Demokratie notwendige Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft. Gerade die Massenmedien sind zunehmend in eine Position gelangt, die Kommunikation als dritte Ressource der Politik- und Gesellschaftsentwicklung neben Macht und Ökonomie erscheinen lässt. Die Stabilität einer politischen Ordnung und eines Gesellschaftsmodells, aber auch ihr Wandel hängen in hohem Maße von den Institutionen der Massenkommunikation ab. Sie stimulieren die Entstehung von Fremdenbildern. Obwohl die gesellschaftliche Wirkungsmacht der Medien umstritten ist, können diese ebenso zur multikulturellen Anerkennung wie zur Verfestigung des Rassismus beitragen.

Mit Blick auf das Islambild deutscher und europäischer Medien scheinen explizite verbale Stereotype zwar abzunehmen, stereotype Sichtweisen werden aber über den Umweg der Themenstellung, der Themenhaushalte und der Bildgestaltung reproduziert. Die Kulturalisierung und negative Prägung des Diskurses über Muslime und die islamische Welt wird auf diese Weise in politisch korrekter Manier neu konfiguriert, und es entsteht eine paradox anmutende „aufgeklärte Islamophobie“.

Problematisch ist nicht die begründete Kritik an einzelnen muslimischen Akteuren, Praktiken usw., sondern die vor allem über die Themen- und Bildsteuerung erreichte stereotype Prägung der Berichterstattung, die die Vorstellung einer fundamentalen

Differenz zwischen islamischer und westlicher Welt zum Ausdruck bringt. Mediale und gesellschaftliche Islamfeindlichkeit bedingen sich in hohem Maße gegenseitig. Immerhin haben die Massenmedien aber verbalen Rassismus zurückgedrängt und die Repräsentation von Muslimen verbessert, auch wenn es die thematischen Zwänge oft nicht zulassen, von echter Partizipation zu sprechen.

Der Beitrag des Internets zur partizipativen Gesellschafts- und Demokratieentwicklung mag erheblich sein. Im Bereich des Rassismus jedoch sind eher Gegentendenzen einer Stärkung rassistischer Diskurse im Netz zu erkennen.

Die Machtverhältnisse von Mehrheiten und Minderheiten bilden sich auch im Internet ab, werden sogar verschärft, da die traditionellen Filterinstitutionen der Medien fehlen. Das europäische Internet ist in hohem Maße zu einem Raum für islamfeindlichen „Hate Speech“, für Rassisten und Holocaustleugner geworden. Das Internet spiegelt beim Thema Islam nicht einfach rechtspopulistische und rechtsextreme Milieus wider. Das islamophobe Segment des Netzes ist, um nur ein Beispiel zu nennen, mit etwa 50 Prozent der Weblogs deutlich größer als das prozentuale Wähleraufkommen der Rechtspopulisten, was zeigt, dass sich hier ein erheblicher Teil der bürgerlichen Mitte islamfeindlich äußert.

Virtuelle Islamophobie ist ungeachtet ihrer verbalen Artikuliertheit nicht zwangsläufig mit Gewalt verbunden, sie wird allerdings von islamfeindlichen Gewalttätern fast immer als Bezugsquelle genannt. In der Mitte der europäischen Gesellschaft bildet sich zunehmend ein Phänomen heraus, das es früher nur am gesellschaftlichen Rand gab – die Vergemeinschaftung von Rassisten. Diese virtuellen Gemeinschaften

sind zwar weder mit den alten Stammtischen noch mit den Kadergruppen der Neonazis vergleichbar, ihr Mobilisierungspotenzial im Zentrum des sozialen Lebens ist aber nicht zu unterschätzen.

Boulevardisierung von Wissensmärkten

Die europäische Wissenschaft hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Revisionen unter dem Stichwort der Orientalismusdebatte durchlebt. Obwohl alle wesentlichen Impulse zu einer kritischen Diskussion der Stellung des Islams in Europa heute in der westlichen Wissenschaft beheimatet sind und in westlichen Akademien entstehen oder von westlichen Verlagen publiziert werden, muss fraglich bleiben, ob die nicht speziell mit dem Islam und der islamischen Welt beschäftigten Fächer eurozentrische Traditionen tatsächlich überwunden haben.

Die Wissenschaft insgesamt aber funktioniert als Leitsystem einer fundierten Kritik der Islamophobie. Gewichtige Probleme erwachsen allerdings vor allem an den Nahtstellen zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit, im Bereich des öffentlichen Intellektualismus. Die europäische Öffentlichkeit hat in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Figuren hervorgebracht, die als „Islamexperten“ auftreten und als fundamentale Islamkritiker eine enorme Resonanz erzielt haben. Ihr Wirken bleibt in der Regel, von Ausnahmen wie der italienischen Journalistin Oriana Fallaci abgesehen, national begrenzt. Sie werden jedoch weitaus eher als die Wissenschaft zu öffentlichen Meinungsführern.

Die öffentliche intellektuelle Kultur in Europa ist keineswegs gegen Islamfeindlichkeit gewappnet, sondern gerade fundamentale Islamkritiker sind die Stimmgeber der

populären Islamophobie und treiben den Bruch zwischen dem politischen System und der Gesellschaft voran. Ein Phänomen der Deliberalisierung ehemals liberaler und linker intellektueller Eliten ist beim Thema Islam deutlich zu erkennen.

Die Ursachen ihres Erfolgs sind allerdings komplex. Der Bedarf der Medien nach scheinbar unabhängiger Sachkenntnis, die dann aber nicht vom Wissenschaftssystem abgestützt, sondern von den Medien selbst inszeniert wird, ist offensichtlich groß. Die Resonanz dieser Islamkritiker speist sich in der Regel aus der gleichzeitigen Präsenz auf verschiedenen Medienmärkten. Zentral ist das Zusammenspiel von Buchproduktion, Verlags-PR und der Event-Orientierung der Massenmedien, die die islamophoben Islamkritiker zu einem Ereignis machen und dabei enorme publizistische Kapazitäten aktivieren.

Medien-Meinungsführer der Islamophobie entstehen also durch externe Tendenzen zur Boulevardisierung von Wissensmärkten ebenso wie durch interne Probleme des europäischen Intellektualismus und dessen gelegentliche Anfälligkeit für reaktionäre Radikalität, die keineswegs mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und im Zuge der 68er-Bewegung verschwunden ist.

Was den öffentlichen Schulsektor in Europa angeht, ist der multikulturelle Umbau von Lehrplänen und Schulbüchern in weiten Teilen Europas in vollem Gange. Islambezogenes Wissen scheint sich allerdings in

den Fachlehrplänen nur sehr geringfügig niederzuschlagen. Teilweise wird diese gesamte Diversifizierung des Lehrstoffs in Projektlerneinheiten zum „Globalen Lernen“ ausgelagert. Lehrpläne des Fachs Geschichte sind beispielsweise vielfach von früheren Stereotypen befreit worden, der islamrelevante Wissenszuwachs aber bleibt begrenzt. Die islamische Welt findet vor allem im Mittelalter Beachtung, in der Neuzeit dominieren selektive Einblicke in regionale Konflikte (Nahostkonflikt, Golfkriege, Terrorismus usw.).

Gerade in der neuzeitlichen Geschichte bestehen enorme Wissenslücken, das Islambild ist äußerst fragmentarisch und konfliktfixiert, eine eigenständige und komparative Perspektive auf die Entwicklung orientalischer Gesellschaften in den letzten Jahrhunderten fehlt fast vollständig. Ein Thema wie Migration findet in Fächern wie Politik/Gesellschaft/Wirtschaft stärkere Berücksichtigung, heutige Untersuchungen weisen aber zum Teil auf noch immer vorhandene analytische Klischees (z.B. das Konzept des „Identitätskonflikts“) und auf eine zu geringe Beachtung der Islamophobie als eigenständiges Thema. Insgesamt bleibt unklar, inwieweit Schulbuchwissen geeignet ist, das aus den Medien stammende Zerrbild der islamischen Welt zu konterkarieren. Die über Lehrpläne und Schulbücher hinausweisende Unterrichts Praxis ist bislang kaum untersucht worden und kann daher nicht beurteilt werden.

Dass die Probleme der Islamophobie heute durch ein Zusammenspiel von zahlreichen Teilsystemen der Gesellschaft begünstigt werden, zeigt sich auch mit Blick auf die christlichen Kirchen. Grundlegende Dokumente der evangelischen Kirchenleitung in Deutschland beispielsweise zeigen ein sehr weitgehendes Abgrenzungsbedürfnis gegen-

„Was den öffentlichen Schulsektor in Europa angeht, ist der multikulturelle Umbau von Lehrplänen und Schulbüchern in weiten Teilen Europas in vollem Gange.“

über dem Islam. Weltökumenische Ansätze sind hier nicht zu erkennen. Es dominiert ein fundamentaler Wahrheitsanspruch. Aus Sicht der liberalen Theorie noch bedeutsamer ist die Tatsache, dass dieses Abgrenzungsbedürfnis auch in die soziale Alltagspraxis transferiert wird: Das gemeinsame Gebet zwischen Christen und Muslimen wird untersagt, muslimisches Personal soll in evangelischen Sozialeinrichtungen nicht eingestellt werden. Die Haltung der katholischen Kirche zum Islam ist ambivalent und sowohl durch die dialogischen Positionen des Zweiten Vatikanischen Konzils als auch durch gelegentliche Islampolemiken geprägt. Theologische Mittlerinstitutionen beider Kirchen, insbesondere die für Erwachsenenbildung zuständigen christlichen Akademien, scheinen wesentlich eher gewillt zu sein, den interreligiösen Dialog zu pflegen. Bei ihnen ist eine Unterscheidung zwischen fundamentalen theologischen und dialogischen Sozialfunktionen der Kirchen präsenter. Inwieweit die kirchliche Basis in den islamisch-christlichen Dialog einbezogen ist, lässt sich nicht mit abschließender Sicherheit sagen. Dass die Kirchen aber durchweg eine gesellschaftliche Mittlerfunktion mit Blick auf die Muslime Europas ausüben, ist zu bezweifeln.

Kai Hafez ist Professor für Vergleichende Analyse von Mediensystemen und Kommunikationskulturen an der Universität Erfurt. Er forscht einerseits zu den politischen Beziehungen zwischen dem Westen und der islamischen Welt, dem Vergleich dieser beiden politischen Kulturen und Muslimen im Westen, andererseits zur Theorie der Auslandsberichterstattung, kulturvergleichender Medienethik, der Kommunikation zwischen islamischer und westlicher Welt, Medien im Nahen Osten sowie Medien und Einwanderung.

Europas Gespür für Menschlichkeit Wir sind durch die existenzielle Angst vor Einwanderung so geblendet, so der britische Publizist Kenan Malik, dass Migranten inzwischen weniger als lebende, atmende Menschen gesehen werden und eher als Ballast und Treibgut, das man von Europas Stränden fegen muss. Die Festung Europa hat nicht nur eine physische Barriere um den Kontinent herum geschaffen, sondern auch eine emotionale um Europas Gespür für Menschlichkeit. *Von Kenan Malik*



Kürzlich ist in Merton im Süden Londons eine „Mega-Moschee“ gebaut worden, die unweigerlich Mittelpunkt einer großen Kontroverse wurde. In seinem Buch „The British Dream“ sieht David Goodhart die Moschee als ein symbolisches Beispiel für einen nicht zu akzeptierenden Wandel, den Einwanderung über die Nation gebracht hat. Die Moschee, so schreibt er, „rückte an die Stelle einer Express-Abfüllanlage für Molkereiprodukte, die einigen Hundert Menschen vor Ort Jobs verschafft hatte und viele Flaschen Milch – Symbol eines früheren, homogenisierten Zeitalters.“

Tatsächlich lagen sieben Jahre zwischen der Schließung des Molkereibetriebs 1992 und dem Baubeginn der Moschee. In diesen sieben Jahren wurde die verlassene Abfüllanlage, so erzählen es Einheimische, zu einer

Crack-Höhle. Man könnte also die Geschichte so erzählen: Wirtschaftliche Zwänge führen zur Schließung einer nicht profitablen Molkerei, wobei mehrere Hundert Jobs verloren gingen und Muslime vor Ort anschließend den verlassenen, kriminellen Ort retteten, neue Jobs schufen und damit zugleich Merton zum Guten veränderten. Doch Einwanderungskritiker wollen eine andere Geschichte erzählen. In ihren Augen ist die Moschee kein Symbol für die Rettung eines Standorts vor Verwahrlosung und Kriminalität, sondern für die ursprüngliche Schließung der Molkerei und der Transformation der alten Lebensweise in Merton.

Die Geschichte der Moschee in Merton und die Neuerzählung dieser Geschichte als Narrativ über kulturellen Verlust trifft ins Herz der aktuellen Debatte über Einwanderung. Sicherlich ist Einwanderung eines der heute am heftigsten diskutierten und explosivsten Themen. In der Debatte geht es jedoch weniger um die Fakten als um die existenzielle Auswirkung.

Einwanderung wurde zum Symbol für die Zerrüttung von Communities, die Auslöschung von Identitäten, die Minderung des Zugehörigkeitsgefühls, die Förderung eines inakzeptablen Wandels. Laut Goodhart hat „Einwanderung im großen Stil“ ein England geschaffen, „in dem es zunehmend mysteriöse und fremde Welten“ gibt. Er zitiert einen Mann aus Merton: „Wir haben diesen Ort an

andere Kulturen verloren. Er ist nicht mehr englisch.“

Die Ursprünge des Buchs „The British Dream“ liegen in Goodharts 2004 im Magazin „Prospect“ veröffentlichten Essay mit dem Titel „Zu vielfältig?“ Darin meinte er, die Liberalen müssten sich einem „progressiven Dilemma“ stellen. Zu viel Einwanderung untergrabe die gesellschaftliche Solidarität, insbesondere im Wohlfahrtsstaat. Wir müssten uns zwischen den beiden Dingen entscheiden. Der Essay löste eine beträchtliche Kontroverse aus. Die Vorstellung aber, dass zu viel Einwanderung die gesellschaftliche Solidarität untergrabe, ist im vergangenen Jahrzehnt fast zur öffentlichen Meinung geworden.

Diese Behauptung steht im Zentrum von Paul Colliers „Exodus“. Als Professor für Wirtschaft und Public Policy an der Blavatnik School of Government der Oxford University und Koleiter des Oxford Centre for the Study of African Economies beschäftigt sich Collier seit langem mit Fragen von Armut und Gerechtigkeit. In „Exodus“ versucht er den Einfluss der Einwanderung sowohl auf die Gastgeber als auch auf jene, die in den Ursprungsländern zurückgelassen wurden, darzulegen. Zu viel Einwanderung, so meint er, hat auf beide Gruppen negative Auswirkungen. Sie zieht armen Ländern menschliche Ressourcen ab und untergräbt die soziale Stabilität reicher Länder.

Collier nimmt wie Goodhart an, dass wirtschaftliche Ängste vor dem Einfluss der Einwanderung auf die Gastländer zum großen Teil unangebracht sind. Aber wie Goodhart besteht er darauf, dass zu viel Vielfalt gesellschaftliche Probleme verursacht, insbesondere indem sie die „gegenseitige Achtung“ zerstört, die Bereitschaft, zu kooperieren und Ressourcen umzuverteilen. Beide Autoren schöpfen aus der Arbeit des amerikanischen Soziologen Robert Putnam, der gezeigt hat,

dass die Mitglieder einer Gemeinschaft umso weniger sozial engagiert sind, je vielfältiger diese ist – sie wählen weniger, leisten weniger Gemeindegeld, geben weniger Geld für Wohltätigkeit aus, haben weniger Freunde. Und was besonders erstaunlich ist: Putnam fand heraus, dass Menschen in vielfältigeren Gemeinschaften größeres Misstrauen hegen – nicht nur gegenüber Mitgliedern anderer ethnischer Gruppen, sondern auch gegenüber den eigenen.

Putnams Arbeit wird seit langem von Einwanderungskritikern genutzt, um nahezu legen, dass Vielfalt das soziale Gefüge untergräbt. Neuere Untersuchungen stellen seine Schlussfolgerungen jedoch in Frage. Die letzte Studie dieser Art, geleitet von Patrick Sturgis, dem Leiter von Großbritanniens „National Centre for Research Methods“, untersuchte die Beziehung zwischen Vielfalt und Vertrauen innerhalb Londons. Sie kam zu einem genau entgegengesetzten Ergebnis als Putnam. Sobald die Forscher soziale und wirtschaftliche Nöte mit einkalkulierten, fanden sie heraus, dass „ethnische Vielfalt [...] positiv mit sozialem Zusammenhalt korreliert; es zeigen sich deutlich höhere Levels des Zusammenhalts in dem Maß, in dem die ethnische Heterogenität zunimmt.“

Atomisierung der Gesellschaft

Wir sollten freilich Sturgis' Untersuchung ebenso wenig als Nachweis dessen sehen, dass Vielfalt Vertrauen schafft wie Putnams Arbeit als Nachweis dafür, dass Vielfalt Vertrauen untergräbt. Ein Schlüsselproblem, wie Putnam selbst bemerkt hat, besteht darin, dass solche Studien lediglich eine Momentaufnahme von Einstellungen bieten. Vielfalt ist jedoch kein statisches Phänomen, sondern verändert sich mit der Zeit – wie auch unse-

„Die existenzielle Angst vor Einwanderung ist beinahe so alt wie die Einwanderung selbst.“

re politische Reaktion darauf. Im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden wir Zeuge eines Niedergangs von Bewegungen für sozialen Wandel, eines Aufschwungs der Identitätspolitik, der Atomisierung der Gesellschaft, eines Glaubensverlusts an universelle Werte, was alles zu mangelnder Bürgerbeteiligung geführt hat und einem größeren Gefühl der Anomie. Das wahre Problem, das eine Studie wie die Putnams offenbart, ist dann vielleicht nicht so sehr Vielfalt als vielmehr der politische Kontext, in dem wir darüber nachdenken. Was Putnams Daten fehlt, fehlt auch den Darstellungen von Kritikern wie Goodhart und Collier – ein Gefühl für den historischen Kontext.

Die existenzielle Angst vor Einwanderung ist beinahe so alt wie die Einwanderung selbst. Hätte Arthur Balfour noch Goodharts Beschreibung der Herausbildung eines Englands „voller mysteriöser und fremder Welten“ lesen können, eines Englands, das „nicht mehr englisch ist“, hätte er ohne Zweifel zustimmend genickt. Balfour war 1905 Premierminister, als Großbritannien die ersten Einwanderungskontrollen einführte, die sich vor allem auf europäische Juden bezogen. Ohne solch ein Gesetz, behauptete Balfour, „wäre, obwohl der Brite der Zukunft womöglich die gleichen Gesetze, Institutionen und die gleiche Verfassung hat, [...] Nationalität nicht das Gleiche und es wäre nicht die Nationalität, die wir an kommende Zeitalter weitervererben wollen.“ Zwei Jahre zuvor hatte die „Royal Commission on Alien Immigration“ („alien“ war im frühen 20. Jahrhundert sowohl die Beschreibung für einen Ausländer als auch für einen Juden) Befürchtungen geäußert, Neu-

ankömmlinge würden dazu neigen, „gemäß ihrer Traditionen, Handelsbräuche und Gewohnheiten“ zu leben und könnten so „in den englischen Volksstamm [...] die geschwächten kranken und bössartigen Erzeugnisse Europas einpflanzen.“

Das Gefühl, die jüdische Einwanderung sei unkontrolliert und die Aussage „Wir haben diesen Ort an andere Kulturen verloren“ waren in den Diskussionen spürbar. „Sie nehmen kein Ende in Whitechapel und Mile End“, behauptete ein Zeuge, der vor der Royal Commission 1903 aussagte. „Diese Gegenden von London könnte man Jerusalem nennen.“ Der konservative Abgeordnete Major Sir William Eden Evans-Gordon drückte dasselbe Gefühl in einer ziemlich ungewöhnlichen Metapher aus. „Zehn Körner Arsen in tausend Brotlaiben wären nicht zu bemerken und komplett harmlos“, sagte er vor dem Parlament, „aber die gleiche Menge in einem einzigen Brotlaib würde die ganze Familie, die sich davon genommen hat, töten.“

In den 1950er-Jahren wurde die jüdische Gemeinschaft dann als Teil der britischen kulturellen Landschaft betrachtet. Die gleichen Argumente, die ein halbes Jahrhundert zuvor gegen Juden angeführt worden waren, wurden nun eingesetzt gegen eine neue Welle von Einwanderern aus Südasien und der Karibik.

Ein Bericht des Kolonialministeriums von 1955 nahm Arthur Balfours Faden auf und äußerte die Furcht, dass „eine große farbige Community als bemerkbares Merkmal unseres Soziallebens [...] das Konzept von England oder Großbritannien schwächen würde, an dem die Menschen britischen Ursprungs im ganzen Commonwealth hängen.“ Es gab auch die Sorge, die Einwanderung sei unkontrollierbar. „Die Frage der Zahlen und des Anstiegs der Zahlen“, betonte Enoch Powell, bilde „den Kern des Problems“. „Ganze Gegenden, Städte und Teile von England“, so

behauptete er, würden „von verschiedenen Sektionen von Einwanderern und der von ihnen abstammenden Bevölkerung belagert“.

Ein Jahrzehnt später gab Margaret Thatcher ein berühmtes Fernsehinterview, in dem sie behauptete, dass es in Großbritannien „schrecklich viele“ schwarze und asiatische Einwanderer gab und dass „die Menschen ziemliche Angst davor haben, dass dieses Land überschwemmt werden könnte von Menschen mit einer anderen Kultur“. Die Echos sind unverkennbar, sowohl von der früheren Debatte über die Juden als auch von der aktuellen Einwanderungsdebatte.

So wie die Juden zu einem akzeptierten Teil der kulturellen Landschaft wurden, geschah dies auch mit den Einwanderern nach dem Krieg. Gleichwohl war die Akzeptanz eher widerwillig und bezog sich oftmals nicht auf die Muslime. Heute werden die gleichen Argumente, die einst gegen Juden und danach gegen südasiatische und karibische Einwanderer vorgebracht wurden, gegen Muslime und Osteuropäer gebraucht.

Eine Reihe von Autoren wie Mark Steyn, Oriana Fallaci, Melanie Phillips und Christopher Caldwell warnen, die Einwanderung von Muslimen bedrohe die Grundlagen der europäischen Zivilisation. Der melodramatische Titel von Caldwell's Buch, „Reflections on the Revolution in Europe“ verweist anerkennend auf Edmund Burke und spiegelt Caldwell's Glauben wider, dass der Einfluss der Einwanderung nach dem Krieg so dramatisch war wie der Untergang des Ancien Régime 1789.

Besonders die Einwanderung der Muslime ähnele einer Kolonisierung. „Seit seiner Ankunft vor einem halben Jahrhundert“, behauptet Caldwell, „hat der Islam viele europäische Gebräuche, anerkannte Ideen und staatliche Strukturen, mit denen er in Kontakt gekommen ist, zerstört – oder nach Veränderungen verlangt.“ Der Islam „verbessert

oder bestätigt europäische Kultur nicht; er ersetzt sie.“

Caldwell machte einen Unterschied zwischen der Einwanderung vor dem Krieg innerhalb europäischer Nationen und der Einwanderung nach dem Krieg von außerhalb Europas, weil „Einwanderung aus benachbarten Ländern nicht die besorgniserregendsten Fragen der Einwanderung stellt, etwa ‚Wie gut werden sie sich einfügen?‘ ‚Wollen sie die Assimilierung?‘ und vor allem ‚Wo liegen ihre wahren Loyalitäten?‘“ Tatsächlich waren dies genau die Fragen, die man europäischen Migranten in den Jahren vor dem Krieg gestellt hatte. „Die Vorstellung von der einfachen Assimilierung früherer europäischer Einwanderer“, ist, wie der Historiker Max Silverman geschrieben hat, „ein Mythos“.

Im Laufe des 20. Jahrhunderts reagierte man auf quasi jede Einwanderungswelle – war es nun die der Iren und Juden nach Großbritannien, die der Italiener und Nordafrikaner nach Frankreich, die der Katholiken und Chinesen nach Amerika – mit der Behauptung, der Zustrom sei zu groß, zu kulturell unterschiedlich und würde Stabilität und Kontinuität zu sehr zerstören.

Recycelte Panik

Und dann kam die nächste, größere Einwanderungswelle und die frühere Welle wurde als akzeptabel betrachtet, gemessen an dem, was die Nation noch aufnehmen kann, die neue Welle jedoch nicht. Vor diesem Hintergrund müssen wir die Ängste von Goodhart, Collier und Caldwell verstehen. Alle betonen nachdrücklich, dass Europa heute mit einer einzigartigen Gefahr konfrontiert ist. All diese Argumente recyceln die Panik, mit der man auf jede Einwanderungswelle reagiert hat.

„Fast unausweichlich wird Einwanderung von vielen Menschen nicht als etwas betrachtet, das ihr Leben bereichert, sondern als etwas, das sie selbst abgewertet hat.“

Die aktuelle Debatte findet jedoch in einem neuen Kontext statt. Als Balfour vor dem Einfluss der jüdischen Einwanderer warnte, gab es einen starken Sinn für britische Identität, die in erster Linie in den Konzepten von Rasse und Imperium gründeten. Feindseligkeit gegenüber Einwanderung war Teil einer rassifizierten Verteidigung nationaler Identität.

Hinter der aktuellen Feindseligkeit gegenüber Einwanderung liegt das Gefühl der Auflösung einer solchen Identität und der Aushöhlung gemeinsamer Werte. Darüber hinaus steht dahinter auch der Zusammenbruch traditioneller politischer Mechanismen, die wachsende Kluft zwischen der Elite und der Öffentlichkeit, und die Abkehr traditioneller Arbeiterwahlkreise von den Mainstream-Parteien.

Deshalb, so argumentiert Goodhart, erlebt, was er die „zurückgelassene“ weiße Arbeiterklasse nennt, Einwanderung „als einen Verlust, entweder direkt, weil sie in einem Viertel lebten, das durch sie sehr schnell verändert worden ist, oder indirekt, weil ihre Kultur als Arbeiterklasse und ihre Institutionen von denselben Marktkräften beiseite geschoben worden zu sein schienen, die dann die Neukömmlinge hereinbaten“.

Die Transformation des Lebens der Arbeiterklasse, die Aushöhlung einer Identität der Arbeiterklasse, die sinkende Solidarität, die Marginalisierung von Labour als politischer Stimme – das alles sind reale Phänomene.

Aber sie alle haben ihre Wurzeln nicht in

der Masseneinwanderung, sondern in umfassenderen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen. Als nach dem Krieg die erste Welle der Einwanderer in den 1950er- und 1960er-Jahren ankam, war dies eine Zeit der Vollbeschäftigung, eines sich ausdehnenden Wohlfahrtsstaats und starker Gewerkschaften.

Heute ist Großbritanniens Produktionsbasis beinahe verschwunden, Gemeinschaften der Arbeiterklasse sind zerfallen und der Wohlfahrtsstaat zerbröckelt. Gewerkschaften wurden neutralisiert, die Labour-Partei hat größtenteils ihre traditionellen Bindungen mit der Arbeiterklasse gekappt und die Vorstellung einer klassenorientierten Politik wird belächelt. All dies hat dazu beigetragen, die solidarischen Verbindungen, die einst die Gemeinschaften der Arbeiterklasse auszeichneten, zu untergraben. Das hat viele Menschen mit dem Gefühl zurückgelassen, ohne Stimme und entfernt vom politischen Prozess zu sein.

Einwanderung hat nahezu keine Rolle dabei gespielt, diese Veränderungen voranzutreiben. Sie wurde aber zu einem Mittel zum Zweck, durch das viele diese Veränderungen betrachten. Dies ist zum Teil eine Folge der Art und Weise, wie die öffentliche Diskussion gestaltet wurde, bei der Politiker an beiden Enden des Spektrums Einwanderer als Problem darstellen, sogar als Bedrohung. Und zum Teil hat es damit zu tun, dass sich die Kräfte der Globalisierung oder die internen Streitereien der Labour-Partei schwer konzeptualisieren lassen. Der eigene Nachbar aus Bangladesch oder Jamaika ist dagegen leicht zu sehen. Fast unausweichlich wird Einwanderung von vielen Menschen nicht als etwas betrachtet, das ihr Leben bereichert, sondern als etwas, das sie selbst abgewertet hat.

Goodhart selbst erkennt an, dass „der soziale und wirtschaftliche Wandel die alten Gewohnheiten der Arbeiterklasse auch hin-

weggefegt hätte, wenn es Null Einwanderung gegeben hätte.“ Warum also sollte man Einwanderung überhaupt in diese Debatte bringen? Die Besessenheit mit Einwanderung ist so groß geworden, dass man sie inzwischen als ein Problem empfindet, sogar wenn der Verstand uns etwas anderes sagt.

Besonders offensichtlich ist dies in „Exodus“. Im gesamten Buch schilt Collier andere Teilnehmer der Einwanderungsdebatte dafür, dass sie ihren Vorurteilen erlauben, ihr Denken zu prägen und dafür, dass sie den Verstand nutzen, „um Urteile zu legitimieren, die wir bereits auf der Basis unserer moralischen Vorlieben gefällt haben“. Dabei könnte man keine passendere Beschreibung von Colliers eigenem Ansatz finden. Von der sich verändernden Natur der britischen kriminellen Szene bis zu neueren „politischen Strategien der Steuersenkung und einem zunehmenden Vertrauen in den Markt“ bis zu den Randalen in London im Jahr 2011 könne man alles der „deutlichen Zunahme der durch Immigration herbeigeführten kulturellen Vielfalt“ zuschreiben.

Er erbringt dafür keinen Beweis. Stattdessen meint er, dass „der Zweck“ seiner „Anekdoten, in denen Einwanderung das soziale Kapital zu untergraben haben scheint, eindeutig nicht darin besteht, ein Argument zu stützen“. Aber warum sonst sollte man sie anführen? Ein Großteil seines Buches liest sich wie die Suche nach einem Narrativ, mit dem sich ein bereits formuliertes Argument gegen Einwanderung unterstützen lässt.

Sowohl Goodhart als auch Collier behaupten, dass Einwanderung in „liberalen Kreisen“ zu „einem Tabuthema geworden ist“. „Die einzig zulässige Meinung“, so schreibt Collier, „ist inzwischen, die verbreitete Antipathie dagegen zu beklagen.“ Dabei wird nicht selten in Wirklichkeit nicht die Einwanderung selbst in Frage gestellt, sondern die Vorstellung, dass

die Einwanderung für Europas soziale Missstände verantwortlich ist.

Nach der großen Tragödie von Lampedusa im Oktober 2013, als ein Boot mit Migranten im Mittelmeer versank und mehr als 300 Menschen starben, äußerten europäische Politiker viel Ärger und Trauer. Niemand war bereit zuzugeben, dass die Tragödie nicht einfach nur ein Unfall gewesen war, sondern die grausam unausweichliche Konsequenz der EU-Grenzpolitik. Seit mehr als drei Jahrzehnten hat die EU, angetrieben von einer Besessenheit vom Thema Einwanderung, eine Festung Europa gebaut, um die „Unerwünschten“ davon abzuhalten, an den Küsten des Kontinents zu landen, und dabei Hunderte von Millionen Euro für äußere Grenzkontrollen ausgegeben. Seit 1988 starben etwa 20.000 Migranten bei dem Versuch, nach Europa zu kommen, zwei Drittel von ihnen ertranken im Mittelmeer. Und wie haben die europäischen Nationen reagiert? Sie haben die Festung Europa weiter gestärkt und Fischer, die ertrinkende Migranten retteten, dafür angeklagt, dass sie zur illegalen Einwanderung Beihilfe leisten.

Wir sind durch die existenzielle Angst vor Einwanderung so geblendet, dass Migranten inzwischen weniger als lebende, atmende Menschen gesehen werden und eher als Ballast und Treibgut, das man von Europas Stränden fegen muss. Die Festung Europa hat nicht nur eine physische Barriere um den Kontinent herum geschaffen, sondern auch eine emotionale um Europas Gespür für Menschlichkeit.

Kenan Malik ist ein britischer Publizist, Universitätsdozent und Rundfunkjournalist indischer Herkunft. Als Wissenschaftsautor liegt sein Schwerpunkt auf der Philosophie der Biologie und den zeitgenössischen Theorien zum Multikulturalismus, Pluralismus und des Rassebegriffs.

Brauchen wir eine neue Aufklärung? Zweifellos ist die moderne Aufklärung in Europa entstanden, ist raumzeitlich ein europäisches Projekt. Vor der zweiten europäischen Aufklärung aber gab es im Islam ebenfalls eine Aufklärung. Europäische und islamische Aufklärung haben einen gemeinsamen Boden, das Primat der Vernunft. Würden die Muslime sich ihrer Aufklärung erinnern, dann kann es Brücken zwischen Muslimen und Europäern geben. Dann gäbe es auch eine gute Chance, den Fundamentalisten ihre Ideologie zu nehmen. *Von Bassam Tibi*



Frieden und eine globale Demokratie. Wenn Menschen aus verschiedenen Kulturen und Zivilisationen zusammenkommen, müssen sie etwas Gemeinsames haben. Haben sie nichts gemeinsam, reden sie nicht miteinander, sonder aneinander vorbei. Miteinander reden heißt über Probleme reden und wie sie gelöst werden. Wenn man das nicht darf, dann haben wir auch keinen Dialog. Aufklärung sollte die gemeinsame Grundlage des globalen Diskurses und des globalen Friedens sein.

Drittens bin ich Muslim und Migrant. Aber ich bin nicht als Migrant gekommen. Ich wollte nur studieren und dann nach Hause zurückkehren. Aus bestimmten Gründen, privaten wie politischen, bin ich in Deutschland geblieben und Migrant geworden.

Heute gibt es eine sehr starke Migration nach Europa. In Zahlen: 1950 lebten in Europa weniger als eine Million Muslime, 800.000 etwa, aus der Kolonialgeschichte heraus und hauptsächlich in Frankreich und Großbritannien. In anderen Ländern, Österreich, Deutschland usw., gab es kaum Muslime. 1962, als ich nach Frankfurt kam, gab es dort vielleicht zwei-, dreihundert Muslime, mehr nicht. Heute sind 35 Prozent der Frankfurter keine Deutschen. Und davon stellt die islamische Gemeinde den weitaus größten Anteil. Das heißt: Der Islam ist in Europa und man muss sich mit ihm bzw. den Muslimen verständigen und sie integrieren.

Die Frage „Brauchen wir eine (neue) Aufklärung?“ ist keine akademische Frage und zwar aus drei Gründen. Erstens und historisch gesehen ist die Aufklärung ein Teil der Identität Europas. Die Aufklärung aufgeben hieße somit der Verzicht auf europäische Identität. Mein Buch „Europa ohne Identität?“, erschienen 1998, ist eine Verteidigung der Aufklärung. Dabei berufe ich mich auf die Autorität eines jüdischen Philosophen, der 1933 nach Amerika geflohen, aber 1950 nach Frankfurt zurückgekommen ist, auf Max Horkheimer, seine „Kritische Theorie“ und seine eindringliche Mahnung: „Die Identität Europas ist die Aufklärung; die Verteidigung dieser Identität ist die Pflicht jedes Denkenden“.

Zweitens brauchen wir heute, nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, einen globalen

Aber auf welcher Grundlage? Auf der Grundlage der Aufklärung – das ist mein Plädoyer. Brauchen wir dazu eine neue Aufklärung? Meinen Text habe ich in vier Abschnitte gegliedert, die jeweils mit einer These beginnen.

Meine erste These lautet: Wir leben im Zeitalter des Nihilismus. Das meint, ohne eine allgemein verbindliche Wertorientierung. Es gibt Menschen mit einer Wertorientierung, deren Leben von dieser Orientierung bestimmt oder doch wesentlich mitbestimmt ist. Allgemein aber leben wir – das ist meine Wahrnehmung – in einer Zeit des Nihilismus, in der die Aufklärung „under fire“ ist.

Die Richtung, aus der die Kritik an der Aufklärung kommt, heißt die Postmoderne. Die Postmoderne beansprucht im Namen eines kulturellen Wertrelativismus einen relativ bedingungslosen Respekt vor anderen Kulturen. Dem wird das europäische Denken, soweit es einen Anspruch auf universelle Geltung erhebt, als Universalismus entgeggestellt, auch diskreditiert, den es zu relativieren gilt. Respekt vor anderen Kulturen heißt akzeptieren was sie hervorbringen, heißt relativieren, selbst die Menschenrechte. In Europa bedeutet Foltern die Verletzung der Menschenrechte. In der Türkei – ich weiß das, ich habe dort gelebt – gehört sie zum Verhör in der Polizeistation dazu.

Schläge auf die Fußsohlen – das kenne ich aus Damaskus – tun unheimlich weh. Dann reden die Leute. Das soll dann keine Verletzung der Menschenrechte sein? Der Respekt vor anderen Kulturen scheint zu fordern, es hinzunehmen, über Verletzung der Menschenrechte nicht zu sprechen. In Frankfurt wies ein Gericht vor Jahren die Scheidungsklage einer Frau ab, die von ihrem Mann bis zur schweren Körperverletzung geschlagen wurde. Die Begründung der Richterin: Re-

spekt vor anderen Kulturen; in islamischen Ländern sei es üblich, dass ein Mann seine Frau züchtige. Das Urteil ist revidiert worden. Aber das ist der Kulturrelativismus der Postmodernisten, die das Ende der Aufklärung reklamieren. Vielleicht brauchen wir eine neue Aufklärung, vielleicht nicht. Auf jeden Fall müssen wir die Aufklärung gegen die Postmoderne verteidigen. Die Aufklärung ist kein Dogma. Es gibt nichts, was sich nicht wandeln kann.

Auch die Aufklärung kann sich wandeln. Aber es gibt ein Prinzip der Aufklärung, das sich nicht ändert, nicht ändern sollte. Jürgen Habermas hat die Vernunft in seinem, wie ich meine, wichtigsten Buch, in „Der philosophische Diskurs der Moderne“, mit einem Zitat von Immanuel Kant „als den obersten Gerichtshof“ charakterisiert, „vor dem sich rechtfertigen muss, was überhaupt Anspruch auf Geltung erhebt“. Dieses Prinzip der Aufklärung ändert sich nicht – wenn denn Aufklärung wirkliche Aufklärung sein soll.

Primat der Vernunft: Ob es, wenn ich etwas sage, richtig oder falsch ist, das lässt sich allein durch angewandte Vernunft entscheiden. Niemand aber hat ein Monopol auf Vernunft und Vernünftigkeit. Was vernünftig ist oder nicht, lässt sich im Diskurs herausfinden. Darum geht es. Und ich behaupte, so etwas hat es auch im Islam gegeben. Das Primat der Vernunft ist nicht eurozentrisch.

„Die Ursprünge der Entzauberung der Welt oder der Aufklärung liegen in Europa. Aber abgelöst von diesen Ursprüngen und stilisiert zu einem raumzeitlich neutralisierten Muster, kann und sollte die Aufklärung universell gelten.“

Das ist etwas, was Menschen in Afrika, in Asien, in Lateinamerika und im Islam ebenso verteidigen können. Max Weber spricht mit Blick auf dieses Primat von der „Entzauberung der Welt“. An diesem Begriff der Moderne nimmt Habermas in seinem „Diskurs“ eine folgenreiche Abstraktion vor. Er löst die Moderne von ihren neuzeitlichen europäischen Ursprüngen ab und stilisiert sie zu einem raumzeitlich neutralisierten Muster.

In Damaskus habe ich gelernt, die Welt durch die Brille des Korans zu sehen, durch meine Religion. Gleiches gilt für Christen, für Buddhisten usw.. Doch wenn es beispielsweise regnet, dann weiß ich, dass dies ein Vorgang in der Natur ist, den ich aus Vernunftgründen erklären kann. Ich habe in Marokko gelebt. Dort gibt es manchmal Dürrezeiten und die Leute beten: „Allah, Allah, gib uns Regen!“. Da hängt es dann von Allah ab, ob es regnet oder nicht! Das hängt natürlich nicht von Allah ab. Ob es regnet oder nicht, lässt sich naturwissenschaftlich erklären. Die Ursprünge der Entzauberung der Welt oder der Aufklärung liegen in Europa. Aber abgelöst von diesen Ursprüngen und stilisiert zu einem raumzeitlich neutralisierten Muster, kann und sollte die Aufklärung universell gelten.

Es gibt einen wesentlichen und nicht nur akademischen Unterschied zwischen Universalität und Universalismus. Universalismus: Jeder „-ismus“ kennzeichnet eine Ideologie. Islam zum Beispiel steht für eine Religion, Islamismus ist eine Ideologie. Nicht anders verhält es sich mit dem Universalismus. Ich streite gegen Universalismus, aber für Universalität. Diese Differenzierung ist keine Spitzfindigkeit von Wissenschaftlern. Universalität meint Dinge, die alle Menschen teilen, zum Beispiel das Bedürfnis zu trinken.

Das ist nicht afrikanisch, nicht europäisch, nicht asiatisch. In ähnlicher Weise ist

zu den universell geltenden Menschenrechten das Recht zu zählen, nicht gefoltert zu werden. Man sagt, das sei eine europäische Idee. Vom Ursprung her, ja. Aber man kann und muss dieses Recht bzw. diese Idee als eine universell geltende Norm verteidigen, in dem Sinne Immanuel Kants, dass die menschliche Vernunft der oberste Gerichtshof ist, vor dem sich alles zu rechtfertigen hat, was Geltung beansprucht und universell gelten soll.

Vernunft als oberster Gerichtshof

Wenn ich zum Beispiel in islamischen Ländern Vorlesungen halte, dann kann immer jemand auf einen Koranvers verweisen und sagen „Was Sie sagen, das stimmt nicht. Allah hat gesagt, im Koran...“. Es gibt einen Widerspruch, einen Konflikt zwischen Glaubenssätzen und menschlicher Vernunft. Wie lässt sich dieses Problem lösen? Indem die menschliche Vernunft der oberste Gerichtshof ist und nicht der Text einer heiligen Schrift, sei es die Bibel, sei es der Talmud oder der Koran. Im Zeitalter der Globalisierung rücken die Menschen aneinander so nah wie nie zuvor. Dazu ein persönliches Beispiel: 1992 habe ich im Senegal gelebt, in Dakar.

Dort habe ich auch mein Konzept vom europäischen Islam entwickelt. 85 Prozent der Senegalesen sind Muslime. Ich habe unter ihnen gelebt, gesehen, wie dort der Islam praktiziert wurde und habe auch das Land besucht. Auf dem Land ist vor allem Naturalientausch wichtig, nicht so sehr das Geld.

Und ich habe einige sehr schöne Holzfiguren von Jugendlichen erworben, im Tausch gegen Hemden und Hosen, die ich entbehren konnte. Dabei ergab sich mit einem Jungen, vielleicht 10 oder 11 Jahre alt, einmal folgender Wortwechsel: „Monsieur, vous êtes raciste!“ („Mein Herr, Sie sind ein Rassist!“)

„Moi, raciste?“ („Ich Rassist?“), sagte ich, „Allah hüte mich, ich bin Muslim wie du. Ich habe zwar weiße Haut, bin aber Muslim. Wie kommst du darauf, ich sei ein Rassist?“ Darauf der Junge: „Ich gebe dir eine tolle Holzfigur, und du gibst mir ein Hemd mit einem Kragen, der altmodisch ist. Die Mode gibt es nicht mehr.“ Der Junge war nie in Europa. Woher wusste er das? Es gibt Zeitschriften, es gibt Fernsehen, transportables Fernsehen.

Die Jugendlichen sehen und verfolgen, was in und was out ist. Der Kragen, das Hemd, das ich zum Tausch angeboten hatte, war out, so etwas trug man nicht mehr. Das ist ein Beispiel dafür, wie Menschen durch die Medien so nah aneinander rücken wie noch nie zuvor in der Menschheitsgeschichte, ein Beispiel für Globalisierung.

Wenn Menschen so nah zusammenrücken, müssen sie ein Minimum an wirklicher Gemeinsamkeit haben, um miteinander auszukommen. Zu diesem Minimum gehören Demokratie, die Aufklärung, die kulturelle Moderne. Wir müssen Brücken bauen.

2012 ist in London ein Buch von mir herausgekommen mit dem Titel „Islam and Global Conflict“ und dem Untertitel „Conflict and Cross Civilizational Bridging“. „Cross civilizational“, das bedeutet kulturübergreifend, „Bridging“ Brücken schlagen. Und das meint, nicht nur an der Oberfläche miteinander reden, sondern wesentlich über das, was Probleme bereitet, über das Recht zum Beispiel: Was ist Recht, was ist Unrecht?

Recht ist eine Ordnungsstruktur. Wir benötigen ein Rechtsverständnis, das weltweit geteilt werden kann. Anders gesagt, das Recht muss eine säkulare Grundlage haben bzw. bekommen. 1993 gab es in Wien eine internationale Konferenz zur Erneuerung der Menschenrechte. Der saudische Außenminister vertrat dort „Menschenrechte nur auf der Grundlage der Scharia“. Blicken wir nicht nur

auf Europa, blicken wir auch darüber hinaus. Warum sollte ein Hindu zum Beispiel oder ein Konfuzianer Scharia-Recht akzeptieren? Das hat keine reale Basis. Dafür gibt es keinen Grund. Wir benötigen eine gemeinsame Werteorientierung in der Grundlegung des Rechts und der Rechtsprechung. Recht ist ein Wertesystem.

Meine zweite These postuliert, dass es in unserer Zeit eine Gleichzeitigkeit von struktureller Globalisierung und kultureller Fragmentation gibt. Das klingt akademisch, ist aber von erheblicher, gesellschaftspolitischer Bedeutung.

Die Finanzkrise in Europa betrifft Amerika ebenso wie Asien, Afrika und Australien. Die Globalisierung kommt in der Informationstechnologie zum Ausdruck, in der Politik, in der Kommunikation. Parallel dazu in den Kulturen aber gibt es diese Globalisierung nicht. Meine amerikanischen Kollegen sprechen immer von „cultural globalization“. In Amerika kann man Tacheles reden, ohne zu beleidigen: „Come on, stopp. This is nonsense!“ Alle tragen Jeans, alle haben ein Handy, alle tragen moderne Hemden, alle trinken Coca Cola. Das wird oft schon für kulturelle Globalisierung gehalten.

Einer meiner Kollegen, Benjamin Barber, hat ein Buch geschrieben: „Jihad vs. McWorld“. „McWorld“ ist eine Welt, die alles teilt. Die Muslime aber betreiben Dschihad gegen McWorld. Vor einigen Jahren waren wir zusammen in den Vereinigten Arabischen Emiraten und haben hierüber debattiert. Die Fundamentalisten, die ich z.B. in Ägypten kennengelernt habe, essen alle Hamburger und trinken alle Coca Cola. Aber sie wollen für eine islamische Scharia-Ordnung eintreten. Wie passt das zusammen? Mein Kollege versteht das nicht. Aber Kultur ist nicht Konsum, Kultur ist Sinnstiftung. Das habe ich

von einem großen amerikanischen Anthropologen gelernt, von Clifford Geertz, in Princeton: „culture is a production of meaning“.

Viele amerikanische Sozialwissenschaftler dagegen deuten „culture-behaviour“ als Konsumverhalten. Nur, wenn Menschen dieselben Güter konsumieren, dann heißt das noch lange nicht, sie haben auch dieselben Werte. Werte und Wertesysteme entstehen durch Sinnstiftung. Daher gibt es kulturelle Fragmentation. Die Menschen leben zwar in derselben Zeit, in Netzwerken, auch durch Globalisierung verbunden. Aber sie haben unterschiedliche Wertesysteme. Und ich denke, in dieser kulturellen Fragmentierung lauern Konflikte. Es gibt „cultural tensions“, kulturelle Spannungen, die durch Inkompatibilität von Wertesystemen entstehen.

Ein bestimmtes Muster von Gerichtsverhandlungen, wie sie in Deutschland nicht selten vorkommen, in denen sich Muslime auf Ihren Glauben berufen, sind da ein gutes Beispiel. Der Angeklagte zum Richter: „Ich akzeptiere Sie nicht. Ich bin Muslim. Für mich gilt nur Scharia-Recht, Sie sind kein Muslim. Sie urteilen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. Das ist nicht mein Recht. Deswegen kann ich Sie und Ihr Urteil nicht akzeptieren.“ Wenn solche Spannungen politisiert werden, also auch zu politischen kulturellen Problemen werden, dann haben Sie einen Konflikt, ein Problem. Dann sind Sie in Schwierigkeiten.

„Die Fundamentalisten, die ich z.B. in Ägypten kennengelernt habe, essen alle Hamburger und trinken alle Coca Cola. Aber sie wollen für eine islamische Scharia-Ordnung eintreten. Wie passt das zusammen?“

Meine dritte These lautet: Die Aufklärung, oder, mit Max Weber gesprochen, die Entzauberung der Welt, die universell gelten soll, wird heute durch die Entstehung fundamentalistisch motivierter Religion in Frage gestellt. Islamische Fundamentalisten behaupten, der westliche Säkularismus gehöre einer zionistisch-kreuzzüglerischen Verschwörung an, mit dem Ziel, die Religion abzuschaffen. Und dahinter stünden die Juden. Ich sage das aus dem Studium von Dokumenten heraus, die ich für mein Buch „Islamism and Islam“ und das 2012 bei Yale University Press erschienen ist; das hat ein Kapitel von 50 Seiten über „Islamization of Anti-Semitism“. Nicht alles Übel kommt aus dem Islam. Antisemitismus ist eine europäische Ideologie. Die Islamisten haben sie islamisiert. Ich habe zwei Jahre, zwischen 2008 und 2010, im Holocaustmuseum in Washington D.C. über die Vorstellung, Säkularisierung sei eine Verschwörung gegen den Islam gearbeitet und dahinter steckten die Juden. Hier kommt die Religion zurück, aber nicht als Glaube an Gott. Und darüber muss man reden. Ich respektiere jede Religion. Deswegen war ich im interreligiösen Dialog aktiv, in Europa, in Afrika, in Indien. In Neu-Delhi habe ich 1994 zwischen Hindus und Muslimen vermittelt. Respekt vor Religion und religiöse Praxis ist ein Menschenrecht. Aber wenn die Religion politisiert wird, dann ist Religion nicht mehr Glaube. Der Respekt vor religiösem Glaube gilt nicht vor religiös maskierten Ideologien.

In Budapest, an der Central European University, habe ich an dem Forschungsprojekt „The Return of Religion to Public Space“ („Die Rückkehr der Religion in den öffentlichen Raum“) mitgearbeitet. Sie tritt im Islam auf, aber nicht nur im Islam. Das ist eine globale Erscheinung. In diesem Zusammenhang sind vier Begriffe wichtig. Es sind

wieder einmal akademische Begriffe, die aber mit unserem praktischen Leben, mit unserem sozialen und politischen Leben in eminenterer Weise zu tun haben: Postmoderne, Absolutismus, Relativismus und Multikulturalismus.

Die Postmoderne hat eine Botschaft und die lautet: die Moderne – ein anderes Wort für Aufklärung und man kann sagen kulturelle Moderne – hat ausgedient. Und in der Folge: Das Buch von Jürgen Habermas „Der philosophische Diskurs der Moderne“ hat ausgedient. Die Postmoderne sagt: Das ist passé.

Mit der Rückkehr der Religion kehrt auch das absolutistische Denken zurück. Dazu eine kurze Illustration: Wenn auf ein Argument die Antwort lautet – so geschehen in Kairo – „Dann bist du gegen Allah“, oder auf die Bemerkung, „In einem Scharia-Staat nicht leben zu wollen“: „Das ist nicht diskutabel“, dann ist das absolutistisch. Dagegen lässt sich mit rationalen Argumenten nichts ausrichten. Höchstens mit Gelehrsamkeit. So kommt das Wort „Staat“ im Koran kein einziges Mal vor, das Wort „Scharia“ lediglich ein einziges Mal, in Sure 45, Vers 18.

Lässt sich der Widersacher auf den Koran als Schiedsrichter festlegen und auf das Ansinnen, „Zitiere mir, wo Allah noch das Wort Scharia im Koran verwendet“, und er ist dazu nicht in der Lage, dann hat er verloren. Aber so etwas ist keine rationale Argumentation. Meine Waffe war, dass ich den Koran auswendig kenne. Mir blieb keine andere Wahl. Aber das sollte nicht die Regel sein. Die Regel sollte sein: Argument gegen Argument, auf gleicher Ebene, auf der Ebene der Rationalität.

Das Gegenteil von Absolutismus ist Relativismus. Die Europäer sind Relativisten geworden. Und Relativisten sind in der Auseinandersetzung mit Absolutisten die Verlierer. Das beste Buch über die Postmoderne mit dem Titel „Postmodernism, Reason and

Religion“ hat der 1995 in Prag verstorbene Anthropologe, Soziologe und Philosoph Ernest Gellner geschrieben.

Und auf Seite 85 können Sie lesen: „Their attitude (of the culture relativists) is roughly that absolutism is to be tolerated“ („Nach ihrer Vorstellung [der, der Kulturrelativierer] soll der Absolutismus mehr oder weniger toleriert werden“).

Respekt vor anderen Kulturen ist etwas Hervorragendes. Aber eben nicht in der Art und Weise eines Blankoschecks. Das Problem Europas und der Europäer, allgemein zumindest: Andere Kulturen müssen respektiert werden, so wie sie sind. Europa denkt kulturrelativistisch. Religiöse Fundamentalisten sind, so Gellner, absolutistisch und deswegen erfolgreich. Und was machen die Anhänger der Aufklärung? Ihnen wird Aufklärungsfundamentalismus, „fundamentalist rationalism“, vorgeworfen. Hier ist Gellner, den ich persönlich kannte und der für die Verteidigung der Aufklärung stritt, oft nicht verstanden worden. Er wollte damit die Verteidigung der Aufklärung nicht auf die Stufe des religiösen Fundamentalismus stellen, sondern zum Ausdruck bringen, das wir mit gleicher Kraft zur Aufklärung stehen müssen wie die Fundamentalisten zu ihrer Religion.

Vermintes Gelände

Multikulturalismus ist ein vermintes Gelände. Wer den Multikulturalismus kritisiert, bzw. das naive Verständnis von Multikulturalität, setzt sich unweigerlich dem Verdacht des Rechtsradikalismus aus. Wenn Multikulturalität gelingt, das Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Kulturen, dann gäbe es nichts, was dagegen sprechen könnte. Aber Multikulturalismus hat eine andere Bedeutung, die Bedeutung des „anything goes“,

der Wertebeliebigkeit. Danach hätte ich kein Recht, andere Kulturen zu kritisieren. Ich müsste sie respektieren, wie sie sind.

Das Wichtigste aber, was ich bei Max Horkheimer in Deutschland gelernt habe, ist Kritik, Kritik ohne Tabus. Wenn man Kritik beschneidet, verletzt man in Deutschland sogar die Verfassung. Die deutsche Verfassung garantiert die Freiheit der Wissenschaft. Und Wissenschaft heißt kritisch denken, kritisch denken heißt Aufklärung, ganz im Sinne Kants: Vernunft ist der Gerichtshof, vor dem sich letztlich alles zu rechtfertigen hat.

In den letzten Jahren ist ein Kampfbegriff geprägt worden: „Islamophobie“; frei übersetzt: Feindbild Islam. Wenn Sie sagen, Scharia und Menschenrechte stünden nicht im Einklang miteinander, können Sie mit dem Schlagwort „Islamophobie“ mundtot gemacht werden.

Das ist in Amerika sehr viel schlimmer als in Europa, sehr viel schlimmer. Nach dem 11. September haben eigentlich die Islamisten gewonnen. So ist es in der amerikanischen Wissenschaft sehr schwierig geworden, den Islamismus zu kritisieren. Das kann ich ganz persönlich bezeugen. Ich habe an allen sieben amerikanischen Elitenuniversitäten gelehrt und geforscht, zuletzt an der Yale University, an der ich auch meine akademische Karriere abgeschlossen habe. Mit einem Buch über den Unterschied zwischen Islam als Glaube und Islamismus als politische Ideologie. In Österreich etwa, wenn Sie sich mit dem

„Die Saudis führen im Name des Dialogs ideologische Feldzüge gegen die Aufklärung. In diesen weltanschaulichen Feldzügen müssen wir uns engagieren und für die Aufklärung kämpfen.“

Lektor verstehen und er das Buch mag, dann wird es auch publiziert. Kein Problem. Bei der „University Press“ in den USA ist das wie bei einer deutschen Habilitation: drei Gutachter. Und wenn die drei nicht reichen, werden weitere Gutachter herangezogen.

Die Begutachtung meines Buches „Islamism in Islam“ hat zwei Jahre gedauert, von 2009 bis 2011, mit vier Begutachtungsrunden und insgesamt 11 Gutachtern. Die Gutachter sind alle anonym. Sie kennen mich, aber ich kenne sie nicht. Viele waren gegen die Veröffentlichung des Buches. Die Akte war zu guter Letzt so dick wie das Buch selbst. Schließlich hat das Herausgeberkomitee den Druck genehmigt.

Eigentlich ist das eine Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Aufklärung heißt: Ich darf denken, meine Gedanken aussprechen und auch publizieren. Das ist nicht mehr so. Was ist zu tun? Im Amerikanischen hat man den Begriff „war of ideas“, Krieg der Weltanschauungen, geprägt. Aber Ideen führen keinen Krieg. Doch gibt es weltanschauliche Konflikte und Feldzüge. Die Saudis zum Beispiel führen im Namen des Dialogs ideologische Feldzüge gegen die Aufklärung. In diesen weltanschaulichen Feldzügen müssen wir uns engagieren und für die Aufklärung kämpfen.

Als vierte These möchte ich behaupten: Entgegen einer allgemein geteilten Auffassung, die Muslime hätten keine Aufklärung gehabt und dies sei ihr Problem – so zum Beispiel Franz Kardinal König, der ehemalige Erzbischof von Wien, in einem Interview – hat die Aufklärung auch im Islam eine Geschichte. Und das könnte sehr wohl eine Chance eröffnen, auf der Grundlage der Aufklärung „Brücken zu bauen“. Wie Kardinal König hat auch Papst Benedikt, als er noch Kardinal war, von der Aufklärung und

Mittwoch, 23. April, 19:00 Uhr
Kulturfabrik Hoyerswerda, Alte Berliner Str. 26
www.gruene-fraktion-sachsen.de



„Wir brauchen
offene Türen
für Verfolgte.“
Bundespräsident
Joachim Gauck



„Wir wählen
die Fre
Bundeskanzler
Konrad Adena
1949 - 1963



den Muslimen gesprochen.

Die reale Geschichte aber ist anderes. Ende des 8. Jahrhunderts haben christliche Araber griechische Werke übersetzt. Und im 9. Jahrhundert hat ein Prozess begonnen, der bis Anfang des 13. Jahrhunderts angehalten hat: die Hellenisierung des Islam. Das sind die Jahrhunderte der islamischen Aufklärung. Die Diskussion, die wir heute führen – Was gilt? Das, was in den heiligen Büchern steht oder das, was die Vernunft sagt? – ist auch im Islam geführt worden.

Und alle islamischen Philosophen haben gesagt: Primat der Vernunft! Al-Kindi war der erste, im 9. Jahrhundert. Im 10. Jahrhundert hat al-Farabi auf der Grundlage von Platos „Staat“ das Buch „Der perfekte Staat“ verfasst. Im 11. und im 12. Jahrhundert gibt es eine andauernde Diskussion, ob der Vernunft oder der Offenbarung der Vorrang zukomme. Die Vertreter der islamischen Orthodoxie stritten für die wortwörtliche Geltung des Korans, für einen Skripturalismus; die islamischen Aufklärer fochten für das Primat der Vernunft.

Der Unterschied zwischen Voltaire und den islamischen Philosophen liegt in der Radikalität gegenüber Kirche und Religion. Die islamischen Philosophen wollten keinen Konflikt. Das war möglicherweise falsch. Wir würden heute sagen, sie waren versöhnlicher, vielleicht sogar versöhnlicher. Im Grunde ist das die Position Immanuel Kants. Der islamische Kant, Ibn Ruschd, latinisiert Averroës, hat mehrere Jahrhunderte vor Kant vorweggenommen, was Kant u. a. in seinen drei Kritiken geschrieben hat: Es gibt nicht nur Wahrheit, es gibt Wahrheiten, die Wahrheit der Religion, die in den Moscheen gilt und die Wahrheit des Lebens, die in der Öffentlichkeit gilt.

Diese Wahrheit entspringt der Vernunft, jene Wahrheit dem religiösen Glauben. Und

jede dieser Wahrheiten hat ihre Domäne. Die islamische Aufklärung war über 300 Jahre existent und ist in umfangreichen Werken dokumentiert. Eine fünfzigseitige Zusammenfassung finden Sie in meinem Buch „Der wahre Imam“. Dort finden Sie auch den Unterschied zwischen „fiqh“ und „Scharia“ beschrieben, ein Unterschied, der in Diskussionen mit Muslimen außerordentlich wichtig ist.

Im Koran bezeichnet Scharia die Moral, das Böse zu verbieten und das Gute zu verordnen. Eine andere Bedeutung hat Scharia im Koran nicht. Das könnte auch ein Christ oder ein Atheist unterschreiben. Die Scharia ist kein Rechtssystem und auch kein Staatssystem. In dem Buch „Islam between Culture and Politics“, 2001 und 2005, das ich mit der Förderung der Harvard Universität veröffentlicht habe, zeige ich: Was die Muslime allgemein über die Scharia sagen, das stimmt in der Regel nicht. Die Behauptung beispielsweise, im Koran sei alles Scharia, ist einfach falsch. Scharia im Koran ist das, was Allah sagt. Was islamische Rechtsgelehrte an Interpretation in den Koran hineinbringen, ist nach islamischem Verständnis und der Religionswissenschaft nach dagegen „fiqh“, das, was Menschen hinzu tun. „Scharia“ ist von Gott. Die Rechtsgelehrten aber behaupten, das islamische Recht, das „fiqh“ ist, sei „Scharia“.

Im Dialog mit Muslimen ist es überaus

„Der Unterschied zwischen Voltaire und den islamischen Philosophen liegt in der Radikalität gegenüber Kirche und Religion. Die islamischen Philosophen wollten keinen Konflikt. Das war möglicherweise falsch.“

wichtig und notwendig, um die Differenz von „fiqh“ und „Scharia“ zu wissen und offen zu halten. Ohne dieses Wissen, überhaupt Wissen, das man im Dialog mit Vertretern des konservativen Islam, speziell der islamischen Orthodoxie, nutzen kann, ist man von vornherein verloren.

Francis Fukuyama, Amerikaner mit japanischen Nachnamen, ist in Europa durch sein Buch „The End of History“ berühmt geworden. In einer Vorlesung in Washington hat er Europa – und ich zitiere gerne – aufgrund der Migration der Muslime als „battelfeld“ analysiert, als Schlachtfeld zwischen Islamismus und „European identity“. Ich möchte diese Ansicht zu meiner fünften These erheben. „Der Islam gehört zu Deutschland“, dieser Satz ist geschichtlich einfach falsch. Diesem Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, den Bundeskanzlerin Angela Merkel neulich wiederholt hat, kann ich als muslimischer Wissenschaftler nicht zustimmen. Es gibt den Islam des al-Kindi, des al-Farabi, des Ibn Ruschd, den Islam der Aufklärung, der über Toledo und Cordoba nach Europa gekommen ist. Dieser Islam gehört zu Europa. Es gibt ihn heute nicht mehr. Seine Renaissance aber, die braucht Europa. Europa braucht einen Euro-Islam, wenn es den fundamentalistischen Islam nicht haben will.

In Baden-Württemberg steht die zweitgrößte Moschee Deutschlands, mit dem Namen „Fatih“. Und das bedeutet sowohl auf Türkisch als auch auf Arabisch „Eroberer“.

Mehmed II. ist der türkische Sultan, der Konstantinopel als Fatih erobert und in Istanbul umgewandelt, islamisiert hat. In Istanbul habe ich gefragt: „Wollt ihr islamisieren, erobern oder wollt ihr den Dialog? Warum heißt die Moschee in Baden-Württemberg nicht al-Farabi-Moschee?“ Al-Farabi war Türke, hat aber auf Arabisch geschrieben, der Sprache

des Korans, und war der erste große politische Philosoph des Islams im neunten und zehnten Jahrhundert. Viele Türken wussten nichts von ihm. Sie sind Muslime und kennen nicht einmal den größten politischen Philosophen des Islams. Nie gehört! Das „al-Jabri-Project“, benannt nach dem verstorbenen Philosophen al-Jabri an der Universität Rabat in Marokko ist ein Projekt zur Neubelebung der islamischen Philosophie als Aufklärung, das Projekt einer Renaissance der islamischen Philosophie.

Ich habe mit ihm zusammengearbeitet. Zweifellos ist die moderne Aufklärung in Europa entstanden, ist raumzeitlich ein europäisches Projekt. Vor der zweiten europäischen Aufklärung aber gab es im Islam ebenfalls eine Aufklärung. Europäische Aufklärung und islamische Aufklärung haben einen gemeinsamen Boden, das Primat der Vernunft.

Universelle Vernunft

Und Vernunft ist universell. Würde, wie Max Weber und Jürgen Habermas argumentiert haben, die raumzeitliche Dimension der europäischen Aufklärung neutralisiert, und würden die Muslime sich ihrer Aufklärung erinnern, dann könnte es Brücken zwischen Muslimen und Europäern auf dem Boden der Aufklärung geben. Dann gäbe es auch eine gute Chance, den Fundamentalisten diese Ideologie zu nehmen: „Aufklärung und Demokratie sind jüdische Instrumente gegen den Islam.“ „Euro-Islam“, das ist mein auf der Aufklärung basierendes Projekt für Europa.

Ehrlicherweise muss ich sagen, dass ich bisher damit gescheitert bin, weil ich keine europäische Unterstützung bekam. Vielleicht stirbt das Projekt mit mir, vielleicht aber auch nicht. Natürlich hoffe ich auf das Letztere. Entwickelt habe ich den Euro-Islam im Se-

negal. Das Land war das erste von mir besuchte Land, das zwar islamisch, nicht aber arabisch war.

„C'est notre islam.“ – „Das ist unser Islam“, bekam ich zu hören und weiter „Das ist Afro-Islam“.

Den Islam gibt es seit dem 7. Jahrhundert. Nach Westafrika kam er zwischen dem 13. und dem 15. Jahrhundert. Bis heute ist das keine allzu große Zeitspanne. Aber der Islam ist dort vollkommen heimisch. Warum? Warum ist das so? Weil er dort afrikanisiert worden ist. Das war der Anstoß für mich, den Euro-Islam als Antwort auf die Herausforderung des Islam in Europa zu entwickeln. Zehn Jahre später, 1992, hat man sich in Frankreich auf Regierungsebene vom Programm der Assimilation ab- und einem Programm der Integration zugewendet. Assimilation hat aufgrund der großen Migrationsschübe nicht mehr funktioniert. Heute sind von 63 Millionen Franzosen acht Millionen Muslime. Also „Integration“. Und das meint, die Werte der französischen Verfassung akzeptieren. Ich bekam die Aufgabe hierzu ein Konzept zu entwickeln und konnte zeigen, dass der Islam europäisch interpretiert und so einheimisch werden kann – auf nur zehn Seiten, mit dem Titel: „Les Conditions de l'Euro-islam“. Ziel war es, dass die Muslime sagen: „Das ist unser Islam“. Aber dieser Islam soll auch für die Franzosen akzeptabel sein.

Fest steht: Aufklärung bleibt die Grundlage. Mit Fundamentalismus kann man so etwas nicht machen. Der Fundamentalismus kann viele Namen und viele Gesichter haben. Mit den großen amerikanischen Theologen, Martin Marty und Scott Appleby, der eine evangelisch, der andere katholisch, weiß ich mich einig: Die Religion kommt zurück. Aber nicht als Glaube, sondern mit den Anspruch, die Welt neu zu gestalten, und zwar

nach religiösen Prinzipien. Für den Augenblick einmal angenommen, hypothetisch, die Welt würde jetzt christlich organisiert – die Muslime könnten und würden das nicht akzeptieren, die Hindus nicht und auch die Sikhs nicht – wie anders auch die Christen keine islamische Ordnung akzeptieren könnten und würden. Die Grundlage der Weltordnung kann daher nur religiös-neutral sein, also säkular. Die Aufklärung ist säkular.

Natürlich, Europa ist christlich. Aber besonders seit der Renaissance hat Europa die „Quellen der Inspiration für die europäische Idee ausgetauscht, von Jerusalem nach Athen, vom Christentum zum Hellenismus. Natürlich bleibt das Christentum als private Religion in Europa dominant, aber die kulturelle Moderne wird vom Hellenismus, nicht vom Christentum geprägt. Diesen Hellenismus haben auch die Muslime in ihren besseren Tagen gesehen. Und so haben wir doch eine gemeinsame Grundlage. Und die heißt: Aufklärung als Primat der Vernunft.

Bezüglich der Entstehung einer modernen Weltgesellschaft hat der Oxford-Gelehrte Hedley Bull in seinem Werk hervorgehoben, dass diese nur auf der Basis geteilter Werte funktionieren kann. Ich füge hinzu, dass diese Werte auf einer globalen Aufklärung basieren müssen, um einen wahren Weltfrieden im Kant'schen Sinne zu ermöglichen.

Heimischwerdung des Islam Europa hat trotz seiner hässlichen Kolonialgeschichte, der zwei Weltkriege und der NS-Verbrechen auch eine andere Seite: Das ist das Europa der Freiheit, der individuellen Menschenrechte, der Demokratie, des Pluralismus und der Zivilgesellschaft; das ist eine schöne Idee, die auch von Nicht-Europäern, also auch von Muslimen, geteilt werden kann. *Von Bassam Tibi*

Wiederholt empfehle ich eine Neuaufnahme der Henri-Pirenne-These „Sans Mahomet pas de Charlemagne“. Der 1935 verstorbene belgische Historiker konstatierte, dass es ohne die Herausforderung des Islam das christliche Abendland Karls des Großen nicht gegeben hätte. Damit meint Pirenne dieses: Beide Zivilisationen, also das abendländische Europa und der Islam, sind historisch gemeinsam entstanden und bilden eine Herausforderung füreinander. Dies charakterisiert sie seit ihrer Entstehung.

Die Migration der Muslime nach Europa (1950 nur 800.000 Muslime in Westeuropa, heute 20 Millionen) gehört in diesen Zusammenhang gegenseitiger Herausforderung und ist der zeitgeschichtliche Ausdruck der von Henri Pirenne beschriebenen klassischen Auseinandersetzung zwischen Islam und Europa. In meinem Buch „Kreuzzug und Jihad“, worin ich diese Geschichte in acht Epochen rekonstruiere, versuche ich, die Pirenne-These neu aufzunehmen und schlage vor, das Verhältnis des Islam zu Europa als ein solches der jahrhundertelangen gegenseitigen „Bedrohung und Faszination“ zu deuten. Beide haben einander bedroht, sei es durch Dschihad-Eroberung, Kreuzzüge oder Kolonisation, zugleich aber

auch einander kulturübergreifend befruchtet und zivilisatorische Anleihen gemacht; sei es durch die Übernahme des Hellenismus im mittelalterlichen Islam, sei es durch den Einfluss des islamischen Rationalismus auf die europäische Renaissance.

Wir können die Muslime, die heute in Europa leben, in diese Geschichte einordnen. So spricht der US-Islamexperte John Kelsay etwa von „islamischen Enklaven, die sich in Europa befinden, nicht aber zu seiner Kultur gehören“. Lässt sich zwischen beiden eine Brücke finden, so wie Europa und der Islam es früher geschafft haben? Bereits im Jahre 1992 habe ich als Reform-Muslim mein Konzept vom Euro-Islam vorgestellt, den ich als eine euro-islamische Brücke verstehe.

Ist es möglich, hierüber frei zu reden? Als Muslim, der als Immigrant in Europa lebt und in den USA forscht, habe ich die Erfahrung gemacht, dass ich in Amerika bei diesem Thema mehr Redefreiheit habe. So habe ich in Projekten in Berkeley und Cornell zwischen 1998 und 2006 mein Konzept weiter entfalten können. Dagegen wurde mein Euro-Islam in Deutschland – etwa von einem Orientalisten in der Presse als „Ein-Mann-Sekte des Prof. Tibi“ ver-

femt. Worum geht es? Im November 1992 tagten in Paris am Institut du Monde Arabe Experten, die neue Konzepte für den Umgang mit Assimilation und Integration suchten. Das bisherige Konzept der Assimilation als Voraussetzung für eine „Citoyennité“ funktionierte nicht mehr aufgrund des Ansturms der neuen Migranten aus der Welt des Islam, die auf ihrer kulturellen Identität beharrten und Geltung für sie in Europa forderten. Deshalb empfahlen diese Experten, die Assimilation zugunsten des in Paris vorgelegten neuen Konzeptes der Integration aufzugeben.

Integration erfordert keine kulturelle Selbstaufgabe durch totale Anpassung, sondern lediglich die Teilnahme an der Wertorientierung der Zivilgesellschaft. Anders als bei der Assimilation wird die Integration hier lediglich auf die Annahme einer Bürgeridentität in einer Zivilgesellschaft beschränkt; es geht um die Rechte und Pflichten des „Citoyen“ (Bürger). In Paris lautete die Frage deshalb: „Intégration ou insertion communautaire?“ Das ist auch der Untertitel des Buches, das mein Euro-Islam-Papier enthält, welches ein Integrationskonzept bietet. Der Islam stand im Mittelpunkt der Debatte, weil die Muslime inzwischen etwa zwölf Prozent der französischen Bevölkerung ausmachen und somit die größte Einzelgruppe unter den Migranten stellen.

Auf dieser Pariser Tagung legte ich erstmalig in Europa mein Konzept dar, das deshalb in dieser französischen Debatte zu verorten ist. Der Begriff Euro-Islam wurde in meinem Paper „Les Conditions d'un Euro-Islam“ geprägt, und erschien später in dem politikberatenden Band „Islams d'Europe: Integration ou Insertion Communautaire“.

Das Konzept beruht auf Beobachtungen, die ich in den Achtzigerjahren in Westafrika machte. Dort stellte ich eine Afrikani-

sierung des Islam fest. Unter Berücksichtigung der Erkenntnis, dass der Islam in Westafrika trotz seiner arabischen Herkunft nicht fremd und eine autochthone Kultur geworden ist, fragte ich, ob nicht analog hierzu auch eine Europäisierung des Islam in Europa angestrebt werden könnte. Hierdurch würde man erreichen, was in Afrika Realität ist und in Europa fehlt, nämlich eine Indigenisierung, also ein Heimischwerden des Islam.

Im Vergleich zu Afrika ist der Islam der Migranten in Europa äußerst fremd geblieben, weil er nicht europäisch ist. Die zentrale Frage lautet also: Könnte der Islam durch eine Europäisierung in Europa heimisch, also europäisch werden, so wie er afrikanisch im Senegal oder südostasiatisch in Indonesien ist? Wie könnte dies bewerkstelligt werden?

Um es gleich zu Beginn klarzustellen: Ein Euro-Islam ist ohne eine kulturelle Anpassung, die religiöse Reformen erfordert, wohl nicht möglich.

Integration erfordert keine kulturelle Selbstaufgabe

Der Islam kann nur dann europäisiert werden, wenn Konzepte des Salafismus wie etwa Scharia und Dschihad sowie die Vision einer Islamisierung durch Dawa und Hedschra durch religiös-kulturelle Reformen aufgegeben werden. Nur ein Islam, der in Einklang mit den Grundinhalten der kulturellen Moderne (Demokratie, individuelle Menschenrechte, Zivilgesellschaft, Pluralismus) steht und die Wertorientierung des Pluralismus annimmt, verdient es, als Euro-Islam bezeichnet zu werden. Eine weitere Klärung besteht darin, dass sich das Konzept des Euro-Islam ausschließlich auf

Europa bezieht, also anders als die frühere universelle Vision der Verwestlichung der Welt einschließlich der Welt des Islam kein Universalismus ist.

Muslime, die auf Dauer in Europa leben, sowie Länder (etwa die Türkei), die zu Europa gehören wollen, sind der Gegenstand des Arguments von der Europäisierung. Es handelt sich um eine Vision eines Euro-Islam, die noch nicht Realität geworden ist. Natürlich gibt es auch die islamische Umwelt Europas. Die EU betrachtet die Welt des Islam als „European Neighborhood“. Positiv könnte die Integration der Muslime in Europa zur Demokratisierung dieser europäischen „Neighborhood“ beitragen.

Ich selbst als Muslim und Migrant erkenne, dass Europa eine zivilisatorische Identität hat und das Recht, diese zu bewahren. Das ist nicht gegen die Muslime gerichtet, weil die Idee Europas inklusiv ist; sie kann die Identität der Zuwanderer berücksichtigen, jedoch mit der Erwartung einer Anpassung ohne Selbstaufgabe. Islam und Europa zusammen macht in diesem Sinne: Euro-Islam.

Eine demokratische und aufklärerisch verstandene Identität Europas ist also eine inklusive europäische Identität zu deuten, die eine Europäisierung für den Islam in Europa, auch bei einer EU-Erweiterung, vorsieht. Als Muslim habe ich die Wertschätzung Europas als „Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft“ von meinem jüdischen Lehrer Max Horkheimer gelernt. Horkheimer war ein Überlebender des Holocaust und kannte die andere Seite Europas. Hier geht es nur um das Europa der Freiheit.

Mit der Europäisierung des Islam wird eine kulturelle Synthese angestrebt.

Europa hat trotz seiner hässlichen Kolonialgeschichte, der zwei Weltkriege und

der NS-Verbrechen auch eine andere Seite: Das ist das Europa der Freiheit, der individuellen Menschenrechte, der Demokratie, des Pluralismus und der Zivilgesellschaft; das ist eine schöne Idee, die auch von Nicht-Europäern, also auch von Muslimen, geteilt werden kann.

Das Konzept des Euro-Islam ist ein Versuch, die Europa-Idee für Muslime als „europäische Identität“ im Rahmen einer Synthese mit dem Islam schmackhaft zu machen. Die Frage ist, ob Muslime nicht nur juristisch europäische Bürger werden, sondern darüber hinaus – also durch Aneignung der europäischen Werte, Orientierung am Rahmen eines Euro-Islam – „Citizens of Heart“ werden können?

Bei dieser Diskussion müssen Islam und Islamismus voneinander unterschieden werden. Islam ist eine Religion und ein kulturelles System, hingegen ist der Islamismus eine totalitäre Ideologie. Europa hat auf der Basis seiner kulturellen Moderne die Aufklärung als „Entzauberung der Welt“ und in diesem Rahmen einen Werte-Universalismus hervorgebracht, der weder ethnisch noch religiös und somit inklusiv ist.

Ich wiederhole, dass die angeführte Inklusivität darin besteht, offen für die Aufnahme anderer zu sein. Das ist kein akademisches Gerede im negativen Sinne, sondern eine zivilisatorische Realität, die ich als Muslim und Araber aus meinem eigenen Leben in Europa kenne. Die Inklusivität ist die europäische Leistung im Kontext der Migration. Die Leistung der Migranten könnte in dem Versuch bestehen, ihre Identität mit Europa und dem dazugehörigen kulturellen System in Einklang zu bringen.

Der Euro-Islam ist eine Vision, die beansprucht, diese Leistung zu erbringen. Trotz vieler anderslautender Behauptungen ist die Europa-Idee nicht christlich, sie ist säkular

und hat im Hellenismus ihre Quellen. Derselbe Hellenismus gehörte auf dem Höhepunkt der islamischen Zivilisation zu den Quellen des mittelalterlichen islamischen Rationalismus. Somit liegt eine Brücke vor.

Ein Muslim kann Europäer werden ohne Christ zu sein und ohne eine ethnische Verwurzelung zu haben. Voraussetzung hierfür ist alleine, die europäischen Werte, die im Kontext von Renaissance, Reformation, Aufklärung und Französische Revolution als Werteorientierung entstanden sind, zu übernehmen; dabei kann man Muslim bleiben. Wie können Muslime vollen Herzens europäische Bürger werden und für das Projekt „Europe, a Beautiful Idea?“ eintreten, ohne aufzuhören, Muslime zu sein?

Die Islamisten, die sich in die Islam-Diaspora eingemischt haben, teilen diese Auffassung vom „schönen Europa“ nicht: Sie propagieren, dass Integration in Europa eine Tarnung für Christianisierung ist und lehnen sie ab. Die Islamisten wollen nicht Integration, sie wollen Europa durch Dschihad islamisieren. Die Europäer können dies nur zusammen mit den Euro-Muslimen verhindern. Und in diesem Konflikt ist es von zentraler Bedeutung, inhaltlich genau zu bestimmen, was Euro-Islam ist.

Viele europäische Politiker bekennen sich in ihren Reden zur Idee Europas, aber nehmen sie sich und ihre eigenen Aussagen auch ernst? Viele Muslime, die in Europa als europäische Bürger leben, zweifeln an Europa als einer Wertegemeinschaft und somit an der Vision eines Euro-Islam, weil die Europäisierung der islamischen Herausforderung als Inklusion propagiert wird; Taten folgen dieser Rhetorik aber nicht.

Nun ist es als positiv einzuschätzen, dass sich heutige Europäer vom bisherigen Eurozentrismus abwenden, doch leider nicht immer zum Besseren, denn viele von ihnen

verleugnen heute die Gültigkeit der europäischen Werte. In den vergangenen Jahren gab es die Debatte, bei der eine Verfeinerung der Aufklärung als Fundamentalismus zu beobachten war. Diese zeigt nicht nur eine geistige Verwirrung, sondern auch eine Orientierungslosigkeit. Ein postmoderner Wertelativismus ist nicht die Öffnung, die Europa benötigt. Die Vision eines Euro-Islam steht im Kontrast zum Werte-Relativismus der heutigen Europäer: Erstens, auf Ebene der EU als Wertegemeinschaft. Dies unterstellt eine Verbindlichkeit für die Geltung europäischer Werte, die vom Islamismus nicht geteilt werden. Der gemäßigte Islamist und ägyptische Philosoph Hasan Hanafi hat einst auf einem Europa-Treffen in Madrid richtig erkannt, dass Europa in einer Krise sei und unter Orientierungslosigkeit leide. Er schlug den Islam als Lösung für Europa vor. Ist das die Lösung, die Europäer und Muslime verbinden kann? Ich fürchte, nein!

Im Rahmen des Zustroms von Muslimen aus Asien und Afrika, aber vor allem aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum nach Europa, die zivilisatorisch als Identitätspolitik ein Kollektivbewusstsein entfalten, stellen manche Muslime in der Moscheevereinskultur den Anspruch auf eine Erweiterung des Dar al-Islam/Haus des Islam auf Europa. Im orthodoxen Islam dient Hedschra/Migration der weltweiten Verbreitung des Islam, so schreibt die Doktrin es vor.

Die faktische Entstehung von Parallelgesellschaften ist die erste Stufe in diese Richtung und es muss möglich sein, hierüber der Political Correctness zum Trotz offen zu sprechen. In diesem Zusammenhang entstehen Täuschungen. Wenn der Schweizer Islamwissenschaftler und Publizist ägyptischer Herkunft Tariq Ramadan Europa

als Dar al-Schahada bezeichnet, dann tut er nichts anderes, als den Begriff für Dar al-Islam/Haus des Islam auf Europa als Territorium der islamischen Zivilisation zu übertragen. Die Implikation ist mehr als klar: Europa wird als ein Teil des Dar al-Islam gesehen und somit praktisch vereinnahmt, nur weil es sich für Muslime geöffnet hat.

Auch der 2006 verstorbene Londoner Imam Zaki Badawi, den die Königin ausgezeichnet hat, argumentierte einst auf dieser Linie, als er auf dem World Economic Forum in Davos sagte, dass ein Territorium, in dem Muslime leben, zu Dar al-Islam gehört. Gegen naive Europäer, gegen orthodoxe Salafisten und gegen Islamisten versucht der Euro-Islam zu erreichen, dass der Islam ein Teil Europas wird und entsprechend seine Identität teilt, und nicht umgekehrt Europa islamisch wird.

Öffnung statt postmodernem Wertelativismus

Auch der türkische Präsident und ehemalige Vorsitzende der AKP, Tayyip Erdoğan, spricht von einer „gemeinsamen Werte-Gemeinschaft“. Was ist das? Was sind die europäischen Werte und was macht die Identität Europas aus? Muss die Aufgabe des Universalismus der Verwestlichung mit der Aufgabe einer europäischen Werte-Orientierung im Rahmen eines Werte-Relativismus für Europa selbst einhergehen? Dies sind Fragen, die im europäischen Diskurs von heute verschwiegen, ja tabuisiert werden. Ich nehme das Recht auf Redefreiheit in Anspruch, wenn ich als Muslim, der Wahleuropäer geworden ist, über Europa spreche.

Trotz der Eskapaden des ehemaligen amerikanischen Präsidenten George W. Bush bleibt Amerika das Land der Frei-

heit. So war es mir als Muslim möglich, in den USA die gestellten Fragen offener als in Europa selbst zu diskutieren. Das Konzept der Europäisierung des Islam beansprucht, Antworten auf die gestellten Fragen zu geben. Ich möchte das an der Berkeley University an den Zentren für Nahost- und für Europastudien erarbeitete Projekt „Islam and the Changing Identity of Europe“ anführen, bei dem festgestellt wurde, dass der über Migration nach Europa eindringende Islam die zivilisatorische Identität Europas verändert.

Die beiden Amerikaner, die dies feststellten, haben eine euro-islamische Herkunft: der Ägypter Nizar al-Sayyad durch Nahost-Studien, der Spanier Manuel Castells durch Europa-Studien. Auf der Suche nach Lösungen des Konfliktes ohne eurozentrische Dünkel luden beide mich vor Jahren ein, mein Konzept des Euro-Islam als interzivilisatorische Brücke in ihr Projekt einzubauen. Das Ergebnis war das von den beiden Wissenschaftlern 2002 herausgegebene Buch „Muslim Europe or Euro-Islam?“.

Der mit einer Frage formulierte Titel bringt deutlich und unzweideutig die Perspektive von zwei konkurrierenden Optionen zum Ausdruck: Entweder europäisiert Europa den Islam oder der Islam islamisiert Europa. Zwei Universalismen stoßen aufeinander. Vor diesem Wettkampf der Modelle dürfen die Europäer die Augen nicht durch Schweigen und Zensur in Form von Political Correctness verschließen. Die Entwicklung findet ohnehin statt und würde auch weitergehen, wenn durch Schweigen und andere Methoden verboten wird, darüber zu reden.

Bei dieser Debatte über real stattfindende Prozesse geht es keineswegs um eine Konfrontation und erst recht nicht um eine Anfeindung des Islam. In Kenntnis die-

ser Gefahr habe ich als Muslim mit dem ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog das Buch „Preventing the Clash of Civilizations“ gegen Samuel P. Huntington's „Clash of Civilizations“ verfasst.

Europäer können die bestehende Herausforderung durch eine Europäisierungspolitik beeinflussen. Anders als die universalistisch orientierte Ideologie der Verwestlichung beschränkt sich das Konzept der Europäisierung alleine auf die Geltung europäischer Werte und Standards für Europa selbst, also innerhalb des europäischen Territoriums. Anders als Islamisten oder orthodoxe Muslime behaupten, gehört Europa gewiss nicht zu Dar al-Islam; es hat seine eigene Identität, die nicht-islamisch ist. Die damit verbundene Forderung lautet: Wer nach Europa will, muss zu seinem Gemeinwesen und der entsprechenden Wertorientierung als demokratischem Konsens gehören wollen, also europäisch werden und somit an der zivilisatorischen Identität teilhaben, nicht umgekehrt: also Europäisierung, nicht Islamisierung.

Wenn dies zu einem politischen Konzept der EU wird, verbunden mit dem politischen Willen, es auch durchzusetzen, dann würden die islamischen Enklaven der Moscheevereinskultur oder Parallelgesellschaften in Stadtteilen mit türkischen oder anderen vernehmbar nicht-europäischen Flaggen nicht mehr geduldet werden. Die Alternative zu dieser kulturellen Segregation ist die inklusive Europäisierung, nicht Ausgrenzung. Dies gilt auch für die islamische Türkei, die in die EU will.

Meine Beschäftigung mit der Europäisierung des Islam in der europäischen Diaspora führte ich an der Elite-Hochschule Cornell University fort. Unter der Leitung des deutschstämmigen Politikwissenschaft-

lers Peter Katzenstein haben wir das Projekt „Transnational Religion and Accession“ durchgeführt. Darin geht es nicht nur um den Islam, sondern auch um das östlich-orthodoxe Christentum. Zu den Annahmen des Projektes gehört, dass „accession“, d.h. Aufnahme in die politische Kultur der EU, eine „Europeanization“ in dem beschränkten, beschriebenen Sinne, also nur für das Territorium der EU, erfordert. Nach säkularen Maßstäben wird Europäisierung von Religion und Ethnizität getrennt und allein an die Werte der Demokratie, der individuellen Menschenrechte und Zivilgesellschaft gebunden.

Dass dieses Konzept nicht eurozentrisch ist, zeigt bereits die mögliche Synthese von Islam und Europa im Rahmen eines europäisch interpretierten Islam zu einem Euro-Islam, für den ich seit zweieinhalb Jahrzehnten eintrete. Wenn es dabei einen europäischen Dünkel gäbe, hätte die türkische, in Istanbul erscheinende Zeitschrift „Turkish Policy Quarterly“ meinen Aufsatz aus dem angeführten Cornell-Projekt mit der hier vertretenen These über Europäisierung als Kriterium nicht nur für die Aufnahme der Diaspora-Türken als europäische Bürger, sondern auch der Türkei in die EU, nicht veröffentlicht. Aber der Text erschien in Istanbul und fand dort Zustimmung. Weder die heutige, von AKP-Islamisten regierte Türkei noch etwa der Islam-Rat Deutschlands mögen diese Idee; sie erfüllen dieses Kriterium der Europäisierung nicht - dies sehen aufgeklärte Türken auch so, mit denen ich bei mehrfachen Besuchen in Ankara kommuniziert habe.

Bei der Diskussion über eine euro-islamische Wertegemeinschaft und den politischen Willen zur Europäisierung des Islam möchte ich mit einem Rückgriff auf den letzten großen islamischen Philosophen, der

vor 600 Jahren verstorben ist, zurückgreifen. Dieser islamische Denker Ibn Khaldun prägte den Begriff „Asabiyya“ (das ist der „Esprit de Corps“), um daran die Stärke und Schwäche jeder Zivilisation zu messen. Nach Ibn Khaldun ist Asabiyya das Wertebewusstsein einer Zivilisation.

Wie stark ist die europäische „Assabiyya“? Nur wenn eine Europäisierung als demokratischer Weg zur Bewältigung der islamischen Herausforderung gelingt, kann man von einer starken europäischen „Asabiyya“ im Sinne Ibn Khalduns sprechen. Es geht um die Einbindung Europas in eine pluralistische Welt als zivilisatorische Entität, die eine eigene Asabiyya hat, die weiß, was sie zivilisatorisch ausmacht und die dadurch für andere offen bleibt, dass sie sie inklusiv mittels Europäisierung in ihr Gemeinwesen aufnehmen kann. Europa ist in der Tat mehr als eine Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft. Europa als „beautiful idea“ ist es wert, bewahrt zu werden. Dies ist auch mit islamischer Beteiligung möglich, wenn die Vision vom Euro-Islam zum Politikkonzept wird. Die Arbeit an der Bewahrung Europas mit islamischer Beteiligung ist eine Friedenspolitik für das 21. Jahrhundert.

Bassam Tibi, 1944 in Damaskus geboren, ist Begründer der Denkrichtung „Euro-Islam“. Von 1973 bis 2009 Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Göttingen. 1988 bis 1993 Research Associate, 1998 bis 2000 Bosch Visiting Professor an der Harvard University. 2004 bis 2010 A.D. White Professor at Large an der Cornell University. 2005 Senior Research Fellow an der National University of Singapore / Asia Research Institute. 2008 und 2010 Resnick Senior Fellow am Holocaust Memorial Museum, Washington D.C. Seine Veröffentlichungen wurden in über 16 Sprachen übersetzt. 1995 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für sein Wirken „für ein besseres Verständnis des Islam in Deutschland und für seine Vermittlung zwischen den Zivilisationen“ und 2003 Preis der Schweizer Stiftung für Abendländische Besinnung.

Pakt mit dem demokratischen Gemeinwesen Kultur ist unsere Art, mit einem Umfeld zurechtzukommen – nicht ein unveränderliches Repertoire, wie man Dinge zu tun hat. Traditionen verschiedener Orte und früherer Zeiten mögen vorhanden sein – sie haben aber keine Folgen für die Art von Vereinbarung, die man eingeht, wenn man einem neuen, demokratischen Gemeinwesen beiträgt. Wichtig sollte sein, ob jemand die Werte und Normen teilt, über die sich die Gruppe, der man zugehören möchte, demokratisch geeinigt hat. *Von Bernd Reiter*



grierbar ist und im Normalfall umso schlimmer je weiter entfernt von der Gruppe der Weißen. Nach dieser Denkart sind „uns“ hellbraune Menschen näher als dunkelbraune und „gelbe“ Menschen schwerer zu assimilieren als dunkelbraune.

Die Art, wie Unterschiede bewertet und Menschen kategorisiert werden, hat sich seit der Zeit, als Wissenschaftler Köpfe vermaßen und Nationen nach ihrem „ethnischen Bestand“ klassifizierten, nicht sehr verändert. Biologische Vielfalt ist jedoch zugleich konstant und vergleichsweise geringfügig. Vor allem spielt sie keine Rolle. Was für die Politik zählt, ist nicht die biologische Variation von Menschen und Gruppen, sondern, wie man mit diesen Unterschieden umgeht, wie man sie einstuft. Die Kategorisierungen und die exakten Punkte, an denen man Grenzen zieht, sind niemals vorgegeben oder vorbestimmt. Sie sind vielmehr das Ergebnis von bewussten Entscheidungen und Politik.

Wenn man unterschiedlich aussehende Menschen zählt und klassifiziert, kann man sie entweder alle in einen Topf werfen oder nach Alter, Religion, Hautfarbe, Geburtsort, nach ihren Eltern, der Größe ihrer Nasen oder der Beschaffenheit ihrer Haare sortieren. Leider hat man all dies schon versucht. Wie auch immer man sie jedoch klassifiziert, die Menschen verändert dies nicht – zumindest nicht sofort und nicht grundlegend.

Aber alle diese Klassifizierungen wir-

ken sich auf die Betroffenen aus, da sie in den meisten Fällen in einer bestimmten Absicht vorgenommen werden. Menschen zu zählen, zuzuordnen und aufzuteilen hat meistens den Grund, Hierarchien zu rechtfertigen und leichter Kontrolle ausüben zu können. Dies lässt sich leicht an der Art der Zählung belegen. Wären Gerechtigkeit und Chancengleichheit die Hauptziele, dann müssten die wichtigsten Kategorien lauten: reich/arm, beschäftigt/arbeitslos und mehr oder weniger bedürftig in Bezug auf Bildung, Gesundheitsversorgung oder staatliche Unterstützung. Stattdessen erfassen die meisten Regierungen aber Aspekte wie den ethnischen Hintergrund, das Geburtsland, die Abstammung. In anderen Worten: Rasse und Kultur.

In einer Demokratie – das heißt, in einer Gesellschaft, die daran glaubt, dass nicht am Wichtigsten ist, was jemand ist, sondern was jemand tut – sollten Herkunft und Kultur überhaupt keine Rolle spielen. Wichtig sollte sein, ob jemand die Werte und Normen teilt, über die sich die Gruppe, der man beitreten will, demokratisch geeinigt hat.

So begann das moderne europäische Bürgertum in mittelalterlichen europäischen Städten – zumindest wenn wir der Darstellung Max Webers glauben: als eine Gruppe

„Zugehörigkeit sollte nicht über Ethnie, Herkunft, Kultur, Aussehen oder Religion geregelt werden, sondern über den freien Willen, sich zu beteiligen, zu teilen, zu unterstützen und die Werte, Normen und Regeln zu achten, über welche die Gemeinschaft selbst entscheidet.“

von Menschen, die miteinander eine Vereinbarung schließen, um ihre eigene Freiheit zu sichern und zu schützen. Natürlich war dieser Pakt von Anfang an exklusiv für Christen bestimmt – Juden durften sich nicht anschließen. Damals war es abscheulich und nicht zu rechtfertigen, diese Grenze zu ziehen, um Juden auszuschließen – dies heute zu tun ist noch schlimmer.

Zugehörigkeit sollte nicht über Ethnie, Herkunft, Kultur, Aussehen oder Religion geregelt werden, sondern über den freien Willen, sich zu beteiligen, zu teilen, zu unterstützen und die Werte, Normen und Regeln zu achten, über welche die Gemeinschaft selbst entscheidet. Dies beinhaltet, dass man, um eine Regel zu akzeptieren, ein Mitspracherecht bei ihrer Ausarbeitung haben muss. Es bedeutet auch, dass die allgemein anerkannten Normen und Regeln – sofern einmal beschlossen – bindend sind und eine Bedingung für Zugehörigkeit.

In anderen Worten: In einer Demokratie müssen per definitionem die Verbindungen, die eine Gemeinschaft überhaupt erst ausmachen, von den Bürgern geprägt sein. Alles andere ist auf die eine oder andere Art rassistisch, denn es geht davon aus, dass Menschen sich grundsätzlich voneinander unterscheiden und, basierend auf ihrem Aussehen oder ihrer Kultur, verschiedene Werte haben.

Kultur ist jedoch nichts Festgelegtes. Sie verändert sich ständig. Vielleicht hat man von zu Hause Traditionen mitgenommen – wenn man aber an einen anderen Ort zieht, passt man sich schnell an die neuen Herausforderungen an. Kultur ist unsere Art, mit einem bestimmten Umfeld zurechtzukommen – nicht irgendein festes und unveränderliches Repertoire, wie man Dinge zu tun hat. Die eigene Kultur verändert sich also. Kultur ist nicht der Grund für Unterschiede, sie ist das Ergebnis. Traditionen verschiedener

Der Mythos, dass sich Nationen aus homogenen Gruppen zusammensetzen, ist genau das: ein Mythos. In einer Zeit, in der man generische Variation bei Menschen auf einzelne Gene zurückführen kann, ist es immer weniger überzeugend, Menschen anhand ihrer Hautfarbe zu klassifizieren. Gleichwohl geschieht dies meist in der politischen und behördlichen Praxis europäischer Länder. Damit hält man an einem Schema fest, das Menschen in Weiße/Rote/Schwarze/Gelbe unterteilt – und dann jeder Gruppe bestimmte grundlegende Eigenschaften zuschreibt. Um diese Klassifizierung „stubenreiner“ zu machen, vermeidet man heutzutage das Wort „Rasse“ und ersetzt es durch „Kultur“. Da gibt es „unsere“ Kultur und ihre – die anders ist, nicht dazu passt, in verschiedener Hinsicht nicht inte-

Orte und früherer Zeiten mögen vorherrschen – haben aber keine Folgen für die Art von Vereinbarung, die man eingeht, wenn man einem neuen, demokratischen Gemeinwesen beiträgt.

Was zählt und völlig unabhängig ist von der eigenen Kultur oder den eigenen Traditionen, ist die Bereitschaft, der bürgerschaftlichen (nicht kulturellen) Verbindung der Gastgemeinschaft beizutreten.

Menschen nach dem System zu klassifizieren, das die Eugeniker und Nazis genutzt haben – weiß, schwarz, braun, gelb und rot – erscheint manchmal völlig grotesk, aber heute noch werden Menschen und Gruppen genau so kategorisiert, genau so entscheidet man in den meisten europäischen Mitgliedsstaaten über Zugehörigkeit.

So sind Frankreichs Bürger in biologischer, kultureller, religiöser und ethnischer Hinsicht heterogen und dies ist tatsächlich auch schon immer so gewesen. Das bedeutet, dass Menschen, die keine weiße Hautfarbe haben, nicht automatisch Ausländer und Immigranten sind. Diese als solche vor- und darzustellen, bildet den Kern des Problems – genauer gesagt: Es macht diese Menschen zum Problem.

Diese Darstellung ist gleichwohl in Frankreich wie auch anderswo in Europa weit verbreitet. In einem sehr aussagekräftigen Interview, das im Oktober 2005 zur besten Sendezeit im französischen Fernsehen lief, sagte Héléne Carrère d'Encausse, eine französische Historikerin und ein angesehenes Mitglied der Académie Française auf die Frage, wie die Randalen der schwarzen Jugend in den französischen Banlieues zu verstehen sei: „Ich bin überhaupt nicht überrascht: Wie könnten sich junge Schwarze, die direkt aus ihrem afrikanischen Dorf kommen, an den französischen Lebensstil anpassen?“

Dabei gibt es keinen Grund zu glauben,

dass die schwarzen Jugendlichen, die 2005 und später in Frankreich auf die Straßen gingen, Ausländer waren – erst recht keine Immigranten. Im Gegenteil: Man muss annehmen, dass die Situation der zwei schwarzen Jungs, die durch Stromschläge getötet wurden, während sie nach einem Fußballspiel am 27. Oktober 2005 vor der Polizei flüchteten, eine typische war: Sowohl Bouna als auch Zyed waren in Frankreich geboren.

Gebrochene Versprechen, enttäuschte Hoffnung

Im Allgemeinen braucht es eine lange Geschichte gebrochener Versprechen, enttäuschter Hoffnung, gescheiteter Hilfe und entmutigender Erfahrung im eigenen Land – nicht im Land von anderen – um diese Art von Protesten hervorzurufen, wie sie die Welt in Frankreich gesehen hat.

Untersuchungen, die von „Le Cran“ (Conseil représentatif des associations noires de France), einer Dachorganisation für schwarze Organisationen in Frankreich, durchgeführt worden sind, ergaben, dass 81 Prozent der Schwarzen in Frankreich tatsächlich die französische Staatsbürgerschaft besitzen. Es wird jedoch weithin angenommen, dass die meisten Schwarzen in Frankreich Ausländer sind. Frankreich unterscheidet sich in diesem Sinn nicht von Deutschland, wo die gleiche Geisteshaltung die täglichen Interaktionen mit nicht weißen Deutschen prägt. Man kategorisiert und behandelt sie als „Immigranten“, „Gastarbeiter“, „Besucher“, „Immigranten der zweiten“ oder sogar „dritten Generation“ – das sind alles andere Worte für „Ausländer“. Wie viele Generationen lang kann man ein Ausländer bleiben?

Realität ist, dass im Jahr 2014 die meisten der in Europa lebenden nicht weißen

Menschen Staatsbürger sind oder es werden wollen, sofern die Bedingungen stimmen. „Sie können nicht irgendwohin zurückgehen – ihr Land ist hier.“ (Patrick Lozès, LeCran, Paris, Interview vom 20. Juni 2011).

In einer Umfrage von Sofres, dem renommiertesten Meinungs- und Marktforschungsinstitut in Frankreich, aus dem Jahr 2007, bezeichneten sich insgesamt 3,86 Prozent der interviewten Erwachsenen selbst als „schwarz“. Von diesen erklärten wiederum 56 Prozent, dass sie in ihrem Alltag Rassismus erleben. Die Untersuchung zeigte zudem: Es ist 2,5 Mal wahrscheinlicher, dass junge schwarze französische Bürger arbeitslos sind als ihre weißen Altersgenossen, was bedeutet, dass ihre Arbeitslosenquote bei ungefähr 30 Prozent liegt. Nichtweiße gehen auch häufiger von der Schule ab als Weiße, sie haben Schwierigkeiten, Jobs zu finden, auch wenn man sie mit gleichermaßen qualifizierten Weißen vergleicht (Silberman, Alba und Fournier 2007).

Der Fall Frankreich lässt uns verschiedene relevante Mechanismen unterscheiden, die zu Ausgrenzung und Staatsbürgerschaft zweiter Klasse führen. Die Analyse in Frankreich zeigt, dass Rassismus weiterlebt und sich sehr zivil artikulieren kann. Das französische System ist so beschaffen, dass es zunächst Menschen ermutigt, Franzosen zu

„Man kategorisiert und behandelt sie als ‚Immigranten‘, ‚Gastarbeiter‘, ‚Besucher‘, ‚Immigranten der zweiten‘ oder sogar ‚dritten Generation‘ – das sind alles andere Worte für ‚Ausländer‘. Wie viele Generationen lang kann man ein Ausländer bleiben?“

werden – nur, um dann einige Menschen und Gruppen als nicht integrierbar zu klassifizieren. Die Frustration, die ein solches System bei den so Klassifizierten erzeugt, ist kaum zu überschätzen – und die Vehemenz der Jugendproteste durch Minderheiten seit dem Beginn der 2000er-Jahre beweist diese Frustration. Es ist nicht nur unfair, sondern extrem rassistisch, zu erklären, dass alle Franzosen werden können – außer dir.

Indem er diese schizophrene Klassifizierung von Menschen und Gruppen nutzt, während er gleichzeitig sicherstellt, dass sie keine Möglichkeiten haben, sich selbst zu klassifizieren (indem man nämlich keine offiziellen Zahlen zur Situation von Minderheiten zur Verfügung stellt), offenbart der französische Staat die tiefen Widersprüche seines liberalen, republikanischen Fundaments.

Tatsächlich bedeutete das republikanische Ideal der Selbstverwaltung, wie es so radikal von Rousseau ausgedrückt wurde, niemals, andere Menschen einzubeziehen als weiße europäische Männer. Schlimmer noch: Es benutzte Nichtweiße, um eben diese Haltung zu konstruieren, aus der heraus die eigene Überlegenheit verkündet wurde. Damit bewies es auch die Hohlheit der klassischen westlichen liberalen Tradition, auf der dieser Diskurs letztlich basiert.

Um sich selbst als Kollektiv zu regieren, mussten die Individuen rational und autonom sein – aber nach Meinung der Denker, die diese Idee entwickelten, waren dies nicht alle. Frauen ganz bestimmt nicht und auch jene nicht, die durch Armut oder abweichende Gesellschaftsentwürfe und Entwicklungsmodelle auf der Leiter der Zivilisation nach unten gedrückt wurden – entsprechend dem eindimensionalen Bewertungsmodell der europäischen Klassifizierer. Weiße europäische Männer empfanden nur sich selbst

als der Selbstverwaltung und Demokratie würdig. Der Rest der Welt – schwarz, braun oder gelb, wie man ihn in der Kolonialzeit klassifizierte – besaß ihrer Meinung nach Mängel und war bestenfalls in der Lage, westliche Lebensweisen nach langer Arbeit und mühsamem Training zu erlernen. Einige, insbesondere Afrikaner, hielt man für nicht assimilierbar. Dies so auszudrücken, war notwendig, denn wie hätte man sie sonst versklaven, dominieren und kontrollieren können? Behandeln können wie Werkzeuge, Dinge und Maschinen – und radikal enthumanisieren?

Was „Universalismus“ genannt wurde, offenbart in der Behandlung der Nichtweißen und Nichtchristen Vorurteile und tiefgehenden Partikularismus. Die großen Reden über Liberalismus, Republikanismus, Gleichheit, Brüderlichkeit und Gerechtigkeit waren nicht mehr als das: Reden.

„Die Menschen sprechen immer über *liberté, égalité, fraternité*, und ja, es gibt Freiheit, aber nicht überall und nicht für jeden. Denkt daran, wir sind Franzosen; wir sind hier geboren. Unsere Großeltern kämpften in Kriegen, um Frankreich zu verteidigen. Damals wurden sie als ungeeignet angesehen, und uns geht es heute auch so“. [Siyakha Traoré, „Offener Brief an Frankreich“, 2006]

An diesen Werten und Klassifizierungssystemen festzuhalten, vergiftet und untergräbt alle positiven Aspekte der hohen Ideale des Republikanismus und Liberalismus. Um voranzukommen und ein faireres und gerechteres Europa zu schaffen, müssen wir unsere Werte, Gesetze und politische Strategien von diesem Erbe der Doppelmoral, der Lügen und der falschen Versprechungen reinigen.

In Portugal sieht die Lage nicht viel anders aus. Dort geht die Präsenz der Schwarzen auf koloniale Zeiten zurück. Bis 1836 war

Sklaverei in Portugal legal, sie wurde bis in die 1880er-Jahre hinein praktiziert. Zu Beginn der Kolonialzeit wurden etwa 150.000 Afrikaner als Sklaven nach Portugal gebracht – zu einer Zeit, als Portugal selbst nur eine Gesamtbevölkerung von etwa einer Million Menschen hatte. Nach historischen Berichten bildeten afrikanische Sklaven im 16. Jahrhundert zehn Prozent von Lissabons Gesamtbevölkerung. Die meisten afrikanischen Sklaven, die nach Portugal gebracht worden waren, integrierten sich allmählich in die Gemeinschaft der portugiesischen Staatsbürger.

Abstammung und Rasse statt Bindung und Solidarität

In den 1970er-Jahren, als Afrika unabhängig geworden war, zogen beinahe eine Million Afrikaner nach Portugal – einige von ihnen konnten ihre portugiesische Herkunft geltend machen, ein Anspruch, der von einer einfachen Tatsache gestützt wurde: ihrer weißen Hautfarbe. Die portugiesische Nationalversammlung änderte für diese weißen „Heimkehrer“ die Einbürgerungsgesetze – vom Kriterium Aufenthalt zum Kriterium Abstammung. Damit schlossen sie auch die Tür für alle Schwarzen, die für das portugiesische Kolonialunternehmen in Afrika gearbeitet und dieses unterstützt hatten und nicht länger dort bleiben konnten, nachdem Portugal den Unabhängigkeitskrieg verloren hatte. Wieder einmal siegten Abstammung und letztlich Rasse über staatsbürgerliche Bindung und Solidarität.

Die portugiesische Gesellschaft ist immer schon heterogen gewesen – obwohl es keine Daten darüber gibt, wie heterogen, da der portugiesische Staat dem französischen Modell folgt, zwischen seinen Bürgern nicht zu differenzieren. Städte wie Lissabon stüt-

zen sich gleichwohl auf eine signifikante Bevölkerung nicht weißer Bürger, die mit den mehrheitlich weißen Bürgern zur Schule gehen und miteinander um Jobs konkurrieren. Anstatt diese biologische Vielfalt anzuerkennen, die, es sei hier noch einmal gesagt, für eine Demokratie keine Rolle spielt, und Wege zu finden, gegen die sehr verbreiteten Diskriminierungen weißer Bürger gegen ihre schwarzen Mitbürger vorzugehen, zieht es der portugiesische Staat vor, die Existenz schwarzer portugiesischer Bürger einfach nicht wahrzuhaben und auf Portugals weißer Homogenität zu bestehen. Die weiße Hautfarbe wird hier zu einem Kapital, das europäische Zugehörigkeit symbolisiert – ein sehr erstrebenswertes Gut. Die Strategie, weiße Haut mit zivilisatorischem Fortschritt in Verbindung zu bringen, offenbart tief sitzende Vorurteile.

Die Herangehensweisen an Staatsbürgerschaft sind in Frankreich und Portugal ethnisch geprägt und somit rassistisch. Sie stützen sich auf das gleiche Klassifizierungssystem wie die Eugeniker vor etwa 100 Jahren, als sie Menschen in Weiße, Rote, Gelbe und Schwarze einteilten – und anschließend jeder Gruppe bestimmte Charakteristika zuschrieben.

Frankreich und Portugal bilden aber mit diesem Vorgehen sicherlich keine Ausnahmen, es entspricht der Regel. Nahezu alle EU-Mitgliedsstaaten haben ihre Art, Staatsangehörigkeit und Zugehörigkeit zu regulieren, verändert: vom einst dominierenden „*ius soli*“ (Geburtsortsprinzip) zum neuem „*ius sanguinis*“ (Abstammungsprinzip): von Boden zu Blut.

„Statt ein demokratisches Europa aufzubauen, konstruieren wir ein weißes Europa.“

Es ist nicht wichtig, was jemand denkt und welche Werte er vertritt. Das Privileg, ein Bürger zu sein, wird im heutigen Europa über Abstammung und damit über die Ethnie erteilt. Statt ein demokratisches Europa aufzubauen, konstruieren wir ein weißes Europa.

Bisher ist Europa ein ethnisches Projekt, kein Bürgerprojekt. Indem man Zugehörigkeit anhand von Ethnie und Abstammung definiert, wird es auch zu einem „Rassenprojekt“. Das heißt: Es schafft „Rasse“, indem es einige Menschen ausschließt und sie in die Kategorie der Ausgeschlossenen, der nicht Geachteten und nicht erwünschten Anderen zwingt. Ethnisch definierter Nationalismus ist in Europa zur Norm geworden.

Obwohl sein Aufkommen erklärt werden kann durch die späte Staatsbildung einiger EU-Mitgliedsländer, wie Deutschland, sind andere Staaten wie Frankreich oder Portugal vor Kurzem von den „*ius soli*“-Bestimmungen, die lange Zeit Eckpfeiler ihrer Demokratien waren, abgekommen (Portugal) oder haben deren Reichweite beschränkt (Frankreich). Die aktuelle Stärke des ethnischen Nationalismus muss deshalb als Ergebnis einer überlegten politischen Aktion gesehen werden, die darauf abzielte, die Regeln für Zugehörigkeit neu zu entwerfen.

Ethnischer Nationalismus grenzt Menschen nicht weißer Hautfarbe weiter ab, indem er sie als nicht zugehörig zur nationalen Gemeinschaft definiert; er verhindert zudem auch eine wahrhaft universale Staatsbürgerschaft und eine Demokratie mit starken zivilen, politischen und sozialen Komponenten. Die Hartnäckigkeit und das Wachstum des ethnischen Nationalismus ist die Wurzel vieler Probleme, mit denen ein zunehmend heterogenes Europa heute konfrontiert ist.

Dieses Problem wird weiter verkompliziert durch den beinahe ausschließlichen Fo-

kus auf die Bürgerrechte, wobei man aber die Pflichten und Verantwortlichkeiten vergisst. Ethnisch definierter Nationalismus, verbunden mit dem weit verbreiteten Glauben, dass Bürgerschaft eine Frage von Rechten – ohne Verantwortlichkeiten und Pflichten – sei, hat eine Situation geschaffen, in der weiße Europäer arrogant auf ihre „Rechte“ als Bürger bestehen, aber über ihre Verantwortung gegenüber nicht weißen Mitbürgern hinwegsehen.

Stattdessen gibt man Angehörigen von Minderheiten regelmäßig die Schuld an allen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Problemen, mit denen viele europäische Länder heute konfrontiert sind.

Der fehlende Fokus auf bürgerschaftliche Solidarität und auf eine bürgerschaftlich definierte europäische Mitgliedschaft ist, behaupte ich, auch ein zentraler Grund für die peinlichen Schwierigkeiten, die viele europäische Staaten und Gesellschaften im Umgang mit antidemokratischen Elementen in ihrer Mitte haben. Statt sich auf die demokratiefeindlichen Akteure als die Hauptschuldigen an Terror und Unsicherheit zu konzentrieren, wird die Schuld im Allgemeinen von staatsbürgerlichen auf kulturelle und ethnische Angelegenheiten gelenkt. So gibt man Religionen, Kulturen und ethnischen Gruppen unberechtigterweise die Schuld an kriminellen Akten und „Tendenzen“. Stereotype werden weiter bekräftigt. Ethnische Minderheiten sind Bürger zweiter Klasse geworden.

Ethnischer Nationalismus ist der Kern vieler Probleme heutiger europäischer Staaten und Gesellschaften. Statt Immigranten zu beschuldigen, sollten die EU-Mitgliedsstaaten die Demokratie zu ihrem Grundprinzip machen und die Mitgliedschaft abhängig von der Bereitschaft der Bürger, Demokratie aktiv zu unterstützen und zu verteidigen.

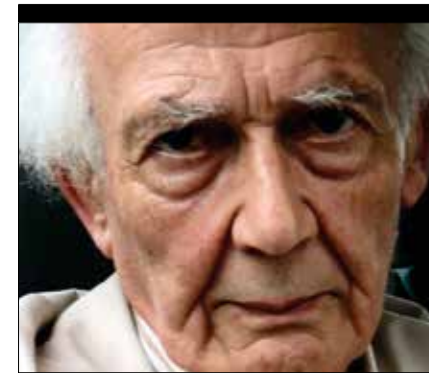
Dies würde beinhalten, sich stärker auf die Verantwortung des Bürgers zu besinnen.

Politische Eliten haben den Fokus erfolgreich auf Migranten und Ausländer gelenkt und ihnen die Schuld an den meisten sozialen Problemen in europäischen Gesellschaften gegeben. So vermeiden diese Eliten, selbst für Probleme beschuldigt zu werden, für die sie letztlich verantwortlich sind. Wissenschaftler, die sich in ihren Studien übermäßig auf Immigranten und Ausländer konzentrieren, tragen weiter zu einem hegemonialen Verständnis bei, der Nichtweiße zu Ausländern und Eindringlingen macht und damit politische Eliten in ihrem Taktieren unterstützt.

Wenn überhaupt, dann sollten Sozialwissenschaftler mehr Studien über scheiternde und unflexible Staaten hervorbringen, über ineffiziente Bürokratien und den Mangel an demokratischen Institutionen. Sie sollten zudem häufiger Ungerechtigkeiten und Probleme aufdecken, mit denen ein erheblicher Teil europäischer Bürger regelmäßig konfrontiert sind. Wenn sie dies tun würden, wären wir vielleicht in der Lage, die aktuelle Situation zu verbessern und stärker auf gerechte und inklusive Demokratien hinzuwirken. Womöglich wären diese auch wirtschaftlich effektiver.

Bernd Reiter ist Professor für Politikwissenschaften und Lateinamerikastudien an der Universität von Südflorida in Tampa. Seine Forschungen kreisen um die Themen Demokratie, Bürgerrechte, Partizipation, Zivilgesellschaft und Bildung.

Die Ausgegrenzten der Moderne Die Ghettos in Frankreich für Einwanderer, von denen man erwartete, dass sie binnen kurzem von etablierten städtischen Strukturen assimiliert würden, hatten ursprünglich den Charakter von Transitstationen. Sie verwandelten sich jedoch in „Ausschlussgebiete“, als der Arbeitsmarkt dereguliert war. Dann verdichteten sich die Ressentiments der etablierten Bevölkerung, so der 1925 geborene große Soziologe Zygmunt Bauman, zu einer undurchdringlichen Mauer, die die Neuankömmlinge ausschloss. *Von Zygmunt Bauman*



alstaat bot, und der raschen Deregulierung des Arbeitsmarktes hatten sich über einen längeren Zeitraum höchst brisante Sicherheitsprobleme angesammelt. Die Einwanderer gaben in ihrer neuen Rolle als „Gefahr für die allgemeine Sicherheit“ einen passenden alternativen Brennpunkt für die Besorgnisse ab, die sich aus der plötzlichen Wackeligkeit und Anfälligkeit sozialer Rangstufen entwickelten. So wurden sie zu einem vergleichsweise bequemen Ventil für die Entladung von Angst und Zorn, die solche Besorgnisse unweigerlich hervorbrachten.

Nach Einschätzung des deutschen Strafrechters und Kriminologen Hans-Jörg Albrechts ist hier nur die Verbindung zwischen Einwanderung und öffentlicher Besorgnis über die Zunahme an Gewalt und die allgemeine Sicherheit wirklich neu; ansonsten hat sich seit den Anfängen des modernen Staates nicht viel geändert – die folkloristischen Darstellungen von Teufeln und Dämonen, die einst die diffusen Sicherheitsbedenken der Menschen „aufsaugten“, seien zu „Gefahren“ und „Risiken“ umgestaltet worden.

Die Dämonisierung, so Albrecht, ist durch das Konzept und die Strategie der „allgemeinen Gefährdung“ (dangerisation) ersetzt worden. Politische Herrschaft ist deshalb auch teilweise vom abweichenden Anderen und der Mobilisierung von Sicherheitsbedürfnissen abhängig geworden. Politische Macht, ihre Errichtung wie auch ihre Bewahrung, hängen heute von sorgfältig ausgewählten Wahl-

Der französische Soziologe Philippe Robert fand im Rahmen seiner umfassenden Studie zur Genealogie moderner Ängste heraus, dass seit den frühen Jahren des 20. Jahrhunderts (das bedeutet zugleich: seit den frühen Jahren des Sozialstaates – was mehr als nur ein bloßer Zufall ist) die Ängste vor dem Verbrechen allmählich nachließen. Dieser Trend hielt über einen längeren Zeitraum an, bis es Mitte der Siebzigerjahre zu einer plötzlichen, eruptiven Panikreaktion in der Frage der „persönlichen Sicherheit“ kam, die sich in Frankreich auf das kriminelle Potenzial konzentrierte, das sich offensichtlich in den Vorortsiedlungen entwickelte, den banlieues, in denen vor allem Einwanderer lebten.

Nach Roberts Ansicht ging dort eine „Zeitbombe“ los: Mit dem langsamen, aber stetigen Abbau der Kollektivversicherung, die der Sozi-

kampftemen ab, wobei der Sicherheit (und dem Empfinden von Unsicherheit) herausragende Bedeutung zukommt.

Und Einwanderer, das soll hier festgehalten werden, erfüllen einen solchen Zweck besser als jede andere Kategorie echter oder vermeintlicher Schurken. Es besteht eine Art „Wahlverwandtschaft“ zwischen den Einwanderern (dem Menschen-Abfall aus fernen Winkeln des Planeten, der in „unserem Hinterhof“ abgeladen wurde) und den unerträglichsten unter unseren eigenen Ängsten aus heimischem Anbau.

Wenn alle Rangfolgen und sozialen Statuszuweisungen unsicher werden und nicht mehr als verlässlich gelten, streut der Anblick von Einwanderern Salz in die offene Wunde. Einwanderer, und ganz besonders die zuletzt Angekommenen unter ihnen, verströmen den schwachen Geruch der Müllhalde, der die potentiellen Opfer zunehmender Verwundbarkeit nachts auf vielerlei Art heimsucht. Die Einwanderer verkörpern – sichtbar, greifbar, körperlich fassbar – für diejenigen Menschen, die sie öffentlich herabsetzen und mit ihrem Haß verfolgen, die zwar unausgesprochene, aber dennoch schmerzhaft Vorahnung ihrer eigenen Entbehrlichkeit. Würden die Einwanderer nicht bereits an unsere Tür klopfen, so ist man versucht zu sagen, dann müssten sie erfunden werden ... Sie liefern den Regierungen ein ideales „abweichendes Anderes“, ein äußerst willkommenes Ziel für „sorgfältig ausgewählte Wahlkampfthemen“.

Die Regierungen mussten einen großen Teil ihrer hoheitlichen Vorrechte und Handlungsmöglichkeiten an die Kräfte der Globalisierung abtreten, denen sie nicht widerstehen und die sie auch nicht kontrollieren können; sie haben keine andere Wahl, als sich „sorgfältig“ diejenigen Ziele „auszuwählen“, derer sie (wahrnehmbar) Herr werden, auf die sie rhetorische Salven abfeuern und denen sie ihre

Muskeln zeigen können, während ihnen die dankbaren Untertanen dabei zuhören und zusehen.

Treib- und Strandgut der planetaren Ströme

Die Assoziation von Terroristen mit Asylbewerbern und „Wirtschaftsmigranten“ erfüllte ihren Zweck, so übergeneralisiert, ungerechtfertigt, ja sogar bizarr sie auch ausgefallen sein mochte: Die Gestalt des „Asylbewerbers“, die einst mitmenschliche Gefühle und große Hilfsbereitschaft auslöste, wurde mit Schmutz überzogen und verunglimpft, während der bloße Begriff des „Asyls“, einst eine Angelegenheit des zivilen und zivilisierten Stolzes, zu einer schrecklichen Mischung aus schmähhlicher Naivität und krimineller Verantwortunglosigkeit umdefiniert wurde. Die „Wirtschaftsmigranten“ verschwanden aus den Schlagzeilen und machten dort den finsternen, Gift brauenden und Krankheiten einschleppenden „Asylbewerbern“ Platz.

Dem Image der Ersteren nützte es auch nichts, dass sie, wie der niederländische Sicherheitsexperte Jelle van Buuren aufzeigte, all das verkörpern, was der vorherrschenden neoliberalen Gesinnung heilig ist und von dieser als Leitlinie gepriesen wird, die unser aller Verhalten bestimmen sollte (dazu gehören: „Streben nach Fortschritt und Wohlstand, Verantwortung des Einzelnen, Risikobereitschaft usw.“).

Das Treib- und Strandgut der planetaren Ströme menschlichen Abfalls konnte nun trotz aller Mühen die summarische Anklage, einer terroristischen Verschwörung anzugehören, nicht mehr abschütteln, die sich nun einmal mit „Leuten wie ihnen“ verband, denn die Anklage wegen „Schnorrrens“ und Festhaltens an böartigen und verrufenen Gewohnheiten und Überzeugungen bestand bereits. Dies ist die

neue Funktion der überflüssigen Existenzen und besonders derjenigen unter ihnen, die es bis an die Wohlstandsgestade geschafft haben.

Die Vorstellungen, die sich mit „Wirtschaftsmigranten“ und „Asylbewerbern“ verbinden, stehen jeweils für „nutzlose Menschen“. Es spielt keine Rolle, welche der beiden Begriffe benutzt wird, um Ablehnung und Zorn zu wecken, das Objekt der Ablehnung und das Ziel, gegen das sich der Zorn richtet, sind im wesentlichen identisch. Auch der Zweck der Übung bleibt unverändert: die vermoderten und zerfallenden Mauern, die den geheiligten Unterschied zwischen dem „Drinnen“ und dem „Draußen“ schützen, sollen verstärkt (gerettet? neu aufgerichtet?) werden, und dies in einer sich globalisierenden Welt, die Flüchtlingen wenig bis keinen Respekt erweist und sie routiniert missachtet.

Der einzige Unterschied zwischen beiden Arten „nutzloser Menschen“ ist der: Asylbewerber sind tendenziell das Produkt sukzessiv ablaufender Phasen Ordnung planenden und Ordnung schaffenden Eifers, Wirtschaftsmigranten dagegen ein Nebeneffekt ökonomischer Modernisierung, die, wie bereits erläutert, den ganzen Globus inzwischen vollständig erfasst hat. Der Ursprung beider Arten „menschlichen Abfalls“ ist gegenwärtig globaler Natur, doch es gibt keine global tätigen Institutionen, die willens und in der Lage wären, das Problem wirksam an der Wurzel zu bekämpfen – die geradezu wütende Suche nach lokal umsetzbaren Antworten auf das

„Wenn alle Rangfolgen und sozialen Statuszuweisungen unsicher werden und nicht mehr als verlässlich gelten, streut der Anblick von Einwanderern Salz in die offene Wunde.“

globale Abfallentsorgungs- und/oder Recycling-Problem kann deshalb kaum überraschen.

„Menschlicher Abfall“ kann noch eine weitere nützliche Funktion haben, damit sich in dieser Welt nichts ändern muss. Flüchtlinge, Heimatlose, Asylbewerber, Migranten, alle Menschen ohne Papiere – sie sind der Abfall der Globalisierung. Doch in unserer heutigen Zeit sind sie nicht der einzige „Abfall“, der in immer größeren Mengen anfällt. Es gibt auch noch den „traditionellen“ industriellen Abfall, der von Anfang an zur modernen Produktion gehörte. Seine Entsorgung ist keineswegs einfacher als die Entsorgung des menschlichen Abfalls, und die Probleme werden immer größer – aus den gleichen Gründen wie auf der menschlichen Seite: Sie begleiten den wirtschaftlichen Fortschritt, der sich bis in die letzten Ecken und Winkel dieses „vollen“ Planeten ausbreitet und dabei alle verbliebenen alternativen Lebensformen jenseits der Konsumgesellschaft niedertrampelt.

Konsumenten in einer Konsumgesellschaft – wie die Bewohner von Italo Calvinos Leonia – brauchen Müllmänner, viele Müllmänner, und zwar solche, die sich nicht scheuen, das in die Hand zu nehmen und abzuarbeiten, was bereits für den Abfallhaufen bestimmt ist. Doch die Konsumenten sind nicht gewillt, die Arbeit der Müllmänner selbst zu übernehmen. Schließlich sind sie dazu erzogen worden, die Dinge zu genießen, und nicht dazu, an ihnen zu leiden. Man hat sie dazu angehalten, jede Art von Langeweile, Plackerei und ödem Zeitvertreib zurückzuweisen. Man hat sie darauf gedrillt, Gerätschaften zu finden, die das für sie erledigen, was sie früher selbst erledigten. Sie sind auf eine Welt eingestellt, in der alles gebrauchsfertig ist, auf eine Welt der sofortigen Bedürfnisbefriedigung.

Das sind die Freuden, um die sich ein Konsumentenleben dreht. Das ist das Wesen des

Konsumismus – und dazu gehören ganz gewiss keine Tätigkeiten in schmutzigen, scheußlichen, ermüdenden oder schlicht langweiligen Jobs, die „keinen Spaß“ machen. Mit jedem neuen Triumph des Konsumismus wächst auch der Bedarf an Müllmännern, und die Zahl der Menschen, die in diesen Berufszweig einsteigen wollen, nimmt ab. Menschen, deren herkömmliche Art, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen, zwangsweise entwertet und auf die Streichliste gesetzt wurde; Menschen, die selbst schon dem Abfall zugeordnet wurden, können nicht wählerisch sein.

In ihren Träumen mögen sie sich selbst ein Leben als Konsumenten ausmalen, doch ihr Alltag wird von der Sorge ums physische Überleben bestimmt, nicht vom Schwelgen im Konsum. Die Bühne ist bereitet für die Begegnung der abgewiesenen Menschen mit den Hinterlassenschaften des Konsumrausches. Tatsächlich scheinen beide Seiten wie füreinander bestimmt ...

Hinter dem farbenfrohen Vorhang des freien Wettbewerbs und gleichberechtigten Handels wartet der homo hierarchicus. In der Kastengesellschaft konnten (und mussten) nur die Unberührbaren unberührbare Dinge in die Hand nehmen.

Abschottende Kontinente

In der Welt globaler Freiheit und Gleichheit sind Länder und ihre Menschen einer Kastenhierarchie zugeordnet. Nicht aller Industrie- und Haushaltsmüll kann an entlegene Orte transportiert werden, wo dann der „Menschenabfall“ für ein paar Cent den gefährlichen und schmutzigen Job der Müllentsorgung erledigen soll. Die unvermeidliche Begegnung zwischen materiellem und „menschlichem Abfall“ kann auch näher an der Heimat arrangiert werden.

Eine immer populärere Lösung ist nach der kanadischen Journalistin und Publizistin Naomi Klein das „mehrschichtige regionale Bollwerk“. (Bei diesem Konzept übernahm die Europäische Union eine Vorreiterrolle, doch die Vereinigten Staaten zogen rasch nach.)

„Ein Festungskontinent ist ein Bündnisblock von Ländern, die ihre Kräfte vereinigen, um anderen Ländern günstige Handelsbeziehungen abzutrotzen. Zugleich kontrollieren die Verbündeten ihre gemeinsame Außengrenze scharf, um die Menschen aus jenen Ländern fernzuhalten. Wenn ein Kontinent jedoch wirklich zur Festung werden will, muss er ein oder zwei arme Länder in seine Mauern aufnehmen, weil irgendjemand die Drecksarbeit übernehmen und die schweren Lasten tragen muss.“

Die Festung Amerika umfasst das North America Free Trade Agreement (NAFTA); um diese Freihandelszone zu schaffen, wurden Kanada und Mexiko in den US-Binnenmarkt aufgenommen. (Naomi Klein merkt hierzu an: „Nach dem Erdöl ist die Arbeitskraft der Einwanderer der Treibstoff des Wirtschaftslebens im Südwesten“ der USA.) Das Freihandelsabkommen wurde im Juli 2001 durch den „Plan Sur“ ergänzt, demzufolge die mexikanische Regierung die Verantwortung für die intensive polizeiliche Bewachung der Südgrenze übernimmt; auf diese Weise soll die Flut des verarmten menschlichen Abfalls, die aus den Ländern Lateinamerikas in die USA drängt, gestoppt werden.

Die mexikanische Polizei stellte seitdem Hunderttausende von Migrant*innen, nahm sie in Haft und schob sie ab, bevor sie die US-Grenze erreichten. Und was die Festung Europa betrifft: „Polen, Bulgarien, Ungarn und die Tschechische Republik sind die postmodernen Sklaven. Dort stehen die Niedriglohn-Fabriken, in denen Kleidung, Elektroartikel und Automobile für 20 bis 25 Prozent der

Produktionskosten in Westeuropa hergestellt werden.“

Innerhalb der Festungskontinente ist „eine neue soziale Hierarchie“ entstanden, im Bestreben, ein Gleichgewicht zwischen zwei krass einander widersprechenden, doch gleich wichtigen Zielen zu finden: Es geht um absolut dichte Grenzen bei gleichzeitigem Zugang zu billigen, anspruchslosen und willigen Arbeitskräften, die alles annehmen und tun, was ihnen angeboten wird; oder um Freihandel bei gleichzeitigem Nachgeben gegenüber Anti-Einwanderer-Stimmungen. „Wie bleibt man offen fürs Geschäft und zugleich geschlossen für Leute?“, fragt Klein. Und antwortet: „Das ist leicht. Zuerst erweitert man die Peripherie. Dann macht man dicht.“

Flüchtlinge und Einwanderer, die von „weither“ kommen, sich jedoch in der Nachbarschaft niederlassen wollen, eignen sich vorzüglich für die Rolle der Strohputze, die als Symbol für das Schreckgespenst der „globalen Marktkräfte“ verbrannt wird, denn sie treffen auf Furcht und Ablehnung, weil sie ihre Arbeit tun, ohne sich mit denen zu beraten, auf die sich ihre Präsenz auswirken wird. Asylbewerber und „Wirtschaftsmigrant*innen“ sind im Grunde kollektive Ebenbilder (ein Alter Ego? Mitläufer? Spiegelbilder? Karikaturen?)

„Ein Festungskontinent ist ein Bündnisblock von Ländern, die ihre Kräfte vereinigen, um anderen Ländern günstige Handelsbeziehungen abzutrotzen. Zugleich kontrollieren die Verbündeten ihre gemeinsame Außengrenze scharf, um die Menschen aus jenen Ländern fernzuhalten.“ Naomi Klein

der neuen Machtelite in einer globalisierten Welt, die allgemein (und zu Recht) als wahrer Schurke des Stückes verdächtigt wird.

Sie sind, ebenso wie diese Elite, nicht an einen bestimmten Ort gebunden, und sie sind unstat und unberechenbar. Und wie jene Elite verkörpern sie den unergründlichen „Raum der Ströme“, in dem sich die Wurzeln der heutigen Unsicherheit befinden, die die menschliche Gesellschaft prägt. Auf der Suche nach anderen, geeigneteren Ventilen reiben sich die Sorgen und Ängste an den verfügbaren Zielen und treten als allgemeine Ablehnung und Angst vor den „Fremden nebenan“ wieder ans Tageslicht. Die allgemeine Ungewissheit lässt sich nicht in einer direkten Konfrontation mit der anderen Verkörperung von Extraterritorialität entschärfen oder zerstreuen: Die globale Elite bewegt sich außerhalb der Reichweite menschlicher Kontrolle. Sie ist viel zu mächtig, um sich in direkter Konfrontation herausfordern zu lassen, selbst wenn ihr genauer Standort bekannt wäre (was nicht der Fall ist). Flüchtlinge sind dagegen ein klar erkennbares und unbewegtes Ziel für die unbewältigten Qualen.

Ich möchte hinzufügen, dass die „Etablierten“ allen Grund haben, sich bedroht zu fühlen, wenn sie mit einem Zustrom von „Außenseitern“ konfrontiert werden (um Norbert Elias' denkwürdige Begriffe zu zitieren), mit dem Abfall des weltweiten Triumphs der Moderne, aber auch mit einer neuen sich weltweit entwickelnden Unordnung. Zusätzlich zur Verkörperung des „großen Unbekannten“, das alle „Fremden in unserer Mitte“ darstellen, bringen diese besonderen Außenseiter, die Flüchtlinge, fernen Kriegslärm, den Gestank verbrannter Häuser und zerstörter Dörfer mit, der die Sesshaften unweigerlich daran erinnert, wie leicht der Kokon ihrer sicheren und vertrauten (sicheren, weil vertrauten) Gewohnheiten durchstoßen und zermalmt wer-



den kann und wie trügerisch die Sicherheit sein muss, die ihre Sesshaftigkeit bietet. Der Flüchtling, so drückte es Bertolt Brecht 1941 in seinem Gedicht „Die Landschaft des Exils“ aus, ist „ein Bote des Unglücks“.

Im Nachhinein können wir erkennen, dass es in der modernen Geschichte eine echte Wasserscheide gab, nämlich die Dekade, die die „glorreichen dreißig Jahre“ des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg, die Jahre der Sozialpartnerschaft und des developmentpolitischen Optimismus, der mit der Auflösung des Kolonialsystems und dem Aufblühen „neuer Nationen“ einherging, von der „schönen neuen Welt“ der aufgelösten oder löchrigten Grenzen, der Informationsflut und ungezügelter Globalisierung trennte; der Welt des Konsumrausches im wohlhabenden Norden und eines „sich intensivierenden Gefühls der Verzweiflung und des Ausgeschlossenenseins in einem großen Teil der übrigen Welt“, das aus „dem Spektakel des Reichtums auf der einen Seite und der bitteren Armut auf der anderen“ entstand, so der britische Soziologe Steward Hall. In jenem Jahrzehnt änderten sich die Rahmenbedingungen, unter denen sich Männer und Frauen den Herausforderungen des Lebens stellen müssen, ebenso unmerklich wie radikal. Bestehende Lebensweisen wurden entwertet und eine gründliche Revision und Überprüfung der persönlichen Lebenspläne war gefragt.

Regide Grenzen zwischen uns und ihnen

Ein schicksalhafter Aspekt des Umgestaltungsprozesses zeigte sich relativ früh, und er ist seitdem auch gründlich dokumentiert worden: der Übergang von einem „Sozialstaatsmodell“ einer alle Menschen umfassenden, inklusiven Gemeinschaft zu einem „das Strafrecht betonenden“, „mit Strafe drohenden“,

„das Verbrechen bekämpfenden“ und zum Ausschluss neigenden Staat.

Der dänische Migrationsexperte Ulf Hedtoft hält fest, dass „die Grenzen zwischen uns und ihnen gegenwärtig rigider“ als je zuvor gezogen werden. Zudem, dass die Grenzen sich zu so etwas wie „asymmetrischen Membranen“ entwickelt haben, die den Ausgang gestatten, aber „gegen den unerwünschten Eintritt von Elementen der anderen Seite“ schützen.

„Die Kontrollmaßnahmen an den äußeren Grenzen sind verschärft worden, aber, und das ist genauso wichtig, auch das Verfahren bei der Visumvergabe in den Auswanderungsländern im ‚Süden‘ wird strenger gehandhabt.“ Die Grenzen „haben sich ausdifferenziert, ebenso die Grenzkontrollen, die nicht mehr nur an den üblicherweise dafür vorgesehenen Orten stattfinden, [...] sondern auch in Flughäfen, Botschaften und Konsulaten, in Zentren für Asylbewerber und im virtuellen Raum, letzteres in Form intensiverer Zusammenarbeit zwischen Polizei und Einwanderungsbehörden in den verschiedenen Ländern.“

Waren Familien- und kommunale Betriebe einst in der Lage und auch willens, alle Neugeborenen aufzunehmen, ihnen Arbeit und Lebensunterhalt zu verschaffen und zumeist auch ihr Überleben zu sichern, sind sie nach der Kapitulation vor globalen Zwängen und der Öffnung des eigenen Territoriums für die ungehinderte Zirkulation von Kapital und Waren unrentabel geworden. Die Neulinge im Kreis der Modernen durchleben erst jetzt die Phase der Trennung des Erwerbslebens vom Familienhaushalt, die die Pioniere der Moderne schon vor Hunderten von Jahren durchgemacht haben, mit all den Begleitumständen sozialer Unruhe und menschlichen Elends, aber auch mit dem Luxus globaler Lösungen für lokal erzeugte Probleme – es gab eine Fülle „menschleerer Niemandsländer“,

die als bequeme Entsorgungsstätten für die überschüssige Bevölkerung dienten, die von einer Wirtschaft, die sich aus familiären und kommunalen Bindungen emanzipiert hatte, nicht mehr aufgenommen wurde; den Zuspätkommern steht diese Luxuslösung nicht mehr zur Verfügung.

Zu den „lokalen Lösungen für globale Probleme“, zu denen sich die „Zuspätkommer der Moderne“ gezwungen sehen oder die sie von selbst praktizieren, gehören Stammeskriege und Massaker sowie das verbreitete Wüten von „Guerillaarmeen“ (die sich häufig kaum von schlecht verkleideten Banditenhorden unterscheiden), die sich gegenseitig dezimieren und dabei auch den „Bevölkerungsüberschuss“ (zumeist die jungen Menschen, die im eigenen Land eine Chance auf Arbeit und eine lebenswerte Zukunft haben) aufnehmen und beseitigen. Das ist, kurz gesagt, „Nachbarschaftskolonialismus“ oder „Imperialismus des armen Mannes“.

Dabei werden Hunderttausende von Menschen aus ihren Häusern verjagt, ermordet oder, wenn sie das nackte Leben retten wollen, über die Landesgrenze getrieben. Der einzige blühende Industriezweig in den Heimatländern dieser Verspäteten (die zur Ablenkung und Täuschung als „Entwicklungsländer“ bezeichnet werden) ist möglicherweise die massenhafte Produktion von Flüchtlingen. Es sind die in immer größerer Zahl auftretenden Produkte dieser Industrie, die der britische Premierminister „in der Nähe ihrer Heimatländer“ untergebracht sehen will, in provisorischen, doch zugleich auf einen langen Zeitraum an-

„Der einzige blühende Industriezweig in den Heimatländern dieser Verspäteten ist möglicherweise die massenhafte Produktion von Flüchtlingen.“

gelegten Lagern (die zur Ablenkung und Täuschung als „sichere Zufluchtsorte“ bezeichnet werden); so werden dann die ohnehin bereits nicht mehr zu bewältigenden Probleme, die die unmittelbaren Nachbarn mit der „überschüssigen Bevölkerung“ haben, weiter verschlimmert – und diese Nachbarn betreiben bereits, wohl oder übel, eine ähnliche Industrie.

Das Ziel besteht darin, „lokal erzeugte Probleme“ im lokalen Bereich zu halten und dabei alle Versuche der Verspäteten, dem Beispiel der Pioniere der Moderne zu folgen, in dem sie globale (und damit die einzig effektiven) Lösungen für lokal erzeugte Probleme anstreben, im Keim zu ersticken.

Die Bemühungen, den Andrang von „Wirtschaftsmigranten“ aufzuhalten, sind jedoch, bei aller Ernsthaftigkeit, nicht hundertprozentig erfolgreich, können es vielleicht auch gar nicht sein. Anhaltendes Elend lässt Millionen Menschen verzweifeln, und in der Ära des „globalen Grenzlandes“ und der globalisierten Kriminalität kann man kaum erwarten, dass es an „Unternehmen“ mangelt, die aus dieser Verzweiflung Kapital schlagen wollen, ein paar Dollar, vielleicht auch ein paar Millionen Dollar.

Daraus ergibt sich die zweite ernstzunehmende Konsequenz des gegenwärtigen Umwandlungsprozesses: Millionen von Migranten, die sich auf den Routen bewegen, die einst die aus den Treibhäusern der Moderne entlassene „Überschussbevölkerung“ nahm – diesmal in umgekehrter Richtung und ohne Unterstützung (bisher jedenfalls) durch die Armeen der Konquistatoren, Händler und Missionare. Das ganze Ausmaß dieser Konsequenz und ihrer vielfältigen Auswirkungen muss erst noch entschlüsselt und in all seinen Verästelungen analysiert werden.

Vor einigen Jahren wurde am High Court in London ein Fall verhandelt, bei dem es um die Rechtmäßigkeit der Behandlung von sechs

Asylbewerbern ging, die vor Regimen geflohen waren, die offiziell als „böse“ bezeichnet wurden und/oder regelmäßig die Menschenrechte verletzen oder ignorierten, wie zum Beispiel der Irak, Angola, Ruanda, Äthiopien und der Iran. Der Kronanwalt Keir Starmer trug dem Richter, Mr Justice Collins, vor, die in Großbritannien jüngst eingeführten Bestimmungen hätten Hunderte von Asylbewerbern „so mittellos gemacht, dass sie ihren Fall nicht mehr weiterbetreiben konnten“.

Sie schliefen unter freiem Himmel, froren, waren hungrig, verängstigt und krank; einigen „blieben nur noch Telefonzellen und Parkplätze als Lebensraum“. Sie erhielten „weder Geld noch Unterkunft noch Nahrung“ und durften keine bezahlte Arbeit annehmen, waren aber zugleich von jeglichen Sozialleistungen ausgeschlossen. Und sie hatten keinerlei Einfluss darauf, wann und wo ihr Asylantrag behandelt wurde oder ob dies überhaupt geschah. Eine Frau, die nach mehrfacher Vergewaltigung und Misshandlung aus Ruanda entkommen war, musste auf einer Polizeiwache im Londoner Stadtteil Croydon die Nacht auf einem Stuhl verbringen – unter der Bedingung, dass sie nicht einschlief. Ein Mann aus Angola, der seinen erschossenen Vater und seine mehrfach vergewaltigte, nackte Mutter und Schwester vorgefunden hatte, erhielt keinerlei Unterstützung und schlief unter freiem Himmel.

Die Zahl der heimat- und staatenlosen Opfer der Globalisierung wächst zu schnell, um mit den Planungen und Baumaßnahmen für neue Lager nachzukommen. Die Deregulierung von Kriegen ist eine der bedrohlichsten Auswirkungen der Globalisierung. Die meisten kriegsähnlichen Handlungen, zugleich auch die grausamsten und blutigsten Taten, die in diese Kategorie fallen, werden heute von nichtstaatlichen Vereinigungen ausgeführt, die weder staatlichen Gesetzen noch internationalen Konventionen unterworfen sind.

Sie sind zugleich Ergebnis und Begleiterscheinung wie auch eine machtvolle Ursache der beständigen Erosion staatlicher Souveränität und fortdauernder Grenzland-Bedingungen im „zwischenstaatlichen“ globalen Raum. Antagonismen zwischen verschiedenen Volksgruppen brechen offen aus, weil die Hand des Staates schwächer wird oder, im Fall „neuer Staaten“, diese Hand nie genug Zeit bekam, um kräftig zu werden; sobald die Antagonismen nicht mehr im Zaum gehalten werden, sind die noch im Entstehen begriffenen ebenso wie die vom Staat bereits verabschiedeten Gesetze nicht mehr durchsetzbar und praktisch null und nichtig.

Die gesamte Bevölkerung findet sich dann in einem rechtlosen Raum wieder; derjenige Teil, der sich für die Flucht vom Schlachtfeld entscheidet und es tatsächlich schafft zu entkommen, gerät in eine andere Art von Gesetzlosigkeit – die des globalen Grenzlandes.

Sind die Flüchtlinge erst einmal jenseits der Grenzen ihres Heimatlandes, fehlt ihnen der Rückhalt durch eine anerkannte Staatsmacht, die ihnen Schutz gewährt, ihre Rechte verteidigt und sich bei fremden Regierungen für sie verwenden könnte. Flüchtlinge sind staatenlos, und dies in einem neuen Sinn: Durch das Fehlen einer staatlichen Autorität, auf die sich ihre staatliche Zugehörigkeit beziehen könnte,

„Die meisten kriegsähnlichen Handlungen, zugleich auch die grausamsten und blutigsten Taten, die in diese Kategorie fallen, werden heute von nichtstaatlichen Vereinigungen ausgeführt, die weder staatlichen Gesetzen noch internationalen Konventionen unterworfen sind.“

ist ihre Staatenlosigkeit auf ein ganz neues Niveau gehoben worden. Sie bewegen sich, so hat es der französische Anthropologe Michel Agier einmal formuliert, „hors du nomos“, außerhalb des Gesetzes; nicht außerhalb dieses oder jenes Gesetzes des einen oder anderen Staates, sondern außerhalb jeglichen Gesetzes.

Sie sind eine neue Art von Ausgestoßenen und Gesetzlosen, Produkte der Globalisierung und Inbegriff und vollkommene Verkörperung von deren Grenzland-Lebensgefühl. Sie sind nach Agier in einen Zustand der „Schwelen-Drift“ versetzt worden und haben keine Ahnung, ob dieser nur vorübergehend oder von Dauer ist.

Selbst wenn sie sich vorübergehend an einem bestimmten Ort aufhalten, sind sie dabei auf einer Reise, die nie zu Ende gehen wird, denn ihr Zielort (für Ankunft oder Rückkehr) bleibt für immer unbestimmt, während ihnen der Zugang zu einem Ort, den sie „endgültig“ nennen könnten, für immer unerreichbar bleibt. Das zermürbende Gefühl, sich an jedem ihrer Wohnorte im Übergang, in der Unbestimmtheit und in einem Provisorium zu befinden, wird sie niemals loslassen.

Die Not der palästinensischen Flüchtlinge, von denen viele seit mehr als fünfzig Jahren noch niemals ein Leben außerhalb der hastig errichteten Lager kennengelernt haben, ist sehr gut dokumentiert. Die Globalisierung fordert ihren Preis und neue (weniger berüchtigte und weitgehend unbemerkte oder vergessene) Lager entstehen in großer Zahl rings um die Krisenherde.

Schon auf dem Weg in diese Lager wird den künftigen Bewohnern alles genommen, was ihre Identität ausmacht, mit einer Ausnahme: der Eigenschaft des staatenlosen, heimatlosen, funktionslosen Flüchtlings. Innerhalb der Lagerzäune werden sie in eine gesichtslose Masse verwandelt, der jeglicher Zugang zu den einfachsten Einrichtungen verwehrt ist,

die identätsbildend wirken, genau wie das gewöhnliche Garn der Geschichten, die zu einer Identität gehören.

Flüchtlinge, der „menschliche Abfall“ des globalen Grenzlandes, sind die Verkörperung des Außenseitertums, die absoluten Außenseiter, die überall Außenseiter und fehl am Platz sind, mit Ausnahme der Orte, die ihrerseits fehl am Platz sind – die „Niemandsländer“, die auf den Reisekarten normaler Menschen gar nicht verzeichnet sind. Wer einmal draußen ist, bleibt es auf unbestimmte Zeit; ein Sicherheitszaun mit Wachtürmen ist die einzige erforderliche Vorrichtung, um das auf „unbestimmte Zeit“ angelegte Deplaziertsein zu verewigen.

Anders steht es dagegen um die „überflüssigen Menschen“, die bereits „drinnen“ sind und dort auch bleiben werden, denn die neuartige Überfüllung des Planeten verhindert ihren territorialen Ausschluss. Es fehlt an unbewohnten Orten, an die man sie deportieren könnte, und die Orte, an die sie freiwillig reisen würden, um dort ihren Lebensunterhalt zu finden, bleiben ihnen verschlossen.

Deshalb müssen jetzt in der Gegend, die sie überzählig gemacht hat, „Müllplätze“ ausgewiesen werden. Solche Orte gibt es in allen, zumindest in den meisten großen Städten. Es sind städtische Ghettos, die, ob sie nun einen Namen tragen oder nicht, uralte Institutionen sind.

Die herkömmlichen Ghettos mochten geschlossene Gebiete gewesen sein, umgeben von (auch bei immaterieller Beschaffenheit) unüberwindlichen Barrieren physischer und sozialer Art, mit wenigen verbliebenen, äußerst schwer zu passierenden Ausgängen; sie mochten Instrumente der Klassen- und Kastentrennung gewesen sein und ihre Bewohner mit dem Stigma der Minderwertigkeit und der Ablehnung durch die Gesellschaft gezeichnet haben. Und doch waren sie – im Unter-

schied zu den „Hyperghettos“, die sich aus diesen Stadtvierteln entwickelten und Ende des vergangenen Jahrhunderts deren Platz einnahmen – keine Abladeplätze für den überschüssigen, überflüssigen, für das Erwerbsleben untauglichen und funktionslosen Teil der Bevölkerung.

Verknastung des öffentlichen Wohnungsbaus

Das neue Ghetto dient, anders als sein klassischer Vorgänger, in den Worten des französischen Soziologen Loïc Wacquant „nicht als Reservoir für frei verfügbare Industriearbeitskräfte, sondern als reiner Abladeplatz [für diejenigen Menschen, für die] die Gesellschaft draußen keine wirtschaftliche oder politische Verwendung hat“. Den Ghettabwohnern gelingt es nicht aus eigener Kraft, neue Verwendungsweisen in Wirtschaft oder Politik zu entwickeln, die als Ersatz für die Aufgaben dienen könnten, die ihnen der größere Teil der Gesellschaft verweigert. – Sie sind von ihren eigenen Mittelschichten im Stich gelassen worden, die sich nicht mehr ausschließlich auf die schwarze Klientel verlassen wollten und es statt dessen vorzogen, sich in die sichereren freiwilligen Ghettos der „gated communities“ einzukaufen, der befestigten Enklaven mit bewachtem Zugang. „Das Ghetto in seiner klassischen Form“, so Wacquant, „diente teilweise auch als Schutzschild gegen brutalen rassistischen Ausschluss, doch das Hyperghetto hat diese positive Funktion als kollektiver Puffer eingebüßt und ist dadurch zur tödlichen Maschinerie für den unverhüllten Ausschluss aus der Gesellschaft geworden.

Mit anderen Worten: Das amerikanische Schwarzenghetto hat sich schlicht und einfach in einen praktisch nur diesem einen Zweck dienenden „Müllabladepplatz“ verwandelt.

Wacquant verzeichnet eine Reihe von parallelen und wechselseitig koordinierten Prozessen, die die amerikanischen Schwarzenghettos dem Modell gefängnisartiger „totaler Institutionen“ stetig näherbringen: eine „Verknastung“ des öffentlichen Wohnungsbaus, der immer mehr an Haftanstalten erinnert, mit neuen „Bauvorhaben“, die eingezäunt sind und deren Umfeld durch verstärkte Sicherheitspatrouillen und autoritäre Kontrollen geprägt wird. Und dann die Umwandlung vom Staat unterhaltener Schulen in Institutionen der, deren oberste Ziele nicht Erziehung und Bildung, sondern Überwachung und Kontrolle lauten.

In den Ghettos anderer Teile der Welt, besonders in den Ghettos, die in den vielen europäischen Städten mit einem großen Anteil von Einwanderern entstehen, ist ein ähnlicher Umwandlungsprozess wohl schon recht weit fortgeschritten, aber noch nicht abgeschlossen. Rassistisch oder ethnisch klar abgrenzbare städtische Ghettos sind in Europa nach wie vor sehr selten.

Außerdem sind die erst vor kurzem oder vor relativ kurzer Zeit ins Land gekommenen Einwanderer, die solche Viertel bewohnen, im Unterschied zu den amerikanischen Schwarzen kein im Inland produzierter, sondern „importierter Abfall“ aus anderen Ländern, bei dem noch Hoffnung auf Recycling besteht. Die Frage, ob ein solches „Recycling“ möglich ist oder nicht, ob also das Verdikt, mit dem diese Menschen dem „Abfall“ zugeordnet werden, endgültig und allgemein verbindlich ist, bleibt weiterhin offen. Diese städtischen Ghettos, soviel kann man sagen, bleiben „Zwischenstationen“ und der Verkehr rollt in beide Richtungen. Ihre provisorischen, nicht festgeschriebenen, unzureichend definierten Strukturen sind auch die Quelle und das Ziel der akuten Spannungen, die sich täglich in Spähtruppgefechten und Grenzzusammenstößen entladen.

Es ist jedoch nicht ausgemacht, dass die-

se Mehrdeutigkeit, die die europäischen Einwandererghettos mit ihrer eindeutig stärker gemischten Bevölkerung von den amerikanischen „Hyperghettos“ unterscheidet, von Dauer sein wird. Der bereits erwähnte französische Soziologe Philippe Robert wies nach, dass städtische Ghettos in Frankreich für Neueinwanderer, von denen man erwartete, dass sie binnen kurzem von etablierten städtischen Strukturen assimiliert und aufgenommen wurden, ursprünglich den Charakter von Transit- oder Durchgangsstationen hatten, sich jedoch in dem Moment in „Ausschlussgebiete“ verwandelten, als der Arbeitsmarkt dereguliert war, die Arbeit unsicher und unbeständig und die Arbeitslosigkeit ein Dauerphänomen wurde.

In dem Moment verdichteten sich die Ressentiments und die Feindseligkeit der etablierten Bevölkerung zu einer quasi undurchdringlichen Mauer, mit der die zu Außenseitern gewordenen Neuankömmlinge ausgeschlossen wurden. Die in sozialer Hinsicht ohnehin bereits herabgestuften quartiers, die von der Kommunikation mit anderen Stadtteilen abgeschnitten blieben, waren jetzt „die einzigen Orte, an denen sich [die Einwanderer] ‚chez soi‘ fühlen konnten, geschützt vor den boshaften Blicken der übrigen Bevölkerung“, so Robert.

Die Soziologenkollegen Hughes Lagrange und Thierry Pech merken in diesem Zusammenhang an, dass der Staat, sobald er die

„Ihre provisorischen, nicht festgeschriebenen, unzureichend definierten Strukturen sind auch die Quelle und das Ziel der akuten Spannungen, die sich täglich in Spähtruppgefechten und Grenzzusammenstößen entladen.“

meisten seiner wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben aufgegeben hatte, eine „Politik der Sicherheit“ (konkreter: der persönlichen Sicherheit) als zentrales Thema seiner Strategie wählte, die auf das Wiedererlangen verlorener Autorität und die Wiederherstellung seiner in den Augen der Bürgerschaft wichtigen Schutzfunktion ausgerichtet war, und in der Folge war es der Zustrom von Neuankömmlingen, der direkt oder indirekt für die zunehmende Unruhe und die diffusen Ängste verantwortlich gemacht wurde, die von einem immer unsicherer werdenden Arbeitsmarkt ausgingen.

Die Einwandererviertel wurden als Brutstätten der Kleinkriminalität, der Bettelei und Prostitution dargestellt, die, so die Anschuldigung, eine wichtige Ursache der ständig zunehmenden Ängste „einfacher Bürger“ seien. Der Staat ließ unter dem Beifall seiner Bürger, die verzweifelt nach den Ursachen für ihre lähmenden Ängste suchten, seine Muskeln spielen, ganz gleich, wie schwach und träge er in allen anderen Bereichen agierte, und kriminalisierte in aller Öffentlichkeit die marginalisierten Teile der Bevölkerung, die unter den anfälligsten und unsichersten Umständen lebten; er entwickelte immer noch strengere und schärfere Konzepte einer Politik der „harten Hand“ und führte spektakuläre Kampagnen zur Verbrechensbekämpfung, die sich auf den menschlichen Abfall ausländischer Herkunft konzentrierten, wie er in den Vororten französischer Großstädte abgeladen worden war.

Der Sozialstaat wird nach und nach, ebenso unablässig wie konsequent umgewandelt in einen Staat, der zunehmend die Interessen globaler, transnational operierender Unternehmen schützt. Vorhandene Probleme wie knapper Wohnraum, hohe Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, herumlungernde Jugendbanden und verbreitetem Drogenmissbrauch werden ignoriert, und zwar zugunsten von po-

litischen Konzepten, die auf Disziplin, Eindämmung und Kontrolle setzen. Die unmittelbare Nachbarschaft zu großen und weiter anwachsenden Zusammenballungen „nutzloser Menschen“ verlangt, sobald es so aussieht, als sei sie von Dauer, nach einer Politik der strikten Trennung und außergewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen, damit die „Gesundheit der Gesellschaft“ und das „reibungslose Funktionieren“ des Sozialsystems nicht in Gefahr geraten.

Die allseits bekannten Aufgaben der „Spannungsbewältigung“ und „Bewahrung von Strukturen“, die jedes soziale System nach dem US-Soziologen Talcott Parsons meistern muss, um überleben zu können, beschränken sich gegenwärtig nahezu ausschließlich auf die strikte Trennung des „menschlichen Abfalls“ vom Rest der Gesellschaft, auf seine Herausnahme aus dem rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen der Rest der Gesellschaft seinen Lebenszielen nachgeht, und auf seine „Neutralisierung“. „Menschlicher Abfall“ kann heute nicht mehr auf ferne Müllplätze geschafft und auf diese Weise zuverlässig aus dem „normalen Leben“ herausgehalten werden. Deshalb muss dieser Abfall in fest verschlossenen Containern isoliert werden.

„Nutzlose Menschen“

Das System des Strafvollzugs liefert solche Container. Im günstigsten Fall kommt es noch zu gelegentlichen Lippenbekenntnissen hinsichtlich „Rehabilitation“, „Besserung“, „Umerziehung“ und geplanter Rückführung der versprengten Schafe zur Herde, und wenn es zu solchen Bekenntnissen kommt, kontert umgehend ein zorniger Chor mit dem Schrei nach Blut.

Die führenden Boulevardblätter dirigieren ihn, und die führenden Politiker singen

Soloparts. Der Haupt-, vielleicht der einzige Zweck von Gefängnissen ist, um es deutlich zu sagen, nicht irgendeine Art der „Menschenentsorgung“, sondern eine endgültige, definitive „Entsorgung“. Einmal zurückgewiesen, für immer zurückgewiesen.

Für einen ehemaligen Gefangenen, ob nun auf Hafturlaub oder auf Bewährung draußen, ist eine Rückkehr in die Gesellschaft nahezu unmöglich und eine Rückkehr ins Gefängnis nahezu sicher. Die Aufgabe der Bewährungshelfer besteht nicht darin, die Gefangenen, die ihre Haftzeit abgesessen haben, anzuleiten und ihnen den Weg „zurück in die Gemeinschaft“ zu ebnet; vielmehr sollen sie diese Gemeinschaft vor der ewigen, zeitweilig auf freien Fuß gesetzten Gefahr beschützen. Kurz und knapp: Die Gefängnisse haben sich, wie so viele andere soziale Institutionen auch, vom Recycling gelöst und auf die Abfallentsorgung verlegt.

Die dringendste Anforderung, der sich jede Regierung zu stellen hat, die den Abbau und das Hinscheiden des Sozialstaates verwaltet, besteht deshalb im Finden oder Erfinden einer neuen „Legitimationsformel“, mit der sich die Durchsetzung staatlicher Autorität und die Forderung nach Disziplin begründen lassen. Staatsregierungen können keinen glaubwürdigen Schutz mehr bieten, wenn die Menschen als Kollaterallverluste des wirtschaftlichen Fortschritts, der nun in den Händen freischweifender globaler ökonomischer Kräfte ist, unter die Räder kommen. Doch sie können die Sorgen um die persönliche Sicherheit verstärken, die sich mit ähnlich freischweifenden terroristischen Verschwörern verbinden; sie können dann mehr Sicherheitsleute versprechen, ein dichteres Netz von Röntgenmaschinen und ein weiter reichendes System von Überwachungskameras, häufigere Kontrollen, mehr vorbeugende Zugriffe und mehr Vorbeugehaft zum Schutz der Bürger. So sieht die zweckdienliche Alternative aus.

Die Mentalität einer „belagerten Festung“, der körperlichen Bedrohung und des gefährdeten Privatbesitzes muss aktiv kultiviert werden, als Kontrast zur allzu greifbaren und täglich erfahrenen Unsicherheit, die die Märkte entstehen lassen, die ihrerseits auf Hilfe aus der Politik nicht angewiesen sind und stattdessen gern alleingelassen werden. Die Bedrohungen müssen in den düstersten Farben gemalt werden, sodass ihr Nichtwahrwerden der verängstigten Öffentlichkeit noch eher als außergewöhnliches Ereignis präsentiert werden kann als das Eintreten der vorweggenommenen Apokalypse.

Ein günstiger Ausgang ist dann vor allem auf das außerordentliche Können, die Wachsamkeit, Sorgfalt und den guten Willen der staatlichen Organe zurückzuführen. Und so geschieht es auch, und zwar mit spektakulären Auswirkungen. Die CIA und das FBI warnen aber einmal pro Woche vor bevorstehenden Anschlägen auf ihre Sicherheit, versetzen sie damit in einen permanenten Alarmzustand und halten sie darin auch dauerhaft, indem sie die persönliche Sicherheit konstant in den Brennpunkt ebenso unterschiedlicher wie diffuser Anspannungen rücken.

„Die Mentalität einer ‚belagerten Festung‘, der körperlichen Bedrohung und des gefährdeten Privatbesitzes muss aktiv kultiviert werden, als Kontrast zur allzu greifbaren und täglich erfahrenen Unsicherheit, die die Märkte entstehen lassen, die ihrerseits auf Hilfe aus der Politik nicht angewiesen sind und stattdessen gern alleingelassen werden.“

Andere Regierungen, die die Beerdigung des Sozialstaats verwalten, imitieren diese Strategie eifrig, wenngleich mit etwas weniger Leidenschaft (das ist wohl eher auf Geldmangel als auf mangelnden Willen zurückzuführen). Ein neues öffentliches Verlangen nach einem starken Staat, der in der Lage ist, die schwindenden Hoffnungen auf Schutz gegen die Einsortierung zum Abfall wiederaufleben zu lassen, gründet sich auf persönliche Verwundbarkeit und persönliches Sicherheitsbedürfnis, nicht auf soziale Unsicherheit und soziales Schutzbedürfnis.

Dazu gehören zum Beispiel das Einsperren von „Ausländern“ (die euphemistisch als „Asylbewerber“ bezeichnet werden) in Lager, die unhinterfragte Priorität von „Sicherheitsabwägungen“ über Menschenrechte, die Abschaffung oder das Außerkraftsetzen einer Vielzahl von Menschenrechten, die seit der Zeit der Magna Carta und der Habeas-Corpus-Akte gültig waren, eine „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber angeblichen „Kriminellen in der Entwicklungsphase“ sowie regelmäßige wiederholte Warnungen, dass einige Terroristen irgendwo und irgendwann ganz gewiss zuschlagen werden. Wir alle sind potenzielle Kandidaten für die Rolle der „Kollaterallverluste“ in einem Krieg, den wir nicht erklärt und dem wir auch nicht zugestimmt haben. Die Mächtigen hoffen, dass die herkömmlichen Ängste vor sozialer Marginalisierung ganz klein erscheinen, vielleicht sogar zum Schlafen gebracht werden, wenn sie mit jener als sehr viel unmittelbarer und dramatischer eingehämmerten Bedrohung verglichen werden.

Die neuen Ängste wirken auch zerstörerisch auf das Vertrauen ein, das Bindemittel jeglichen menschlichen Zusammenseins. Schon Epikur schrieb (im Brief an Menoikeus), dass „es nicht so sehr die Hilfe unserer Freunde ist, die uns hilft, sondern das sichere Wissen,

dass sie uns helfen werden“. Ohne Vertrauen zerfällt das Netz der menschlichen Bindungen, und die Welt wird zu einem noch gefährlicheren und noch mehr Furcht einflößenden Ort. Die Ängste, die von der Grenzlandvariante des Abfalls erzeugt werden, neigen zur Selbstreproduktion, Selbstbegründung und Selbstvergrößerung. Vertrauen wird durch allumfassendes Misstrauen ersetzt. Alle Bindungen gelten als unzuverlässig, nicht vertrauenswürdig, mit Fallen und Hinterhalten verbunden – bis zum Beweis des Gegenteils, fehlt es jedoch an Vertrauen, dann ist schon der bloße Gedanke an einen „Beweis“, geschweige denn an einen endgültigen und abschließenden Beweis, alles andere als klar und überzeugend.

Wie würde ein wirklich glaubwürdiger Beweis denn aussehen? Man würde ihn nicht (an)erkennen, wenn man ihn zu Gesicht bekäme, selbst bei einer direkten Konfrontation würde man nicht glauben, dass er tatsächlich sei, was zu sein er vorgibt. Deshalb muss das Anerkennen eines Beweises auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die Bemühungen um das Anknüpfen und Festigen von Bindungen entwickeln sich zu einer endlosen Abfolge von Experimenten. Menschliche Bündnisse, Verpflichtungen und Bindungen entwickeln kaum noch eine solche Festigkeit, dass man sie für ganz und gar verlässlich erklären kann, denn sie sind experimentell, „auf Probe“ akzeptiert und stets von der Einstellung „Lasst uns abwarten und sehen, wie es funktioniert“ geprägt. Aus dem Misstrauen geboren, erzeugen sie weiteres Misstrauen.

Verpflichtungen (Arbeitsverträge, Ehebündnisse, Übereinkünfte zum „Zusammenleben“) werden mit einer „Kündigungsoption“ im Hinterkopf eingegangen; ihr Wert und der Grad ihrer Erwünschtheit bemisst sich nach der Solidität ihrer „Ausstiegsklauseln“. Mit anderen Worten: Es ist von Anfang an klar, dass ihr letzter Bestimmungsort tatsächlich

ein „Müllplatz“ ist, so wie es sein sollte und unweigerlich kommen wird. Verpflichtungen werden vom Augenblick ihres Entstehens an als potenzieller „Abfall“ betrachtet und so auch behandelt. Brüchigkeit (nach Art des biologischen Abbaus) gilt deshalb als ihr Vorteil. Dabei wird leicht vergessen, dass die Verpflichtungen, die zu stabilen Bindungen führen, zuallererst angestrebt wurden und immer noch angestrebt werden, um der unfassbaren, grauerregenden Zerbrechlichkeit der menschlichen Existenz ein Ende zu bereiten ...

Des Vertrauens beraubt und von Misstrauen erfüllt, ist das Leben mit Widersprüchen und Mehrdeutigkeiten durchschossen, die es nicht auflösen kann. In der Hoffnung, unter dem Zeichen des „Abfalls“ weiterzukommen, taumelt es von Enttäuschung zu Frustration, und jedes Mal landet es genau an dem Punkt, dem es zu Beginn der Erkundungsreise zu entkommen hoffte. Ein in diesem Stil gelebtes Leben lässt eine ganze Reihe unerfüllter und aufgegebenen Beziehungen hinter sich – den „Abfall“ der globalen Grenzland-Lebensweise, die dafür bekannt ist, dass sie Vertrauen als Zeichen von Naivität und als Falle für die Einfallslosen und Leichtgläubigen umdeutet.

Zygmunt Bauman, geboren 1925 in Posen, Polen, ist Professor emeritus für Soziologie an der Universität Leeds. 1992 erhielt er den Amalfi-Preis für Soziologie, 1998 wurde er mit dem Theodor-W.-Adorno-Preis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet, 2014 für ein „hervorragendes wissenschaftliches Lebenswerk“ mit dem Preis der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DSG). Dieser Text geht auf sein Buch „Verworfenes Leben – Die Ausgegrenzten der Moderne“ zurück, das in der Hamburger Edition des Instituts für Sozialforschung erschienen ist.

Menschenrechte und die Kritik der „Humanitären Vernunft“ Asylbewerber, Staatenlose und Flüchtlinge sind zu Metaphern wie auch Symptomen einer viel tiefer greifenden Malaise der politischen Moderne geworden. Umso wichtiger ist es, den moralischen und rechtlichen Kosmopolitismus zu verteidigen, dass wir jeden Menschen qua Menschen – und nicht allein in seiner Rolle als Staatsbürger – als Rechtsperson betrachten, die einen Anspruch auf elementare Menschenrechte besitzt. *Von Seyla Benhabib*



Am 16. Februar letzten Jahres erschien im „New York Times Magazine“ ein Artikel unter der Überschrift „Container City“. „Container City“ bezieht sich auf das Flüchtlingslager Kilis in der südlichen Türkei, in dem 14.000 Flüchtlinge aus Syrien untergebracht sind. Geschützt durch hohe Zäune und umgeben von Stacheldraht, sieht Kilis von außen wie die meisten Flüchtlingslager auf der ganzen Welt aus – nahezu nicht zu unterscheiden von Gefängnissen oder Haftanstalten. Die Bewohner von Kilis leben in 2.053 streng nebeneinander aufgereihten, identischen Containern. Die Fotos, die dem Artikel beigefügt sind, erinnern an Spaliere aus Frachtcontainern in einem Hafen. Jeder Container misst sieben mal drei Meter, die in drei Räume unterteilt sind. Ein Farbfernseher zeigt

nahezu tausend Kanäle mit Programmen aus dem gesamten Mittelmeerraum.

Neben der auffallenden Sauberkeit der Straßen und der einwandfrei funktionierenden Elektrizitäts-, Wasser- und Abwasserversorgung, die einen syrischen Bewohner sogar dazu verleitet, das Lager als „Fünf-Sterne-Hotel“ zu bezeichnen, besitzt Kilis noch einige weitere Besonderheiten.¹ Es gibt im Lager nach Geschlechtern getrennte Schulen, so wie es sich die Syrer gewünscht hatten. In drei Supermärkten können die Flüchtlinge mit einer Kreditkarte für 40 Dollar im Monat Essen einkaufen und zusätzlich 10 Dollar anderweitig ausgeben. Es gibt einen Schönheitssalon, einen Friseur, bei dem Flüchtlinge kostenlos bedient werden, Kunstwerkstätten und Sportangebote.

Trotz allem: „Niemandem gefällt es, hier zu leben. [...] Es ist hart für uns“, sagt Basheer Alito, ein Gruppenleiter, der sowohl das Lager als auch die türkischen Gastgeber zuvor noch so überschwänglich gelobt hatte. „Im tiefsten Inneren sind wir unglücklich. In meinem Herzen befinden wir uns nur vorübergehend in dieser Lage, nicht permanent.“² Viele der sogenannten „Stadtflüchtlinge“ in der Türkei kommen aus Syrien oder Afghanistan. Oft leben sie als Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis in den Großstädten und weigern sich, in die Lager verwiesen zu werden. Statt dort eingepfercht zu sein, ziehen sie es vor, sich der täglichen

Gewalt der Straße und der wirtschaftlichen Not auszusetzen. Laut einem Kommentator hat dies wohl vor allem damit zu tun, dass „die Flüchtlinge verstehen, dass sie bleiben werden und es daher nicht riskieren wollen, auf unbestimmte Zeit in den Lagern leben zu müssen“.

Keine temporären Auffangbecken

Das Flüchtlingslager Kilis ist eines von hunderten Lagern, verteilt auf dutzende Länder der ganzen Welt. Laut dem Bericht des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen lag die weltweite Zahl der Flüchtlinge Mitte 2013 mit 38,7 Millionen auf einem neuen Rekordhoch. Ein Ende der Konflikte in Syrien, der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo ist weiterhin nicht in Sicht, sodass die Zahl der Flüchtlinge wohl inzwischen bei mehr als 40 Millionen Menschen liegen dürfte.³ Mit der weltweit gestiegenen Zahl der Flüchtlinge ist nicht nur die Anzahl der Flüchtlingslager gewachsen. Die Lager sind inzwischen keine temporären Auffangbecken mehr, sie existieren vielmehr nahezu dauerhaft.

Das größte Flüchtlingslager der Welt, Kenias Dadaab, ist zwanzig Jahre alt und wird von 420.000 Flüchtlingen bewohnt. Die palästinensischen Flüchtlingslager im südlichen Libanon sind sogar oft zwischen fünfzig und siebzig Jahre alt, abhängig davon, ob ihre Flüchtlingsbevölkerungen 1968 oder schon 1948 geschaffen wurden. Die Flüchtlinge, die in diesen Lagern leben, haben oftmals ihr gesamtes Leben dort verbracht und sind zu „P.R.S.s“ geworden, sie befinden sich in einer „protracted refugee situation“ – einer andauernden Flüchtlings-situation.

Flüchtlinge, Asylbewerber, I.D.P.'s („internally displaced people“, das heißt jene, die landesintern vertrieben wurden), P.R.S.'s (die sich in einer andauernden Flüchtlings-situation befinden) und Staatenlose – sie alle sind zu neuen Kategorien von Menschen geworden, die durch ein aufgewähltes internationales Staatensystem geschaffen wurden und die sich nun in einer prekären Lage wiederfinden. Wie andere „leidende Fremde“ werden sie zwar als Opfer anerkannt und erfahren so unser Mitgefühl – der UNHCR-Bericht beschreibt sie als „persons of concern“; dennoch offenbart sich in ihrer Zwangslage die verhängnisvolle Bruchstelle zwischen sogenannten „Menschenrechten“ (den „droits de l'homme“, um den ursprünglichen Ausdruck zu bemühen) und „Bürgerrechten“, zwischen dem allgemeinen Anspruch auf Menschenwürde und den spezifischen Demütigungen, die jene erleiden, die lediglich Menschenrechte besitzen.

Sei es in Hannah Arendts bekannter Formulierung des „Rechts, Rechte zu haben“ in den „Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft“, in „Homo Sacer“ des italienischen Philosophen Giorgio Agamben, in Form des Begriffes des „prekären Lebens“ der amerikanischen Philosophin Judith Butler oder im Aufruf ihres französischen Kollegen Jacques Rancière, Rechte einzu-

„Ein Ende der Konflikte in Syrien, der Zentralafrikanischen Republik und der Demokratischen Republik Kongo ist weiterhin nicht in Sicht, sodass die Zahl der Flüchtlinge wohl inzwischen bei mehr als 40 Millionen Menschen liegen dürfte.“

fordern: Die Asylbewerberin, die Staatenlose und der Flüchtling sind zu Metaphern wie Symptomen einer viel tiefer greifenden Malaise der politischen Moderne geworden.

Doch heute, nachdem der Internationalismus in den USA im Zuge der Interventionen in Afghanistan und im Irak politisch erlahmt ist und Präsident Obamas Syrienpolitik der Zurückhaltung weitere moralische Untiefen geschaffen hat, bewegen wir uns zunehmend vom „Recht auf Rechte“ zu einer „Kritik der humanitären Vernunft“. Didier Fassin, der viele Jahre für Ärzte ohne Grenzen in hoher Funktion arbeitete und dem wir den Begriff der „humanitären Vernunft“ verdanken, definiert ihn so: „Humanitäre Vernunft regelt prekäres Leben: das Leben von Arbeitslosen, von Asylbewerbern, von kranken Immigranten, von Menschen mit einer HIV-Infektion, von Katastrophenflüchtlingen und von Opfern von Kriegen und Konflikten – bedrohtes und vergessenes Leben, das nur existiert, weil eine humanitäre Regierung es schützt und sichtbar macht.“⁴

Die Rechte der Rechtlosen

Fassins Buch ist laut Untertitel eine „Moralgeschichte der Gegenwart“. Im treffenden Ausdruck der humanitären Vernunft spiegelt sich in diesem Sinne eine breiter angelegte Abkehr von der Menschenrechtspolitik, wie sie im Zuge der US-Invasionen in Afghanistan und Irak Verbreitung fand, hin zu einer oftmals zynischen Denunzierung von Menschenrechten als „Anti-Politik“, die – wie der amerikanische Rechtshistoriker Samuel Moyn schreibt – als „moralische Utopie überlebte, als die politischen Utopien starben“.⁵

Eine derartige zynische Wende kündigte

sich bereits vor dem Erscheinen von Moyns Buch „The Last Utopia“ im Jahr 2010 an. In einem pointierten Artikel, „Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?“, der 2004 verfasst wurde, just nachdem die amerikanischen Kriege in Afghanistan und Irak ihren Höhepunkt erreicht hatten, beginnt Jacques Rancière mit der Beobachtung, dass die „droits de l'homme“ (oder wie wir heute sagen: die Menschenrechte), die durch die Dissidentenbewegungen in Osteuropa und der Sowjetunion in den 1970er- und 1980er-Jahren wiederbelebt worden waren, im ersten Jahrzehnt des einundzwanzigsten Jahrhunderts in „die Rechte der Rechtlosen“ verwandelt wurden, also in die Rechte der „aus ihren Häusern und ihrem Land verjagten und von ethnischen Säuberungen bedrohten Bevölkerungen. Menschenrechte erschienen immer mehr als die Rechte der Opfer, die Rechte derer, die unfähig waren, in ihrem eigenen Namen irgendwelche Rechte oder irgendwelche Forderungen geltend zu machen. So mussten ihre Rechte schließlich von Anderen durchgesetzt werden, und zwar um den Preis, das Gefüge des Internationalen Rechts im Namen eines neuen Rechts auf ‚humanitäre Intervention‘ zu zerrütten – ein Recht, das letzten Endes ein Recht auf Invasion war.“⁶ Als „Rechte der Rechtlosen“ wurden Menschenrechte zum ideologischen Rüstzeug – im besten Falle im Sinne der „humanitären Vernunft“, schlimmstenfalls im Dienste „humanitärer Interventionen“.

Meine These ist, dass die weitverbreitete Stimmung der Ernüchterung und des Zynismus zur Rolle der Menschenrechte und der humanitären Politik zwar nachvollziehbar, jedoch nicht berechtigt ist. Seit 1948 haben wichtige Entwicklungen im internationalen Recht der „Menschenwürde“ eine juristische Bedeutung verliehen. Diese Entwicklungen

waren zugegebenermaßen ihrerseits nicht frei von den Widersprüchen der „humanitären Vernunft“. Aber man kann sich diesen Paradoxa nicht stellen, indem man sich schlichtweg vom „ius gentium“ unserer Welt abwendet.

Stattdessen benötigen wir neue Begriffe, um die veränderten Beziehungen zwischen internationalem Recht und emanzipatorischer Politik zu greifen; eine neue Art zwischen Faktizität und Geltung des Rechts, vor allem des humanitären Völkerrechts, zu vermitteln. Nur so können wir neue Perspektiven für die Politik schaffen.

Hannah Arendt schreibt an einer oft zitierten Stelle in den „Elementen und Ursprüngen totaler Herrschaft“: „Dass es so etwas gibt wie ein Recht, Rechte zu haben – und dies ist gleichbedeutend damit, in einem Beziehungssystem zu leben, in dem man auf Grund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird – wissen wir erst, seitdem Millionen von Menschen aufgetaucht sind, die dieses Recht verloren haben und zufolge der neuen globalen Organisation der Welt nicht imstande sind, es wiederzugewinnen. [...] Das Recht, das diesem Verlust entspricht und das unter den Menschenrechten niemals auch nur erwähnt wurde, ist in den Kategorien des 18. Jahrhunderts nicht zu fassen, weil sie annehmen, dass Rechte unmittelbar der ‚Natur‘ des Menschen entspringen. [...] [Die] neue Situation, in der die ‚Menschheit‘ faktisch die Rolle übernommen hat, die früher der Natur oder der Geschichte zugeschrieben wurde, würde in diesem Zusammenhang besagen, dass das Recht auf Rechte oder das Recht jedes Menschen, zur Menschheit zu gehören, von der Menschheit selbst garantiert werden müsste. Und ob dies möglich ist, ist durchaus nicht ausgemacht.“⁷

Das „Recht, Rechte zu haben“ ist seit-

dem zu einem bekannten Ausdruck geworden, um die Misere der Staatenlosen, der Flüchtlinge, der Asylbewerber und der Vertriebenen einzufangen – die Misere all jener, die aus dem Beziehungssystem geworfen wurden, „in dem man auf Grund von Handlungen und Meinungen beurteilt wird“.

In ihrer Diskussion polemisiert Arendt unentwegt gegen den Versuch, Menschenrechte aus einer spezifischen Auffassung der menschlichen Natur oder der Geschichte abzuleiten. Derartige Auffassungen der menschlichen Natur begehen laut Arendt den Fehler, Menschen als bloße Substanz zu behandeln, als seien sie lediglich Dinge in der Natur.

Augustinus und Martin Heidegger folgend zeichnet sich das Menschsein für Arendt dadurch aus, dass die Frage des Seins für uns zur Frage geworden ist. Sie zitiert Augustinus: „Quid ergo sum, Deus meus? Quae natura sum?“ („Was also bin ich, mein Gott? Welcher Natur bin ich?“) Die Antwort ist schlichtweg: „Quaestio mihi factus sum.“ – „Ich bin eine Frage für mich selber geworden.“⁸ Diese Fähigkeit des Sich-selbst-in-Frage-Stellens ist die Quelle unserer Freiheit. Obwohl menschliche Freiheit nicht schrankenlos und notwendigerweise der Faktizität des „Menschseins“ unterworfen ist – nämlich Weltlichkeit, Pluralität, Natalität, Arbeit und Handeln –, können wir nur in Bezug auf dieses Menschsein, und nicht mit dem Verweis auf eine fixe „menschliche Natur“, versuchen, das Recht auf Rechte zu rechtfertigen.

Arendts Absage an jegliche rechtfertigende Rolle eines Geschichtsbegriffs ist

„Diese Fähigkeit des Sich-selbst-in-Frage-Stellens ist die Quelle unserer Freiheit.“

ebenso vielschichtig. Wie wir wissen, setzte sie sich seit den späten 1950er-Jahren intensiv mit Karl Marx auseinander und beschuldigte ihn, der Tradition des westlichen politischen Denkens ein Ende bereitet zu haben, indem er die eigentliche politische Philosophie durch eine Geschichtsphilosophie ersetzte. Arendts Marx-Interpretation ist häufig ablehnend und ich werde sie hier nicht bewerten. Aber für Arendt, wie auch für Walter Benjamin, von dem sie viel lernte und dessen Thesen „Über den Begriff der Geschichte“ sie mit sich in einem Koffer über den Atlantik rettete, nachdem Benjamin in Port-Bou an der französischen Grenze Selbstmord begangen hatte, gilt, dass jede deterministische Geschichtsauffassung, die einen Mechanismus gesellschaftlicher Kräfte zum Motor der Geschichte erklärt oder teleologisch auf ein Endziel hinausläuft, philosophisch unzulänglich ist.

Eine derartige Geschichtsauffassung ist für Arendt zudem moralisch verwerflich, da sie Menschen zu „Werkzeugen des Weltgeists“ degradiert und sie so ihrer Kraft zum Widerspruch beraubt. Man muss stattdessen „gegen den Strich der Geschichte“ handeln, um einen Benjaminischen Ausdruck zu bemühen.

Diese philosophischen Fragen zur Rechtfertigung der Menschenrechte erstrecken sich bis in die Gegenwart. So besagt der erste Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“ Trotz dieser edlen und bewegenden Worte ist es offensichtlich, dass „uns nicht gesagt wird, wie die ‚Menschenwürde‘ als Quelle der Rechte gerechtfertigt wird, wie ‚Menschenwürde‘ definiert ist, wie ihre Forderungen bestimmt werden

oder wie die Beachtung der Menschenrechte den Weltfrieden fördern soll“.⁹

Der amerikanische Philosoph John Rawls hat die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in einer einflussreichen Interpretation als Produkt eines „übergreifenden Konsens“ beschrieben, das heißt als Resultat einer minimalen Übereinkunft, die sich nach den Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs in der Weltgemeinschaft gebildet hat in der Hoffnung, dass sich diese Taten nie mehr wiederholen mögen. Die Fürsprecher eines stärkeren Begriffs der „Menschenwürde“ argumentieren dagegen, dass der Begriff, unabhängig davon, wie unterentwickelt er zum Zeitpunkt der Formulierung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gewesen sein mag, im Laufe der Zeit zu einer Konvergenz zwischen verschiedenen religiösen und metaphysischen Traditionen sowie nicht zuletzt verschiedenen Verfassungsrechtstraditionen geführt hat.

Veränderte politische Landschaft

Wie die sogenannte „politische“ oder „funktionalistische“ Schule der Menschenrechte betont, hat die beeindruckende Entfaltung des internationalen Rechts und der internationalen Menschenrechte signifikante politische Einschränkungen der staatlichen Souveränität zur Folge. Was sind diese Einschränkungen?

Seit Arendt ihre Abhandlung über das „Recht, Rechte zu haben“ verfasste, haben internationale Institutionen und internationales Recht jene juristische und politische Landschaft verändert, die den Hintergrund für Arendts Diskussion bildete. So bezieht sich die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte in den Artikeln 13, 14 und 15 auf einige der Fragen, die Arendt

aufgeworfen hatte. Artikel 13 besagt zum Beispiel: „(1) Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. (2) Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

Artikel 14 kodifiziert das „Recht auf Asyl“: „(1) Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen. (2) Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nichtpolitischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.“ Artikel 15 garantiert Sicherheiten gegen „Ausbürgerungen“ oder „den Verlust der Staatsangehörigkeit“: „(1) Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit. (2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“¹⁰

Zusammen mit der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes von 1948, der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 und vor allem zwei internationalen Pakten – dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966 zur Unterzeichnung aufgelegt und 1967 in Kraft getreten, mit inzwischen 167 von 195 Staaten als Vertragsparteien) sowie dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966 zur Unterzeichnung aufgelegt und 1976 in Kraft getreten, mit inzwischen 169 Staaten als Vertragsparteien) – haben diese Dokumente und die Institutionen, die zu ihrer Einhaltung und Überwachung geschaffen wurden, die juristische Landschaft verändert, in der Menschenrechte beansprucht und „eingefordert“ (so Jacques Rancière)

werden können.

Sind diese Veränderungen erste Schritte auf dem Weg zu einem rechtlichen Kosmopolitismus? Oder stellen sie einen Wandel im Regime der rechtlichen Souveränität dar, hin zu einer dualistischen internationalen Ordnung, bestehend aus „Global-Governance-Institutionen“ auf der einen, Staaten auf der anderen Seite? In „Die Rechte der Anderen“ (2004), „Kosmopolitismus und Demokratie“ (2006) und „Dignity in Adversity“ (2011) habe ich eine Position des moralischen und rechtlichen Kosmopolitismus verteidigt. Ich habe die These vertreten, dass wir jeden Menschen qua Menschen – und nicht allein in seiner Rolle als Staatsbürger – als Rechtsperson betrachten sollten, die einen Anspruch auf elementare Menschenrechte besitzt.

Das ist kein deskriptiver Versuch, die Funktionsweise des derzeitigen internationalen Staatensystems zu beschreiben. Es ist vielmehr ein regulatives Ideal im Kantschen Sinne. Ein regulatives Ideal ist ein Ausdruck des „Sollens“, gerichtet an jene, die durch ihr Handeln den Zustand herbeiführen können, den die regulative Behauptung lediglich postuliert. Die entscheidende Frage ist, ob der rechtliche Kosmopolitismus mehr als ein regulatives Ideal werden und selber konstitutiven Charakter annehmen kann. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe an institutionellen Entwicklungen, die zwischen der „regulativen“ und „konstitutiven“ Dimension der Menschenrechte vermitteln.

Das entscheidende Merkmal vieler Menschenrechtsverträge der Nachkriegszeit gründet in der Tatsache, dass Staaten und andere staatliche Vertragsparteien zwar die Unterzeichner der Verträge sind, sich durch diese allerdings selber binden und sich so verpflichten, ihre Gesetzgebung, Richtlinien und Vorschriften in Einklang mit

ihren internationalen Verpflichtungen zu bringen. Das bedeutet, dass Staaten zwar die Hauptgaranten für die Einhaltung von Menschenrechten bleiben und somit weiterhin den Rahmen bilden, in dem Menschenrechte eingefordert und interpretiert werden. Diese Lage verändert sich derzeit jedoch radikal. In einer Zeit, in der sich multilaterale „Global-Governance-Institutionen“ wie zum Beispiel der IWF, die WTO, die WHO und die NATO stetig vermehren, wird von diesen Organisationen zunehmend nicht nur die Einhaltung von Menschenrechtsnormen erwartet, sondern auch eine Propagierung solcher Normen.

Der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention bestätigt diese Entwicklungen. Nach den „Maastrichter Richtlinien über Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“, die im Januar 1997 zum zehnten Jahrestag der Limburger Prinzipien zur Umsetzung des UN-Zivilpakts verabschiedet wurden, sind Staaten und andere globale Regierungsinstitutionen inzwischen dazu verpflichtet, Menschenrechte „zu achten, schützen und gewährleisten“. Dass Staaten weiterhin den erstrangigen Rahmen bilden, in dem Menschenrechte eingefordert und

„In einer Zeit, in der sich multilaterale ‚Global-Governance-Institutionen‘ wie zum Beispiel der IWF, die WTO, die WHO und die NATO stetig vermehren, wird von diesen Organisationen zunehmend nicht nur die Einhaltung von Menschenrechtsnormen erwartet, sondern auch eine Propagierung solcher Normen.“

interpretiert werden, bedeutet aber nicht, dass sie die einzige politische Öffentlichkeit unserer Zeit bilden.

In Wahrheit ist eine internationale wie auch transnationale Menschenrechtspolitik entstanden, die sich über Staatsgrenzen hinweg erstreckt, aber gleichzeitig innerhalb von Staaten den Kampf für Menschenrechte zutiefst beeinflusst. Arendt konnte diese Entwicklung so noch nicht absehen.

Dieses neue internationale Menschenrechtsregime erkennt Individuen nach internationalem Recht als Träger von Menschenrechten an. Was heißt das konkret? Es bedeutet zunächst einmal, dass die politischen und bürgerlichen Rechte von Staatsbürgern, so wie sie in Verfassungen und Bürgerrechtskatalogen kodifiziert sind, nun selbst im Lichte international anerkannter Menschenrechtsnormen kritisiert werden können.

Insbesondere die transnationalen Frauenrechtsbewegungen auf der ganzen Welt haben sich die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) zu Nutze gemacht, um ihre jeweiligen Regierungen und öffentlichen Institutionen zu zwingen, die in der Konvention festgeschriebenen Standards für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen sexuelle Belästigung, gegen sexuelle Diskriminierung und für die Berücksichtigung der besonderen gesundheitlichen und körperlichen Bedürfnisse von Frauen zu erfüllen.

Andere Beispiele finden sich vor allem im globalen Süden in durch den UN-Sozialpakt ermöglichten Rechtsstreitigkeiten sowie sozialen Kämpfen indigener Bevölkerungen für deren Anspruch auf Hoheitsgebiete und eigenes Kulturgut. Seit dem Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten wird dort heftig über die

Aberkennung des Wahlrechts von Gefängnisinsassen debattiert, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dies jüngst für unzulässig erklärt hat.

In all diesen Fällen haben internationale Menschenrechtsinstrumente einen begrifflichen und normativen Rahmen geschaffen, in dem sogenannte „jurisgenerative“ Streitigkeiten zwischen internationalen Menschenrechten und institutionalisierten Bürgerrechten stattfinden können. Unter dem Begriff „jurisgenerativity“ verstehe ich folgendes: Gesetze erhalten ihre Bedeutung durch Interpretationen in unterschiedlichen Bedeutungskontexten, die sie oft selber nicht kontrollieren können. Regeln können nicht ohne Interpretation existieren. Sie können nur befolgt werden, insofern sie interpretiert werden.

Aber ebenso wenig kann es Regeln geben, die in der Lage wären, die Vielzahl an möglichen Interpretationen zu kontrollieren, denen sie in verschiedenen hermeneutischen Kontexten unterworfen sind. Die Normativität des Rechts besteht nicht alleine in formaler Rechtmäßigkeit, das heißt bloßer Legalität. Recht kann auch außerrechtliche normative Universen strukturieren, indem es diese mit einem neuen Vokabular für das Formulieren öffentlicher Forderungen versorgt.

Neuartige Formen der Subjektivität können auf diese Weise dazu ermutigt werden, in die Öffentlichkeit zu treten und so in die existierenden Machtverhältnisse Erwartungen von Gerechtigkeitsformen zu injizieren, die erst noch kommen werden. Recht ist nicht einfach ein Instrument der Herrschaft, eine Methode des Zwangs oder der Versuch, „Dissens“ (so der Philosophenkollege Jacques Rancière) zum Schweigen zu bringen. Es ist zweifellos auch ein derartiges Mittel und Medium des Zwangs. Aber in

die Kluft zwischen Faktizität und Geltung des Rechts kann eine Politik der „jurisgenerativity“ treten, die sowohl die Existenz dieser Lücke betont und sie gleichzeitig im Namen zukünftiger Gerechtigkeitsformen zu überbrücken versucht.

Diese veränderte Landschaft der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Aktivismus ist einer von vielen Faktoren, der zeitgenössischen Bewegungen wie den „Les Sans-Papiers“ in Frankreich, den „Dreamers“ in den Vereinigten Staaten oder den „Los Indignados“ in Spanien (oftmals Gastarbeiter oder Arbeiter ohne gültige Aufenthaltserlaubnis) Nachdruck, Leben und Legitimation verleiht. Wie der französische Arzt und Anthropologe Didier Fassin anmerkt, gibt es gelegentlich juristische Siege, die Empfängerstaaten dazu verpflichten, nicht erfassten oder illegalen Einwanderern mit AIDS das Aufenthaltsrecht zu gewähren, ohne das sie sehr wahrscheinlich im Falle einer Rückkehr in ihr Ursprungsland umgekommen wären.

In anderen Fällen kann es jedoch passieren, dass sogar die Eltern eines amerikanischen Kindes abgeschoben werden und das Kind somit alleine ohne elterliche Aufsicht zurückbleibt. Manchmal wird ein Asylantrag nach zehn Jahren abgewiesen. In der Zwischenzeit hat die Person geheiratet und sich in die Zivilgesellschaft des Landes integriert, in dem sie sich nun illegal befindet. In manchen Fällen wird sie dann für immer abgeschoben in ein „Ursprungsland“ und ein Leben, das sie niemals kannte.

In anderen Fällen, wie zum Beispiel in den Niederlanden, wird stattdessen humanitäre Vernunft in Form von „Duldung“ praktiziert, die es nicht erfassten Einwanderern ermöglichen soll, aus dem Blickfeld der Legalität in die Tiefen der Zivilgesellschaft abzutauchen. Das bringt Fassin zu folgender

Schlussfolgerung: „Ich habe versucht zu verstehen, was humanitäre Vernunft bedeutet und was sie verdeckt. Ich habe versucht, sie weder als die beste aller möglichen Regierungsformen zu sehen noch als Illusion, die uns lediglich in die Irre führt. Mir erscheint, dass die globale Logik der humanitären Vernunft erst durch eine Betrachtung aus verschiedenen Blickwinkeln verständlich wird.“¹¹

Dieser Richtungswechsel vom „Recht, Rechte zu haben“ zur „Kritik der humanitären Vernunft“ sollte uns weder dazu verleiten, das System der souveränen Nationalstaaten ohne Wenn und Aber zu verteidigen noch einen gedankenlosen Abgesang an rechtliche und internationale Institutionen als Produkte eines imaginären „Konsens“ anzustimmen. Stattdessen müssen wir die fortwährenden Spannungen und Widersprüche zwischen Faktizität und Geltung des Rechts und rechtlicher Institutionen im Allgemeinen anerkennen. Durch genau diese Risse und Bruchstellen zwischen Faktizität und Geltung kann eine Politik der Jurisgenerativität Einzug erhalten.

Der Begriff der menschlichen Würde hat

„Diese veränderte Landschaft der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Aktivismus ist einer von vielen Faktoren, der zeitgenössischen Bewegungen wie den ‚Les Sans-Papiers‘ in Frankreich, den ‚Dreamers‘ in den Vereinigten Staaten oder den ‚Los Indignados‘ in Spanien Nachdruck, Leben und Legitimation verleiht.“

nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch als Moralgeschichte der Gegenwart eine globale Dimension erlangt. Man kann die Ursprünge des Begriffs bis in die judeo-christliche Tradition des Menschen als „imago dei“ zurückverfolgen, als ein Wesen geschaffen im Abbilde Gottes. Ein Denker wie Meister Eckhart trägt zu unserem Verständnis der Menschenwürde bei, in dem er das Ringen der Seele angesichts der Forderungen Gottes bezeugt. Dieses Ringen erinnert uns nicht nur an unsere Würde, sondern auch an unsere menschliche Schwäche, an unser Gefühl der Erniedrigung angesichts unseres Unvermögens, dem Höchsten in uns gerecht zu werden. Auf der einen Seite suggeriert Menschenwürde eine Form von Respekt, die wir uns gegenseitig schulden.

Auf der anderen Seite kann dieser Respekt nur zu Tage treten, insofern unsere Verwundbarkeit nicht verletzt wird. Wir verdienen Respekt nicht nur, weil wir Vernunftwesen sind, die in der Lage sind, im Einklang mit dem Moralgesetz zu handeln, sondern auch, weil wir verwundbare Wesen sind mit einer körperlichen Existenz, die potenziell dem Erleiden von Folter, Vergewaltigung, Sklaverei, Leibeigenschaft und Gewalt ausgesetzt ist und daher geschützt werden muss. Einen Menschen mit Würde zu behandeln, heißt nicht nur, ihm mit Respekt entgegenzutreten; es verbietet ebenso die Ausübung von Gewalt und Grausamkeit gegen ihn.

Als der tunesische Obst- und Gemüseverkäufer Mohamed Bouazizi sich im Januar 2011 selbst in Brand steckte, wurde ein Funke entzündet, der Revolten im ganzen arabischen Raum entfachte. Bouazizis Würde war durch die Erniedrigungen eines Gemeindebeamten verletzt worden, der seine Waren willkürlich beschlagnahmt und ihn beleidigt hatte. Wir alle können in gewisser

Weise die Bedeutung dieses Akts der Demütigung nachvollziehen. Bouazizis Protest durch Selbstverbrennung erweitert so auf schmerzhafteste Art den Bogen unseres moralischen Universums. Als eine junge indische Studentin, die in Begleitung ihres Freundes unterwegs war, von einer Gruppe von vier Männern vergewaltigt wurde, war es nicht nur ihr Körper, der letztendlich tödlich verletzt wurde; die Verletzung ihrer Würde wurde zur Verletzung der Würde von Millionen von Frauen in Indien und der ganzen Welt.

Wir können alle in gewisser Weise diesen Akt der Grausamkeit und die fundamentale Verletzung der Menschenwürde, die mit ihm einhergeht, verurteilen, trotz der großen kulturellen Gräben zwischen den verschiedenen Ländern, in denen wir leben.

Egal wo wir uns befinden, ob im globalen Norden oder im globalen Süden, das entstellte Gesicht der jungen pakistanischen Frau Malala Yousafzai, die entgegen aller Widrigkeiten für die Rechte junger Frauen auf Erziehung kämpft, ist zum allgemeinen Angesicht der Menschenwürde in unserer Welt geworden.

Die Moralgeschichte der Gegenwart muss daher nicht nur kritisch die Scheinheiligkeiten und Dilemmata der humanitären Vernunft beleuchten, sondern ebenfalls Zeugnis ablegen von der sich ausdehnenden Bedeutung der Menschenwürde und des „Rechts, Rechte zu haben“.

Seyla Benhabib ist eine jüdische türkisch-amerikanische Professorin für politische Theorie. Seit 2001 unterrichtet sie an der Yale University. Ihr Themengebiet ist unter anderem die sozial-politische Ideengeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, feministische Theorie und die Frankfurter Schule. Mit ihrer Analyse „Hannah Arendt – Die melancholische Denkerin der Moderne“, legte sie eine Neubewertung des Werks und Lebens der Philosophin vor. 2009

wurde Seyla Benhabib mit dem Ernst-Bloch-Preis, 2012 mit dem Dr.-Leopold-Lucas-Preis geehrt. Der vorliegende Text ist eine veränderte Fassung der Rede, die Seyla Benhabib bei der Annahme des Meister-Eckhart-Preises im Mai 2014 an der Universität Köln hielt.

¹ McClelland, Mac: "Container City," *The New York Times Magazine* (February 16, 2014), S. 30.

² ebd.: 31.

³ <http://www.unhcr.org/52af08d26.html>

⁴ Fassin, Didier: *Humanitarian Reason. A Moral History of the Present* (University of California Press, 2012): 4.

⁵ Moyn, Samuel: *The Last Utopia: Human Rights in History* (Harvard University Press, 2010): 214.

⁶ Rancière, Jacques: „Wer ist das Subjekt der Menschenrechte?“ in: Menke und Raimondi (Herausgeber): *Die Revolution der Menschenrechte: Grundlegende Texte zu einem neuen Begriff des Politischen* (Suhrkamp 2011). Zuerst erschienen als Rancière, Jacques: „Who is the Subject of the Rights of Man?“ in: *The South Atlantic Quarterly* 203:2/3. Spring/Summer 2004, 297-310: 298.

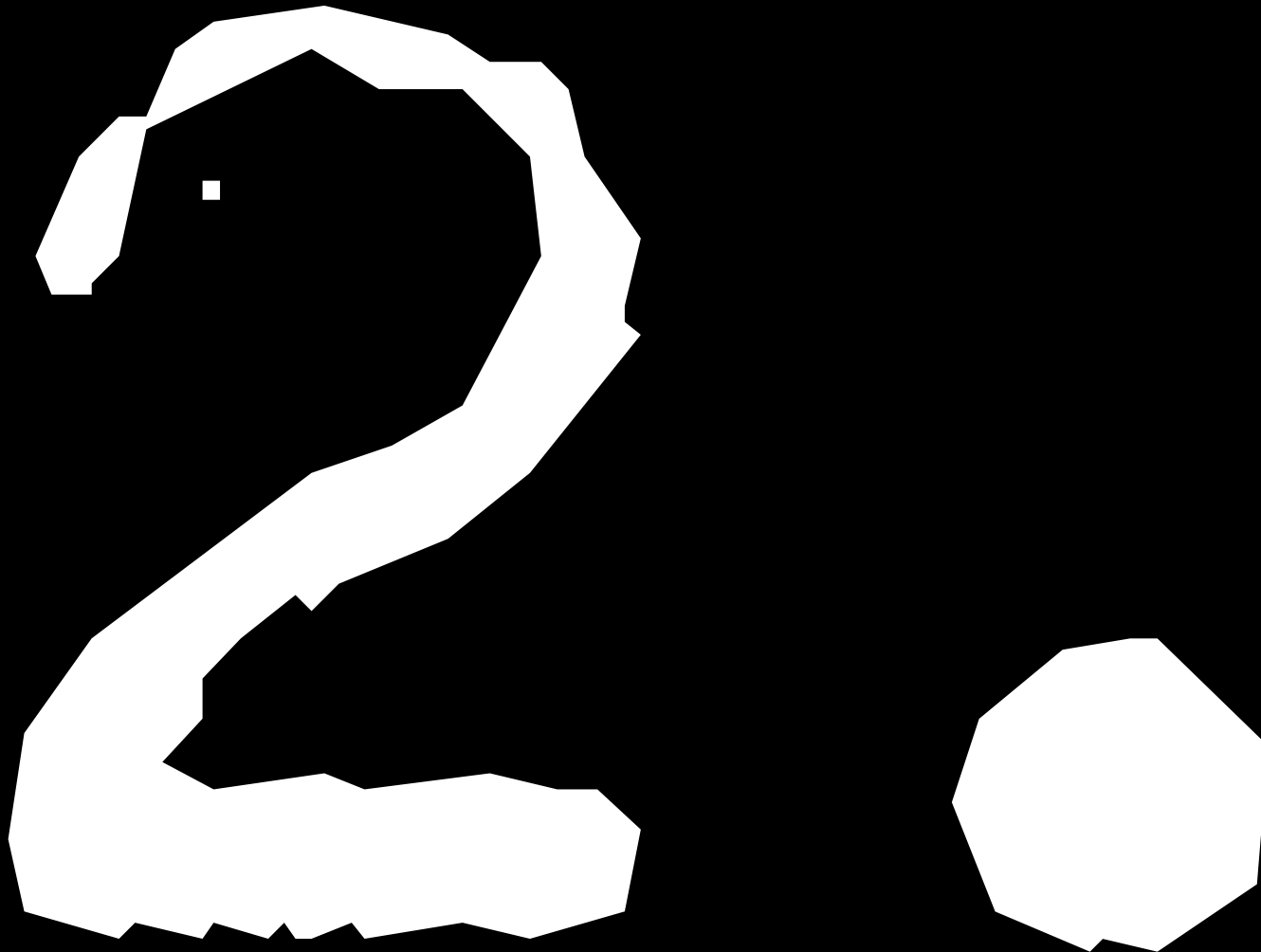
⁷ Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (Europäische Verlagsanstalt, 1955): 476-479.

⁸ Arendt, Hannah: *The Human Condition* (University of Chicago Press, 1958): 11, Anmerkung 2.

⁹ Henkin, Louis: *The Age of Rights* (Columbia University Press, 1990): 282.

¹⁰ <http://www.un.org/en/documents/udhr/>

¹¹ Fassin, Didier: *Humanitarian Reason*: 246.



Kapitel 2: Kultur und Migration in Europa

.....
Wo wir sind und wo wir hin wollen
.....

Ob Religion, Sprache, Erziehung, Ausbildung, Sport oder Medien - in der Kultur liegt der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Und hier könnten die Strategien in Europa kaum unterschiedlicher sein. Während es Anzeichen für eine Harmonisierung der zivilen und sozioökonomischen Integrationspolitik in Europa gibt, wird die kulturelle Dimension noch immer von nationalen Konzepten und Vorstellungen von Integration bestimmt. Welche Strategien haben sich bewährt? Wo liegen die Potenziale der Kultur und welche Konzepte braucht der Kontinent, um Migranten besser in Mehrheitsgesellschaften zu integrieren? Wie kann Europa den Widerspruch zwischen einer repressiven Flüchtlings- und einer rationalen Migrationspolitik auflösen?



Logo and text on a sign attached to the scaffolding, likely identifying the construction or demolition company.

Das Ende des Multikulturalismus in Europa? Der Islam ist eine Protestideologie der sozialökonomisch benachteiligten Muslime in Europa. Aufgrund von Geopolitik ist er als Protestideologie verfügbar: Es gibt eine weltweite islamische Bewegung, die dafür das Drehbuch liefert. Selbst, wenn es die perfekte Integration der Muslime in Europa gäbe, würden Israel, Irak, Afghanistan usw. noch Anlässe für Mobilisierung bieten. Wie kann sich Europa davon befreien? *Von Christian Joppke*



tion“ ist trügerisch. Dies ist nämlich kein gegenseitiger Prozess, sondern tatsächlich handelt es sich um zwei einseitige Prozesse, die unbehaglich nebeneinander existieren und dies nicht ohne Widerspruch.

Ein anderer bemerkenswerter Fall von Annäherung ist auch die erstaunliche Tatsache, dass alle Staatsoberhäupter der erwähnten Nationalmodell-Länder den Multikulturalismus für tot erklärt haben, fast gleichzeitig:

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, Multikulti sei „absolut gescheitert“. Der frühere französische Präsident Nicolas Sarkozy bemerkte, man habe sich zu viele Gedanken über „ihre“ Identität gemacht und es sei nun an der Zeit, über „unsere“ Identität zu sprechen. Der britische Premierminister David Cameron erklärte das Ende des „Staatsmultikulturalismus“ und plädierte für einen „muskulären Liberalismus“.

All diese „Totsagungen“ sind jeweils Reaktionen auf eine spezifische Situation. Merkel musste auf das enorm erfolgreiche Anti-Islam-Buch „Deutschland schafft sich ab“ reagieren (aus der Feder des Rebellen der Sozialdemokratischen Partei, Thilo Sarrazin, der – neben anderen, vernünftigeren Dingen – fürchtet, dass Deutschland durch intellektuell unterlegene türkische Muslime demographisch überschwemmt werde. Im gleichen Moment kündigte Merkel eine neue

Es gibt die herkömmliche Meinung, die Integration von Einwanderern Erfolge in unterschiedlichen nationalen Modellen: Großbritannien sei „multikulturell“, Frankreich „assimilatorisch“ und Deutschland „segregierend“ (oder nicht integrierend). Diese Sicht ist irreführend, denn die Politik gleicht sich in wesentlichen Parametern an: der „zivilen Integration“ für Neuankömmlinge und der „Antidiskriminierung“ für niedergelassene Einwanderer und ihre Nachkommen.

Diese beiden politischen Strategien folgen einer jeweils anderen Logik oder Philosophie: Bei der zivilen Integration liegt die Verantwortung für die Anpassung beim Neuankömmling; bei der Antidiskriminierung liegt sie bei der Aufnahmegesellschaft. Dies zeigt: Das offizielle unterstützende Logo „Integra-

politische Maßnahme an, islamische Fakultäten an deutschen Universitäten finanziell zu fördern, womit der langjährige Prozess der Nationalisierung des Islams nicht abgebrochen wird, sondern stattdessen in eine neue Runde geht.

In Frankreich versuchte Sarkozy, Wähler der rechtsgerichteten, populistischen Partei Front National zu beschwichtigen, die bereits die Hauptadressaten seines Gesetzes von 2010 waren, das die Burka an allen öffentlichen Plätzen verbietet. Aber dies ist ebenso wenig wie in Deutschland ein Versuch, die Integration des Islams aufzuhalten, die in den letzten Jahren vielmehr unter Sarkozys Führung gründlich institutionalisiert wurde (er half bereits 2003 dabei, die nationale Dachorganisation „Conseil français du Culte Musulman“ (CFCM) zu gründen).

David Cameron sprach das Scheitern der Anti-Terror-Strategie an, die unter der Labour-Regierung von Blair nach dem Bombenanschlag in der Londoner U-Bahn gestartet wurde und die darin bestand, radikale islamische Organisationen großzügig zu fördern – in der Hoffnung, dass sie die Basis befrieden würden (die sogenannte Präventionsstrategie). Inzwischen müssen solche Organisationen einen „Test über liberale Werte“ bestehen, bevor sie vom Staat finanziell unterstützt werden – wenn überhaupt.

Es gibt eine interessante Gemeinsamkeit

„In Frankreich versuchte Sarkozy, Wähler der rechtsgerichteten, populistischen Partei Front National zu beschwichtigen, die bereits die Hauptadressaten seines Gesetzes von 2010 waren, das die Burka an allen öffentlichen Plätzen verbietet.“

zwischen diesen drei Interventionen gegen Multikulturalismus: Der Islam und die Probleme der Integration von Muslimen stehen bei ihnen allen im Mittelpunkt.

Sprache versus Religion

Im Allgemeinen gibt es zwei ausschlaggebende, die Einwanderer betreffende Themen der kulturellen Integration: Sprache und Religion (es gibt einen dritten entscheidenden Aspekt, nämlich „Rasse“, aber dieser ist nur in Amerika markant, in Europa fast gar nicht). Zwei amerikanische Politikwissenschaftler, Ari Zolberg und Litt Woon, meinten, dass Hispanics für die Vereinigten Staaten das sind, was der Islam für Europa darstellt: das wesentliche Thema der kulturellen Integration auf beiden Seiten des Atlantiks.

Wenn dies der Fall ist, dann haben die USA ein viel kleineres Problem mit der kulturellen Integration als Europa. Dies hat damit zu tun, dass Sprache additiv ist und kapazitätsfördernd: Jemand kann mehr als eine Sprache sprechen und es wird sogar erwartet, dass man andere Sprachen in der Schule lernt. Im Gegensatz dazu ist Religion exklusiv: Man kann nur einer Religion angehören, aber nicht mehreren zur gleichen Zeit.

Dies hat Folgen für die Staatspolitik. Staaten können in puncto Sprache de facto nicht anders als assimilatorisch agieren (der Staat braucht eine offizielle Sprache). Umgekehrt können Staaten beim Thema Religion de facto nicht anders als multikulturalistisch sein, denn Religion kann nicht erzwungen werden. Sie ist aber in einem liberalen Verfassungsstaat zu respektieren. Dieser Respekt vor Religion erweist sich meistens nicht in der Politik, sondern im Verfassungsrecht, das die Religionsfreiheit festschreibt.

Dann muss es aber überraschen, dass der Islam das wichtigste Integrationsproblem in Europa darstellt (wie die schon erwähnten „Totsagungen“ des Multikulturalismus nahelegen). Warum ist das so?

Es hat nicht, wie viele amerikanische Beobachter irrtümlicherweise vermuten, mit einer inhärenten christlichen Voreingenommenheit europäischer Gesellschaften, insbesondere ihrer Staaten, zu tun, welche die USA, so meint man, glücklicherweise nicht haben (dies ignoriert die Elastizität liberaler Institutionen, insbesondere autonomer Rechtssysteme, die in den letzten zwei Jahrzehnten eine erfolgreiche Einbindung des Islams erreicht haben).

In Wahrheit ist der Islam eine Protestideologie der sozioökonomisch benachteiligten Muslime in Europa, besonders der zweiten und dritten Generationen (wie der Islamexperte Olivier Roy feststellt, war der Marxismus-Leninismus früher entscheidend für Dritte-Welt-Opposition und dies ist eben nun der Islam).

Aufgrund von Geopolitik ist der Islam als Protestideologie verfügbar: Es gibt eine weltweite islamische Bewegung, die dafür das Drehbuch liefert. Selbst, wenn es die perfekte Integration der Muslime in Europa gäbe, würden immer noch Israel, Irak, Afghanistan usw. Ziele für eine Mobilisierung bieten. Man sollte bedenken, dass die Außenpolitik ohnehin eine größere Sorge von (andererseits ziemlich integrierten) britischen Muslimen war, besonders unter der Blair-Regierung.

Man bedenke auch, dass Europa kein buddhistisches, Sikh- oder Hindu-Problem hat, selbst wenn es Einwanderer aus diesen Reihen gibt. Dies ist unter anderem damit zu begründen, dass es keine globale buddhistische, Sikh- oder Hindu-Bewegung gibt, die sich um das Muster Westen versus Rest

mobilisiert. Schließlich, und dies grenzt an das politisch Inkorrekte, hat der Islam ein inhärentes Merkmal, das es schwerer macht, ihn zu integrieren, als andere Religionen oder Kulturen. Der Philosoph und Anthropologe Ernest Gellner stellte fest, der Islam sei „säkularisierungsresistent“. Er ist eine Gesetzesreligion, die eine Untergliederung des Lebens nicht einfach so erlaubt.

Stattdessen schreibt er eine Einheit des Glaubens und der Rituale vor, private und gesellschaftliche Praktiken, was eine Reizthema für den Liberalismus ist (den man mit den Worten des amerikanischen politischen Philosophen Michael Walzer als „Kunst der Trennung“ bezeichnet kann).

Insgesamt gibt es ein generelles Misstrauen in Europa, eine Vermutung, dass die Integration des Islams nur taktisch ist, nicht intrinsisch. Dies hat wiederum als Reaktion den „muskulären Liberalismus“ hervorgebracht (der wiederum eine größere Bedrohung für den Liberalismus darstellt, als es der Islam je sein könnte).

Muskulärer Liberalismus

„Muskulärer Liberalismus“ ist eine rabiate Variante der zivilen Integration, die zur Mainstream-Politik für die Integration von Einwanderern in Westeuropa geworden ist.

Diese politische Maßnahme der zivilen Integration begann in den späten 1990er-Jahren in den Niederlanden – als Heilmittel gegen Massenarbeitslosigkeit, hohe Schulabbruchsraten und extreme Segregation in Wohnvierteln, die Einwanderern und ihren Nachkommen das Leben erschwerten, und dies im Schatten einer von Europas (wenigen) Vorzeige-Multikulturalismusstrategien.

Ursprünglich hatte diese Politik einen neoliberalen wirtschaftlichen Fokus und

strebte an, Einwanderer zu „Selbstversorgern“ zu machen. Das heißt: zu Menschen, die arbeiten, nicht Sozialhilfe beziehen. Dafür war vor allem Kompetenz in der Sprache der Gastgesellschaft erforderlich (kein leichtes Spiel mit Niederländisch, das eine „kleine“ Sprache ist, die nicht leicht zu erlernen ist und in anderen Ländern nicht weiterhilft).

Im Laufe der Zeit nahm die Politik der zivilen Integration die Kultur in den Blick und drängte Einwanderer dazu, „niederländische Normen und Werte“ zu übernehmen. Der kulturelle Einfluss der Politik hängt mit der Polarisierung der niederländischen Innenpolitik in der Zeit von Pim Fortuyn und Geert Wilders sowie der ideologisch motivierten Morde an Fortuyn und Theo van Gogh zusammen.

Abgesehen von diesem Umschwung von Wirtschaft zu Kultur verstärkte sich im Laufe der Zeit auch der strafende und kontrollierende Aspekt der Politik. Zivile Integration obligatorisch zu machen, war ursprünglich ein „liberaler Trick“, um die Regierung zu verpflichten, zivile Integrationskurse (insbesondere Sprachkurse) anzubieten.

Aber die heutige Koppelung von Aufenthaltsgenehmigungen und erfolgreicher Integration signalisiert die Vermischung von Einwanderungskontrolle mit Einwandererintegration, was vielleicht die wichtigste westeuropäische Innovation in der Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte darstellt. Die Verquickung von Kontrolle mit

„Dieses niederländische Vorgehen ist nun das Modell für Europa. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark praktizieren alle Varianten der zivilen Integration.“

Integration ist besonders sichtbar bei der „Integration aus dem Ausland“, wobei die Niederlande auch hier Vorreiter waren. Dieser Ansatz verlangt von Familienmigranten aus Nordafrika und der Türkei (die Zielgruppe dieser Politik), schon vor der Ankunft in den Niederlanden ein Mindestmaß an (sprachlicher und ziviler) Integration zu zeigen.

Dieses niederländische Vorgehen ist nun das Modell für Europa. Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark praktizieren alle Varianten der zivilen Integration.

Aber nicht überall ist diese Politik so streng wie in den Niederlanden. Stattdessen gibt es verschiedene Spielarten.

Frankreichs „contrats d'accueil et d'intégration“ sind nicht strafend, aber service-orientiert (fehlende Sprachkompetenz ist kein Problem in Frankreich, weil die Mehrheit der Neuankömmlinge frankophon ist).

Deutschlands „Integrationskurse“ dagegen sind stark sprachorientiert, weil die Mehrheit der Einwanderer bei der Ankunft kein Deutsch spricht. Die Politik ist jedoch nicht so streng wie in den Niederlanden: Wenn man den Integrationstest nicht besteht oder die Anforderung für den Integrationskurs nicht erfüllt, verliert man zwar Ansprüche auf Sozialleistungen, aber im Allgemeinen nicht die Aufenthaltserlaubnis.

Die britische zivile Integration hat ihren Ursprung im Staatsangehörigkeitsrecht und wurde erst später auf das Immigrationsrecht angewendet. Einwanderer in Großbritannien haben kein Sprachproblem. Stattdessen legte, zumindest bis vor kurzem, der zivile Integrationstest einen Schwerpunkt auf angewandte Kultur (Wie zahlt man Rechnungen?, Wie verhält man sich in einem Pub? Wie stellt man sich in einer Schlange an?), der tatsächlich für die Anpassung nützlich sein könnte.

Unter diesen nationalen Varianten besteht die generelle Stoßrichtung der zivilen Integration darin, die kulturellen Unterschiede zwischen Einwanderern und der Gastgesellschaft zu verkleinern und ihnen deren Normen, Regeln und Institutionen verständlich zu machen. Überall ist das Schlüsselthema das Wissen über Normen und Regeln, aber die moralische Identifizierung mit Letzteren wird im Allgemeinen nicht erwartet.

Dies zeigt, dass der Liberalismus den Unterschied zwischen dem Gesetz (welches äusseres Verhalten reguliert) und der Moral (die etwas Internes im Individuum betrifft) respektieren muss. „Muskulärer Liberalismus“ könnte nun definiert werden als ein Übergang vom Gesetz zur Moral. Dies schadet womöglich dem Liberalismus.

Ein Beispiel für muskulären Liberalismus ist der sogenannte Muslimen-Test, der vor einigen Jahren im deutschen Bundesland Baden-Württemberg durchgeführt wurde. Das Ziel dabei war, über moralisch neugierige Fangfragen herauszufinden, ob sich (muslimische) Bewerber um die deutsche Staatsbürgerschaft wirklich mit den Prinzipien und Werten der liberalen Staatsverfassung (der sie formal zustimmen müssen) identifizierten.

Im Allgemeinen ist zivile Integration jedoch selbstbegrenzend, sogar in den Niederlanden. Das berühmte Einführungsvideo, das Neuankömmlinge bei ihrer Ankunft in den Niederlanden (oder schon vorher) ansehen müssen, und das neben anderen typisch niederländischen Alltagsszenen nackte Frauen und sich küssende Homosexuelle zeigt, sagt den Muslimen nicht, dass sie sich selbst ausziehen und liberal (oder vielmehr freizügig) werden sollen; sie werden nur darüber informiert, dass solche Dinge in diesem liberalen Land üblich sind (und werden damit vielleicht bewusst abgeschreckt).

Festzuhalten ist: Multikulturalismus wird

heute nicht als explizite Politik abgelehnt (die sie in dem meisten Fällen noch nie war), sondern als die frühere Praxis des Laissez-faire und als Nichteinmischung des Staates in Integrationsangelegenheiten, nach der man nun verlangt.

Religion ist das kulturelle Schlüsselthema in Europa; aber es wird mehr im Hinblick auf Verfassungsrecht denn auf Politik bearbeitet (abgesehen von neueren Initiativen, „Islamische Räte“ zu etablieren, was kein spät aufblühender Multikulturalismus ist, sondern Teil einer Kampagne, den Islam zu nationalisieren oder zu domestizieren).

Zivile Integration ist heutzutage die vorherrschende Integrationspolitik. Im Allgemeinen ist sie nicht muskulär, sondern selbstbegrenzend, mit einer legitimen Betonung darauf, Neuankömmlinge an Mainstream-Einrichtungen zu binden.

Alles in allem ist der Manövrierraum für Staaten bei der kulturellen Integration durch gesetzliche und verfassungsrechtliche Parameter begrenzt. Die Variationsmöglichkeiten der Politik wurden von einigen Wissenschaftlern übertrieben.

Die europäischen Staaten müssen effektiver gegen Diskriminierung kämpfen. Diskriminierungsbekämpfung in Schlüsselbereichen der Gesellschaft (Beschäftigung, Bildung, Wohnen usw.) ist seit dem Jahr 2000 Teil des Europarechts. Mitgliedsstaaten müssen diese EU-Direktive

„Multikulturalismus wird heute nicht als explizite Politik abgelehnt, sondern als die frühere Praxis des „Laissez-faire“ und als Nichteinmischung des Staates in Integrationsangelegenheiten, nach der man nun verlangt.“

innenpolitisch umsetzen. Ähnlich wie das US-amerikanische Zivilrecht erkennt das europäische Recht „indirekte“ Diskriminierung an und gründet sich auf dem Zivilrecht (statt auf dem Strafrecht, das eher die Übeltäter schützt). Förderungsmaßnahmen zugunsten von Minderheiten („affirmative action“ oder „positive Diskriminierung“) wird in Europa im Allgemeinen abgelehnt, weil Einwanderer weniger rechtliche Ansprüche haben als ethnische Minderheiten (insbesondere Schwarze).

Was man tun muss

Interessant ist, dass sich der aktuelle Rückzug vom Multikulturalismus nicht auf die Antidiskriminierung auswirkt. Dies deutet darauf hin, dass die beiden politischen Strategien einer jeweils anderen Philosophie folgen: Antidiskriminierung möchte Unterschiede abschaffen (sie zielt auf die „Entrassifizierung“ der Gesellschaft ab, wie der Rechtsphilosoph Ronald Dworkin den Sinn der „affirmative action“ in den USA beschrieb). Im Gegensatz dazu bekräftigt der Multikulturalismus die Unterschiede.

Minderheiten müssen die Mehrheitskultur respektieren. Im Multikulturalismus hatten nur Minderheiten legitime kulturelle Ansprüche. Aber Mehrheiten sind ebenfalls wichtig. Wenn ihre Kulturen und Traditionen nicht durch den politischen Mainstream anerkannt werden, wird das Thema vom populistischen rechten Rand vereinnahmt (oder ist bereits vereinnahmt worden).

Eine vor kurzem erfolgte Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (der über die Einhaltung der Europäischen Menschenrechtskonvention wacht) könnte hier den Weg weisen. Im Fall Lautsi vs. Italien erlaubte das europäische Ge-

richt der italienischen Regierung, christliche Kreuze in staatlichen Schulen aufzuhängen. Die Begründung war, dass das Kreuz ein Symbol der Mehrheitskultur darstelle, die respektiert werden müsse. Gleichzeitig argumentierte das Gericht, dass diese Privilegierung der Mehrheitskultur umso passender sei, da sie in einem pluralistischen Kontext in italienischen Schulen erfolge, welche gleichzeitig offen für Religionen von Minderheiten seien. Symbolische Privilegien oder Privilegien der kulturellen Mehrheit, verbunden mit Pluralismus für Minderheiten, scheinen eine bessere Politik darzustellen, um mit kulturellen oder religiösen Unterschieden umzugehen, als ein militanter Säkularismus oder Multikulturalismus.

Für Europa kommt es darauf an, die „richtigen“ Einwanderer auszuwählen. Wenn Kanadier gerne darauf verweisen, dass zivile Integration und Multikulturalismus gut zusammengehen (statt einander zu ersetzen), belegt dies: Kanada hat ein positives Gleichgewicht erreicht zwischen der Auswahl der talentiertesten Einwanderer und einer freundlichen (multikulturellen) Integrationspolitik.

Wenn man nur die Einwanderer aufnimmt, die man will, warum sollte man sie dann mit Stöcken bewerfen? Das Problem in Europa besteht darin, dass die große Mehrheit der Neuankömmlinge ungewollte Asylbewerber und Familienmigranten sind, noch dazu oftmals schlecht ausgerüstet für post-industrielle Ökonomien. Kein Wunder, dass die Integrationspolitik in Europa bössartige, stark kontrollierende Untertöne angenommen hat.

Der einzige Ausweg besteht darin, von einer überwiegend ungewollten zu einer gewollten, an Talenten orientierte Auswahl zu kommen (der frühere französische Präsident Sarkozy bezeichnete es als den Schritt von

einer „erlittenen“ zu einer „gewählten“ Einwanderung). Dies ist jedoch nicht leicht zu bewerkstelligen, denn die aktuelle Mehrheit der „Ungewollten“ (Asylbewerber und Familienmigranten) hat Rechte, die in einem rechtsstaatlichen Verfassungsstaat anerkannt werden müssen. Gleichzeitig ist es nicht möglich, zu einer Selektivität zurückzukehren, die auf nationaler Herkunft beruht, weil eine solche Politik diskriminierend wäre.

Eine starke öffentliche Debatte sollte nicht unterdrückt werden. Die hasserfülltesten Einwanderungs- (oder vielmehr Islam-) Debatten gibt es genau in den Ländern, wo ein starker Diskurs zuvor im Dienste der politischen Korrektheit unterdrückt worden war (Beispiele sind das traditionell liberale Dänemark oder die Niederlande). Im Allgemeinen erfolgte ein großer Teil der islamischen oder muslimischen Niederlassung in Europa durch autonome Gerichte und das Rechtssystem. Das Problem ist, dass diese „heimliche Integration“ öffentliche oder demokratische Arenen übergeht, und deshalb bestimmte Risiken birgt: Sie ist unsichtbar und Durchschnittsbürger wissen nichts davon oder verstehen es nicht.

Rechtliche Integration erzeugt eine politische Rückwirkung. Um dies zu vermeiden, muss die Integration sozusagen vors Gericht der öffentlichen Meinung kommen. Dies scheint zu passieren, wie man an aktuellen Konflikten zum sichtbaren Islam sieht, etwa bei Minaretten, die in der Schweiz nach einem öffentlichen Referendum 2010 verboten wurden, oder Burkas, die in Frankreich und Belgien 2010 beziehungsweise 2011 gesetzlich verboten wurden.

Zwei Extreme gilt es hier zu vermeiden: keine Demokratie (ganz Europa vor 2001) oder zu viel Demokratie (wofür die Schweiz mit ihrem Referendumsprozess und ihrer „direkten Demokratie“ ein passendes Bei-

spiel ist). Im Prinzip ist die repräsentative Demokratie ein geeigneter Kompromiss zwischen zwei Extremen. „Öffentliche Meinungen“ laufen dabei „durch das Medium einer gewählten Einheit von Bürgern“, wie es James Madison in seinem berühmten Essay „Federalist #10“ beschrieben hat. Repräsentative Institutionen sind jedoch geschwächt durch eine populistische „Zuschauerdemokratie“, so der französische Politikwissenschaftler Bernard Manin, bei der es an politischer Führung fehlt (und Führung gleich Populismus ist) und bei der die öffentliche Meinung und nicht etwa die richtige oder gerechte Lösung den Maßstab der öffentlichen Politik bildet.

Schließlich müssen die Grenzen der Politik erkannt werden. Man kann mit Politik nur bis zu einem bestimmten Grad etwas erreichen. Man bedenke: Die Vereinigten Staaten, das sprichwörtliche und attraktivste aller Einwanderungsländer, hat überhaupt keine Integrationspolitik. Stattdessen sind flexible Arbeitsmärkte, eine informelle Gesellschaft und die sagenhaft absorptionsfähige amerikanische Kultur die wesentlichen Katalysatoren der Integration. Man könnte dies verallgemeinern: Einwanderungsunspecifische, allgemeine Institutionen sind für die Integration viel wichtiger als irgendeine spezielle Einwanderungspolitik es je sein

„Wenn Kanadier darauf verweisen, dass zivile Integration und Multikulturalismus gut zusammengehen, belegt dies: Kanada hat ein positives Gleichgewicht zwischen der Auswahl der talentiertesten Einwanderer und einer freundlichen Integrationspolitik.“

könnte. Besonders bedeutend sind dabei die Arbeitsmarktstrukturen und die Bildungssysteme. Was Ersteres angeht, ärgert man sich nicht über Einwanderer, wenn sie arbeiten und keine Last für die Gesellschaft darstellen. Dies ist in den Vereinigten Staaten (und in allen anderen klassischen Einwanderungsländern) der Fall, wo die Vorstellung des arbeitslosen Einwanderers so gut wie nicht existiert.

Im Gegensatz dazu ist in Europa der Kern des starken Ressentiments gegenüber Einwanderern die Tatsache, dass Einwanderer (und ihre Nachkommen) verhältnismäßig oft arbeitslos sind und sich nicht einmal auf dem Arbeitsmarkt anbieten (was für viele muslimische Frauen gilt). Ganz zu schweigen davon, dass Einwanderer in den europäischen Gefängnissen stark überrepräsentiert sind, wofür es außerhalb Europas keine Parallelen gibt.

Und was den zweiten Punkt betrifft: Wichtig für eine erfolgreiche Integration sind umfassende Bildungssysteme, die Kindern zu einem frühen Zeitpunkt ihres Lebens und für viele Stunden am Tag von ihren (eingewanderten) Eltern trennen. Aus eben diesem Grund gelingt es Frankreich und Skandinavien viel besser, soziale Mobilität in der zweiten Generation zu fördern, als Deutschland oder Österreich, wo der Schulunterricht spät beginnt, früh endet und sich frühzeitig riguros Schichten bilden.

Die Botschaft lautet also: Einwanderungsunspecifische Einrichtungen sind für die Integration von Einwanderern wesentlich wichtiger als die beste Integrationspolitik. Die europäische Debatte leidet darunter, dass sie zu sehr auf die Politik achtet und zu wenig auf die Rolle der Institutionen.

Christian Joppke ist Professor für Soziologie an der Universität Bern. Vorher lehrte er an der University of Southern California, dem European University Institute in Florenz, der University of British Columbia in Vancouver, der Jacobs-Universität Bremen und der Amerikanischen Universität Paris. Eine seiner letzten Publikationen mit John Torpey: „Legal Integration of Islam: A Transatlantic Comparison“ (Polity 2013).

Reise nach Jerusalem Einwanderung darf nicht nur in Gaststätten und Einwohnermeldeämtern stattfinden. Aneignung von Einwanderung sieht anders aus: Sie findet statt an den Schulen, sie zeigt sich in den Lehrplänen aller Schularten, in den Schulbüchern, sie offenbart sich auf den Spielplänen der Theater und auch in der Art und Weise, wie wir über die Integration diskutieren. Integration bedeutet, Migranten eine neue Heimat zu geben und, dass Migranten eine neue Heimat finden.

Von Heribert Prantl



man es betreibt, immer wieder Teilnehmer übrig. Dieses Spiel, bei dem immer mehr Leute ausscheiden, wird da und dort auch „Stuhltanz“ oder „Stuhlpolka“ genannt. Wie immer man es nennt: wenn man dieses Spiel aufs wahre Leben überträgt, dann zeigt es, wie Exklusion funktioniert.

Die Gesellschaften vieler Staaten sehen sich, wenn es um Lebenschancen und Arbeitsplätze geht, in einem Spiel, das so ähnlich funktioniert wie diese „Reise nach Jerusalem“. Im Spiel scheidet bei jeder Runde ein Spieler aus, weil eine Sitzgelegenheit zu wenig aufgestellt ist. Im wahren Leben, auch in den Staaten der Europäischen Union, ist es schlimmer, da scheiden sehr viel mehr Menschen aus.

Das Spiel unterscheidet sich in Spanien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien, in Großbritannien, Italien oder Deutschland dadurch, wie viele Stühle (oder sagen wir jetzt besser Lebenschancen und Arbeitsplätze) weniger da sind als Teilnehmer. Es gibt Länder, da stehen nur halb so viele Stühle da wie gebraucht würden. Und weil es so wenig Plätze gibt und weil die Musik zu selten spielt, bleiben diejenigen sitzen, die schon sitzen und die stehen, die schon stehen.

In den Gesellschaften der europäischen Südstaaten ebenso wie in den europäischen Oststaaten haben junge Menschen viel zu wenig Chancen. Deshalb verlassen dort viele junge und oft gut ausgebildete Menschen ihr

Sie kennen vielleicht das Gesellschaftsspiel, das „Die Reise nach Jerusalem“ oder auch „Die Reise nach Rom“ heißt. Es handelt sich um ein Spiel mit beliebig vielen Mitspielern. Das Spiel funktioniert so: Es sind Stühle im Kreis angeordnet, und zwar ist es ein Stuhl weniger als Teilnehmer da sind. Die Teilnehmer stellen sich ebenfalls im Kreis auf. Sobald der Spielleiter die Musik ertönen lässt, müssen sich alle im Kreis um die Stühle bewegen. Der Spielleiter stoppt die Musik zu einem willkürlichen Zeitpunkt; dann muss jeder Teilnehmer versuchen, sich möglichst schnell auf einen freien Stuhl zu setzen; es bleibt am Schluss immer ein Teilnehmer stehen und scheidet aus. Nun wird ein Stuhl entfernt und die verbliebenen Teilnehmer ermitteln wieder einen weiteren Verlierer. Es bleiben in diesem Spiel, je länger

Land, ihre Gesellschaft, ihren Stuhlkreis, um anderswo – in Deutschland zum Beispiel – bessere Bedingungen, also mehr Stühle, vorzufinden.

Sie verlassen ihr Land nicht einfach so, nicht einfach aus Spaß, aus Abenteuerlust. Sie wollen eigentlich bleiben. Sie wollen bei ihrer Familie bleiben, bei ihren Liebsten, bei ihren Freunden, in dem Land, dessen Sprache sie sprechen. Zu Zehntausenden gingen sie deshalb auf die Straßen und besetzten die Plätze der europäischen Metropolen. Sie wollten nicht die „verlorene Generation“ sein, als die sie schnell bezeichnet wurden. „Wir lassen uns nicht vertreiben“ – so skandierten die jungen Empörten in Madrid, Barcelona und Sevilla. Kundgebungen zur Unterstützung dieser „spanischen Revolution“ fanden auch in Berlin, Brüssel, Amsterdam, London, Prag und Budapest statt, überall dort, wo die jungen Leute merken, dass es ihnen irgendwann ähnlich ergehen könnte wie auf der „Reise nach Jerusalem“.

Doch viele ließen sich mittlerweile vertreiben, nicht nur von der Puerta del Sol in Madrid, von den Plätzen, auf denen sie demonstriert haben, sondern aus ihren Ländern, die kein Tor zur Sonne für sie mehr offen halten. Polen, Ungarn, Rumänen und Bulgaren, auch Griechen, Spanier, Portugiesen, auch Italiener – sie alle treibt es aus ihren Ländern fort, wo die Arbeitslosigkeit hoch,

die Stimmung trüb und das Leben hart ist. Es ist dies manchmal auch eine Verzweigungsmigration, weil nach Jahren der Krise immer mehr Menschen in die Armut abrutschen. Sie gehen in Staaten, in denen die „Reise nach Jerusalem“ nicht so höllisch schwer und aussichtslos ist.

Kein Tor zur Sonne

Deutschland, das lange Zeit allenfalls ein Zuwanderungsland wider Willen war, ist 2012 und 2013 zum zweitbeliebtesten Einwanderungsland der Welt, ist das attraktivste Zielland für Migranten in Europa geworden. Dabei ist es erst wenige Jahre her, dass Deutschland noch Auswanderungsland war; bis vor wenigen Jahren verließen das Land mehr Menschen als zugezogen sind. Mit rund 400 000 Einwanderern lag nun die Bundesrepublik 2012 zwar hinter den USA, das mehr als eine Million Menschen zu ihrer Wahlheimat machten – aber noch deutlich vor Großbritannien und Kanada. Europa hat eine Reeeuropäisierung der Migration erlebt. Deutschland ist Einwanderungsland. Der freie europäische Migrationsraum entfaltet seine interne Dynamik. Fast zehn Prozent der Menschen, die in der Europäischen Union leben, kamen in einem anderen Land zur Welt als dem, in dem sie leben.

Deutschland ist übrigens nicht nur das attraktivste Zielland für Migranten in Europa, sondern auch hochattraktiv für das Geld. Die Migration des Geldes geht der Migration der Menschen voran. Im Schatten der riesigen Rettungsschirme, die in der Finanzkrise aufgespannt wurden, meinten viele hierzulande, Deutschland sei der Zahlmeister Europas. Es gibt die Vorstellung, horrenden Steuergelder seien in die Südländer abgeflossen. Dabei ist es genau umgekehrt. Es wird übersehen,

„Deutschland, das lange Zeit allenfalls ein Zuwanderungsland wider Willen war, ist 2012 und 2013 zum zweitbeliebtesten Einwanderungsland der Welt, ist das attraktivste Zielland für Migranten in Europa geworden.“

dass nur wenig Geld wirklich geflossen ist, sondern Ausfallgarantien gegeben wurden.

Und das weniger, um Griechenland und Spanien zu helfen, sondern um dort die Renditeinteressen nördlicher Banken zu wahren. Deutschland wurde der sichere Hafen für das Geld in Europa und machte einen großen Schnitt – durch die Krise. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble eines ausgeglichenen Haushalts rühmt. Weil die Zinsen für Staatsanleihen gefallen sind, reduzieren sich Deutschlands Schulden im Schlaf. Der Finanzminister rechnete vor, zwischen 2010 und 2014 knapp 41 Milliarden Euro Zinsen sparen zu können. Zwischen 2010 und 2012 musste er 73 Milliarden Euro weniger an neuen Krediten aufnehmen als angenommen. Und weil das Geld der Anleger nach Deutschland drängt, drängen auch die abgehängten Menschen aus den Ländern, aus denen es abfließt, dorthin. Wen sollte das wundern?

Doch was die Europäische Union anbelangt: Sie ist, trotz alledem, trotz aller Schwächen, trotz aller Klage, trotz allen Zorns, den es zumal in Südeuropa über die von Deutschland propagierte Spar- und Austeritätspolitik gibt, das Beste, was Europa in seiner langen Geschichte passiert ist.

Im Altertum gab es sieben Weltwunder: Die hängenden Gärten der Semiramis; den Koloss von Rhodos; das Grab des Königs Mausolos; den Leuchtturm auf der Insel Pharos; die Pyramiden von Gizeh; den Tempel der Artemis in Ephesos und die Zeusstatue von Olympia. Heute gibt es die Europäische Union und das Europäische Parlament, die weltweit einzige direkt gewählte supranationale Institution. Ein Weltwunder. Zu diesem Weltwunder gehört auch die Europäische Grundrechtecharta, zu diesem Weltwunder gehört die Freizügigkeit, zu diesem Weltwunder gehört also auch das Asylrecht, zu diesem

Wunder gehört der Schutz von Menschen, die in ihrer Heimat verfolgt werden – das alles gehört dazu, auch wenn es in der Praxis oft nicht so ist.

Europa ist das Beste, was den Deutschen, Franzosen und Italienern, den Tschechen und Dänen, den Polen und Spaniern, den Flamen und Wallonen, den Niederländern und Griechen, den Bayern, den Basken und Balten in ihrer Geschichte passiert ist. Europa ist die Verwirklichung so vieler alter Friedensschlüsse, die den Frieden dann doch nicht gebracht haben. Die Europäische Union ist das Ende eines fast tausendjährigen Krieges, den fast alle gegen fast alle geführt haben. Sie ist ein unverdientes Paradies für die Menschen eines ganzen Kontinents. „EU“ ist das Kürzel für das goldene Zeitalter der europäischen Historie.

Kürzel für das goldene Zeitalter

Man schreibt das hin, man sagt das so, und man erschrickt dann fast, weil das nicht zur allgemeinen Stimmung passt, weil immer weniger Leute daran glauben, weil also die europäische Emphase im Alltag zerrieben und überlagert wird von den wirtschaftlichen Sorgen und den sozialen Ängsten der Bürger. Die Menschen haben Angst; und auf die Angst antworten viele Europapolitiker mit obigem Lobpreis: Europa sei das Beste, was den Deutschen, Franzosen und so weiter und so weiter in ihrer langen Geschichte passiert sei.

Das stimmt ganz sicher – und doch werden solch feierliche Sätze zu bloßem Wortgeklingel, wenn und solange die Menschen diese EU vor allem als Nutzgemeinschaft für die Wirtschaft und für die Finanzindustrie, aber nicht als Schutzgemeinschaft für die Bürger erleben. Sozialpolitik ist nicht Annex des Ökonomischen, sie darf es nicht sein. Eine

gute Sozialpolitik ist eine Politik, die Heimat schafft; erst kluge Sozialpolitik macht aus einem europäischen Staatsgebilde, aus der etwas sperrigen EU, die immer noch zu sehr Wirtschaftsgemeinschaft ist, eine Heimat für die Menschen, die darin leben: Wer seinen Nationalstaat als Heimat erlebt hat, will daraus nicht vertrieben werden. Er will, wenn die Heimat Nationalstaat zu schwach wird, Europa als zweite Heimat. Wenn also in europaweiten Protesten Demonstranten immer wieder von ihren Regierungen fordern, in einer globalisierten Welt für ein gewisses Maß an ökonomischem Anstand zu sorgen, dann ist das nicht unbillig. Regeln für ein sozialverträgliches Wirtschaften gehören zum inneren Frieden.

Die Bürger wissen derzeit oft nicht mehr so recht, warum sie Europa wollen sollen. Man sagt ihnen, dass allein Europa ein potenter Spieler auf der Weltbühne sein könne, aber sie spüren diese Potenz nicht. Die europäischen Nationalstaaten verlieren, das ist das Gefühl vor allem in den süd- und den südosteuropäischen Staaten, ihre Fassung – aber die EU gewinnt sie nicht. Sie gewinnt an Größe, nicht an Stärke. Das muss sich ändern.

Bisher ist es in Europa so: Von Norden nach Süden reist man – in Ferien, zur Erholung, zum Ausspannen, zum Genießen.

„Bisher ist es in Europa so: Von Norden nach Süden reist man – in Ferien, zur Erholung, zum Ausspannen, zum Genießen. Von Süden nach Norden migriert man – zum Arbeiten, um existieren zu können. Solange das so einseitig, so gegenläufig ist, ist Europa keine runde Sache.“

Von Süden nach Norden migriert man – zum Arbeiten, um existieren zu können. Solange das so einseitig, so gegenläufig ist, ist Europa keine runde Sache.

Die Migration in Europa sollte keine Notmigration sein, keine, die man wagt, weil man dazu gezwungen ist, wenn man einigermaßen überleben will. Die Migration innerhalb von Europa sollte eine Lustmigration sein: also eine, die man nicht macht, um existieren zu können, sondern eine, die man macht, um sich zu qualifizieren, um seine Lebenschancen zu mehren. und auch deshalb, weil man sich nicht nur als Grieche, als Italiener, als Pole oder Rumäne fühlt, sondern auch als Europäer – weil einem Europa zur zweiten Heimat geworden ist oder wird.

Es wäre doch schön, wenn es den Menschen, die in Europa aufbrechen, so erginge wie Goethe im Jahr 1786, als der nach Italien aufbrach – es muss ja nicht gerade, wie bei diesem, bei Nacht und Nebel sein, wohl aber mit dem Ziel, sich neu zu orientieren, von unbekanntem Menschen und Orten angeregt zu werden und sich vom Fremden stimulieren zu lassen. Solche Lust-Migration findet statt in den europäischen Austauschprogrammen, bei Erasmus und bei den studentischen europäischen Netzwerken. Ich habe erlebt, wie meine Tochter Nina mit ELSA, der European Law Students Association, zu einer begeisterten, engagierten Europäerin geworden ist – wie sie mit diesem europäischen studentischen Netzwerk Europa als ihre Heimat zu betrachten begann.

Deutschland ist heute Zuwanderungsland, oder sagen wir doch richtiger Einwanderungsland. „Zuwanderungsland“ ist nämlich eine Vokabel aus der Zeit, als das Wort „Einwanderung“ verpönt war, als Konservative sich beim Aussprechen dieses Wortes die Zunge verknoteten. Deshalb heißt das deutsche Einwanderungsgesetz von 2004, in

Kraft getreten am 1. Januar 2005, auch nicht Einwanderungsgesetz, sondern „Zuwanderungsgesetz“ – und der Untertitel des Gesetzes ist bezeichnend in seiner Negativität: Da wird nicht die Aufnahme von Menschen und ihre Integration plakativ in den Vordergrund gestellt, sondern eher noch die Ablehnung, das Unbehagen an zu viel Einwanderung. Das Gesetz, das das gesamte deutsche Ausländerrecht auf eine neue Grundlage stellte, heißt nämlich in der Langfassung „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“.

Eigentlich sollte dieses Gesetz – das war die ursprüngliche Intention, das war die Absicht der von der ehemaligen deutschen Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth geleiteten Kommission, die das Gesetz wunderbar vorbereitet hatte – den großen Teppich ausrollen für Einwanderer; so groß sollte er sein, dass darauf gute Integration stattfinden kann. Es sollte, ähnlich wie in Kanada, ein Punktesystem geben, um die Einwanderung richtig organisieren und gestalten zu können. Aber dann wurde (als die Proteste der konservativen CDU/CSU so vehement waren und der hessische Ministerpräsident Roland Koch mit seiner nicht eben ausländer- und einwanderungsfreundlichen Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft so viel Erfolg hatte) aus dem großen Teppich nur eine Art Topflappen. Aber immerhin: Mit diesem Topflappen sind seitdem Probleme durchaus ordentlich angepackt worden. Immerhin gibt es beispielsweise ein Konzept für Sprach-, Orientierungs- und Integrationskurse. 600 Stunden „Deutschland leicht gemacht“.

Deutschland erlebt und erfährt also jetzt, dass es das ist, was es lange nicht sein wollte – was jedenfalls die herrschende Politik lange nicht akzeptieren wollte. Es ist ein

Einwanderungsland. Es ist ein Einwanderungsland vor allem auch deswegen, weil die Lage in den süd- und den osteuropäischen EU-Staaten junge Menschen dort nicht unbedingt zum Bleiben einlädt. Die Zuwanderung nach Deutschland war zuletzt vor fünfundsiebenzig Jahren so hoch wie heute. Damals kamen allerdings nicht überwiegend Arbeitsmigranten, sondern Flüchtlinge. Die Zuwanderung damals, vor fünfundsiebenzig Jahren, löste, anders als heute, keine Begeisterung aus bei den Wirtschaftsverbänden; heute freut man sich, heute ist man begeistert über junge Arbeits- und Fachkräfte.

Damals löste die asylantische Migration eine quälende und elende Debatte über das deutsche Asylgrundrecht aus, das bis dahin von den Verfassungsrechtlern und Rechtspolitikern als Leuchtturm im Hafen der Verfassung gepriesen worden war; am Ende dieser Diskussionen und Anti-Ausländer-Kampagnen stand dann die Verkleinerung des Asyl-Grundrechts und die Verschärfung der Flüchtlingspolitik.

Flucht aus Nahost

Heute ist diese Situation anders: Angesichts der furchtbaren Zustände im Nahen Osten nimmt zwar auch die Zahl der Flüchtlinge wieder zu, die nach Deutschland kommen; aber mehr als drei Viertel der Zuwanderer stammten zuletzt aus der Europäischen Union. Sie suchen in Deutschland kein Asyl, sie genießen ja die Freizügigkeit der EU, sie suchen eine gute Arbeit und ein gutes Auskommen. Die Fachkräftezuwanderung wird mit öffentlichen Mitteln gefördert.

Der typische Einwanderer in Deutschland war einst ein Türke, der bevorzugt ins Ruhrgebiet einwanderte; so wurde das zumindest wahrgenommen. In den 90er-Jahren fielen

„Die EU-Krisenstaaten verlieren ihre gut ausgebildeten jungen Menschen an andere Arbeitsmärkte.“

mehr und mehr russischsprechende Menschen in Großstädten auf, die als Aussiedler kamen, während dann wieder eher die wachsende Zahl von Asylbewerbern aus Syrien und Afghanistan sowie Roma aus Serbien das Bild prägte. Tatsächlich müsste mittlerweile aber der Pole als Vorzeige-Einwanderer gelten. Jeder sechste Migrant stammt aus dem Land – das ist jedenfalls die Erkenntnis aus dem Migrationsbericht der Bundesregierung von 2012. Polnische Handwerker, Spezialisten, und Pflegerinnen geben der Einwanderung nach Deutschland ein neues Gesicht; zusammen mit Rumänen und Bulgaren. Trotz eines jahrelang guten Wirtschaftswachstums in Osteuropa klaffen die Löhne weiter auseinander, wenn man denn in Bratislava oder Bukarest überhaupt einen Job bekommt.

Die meisten der neuen Zuwanderer stammen – das sind wie gesagt die Zahlen von 2012 – aus Polen (197 000), auf Platz 2 folgen die Rumänen (135 400), aus Ungarn und Bulgarien kamen jeweils 60 000 Menschen. Neu ist das wachsende Interesse von Südwesteuropäern; immer mehr junge Italiener kommen nach Deutschland (mit 60 700 liegen sie auf dem dritten Platz im Zuwanderungsranking). Spanier, Kroaten, Portugiesen und Griechen versuchen in Deutschland ihr Glück. Die Jugendarbeitslosigkeit in diesen Herkunftsländern liegt zum Teil bei über 50 Prozent.

Zwischen 2009 und 2012 verdoppelte sich die Zuwanderung aus der Europäischen Union in die Bundesrepublik. Die hohen Zuwanderungszahlen aus Osteuropa erklären sich

auch mit einem Nachholeffekt – die volle Freizügigkeit für die Bürger aus den osteuropäischen Staaten war nach deren Beitritt sieben Jahre lang aufgeschoben. Als die Europäische Union im Jahr 2004 zehn neue Mitglieder aufgenommen hatte, öffneten nur drei Staaten (Schweden, Großbritannien und Irland) ihre Grenzen für Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedsstaaten sofort – die anderen erst später. Daraus ergab sich der Nachholeffekt. Für Rumänien und Bulgarien, beide Länder sind seit 2007 EU-Mitglied, gilt die Freizügigkeit mit Deutschland nach der langen Übergangsfrist erst seit Jahresanfang 2014. Das ist der eine Grund für den Wanderungsschub nach Deutschland. Der zweite Grund ist, wie gesagt, die Wirtschaftskrise, zumal in den Südweststaaten Europas mit ihren horrenden Arbeitslosenquoten.

Vor allem die Migranten aus Südosteuropa sorgen für die veränderten Wanderungsströme. Einst, während des großen Baubooms, kamen sie in Scharen nach Spanien. Allein 2007 wanderten eine Million Männer und Frauen nach Spanien ein, um dort zu arbeiten. Fast 900 000 Rumänen und Bulgaren lebten im letzten Jahr vor der großen Wirtschaftskrise auf der iberischen Halbinsel. Die Wirtschaft dort brach extrem ein – seitdem ist aus dem früheren Einwanderungsland ein Land geworden, um das man einen Bogen macht, ein Auswanderungsland beinahe. Diejenigen Menschen, die nach Spanien emigriert waren, ziehen weiter und es kommen keine neuen nach.

Die EU-Krisenstaaten verlieren ihre gut ausgebildeten jungen Menschen an andere Arbeitsmärkte. Zunächst bringt das den Krisenstaaten Entlastung; der Druck auf die Arbeitsmärkte der südeuropäischen und osteuropäischen Krisenstaaten reduziert sich, der Druck auf die dortigen sozialen Sicherungssysteme auch. Andererseits fehlen die

gut ausgebildeten jungen Leute in ihren Heimatländern, wenn dort die Wirtschaft wieder wächst. Aber wie soll sie wachsen ohne jene gut Ausgebildeten? Ihre Abwanderung ist nicht ungefährlich, wenn und weil sie vom Symptom zur Ursache der Krise wird und diese womöglich verlängert.

Zu den beliebtesten Wörtern in Deutschland im Zusammenhang mit Einwanderung und Integration gehört das Wort „Willkommenskultur“. So wie es bei den Vornamen für Kinder Konjunkturen gibt, gibt es sie auch bei den politischen Begriffen. Bei den Vornamen stehen heute Maximilian und Sophie ganz oben; bei den politischen Begriffen ist es die „Willkommenskultur“. Sie ist derzeit überall. Die Willkommenskultur ist landauf und landab Thema von Tagungen, sie ist in Politikerreden ungeheuer beliebt; und als Zeichen der neuen Willkommenskultur werden überall Einbürgerungsfeiern veranstaltet. Es ist, als solle mit dem möglichst häufigen, geradezu genießerischen Gebrauch dieses Worts das ganze Elend der Ausländer- und Asylpolitik der vergangenen Jahrzehnte weggeschludert, als sollten die furchtbaren Ausschreitungen die es gab – in Rostock, Solingen, Hoyerswerda – vergessen gemacht werden.

Rhetorik reicht freilich nicht – zumal dann nicht, wenn diese Begrüßungs- und Willkommensrhetorik (wie das im politischen Alltag des Jahres 2014 der Fall war) nur wie Schnittlauch auf einer Suppe von Vorurteilen schwimmt. Es gibt offensichtlich ein institutionalisiertes Misstrauen gegenüber Menschen aus Osteuropa – nicht nur im Flüchtlingsrecht, auch im allgemeinen Zuwanderungs- und Arbeitsrecht. Man unterstellt den Arbeitsmigranten aus Rumänien und Bulgarien oft, dass sie nur deswegen nach Deutschland kommen, um dort Hartz IV und sonstige Sozialleistungen abzukassieren.

Die konservative bayerische CSU hat

zum Jahreswechsel 2013/2014 eine solche Kampagne in die Politik eingebracht. Zu den Kennzeichen der CSU gehört es, dass sie viel Wert auf Tradition legt. Es gehört aber zu den schlechten Traditionen, Menschen als „Missbraucher“ zu deklarieren: als Asylmissbraucher, als Sozialmissbraucher, als Rechtsmissbraucher. Die meiste Zeit galten der CSU Flüchtlinge als Missbraucher, die in Wahlkämpfen auch gern als „Asylbetrüger“ bezeichnet wurden. Seit einem Jahr hat die Politik neue Opfer für solche Kampagnen gefunden: die Arbeitskräfte aus Rumänien und Bulgarien. „Wer betrügt, der fliegt“ so hatte die CSU ihre Attacke gegen die Zuwanderung von Rumänen und Bulgaren in einen Slogan gepackt. Leider beteiligte sich dann die ganze Bundesregierung mit einem Gesetzespaket an dieser Kampagne: Im November 2014 wurden die neuen Regelungen im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Den EU-Migranten wird die Wiedereinreise im Fall von angeblichem Rechtsmissbrauch oder angeblichem Betrug befristet verboten. Doppelter Bezug von Kindergeld soll dadurch verhindert werden, dass eine Steuernummer vorgeschrieben wird. „Sozialmissbrauch“ soll so verhindert werden. Die Freizügigkeit für Arbeitnehmer innerhalb der Europäischen Union wird dadurch drastisch

„Die Not armer Zuwanderer wird schamlos ausgenutzt. Rumänische Zimmermädchen und bulgarische Hilfsarbeiter schufteten nicht selten für einen Hungerlohn; und sie werden von ihren Arbeitsvermittlern oft auch noch für die Unterkunft in Schrottimmobilen unverschämt abkassiert.“

beschnitten. Betroffen von den neuen Regelungen sind vor allem Migranten aus den ärmsten EU-Staaten, denen die Regierung soziale Rechte und Sozialleistungen streicht, und die dadurch Ausbeutung, Lohndumping und Mietwucher noch stärker als bisher ausgeliefert sein werden.

Mein Redaktionskollege bei der „Süddeutschen Zeitung“ Roland Preuß hat sich zum Jahresende 2013, als die Kampagne über die Armutszuwanderung besonders hoch schwappte, für diese Kampagne wie folgt entschuldigt: „Man möchte in diesen Tagen dem rumänischen oder bulgarischen Kollegen, wenn es ihn denn gäbe, die Hand geben und ihn nochmal willkommen heißen. Man könnte ihm bei der Gelegenheit sagen, dass man nicht glaubt, er arbeite in Deutschland wegen des Kindergeldes, sondern weil er gute Arbeit suche. Das wäre nur fair. Denn die jetzige Debatte verstellt den Blick auf diese Menschen, auf das Gute, das ihr Recht auf Freizügigkeit mit sich bringt.“

Man musste das laut sagen, bevor man über die Probleme sprach: Denn fernab des Getöses über Niedriglöhne und angebliche Sozialbetrüger blieb und bleibt ein Kern an Schwierigkeiten, welche die Freizügigkeit mit sich bringt – und die in Städten wie Duisburg, Dortmund oder Berlin-Neukölln unübersehbar sind, wo sich Scheinselbständige als Tagelöhner verkaufen. Andere versuchen, als Bettler oder mit dem Kindergeld durchzukommen. Es hat dort ein Verdrängungswettbewerb nach unten eingesetzt – um die Plätze im Obdachlosenheim, um Wohnraum, um den Termin beim medizinischen Notdienst.

Die Anti-Osteuropäer-Kampagne unterstellte und unterstellt den Arbeitsmigranten aus Osteuropa ziemlich pauschal, dass sie nur deswegen nach Deutschland kommen, um dort Hartz-IV-Leistungen (also Geld vom Sozialamt) und sonstige Sozialleistungen zu

kassieren. Das freilich stimmt hinten und vorne nicht und ist nicht durch Zahlen, sondern allein durch Vorurteile belegt. Es ist im Gegenteil so, dass die Bulgaren und Rumänen in Deutschland prozentual weniger Sozialleistungen beantragen als andere Ausländer in Deutschland. Nur jeder zehnte Rumäne und Bulgare in Deutschland bezieht Hartz-IV-Leistungen; in den meisten Fällen handelt es sich um Aufstocker, die von ihren Arbeitgebern miserabel bezahlt werden.

Das ist das eigentliche Problem, nicht der angebliche Missbrauch von Sozialleistungen: Die Not armer Zuwanderer wird schamlos ausgenutzt. Rumänische Zimmermädchen und bulgarische Hilfsarbeiter schufteten nicht selten für einen Hungerlohn; und sie werden von ihren Arbeitsvermittlern oft auch noch für die Unterkunft in Schrottimmobilen unverschämt abkassiert. Die allermeisten Arbeitskräfte aus Osteuropa sind ganz gewiss keine „Missbraucher“; aber nicht wenige werden missbraucht: zum einen von Arbeitsvermittlern, Subunternehmern und Arbeitgebern; zum anderen von einer Politik, die den missbrauchten Arbeitskräften daraus auch noch einen Strick dreht.

Die miese Behandlung von armen Migranten ist nicht allein die Schuld von gewissenlosen Ausbeutern; sie liegt leider auch an den Rahmenbedingungen einer Politik des Lohndumpings, die „uns“ zwar zum Exportweltmeister macht, aber ungut ist für die Wirtschaft Europas – und Verhältnisse schafft und verstetigt, die Armutsmigration hervorbringt. Zuwanderung darf nicht dazu dienen, die Löhne für die Pflegekräfte zum Beispiel in den Alters- und Pflegeheimen niedrig zu halten. Zuwanderung darf auch nicht dazu dienen, die Aus- und Weiterbildungskosten für das gewünschte Spezialwissen zu drücken. Einwanderung darf nicht dem Lohndumping dienen. Sie darf

nicht dazu führen, dass man an Ausbildung hierzulande spart und die Kosten dafür in die Herkunftsländer verlagert. Darum ist das migrationsfreundliche Argument vom Fachkräftemangel, das oft aus der Wirtschaft zu hören ist, mit gewisser Vorsicht zu genießen. Das DIW (Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung) rät zu einer besonderen Achtsamkeit im Umgang mit Informationen zum Fachkräftemangel und hält fest: „Es ist unter Experten unumstritten, dass in Deutschland derzeit kein flächendeckender Fachkräftemangel herrscht und sich lediglich in einigen speziellen Berufen Engpässe abzeichnen.“

Der deutsche Arbeitsmarktexperte Karl Brenke merkt zum vielbeschworbenen Mangel an Ingenieuren an: „Wir haben ja auch keinen Benzinmangel, weil wir den Liter nicht für einen Euro kriegen.“ Firmen bekommen eben dann keine Ingenieure, wenn sie ihnen nichts bieten. Der Versuch, ausländische Ingenieure per Blue Card zu einem Mindestgehalt von 33.000 Euro nach Deutschland zu locken, wäre der untaugliche Versuch, Sprit für einen Euro zu tanken.

Mythos Sozialtourismus

Das Gesetz gegen die sogenannte Armutszuwanderung, das vergangenen November im Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, ist nicht so drakonisch ausgefallen, wie es die Kampagne gefordert hatte; es handelt sich eher um eine Zuspitzung und Aufrüstung schon existierender Paragraphen. Aber auch das ist schlimm genug, weil die Bundesregierung damit Vorurteile gegen die Arbeitskräfte aus Osteuropa nobilitiert – und weil die große Koalition der Kampagne damit in Stoßrichtung und Ergebnis, wenn auch nicht im Detail, recht gibt. Das ist, so fürchte ich,

ziemlich verheerend. Rumänien und Bulgarien sind seit 2007 EU-Mitglied, aber erst nach langer Übergangszeit, seit Anfang 2014, gilt die Freizügigkeit. Über die Menschen, die diese Freizügigkeit in Anspruch nehmen, wird jetzt der Kübel eines Missbrauchsgesetzes ausgeschüttet. Das ist nicht gut. Das diskreditiert die Arbeitsmigration; so wird Arbeitsmigration, die zu den Essentialia der EU gehört, zum Sozialtourismus. Das ist antieuropäisch.

Den Sozialtourismus gibt es nur gefühlt. Der Anteil der EU-Migranten an den Sozialleistungsempfängern bewegt sich nach einer EU-Studie in den untersuchten Staaten im tiefen einstelligen Prozentbereich. Über zwei Drittel der EU-Migranten gehen in ihrem Zielland einer Arbeit nach. Der Großteil der Nichterwerbstätigen sind Pensionäre und Rentner. So ist das. Der Sozialtourismus ist kein Faktum, sondern ein Mythos.

Vor kurzem ist im Flüchtlingsrecht das Gesetz über die angeblich sicheren Herkunftsländer verabschiedet worden. Flüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und Mazedonien haben praktisch kaum noch eine Chance, Asyl zu bekommen – weil die Staaten, aus denen sie kommen, als sicher gelten. Fast zur nämlichen Zeit, als dieses neue Gesetz gegen die Balkanflüchtlinge erlassen wurde, ist eine Studie publiziert worden, aus der sich ergibt: Von allen Minderheiten stößt die Minderheit der Sinti und Roma in Deutschland auf die schärfste Ablehnung. Die Rigidität, mit der sie schon jetzt, und künftig erst Recht, aus Deutschland in die Staaten des Balkan abgeschoben werden, gehört in dieses Muster.

Es wäre notwendig, einem vergessenen Volk eine Zukunft zu geben. Man hat dieses vergessene Volk gern als „fahrendes Volk“ bezeichnet, als läge ihm das Migrieren im Blut. Lustig ist das unstete Zigeunerleben

aber nie gewesen. Denn das fahrende Volk ist bis heute auf Wanderschaft, weil es in und aus allen Ländern in Europa vertrieben wird: In den Balkanstaaten durch bittere Armut, Pogrome und tägliche Gewalt, hierzulande durch rigide Abschiebungsgesetze. Die Zukunft dieses Volkes liegt nicht im Asyl. Es bedarf einer gemeinsamen Anstrengung, dass Europa gerade den Sinti und Roma Heimat werden kann. Das neue Gesetz über die sicheren Herkunftsstaaten wird zu dieser Zukunft nicht beitragen.

Früher holte man auf dem Land die Wäsche von der Leine, wenn die Zigeuner kamen. Heute stopft man auch dort die Wäsche in den Trockner. Aber die Vorurteile gegen Sinti und Roma sind überall geblieben – in ganz Deutschland, in ganz Europa. Die zitierte Studie ergab, dass die Sinti und Roma in Deutschland noch schärfer abgelehnt werden als die Asylbewerber allgemein, noch schärfer auch als die Muslime.

Man kann über die Persistenz, über die Hartnäckigkeit und über die Dynamik von Vorurteilen klagen. Aber so ein allgemeines Lamento ändert auch nichts daran, dass die Sinti und Roma die Minderheit in Europa ist, der es am dreckigsten geht: Sie sind, wie bereits ausgeführt, Europas vergessenes Volk. Aber dessen grausame Verfolgung durch die Nationalsozialisten ist weitgehend vergessen; daran hat die Rede des Holocaust-Überlebenden Zoni Weisz im Deutschen Bundestag 2010, daran hat die Einweihung des Denkmals für die von den Nazis ermordeten Sinti und Roma 2012 in Berlin nichts geändert. Die Politik in ganz Europa behandelt die

„Die Vorurteile gegen Sinti und Roma sind überall geblieben – in ganz Deutschland, in ganz Europa.“

Angehörigen dieser Minderheit wie Paria: Der Umgang ist von Schikane geprägt. Die Rigidität, mit der sie abgeschoben werden, gehört in dieses Muster: Man will mit ihnen nichts zu tun haben. Die Umfrage spiegelt das nur wider.

Die toten Sinti und Roma haben jetzt ein Denkmal; am 24. Oktober 2012 ist es in Berlin eingeweiht worden. Die lebenden Sinti und Roma haben fast nichts; sie haben keine Arbeit, keine Wohnung, keinen Schutz und keine Hilfe. In Südosteuropa werden sie schikaniert und verfolgt, in Deutschland und Frankreich kaserniert und abgeschoben – dorthin, wo sie wieder schikaniert und verfolgt werden. Das ist kein Ruhmesblatt für Europa. Zoni Weisz, der Holocaust-Überlebende, hat in seiner schon zitierten Rede im Bundestag klar gemacht, dass es nicht um ein nationales Problem geht – sondern um ein europäisches. „Wir sind doch Europäer“, hat er gesagt. Es gilt, einem noch immer verfolgten Volk eine Zukunft zu geben – dadurch, dass man es in seiner Besonderheit respektiert, dadurch, dass man nicht auf einer Integration nach landläufigen Vorstellungen beharrt.

Der französische Mittelmeerhistoriker Fernand Braudel hat die Migration einmal eine zivilisatorische „Unentbehrlichkeit“ genannt. Im Idealfall ist es so: Wer migriert, erwirbt Flexibilität und Spontaneität, enorme Vorteile in der globalisierten Welt. International tätige Unternehmen haben die Chance erkannt.

Bei einer Umfrage der Hays AG, einem weltweit führenden Unternehmen für die Rekrutierung von Spezialisten, gab die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmer als Grund, warum man Ausländer beschäftige, folgendes an: „Wir benötigen für unsere Geschäfte interkulturelle Kompetenz“. Kosteneinsparung spiele nur eine Nebenrolle. Migranten haben, wenn sie denn einmal in

ihrem Gastland arbeiten, den Ruf, beweglich, intelligent, offen, widerstandsfähig, risikobereit und sprachgewandt zu sein. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Migranten Vermittler sozialen Fortschritts in ihren Herkunftsländern sein können. Kehren Migranten mit gewonnenen Erfahrungen in die alte Heimat zurück, kann sich für diese der ursprüngliche Brain-Drain in einen Brain-Gain verkehren, in einen Zuwachs an Erfahrung, Wissen und Geld.

Das ist ein schöner Hinweis – aber eine Politik, die die zirkuläre Migration zur Grundlage ihrer Einwanderungspolitik macht, ist heikel, wenn sie, weil sie auf zirkuläre Migration, also auf Rückwanderung setzt, die Integration schleifen lässt.

Kürzlich hat eine Studie des Auswärtigen Amts – jetzt verlasse ich den Bereich der europäischen Binnenmigration – belegt, dass die meisten Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten der gebildeten Mittelschicht entstammen. Und zunehmend sind Einwanderer sogar besser qualifiziert als Einheimische. In Deutschland sind 29 Prozent der Migranten Akademiker, in der Gesamtbevölkerung sind es nur 19 Prozent.

Schon lange plädieren globale Wirtschaftsinstitute daher dafür, Migration und Mobilität nicht mehr als Problem zu sehen, sondern als Chance. Und zwar nicht, weil sie die billigeren Arbeitskräfte sind. Dilip Ratha, Leiter der Einwanderungsabteilung der Weltbank, sagte am Rande der Frühjahrstagung 2014 zum Ersten Deutschen Fernsehen, Migranten gehörten zu den „wichtigsten Investoren unserer Zeit, weil sie etwas aufbauen wollen“.

Sprachgewandt, interkulturell, mobil und aktiv – wunderbar! Die Türken sind dafür ein Paradebeispiel. Aus der Wanderung Hunderttausender in Richtung Mittel- und Nord-europa seien, so sagt der deutsche Kulturwis-

senschaftler Klaus Leggewie, „hochmobile Kohorten“ entstanden, „die sich zwischen der Türkei und Europa bewegen, ohne ihre nationale Identität ganz aufzugeben“. Gewiss ist es so, dass solche Kulturwandler nicht nur den Kulturbetrieb, sondern auch die Gesellschaften bereichern. Es ist daher Zeit, heißt es in den Kultur-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, in den Migranten nicht länger Tagelöhner zu sehen, sondern potenzielle Unternehmer. Und es wird empfohlen, nicht mehr von Migration zu reden, sondern von Mobilität.

Hochmobile Kohorten

Wenn ich diese schönen und gehaltvollen Analysen über den Wert der Mobilität lese, kommt mir ein Bild, eine Karikatur in den Sinn, die im Flur meiner Wohnung hängt: Da sieht man Flüchtlinge, deren Boot abgesoffen ist, hilflos im Mittelmeer treiben. Ein Rettungsschiff nähert sich und jemand ruft den Schiffbrüchigen fragend zu: „IT-Spezialisten oder Ingenieure dabei?“ Es ist dies ein bitteres Bild der europäischen Realität jenseits der schönen Worte und Analysen. Die EU schottet sich ungeachtet all der schön geschilderten Erkenntnisse ab. Im Mittelmeer erreicht diese Abschottung eine grausame Potenz. Diese Frontex- und Eurodac-gestützte Abschottung wird dem Migrationsdruck mittelfristig ohnehin nicht standhalten können.

Die Geschichte zeigt: Wenn und wo es Migrationsgründe gibt, werden Menschen migrieren – und gerade in Afrika und Asien gibt es ausreichend Gründe zur Auswanderung, von denen nicht wenige in der Handelspolitik der Industriestaaten ihren Ursprung haben. Die reichen Länder beschränken sich jedoch darauf, Geld in Form von Entwicklungshilfe in den Süden zu pumpen – die

in dieser paternalistisch verabreichten Form immer weniger willkommen ist.

Es gäbe schon ein Mittel, um die Verhältnisse in den Herkunftsländern zu verbessern: gerechten Handel. Solange europäische Butter in Marokko billiger ist als die einheimische, solange französisches Geflügel in Niger weniger kostet als das dortige, solange schwimmende Fischfabriken alles wegfangen, was zappelt – so lange muss man sich etwa über den Exodus aus Afrika nicht wundern. Die EU-Subventionspolitik ist auch eine Politik, die Fluchtursachen schafft. Sie sorgt für die schmutzigen Flecken auf der Weste der Friedensnobelpreisträger-Union. Gegen eine falsche Politik helfen keine neuen Mauern und keine Flüchtlingsauffanglager an den Küsten. Solche Versuche fördern nur die Illusion, europäische Exportlebensmittel weiter subventionieren zu können und den europäischen Reichtum nicht teilen zu müssen. Der Kaiser, der in Max Frischs gleichnamigem Stück „Die chinesische Mauer“ bauen lässt, tut dies, „um die Zukunft zu verhindern“. Dieser Kaiser hat in Europa seine Kommissare.

Wir propagieren die offene Gesellschaft, ich tue das auch. Nicht wenige in unserem Land erschrecken davor, sie empfinden sich als schutzlos, sie haben das Gefühl, die Kontrolle über das Schicksal zu verlieren. Wel-

„Solange europäische Butter in Marokko billiger ist als die einheimische, solange französisches Geflügel in Niger weniger kostet als das dortige, solange schwimmende Fischfabriken alles wegfangen, was zappelt – so lange muss man sich über den Exodus aus Afrika nicht wundern.“

che Sicherheit braucht eine Gesellschaft, um Einwanderung akzeptieren zu können? Gefährlich wird es, wenn die Migration instrumentalisiert wird für eine Ordnungspolitik der Überwachung, die an die Stelle von Sozialpolitik tritt. Eine gute Integrationspolitik ist ein Teil der Sozialpolitik.

Integration verlangt nicht nur von den Neubürgern viel, sondern auch einiges von den Altbürgern. Integration stellt alte Gewissheiten in Frage. Einwanderung verändert die Gesellschaft: Die meisten Deutschen haben es sich bisher nicht bewusst gemacht, wie tief diese Änderung geht. Wir Altbürger haben, als uns klar geworden ist, dass viele Einwanderer, auch die aus der Türkei, nicht mehr in ihre alte Heimat zurückkehren, mehr oder weniger fordernd auf deren Integration gewartet und geglaubt, wir erbrächten unsere eigene Integrationsleistung schon damit, dass wir Döner Kebab essen.

Hauptaufgabe der Sozialisation in einem Einwanderungsland Deutschland wird es sein müssen, Heterogenität als Normalität nicht nur zu ertragen, sondern zu akzeptieren und zu respektieren. Es geht nicht nur um Toleranz, es geht um Respekt voneinander. Ob man das Multikulturalität oder Buntheit oder sonst wie nennt, ist mir gleichgültig. Ich habe den Eindruck, dass das Bewusstsein dafür wächst, dass Einwanderung auch kulturellen Reichtum bringt.

Als ich Jura studiert habe und wir im strafrechtlichen Seminar die Probleme diskutiert haben, die sich in den Diebstahlparagrafen im Strafgesetzbuch ergeben, da sagte mein Professor über einen Dieb, der Nahrungsmittel stiehlt und sie sofort verputzt, den schönen Satz: „Die Insignahme ist die intensivste Form der Ansichnahme.“ Würde dieser Satz auch für die Einwanderungsgesellschaft gelten – dann wären wir schon erheblich weiter. Einwanderung darf nicht nur



in Gaststätten und Einwohnermeldeämtern stattfinden. Aneignung von Einwanderung sieht anders aus: Sie findet an den Schulen statt, sie zeigt sich in den Lehrplänen aller Schularten, in den Schulbüchern, sie zeigt sich auf den Spielplänen der Theater und auch in der Art und Weise, wie wir über die Integration diskutieren.

Der Umsatz der ausländischen Gaststätten in Deutschland ist kein Gradmesser für Integration. Integration ist viel mehr als die Addition der Dönerbuden in den deutschen Fußgängerzonen. Integration ist mehr als das In-sich-Hineinstopfen von Dingen, die einem schmecken, und sie ist mehr als die Annahme von Leistungen, die man gerade braucht. Integration bedeutet, Migranten eine neue Heimat zu geben und Integration bedeutet, dass Migranten eine neue Heimat finden. Der Migrant ist kein Einzelwesen, er ist kein Einzeller. Er hat womöglich Kinder, er hat Familie – er braucht das Gefühl, das Wissen, das Erleben und die Erfahrung, dass auch sie willkommen sind.

Wollen wir ein Europa, in dem allein die unbegrenzte Leistungsfähigkeit zählt und sonst nichts, in dem es nur um den Marktwert geht, in dem der Wert des Menschen nur am Lineal der Ökonomie gemessen wird? Das Menschenbild der modernen Ökonomie ist der homo faber mobilis. Der bloße homo faber ist Vergangenheit. Er war der Mensch der Moderne. In der Postmoderne reicht es angeblich nicht mehr, wenn der homo faber, wenn der Mensch einfach arbeitet. Er muss ein homo faber mobilis sein, er soll in höchstem Maß flexibel, mobil und anpassungsfähig sein. An seiner Arbeitslosigkeit ist danach angeblich nicht zuletzt derjenige selbst schuld, der keine Arbeit hat – wäre er genügend mobil, flexibel und anpassungsfähig, wäre er also nicht zu bequem, dann hätte er ja Arbeit. Viele Wirtschaftsinstitute und

„Einwanderung darf nicht nur in Gaststätten und Einwohnermeldeämtern stattfinden. Aneignung von Einwanderung sieht anders aus: Sie findet an den Schulen statt, sie zeigt sich in den Lehrplänen aller Schularten, in den Schulbüchern, sie zeigt sich auf den Spielplänen der Theater und auch in der Art und Weise, wie wir über die Integration diskutieren.“

Politiker verlangen daher den neuen Menschen, den von mir so genannten homo faber novus mobilis, den unglaublich mobilen, den unglaublich flexiblen, den unglaublich robusten und durch nichts zu irritierenden, unglaublich anpassungsfähigen Menschen, den Menschen also, der über seine Grenzen und Behinderungen hinauswächst. Das Menschenbild des modernen Ökonomen ist der homo faber novus mobilis.

Die Realität, im Nationalstaat wie in Europa, kennt da freilich gewisse Grenzen: Im Gegensatz zu den Schnecken trägt der Mensch seine Behausung nicht mit sich herum. Und er hat, auch deshalb, weil er auch im Gegensatz zu den Schalenweichtieren kein Zwitter ist, andere soziale Bedürfnisse, die sich unter anderem darin äußern, dass er einen Lebenspartner sucht, eine Familie gründet, im Sport- oder Gesangsverein aktiv ist, dass seine Kinder zur Schule gehen und Freunde haben. Das setzt der ganz großen und der ganz unentwegten Mobilität, der unbegrenzten Einsetzbarkeit und Verfügbarkeit, gewisse Schranken. Wenn man über Migration redet, wenn man für eine offene Gesellschaft wirbt – dann kann und darf man nicht

davon ausgehen, dass es da um Menschen ohne Kinder, ohne Familie und ohne soziale Beziehungen geht.

Migration darf nicht zu andauernder Entwurzelung führen, nicht zur Heimatlosigkeit. Bei aller Wertschätzung von Migration darf das Bedürfnis nach Beheimatung, nach Sesshaftigkeit, nach Kontinuität nicht vergessen werden. Anders gesagt: Europa sollte kein Kontinent von Flachwurzlern werden. Flexibilität und Mobilität sind nicht Selbstzweck. Greencards und Bluecards können wichtig sein; der Abbau von bürokratischen Hürden, die die Migration erschweren, ist wichtig. Die unkomplizierte Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen ist auch wichtig.

Aber: Lebens“lauf“ sollte nicht zum Synonym für ein neues Nomadentum werden. Der Mensch braucht Heimat auch in flüchtigen Zeiten. Das ist der Sinn und das Ziel von Integration.

Der Schriftsteller Joseph Roth, der die untergegangene Donaumonarchie, den Vielvölkerstaat betrauerte, schrieb vor über 80 Jahren: „Die Völker suchen vergeblich nach den sogenannten Nationaltugenden, die noch fraglicher sind als die individuellen. Deshalb hasse ich Nationen und Nationalstaaten. Meine alte Heimat war ein großes Haus mit vielen Türen. Mit vielen Türen und Zimmern, für viele Arten von Menschen, und dieses mein Haus ist zerteilt, gespalten und zertrümmert. Ich habe dort nichts mehr zu suchen. Ich bin gewohnt in einem Haus zu leben und nicht in Kabinen.“

Und es ist schon merkwürdig: In einer Zeit, in der das Haus Europa hergestellt wird und die Regierungschefs der Europäischen Union in ihren Konferenzen über die Innenarchitektur dieses Hauses verhandeln, wird in Wahlkämpfen von immer mehr Parteien in Frankreich, Ungarn, Tschechien, Belgien, in

Holland, in Italien, auch in Deutschland, der Stolz auf die alten Kabinen hochgehalten und der Dünkel, ein Kabinenbewohner zu sein, wird wieder gepflegt. Europa soll ein großes Haus sein, ein Haus für verschiedene Völker, verschiedene Religionen, verschiedene Kulturen, ein Haus, in dem eine gewaltige Geschichte ihren Platz hat – und in dem diese Geschichte auch Mahnung ist.

Kurz vor seinem Tod im Jahr 2004 habe ich mit dem alten, weisen Wiener Kardinal Franz König gesprochen – es war damals eine Zeit, in der in österreichischen Wahlkämpfen besonders heftig gegen Ausländer und Einwanderer gehetzt wurde. Kardinal König sagte in diesem Interview einen europäisch-programmatischen Satz: „Wir haben so viele verschiedene Kulturen auf heimatlichem Boden. Dieser Reichtum darf nicht nivelliert werden; er muss das vereinte Europa prägen“. Bisweilen hat auch ein Kardinal vollkommen und unbedingt und ohne jede Abstriche recht. Genau so ist es. Der Reichtum der Sprachen, der Kulturen, der Traditionen, der Religionen und der Menschen – er muss hineingenommen werden in unser Deutschland und in die Europäische Union. Das ist Willkommenskultur. Das ist moderne Demokratie. Das ist Europa. Das bringt Frieden und Wohlstand. Das schafft die Heimat Europa.

Heribert Prantl ist Mitglied der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ und Leiter des Ressorts Innenpolitik.

Ein Prost auf den Cocktail der Identitäten Die Moderne ist charakterisiert durch anhaltenden und sich zudem beschleunigenden Wandel. Statt statischer Zusammenhänge gibt es deshalb eine fluide und dynamische Realität, die von den Menschen, Regierungen und anderen Akteuren regelmäßige Anpassung verlangt. Wir sollten davon ausgehen, dass Menschen im Allgemeinen kulturelle Vielfalt begrüßen, ihre Potenziale erkennen und möchten, dass es gut funktioniert.

Von Aurelie Broeckerhoff, Phoebe Griffith und Mike Hardy



mer mehr durch ein vielschichtiges und facettenreiches Netz unterschiedlicher Identitäten charakterisiert. Wie sollen wir auf die tiefgreifenden Veränderungen reagieren – angesichts dieser neuen Arten kulturell vielfältiger Gemeinschaften und den Erfahrungen eines rapiden sozialen Wandels, den großflächige Migration mit sich bringen kann?

Die Debatte hierzu wird von zwei Sichtweisen dominiert: Die erste sieht einen größtenteils zerstörerischen Einfluss von Vielfalt auf Communities und plädiert für politische Interventionen, um dagegen anzugehen. Die zweite Sichtweise sieht mehr auf den vorteilhaften Einfluss von Vielfalt und hält eine Anpassung im Laufe der Zeit statt des politischen Vorgehens der Regierung für den besten Weg, um mit möglicherweise auftretenden Spannungen umzugehen.

Kreislauf aus Polemik und Zurückweisung

Tatsache ist: Diese beiden konträren Vorstellungen haben sich in einem wenig hilfreichen Kreislauf aus Polemik und Zurückweisung verfangen. Dies geschah auf Kosten echter Recherche und beweisorientierter Politik. Sinnvoll ist hier eine eher einheitsstiftende Herangehensweise. Diese ist nicht durch die Mutmaßung motiviert,

Mobilität und Migration zeichnen das Leben im 21. Jahrhundert aus. Mit ihnen wächst und verändert sich die Vielfalt in Europa. Sie ist nicht mehr nur ein urbanes Phänomen – auch kleinere Städte und Dörfer haben eine zunehmend komplexe und vielschichtige Demografie. Der Charakter der Vielfalt, ihre Quellen und Ausdrucksformen haben sich multipliziert. Schaut man sich die Migration genauer an, sieht man: In Gesellschaften gibt es eine immer größere Bandbreite an Herkunftsländern, Migrationswegen und Arten des Migrantenstatus. Die meisten demografischen Prognosen deuten darauf hin, dass diese Trends zu immer größerer Komplexität wahrscheinlich anhalten und sich zukünftig sogar noch verstärken.

Die Folge: Das Zusammenleben ist im-

Vorteile der Vielfalt durch die Intervention des Staates (oder anderer) zu nutzen, sei eine exklusive Alternative dazu, einfach die Zeit „heilen“ zu lassen. Ein politischer Rahmen, der explizit sowohl Schadensbegrenzung durch direkte Intervention zulässt als auch das wachsende Gefühl „gegenüber Wandel und Vielfalt entspannt“ zu sein, das mit der Zeit entstehen kann, wird wohl eher zukunftsweisend sein.

Diese Sicht der Dinge berücksichtigt Forschungsergebnisse in Großbritannien, die zeigen, wie die selbst erlebte Vielfalt diese in vielen Fällen normalisiert, aber auch, dass immer noch strukturelle Ungleichbehandlungen und Spannungen existieren. Sie ist verankert in einem Interesse an gelebter Vielfalt und bietet somit womöglich einen erfolgreicherer Weg, um über Themen der kulturellen Integration nachzudenken.

Was wir als die „interventionistische Herangehensweise“ bezeichnen, gründet in der Haltung, sowohl Migration als auch die aus ihr resultierende größere Vielfalt stellen die Gemeinschaftlichkeit moderner westlicher Demokratien infrage und seien für diese an sich schädlich. „Interventionisten“ haben drei grundlegende Herausforderungen ausgemacht, die durch Vielfalt entstehen.

Erstens sehen sie eine Bedrohung für Gemeinschaftssinn und Gegenseitigkeit, die moderne Wohlfahrtsstaaten stützen. Da die

„Schadensbegrenzung durch direkte Intervention als auch das wachsende Gefühl ‚gegenüber Wandel und Vielfalt entspannt‘ zu sein, das mit der Zeit entstehen kann, wird wohl eher zukunftsweisend sein.“

menschliche Natur uns dazu konditioniert, so argumentieren sie, nach dem zu suchen, was uns ähnlich sei (man nennt das „Homophilie“), vertrauten sich die Menschen weniger oder seien weniger bereit, zu kooperieren, wenn die Bevölkerungen vielfältiger sind. Also zerbreche der Konsens für eine umverteilende Politik, die in Europa auf einer gemeinsamen Identität beruhe.

Zweitens meinen sie, dass die neu ankommenden Migranten zu einem Gefühl des Verlusts von Gemeinsamkeit beitragen, indem sie Bindungen an ihre Herkunftsländer erhalten und Werte sowie Lebensstile importieren, die vom europäischen Standard abweichen. Es fiel ihnen unter Umständen schwerer, sich aktiv am lokalen Leben zu beteiligen oder sie bauten sich alternative Netzwerke auf oder bewegten sich weiterhin in einer Diaspora von Menschen aus ihren Heimatländern, um ihre Verbundenheit auszudrücken oder ihr Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu befriedigen.

Aus solcher Sicht besteht vor allem die Gefahr paralleler Lebenswelten innerhalb bestimmter Gemeinschaften oder Gegenden. Sie geht davon aus, dass dies Abschottung befördert und jeglichen Sinn für Gemeinschaft erschwert. Sichtbare und spürbare Unterschiede, etwa in Kleidung, Ernährungsweise, Sprachen und Einkaufsgewohnheiten – Merkmale des täglichen Lebens – werden als Hindernisse für den sozialen Zusammenhalt betrachtet.

Zum Dritten betonen Interventionisten, moderne Gesellschaften würden bereits jetzt durch wachsende Fluktuation und Flüchtigkeit charakterisiert, und dies noch mehr zur Herausforderung werden könne, wenn Gesellschaften noch vielfältiger sind. Vor diesem Hintergrund argumentieren Interventionisten, dass zunehmende Vielfalt Fragmentierungen und Teilungen sichtbarer

machen kann. Sie wird also mit einer Auflösung sozialer Bindungen und Beziehungen in Verbindung gebracht – eine Art sich selbst verstärkender Prozess. Letztlich kann dies zu Unsicherheit führen und einem Verlust des Zugehörigkeitsgefühls – insbesondere in dem Teil der Gesellschaft, der nicht die gleiche Geschichte von Mobilität hinter sich hat oder vielleicht eher dazu neigt, angesichts des Wandels Ängste zu entwickeln.

Diejenigen, die sich aufgrund der Risiken dieses Wandels unwohl fühlen, suchen womöglich nach Strategien, die ihnen ein Gefühl der Sicherheit geben. Solche Strategien sind etwa die wachsende Unterstützung für xenophobe politische Parteien oder die räumliche Zusammenballung, indem man homogene Gegenden zum Leben sucht. Beide Beispiele tragen wiederum zu noch mehr Abschottung und Fragmentierung bei.

Als Konsequenz daraus sehen Interventionisten eine wichtige Rolle der Regierung darin, kulturelle Integration aktiv zu fördern. Da die Vielfalt immer größer wird, so meinen sie, müssen Staaten proaktive Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass fragmentierte Gruppen innerhalb der Gesellschaft zueinander passen.

Die Bürde wird dabei vor allem den Neuankömmlingen auferlegt. Sie werden aufgefordert, sich an die Kultur ihres neuen Heimatlands anzupassen. Aufgestellt wird eine klare Agenda: Jenseits von Arbeit, Steuerzahlungen und Gesetzestreue sollen Neuankömmlinge dazu ermutigt werden, am sozialen und kulturellen Leben ihrer Gastländer aktiv teilzunehmen und Interessen zu vertreten. Und die Politik sollte ihre Beteiligung fördern. Strategien sollten zunächst die Sprachkenntnisse fördern. Der Staat sollte Migranten zum Zeitpunkt der Einbürgerung (oder vorher) testen und sicherstellen, dass sie Zugang zu Sprachunterricht haben

und diesen auch nehmen müssen. Zudem sollten Schritte unternommen werden, damit Neuankömmlinge über die Kultur und den Lebensstil ihrer neuen Länder lernen.

Es ist notwendig, dass sie sich zu einem bestimmten Grad den Rechten und Pflichten der Bürgerschaft, liberalen Werten und der lokalen Community verpflichtet fühlen. Sie sollten gegenüber den europäischen Staaten ein gewisses Maß an Loyalität zeigen. Etliche europäische Länder verlangen bei der Einbürgerung von Migranten, dass sie über Wissen zu Geschichte und Werten ihres neuen Heimatlandes verfügen. Und einige europäische Länder behindern immer noch die doppelte Staatsbürgerschaft.

Regierungen haben auch aktive Maßnahmen ergriffen, um mit Abschottung in den Gemeinschaften umzugehen. Die letzte Labour-Regierung in Großbritannien verfolgte etwa die Politik, den Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu fördern. Ziel dabei war, die Hebel des Staates zu nutzen, um Segregation zu bekämpfen, Interaktionen zu fördern und so Gemeinsamkeit zu generieren.

Zu den Strategien gehörten auch die Reduzierung der finanziellen Förderung für einzelne ethnische Organisationen. Stattdessen wurde Geld in die Hand genommen um die englische Sprache zugunsten von Übersetzungsdiensten zu fördern und es wurden sogar fremdsprachige Zeitungen aus öffentlichen Bibliotheken genommen. In etlichen britischen Städten wurden Wege gesucht, um die Durchmischung innerhalb des Bildungssystems und im Wohnungswesen zu fördern.

Vielfalt als natürliche Evolution

Den zweiten Ansatz kann man als „adaptionistische“ Perspektive bezeichnen. Deren

„Es könnte auch sein, dass nicht Vielfalt Quelle echter Besorgnis ist, sondern diese Stellvertreterfunktion hat für andere Frustrationen der sozial Abgehängten, die mit übergeordneten strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu tun haben, aber nicht direkt mit Migration und Vielfalt.“

Verfechter sehen Vielfalt als natürliche und fortlaufende Evolution innerhalb moderner Gesellschaften und vertrauen auf die Fähigkeit von Communitys und Individuen, sich im Laufe der Zeit an zunehmende Vielfalt zu gewöhnen. „Adaptionisten“ verweisen auf die wünschenswerten Eigenschaften besonders bunter und vielfältiger Orte als Zentren der Toleranz und kulturellen Mischung.

Sie gehen davon aus, dass Menschen in durch Vielfalt geprägten Gegenden auf natürlichem Weg Fähigkeiten erwerben, die notwendig sind, um sich in einer komplexen kulturellen Mischung zurechtzufinden. Vielfalt wird also normalisiert und die Menschen sind in der Lage, erfolgreich miteinander in Beziehung zu treten.

Adaptionisten sehen das Risiko, dass eine proaktive Politik, die kulturelle Integration fördern will, kulturelle Unterschiede verstärkt. Statt zu intervenieren sollte man lieber auf den Faktor Zeit setzen. Schließlich sei die Skepsis gegenüber Migranten und Vielfalt dort am größten, wo die Alteingesessenen wenig Erfahrung mit Einwanderern haben.

Es könnte auch sein, dass in Wahrheit nicht die Vielfalt die Quelle echter Besorgnis ist, sondern diese vielmehr Stellvertre-

terfunktion hat für andere Frustrationen der sozial Abgehängten, die mit übergeordneten strukturellen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen zu tun haben, aber nicht direkt mit Migration und Vielfalt.

Adaptionisten vertreten auch die Haltung, dass Neuankömmlinge keine besondere Gefahr für die Stabilität von Communitys oder für den sozialen Zusammenhang darstellen. Im Gegenteil, sie seien widerstandsfähiger, eigenständiger und unternehmerischer. Vielmehr belebten sie andernfalls untergehende Gesellschaften alternde Gesellschaften. Segregation sei lediglich Konsequenz eines Gefühls der Verletzlichkeit in feindseliger Umgebung (Menschen suchten natürlich nach ihresgleichen, wenn die anderen sie nicht willkommen hießen).

Statt nun politische Strategien zu entwerfen, die Individuen dazu verpflichten, tiefere soziale Bindungen innerhalb ihrer lokalen Stadtviertel einzugehen, sollten die Menschen dazu ermutigt und befähigt werden, anpassungsfähiger, mobiler und offener zu sein, damit sie Beziehungen in und jenseits der Schauplätze ihres Alltags aufbauen können. Mit dieser Unterstützung, so glauben Adaptionisten, sind die Menschen besser in der Lage, sich im Laufe der Zeit an Vielfalt anzupassen.

Politische Strategien dagegen förderten eher die Teilung, denn die Zielgruppen fühlen sich am Ende als Opfer. Deshalb ziehen sie sich eher zurück oder sind weniger dazu bereit, sich an einem Mainstream zu beteiligen, der sie argwöhnisch betrachtet. Und so suchten sie Rückhalt bei Menschen, bei denen die kulturelle Affinität größer ist. Praktisch gedacht ist es kontraproduktiv, das Streben nach Gemeinschaftlichkeit als „Zusammenhalt der Community“ oder „Integration der Migranten“ einzuordnen. Denn statt Menschen wahrhaft zu verbinden, wird

es dann zu einer Zielgruppenübung. Ebenso verhindere es eher Geselligkeit als dass es sie fördert, wenn Menschen je nach ihrem Migrantensstatus, ihrer Nationalität oder ethnischen Herkunft etikettiert werden. Diese Herangehensweise betont eher, was trennt, als das, was verbindet.

Fakt ist: Die Erfahrungen besonders vielfältiger und scheinbar auch erfolgreicher Gemeinschaften zeigen, dass Prozesse der Sozialisierung, die im Laufe der Zeit vor sich gehen, viel effektiver sind als Programme, die es sich explizit zum Ziel setzen, die kulturelle Integration zu fördern. Regierungspolitik funktioniert per definitionem von oben nach unten und ihr fehlt die Legitimität auf der Ebene der Communitys. Deshalb ist sie nicht gut dazu geeignet, zwischen Menschen Brücken zu bauen. Zudem ist die Regierungspolitik zu abgehoben von der Realität, den alltäglichen Sorgen und Dynamiken, wie bedeutungsvolle Beziehungen entstehen.

Fest steht auch: Debatten über den Nutzen und die Herausforderungen von Migration und Vielfalt sowie über politische Ansätze sollten positiv und konstruktiv geführt werden. Die Macht, das Potenzial und die Realität kultureller Integration im heutigen Europa sollte realisiert werden. Polemik und Zurückweisung sind hier fehl am Platze. Wichtig ist es, die Menschen „da abzuholen, wo sie sind“ und sich nicht in einer Richtlinienpolitik zu verfangen.

Die zukünftige Politik zur kulturellen Integration benötigt also offenere und fundiertere Ansätze, um die Dynamiken vielfältiger Gesellschaften zu verstehen und einen kreativeren Weg zu finden, um diese Erkenntnisse für die Politik fruchtbar zu machen. Jede Politik, die Themen der kulturellen Integration behandelt, indem sie die Bürde und Verantwortung einer bestimmten

sozialen Gruppe oder einem Teilaspekt der Dynamik zuweist, scheitert daran, Fragen nach Gemeinschaft und Integration in ihrer ganzen Komplexität zu behandeln. Um die Dynamiken lokaler Stadtteile zu verstehen, braucht es Klarheit über soziale Beziehungen und Interaktionen.

Politische Herangehensweisen, die nicht Feinheiten und Komplexitäten in dem sich entwickelnden sozialen Gewebe der europäischen Gesellschaften unterscheiden, sind kein passendes Instrument, um ein Ziel der kulturellen Integration oder auch den Weg dahin zu beurteilen. Krude Maßnahmen wie etwa mit Ja oder Nein auf eine Frage der nationalen Zugehörigkeit zu antworten, werden den „Cocktail-Identitäten“ der Menschen nicht gerecht.

Bewegliche Ziele

Europa muss neu darüber nachdenken, wie es die Qualität dieser Debatte verbessert und ein Narrativ entwickelt, das diejenigen politischen Maßnahmen und Interventionen unterstützt, die tatsächlich eher die gelebte Realität der Menschen in ihrem Alltag widerspiegeln.

Ein Anfang ist, Voraussetzungen und Prinzipien anzuerkennen, welche die kulturelle Integration und den Weg dorthin unterstützen. Dazu gehört, den Fortbestand kulturell vielfältiger Communitys anzuerkennen, die sowohl aufregende und bereichernde Möglichkeiten bieten als auch Herausforderungen für ein geregeltes Zusammenleben.

Uns sollte klar sein, dass die Moderne charakterisiert ist durch anhaltenden und sich zudem beschleunigenden Wandel. Statt statischer Zusammenhänge gibt es deshalb eine fluide und dynamische Realität, die von

den Menschen, Regierungen und anderen Akteuren regelmäßige Anpassung verlangt. Wir sollten davon ausgehen, dass Menschen im Allgemeinen kulturelle Vielfalt begrüßen, ihre Potenziale erkennen und möchten, dass es gut funktioniert.

Dies bedeutet dann, unvermeidliche Unzulänglichkeiten zu akzeptieren anstatt das ganze Projekt aufgrund der Schwierigkeiten und Kosten kurzerhand aufzugeben. Statt weiter zurückzuschauen auf nostalgische Darstellungen von Verlust und Stabilität, sollten wir nach vorne sehen und uns auf Prognosen und die „Sicherung der Zukunft“ konzentrieren. Ein neuer Ansatz sollte beinhalten, dass man sowohl von den Haltungen der Interventionisten als auch der Adaptionisten lernt, dabei aber die Grenzen dieser Herangehensweisen erkennt.

Zudem ist sehr fraglich, ob ein Ansatz für alle passt. Gleichzeitig gilt: Lokalität ist wichtig. Langfristige und fortlaufende Studien darüber, wie Wandel in Stadtvierteln mit verschiedenen Graden an Homogenität und Vielfalt erlebt wird, sind notwendig. Zudem kommt es darauf an, die Katalysatoren des Wandels und die Reaktionen darauf zu verstehen sowie auch den Punkt zu erkennen, an dem Wandel nicht als Fortschritt, sondern womöglich als Bedrohung wahrgenommen wird. Diese Herangehensweise hilft dabei, bestimmte politische Vorgehensweisen auf die Bedürfnisse der jeweiligen Community abzustimmen.

Aktuelle Herausforderungen zu analysie-

„Langfristige und fortlaufende Studien darüber, wie Wandel in Stadtvierteln mit verschiedenen Graden an Homogenität und Vielfalt erlebt wird, sind notwendig.“

ren, bedeutet, dass wir mögliche Herausforderungen in der Zukunft besser antizipieren können und kulturelle Integration neu gestalten – als zentrales Anliegen statt als Nachklapp oder Konsequenz des Wandels. Es erfordert womöglich mehr Einsicht und Zeit, unbeabsichtigte Konsequenzen der Intervention und der Nicht-Intervention sowie mögliche künftige Veränderungen zu bedenken. Aber es dürfte sich lohnen.

Statt gute oder schlechte Auswirkungen nach sich zu ziehen, können kulturelle Beziehungen vor allem einen Beitrag leisten in unserem heutigen Leben. Eine nationale oder gar regionale Migrationspolitik zu entwickeln, da Migration die kulturelle Integration schwieriger macht – entweder unmittelbar oder auf lange Sicht – erscheint hier als falscher und wahrscheinlich sinnloser Ansatz.

Besser wäre eine weniger separierende Vorgehensweise, indem man hart daran arbeitet, im Einklang mit der nationalen und regionalen Politik Menschen dabei zu helfen, mit dem Wandel zurechtzukommen und gleichzeitig dessen Geschwindigkeit und Ausmaß, wo es möglich ist, reduziert. Wohin führen diese Prinzipien nun Politiker und in welche Richtung müssen wir denken, um einen alternativen Weg zu gehen?

Der „Angst vor dem Anderen“, die so sehr mit Vielfalt verbunden ist, kann man begegnen, indem man sich dafür einsetzt, dass Vielfalt nicht länger stellvertretend für andere reale und strukturelle Sorgen über wirtschaftliche und soziale Bedingungen und Verteilungsprozesse ins Feld geführt wird. Wir können Einschätzung und Analyse langfristiger Anliegen und eine größere Symmetrie herstellen zwischen der politischen Zeitrechnung und gesellschaftlichen Trends. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, den lokalen Wandel besser zu ver-

stehen sowie auch seinen Beitrag zur Ausbildung von Vorurteilen.

Die Agenda wird einige neue Gebote beinhalten, aber lässt, so glauben wir, die Polemik und Zurückweisung hinter sich, die wir in aktuellen Debatten beobachten. Wir müssen anerkennen, dass kulturelle Vielfalt ein charakteristisches Merkmal unseres Alltags bleiben wird. Und ebenso, dass die Vorstellung von einer kulturellen Integration weniger ein erreichbarer Endzustand ist als eine Bewältigungsstrategie.

Aurelie Broeckerhoff ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre for Trust, Peace and Social Relations und Doktorandin der Coventry Business School. Sie interessiert sich besonders für Studien, die sich mit Themen der gelebten Erfahrung von Vielfalt, Moderne und Konsumkultur in Städten befassen. Sie hat Fachwissen im Bereich des nationalen und internationalen Projekt- und Forschungsmanagements. In ihrem beruflichen Werdegang hat sie sich mit internationalen und interkulturellen Beziehungen beschäftigt, wie in der Arbeit für den British Council und das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) sowie mit Sozial- und Integrationspolitik in ihrer Arbeit für das Institute of Community Cohesion (iCoCo).

Phoebe Griffith ist Forschungsstipendiatin am Centre for Peace, Trust and Social Relations der Coventry University und stellvertretende Leiterin für Migration und Integration am Institute for Public Policy Research (Großbritanniens führendem Thinktank). Zuvor war sie Programmleiterin bei der Young Foundation, wo sie ein Forschungsprogramm über die Förderung von Zivilität im heutigen Großbritannien leitete. Als Manager für Forschung und Partnerschaften des Barrow Cadbury Trust entwickelte sie ein großangelegtes Forschungs- und Förderprogramm, das sich schwerpunktmäßig mit den Herausforderungen für die immer vielfältiger werdenden urbanen Räume beschäftigt.

Mike Hardy ist Professor und Direktor des neuen Centre for Trust, Peace and Social Relations der Coventry University. Mit mehr als 50 Wissenschaftlern arbeitet das Zentrum an einer Reihe von Sicherheitsthemen – von Friedensarbeit in Konfliktregionen weltweit bis zum Einfluss unterschiedlicher Glaubensrichtungen auf den sozialen Zusammenhalt. Seine aktuelle Forschung untersucht die Auswirkungen von Außenpolitik auf den Zusammenhalt im Landesinneren. Hardy ist Berater für interkulturellen Dialog und unterstützt unter anderem die Regierung von Aserbaidschan und die Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen.

Mehr Teilhabe, mehr Interaktion Das Argument, dass Beteiligung Bürgerschaft verbessert und Integration fördert, ist nicht neu. Tatsächlich gehört es zu den Prämissen der Immigrations- und Kulturstudien. Neu ist die Forschungsrichtung, die versucht, kulturelle Teilhabe und Bürgerschaft zu verbinden. Schließlich: Kultur ist ein strategisches Gut, da sie die Kapazität der Bürger, mit Veränderung umzugehen und sich somit selbst zu regieren, verbessert. Diese strategische Rolle rechtfertigt die Investitionen in Kultur. *Von Ricard Zapata-Barrero*



Wie Kultur als Kommunikationsform unter Bürgern wirkt, ist bisher eher weniger erforscht worden, obgleich Kultur eine elementare Strategie für die Einbindung von Vielfalt sein kann. In Zeiten der Finanzkrise und eines wachsenden wirtschaftlichen Ungleichgewichts ist womöglich das Interesse kleiner, die mit Einwanderern verbundene Vielfalt in die öffentliche Kultur zu integrieren.

Doch die Integrationsfrage rechtfertigt, Kultur wirtschaftlich zu fördern, die nach Jahren der Wirtschaftskrise vor allem von der Ausgabenseite betrachtet wird. Hier möchte ich Kultur als öffentliches Investment für die Verbesserung der Bürgerschaft untersuchen, insbesondere dann, wenn die gesellschaftlichen Umstände das Risiko erhöhen, Rechte zu verlieren, die Ausgrenzung von Einwande-

rnern zu befördern und, kurz gesagt, Bürgerschaft zu entwerfen.

Das Interesse, kulturelle Bürgerschaft in Kontexten der Vielfalt zu untersuchen, rührt von der in Gang gekommenen Debatte darüber, was die beste Vorgehensweise sei, um Vielfalt zu integrieren. Es hat auch mit der ständigen Sorge zu tun, Gleichstellung in einer Gesellschaft zu gewährleisten, deren Bevölkerung (etwa durch Einwanderer und Bürger mit Migrationshintergrund) zunehmend eine differenzierte Reihe von Rechten und/oder kulturellen Identitäten (Religion, Sprache, kulturelle Praktiken) mitbringt oder sich im Vergleich zur nationalen Mehrheit etwa durch Akzent oder Hautfarbe unterscheidet. Innerhalb dieser Debatte wird kulturelle Bürgerschaft zu einer nützlichen Kategorie.

Untersucht man die Verbindung zwischen Bürgerschaft, Kultur und Vielfalt, wird Kultur zunächst als Kanal für Interaktionen der Bürger und für die Integration von Vielfalt betrachtet, und die Kulturpolitik als Mittel, um Bürgerschaft zu verbessern.

Indem ich den Fokus auf Bürgerschaft in die Kulturpolitik beziehungsweise die Verknüpfung von Vielfalt einführe, gehe ich davon aus, dass kulturpolitische Programme eine bestimmte Vorstellung von Bürgerschaft unterstützen. Bei dieser Verbindung gibt es zwei Schwerpunkte.

Der erste: Kultur wird als ein zu verteilendes Gut betrachtet, das dem Prinzip der

Gleichstellung entsprechen muss. Der zweite: Kultur wird als Identität gesehen und macht als solche die Spannung zwischen dem Aufbau beziehungsweise der Aufrechterhaltung der nationalen Identität und den komplexen Identitäten in Kontexten der Vielfalt sichtbar.

Überlegungen zur kulturellen Bürgerschaft kreisen oftmals um die Beziehung zwischen den Bürgern und den Institutionen, die den Zugang zu Kultur ermöglichen. Deshalb konzentriert sich die Debatte auch zunehmend auf Governance. Die grundlegende Prämisse dieser Debatten lautet: Hinter kulturpolitischen Programmen steht immer ein bestimmtes Konzept von Bürgerschaft.

Instrument der Inklusion

Die Herstellung von Bürgerschaft ist erst vor kurzem auf der Agenda der Kulturpolitik aufgetaucht mit der bahnbrechenden Arbeit des amerikanischen Kulturanthropologen von Renato Rosaldo, der sie nutzte, um Bürgerinitiativen, die kulturelle Räume in ärmlichen und marginalisierten Gegenden fördern wollen, zu beschreiben. Sie wurde von anderen verwendet, um die damit verbundene Debatte über Demokratie und Identität herauszustellen.

Theoretisch betrachtet, entwickelt sich dieses Forschungsprogramm an der Schnittstelle von drei Herangehensweisen an die Kulturpolitik. In den Bürgerschaftsstudien meint Kulturpolitik im Wesentlichen eine Politik der nationalen Identität und der Übernahme von Bürgerschaft (Einbürgerung).

In den Kulturwissenschaften bedeutet Kulturpolitik die Förderung und die Planung künstlerischer und kreativer Aktivitäten.

In den Diversitätsstudien schließlich bestimmt Kulturpolitik die kulturelle Integration von Immigranten (mit demokratischen

Werten, einer gemeinsamen Sprache, interkulturellen Beziehungen und bürgerlichen Normen). In diesem Fall kann kulturelle Bürgerschaft als effektives Instrument betrachtet werden, um demokratische Werte und nationale Grundlagen zu stärken. Hier sieht man, wie kulturelle Bürgerschaft die Sphäre traditioneller kultureller Rechte übersteigt. Wir betreten das Reich der „kulturellen Kompetenzen“, in dem Staaten bestimmte kulturelle Rechte gewähren, die auf einer gemeinsamen Geschichte und auf der aktuellen Politik basieren.

Die meisten nutzen die Herangehensweise des kulturellen Kapitals, wenn sie kulturelle Bürgerschaft konzeptualisieren. Die Literatur über soziales Kapital ist bereits bekannt und breit vorhanden, aber weniger jene über kulturelles Kapital. Tatsächlich gibt es einige Studien, die auf die Rolle verweisen, die kulturelles Kapital bei der Konstruktion kultureller Bürgerschaft spielen kann. Und manche von diesen untersuchen gar die Beziehung zwischen sozialem und kulturellem Kapital, basierend auf der Hypothese, dass kulturelles Kapital soziales Kapital beeinflussen kann.

Allgemein gesagt, kreist diese Debatte um den Konsum kultureller Güter und Dienstleistungen. Das kulturelle Kapital ist verbunden mit Pierre Bourdieus Konzept des habitus, konkret mit der „Bereitstellung von Geschmack“ oder dem „Konsum spezieller kultureller Formen, der Menschen als Mitglieder bestimmter Klassen ausweist“. Die kanadische Sozialwissenschaftlerin Sharon Jeannotte nutzt Bourdieus Kategorisierung des kulturellen Kapitals, um drei Grundelemente zu unterscheiden:

1, embodied capital (oder habitus): das System anhaltender Veranlagungen, die den Charakter eines Individuums und seine beziehungsweise ihre Handlungen und Geschmacksvorstellungen prägen;

- 2, objectified capital: die Mittel kulturellen Ausdrucks, etwa Malerei, Literatur und Tanz, die symbolisch an andere übertragen werden, und
- 3, institutionalized capital: die akademischen Qualifikationen, die den Wert von jemandem bestimmen, der eine bestimmte Qualifikation hat.

Aus diesem Forschungsfeld des kulturellen Kapitals lässt sich ableiten, dass es einen echten Bedarf danach gibt, eine Grammatik der kulturellen Bürgerschaft hervorzubringen, bei der Kultur und Bürgerschaft zusammenkommen, aber auch Vielfalt und Kultur und Bürgerschaft. Ich möchte meine Position in dieser Literatur klarmachen und den semantischen Raum, in dem wir eine solche Grammatik schaffen können, analytisch herausarbeiten.

Dieses Forschungsprogramm bewegt sich an der Kreuzung dieser drei Studien und setzt ihre Komponenten miteinander in Beziehung. Bürgerschaft ist das Ziel. Trotzdem wird hier die Rede davon sein, wie man Bürgerschaft bestimmt, wie man sie angeht und fördert. Kultur ist der Weg zur Bürgerschaft, und sie wird als Kanal zur Verbesserung der Bürgerschaft betrachtet. Vielfalt schließlich ist zu sehen als Rahmen für die Interaktion von Menschen unterschiedlicher Herkunft.

In einem solchen System der Interdependenzen möchte ich auch zwei Herangehensweisen an Kultur miteinander verbinden: von unten nach oben, „bottom-up“ (kultu-

„Kultur ist der Weg zur Bürgerschaft, und sie wird als Kanal zur Verbesserung der Bürgerschaft betrachtet. Vielfalt ist der Rahmen für die Interaktion von Menschen unterschiedlicher Herkunft.“

relle soziale Praktiken) sowie von oben nach unten, „top-down“. Dies bedeutet, theoretisch betrachtet: Ich interessiere mich dafür zu analysieren, wie politische Verwaltung und Zivilgesellschaft Interaktionen zwischen Bürgerschaft, Kultur und Vielfalt managen. Vor diesem Hintergrund nähere ich mich dem Konzept der „kulturellen Bürgerschaft“, das meiner Meinung nach zu einem strategischen Konzept wird.

Dies bedeutet letztlich: Kulturelle Bürgerschaft wird politisch für bestimmte Zwecke genutzt und dient als Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Kultur ist ein strategisches Gut, da sie die Kapazität der Bürger, mit Veränderung umzugehen und sich somit selbst zu regieren, verbessert. Diese strategische Rolle rechtfertigt die Investitionen von Regierungen in Kultur.

Betont wird hier also die Bedeutung der kulturellen Förderung und Planung für das Hervorbringen von Bürgerschaft. Oder sogar zwei Konzeptionen kultureller Bürgerschaft. Wir wollen eine Brücke schlagen zwischen Bürgerschaft und Vielfalt und betonen gleichzeitig die zentrale Stellung der Kultur für ein adäquates Verständnis von Bürgerschaft.

Wenn wir Bürgerschaft mit Kultur verbinden, möchten wir unsere Aufmerksamkeit auf die angemessenen Mittel richten, um Bürgerschaft zu entwickeln. Kulturelle Bürgerschaft bezieht sich dann also auf den Gebrauch geeigneter kultureller Ressourcen, um Bürgerschaft zu fördern.

Man könnte ein Konzept von kultureller Bürgerschaft so formulieren, dass Kultur darin ein Weg zu mehr Teilhabe von Immigranten und Interaktionen mit der gesamten Gesellschaft werden kann. Und sie könnte sogar Bürgerschaftsbestimmungen zu verändern helfen. Es muss jedoch gesagt werden, dass kulturelle Bürgerschaft nicht als Mittel genutzt werden sollte, um Integration in eine Community vorzutauschen, wenn Einwanderer und ihre

Nachkommen tatsächlich von der politischen und sozialen Bürgerschaft ausgeschlossen sind. Kulturelle Bürgerschaft könnte aber als Mittel betrachtet werden, um einen anderen Bürgerstatus zu erreichen. In diesem Sinne wollen wir uns hier auf den Aspekt „Instrument für Inklusion“ konzentrieren.

Inklusion meint hier, die Beteiligung der Einwanderer an kulturellen Praktiken zu fördern – sei es direkt, durch spezielle Mediatoren im Kulturbereich, oder durch bestehende Netzwerke in der Zivilgesellschaft (zum Beispiel durch Nachbarschaftsverbindungen, Handel, Sport etc.). Sie wird allgemein definiert als eine Reihe von Aktivitäten, um kulturelle Produkte und Güter hervorzuheben, und als Prozesse, die Bürgerschaft fördern.

Das Argument, dass Beteiligung Bürgerschaft verbessert und Integration fördert, ist nicht neu. Tatsächlich gehört es zu den Prämissen der Immigrations- und Kulturstudien. Neu ist die Forschungsrichtung, die versucht, kulturelle Teilhabe und Bürgerschaft zu verbinden. Sie begann als quantitative Überlegung, um die Bürgerbeteiligung an kulturellen Aktivitäten zu messen; zu diesen Themen hat es bislang sehr wenig qualitative Forschung gegeben. Eine vielversprechende Forschungsrichtung untersucht Kultur als Kanal für politische Teilhabe. Sie fragen, ob kulturelle Beteiligung eine wesentliche Grundlage für kulturelle Bürgerschaft sei oder vielmehr ein Weg, diese zu messen. Teilhabe wird dann als Weg zur Bürgerschaft betrachtet.

Andere Wissenschaftler untersuchen die Interessen von Künstlern, sich mit den Kulturen in ihrer Community zu beschäftigen, und somit die Kulturen, in denen sie leben, mitzugestalten und einen Beitrag zu leisten. Die meisten berücksichtigen, dass diese Beteiligung ein anerkanntes Recht in Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist. Diese formuliert es als Menschenrecht, am

kulturellen Leben der Gemeinschaft teilzunehmen. Probleme entstehen in der Debatte bei der Frage, wie man kulturelle Beteiligung abbildet und wie man Zugangsmöglichkeiten zu kulturellen Aktivitäten misst.

Ursprünglich wurde Beteiligung als Konsumverhalten und Nutzung kultureller Güter und Aktivitäten betrachtet. Einige Wissenschaftler arbeiten mit drei Kategorien der Beteiligung: Urheber, Publikum und Manager. Beteiligung beinhaltet also die Kreativen und Produktiven, den Zugang und das Publikum sowie Prozesse des Managements und der Entscheidungsfindung. Hier kann man auch noch auf die Vielfalt und Kulturpolitik verbindende, bedeutende Arbeit des in Großbritannien arbeitenden australischen Kulturwissenschaftlers Tony Bennett aus dem Jahre 2011 („Cultural Policy and Cultural Diversity: Mapping the Policy Domain“) verweisen, in der er sagt, dass „vier Prinzipien von herausragender Bedeutung sind für die Entwicklung eines überarbeiteten Vokabulars der Bürgerschaft. Das erste besteht im Recht auf gleiche Chancen, um an der ganzen Bandbreite von Aktivitäten teilzunehmen, die das kulturelle Leben der jeweiligen Gesellschaft ausmachen. Das zweite besteht im Recht aller Mitglieder einer Gesellschaft, mit kulturellen Mitteln versorgt zu werden, um wirksam innerhalb der Gesellschaft zu funktionieren, ohne dabei die eigenen kulturellen Zugehörigkeiten, Angliederungen oder Identitäten verändern zu müssen. Das

„Zu den Sorgen der Liberalen zählen die zu geringe Beteiligung von Staatsbürgern oder Einwanderern in Museen oder Theatern. Die Nutzung kultureller Angebote wird also als Gradmesser des Erfolgs betrachtet.“

dritte besteht in der Verpflichtung von Regierungen und anderen Autoritäten, die Quellen der Vielfalt durch fantasievolle Mechanismen zu nähren, was durch Beratung möglich wird, um die verschiedenen Kulturen innerhalb der Bevölkerung, für die sie Verantwortung tragen, zu erhalten und zu entwickeln. Das vierte Prinzip betrifft die Verpflichtung, Vielfalt zu fördern, um fortwährende Interaktionen zwischen verschiedenen Kulturen zu etablieren statt eine Entwicklung in getrennten Enklaven, als bestes Mittel, um die Grundlage, auf welcher kulturelle Identitäten sich formen, so zu verändern, dass sie eine kontinuierliche Dynamik der Vielfalt begünstigt.“

Kultur als Weg

Die grundlegende deskriptive Definition kultureller Bürgerschaft ist damit verbunden, Kultur als Weg für die Bestimmung, Herangehensweise und Förderung von Bürgerschaft zu betrachten. Dabei gilt unser besonderes Interesse der Verortung dieses Konzepts in den Kontexten der Vielfalt sowie der Sicht auf Kulturpolitik als Weg, um Vielfalt einzubeziehen. Das Argument, das ich vorbringen möchte und das mir helfen wird, das interpretatorischen Rahmenwerk zu strukturieren, lautet, dass wir nicht eine, sondern drei Konzeptionen kultureller Bürgerschaft betrachten, gemäß jeder einzelnen demokratischen Bürgerschaftstradition.

Wir können jede Tradition als einen idealen Typus betrachten, der in Wirklichkeit Schnittmengen hat. Jede Tradition bietet im Einklang mit den vier Bürgerschaftsstandards eine andere Antwort. Natürlich können wir uns vorstellen, dass jede Tradition ein bestimmtes Gesellschaftsmodell entwirft, aber wir werden diese analytisch betrachten und nicht als unabhängige Grundlagen von Gesellschaften.

Die auf Rechten basierende liberale Kulturpolitik, die eine kulturelle Bürgerschaft schaffen will, wird sich hauptsächlich darauf konzentrieren, den gleichen Zugang zu allen kulturellen Gütern zu sichern, die von zuständigen Stellen verteilt werden. Gleichstellung wird also im Hinblick auf Zugangsmöglichkeit und Verteilung verstanden.

Die auf Identität basierende kommunautaire Kulturpolitik legt bei der Schaffung kultureller Bürgerschaft den Schwerpunkt darauf, eine kollektive öffentliche Identität zu konstruieren. Sie versteht diese kollektive öffentliche Identität entweder im nationalen Sinne oder im Sinne anderer öffentlicher, etwa lokaler oder nachbarschaftlicher, Einheiten.

Mit dem Fokus auf Bürgerbeteiligung für den Aufbau der Gesellschaft entwickelt die republikanische Tradition die Fähigkeiten für Beteiligung und Kreativität. Eine republikanische kulturelle Bürgerschaft versucht, sich an kultureller Planung und Produktion zu beteiligen.

Die liberale Tradition versucht den Konsum kultureller Bürgerschaft zu fördern. Dies bedeutet: Ein kultureller Bürger ist ein Zuschauer der Kultur, und genau dieser Konsum kultureller Produktionen muss gefördert werden. Zu den Sorgen der Liberalen zählen zum Beispiel die zu geringe Beteiligung von Staatsbürgern oder Einwanderern in Museen oder Theatern. Die Nutzung kultureller Angebote wird also als Gradmesser des Erfolgs betrachtet.

Nach meinem Verständnis zählen für einen Liberalen nicht nur das Recht auf den Zugang, sondern auch der Wille der Konsumenten sowie die angebotene Auswahl. Dies hat vor allem damit zu tun, dass wir Kultur als ein von der Verwaltung verteiltes öffentliches Gut behandeln. Ein liberaler, kultureller Bürger ist nicht einfach jemand, der Regeln einhält, sondern jemand, der auch die verteil-

ten öffentlichen Güter nutzt. Dies geschieht jedoch nicht durch die Beteiligung an kreativer Aktivität, sondern nur durch das eigene Zusehen und den Konsum. Hinter der Förderung von kultureller Bürgerschaft steht hier als Antrieb das Ausbalancieren von Angebot und Nachfrage kultureller Produktionen.

Eine Kulturpolitik, die kommunale kulturelle Bürgerschaft fördern möchte, wird sich hauptsächlich auf nationale Identität und Tradition konzentrieren, auf das kulturelle Erbe sowie darauf, die Zugehörigkeitsgefühle der Bürger zu gewährleisten. Sie versteht die Demokratisierung der Kultur in dem Sinne, dass eine gemeinsame Identität durch kulturelle Rechte angeboten wird. Hier können wir einem strengen kommunalen Verständnis von Kultur folgen, das den Zusammenstoß von nationaler Tradition und Identität und die Forderungen nach Vielfalt betont, oder aber wir können eine allgemeinere Sicht auf Kultur einnehmen, die auch die Identitätsbildung auf lokaler und Stadtviertelebene einbezieht. Wie auch immer der Zugang zu kollektiver Identität aussieht – Bürger sind nicht einfach nur Konsumenten, sondern auch Produzenten einer gemeinsamen öffentlichen Kultur. Sie werden nicht nur als Zuschauer gesehen, sondern auch als Produzenten von Community.

Eine Kulturpolitik, die eine republikanische kulturelle Bürgerschaft fördern will, fokussiert sich darauf, Kanäle für die Beteiligung an kultureller Produktion zu sichern. Sie versteht die Demokratisierung der Kultur in dem Sinne, dass die Teilhabe und kreative Kompetenz der Bürger garantiert wird. Kulturelle Bürger werden im Wesentlichen als kulturelle Produzenten betrachtet. Kreative Bürgerschaft setzt die Zuwendung zu Menschen mit geeigneten Ressourcen für das Hervorbringen, die Produktion, Verbreitung und den Konsum ihrer eigenen Kultur voraus. Deshalb bewegen wir uns von der Vorstellung „Bürger-als

Konsument der Kultur“ hin zu Bürgern, die aufgrund ihrer kreativen kulturellen Kompetenz geschätzt werden. Bürgerbeteiligung stärkt die Teilnahme von Institutionen direkt, durch spezielle Mediatoren für Kultur oder auch durch das Netzwerk der bestehenden Zivilgesellschaft (zum Beispiel Nachbarschaftsverbindungen, Handel, Sport etc.)

Um es zusammenzufassen: Die liberale Tradition sieht die Bürger als Kulturkonsumenten, als Bürger-Zuschauer (zum Beispiel lässt sich das liberale Anliegen mit der Frage veranschaulichen: Wie viele Einwanderer gehen in Museen, verglichen mit Staatsbürgern?).

Die kommunale Tradition fördert Bürgerschaft als kulturellen Player, den beteiligten Bürger (im kommunalen Ansatz lautet die Frage zum Beispiel: Wie viele Einwanderer beteiligen sich an der Organisation von Festlichkeiten und/oder nehmen an gemeinsamen kulturellen Events in ihrer Umgebung teil?, was ihr Gefühl für Zugehörigkeit stärkt sowie den Zusammenhalt der Community.)

Die republikanische demokratische Tradition von Bürgerschaft schließlich fördert Einwanderer als Kulturproduzenten, als kreative und sich beteiligende Bürger (hier lauten Fragen zum Beispiel: Wie werden eingewanderte Künstler gefördert? oder sogar Wie kanalisiert und mobilisiert Kultur Proteste von Einwanderern? – Sagen wir, durch Musik, Malerei etc.).

Für ein gerechtes Mobilitätsregime EU-Mobilität ist bereits Gegenstand der öffentlichen Debatte und wird in den meisten EU-Ländern zunehmend politisiert – aus unterschiedlichen Gründen und Erwartungen heraus. Was Europa vor allem braucht, ist allerdings eine Kultur der Mobilität.

Von Ricard Zapata-Barrero

Bewegungsfreiheit ist eines der vier Grundprinzipien der Europäischen Union und die wichtigste Säule der EU-Bürgerschaft. Die Freizügigkeit gab es schon ab den späten 1960er-Jahren und sie wurde mit dem Vertrag von Maastricht (1992) zu einem grundlegenden Prinzip der EU-Bürgerschaft. Sie zählt zu den bemerkenswertesten Symbolen der europäischen Integration und der Herausbildung einer gemeinsamen europäischen Identität. Zudem ist sie sicherlich ein besonders pragmatisches Beispiel für das erfolgreiche Zusammenspiel der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Dimensionen der EU.

Die Entwicklung einer europäischen Identität und die Festigung individueller emotionaler Bindungen in anderen europäischen Ländern kann dazu führen, dass proeuropäische Politik auf nationaler und supranationaler Ebene eine größere Akzeptanz erfährt. Diese Sicht auf europäische Bürgerschaft als Chance für den Nationalstaat und seine Bürger teilen jedoch noch lange nicht alle Mitgliedstaaten der EU. Die EU-Bürgerschaft veranschaulicht besonders deutlich sowohl die Errungenschaften als auch die Grenzen der Integrationsprozesse in der EU. Eine Errungenschaft stellt sie zweifellos dar, denn sie ist

ein weltweit einzigartiger Fall von supranationaler Bürgerschaft.

Andererseits bedeutet sie auch große Begrenzungen, die insbesondere der Tatsache geschuldet sind, dass einige der von den EU-Gesetzen garantierten Rechte noch nicht gänzlich durch nationale oder lokale Praktiken abgesichert sind. Diese prekäre Situation kann die Bewegungsfreiheit der Menschen innerhalb der Mitgliedstaaten behindern oder gar verhindern. Deshalb ist es keine Überraschung (selbst angesichts der Tatsache, dass die Freiheit, sich einen Job in der gesamten EU zu suchen, eine der grundlegendsten Freiheiten eines gemeinsamen Marktes ist), dass die regionale Arbeitsmobilität innerhalb der EU im Vergleich zu anderen geografischen Regionen, etwa in den USA, immer noch ziemlich gering ist.

Im Einklang mit den Aussagen zur EU-Bürgerschaft in den Berichten der Europäischen Kommission sind wir davon überzeugt: EU-Bürger müssen „ihre Rechte in ihrem Alltag genießen, ohne dabei mit unnötigen Hindernissen konfrontiert zu werden“. EU-Bürger können sich per definitionem frei bewegen. EU-Bürgerschaft ist undenkbar, wenn die Bewegungsfreiheit behindert wird. Tatsächlich herrscht Uneinigkeit in der Frage, ob die Bewegungsfreiheit der Bürger innerhalb der

EU-Grenzen als Chance oder vielmehr als Last und Risiko betrachtet werden sollte. Kurz gesagt: Die Freizügigkeit von Arbeitnehmern und hohe innere Mobilität waren zwei der wesentlichen Ziele der EU seit dem Vertrag von Maastricht 1992.

Angst-Debatte

Heute jedoch, da die Mobilitätsraten steigen, und besonders junge Menschen immer mehr von der Bewegungsfreiheit profitieren, wird die politische Debatte sowohl in den Entsende- als auch in den Aufnahmeländern dominiert von möglichen Nachteilen, Bedrohungen (und Ängsten) im Hinblick auf diese Mobilität (Brain drain versus Brain Circulation, die Angst vor langfristigen wirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen Entsende- und Aufnahmeländern, die Angst vor ausländischer Infiltrierung in den Aufnahmeländern usw.). Mutmaßliche Anspannungen angesichts der Freizügigkeit von Arbeitnehmern lassen sich durch verschiedene Eurobarometer-Studien veranschaulichen, die individuelle Wahrnehmungen des Mobilseins sowie der Gewinne und Verluste innerer Mobilität für die jeweiligen Nationalstaaten untersuchten.

Während die Mehrheit der einheimischen Bevölkerung in den meisten EU-Staaten zum Beispiel nicht glaubt, dass Mobilität aus wirtschaftlicher und kultureller Sicht (vgl. „Awareness of Home Affairs“, Eurobarometer 2012) nützlich ist, denken die meisten Europäer (60 Prozent), es sei gut für die europäische Integration, wenn sich Menschen innerhalb der EU bewegen (Special Eurobarometer 2010).

Zudem sind 29 Prozent der EU-Bürger der Meinung, dass zunehmende Mobilität schlecht für Familien ist. Mehr als ein Fünftel sieht gesteigerte Mobilität als problematisch für den einheimischen Arbeitsmarkt. Ein zwei-

ter Hinweis dafür, dass Mobilität nicht nur als Chance, sondern auch als Risiko wahrgenommen wird: 34 Prozent der EU-Bürger glauben zwar, dass die Chancen, im Ausland einen Job zu finden, tatsächlich besser sind als die Chancen, einen Job im eigenen Land zu finden. Doch nur 17 Prozent fassen ins Auge, in der Zukunft selbst einmal im Ausland zu arbeiten (Special Eurobarometer 2010).

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die Chancen beziehungsweise Risiken der EU-Mobilität von der jeweiligen Perspektive eines Landes abhängen. Denn wir gehen davon aus, dass die Interpretation im Entsendeland sich von der im Aufnahmeland durchaus unterscheidet. Eine größere Zahl an Ausreisen führt beispielsweise womöglich zu grundlegenden Störungen in den Sozialstrukturen. Wenn Entsendeländer wie Polen oder Spanien – um zwei unterschiedliche Beispiele zu nennen – keine Rückkehr von Migranten in großer Zahl erleben, wird die langfristige Auswanderung den größten Einfluss auf die wirtschaftliche, demografische und gesellschaftliche Lage der Entsendeländer ausüben.

Die zunehmenden Ängste lassen sich nicht allein auf zu viel Einwanderung aus anderen EU-Ländern zurückführen. Sie werden auch befeuert durch eine steigende Drittländer-Migration.

Trianguläres Mobilitätsschema

In der EU zeichnet sich ein trianguläres Mobilitätsschema zwischen, grob gesagt, Nord-, Süd- und Ostmitteleuropa ab. Diese drei Mobilitätstrends können als wichtigste Quellen der zuvor erwähnten Dissonanz zwischen und innerhalb der jeweiligen EU-Mitgliedsländer seit Beginn des neuen Jahrtausends betrachtet werden.

A. Vom Süden in den Norden: Die Migra-

tion überwiegend junger Arbeitnehmer und qualifizierter Menschen aus den südwestlichen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (zum Beispiel Italien, Spanien und Portugal) in die nordwestlichen (Belgien, Deutschland, Großbritannien und Schweden) im Zuge der Wirtschaftskrise von 2008 bis heute.

B. Vom Osten in den Süden und vom Osten in den Norden: Die anhaltende Migration aus postsozialistischen Ländern der ostmitteleuropäischen Mitgliedsstaaten (Ungarn, Polen, Rumänien) in die nördlichen und südwestlichen seit 2004 und 2007. Die Konzentration unserer Aufmerksamkeit auf die nordwestlichen Staaten der EU als Ziele schließt den großen Anteil rumänischer Migration in die EU oder innerhalb der EU aus. In jüngster Zeit gibt es Anzeichen für einen Anstieg der Mobilität in Richtung Deutschland, Frankreich und Großbritannien, aber Italien und Spanien bleiben weiterhin Hauptziele starker Migration.

Hier entsteht also ein Feld für neue EU-Mobilitätsstudien. EU-Mobilität ist bereits Gegenstand der öffentlichen Debatte und wird in den meisten EU-Ländern zunehmend politisiert – aus unterschiedlichen Gründen und Erwartungen heraus. Nahezu alle EU-Länder sind mit verschiedenen Chancen, Bedrohungen und Risiken konfrontiert und interpretieren deshalb die neuen Migrationstrends unterschiedlich. Sie reagieren, indem sie verschiedene gesellschaftliche und politische Maßnahmen ergreifen.

Die EU-Mobilität war bei der letzten Wahlkampagne zum Europäischen Parlament im Mai 2014 ein wichtiges neues Thema. Die vor kurzem getroffene Entscheidung der Schweiz, die Einreise von EU-Bürgern zu beschränken und die Tatsache, dass Deutschland sowie Großbritannien bestimmte Rechte für EU-Migranten beschränken und sie einladen, das Land zu verlassen, wenn sie arbeitslos sind, sind

die jüngsten Beispiele dafür, dass die EU-Mobilität eine zentrale Sorge darstellt. Politische Strategien und ein politischer Diskurs sind nötig, um die Mobilität als Bereicherung, nicht als Last zu beschreiben, wie der britische Premier David Cameron es in den meisten seiner Reden der vergangenen Jahre angedeutet hat.

Es ist jedoch wichtig, hervorzuheben, dass die verschiedenen Akteure in den Ländern möglicherweise unterschiedliche Ansichten über EU-Mobilität haben. Negative Haltungen gegenüber EU-Migranten, wie sie die Entscheidung der Schweizer widerspiegelt, werden möglicherweise nicht von Arbeitgebern geteilt oder von qualifizierten Menschen, die innerhalb internationaler Netzwerke arbeiten. Wir könnten hier auch die Tourismusindustrie, internationale Händler, Organisatoren von Messen, Universitäten und im Allgemeinen alle Stakeholder hinzufügen, die ein Interesse an steigender Mobilität haben.

In manchen Fällen wurde die Beschränkung der Mobilität sogar im Hinblick auf die ethischen Grundlagen der EU diskutiert. Ein Beispiel sind die Roma in Deutschland, Italien, Frankreich und Spanien, die aus unterschiedlichen EU-Ländern kommen (unter anderem Rumänien, Ungarn und Bulgarien). Trennen wir mit diesen unterschiedlichen Behandlungen und politischen Vorgehensweisen zwischen EU-Bürgern erster und zweiter Klasse, je nachdem, ob sich die Menschen ohne Restriktionen bewegen dürfen oder nicht?

Tatsächlich steht die Notwendigkeit, eine politische Antwort auf diese neuen Mobilitätstrends zu geben, schon als Aufgabe auf der EU-Agenda seit der Direktive 2004/38/EC zum Recht der Bürger der Union und ihrer Familienmitglieder, sich innerhalb des Territoriums der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und zu wohnen. In diesem Zusammenhang ist die im April 2014 veröffentlichte Arbeit „Harnessing European Labour Mobility“, die

verschiedene Szenarien aufzeigt, besonders interessant.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Es entstehen ein neues trianguläres Mobilitätsschema beziehungsweise neue Mobilitätssysteme nach 2004. Sie verändern europäische Gesellschaften und zwingen dazu, die Europäische Union und die Ideale der EU-Bürgerschaft neu zu denken. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt herrscht keine Einigung darüber, ob die aktuelle Mobilität in der EU als ein Zeichen der Krise (als Hindernis oder Chance) gesehen werden muss, was im Vergleich zu früheren Erfahrungen mit Mobilität eine neue Phase markiert. Gegenwärtig wird Mobilität eher als Hindernis und Risiko betrachtet, als Verlust menschlicher Ressourcen (Braindrain) oder als zusätzliche Bedrohung (von EU-Migranten aus unteren Klassen) für die Aufnahmeländer denn als Möglichkeit und Chance, wirtschaftliche Spannungen von Entsendeländern zu reduzieren. Diese Tatsache muss von einer gesamt-europäischen Perspektive bewertet werden.

Die verstärkte EU-Mobilität ereignete sich im Rahmen einer stärkeren globalen Süd-Nord-Migration. Ein großer Teil der neuen (nationalen) Steuerung von Mobilität wurde durch diesen letzten Prozess ausgelöst – und nicht einfach nur als Antwort auf den „Abgang aus dem Osten“. Es gibt geradezu eine Hierarchie für EU-Migranten. Und Osteuropäer sind immer noch willkommen im Vergleich zu vielen „sichtbaren Minderheiten“ von anderen Orten (abgesehen von den Roma, die nirgendwo willkommen zu sein scheinen). Auch dies ist jedoch relativ, denn zum Beispiel in Italien platzieren Meinungsumfragen Rumänen und Albaner kontinuierlich an die Spitze der Liste nicht willkommener Ausländer.

Diese Mobilitätstrends bilden die Grundlage eines schwierigen Puzzles, das eine gemeinsame Wahrnehmung von Mobilität in

der EU verhindert. Als Vorteil oder Nachteil, als Segen oder Fluch, als Chance oder Risiko. Der ursprüngliche gemeinsame Wohlfahrts- und Arbeitsmarkt spricht eher dafür, dass eine zunehmende Mobilität der EU-Bürger die wirtschaftliche und politische Säule des EU-Integrationsprozesses stärken kann.

Tatsächlich aber gibt es drei mögliche Perspektiven im Umfeld dieser Spannungen. Die erste ist das Ideal von der EU als einem grenzenlosen Raum des freien Markts und der Freizügigkeit der Menschen, also als Union europäischer Staaten. Die zweite Perspektive ist das aktuelle Mobilitätsregime der EU mit drei verschiedenen Mobilitätsregionen (Norden, Süden, Osten), die für unterschiedliche Trends und Sichtweisen stehen. Die dritte Perspektive konzentriert sich auf die nationale Regierungsebene, die in den meisten Fällen Mobilität zusammen mit der europäischen Regierungsführung beschränkt.

Gerechtes Mobilitätsregime nötig

Angesichts dieser aktuellen Dynamik der EU-Mobilität setze ich mich für die Notwendigkeit ein, über eine Kultur der Mobilität und ein gerechtes Mobilitätsregime zu diskutieren. Ich führe zwei neue Kategorien ein, welche zuvor noch nicht definiert worden sind. Beide sind mit der demokratischen Mobilitätskategorie verbunden, die noch nicht konzeptuell erforscht worden ist. Sie berücksichtigt die Rolle der Migrantennetzwerke und der transnationalen Verbindungen. Diese Kultur der Mobilität ist vielleicht zu verbinden mit der „Kultur der Migration“ im Sinne des amerikanischen Anthropologen Jeffrey H. Cohen und des in London lehrenden Professors für transnationale Studien Ibrahim Sirkeci. In ihrem Buch „Cultures of Migration: The Global Nature of Contemporary Mobility“

beschreiben sie kulturelle Überzeugungen und soziale Muster, die Menschen in ihrer Bewegung beeinflussen. Das Argument der Kultur der Migration bedeutet, einfach gesagt, dass Migration ein gelerntes soziales Verhalten ist. Menschen lernen zu migrieren und sie lernen, sich danach zu sehnen, zu migrieren.

Es besteht also ein Bedarf danach, eine integrierte europäische Mobilitätstheorie für EU-Migranten zu entwickeln, inklusive eines gerechten Mobilitätsregimes, welches einen Moralkodex für Mitgliedstaaten ausarbeiten sollte, um so auch zu regeln, wie diese auf Spannungen im Zusammenhang mit Migration reagieren. Natürlich wird die Schwierigkeit darin bestehen, festzulegen, wessen Perspektive ausschlaggebend sein sollte, um ein gerechtes Mobilitätsregime zu schaffen. Aus staatlicher Perspektive stellen sich die Dinge anders dar als aus der Perspektive der Migranten – oder auch aus einer EU-Perspektive. Wir können zwei Analyseebenen betrachten: eine vertikale zwischen Mitgliedsstaaten und EU-Institutionen und eine horizontale, welche die Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedern einbezieht.

Ich plädiere dafür, gemeinsame Kriterien festzulegen, um einen regulatorischen Wettbewerb für EU-Migranten zu vermeiden. Noch herrscht ein unfairer Wettbewerb, der einen Kapitalabzug in den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sphären der Entsendeländer befördert. Klassische Beispiele dieses Mobilitätsdumpings sind eine begünstigende Steuerpolitik (zum Beispiel in Dänemark) für hochqualifizierte Arbeitnehmer, die Schaffung einer komplexen Dynamik im Steuerwettbewerb sowie der öffentliche Ruf Deutschlands nach spanischen Krankenschwestern.

Dieser Trend kann sich negativ auf die Entwicklung des Sozialstaats und auf die Wirtschaft in anderen Ländern auswirken, wenn man nämlich wirtschaftliche Sachkenntnis

auf Kosten der anderen fördert. Zudem kann dieser Trend das Fortbestehen der EU-Bürgerschaft als charakteristisches Merkmal der EU gefährden. Es gibt ja auch die Vorstellung, dass man Verantwortlichkeiten teilt und Solidarität unter den Mitgliedstaaten praktiziert. Und das bedeutet: Die Verantwortung für die Aufnahme von EU-Migranten sollte wahrhaft geteilt werden.

Dieses Zeitalter neuer Mobilität in der EU zeigt uns, dass es eine neue Kluft gibt zwischen der demografischen Dynamik auf der einen Seite und Prozessen, Strukturen und Institutionen auf der anderen Seite, die auf nationale Interessen statt auf EU-Interessen reagieren. Spanien zum Beispiel entwickelt sich zu einem interessanten Land, das immer noch Immigranten anzieht (die „ärmsten“), aber die eigenen Bürger verliert (die „besten“, die „jüngsten“ und „gebildetsten“!). Das Gleiche gilt für Polen. Von einem typischen Auswanderungsland in andere Staaten der EU ist es auch zu einem Land geworden, das Immigration, unter anderem aus der Ukraine, anregt. Dies sind gute Beispiele für ähnliche Szenarien in unterschiedlichen Teilen Europas. Wir müssen also den Einfluss der Mobilitätsregime innerhalb Europas überdenken. All diese Überlegungen müssen sich an der europäischen Bürgerschaft orientieren und am Konzept einer Kultur der Mobilität. Auch ethische Argumente müssen berücksichtigt werden, um ein gerechtes Mobilitätsregime hervorzubringen.

Die EU-Migranten stellen eine entscheidende demografische und wirtschaftliche Ressource für die Länder dar, in denen sie ankommen. Das aktuelle Ungleichgewicht auf den Arbeitsmärkten und in den Möglichkeiten zwischen den verschiedenen Mitgliedsstaaten sowie die Asymmetrie der Mobilitätsströme junger Arbeitssuchender innerhalb der EU könnten potenziell Spannungen verursachen, welche die seit langem geführte Debatte über

den Braindrain wieder ins Gedächtnis rufen. Dieses Thema, das stark verbunden ist mit der sogenannten „ethisch vertretbaren Anwerbung“, wird breit diskutiert.

Auch wenn diese Debatte oftmals auf einer einfachen Mutmaßung beruht, die weder die Motivationen noch die Rechte von Individuen berücksichtigt und auch nicht die Faktoren, die junge Menschen dazu „drängen“, mobil zu werden, ist es doch sehr wichtig, über diese Themen intensiv nachzudenken. Darüber hinaus fehlen in den Diskursen über Migration und Arbeitspolitik oftmals die jungen Migranten selbst und die mit ihrer Mobilität verbundenen besonderen Bedürfnisse.

Es besteht Bedarf nach einem ethischen Verhaltenskodex für Mitgliedstaaten gegenüber anderen Mitgliedstaaten sowie gegenüber EU-Bürgern. Dieser würde versuchen, angesichts der mit dem Thema Mobilität verbundenen Spannungen und Bedenken, Antworten anzubieten, die staatliche Politik gegenüber EU-Migranten und andere EU-Mitgliedstaaten anleiten und dabei helfen, diplomatische Beziehungen zu diesen Themen innerhalb der Union neu zu durchdenken.

Die Art und Weise, in der die EU und ihre Mitgliedstaaten auf diese neuen Muster der EU-Mobilität und ihre Auswirkungen reagieren, wird mit Sicherheit über die politische Zukunft der EU entscheiden. Deshalb ist es absolut notwendig, nicht diskriminierende Prinzipien gegenüber allen EU-Migranten zu verbreiten, eine Politik zu entwickeln, die alle administrativen Hürden für die Ausübung der Rechte der EU-Bürger beseitigt und alle Spannungen und Bedenken aufzulösen, die mit der Freizügigkeit junger Menschen innerhalb des europäischen Arbeitsmarkts zusammenhängen. Nur auf diese Weise kann sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht ein „gerechtes Mobilitätsregime“ innerhalb der EU erreicht werden.

Ricard Zapato-Barrero unterrichtet am Lehrstuhl für Sozial- und Politikwissenschaften an der Universität Pompeu Fabra in Barcelona.

Schwieriger Spagat Man sieht radikalisierte junge Menschen, die jüdische Schulen und Synagogen ins Visier nehmen oder sich islamistischen Kämpfern in Syrien und im Irak anschließen. Die Flucht in religiöse Gemeinschaften innerhalb von Europas größtenteils säkularen Gesellschaften ist ein Symptom gescheiterter Integrationspolitik. Vor allem die Schulen müssen das Wissen über andere Kulturen vergrößern und Fähigkeiten ausbilden, die notwendig sind, um einen friedlichen Dialog zwischen den Kulturen zu schaffen. *Von Hela Khamarou*



standen und auch nicht in drei Jahren. Sie schlummerte gleichsam unter der Oberfläche und wartete auf den richtigen Moment, um in Erscheinung zu treten. Mir scheint, dass diese missliche Lage insbesondere in Frankreich aus unserem speziellen Verständnis kultureller Unterschiede entstanden ist sowie aus unserem Bedürfnis, besagte Unterschiede zu zelebrieren.

Kultur als Mittel zu nutzen, um Menschen zusammenzubringen, setzt zunächst und vor allem Bildung voraus. Damit Vielfalt zu einem Statement wird, braucht es eine solide Bildung oder vielmehr einen konstruktiven, umfassenden Weg, wie die dominierende Kultur mit der „anderen“ umgeht. Genau hier scheinen wir wohl vom Weg abgekommen zu sein.

Auf den ersten Blick mag es seltsam erscheinen, in diesem Zusammenhang etwa auf die Mängel der französischen Kultur zu verweisen. Um die Kritik zu begründen, muss man sich mit der Geschichte Frankreichs beschäftigen und mit seinem heutigen Bildungswesen.

Frankreichs Versagen, Vielfalt anzuerkennen und zu begrüßen, bedeutet nicht, dass das Land nicht vielfältig wäre. So ziemlich das Gegenteil ist der Fall. Im Laufe der Geschichte haben Staatsoberhäupter, Institutionen und das Bildungswesen gleichwohl immer Einheit über Vielfalt gestellt. Für ein Land, das von Kriegen geprägt wurde, etwa gegen eindringende Feinde wie während des Hundertjährigen Kriegs, sowie angesichts von Bemühungen

Vor einigen Jahren wurde ich gefragt, wie Kultur der Vereinigung der Europäer dienen könnte. Dies veranlasste mich dazu, die Bedeutung des Worts „Europäer“ zu hinterfragen. Wie verbindet ein so einfaches Wort zum Beispiel Kroatien, das neueste Mitglied der Europäischen Union, mit einem ihrer Gründungsmitglieder?

Heute lautet die wahre Frage nicht mehr so sehr, was verschiedene Teile Europas vereint, sondern wie kulturelle Unterschiede innerhalb eines Landes einen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Graben zwischen Gastgeberländern und zweiten oder dritten Generationen von Einwanderern entstehen lassen. Da dieser nun spürbar und konkret ist, muss man sich mit dem fehlenden Dialog zwischen ersteren und letzteren beschäftigen.

Diese Situation ist nicht über Nacht ent-

der Einheimischen, die eigene Flagge in ausländischen Territorien, etwa in Algerien, zu platzieren, schien dies womöglich notwendig. Die französische Kultur ist wahrscheinlich ein Produkt des Aufrechterhaltens der eigenen Identität gegenüber anderen sowie des Prozesses, anderen diese Identität aufzuzwingen.

Kultur als artifizielles Konstrukt ist deshalb nicht weniger real. Die französische Kultur ist eine Grundlage für gesellschaftliche Einheit, die zuerst und vor allem um die französische Sprache herum gebildet wird. Und die französische Sprache wiederum sollte als Lackmuse und Mittel für gesellschaftliche und institutionelle Einheit geschützt werden vor eindringenden Institutionen und Sprachen, und sie sollte in der Vergangenheit denen aufgezwungen werden, bei denen Frankreich einmarschierte. In der „Ordonnance de Villers-Cotterêts“ von 1539, die Franz I. unterzeichnete, wird Französisch als Verwaltungssprache eingesetzt. Das zentrale Ziel dieser Maßnahme bestand darin, den Gebrauch des Lateinischen in offiziellen Dokumenten abzuschaffen.

Die immense Vielfalt an französischen Dialekten, die in vielen Regionen Frankreichs gesprochen wurden, wurde unweigerlich auf ähnliche Weise in Mitleidenschaft gezogen. In anderen Worten: Diese Verordnung schuf einen politischen Rahmen, der Vielfalt ablehnte. Die Französische Revolution etablierte dieses spezielle Konzept nationaler Einheit sogar noch weiter. Der in der Fünften Französischen Republik am 4. Oktober 1958 eingerichtete Verfassungsrat betrachtet das Volk als homogene Einheit. Was in den Medien heute oft als „unsichtbare Minderheiten“ bezeichnet wird, hatte in Frankreich seit der Französischen Revolution absolut keine rechtliche Relevanz.

Das Problem besteht nicht darin, dass sich Frankreich nie der Vielfalt gestellt hätte. Vielmehr hat das Land dieses Thema vernach-

lässigt. Man kann Frankreich als einen Mikrokosmos europäischer Vielfalt betrachten. Frankreich ist vielfältig durch die unterschiedlichen klimatischen Bedingungen der Territorien, die es besaß und besitzt, und der Meere, an die es grenzte und grenzt, die Küche, die mannigfaltigen Traditionen und Gebräuche, Landschaften und Völker. Lange Zeit hat es Frankreich geschafft, trotz dieser Vielfalt seine nationale Einheit zu erhalten.

In letzter Zeit kompliziert jedoch eine zusätzliche Dimension das fragile Gleichgewicht. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg und zunehmend seit dem Ende des Kalten Kriegs hat Europa sich abgemüht, eine langfristige Lösung für das Problem der politischen Flüchtlinge wie auch für die Einwanderung aus wirtschaftlichen Motiven zu finden. Die Integration all dieser Neankömmlinge in die Gesellschaft hat sich als problematisch erwiesen. Viele von ihnen werden an die Ränder der Gesellschaft gedrängt.

Neue Spielregeln

Die Globalisierung, die in erster Linie eine wirtschaftliche Kraft ist, verleiht dem Thema noch eine zusätzliche Komponente. Wie integriert man all diese unterschiedlichen Kulturen der Flüchtlinge und Einwanderer, die in Europa nach einem besseren Leben streben? Neankömmlinge sind nicht nur mit den „einheimischen“ Bewohnern dieses neuen Lands konfrontiert, sondern auch mit anderen Gruppen von Neankömmlingen. Einige von ihnen sind vielleicht Feinde, dort, woher sie kommen. Ein typisches Beispiel sind kurdische und türkische Gruppen in Deutschland. In Europa – oder in Frankreich – ist das friedliche Zusammenleben eine Voraussetzung. Und genau hier hakt es. Französische und europäische Medien sind voll von Artikeln, die das empfundene,

durch den Islam repräsentierte Probleme hervorheben. Nach dem 11. September 2001 fühlten sich die Söhne und Töchter der Einwanderer stigmatisiert und reagierten, indem sie sich dem Kommunitarismus zuwandten und damit ihrer eigenen ethnischen und kulturellen Gemeinschaft. Sie entfernten sich so von einer Integration in die Mehrheitsgesellschaft hin zur, wie deutsche Akademiker es genannt haben, eigenen (nationalen) „Leitkultur“.

Man sieht radikalisierte junge Menschen, die jüdische Schulen und Synagogen ins Visier nehmen und Europa notorisch den Rücken kehren, indem sie sich islamistischen Kämpfern in Syrien und im Irak anschließen. Kommunitarismus ist nicht die richtige Antwort auf das sehr reale Problem der Diskriminierung, die auf Abstammung oder religiöser Identität beruht.

Tatsächlich sind dies Faktoren, die sich gegenseitig verstärken. Je mehr die muslimischen Jugendlichen das Gefühl haben, dass die sehr deutlichen Integrationsbemühungen ihrer selbst und ihrer Eltern vergeblich waren und umso mehr sie die Etiketten ihrer eigenen Communitys übernehmen, desto mehr werden die eher einheimischen, nationalistischen, ja extremistischen Gruppen dieses „Anderssein“ als unvereinbar mit der nationalen Konsenskultur hervorheben.

Die Flucht in religiöse Gemeinschaften innerhalb von Europas größtenteils säkularen

„Entscheidend ist auf der einen Seite, die existierende kulturelle Vielfalt anzuerkennen, und auf der anderen Seite Gemeinsamkeiten zu identifizieren, die eine Grundlage für Fortschritt bilden können.“

Gesellschaften ist ein Symptom gescheiterter Integrationspolitik. Sie ist nicht die Lösung für die speziellen Nöte der Einwanderer. Womöglich sogar das Gegenteil.

Wie entkommt man also diesem gefährlichen Teufelskreis? Entscheidend ist auf der einen Seite, die existierende kulturelle Vielfalt anzuerkennen, und auf der anderen Seite Gemeinsamkeiten zu identifizieren, die eine Grundlage für Fortschritt bilden können.

Intellektuelle aus dem Zeitalter der Aufklärung erkannten als Erste an, dass es Länder mit unterschiedlichen Kulturen und Zivilisationen gibt, die sie für ebenso wichtig hielten wie die römische, griechische und andere klassische Zivilisationen. Zum ersten Mal erkannte Europa die islamischen, chinesischen, indischen und japanischen Kulturen an, deren Künste, Religion und Wissen mindestens so alt waren wie jene Europas.

Im 18. Jahrhundert spielte Frankreich bei dieser Anerkennung eine wesentliche Rolle. Denker des Zeitalters der Vernunft gingen einen Schritt weiter, indem sie die Vorstellung verteidigten, dass Fortschritt durch drei Komponenten erreicht werden muss: Dialog, Recht und Handel.

Diese vorsichtigen Annäherungsversuche waren jedoch kurzlebig. Die Menschen begannen, zwischen Gesellschaften zu differenzieren, nannten die einen „barbarisch“ oder „wild“ und verabschiedeten sich von der Vorstellung einer gemeinsamen Menschheit. Es folgten Kolonisierung und Imperialismus unter dem falschen Vorwand der Mission, die „Zivilisation“ zu bringen, wobei man sich über die grundlegendsten Rechte der unterworfenen Völker hinwegsetzte.

Die Bewegung der Romantik, speziell in ihrer deutschen politischen Ausrichtung, forderte eine Kritik der Aufklärung, indem sie das Mystische und die exotische Faszination für andere Zivilisationen kultivierte, insbesondere

für jene, die als barbarisch, weniger gebildet oder zivilisiert betrachtet wurden, aber – was noch wichtiger war – als einzigartig und gänzlich getrennt.

Sie erklärten, dass die Welt pluralistisch sei und aus unterschiedlichen Kulturen sowie organischen, von der restlichen Welt abgeschlossenen Einheiten bestehe, die grundsätzlich nicht in der Lage seien, miteinander zu kommunizieren und sich quasi in einem unbestimmten Kriegszustand befinden. Das Gefühl, das den nationalistischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts zugrunde lag, hallt heute noch nach im sogenannten Kampf der Kulturen.

Die Theorien der Aufklärung und der Romantik wurden nie miteinander in Einklang gebracht, was es Zivilisationen extrem schwer machte, in einen Kulturdialog einzutreten, um dem Thema des „Andersseins“ zu begegnen. Damit wir dies aber tun können, müssen wir aus der Vergangenheit zwei entscheidende Lehren ziehen:

Zum einen benötigen wir mehr interkulturellen Dialog und interkulturelles Wissen: In einer globalisierten Welt müssen wir uns selbst herausfordern und einander die Hand reichen. Es ist ein schwieriger Weg, aber als Europäer sollten wir uns nicht darauf beschränken, unsere eigene europäische Herkunft und Geschichte zu kennen, sondern auch danach streben, ausländische Kulturen zu verstehen (und ich verwende „Kultur“ hier als einen allgemeinen Begriff, der Glauben, Kunst, Wissenschaft, Gebräuche, Traditionen, Institutionen usw. umfasst). Unser Wissen ist bislang gebunden an unsere politischen Grenzen. Wir schauen eher nicht über die Grenzen unserer eigenen Nationen oder kulturellen Sphären. Und wenn wir es tun, dann nicht mit einem neutralen Blick, sondern durch einen Spiegel, der verzerrt ist durch die Angst vor dem Unbekannten oder durch wirtschaftliche Interessen.

Keine Kultur umfasst alles Wissen und alle Geheimnisse unserer Menschheit. Deshalb müssen wir uns bemühen, andere Kulturen zu verstehen, über sie zu lernen und sie zu akzeptieren. Wir müssen unsere Geschichte und die Geschichte anderer Zivilisationen bewahren. Wenn ein Land in Kriegen seiner Kunst und seiner Artefakte beraubt wird, dann müssen wir alle gemeinsam gegen das Böse kämpfen und diese Schätze, die ein Teil unseres Puzzles sind, zurückgewinnen.

Zum Beispiel wurde das Nationalmuseum des Irak 2003 kurz nach dem Beginn des US-amerikanischen Einmarsches geplündert. Dies ist nicht nur für Iraker eine Katastrophe, sondern für die ganze Welt. Dieses Museum hatte eine Sammlung von Artefakten der mesopotamischen Kultur, bekannt als die Wiege der Zivilisation. Deshalb ist die von der UNESCO geleistete Arbeit von so großer Bedeutung, um unser Erbe zu bewahren und es für kommende Generationen lebendig zu halten.

Fragile Kombination

Zum anderen dürfen wir niemals die Vorstellung von Fortschritt und Entwicklung in der Gesellschaft aufgeben: Es ist die fragile Kombination aus Fortschritt und Bewahren, die möglicherweise Europas Problem lösen kann. Kein Zweifel: Wenn wir auf der Vielfalt der Kulturen bestehen, tendieren wir dazu, den gesellschaftlichen Fortschritt zu vernachlässigen; die grundlegenden Menschenrechte wie Respekt vor dem Leben, Freiheit, Gleichheit und Besitz. Das „Anderssein“ über diese universalen Rechte zu stellen bedeutet, zu riskieren, dass der Kommunitarismus stärker wird. Es gefährdet die Grundlagen und den gesellschaftlichen Fortschritt, der erstmals von der Aufklärung des 18. Jahrhunderts zur Sprache gebracht worden ist. Kulturelle Vielfalt

„Wenn wir auf der Vielfalt der Kulturen bestehen, neigen wir dazu, den gesellschaftlichen Fortschritt zu vernachlässigen; die grundlegenden Menschenrechte wie Respekt vor dem Leben, Freiheit, Gleichheit und Besitz. Das ‚Anderssein‘ über diese universalen Rechte zu stellen bedeutet, zu riskieren, dass der Kommunitarismus stärker wird.“

sollte diese großartige Leistung nicht untergraben dürfen.

Zwischen der Anerkennung von Vielfalt und dem Bestehen auf grundlegende Menschenrechte muss eine prekäre Balance gefunden werden. Die Förderung von Vielfalt darf diese nicht gefährden. Das rechte Gleichgewicht zwischen den beiden zu erzielen, ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit.

Meiner Meinung nach bedroht der Ruf nach mehr Vielfalt, der den Kommunitarismus befeuert, nicht nur Europa, sondern jedes Land in der Europäischen Union. Im Falle von Frankreich sind die Franzosen wohl teilweise verantwortlich für diese Situation. Sie haben Integration mit Assimilation verwechselt. Der Diskurs über Assimilation, wie er von der politischen Rechten in Frankreich genutzt wird, beschuldigt Einwanderer, „die Jobs zu stehlen, die französischen Bürgern zustehen“ und verlangt von ihnen, ihre persönliche und kulturelle Identität zugunsten eines sehr schwer zu definierenden nationalen Konsens zu verleugnen.

Im Fachvokabular der Biologie bezeichnet das Wort „Assimilation“ den Prozess, über den ein Körper Nahrung aufnimmt; Magensäfte verwandeln Nährstoffe und lösen sie im Or-

ganismus auf. Ein Einwanderer, der sich in ein Land assimiliert, ist seiner Ursprungskultur gänzlich beraubt. Während der Bildung der Europäischen Union als wirtschaftliches, politisches und kulturelles Konstrukt wurde jedoch kein Land gebeten, sich zu assimilieren. Vielmehr respektiert und schätzt das europäische Projekt die kulturellen Unterschiede jedes Landes, während es gemeinsame Gesetze und Institutionen übernimmt.

Um mich selbst als Beispiel zu nehmen: Ich bin französisch von Geburt, durch meine Eltern aber auch irakisch. Ich fühle mich der klassischen Bildung, die ich genossen habe, sehr verbunden, aber auch im Einklang mit der arabischen Welt. Als Frau unterscheidet sich meine Vorstellung von der arabischen Welt in dem Sinne, dass meine Erzieher sich auf die Rolle der Frauen in den vielen Kriegen des Iraks konzentriert haben – von der Emanzipation bis zur Unterwerfung.

Als Araberin habe ich eine komplexe Identität. Ich gehöre zur christlichen chaldäischen Minderheit. Ich bin aber keine Gläubige per se. Tatsächlich hatte ich mich außerhalb meiner persönlichen Sphäre nie in diesem Sinne gesehen, bevor mich dann die Welt da draußen dazu zwang.

Im öffentlichen Raum bin ich als französische Staatsbürgerin öfter als ich sagen will, gefragt worden, ob ich eine Muslima sei oder nicht. Einige meiner vielfältigen Identitäten sollten in der häuslichen Sphäre bleiben. Die Welt, in der wir leben, neigt dazu, Glauben und Unterschiedlichkeit in die Öffentlichkeit zu zwingen.

Vorrang hat dagegen: Wir sollten weder der Angst erliegen noch den Kommunitarismus stärken, der unsere gemeinsamen Menschenrechte gefährdet. Um die richtige Balance zu finden, ist Säkularismus der Schlüssel, vorausgesetzt, dass er die eigenen Identitäten in der persönlichen Sphäre belässt, während

Individuen in der öffentlichen Sphäre gleichberechtigt behandelt werden. Flüchtlinge und Einwanderer haben das Recht, ihre Identitäten zu erhalten, während sie Rousseaus Gesellschaftsvertrag unterschreiben. Man muss sich nicht assimilieren, um ein französischer Bürger zu werden; man muss dafür einfach den politischen Vertrag respektieren, unabhängig von den eigenen Überzeugungen und Gebräuchen. Der Ausdruck kultureller Unterschiede sollte sich nicht umsetzen in individuelles Verhalten und öffentliche Politik der gastgebenden Gesellschaft.

Die Anerkennung des Andersseins ist tatsächlich eine große Anstrengung, die bereits in der Schule beginnt. In Frankreich war Schulbildung traditionell der Weg zu einer erfolgreichen Berufslaufbahn, die alle auf den gleichen Stand bringt. Heute versagt die Schule als soziale Leiter.

Während der Dritten Republik musste Frankreich einen anderen Typ von „Ausländern“ integrieren; Bretonen, Elsässer und andere Gemeinschaften aus abgelegenen, ländlichen Teilen Frankreichs, die weit entfernt waren vom politischen Establishment in der Hauptstadt. In den 1950er-Jahren galt diese Integration als Erfolg. In der heutigen globalisierten Welt muss Frankreich völlige Fremde integrieren; Menschen, die nicht die gleichen Traditionen und Werte teilen. Manche verlangen, die Grenzen des Landes dicht zu machen.

Das Bildungssystem ist nicht mehr der große Gleichmacher, der es einmal war. Im Laufe der letzten 30 Jahre hat sich Bildung verlagert von der Lehre fundamentaler Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Mathematik hin zu einer Stärkung der Kinder und der Förderung ihres Wohls. Für manche ist dies eine gute Sache. Die Schulen bleiben jedoch immer noch hinter den Erwartungen zurück, wenn es darum geht, das Wissen über andere Kulturen zu vergrößern und Fähigkeiten auszubilden,

die notwendig sind, um einen friedlichen Dialog zwischen den Kulturen zu schaffen, der auf gemeinsamen Prinzipien beruht. Überdenken wir also unser Bildungssystem, um Europa zu stärken.

Hela Khamarou, gebürtige Pariserin irakischer Herkunft, studierte in Großbritannien und arbeitet heute nach Stationen bei der UNESCO und dem Europäischen Parlament als Journalistin für die öffentlich-rechtliche Fernsehanstalt France Télévisions in der französischen Hauptstadt.

Einwanderungskontinent Europa Anti-Islam-Demonstrationen in Deutschland, auftrumpfender Front National in Frankreich: Gründe für den Erfolg der Rechten in Europa sind eine wachsende soziale Spaltung und eine steigende Zahl an sozial und gesellschaftlich Abgehängten, den Verlierern der Modernisierung und Globalisierung. Wie kann Europa von der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer inklusiven Zuwanderungspolitik und einem neuen europäischen Narrativ kommen, das Migranten umfasst? *Von Isabel Schäfer*



Migration nach Europa und Mobilität innerhalb des Kontinents haben in den letzten Jahrzehnten stetig zugenommen. Dabei wird meist übersehen, dass der Großteil der Einwanderer in der EU (auch in Deutschland) aus anderen EU-Mitgliedstaaten kommt und nicht aus anderen Weltregionen wie der islamisch geprägten. Die Schattenseiten der restriktiven und teilweise inhumanen europäischen Migrationspolitik gegenüber Einwanderern aus dem südlichen und östlichen Mittelmeerraum sind bekannt. Es war auch zu erwarten, dass durch die politischen Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten seit dem „Arabischen Frühling“ 2011 und in der Zeit danach neue Migration ausgelöst wurde. Meist wird indes übersehen, dass der Großteil der Flüchtlinge in der Region

selbst bleibt und vor allem die betroffenen Nachbarländer die Last tragen, ob im Libyenkonflikt oder im syrischen Bürgerkrieg. Nur ein sehr geringer Anteil von Flüchtlingen kommt überhaupt nach Europa.

Gleichzeitig lässt sich aktuell eine neue und ansteigende Welle an anti-islamischen und antimuslimischen Vorurteilen beobachten. Dieses neue Feindbild Islam wird befördert durch die Berichterstattung über die Gräueltaten des Islamischen Staats (IS) in Syrien und Irak, aber auch durch einige Wahlsiege von islamistischen Parteien nach dem Arabischen Frühling, Szenarien von zerfallenden Staaten in der südlichen Nachbarschaft (Libyen, Jemen, Syrien) und islamistisch motiviertem internationalen Terrorismus, der in Gestalt von radikalisierten Rückkehrern aus Syrien eine neue Bedrohung für Europa darstellt.

Die Antworten der europäischen Außenpolitik auf diese Entwicklungen in der südlichen Nachbarschaft zeugen von einer Tendenz zu einem neuen Realismus, die sich unter anderem niederschlägt in mehr Forderungen nach Militarisierung und „Versicherheitspolitik“ der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

In diesem Kontext drängt sich die Frage auf, ob somit nicht in ähnliche Denkmuster zurückgefallen wird, wie dies nach 9/11 und im Rahmen des „Kriegs gegen den Terrorismus“ der Fall war: Zurückgekehrte oder nie gefallene autoritäre Regime in der arabischen Welt rechtfertigen mit der islamistischen Be-

drohung eine Wiederaufnahme oder Fortsetzung ihrer Repressionsmaßnahmen; für die europäischen Regierungen legitimiert der Verweis auf diese Bedrohung die Restriktion von Immigration aus der MENA-Region (Nahost und Nordafrika) und kontinuierliche Versicherheitlichung der Migrationspolitik (Frontex), den Ausbau von Sicherheitsmaßnahmen in Europa und an Europas Grenzen, die Erhöhung militärischer Ausgaben und weitere Waffenlieferungen an autoritäre Regime (etwa Saudi-Arabien).

Die real existierende Gefahr, die von einigen wenigen radikalisierten Islamisten, Salafisten oder Dschihadisten ausgeht, soll hier gar nicht bestritten werden, doch sollte diese verhältnismäßig betrachtet werden. Muss es nicht vielmehr und vorrangig darum gehen, die Gesellschaften in der südlichen Nachbarschaft in ihren schwierigen Transformationsprozessen konstruktiv zu unterstützen? Oder nach dem „Arabischen Frühling“ die Beziehungen zu den neuen und alten Regimen auf ein neues Fundament zu stellen, und die kulturelle, geographische, politische und wirtschaftliche Nähe dieser Nachbarschaft zu Europa wahrzunehmen sowie die gegenseitige Verwobenheit zwischen den Regionen zu erkennen?

Hierzu bedarf es eines konstruktiven Ansatzes, der darauf abzielt, gemeinsame Interessen zwischen den europäischen Gesellschaften und denen Nordafrikas und des Nahen Ostens herauszufiltern statt eines abgrenzenden, antiislamischen, neorealistischen Sicherheitsdiskurses.

Sicher: Das ist nicht einfach in einem Moment, in dem Europa selbst beträchtliche Probleme hat. Angesichts des Zuwachses an rechtspopulistischen Strömungen und eines verbreiteten rechtskonservativen Materialismus verfällt der Rest des politischen Spektrums in eine Art Kulturpessimismus und sieht überall nur noch das Schreckgespenst

von europäischen Desintegrationsprozessen (Beispiele: Schottland, Griechenland, Katalonien). Mit einer gewissen Fassungslosigkeit steht man Phänomenen wie der deutschen Anti-Islam-Bewegung PEGIDA, aber auch gleichzeitig einer neuen intellektuellen Qualität der Neuen Rechten in Form von Hass und Rassismus gegenüber, die sich insbesondere im Netz und in Hate-E-Mails ausdrückt.

Proeuropäische Stimmen werden leiser und weniger. Mit dem deutschen Soziologen Ulrich Beck ist ein wichtiger Vordenker Europas verstorben. Warum gelingt es heute so selten, die EU als positives Narrativ, als „postnationale Konstellation“ (Jürgen Habermas) zu etablieren, eine europäische Identität als einen kulturellen Mehrwert zu vermitteln, der zusätzlich und simultan zu anderen lokalen, nationalen, weiteren Identitäten existiert?

Das Projekt Europa wurde auf dem Prinzip der offenen Gesellschaften aufgebaut. Als Einwanderungskontinent im 21. Jahrhundert darf dieses Prinzip nicht erodieren, denn es zeichnet Europas Stärke in der Welt aus. Gerechte und effizient geregelte legale Zuwanderung bedeutet aber auch nicht nur die „besten Köpfe“ für Europa anzuwerben, sondern auch sozial Schwächeren eine Chance zu geben.

Die Frage der Zuwanderung wirft Europa auf den Stand der eigenen Integration, auf den internen Zusammenhalt zurück. Welches Gesellschaftsprojekt – abgesehen von ökonomischen

„Es bedarf eines Ansatzes, der darauf abzielt, gemeinsame Interessen zwischen den europäischen Gesellschaften und denen Nordafrikas und des Nahen Ostens herauszufiltern statt eines abgrenzenden, antiislamischen, neorealistischen Sicherheitsdiskurses.“

mischer Integration, EU-interner Mobilität für EU-Bürger und harmonisierten Handytarifen – steht den europäischen Bürgern und Entscheidungsträgern vor Augen? Welche Werte und welche Visionen zeigen den Weg in ein tiefergehendes inklusives Identitätsprojekt als die EU es heute repräsentiert? Brauchen wir ein neues europäisches Narrativ und wenn ja, wie könnte dieses aussehen? Narrative werden meist von den Eliten erfunden, oft abgekoppelt von und vorbei an der gesellschaftlichen Realität der Bürger. Doch wird nicht, während sich die Eliten noch den Kopf zerbrechen, bereits ein neues europäisches Narrativ „von unten“ entwickelt und ausgehandelt?

Die europäische Krise ist nicht nur bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise. Sie geht einher mit einer Legitimitäts- bzw. Glaubwürdigkeitskrise der europäischen Institutionen und des Projekts Europa insgesamt.

Verlorenes Vertrauen

Teile der europäischen Bevölkerungen, auch der jungen Generation, haben das Vertrauen in die Regierenden verloren, oder fühlen sich sozial abgehängt. Vor allem der Rechtspopulismus hat von der Krise profitiert und Fremdenfeindlichkeit in den europäischen Gesellschaften nimmt eher zu statt ab.

Die Prognosen für die Europawahlen im Mai 2014 waren alarmierend: Es wurde davon ausgegangen, dass ein Viertel der Sitze des Europäischen Parlaments an Rechtspopulisten gehen würde. Das Ergebnis war nicht ganz so drastisch, doch immerhin erhielten die rechten, EU-kritischen Parteien insgesamt 19 Prozent der Stimmen (besonders erfolgreich waren sie in Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Österreich). Gleichzeitig schüren Rechtspopulisten antieuropäische Gefühle und Positionen; und sie schüren Fremden-

feindlichkeit – nicht nur gegen außereuropäische Migranten, sondern auch gegen Zuwanderer aus anderen EU-Mitgliedstaaten. Ein Beispiel hierfür waren die Verbalattacken und Stimmungsmache der deutschen konservativen Partei CSU gegen Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien.

Aber auch in den südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten haben rechtsextrem motivierte Gewalttaten zugenommen, etwa in Griechenland. Gründe für den Erfolg der Rechten sind vor allem eine wachsende soziale Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern in den europäischen Gesellschaften, zunehmende soziale Desintegration, eine wachsende Zahl an sozial und gesellschaftlich Abgehängten, den Verlierern der Modernisierung und Globalisierung. In Deutschland, aber auch anderswo in Europa, existieren ganze abwärtsdriftende Regionen. Das Stadt-Land-Gefälle nimmt zu. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer, die gesellschaftliche Mitte erodiert und Abstiegsängste werden stärker.

Mehr Mobilität, eine zentrale Errungenschaft der europäischen Integration, ist etwas Positives. Wir sehen eine neue Generation von jungen Menschen, für die es selbstverständlich geworden ist, drei Monate an einem Ort zu studieren, dann sechs Monate woanders zu arbeiten, zwölf Monate an einem weiteren Ort einen Aufbaustudiengang zu absolvieren, und persönliche Beziehungen quer über den europäischen Kontinent hinweg zu haben.

Für diese „Generation Erasmus“ oder „Generation EasyJet“ oder genauer gesagt bereits die Kinder der ersten „Generation Erasmus“, von der Europäischen Kommission auch „Neue Europäer“ genannt, ist eine europäische Identität schon längst zur Selbstverständlichkeit geworden. Diese junge Generation ist mobil, gut ausgebildet, vielsprachig und in ganz Europa zuhause. Aber es handelt sich trotz Demokratisierung der Bildungssysteme

und Mobilitätsmöglichkeiten um eine Elite. Denn es gibt auch weiterhin viele in dieser Generation, die noch nie über ihr Stadtviertel hinausgekommen sind, geschweige denn in einem anderen europäischen Land ihre Ferien verbracht haben.

Zum Phänomen der gestiegenen Mobilität gehört auch, dass sie gar nicht immer unbedingt freiwillig passiert oder gewünscht ist. Viele junge Europäer (z.B. aus Spanien oder Polen) gehen in einen anderen EU-Mitgliedstaat, um neue Studien- und Ausbildungschancen oder Arbeitsperspektiven zu bekommen, obwohl sie aus privaten Gründen lieber in ihrer Region bleiben würden. Auch geht für viele junge binationale europäische Paare die beruflich-private Lebensplanung nicht auf, und die administrativen, zwischenmenschlichen und beruflichen Hürden lassen einige dieser real gelebten europäischen Lebensprojekte scheitern.

Die Glaubwürdigkeit der EU steht zur Disposition, wenn zur Europäisierung zwar auf Ebene der Gesellschaften ermutigt wird, gleichzeitig aber Regierungen gerade in Krisenzeiten in nationalstaatliches Denken und Argumentieren zurückfallen. So entstand im Fall der spanischen und griechischen Wirtschaftskrisen eine Art Nord-Süd-Konflikt innerhalb Europas (z.B. zwischen Deutschland und Griechenland) über Fragen der Anpassung von Arbeitszeiten, Mindestlöhnen, Rententaler und Bildungssystemen.

Wenn aber eine europäische Harmonisierung in diesen Bereichen angestrebt ist, warum wird diese dann nicht auch konsequent für andere Politikbereiche gefordert, wie etwa für das Bankensystem? Warum sollte es nur integrierte Märkte in der EU geben, aber keine integrierte, gesamteuropäische Sozialpolitik? Dazu müsste mehr reguliert werden. Doch hier vertreten insbesondere die beiden zentralen EU-Mitgliedstaaten Frankreich und

Deutschland unterschiedliche Positionen. Die Euro-Rettung allein reicht nicht aus. Angesichts der Entwicklung der globalen Märkte sollte sich die EU z.B. eher für Mindeststandards in allen europäischen Ländern einsetzen.

Europa ist keine Insel. Die Zukunft Europas wird auch von den Entwicklungen in der Nachbarschaft abhängen. Die Krise in Südeuropa ist ja vorrangig ökonomisch und finanziell, während die im südlichen Mittelmeerraum politisch und sicherheitspolitisch ist, aber eben auch sozioökonomisch.

Natürlich ist die Mittelmeerregion sehr heterogen, aber ab 2011 sind fast zeitgleich soziale Protestbewegungen rund ums Mittelmeer entstanden, von Tunesien über Ägypten und Libyen, hin nach Spanien, Israel, in die Türkei oder Griechenland. Auch wenn die Ursachen und Kontexte teilweise sehr unterschiedlich sind, so konnte man doch ähnliche Protestformen beobachten und gegenseitige Einflüsse etwa bei der Organisation von Protesten mit Hilfe neuer Netzwerke.

Seit 2008/2009 sind die Handelsbeziehungen zwischen Südeuropa und dem südlichen Mittelmeerraum aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise rückläufig. Die südeuropäischen Staaten haben weniger aus Nordafrika importiert (das betrifft Energie, Konsumartikel, Textilien, Lebensmittel), was wiederum die Krise in den arabischen Ländern verstärkt hat. Durch die politischen Umbruchsituationen kam es zu Unterbrechungen der Produktion, was wiederum zu Exportrückgängen in die EU geführt hat (Ausnahmen sind Israel und die Türkei).

Aufgrund der sicherheitspolitischen Lage in einigen Ländern ist der Tourismus in Nordafrika zurückgegangen (vor allem in Tunesien und Ägypten), was die ökonomische Krise verstärkt hat. Das hat sich wiederum positiv auf den Tourismus in Südeuropa ausgewirkt: Viele Urlauber, die sonst nach Tunesien oder Ägypten

ten gefahren wären, haben Ferien in Südeuropa gemacht (etwa auf den kanarischen Inseln, in Spanien, Griechenland oder auf Zypern). Hier haben sich die Krisen gegenseitig verstärkt, aber zum Vorteil der südeuropäischen Ökonomien.

Auch die südeuropäischen Investitionen in Nordafrika sind stark zurückgegangen, zum einen wegen der Rezession in Südeuropa und wegen der politischen Umbrüche in Nordafrika. Die Direktinvestitionen von Dritten in Südeuropa wiederum sind auch rückläufig, und dies obwohl die Preise und Gehälter gesunken sind.

Was die Hilfgelder seitens der EU und der EU-Mitgliedstaaten für die arabischen Staaten betrifft, so kam es zwar teilweise zu neuen Programmen und Budgetlinien, aber insgesamt ist das Volumen an Hilfgeldern der südeuropäischen EU-Mitgliedstaaten für den südlichen Mittelmeerraum zurückgegangen und teilweise mussten aus sicherheitspolitischen Gründen laufende Projekte gestoppt oder unterbrochen werden.

Klar ist: Die Wirtschaftskrise hatte Auswirkungen auf die Migrationsbewegungen. So haben zum Beispiel aufgrund der Rezession in Südeuropa viele nordafrikanische Migranten ihre Arbeit verloren (z.B. in Spanien) und mussten teilweise zurück in ihre Herkunftsländer. So steigt das Konfliktpotenzial in Nordafrika. Andererseits hat sich der Pull-Faktor für Migration verschoben: Für viele der nordafrikanischen Zuwanderer liegt ihr Zielland

„In der erhitzten Debatte über Flüchtlingsströme wird meist übersehen, dass der Großteil der Flüchtlinge innerhalb der Region bleibt und auf der Schulter der Nachbarstaaten lastet.“

jetzt eher in Nordeuropa als in Südeuropa. Anders als von vielen erwartet und prognostiziert, haben die politischen Umbrüche in der MENA-Region jedoch nicht zu massenhaften Migrationsbewegungen Richtung Europa geführt. In der erhitzten Debatte über vermeintliche Flüchtlingsströme wird meist übersehen, dass der Großteil der Flüchtlinge innerhalb der Region bleibt und auf der Schulter der Nachbarstaaten lastet (z.B. Libanon und Jordanien).

Hinzu kommt, dass Spanien, Portugal und Griechenland vor dem arabischen Frühling (2011) immer wieder als Positivbeispiele für die arabischen Transformationsländer genannt wurden, im Sinne einer gelungenen Transition von autoritären zu demokratischen Regimen, und aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistung und Entwicklung durch ihre EU-Mitgliedschaft. Für Marokko etwa galt Spanien lange als Orientierungsmodell und Vorbild. Angesichts der Rezession und hohen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa, ist dieser Modellcharakter nun eher hinfällig und für den Reformwillen in den arabischen Staaten wenig förderlich.

Letztendlich hat die EU aufgrund ihrer Wirtschafts- und Außenhandelspolitik auch eine Mitverantwortung an der sozioökonomischen Situation in der MENA-Region, die wiederum einer der Auslöser und Push-Faktoren für Emigration nach Europa ist.

Die Vorstellungen darüber, wie eine Europäische Union zukünftig politisch und ökonomisch aussehen könnte, variiert nicht nur zwischen den Generationen, zwischen politischen Lagern, regionalen und lokalen Akteuren, zwischen Denkschulen und Individuen, sondern unter anderem auch zwischen den nord- und südeuropäischen Mitgliedstaaten. Der allgemeine Trend zur Renationalisierung lässt sich jedoch in allen Mitgliedstaaten finden – ein Resultat der Globalisierung, Beschleunigung und größeren Komplexität der Weltpolitik.

Aber auch unter den Nordeuropäern gehen die Meinungen über die Zukunft der EU auseinander. Während zum Beispiel Großbritannien gegen eine weitere Integration ist, befürwortet Deutschland diese; Frankreich möchte zwar eine starke EU, aber seine nationale Außen- und Sicherheitspolitik nicht aufgeben.

Ebenso variieren die Meinungen unter den Südeuropäern: während Madrid eine eher nationalstaatliche Politik verfolgt, ist Katalonien zwar separatistisch, gleichzeitig aber sehr EU-orientiert. Unter Berlusconi in Italien waren ein Anti-EU-Kurs und nationale Alleingänge durchaus üblich. Nicht zuletzt in Griechenland ist die Anti-EU-Haltung durch die Sparauflagen eher gestiegen als gesunken.

Die unterschiedlichen Krisen innerhalb der EU bieten aber auch Chancen: Durch sie sind innereuropäische Diskussionen in Gang gekommen über soziale Ungerechtigkeit, über eine Neudefinition des Sozialvertrags in Europa, über die notwendige Reform der Bankensysteme, über fairere Handelsbedingungen und gerechtere Gehälter (Mindestlöhne, Mindeststandards für Arbeitnehmer) und nicht zuletzt über eine Postwachstumspolitik (z.B. Deglobalisierung von Herstellungsketten). All diese Elemente verdeutlichen auch den transnationalen Charakter der Herausforderungen, mit denen Europa konfrontiert ist.

Angesichts der alternden europäischen Gesellschaften, des Fachkräftemangels und des generellen Arbeitskräftemangels in bestimmten Sektoren, sowie angesichts der jungen Gesellschaften im südlichen Mittelmeerraum, ließe sich durchaus eine Win-Win-Situation für beide Seiten des Mittelmeers entwickeln. Europa muss in globaleren, weiteren Räumen denken, insbesondere gegenüber seinen Nachbarschaften – im Osten wie im Süden. Ziel sollte es sein, das Prinzip der offenen Gesellschaften zu erhalten. Offene Gesellschaften sind kein Luxus, sondern

inhärenter Bestandteil europäischer Identität und Geschichte.

Neue Zuwanderungspolitik nötig

Gleichzeitig braucht Europa eine neue Zuwanderungspolitik, die den Entwicklungen des 21. Jahrhunderts entspricht. Damit ist vor allem eine nicht diskriminierende EU-Zuwanderungspolitik gemeint, ein besserer Schutz von Flüchtlingen und Menschen in Seenot, eine insgesamt menschliche Flüchtlingspolitik, alles in Übereinstimmung mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention. Doch vor allem braucht die EU eine intensiviertere Förderung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten.

Schließlich ist ein neues, gemeinsames europäisches Narrativ nötig, das über die simple Formel „Einheit durch Vielfalt“ hinausgeht. Lange Zeit galten die Vereinigten Staaten und Australien als erfolgreiche, moderne Einwanderungsstaaten, denen es zumindest vordergründig gelang, Zuwanderer – unabhängig von nationalen, religiösen oder ethnischen Hintergrund – in den damaligen „Melting Pot“ aufzunehmen und mittels übergeordneter, patriotischer Symbole, universeller Referenzen und Diskurse zu einer gesellschaftlichen Gemeinschaft werden zu lassen, in der jeder Immigrant die gleichen Chancen und Rechte hat.

Dass einzelne Ethnien wie schwarze US-Amerikaner oder lateinamerikanische US-Bürger trotz Multikulturalismus, Postkolonialismus oder „Politics of Identity and Difference“ weiterhin mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert sind, hat nicht dazu geführt, dass diese sich der amerikanischen Nation weniger zugehörig fühlen.

Die berechnete Kritik an der Melting-Pot-Integrationsstrategie ist, dass eher eine Inte-

gration durch kulturelle Assimilation gemeint war, also die Vermischung von verschiedenen Kulturen und Werten zu einer gemeinsamen, integrierten nationalen Kultur. Ziel war es, eine Art homogene nationale Kultur zu bilden, die einen starken Gemeinsinn entwickelt, statt ein respektvolles Neben- und Miteinander von verschiedenen Traditionen und Religionen der Einwanderer-Gruppen.

Eine andere Variante ist jene, in welcher Kulturen nicht miteinander verschmolzen werden, sondern jeder für sich seine eigenen, abgegrenzten Kulturen lebt, wie zum Beispiel das „Salad Bowl Konzept“ oder das „multikulturelle Mosaik“ in Kanada, das unter anderem auch auf der gezielten Förderung von kulturellen Praktiken und Sprachen beruht. Das plurikulturelle Miteinander-Modell in Kanada ist geprägt von Prinzipien der Chancengleichheit und Toleranz gegenüber kultureller Differenz. Abgesehen von konzeptionellen und praktischen Umsetzungsdefiziten ist es den Vereinigten Staaten von Amerika, Australien und Kanada gelungen, im Laufe der Jahrhunderte Menschen aus aller Welt mit verschiedenen Religionen, Kulturen und Traditionen zu offenen, demokratischen Gesellschaften zusammenzubringen.

Auch bildungs- und kulturpolitisch sind Australien und die Vereinigten Staaten in Bezug auf Inklusion und interkulturelle Praxis, insbesondere in der Frühpädagogik, teilweise weiter als die europäischen Bildungssysteme. Dort wird bereits vom Kleinkindalter an kulturelle Toleranz und sozialer Umgang mit kulturellen Unterschieden und kultureller Vielfalt (diversity) eingeübt und so häufig zu einer Selbstverständlichkeit. Das Community-Konzept wird gezielt gefördert und auch in die Praxis umgesetzt. Deutsche Bildungseinrichtungen hinken hier teilweise hinterher und lassen häufig die Kleinkind- und Schülergeneration letztendlich alleine mit ihren neuen

sozialen, (multi-, pluri-, trans-, inter-)kulturellen und identitären Aushandlungsprozessen. Während kulturelles und soziales Miteinander verschiedener Migrationsbiografien einerseits Alltag und nichts Besonderes mehr ist, leben gleichzeitig nationale Identitäten, Klischees und Vorurteile weiter. Der wirkliche interkulturelle Austausch bleibt oft trotz guten Willens begrenzt. Gleichzeitig fehlt ein inklusives europäisches bzw. transnationales Gesellschaftskonzept, das einen philosophischen Überbau für vergleichbare, neue pädagogische Konzepte bieten könnte. Was nach innen fehlt, fehlt auch nach außen, etwa in Bezug auf den Mittelmeerraum.

Denn es gilt, diesen als einen gemeinsamen Raum zu betrachten und nicht als eine Grenze. Dazu gehört auch, die euro-mediterranen Beziehungen neu zu denken, neu zu definieren, im Sinne von geteiltem Wohlstand (Handelspolitik), Nachhaltigkeit, Mobilität, guter Nachbarschaft, Beziehungen auf Augenhöhe, zivilgesellschaftlicher Kooperation, einer ausgewogeneren Machtverteilung zwischen der EU und den südlichen und östlichen Mittelmeerländern, einer neuen Vision für eine langfristig orientierte EU-Strategie, die auf eine Integration und Inklusion der Mittelmeerregion abzielt. Wenn dies nicht geschieht, so wird sich die sozioökonomische Lage im südlichen Mittelmeerraum noch weiter verschlechtern, und damit noch mehr soziales Protestpotential und tendenziell mehr Emigration Richtung Europa entstehen.

Isabel Schäfer, Politikwissenschaftlerin, ist Dozentin am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und leitet das Projekt „Mittelmeer Institut Berlin (MIB)“.

Mehr Mut zu einer ganzheitlichen Politik Integration bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft. Dies setzt einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit, sozialen Sicherungssystemen und Gesundheitsversorgung voraus. Integration kann nur als wechselseitiger Anpassungsprozess zwischen Migranten und den Aufnahmegesellschaften funktionieren und erfordert Verpflichtungen und Respekt beider Seiten für zentrale Werte, etwa die Rechtsordnung.

Von Bernd Hemingway, Lisa Wortmeier und Florian Forster



Menschliche Mobilität spielt in unserer heutigen Gesellschaft eine zentrale, in diesem Ausmaß noch nie dagewesene Rolle. Von den derzeit rund eine Milliarde Migranten weltweit sind mehr als 232 Millionen internationale Migranten – dies entspricht etwa drei Prozent der Weltbevölkerung. Migration ist und bleibt ein zentraler Trend des 21. Jahrhunderts. Wir können Mobilität nicht mehr von unseren Wirtschaftssystemen, Gesellschaften und Kulturen wegdenken. Für uns, die Internationale Organisation für Migration (IOM), ist Migration aufgrund von demografischen Trends und anderen Faktoren der globalisierten Welt unumgänglich.

Gleichzeitig sehen wir Migration als positiv und wünschenswert: Migration ist notwendig für sozioökonomische Entwicklung

und Wachstum, in Europa gerade in Hinblick auf die Herausforderung des demografischen Wandels. Migranten tragen zu wirtschaftlicher Innovation bei, nehmen lokale Dienstleistungen in Anspruch, konsumieren lokale Güter und zahlen in die Steuer-, Sozialversicherungs- und Rentenkasse ein. Migration birgt unumstritten auch Herausforderungen und Risiken, sowohl für die einzelnen Migranten als auch für Staaten und Gesellschaften. Daher vertritt IOM (Internationale Organisation für Migration) den Grundsatz, dass ein gutes Migrationsmanagement notwendig ist, um Migration zum Vorteil aller Migranten, Ziel- und Herkunftsländer zu gestalten. Effektives Migrationsmanagement umfasst Bereiche wie Arbeitsmigration, Flüchtlingspolitik, den Kampf gegen Menschenhandel und -smuggel oder das Zusammenspiel von Migration und Entwicklung. Die Integration von Einwanderern in die Gesellschaft ihres Ziellandes ist Schlüsselkomponente eines umfangreichen Migrationsmanagements. Zuwanderungs- und Integrationspolitik müssen dabei stets zusammengedacht werden.

Integration ist Dauerthema der politischen und gesellschaftlichen Diskussion, kaum ein Thema zieht so viel öffentliches Interesse auf sich. Allerdings wird die Bedeutung des Politikfelds der Migrations- und Integrationspolitik für die Zukunft unserer Gesellschaft oft unterschätzt. Wir leben heu-

te in Gesellschaften, die durch Migrationstrends der letzten Jahrzehnte zunehmend von kultureller Vielfalt geprägt sind. Oft wird die wachsende Vielfalt allerdings als Gefahr für den sozialen Zusammenhalt von Gesellschaften wahrgenommen.

Integrationspolitik ist vielerorts unzureichend, in einigen europäischen Ländern leben Einwanderer schon seit mehreren Generationen ohne ausreichende Integration. Eine breitere öffentliche Debatte über Migration und Integration ist notwendig, um alle beteiligten Akteure einzubeziehen und innovative Lösungsansätze für eine effektivere Integrationspolitik zu finden.

Der Integrationsprozess ist ein komplexer Vorgang, der Menschen, Gesellschaften und Regierungen vor Herausforderungen und oft sensible Fragen stellt. Migration ist ein Prozess des Wandels, für Migranten, die ein Leben in einem neuen, ihnen fremden Land und dessen kulturellem Umfeld beginnen, sowie für die Aufnahmegesellschaften, die durch wachsende Vielfalt charakterisiert werden. Der Trend zu mehr Heterogenität und kultureller Vielfalt in unserer heutigen Gesellschaft wirft fundamentale Fragen auf: Wie geht eine Gesellschaft mit Wandel um? Wie können wir die Akzeptanz von Einwanderern und Flüchtlingen in der Bevölkerung erhöhen? Wie erleben Migranten ihre Erfahrungen im neuen Land, wie stehen sie zu der Gesellschaft ihrer neuen Heimat? Wie können kulturelle Vielfalt und Unterschiede zum Vorteil von Herkunfts- und Zielländern, aber auch von

den Migranten selbst genutzt werden? Integrationspolitik muss diese Wirklichkeit moderner Gesellschaften anerkennen. Integration ist essentiell für alle Beteiligten, nicht nur um ökonomische und kulturelle Vorteile zu garantieren, sondern auch für die Stabilität und Sicherheit von Gesellschaften. Ziel von Integrationspolitik sollte es sein, Migranten die Möglichkeit zu geben, ihr persönliches, wirtschaftliches und soziales Potential zu verwirklichen, Entfremdung und Marginalisierung von Zuwanderern zu verringern, sowie zu sozialer Kohärenz und Harmonie einer Gesellschaft beizutragen.

Wenn es um Integration geht, werden oft einseitige Assimilationsansprüche an Einwanderer gestellt. Integrationsbereitschaft von Migranten wird gleichgesetzt mit der vollständigen Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft – eine Thematisierung der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, die Einwanderer aufzunehmen und anzuerkennen, findet nicht ausreichend statt. Dabei ist hervorzuheben, dass Integration in die Gesellschaft so nicht existiert, vonnöten ist ein weiter gefasster Integrationsbegriff, der alle Menschen und Gruppen einer Gesellschaft miteinbezieht und sich nicht lediglich auf die Einwanderer sowie religiöse und kulturelle Aspekte beschränkt. Integration kann nur als wechselseitiger Anpassungsprozess zwischen Migranten und den Aufnahmegesellschaften funktionieren und setzt Verpflichtungen und Respekt beider Seiten für zentrale Werte, etwa die Rechtsordnung voraus.

Einerseits basiert Integration auf der Eigenverantwortung des Zuwanderers, dem Willen und aktiven Bemühen, in der neuen Gesellschaft anzukommen und die neue Heimat auch als Heimat anzuerkennen. Gleichzeitig bedarf es einer offenen Gesellschaft, die neue Mitglieder mit ihrem Potenzial, aber auch ihren Unterschieden willkommen heißt

„Migration ist notwendig für sozioökonomische Entwicklung und Wachstum, in Europa gerade in Hinblick auf die Herausforderung des demografischen Wandels.“

und anerkennt. Daher braucht es eine Integrationspolitik, die sowohl Migranten hilft, sich in die neue Gesellschaft zu integrieren, als auch auf die Offenheit und Akzeptanz der Aufnahmegesellschaft zielt.

Integrationspolitik wird häufig im Zusammenhang mit dem Islam diskutiert. Zuletzt rückte der Anschlag auf die Charlie-Hebdo-Redaktion in Paris im Januar 2015 die Diskussion über die Integration von Muslimen in vielen europäischen Ländern erneut ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ablehnende Einstellungen gegenüber dem Islam und Muslimen, Ängste vor einer „Überfremdung“ oder „Islamisierung Europas“ haben sich in Teilen der Bevölkerung verbreitet. In vielen europäischen Ländern sind vermehrt fremdenfeindliche Parolen zu vernehmen.

Die aktuelle Debatte um die „Islamisierung Europas“ ist ein Beispiel für die oft verzerrte Wahrnehmung von Migration. Von der Realität ist diese Wahrnehmung weit entfernt, auf Basis von inkorrekten Informationen bilden sich Vorurteile. Eine kürzlich im „Economist“ erschiene Infografik verdeutlicht dieses Phänomen: Der Anteil von Muslimen an der Bevölkerung in verschiedenen europäischen Staaten wird bei weitem überschätzt. Laut einer Umfrage der Marktforschungsorganisation Ipsos MORI 2014 schätzen befragte Deutsche den Anteil von Muslimen auf knapp zwanzig Prozent, im Gegensatz zu faktisch nur sechs Prozent. Franzosen gehen von einem muslimischen Bevölkerungsanteil von 30 Prozent aus, in Wirklichkeit sind es nur acht Prozent. Wenn kulturelle und religiöse Unterschiede zwischen Migranten und der Aufnahmegesellschaft hervorgehoben werden, kann Migration als Gefahr empfunden werden, woraus sich schnell ein Klima von Angst, Diskriminierung und potenzieller Gewalt zwischen Migranten und Gesellschaft entwickeln kann.

Ausgrenzende Muslim- und Islambilder und eine ablehnende Haltung gegenüber allem Fremden beeinflusst die tatsächlichen Integrationsverläufe der Zuwanderer negativ. Zu einer guten Integrationspolitik gehört daher ebenso die Thematisierung von rassistischen Denkstrukturen in allen Bereichen sowie ihre Bekämpfung. Vorurteilen gilt es entgegenzuwirken und das Bewusstsein für die positiven Effekte von Migration zu stärken. Die Rolle von Regierungen, aber auch zivilgesellschaftlichen Akteuren und Medien bei der Förderung von Toleranz und gegenseitigem Respekt ist daher essentiell.

Neben der Furcht vor einer Islamisierung Europas sind Vorurteile über die Kosten von Migration weit verbreitet. Die Debatte über eine Armutszuwanderung aus Osteuropa, die als eine Last für das Sozialsystem der europäischen Staaten empfunden wird, veranschaulicht diese Ängste der nationalen Bevölkerung. Kampagnen wie IOM's "It is amazing what migrants bring", zeigen, wie dem weit verbreiteten Vorurteil, dass Migranten hohe Kosten für die Gesellschaft darstellen, begegnet werden kann. Die globale Kampagne hebt die positiven Aspekte von Migration hervor und zeigt auf, in welcher vielfältigen Weise Migranten die Gesellschaft bereichern und zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Fortschritt beitragen. Mit dem Aufzeigen von konkreten Fakten und Zahlen zu verschiedenen Aspekten von Migration soll weit verbreiteten Missverständnissen, Vorurteilen und negativen Wahrnehmungen entgegengetreten werden.

Europa muss seine Einstellung zu Migration und Einwanderern überdenken und aktualisieren. Es bedarf einer Willkommenskultur, die das Potenzial der Migranten anerkennt und fördert und die auf der Überzeugung beruht, dass Einwanderung im Interesse Deutschlands und Europas ist.

Um Zustimmung für Migration zu erreichen, muss die Einwanderungs- und Integrationsdebatte verstärkt auf die positiven Effekte von Migration hinweisen: die Notwendigkeit von Migration in einem alternden Europa, internationale Wettbewerbsfähigkeit und den wichtigen Beitrag von Migranten zu wirtschaftlicher Entwicklung und Wohlstand. Darüber hinaus ist es wichtig zu kommunizieren, dass Integration nicht nur eine staatliche Aufgabe ist, sondern auch bedeutet, in den Nachbarschaften auf die neuen Mitbürger zuzugehen.

In der Politik muss Integration mehr als bisher als Querschnittsaufgabe ernst genommen werden. Integrationspolitik ist nicht nur Sache der Innenministerien. Es braucht ein stärkeres Bewusstsein, dass Integration im Zusammenhang mit anderen Politikbereichen gedacht werden muss. Themen wie Chancengleichheit, Bildung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Gesundheit, soziale Kohäsion oder nationale Sicherheit, aber auch das Zusammenspiel von Migration und Entwicklungspolitik sowie regionale Entwicklung spielen für die Integrationspolitik eine Rolle. Das erfordert eine bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Ministerien und staatlichen Akteure sowie zwischen Bundes- und Landesebene.

Integration bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft. Dies setzt einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Erwerbsarbeit, sozialen Sicherungssystemen und Gesund-

„Es bedarf einer Willkommenskultur, die das Potenzial der Migranten anerkennt und fördert und auf der Überzeugung beruht, dass Einwanderung im Interesse und Europas ist.“

heitsversorgung voraus. Nicht zu bestreiten ist die zentrale Rolle von Sprachkenntnissen für die Integration, als Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Der Erwerb von Sprachkenntnissen ist ein erster, notwendiger Schritt im Integrationsprozess. Allerdings darf sich Integrationsförderung nicht auf Sprachförderung beschränken, sondern muss mit einer Unterstützung zur Eingliederung in das Erwerbsleben bzw. das Bildungssystem einhergehen. Schul- und Berufsbildung ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt, aber ebenso für die Teilnahme an sozialem Leben und Kultur und für sozialen Aufstieg.

In Deutschland hängt der Schulerfolg in großem Maße von der beruflichen Qualifikation der Eltern und ihrer sozialen Herkunft ab. Im internationalen Vergleich ist das deutsche Schulsystem besonders schlecht darin, Bildungsnachteile auszugleichen – was aufgrund ihrer sozialen Schichtenzugehörigkeit in besonderem Maße Menschen mit Migrationshintergrund betrifft. Die immer noch deutlich höhere Quote früher Schulabgänger unter Migranten ist problematisch, da Betroffene Gefahr laufen, dauerhaft von der Beteiligung an zentralen Lebensbereichen ausgeschlossen zu werden.

Den betroffenen Jugendlichen droht Marginalisierung, sie suchen oft nach Alternativen in ihrer ethnischen Gemeinschaft, haben größeres Potenzial für Radikalisierung. Bildung spielt daher auch eine zentrale Rolle bei der Vorbeugung von Radikalisierung. Integrationspolitik muss folglich gerade auch im Bildungsbereich als wichtige Zukunftsaufgabe wahrgenommen werden mit dem Ziel, Chancengleichheit herzustellen und Radikalisierung vorzubeugen.

Unumstritten ist die für gesellschaftliche Teilhabe zentrale Rolle von Integration in den Arbeitsmarkt. Benachteiligungen sind

hier noch besonders hoch. Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und gegen Diskriminierung und Ausbeutung zu kämpfen muss daher auch hier zentrale Aufgabe von Integrationspolitik sein. Ein wichtiger Aspekt der Arbeitsmarktpolitik ist auch die Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen. Ein Abrutschen in das soziale Netz ist, wo immer möglich, aktiv zu vermeiden. Ziel von Maßnahmen in diesem Bereich muss es sein, Migranten und ihre Fähigkeiten zu fördern und zu fordern, um ihnen eine aktive Teilnahme am Gesellschaftsleben zu ermöglichen.

Mit Vorbereitungsangeboten, zum Beispiel Informationen über die Arbeitsmöglichkeiten und die Anerkennung des Berufsabschlusses sowie zum Gesellschafts-, Rechts- und Bildungssystem oder auch zu Sprachkursen, können Migranten schon vor ihrer Ankunft im Zielland auf ihr neues Leben vorbereitet werden. Außerdem gilt es, Migranten in die aktive Mitgestaltung von Kultur und Gesellschaft in Deutschland und Europa einzubeziehen. Dies erfordert neue Konzepte und innovative, auf Partizipation und Inklusion beruhende Ansätze. Daher bedarf es einer sich ständig erneuernden, wertorientierten Gesellschaft und Kultur, die neue Einflüsse aufnimmt und verarbeitet. Kein kommunikationsloses Nebeneinander von abgeschlossenen Teilgesellschaften, sondern Dialog und Austausch. Das erfordert Rücksicht auf und Respekt vor dem Anderem, nicht Konfrontation und Polarisierung.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der aktuellen Debatte um die europäische Migrationspolitik ist die unzureichende Flüchtlingspolitik. Zu wenige Möglichkeiten zu legaler Migration nach Europa treiben Menschen in die Hände von Schleusern. Menschen, die tatsächlich Schutz bedürfen, reisen heute oft auf illegalem Weg nach Deutschland

und Europa, um hier einen Asylantrag stellen zu können und offiziell als Flüchtling bzw. Schutzbedürftiger anerkannt zu werden.

Die Europäische Kommission veröffentlichte vor Kurzem, dass während eines Jahres 276.000 Migranten über das Mittelmeer nach Europa gekommen sind. Ein Milliardenumsatz für Menschenschmuggler. Dies bringt die Migranten selbst in große Gefahr und führt in erheblichen Teilen der Bevölkerung zu einer Wahrnehmung, dass die Politik überfordert sei und ihr die Kontrolle entgleite.

Daher braucht es mehr offizielle „Resettlement“-Kanäle, um Flüchtlinge und humanitäre Fälle nach Deutschland und Europa zu bringen, sowie mehr Möglichkeiten zur legalen Arbeitsmigration. Die gemeinsame europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik ist hinter selbst gesteckten Erwartungen zurückgeblieben und eine solidarische Verantwortungsteilung bei der Aufnahme von Flüchtlingen in der EU bleibt ein dringend zu regelndes Problem. Dabei muss Rücksicht auf die Stärken und Bedürfnisse der Migranten genommen werden. Eine solidarische Verantwortungsteilung unter den europäischen Mitgliedsstaaten kann nicht nur ein bürokratisches Aufteilen bedeuten, sondern sollte auf das Individuum abgestimmte, individuelle Lösungen finden.

Eine effektive europäische Flüchtlingspolitik muss darüber hinaus ein konsequentes Vorgehen gegen Schleuser beinhalten, innerhalb der EU und, in Kooperation mit den Partnerländern, auch in den Transit- und Herkunftsstaaten von Flüchtlingen. Die Prävention von Fluchtursachen und die Verbesserung der Situation vor Ort und in der Nachbarschaft des Konfliktortes ist ebenfalls ein wichtiger Teil einer umfassenden Migrationspolitik.

In Bezug auf die Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen sollte der Grundsatz gelten, dass gute Integration so früh wie

möglich beginnt, auch wenn noch nicht sicher ist, ob die Person tatsächlich auf Dauer bleiben wird. Statistische Erhebungen belegen, dass ein großer Teil von Geduldeten und Asylbewerbern langfristig in Deutschland bleibt. Daher muss gesellschaftliche Teilhabe durch frühzeitig einsetzende Integrationsangebote ermöglicht werden, auch bereits während der Aufenthaltsstatus der Asylbewerber geklärt wird.

Integrationspolitik sollte nicht auf Sicherheitspolitik reduziert werden – allerdings muss ein Ziel von Integration sein, Sicherheit und Stabilität innerhalb von Gesellschaften zu wahren. Im Kontext des Syrienkonflikts etwa wird vor europäischen Islamisten gewarnt, die von Kampfeinsätzen im syrischen Bürgerkrieg zurückkehren. Die Radikalisierung von Einzelpersonen stellt eine ernstzunehmende Gefahr dar. Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht unter Generalverdacht geraten, aber es braucht Mechanismen, um die Radikalisierung von Einzelpersonen zu erkennen und sicherzustellen, dass radikalisierte Jugendliche keine Bedrohung für die Sicherheit ihrer Mitmenschen werden. Dabei sollte Austausch und Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden und den klassischen Integrationsakteuren eine wichtige Rolle spielen.

Wir sollten eine bessere Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden, Integrationspezialisten, sozialen Akteuren (etwa lokaler aus Schule, Sozial- und Jugendarbeit

„Menschen mit Migrationshintergrund dürfen nicht unter Generalverdacht geraten, aber es braucht Mechanismen um die Radikalisierung von Einzelpersonen zu erkennen.“

und Politik) und den Migranten selbst herstellen. Derartige Netzwerke, die einen direkten Zugang zu den Communities haben, können gegenseitigen Austausch und Verständnis fördern, bei Personen mit Migrationshintergrund und bei Sicherheitskräften. Sozialer Zusammenhalt und eine „Kultur des Kümmerns“ führt zu positiver sozialer Kontrolle und kann helfen, sich radikalisierte Personen frühzeitig zu erkennen und zu intervenieren. Auch Präventionsmaßnahmen spielen eine zentrale Rolle und müssen gezielter als bisher gefördert werden, auch unter Einbezug der Sicherheitsbehörden. Integrations- und Migrationspolitik sind nicht mit einem speziellen Programm abgeschlossen, sondern sind Daueraufgabe staatlicher und gesellschaftlicher Politik. Dazu bedarf es einer kohärenten, ganzheitlichen Migrationspolitik. Die Zusammenarbeit verschiedener Akteure ist oft unzureichend, die Aspekte von Migrations- und Integrationspolitik werden getrennt voneinander betrachtet. Um Integration im 21. Jahrhundert erfolgreich zu gestalten bedarf es vermehrter Anstrengungen und mehrerer innovativer Ansätze.

Bernd Hemingway, 54, ist Direktor für Migrationsmanagement bei der Internationalen Organisation für Migration (IOM) in Genf. Er hat langjährige internationale Erfahrung im Migrationsmanagement bei der Europäischen Kommission und dem Stabilitätspakt für Süd-/Osteuropa. **Florian Forster**, 48, ist Leiter der Abteilung „Grenzmanagement und Zuwanderung“ bei IOM in Genf. Er arbeitet seit über 20 Jahren im Migrationsbereich, darunter als IOM-Missionschef in Hanoi/Vietnam, Paris/Frankreich, Bern/Schweiz sowie als Programmverantwortlicher in Phnom Penh/Kambodscha. **Lisa Wortmeyer** ist als Stipendiatin des Carlschmid-Programms bei der IOM in Genf in der Abteilung „Immigration and Border Management“ tätig. Sie ist Absolventin des Masterstudiengangs „Europäische Studien“ der Université Libre de Bruxelles (Belgien).

Die Macht der Medien Mit Hilfe der Medien imaginiert sich eine Gesellschaft selbst – denn diese erlauben die Teilhabe aller an öffentlichen Diskursen sowie die gegenseitige Beobachtung von Gruppen und Mitgliedern der Gesellschaft. Während in den Nachrichtenmedien vor allem ein politischer Problemdiskurs der Zuwanderung und Asylpolitik geführt wird, ist die Unterhaltung integrativer: Hier wird einem großen Anteil an Migranten eine Plattform zur künstlerischen Artikulation geboten, die auch mit viel Resonanz genutzt wird. *Von Anne Grüne*



Rechtspopulismus und Neonationalismus beunruhigen muss. Warum aber lässt Europa eine flächendeckende Willkommenskultur für Flüchtlinge, Einwanderer und Asylsuchende vermissen, obwohl es den meisten europäischen Bürgern trotz Finanzkrise so gut geht wie lange nicht in der Geschichte? Warum hegen selbst Teile der bürgerlichen Mitte Vorurteile gegenüber Migranten, obwohl sie kaum persönliche Berührungspunkte mit diesen haben? Weshalb lässt die Integration von Migranten vielfach zu wünschen übrig und warum stehen ihr immer wieder leitkulturalistische Selbstbilder und mangelnde Anerkennung der Aufnahmegesellschaften im Weg?

Integration und Anerkennung mögen schlicht einfacher sein, wenn sie eine Forderung eher an die Anderen als an das Selbst bleiben. Kollektive Identitätskonstruktionen bieten dann die geeignete Schablone, um die Verantwortung für gesellschaftliche Problemlagen an „Fremde“ abzuweisen. Solange Minderheiten keinen Anteil an lebensweltlichen Erfahrungen der Mehrheit haben, verbleibt die Deutungshoheit weitestgehend bei denen, die Bilder und Narrationen zur Orientierung anbieten: den Medien.

Bei der Suche nach Integrationswegen einer multikulturellen Gesellschaft ist den Medien daher eine bedeutende Rolle zugeschrieben worden. Auch die Wissenschaft hat den Zusammenhang von Medien und Integration

Wenn zu Beginn des Jahres 2015 die Zivilgesellschaft auf den Straßen einiger deutscher Großstädte irritiert um eine weltoffene Haltung ringen muss, dann zeigt sich, dass die deutsche Einwanderungsgesellschaft nicht von durchweg aufgeklärten Gemeinschaften getragen wird. Die xenophoben und islamfeindlichen Parolen von Bürgerbewegungen wie dem Dresdner Aktionsbündnis PEGIDA und das Ringen der deutschen Politik um diesen einen Satz nach der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland zeugen eher von einem regressiven Kulturverständnis und einer mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen Fremd- und Selbstbildern.

Das gilt indes nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa, wo eine deutliche Tendenz zur Salon- und Politikfähigkeit des

zunehmend zur Kenntnis genommen, sodass heute durchaus zahlreiche Untersuchungen zum Thema vorliegen.

Vernachlässigt haben die Analysen bisher aber die Vielfalt der Medien selbst. Denn diese bestehen eben nicht nur aus Politik, sondern auch aus Popkultur. Dabei ist Unterhaltung nicht weniger relevant als Information. Denn die fiktionalen Welten des Fernsehens, der Filme und der Bücher sind möglicherweise ebenso geeignet, um unsere Vorstellungen einer multikulturellen Realität zu beeinflussen und damit letztlich auch Integration zu hemmen oder zu befördern – etwa über den Umweg der Fortschreibung oder Brechung bestehender Stereotype oder Vorurteile über vermeintlich Andere.

Die Deutungsmacht der Medien

Eine Aufgabe der Medien ist es, Meinungen und Bilder öffentlich zu machen und einen gesellschaftlichen Diskussionsraum zu schaffen, an dem Minderheiten und Mehrheiten beteiligt sind. Man könnte sagen, dass sich die Gesellschaft mithilfe der Medien selbst imaginiert – denn die Medien erlauben die Teilhabe aller an öffentlichen Diskursen, und sie erlauben die gegenseitige Beobachtung von Gruppen und Mitgliedern der Gesellschaft. Die Medien der europäischen Einwanderungsgesellschaften müs-

„Warum lässt Europa eine flächendeckende Willkommenskultur für Flüchtlinge, Einwanderer und Asylsuchende vermissen, obwohl es den meisten europäischen Bürgern trotz Finanzkrise so gut geht wie lange nicht in der Geschichte?“

sen sich aber von zahlreichen Studien den Vorwurf gefallen lassen, dass sie diese Rolle nicht ausreichend erfüllen.

Sie bieten der Öffentlichkeit vor allem Leitinterpretationen eines problembeladenen Fremden und eines kulturessentialistischen Selbst an. Auch eine gelegentliche Doppelmoral – nach der etwa Europa im nationalen Integrationsdiskurs gerne als kulturell zementierte Gemeinschaft erscheint, europäische Nachbarstaaten in anderen ökonomischen oder politischen Diskursen aber gern zu stereotypen Fremden werden – wird selten hinreichend selbstkritisch von den Medien diskutiert.

Eine stereotype und reduzierte Darstellung lässt sich sowohl bei den Bildern der Fernwelt, aus der Migranten kommen, als auch bei Bildern über Migranten selbst feststellen. Wenn wir davon ausgehen, dass die wenigsten Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft einen persönlichen Bezug zu den Herkunftsregionen von Migranten haben, der über das Medienbild hinausgeht, dann ist plausibel, dass dieses Medienbild in den Vorstellungswelten der Menschen an Einfluss gewinnt.

Wenn aber in den Medien diese Fernwelt häufig nur als großer Problemkontext erscheint oder nahezu gar nicht existiert, hat das möglicherweise ungeahnte Langzeitfolgen für unser Wissen über die Welt. Afrika etwa bleibt zu weiten Teilen ein blinder Fleck in der Auslandsberichterstattung und die islamische Welt wird auf Terrorismus und Traditionalismus reduziert. Viel zu wenig wissen wir beispielsweise über islamische Lebensentwürfe abseits dieser Stereotype.

Natürlich sind die Medien nicht die einzigen Ressourcen unseres Wissens und unserer Vorstellungen, aber sie sind eben auch nicht ganz unbeteiligt daran, dass es das Fahrverbot für Frauen in Saudi-Arabien

und Terrorismus im Irak oder Syrien doch schaffen, die islamische Welt prominenter zu repräsentieren als die zu weiten Teilen gelungene Demokratisierung Indonesiens oder der hohe Frauenanteil in vielen akademischen Berufen in Tunesien, Ägypten oder der Türkei. Ein kruder Zusammenhang zwischen dem IS-Terror in der Fernwelt und Annahmen über eine grundsätzliche Gewaltbereitschaft von Muslimen in Europa ist dann nur eine leicht zu entlarvende Folge eben auch solcher Medienagenden. Noch dazu, wenn auch das Bild von den Einwanderern, das sich das Publikum in Europa von Fernsehen und Presse abholen kann, nur selten an die Vielfalt der Alltagsrealität heranreicht.

In den Medien wird vor allem ein politischer Problemdiskurs der Zuwanderung und Asylpolitik geführt. Hier geht es in vielen Fällen um Konfliktszenarien mit Einwanderern (Stichwort Kriminalität und Integrationsverweigerung), um vermeintlich kulturelle Unverträglichkeiten oder Rückständigkeit (Stichwort Zwangsheirat und Unterdrückung der Frau). Vergleiche mit ähnlichen Problemlagen in diversen Subkulturen der Mehrheitsgesellschaft bleiben häufig aus.

Dabei zeigen beispielsweise Untersuchungen, dass sich die Bereitschaft zu politischem Extremismus von in Deutschland lebenden Muslimen keineswegs vom repräsentativen Durchschnitt der nicht-muslimischen Gesellschaft unterscheidet. Die positive Kehrseite des multikulturellen Alltags aber oder die Anerkennung migrantischer Arbeits- und Lebensentwürfe findet insgesamt wenig Erwähnung. Zwar gibt es vereinzelte Hinweise darauf, dass etwa Migrantinnen zumindest im Lokaljournalismus gelegentlich auch als ganz normale Nachbarinnen mit diversen Rollenzuschreibungen erscheinen, in den Leitmedien aber bleiben sie meist den ihnen zugewiesenen Rollen als Opfer, Täter

oder Experten ihrer eigenen Kultur verhaftet.

Als gleichberechtigte Akteure in gesellschaftlichen Fragen kommen Migranten demnach zu selten zu Wort. Die Muslima oder der Imam sind gern gesehene Gäste in Talkshows, in denen es um Kopftücher und Meinungsfreiheit geht, nicht aber, wenn Finanzkrisen oder die Erderwärmung diskutiert werden. Pluralistische Selbstrepräsentation ist im politischen Talkformat also kaum verwirklicht. Die meinungsmachenden Medien wählen ihre Dialogpartner vielmehr nach immer wiederkehrenden Mustern. Das mag nicht zuletzt – trotz einiger prominenter Ausnahmen – auch am verschwindend geringen Prozentsatz von Journalisten mit Migrationshintergrund in den Medieninstitutionen liegen. Migrantische Mitsprache und Perspektivierung hat somit weder auf Seiten der Produktion noch der Präsentation eine angemessene Chance.

Dies alles sind nicht zuletzt Gründe dafür, dass Stereotype und Erzähltraditionen selten irritiert und zurechtgerückt werden. Eine zugespitzte Erkenntnis, die für alle europäischen Mitgliedsstaaten in mehr oder weniger ausgeprägter Form gilt. Das Bild des

„Die Medien sind eben nicht unbeteiligt daran, dass es das Fahrverbot für Frauen in Saudi-Arabien und Terrorismus im Irak oder Syrien doch schaffen, die islamische Welt prominenter zu repräsentieren als die zu weiten Teilen gelungene Demokratisierung Indonesiens oder der hohe Frauenanteil in vielen akademischen Berufen in Tunesien, Ägypten oder der Türkei.“

Anderen in Europa bleibt also fragmentarisch und diffus. Gesellschaftliche Probleme werden entgegen dem Öffentlichkeitsideal einer dialogischen Gesellschaft doch eher von den Wortführern der Mehrheit erörtert. Der Austausch von Meinungen mit Minderheiten ist hier störanfällig.

Auch wenn die europäischen Leitmedien unterschiedlich umfangreich und mit unterschiedlichen Methoden untersucht wurden: Der Tenor der Ergebnisse bleibt gleich. Das Verhältnis zwischen den Medien der europäischen Aufnahmegesellschaften und der nicht-europäischen Einwanderungsgemeinschaft ist problematisch.

Die Medien sind in diesem Punkt gewissermaßen noch mit dem beschäftigt, was die Kulturtheorie schon seit den 1970er-Jahren umtreibt: nämlich die Abkehr von einer theoretischen Untrennbarkeit kultureller und politischer Gemeinschaften. Kultursysteme sind selten homogen oder gar zeitlich stabil. Ob sie an politische Systeme gekoppelt sind, bleibt zumindest fraglich. Bestimmte kulturelle Traditionsbestände mögen zwar im Gedächtnis von Großgemeinschaften konserviert sein, doch gerade alltagskulturelles Handeln unterliegt einer fortwährenden Dynamik und Hybridisierung.

Wir können uns im modernen Alltag an Versatzstücken unterschiedlicher Lebensentwürfe bedienen und unsere Identitätsarbeit an wechselnden Moden ausrichten. Wir sollen uns ja, glaubt man den Medien wiederum an anderer Stelle, stets optimieren und neu erfinden. Die Individualisierungstendenzen der Moderne passen aber nicht so recht zu nationalen Kulturkonzepten. Der gleichzeitige Wunsch nach multikulturellen Konsumvergnügen und monokulturellen Lebenswelten bleibt paradox. Von formaler Staatsbürgerschaft lässt sich einfach nicht auf den kulturellen Habitus von Einzelnen und Gruppen

schließen. Dabei sollte längst bekannt sein, dass die Subkulturen in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen häufig viel mehr Ähnlichkeiten miteinander aufwiesen als unterschiedliche Subkulturen einer Gesellschaft. Dies alles gilt auch für migrantische Gemeinschaften, die ebenso wenig Homogenität für sich beanspruchen können und sich vermutlich in ähnlich wenigen Punkten auf eine kollektive Identitätsbeschreibung einigen können wie die Mehrheitsgesellschaft selbst. Aber das Bewusstsein für solch simple Sachverhalte ist wohl noch zu wenig vorhanden. Europa fehlt hier offensichtlich ein klares, multikulturelles Selbstbild.

Popkultur und Politik

Diese Beobachtungen gelten allerdings ausschließlich für die europäischen Nachrichtenformate. Häufig vergessen wird, dass Medien nicht allein aus Information bestehen. Gerade das Fernsehen ist in hohem Maße ein Unterhaltungsmedium; der Anteil der Nutzung von Unterhaltungsangeboten überwiegt bei vielen den der Informationsbeschaffung.

Im Diskurs um Medien und Einwanderung bzw. Integration allerdings scheinen die Medien nahezu ausschließlich aus Nachrichten und Magazinen zu bestehen. Wie die Nachrichten ist aber auch der Unterhaltungssektor der Medien ein Lieferant von Erzählungen über die Welt und besitzt die Möglichkeit, mit Themen, Charakterzeichnungen und Narrationen eingeübte Bilderwelten zu irritieren. Auf der Suche nach medialen Integrationswegen haben wir uns bisher aber womöglich zu sehr auf den Höhenpfad der politischen Kultur verirrt und dabei ganz die Festwiese des Volks vergessen. Denn das derzeit erfolgreichere integrative Kulturprojekt heißt möglicherweise „Pop“

und nicht „Politik“. Zumindest hat es den Anschein, dass das Urteil über integrative Potenziale des weniger politisierten Teil des Medienalltags weit milder ausfallen muss. Dies hängt auch damit zusammen, dass eine kulturelle Grenzziehung in vielen Bereichen der Popkultur kaum möglich erscheint. Jugend-, Fan- und Szenekulturen sind beispielsweise von globalen oder transkulturellen Trends inspiriert, die nationalen Kulturessentialismus sinnlos erscheinen lässt. Rap und Hip-Hop sind weder deutsch noch türkisch, die Herkunft der meisten Filme im Mainstreamkino ebenso wenig. Migranten und Mehrheitsgesellschaft informieren sich zwar teilweise in unterschiedlichen Medien, da fremdsprachliche Medien bei Einwanderern oft eine größere Rolle spielen. Im Unterhaltungsbereich aber verschwimmen die vermeintlichen kulturellen Differenzen.

So werden beispielsweise Millionäre, Superstars, Sänger und Köche längst auf allen Breiten- und Längengraden der Welt gesucht – mit ähnlich großem Erfolg beim lokalen Publikum. Viele Shows sind an den gleichen Konzepten mit einer ähnlichen Musikalität und Ästhetik orientiert und damit weltweit anschlussfähig. Warum also sollten Einwanderer aus islamisch geprägten Gesellschaften so unvereinbar mit der vermeintlich westlichen Kultur sein, wenn Muslime und Nichtmuslime gleichermaßen denen zujubeln, die auf den plebiszitären Bühnen des Unterhaltungsfernsehens ihr Talent preisgeben, Michael Jackson imitieren oder Hip-Hop adaptieren?

Natürlich gewinnt in der arabischen Superstarvariante „Arab Idol“ ein palästinensischer Junge, dessen Musik in Europa weitestgehend unbekannt ist – doch gewinnt er nach denselben Prinzipien, wie es auch Deutschlands „Supertalente“ oder die „Nouvelles Stars“ in Frankreich vorgemacht haben.

Diese Ähnlichkeiten in heutigen Alltagskulturen sind nur ein Beleg für die theoretische Untragbarkeit von Annahmen einer grundlegenden Kulturdivergenz. In den Unterhaltungswelten zeigt sich deutlich, dass die vermeintliche Synchronität von politischen und kulturellen Gemeinschaften aufgebrochen ist und Staatsgrenzen keine Blockade für den Austausch kultureller Traditionen sind.

Dass Integration im oft kritisierten Trash-TV der privaten Sender mitunter sogar besser verwirklicht ist als in Informationsprogrammen der öffentlich-rechtlichen Programme, zeigt ein Blick in die Unterhaltungsformate selbst. Auch wenn die seriöse Berliner Tageszeitung „Tagesspiegel“ einst die Sendung des Schlagermusikers Dieter Bohlen „Deutschland sucht den Superstar“ nicht ohne Ironie „Migrantenstadt“ nannte, so trifft diese Bezeichnung doch ebenso jenes erstzunehmende Integrationspotenzial der Sendungen.

Denn bei aller Kritisierbarkeit der kommerziellen, fließbandartigen Persönlichkeitsvermarktung wird hier einem großen Anteil an Migranten zumindest eine Plattform zur künstlerischen Artikulation geboten, die auch mit viel Resonanz genutzt wird. Nahezu die Hälfte aller Teilnehmer von „Das Supertalent“ beispielsweise hatte einen Migrationshintergrund. Eine sichtbare Sonderbehandlung qua Migrationsstatus – ob positiv oder negativ – erfahren die Kandidaten dabei nicht. Unterhaltung liefert hier weniger homogene Konstruktionen stabiler Herkunfts- und Mehrheitskulturen. Alle haben letztlich die gleiche Chance, sich dem Primat der Unterhaltung zu unterwerfen, öffentlich gefeiert

„Das derzeit erfolgreichere integrative Kulturprojekt heißt möglicherweise ‚Pop‘ und nicht ‚Politik‘.“

oder verlacht zu werden und eben teilzuhaben an einem gemeinsamen Kulturprojekt anglo-amerikanischer Couleur. Sprache und Herkunft spielen dann weniger eine Rolle als die Fähigkeit, Massen mit dem gerade gewünschten Talent zu begeistern. Ambitionierter Unterhaltungsnachwuchs mit Wurzeln in Italien oder der Türkei singt und tanzt hier neben jenen, die in Oberbayern oder Niedersachsen geboren sind, gelacht wird über Teilnehmer aus Pakistan und Potsdam gleichermaßen.

Der Fremde - anerkannt oder domestiziert?

Natürlich dürfen diese Beispiele nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Unterhaltungsformate noch keine Anerkennung von Differenz ermöglicht. Denn ähnlich wie bei den muslimischen Vertretern der deutschen Fußballnationalmannschaft dürfen die Teilnehmer zwar gern mit Namen, Aussehen und Talent Aufmerksamkeit erregen – ihre religiöse Identität aber bleibt eher im Verborgenen. Auch wenn Unterhaltung also einen Raum bietet, in dem eine positivere Selbstdarstellung von Migranten zur Entfaltung kommt: Bestimmte Identitätsbezüge, gerade diejenigen, die in den Nachrichten bereits negativ belegt sind, werden auch hier vielfach verschwiegen und somit letztlich auch nicht anerkannt.

Wirklich multikulturell sind am Ende vor allem die Teilnehmer und weniger ihre Darbietungen. Arabische Musik oder asiatische Lyrik verbleiben meistens in der Schublade des Exotischen. Ob also Migranten tatsächlich als Bereicherung oder doch nur als domestizierte Fremde repräsentiert werden, bleibt fraglich. Die Formate der Unterhaltung liefern aber dennoch einen bisher wenig beachteten Spielraum für Integration und gesell-

schaftliche Anerkennung, da zwar nicht die gesamte Vielfalt der hybriden Kultur, aber immerhin ihr zur Integrationsfähigkeit neigender Teil vorgeführt wird und negative Stereotype gebrochen werden können.

Der Kinofilm besitzt dieses Potenzial ebenso, vollständig ausgenutzt hat er dieses aber sicher nicht. Zwar hat Hollywood ein Weltpublikum begeistert und in diesem Sinne integriert, doch es hat gleichzeitig seine Archetypen der Opfer und Täter dieser Welt geschaffen. Der arabische Nachbar hat hier nur allzu selten die Welt gerettet. Ganz im Gegenteil, eine Tradition der Dämonisierung von Arabern und arabophoben Stereotypen in Hollywood lässt sich durchaus nachweisen.

Das Integrationspotenzial des europäischen Films ist bisher auch eher unausgeschöpft geblieben, allerdings aus anderen Gründen. Denn das französische Kino, die dänische Dogma-Bewegung oder das deutsche Programmkinokino haben zwar erfolgreich sozialkritische Narrationen entfaltet, die Filme bleiben aber zumeist in nationalen Diskursen verhaftet und werden auch nur dort diskutiert. Sprachhürden und historische Traditionslinien lassen einen europäischen Film kaum zu. Nahezu alle Versuche paneuropäischer Medienangebote sind bisher entweder gescheitert oder sie bleiben Ausnahmephänomene mit geringem Zuschauerinteresse.

Während Europa also als Ganzes Sehnsuchts- wie auch Zufluchtsort von Flüchtenden und Suchenden ist und auch die politischen Rahmenbedingungen ihrer Aufnahme gemeinsam verhandelt, sind Integration und Anerkennung nach wie vor eine kulturelle Aufgabe der einzelnen Mitgliedsstaaten. Fremd- und Selbstbilder variieren in den unterschiedlichen nationalen Diskursgemeinschaften, auch wenn Probleme der Fremdenfeindlichkeit und sozioökono-

mischer Integrationsdefizite strukturell ähnlich sind. Die multikulturellen Codes aber müssen noch stärker in den Binnengesellschaften verankert und zudem europaweit transferiert werden.

Im Sinne einer europäischen multikulturellen Realität müssen sowohl Nachrichten als auch Unterhaltungsangebote einen besseren Beitrag für die aufgeklärten Vorstellungswelten ihres Publikums leisten. Das heißt nicht, bestehende Probleme zu ignorieren, sondern Vorzüge und Möglichkeiten multikultureller Realitäten nicht weiter zu marginalisieren.

Der Wissenschaft sollte klar sein, dass Integration und Anerkennung nicht nur politische und soziale Projekte sind, sondern auch eine kulturelle Dimension besitzen, was wiederum bedeutet, dass alle kulturellen Verarbeitungsprozesse untersucht werden sollten. Die multikulturelle Gesellschaft wird am Ende sicher nicht nur von den integrationsfördernden oder -hemmenden Wirkungen der Medien abhängen, zumal soziale und politische Faktoren der Sozialisation hier einen erheblichen Einfluss ausüben. Dennoch ist anzunehmen, dass gerade das Fremdenbild der Mehrheitsgesellschaft mangels persönlichem Kontakt zu Migranten vielfach von den Medien geprägt wird – von den politischen Nachrichten ebenso wie von den vielfach belächelten Formaten der Unterhaltungskultur.

Anne Grüne ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft der Universität Erfurt. Sie schreibt an einer Dissertation zum Thema „Formatierte Weltkultur? Transkulturelle Unterhaltungskommunikation am Beispiel der Reproduktion und Rezeption globaler Unterhaltungsformate in Deutschland und Ägypten.“

Hebel oder Hemmschuh Soziale Medien können ein wirkmächtiges Werkzeug für Migranten sein. Sie bieten einen besseren Zugang zu Informationen über die neuen Communitys, in die sie hineinkommen. Sie können auch den sozialen Preis senken, den ein Mensch zahlt, wenn er oder sie das Herkunftsland verlässt. Doch soziale Medien reißen nicht die Barrieren ein, die Menschen voneinander trennen – und dies wird auch keine absehbare digitale Kommunikationstechnologie schaffen.

Von Louis Reynolds



Eine oft wiederholte Plattitüde ist, dass soziale Medien Menschen zusammenbringen; doch auf viele Weisen bringen sie Menschen auch auseinander. Seit den Anfängen des Internets prophezeien Technikoptimisten, die digitale Kommunikation werde zu einer befreienden Kraft für die Menschheit, werde uns zusammenbringen wie nie zuvor.

Zyniker dagegen prognostizierten eine Welt künstlicher Beziehungen und einsamer, unerfüllter Bürger. Während der Traum der 1990er-Jahre vom Informationszeitalter zur Realität des frühen 21. Jahrhunderts wurde, verstanden wir, dass die digitalen Fortschritte, die unsere Gesellschaften so radikal verändern, weder Vorboten eines großen Desasters waren, noch die ersten Schritte in Richtung Utopia. Sie waren einfach Mo-

toren für einen komplexen Wandel.

Soziale Medien reißen nicht die Barrieren ein, die Menschen voneinander trennen – und dies wird auch keine absehbare digitale Kommunikationstechnologie schaffen. Wie der amerikanische Sozialwissenschaftler und Kommunikationsexperte Howard Rheingold 1993 über das Internet sagte: „Jede neue Kommunikationstechnologie [...] bringt Menschen auf neue Weisen zusammen und entfernt sie in anderen voneinander. Wenn wir als Gesellschaft gute Entscheidungen über ein mächtiges neues Kommunikationsmedium treffen wollen, dürfen wir nicht darauf verzichten, auf das menschliche Element zu schauen.“ Der tief greifende Einfluss sozialer Medien auf dieses „menschliche Element“ ist der Grund dafür, dass es im Zusammenhang mit Integration immer wichtiger wird.

Soziale Medien sind auf vielerlei Weise ein Werkzeug der Stärkung, insbesondere für neue Migranten. Die immer größere Rolle, die sie in unserem Leben spielen, bringt aber einige grundlegende Dynamiken in Gefahr, die einzelne Bürger innerhalb der Gesellschaft zusammenbringen – Dynamiken, die das Herzstück des sozialen Zusammenhalts bilden. Dass soziale Medien auf mancherlei Weise womöglich soziale Netzwerke bedrohen, scheint der eigenen Intuition zu widersprechen. Um also zu verstehen, warum dies so ist, muss zunächst

einmal geklärt werden, warum wir hier überhaupt über Integration sprechen.

Im Allgemeinen konzentrieren sich öffentliche Debatten über Integration – sowohl die mit ihr sympathisierenden als auch die gegen sie gerichteten – beinahe immer ausschließlich auf Details des Verhaltens von Migranten. In den Diskussionen geht es etwa darum, inwieweit die Neuankömmlinge die Sprache des Gastlands sprechen, ob sie sich in den lokalen Communitys assimilieren oder ob sie in Übereinstimmung mit den Werten ihres neuen Zuhauses handeln. Einer der Gründe, warum der Diskurs im Vereinigten Königreich so ertraglos ist, liegt darin, dass wir selten weitreichendere Aspekte der Integration diskutieren. Aufgrund der Oberflächlichkeit dieser Debatte ist es ziemlich einfach, einen der wesentlichen Gründe dafür zu vergessen, warum Integration so wichtig ist: die Rolle, die sie für den sozialen Zusammenhalt spielt.

Integration zwischen Ethnien, religiösen Gruppen oder auch anderen Teilen der Gesellschaft ist wichtiger als die Annehmlichkeit, eine Sprache zu teilen oder den gleichen Zugang zu Dienstleistungen zu haben. Sie bietet Individuen signifikante ökonomische Möglichkeiten, wie der amerikanische Soziologe Mark Granovetter in „The Strength of Weak Ties“ gezeigt hat, und für die Gesellschaft als Ganzes, wie der ebenfalls amerikanische Politologe Francis Fukuyama in „Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity“ (Dt. Titel: „Konfuzius und Marktwirtschaft. Der Konflikt der Kulturen“) ausführt.

Dabei sind Beiträge zur Gesellschaft noch bedeutender, die das Herzstück des sozialen Zusammenhalts ausmachen. Die Gesellschaft wird zusammengehalten von der gegenseitigen Integration ihrer Bürger. Auf der nationalen oder lokalen Ebene er-

laubt sie uns, gegenseitig Rechte anzuerkennen und für gemeinsame Ziele erfolgreich zusammenzukommen. Dabei stärkt sie das Vertrauen in unsere Institutionen und politischen Repräsentanten, und ermöglicht letzten Endes erfolgreiche Regierungsführung, die ansonsten unmöglich wäre. Integration betrifft im Grunde alle Menschen einer Gesellschaft, denn durch sie funktioniert sie überhaupt.

Es gibt viele Verbindungen, die Gesellschaften zusammenhalten können. Eine gemeinsame Sprache, Kultur, Ethnie, Religion, politische Weltsicht und viele andere Faktoren bilden mögliche Ebenen des sozialen Zusammenhalts. In den meisten entwickelten Ländern gibt es jedoch keine homogene ethnische oder religiöse Identität im Zentrum des sozialen Zusammenhalts mehr – wenn es sie überhaupt jemals gegeben hat.

Und so kann auch eine gemeinsame politische Weltsicht in einer vielfältigen, toleranten und modernen Demokratie nicht die Basis für sozialen Zusammenhalt sein, zumindest nicht über den „überlappenden Konsens“ in Bezug auf grundlegende Prinzipien der Gesellschaft hinaus, wie ihn sich der US-Philosoph John Rawls vorstellt. Liberale Demokratien benötigen vor allem eine bürgerliche Identität, die es unterschiedlichen Menschen erlaubt, als ein einziges verbundenes Ganzes zusammenzukommen. Eine bürgerliche Identität basiert auf etwas, das alle Angehörigen eines Staats

„Liberale Demokratien benötigen vor allem eine bürgerliche Identität, die es unterschiedlichen Menschen erlaubt, als ein einziges verbundenes Ganzes zusammenzukommen.“

teilen können: auf den lokalen und nationalen Institutionen, die uns repräsentieren, auf den Diensten, die wir in Anspruch nehmen, auf gemeinsamen sozialen Normen, Gebräuchen und Gesetzen, auf unseren formalen Verpflichtungen wie dem Wohlfahrtsstaat und unseren alltäglichen sozialen Interaktionen beziehungsweise Manieren.

Viele dieser Kernelemente einer bürgerlichen Identität hängen von einer gemeinsamen Basis ab, die immer archaischer erscheint: einem Territorium. Wenn unsere Gesellschaft durch den Wert unserer Gesetze zusammengehalten wird, durch unsere Rechte und Verantwortlichkeiten und unsere Zivilgesellschaft, dann hängt sie ab von dem physischen Raum, den wir bewohnen, von den Institutionen eines modernen Staats. Wir haben vielleicht nicht alle die gleiche Religion, Ethnie oder dieselben Überzeugungen, aber wir achten ein gemeinsames Gesetz und gemeinsame Gebräuche, erkennen bestimmte Verantwortlichkeiten und Freiheiten, die alle durch ein gemeinsames Territorium definiert und garantiert sind.

All dies – die Bedeutung gemeinsamer Werte, physischer Nähe, territorialer Souveränität – kann veraltet erscheinen. Seit langer Zeit prognostizieren, antizipieren oder genießen politische Kommentatoren und Akademiker den bevorstehenden Tod des Nationalstaats durch den Internationalismus, den aufkommenden „Marktstaat“ oder das Internet. Während eine moderne liberale Demokratie von der Geografie abhängt, scheint die immer ausgefuchstere digitale Kommunikation, die unsere globalisierte Gesellschaft stützt, den Tod der Geografie zu versprechen, das Ende des physischen Raums als wichtigen Faktor in menschlichen Interaktionen. Relativ günstige, direkte Kommunikation ist inzwischen breit

verfügbar. In Europa haben rund 75 Prozent der Bevölkerung Zugang zum Internet. Annähernd 40 Prozent sind in sozialen Medien präsent. Dieser technologische Wandel hat deutliche Auswirkungen auf die Rolle des physischen Raums in unseren alltäglichen Interaktionen.

Auf vielfältige Weise können soziale Medien Individuen quer durch die Gesellschaft stärken. Regierungen oder NGO zum Beispiel können sie nutzen, um das politische Bewusstsein zu schärfen und die Wahlbeteiligung anzukurbeln. Tatsächlich machen die spezifischen Eigenschaften sozialer Medien diese zu einem besonders nützlichen Mittel, über das die am schwersten zu erreichenden Communitys – inklusive neuer Migranten – politisch mobilisiert werden können. Dies hat vor kurzem ein Projekt des britischen Think Tanks Demos, „Like, Share, Vote“, gezeigt. Soziale Medien sind nicht nur ein Medium, über das man das Establishment verkauft. Beppe Grillos Partei MoViemento 5 Stelle in Italien, das ursprünglich aus Beppe Grillos Blog und „Meetups“ lokaler Aktivisten, die über meetup.com organisiert wurden, entstanden ist, stellt ein Beispiel dar für eine mächtige, zerstreute Netzwerk-Bewegung, die ohne soziale Medien nicht hätte entstehen können.

Migranten folgen Migranten

Soziale Medien können ein besonders wirkmächtiges Werkzeug für Migranten sein. Sie bieten einen besseren Zugang zu Informationen über die neuen Communitys, in die Migranten hineinkommen. Und was noch wertvoller ist: Sie bieten informelle gruppenbasierte Netzwerke für Information, Beratung und Unterstützung. Diese informelle Unterstützung kann so aussehen, dass

man allgemeines gesellschaftliches Wissen innerhalb einer Online-Community austauscht oder Individuen Zugang ermöglicht zu Wissen, das ein neuer Migrant braucht, etwa über die Arbeitsmärkte oder rechtliche Voraussetzungen für Dienstleistungen, zu denen ein Migrant ansonsten vielleicht keinen Zugang hätte.

Soziale Medien verbessern den Zugang zu sozialem Kapital und zu den schwachen sozialen Bindungen, die Migration erleichtern. Soziales Kapital war für Einwanderung immer schon entscheidend. Kettenmigration bezieht sich auf den kumulativen Prozess, bei dem Migranten einer Region anderen Migranten aus derselben Region an den gleichen Ort im neuen Land folgen. Sie tun dies, weil soziale Bindungen zwischen Migranten das soziale Kapital bieten, das Migration beschleunigt. Die Folge ist: Migranten folgen Migranten.

Soziale Medien können auch den sozialen Preis senken, den ein Migrant zahlt, wenn er oder sie das Herkunftsland verlässt. Soziale Medien verkörpern „den Tod der Entfernung“, den beinahe völligen Bedeutungsverlust von Geografie für die Kommunikation. Es ist nicht wichtig, ob ein Freund oder Familienmitglied in demselben Gebäude lebt wie man selbst oder irgendwo sonst auf der Welt. Man kann sich auf Facebook immer noch in Echtzeit mit ihnen unterhalten und sich über ihre täglichen Aktivitäten auf dem Laufenden halten, denn das Web 2.0 ist ein entterritorialisierter Raum. Digitale Kommunikation kann noch nicht die Unterhaltung von Angesicht zu Angesicht ersetzen, aber kann es einem Migranten erleichtern, starke Verbindungen mit Familien und Freunden im Heimatland aufrechtzuerhalten, deren Verlust vielleicht eher von Migration abgehalten hätte.

Neue digitale Kommunikationsmittel

können Migranten dabei helfen, kulturelle, politische und soziale Verbindungen aufrechtzuerhalten. Ausgerüstet mit sozialen Medien können neue Migranten viel leichter an den politischen Debatten ihrer Heimatländer teilnehmen. Soziale Medien haben auch zur Entwicklung einer immer größeren Gruppe von Bürgern beigetragen, die sich transnationale Identitäten erhalten. Dabei kann eine Person sich mit einer bestimmten nationalen Gruppe identifizieren, ohne im Land oder der Region, die mit dieser Identität verbunden wird, anwesend zu sein.

In vielen Fällen ist die Situation sogar noch komplexer. Menschen können Online-Communities bilden, die zwar nicht auf starken sozialen Bindungen mit einem bestimmten physischen Raum basieren, aber auf einer gemeinsamen Identifizierung damit innerhalb der Gruppe. Digitale Communities brauchen keine parallelen sozialen Realitäten offline, und oftmals kann eine rigide Unterscheidung zwischen Online- und Offline-Communities sogar in die Irre führen.

Dies sind nur einige von unzähligen Möglichkeiten, wie soziale Medien uns zusammenbringen können. Wie aber können sie uns auch auseinanderbringen?

Sicher, soziale Medien ermöglichen Aufbau und Aufrechterhaltung sozialer Netzwerke, aber sie erlauben es uns auch, bei der Bildung dieser Bindungen selektiv vorzugehen. Sie bieten eine einfache Alternative zur Bildung von Bindungen, die auf einem neuen physischen Raum basieren. Ein Beispiel:

„Soziale Medien könnten für die Integration ein Hindernis sein, denn sie bieten Migranten eine verführerische Alternative dazu.“

Ein Migrant kommt in eine neue Community. Soziale Medien machen es möglich, die Verbindungen mit Freunden und Familie ohne Bezug auf Lokalität oder Nationalität zu erhalten. Und doch hängen diese Verbindungen mit der Geografie zusammen. Deshalb sind es die lokalen Communitys und die vom physischen Raum abhängigen Institutionen, die den sozialen Zusammenhalt erzeugen, der den modernen liberalen Staat zusammenhält.

Soziale Medien könnten für die Integration ein Hindernis sein, denn sie bieten Migranten eine verführerische Alternative dazu, innerhalb ihrer neuen Gesellschaft neue Verbindungen zu knüpfen. Man kann sogar ein früheres Netzwerk sozialer Verbindungen durch das Web 2.0 erhalten, ohne die Notwendigkeit, neue Kontakte knüpfen zu müssen. Das soll nicht heißen, dass ein Mensch nicht sowohl internationale als auch nationale soziale Bindungen haben kann. Der Druck, neue Verbindungen zu knüpfen ist jedoch geringer, weil man leichten Zugang zu den alten hat. Sogar, wenn neue soziale Bindungen eingegangen werden, könnten die Eigenschaften sozialer Medien neue Migranten dazu motivieren, den Weg des geringsten Widerstands zu gehen – nämlich neue soziale Verbindungen zu knüpfen, die auf dem schon existierenden sozialen Netzwerk aufbauen, das die Migration ermöglicht hat, statt auf Bindungen größerer sozialer Netzwerke der Communitys, in die sie migrieren.

Zweimal abwesend in der Filterblase

Die Dynamik sozialer Medien kann, ohne dass man etwas tut, diese Art sozialer Abgeschlossenheit verstärken, etwa durch das Phänomen der „Filterblase“. Dieser Be-

griff, den der Aktivist Eli Pariser geprägt hat, bezieht sich auf die Personalisierung des Medienkonsums, der durch die Algorithmen der sozialen Medien und intelligente digitale Technologie ermöglicht wird. Ein Algorithmus – zum Beispiel der Algorithmus, der festlegt, was auf dem eigenen Facebook-Feed erscheint, macht selektive Berechnungen zur Art des Contents, der einem präsentiert wird und zwar auf der Basis einer Reihe von Faktoren: wo man sich befindet, was man bisher gesucht hat und welche Inhalte man bis dahin geliked, geteilt oder angesehen hat.

Wenn man sich mit einer bestimmten Art von Inhalten beschäftigt oder bestimmte Eigenschaften zeigt, dann wird man mehr Inhalte von der gleichen Art präsentiert bekommen und weniger von anderen Arten. Diese Personalisierung isoliert den Nutzer von gegenteiligen Ansichten und anderen Erfahrungen und stellt gleichzeitig Ansichten zur Verfügung, mit denen man übereinstimmt, und mit Material, das einem bereits zuvor gefallen hat. Auf diese Art und Weise kann die Filterblase ideologische, kulturelle und soziale Speicher schaffen.

Wenn intelligente Algorithmen User mit Meinungen und Medieninhalten versorgen können, die ihre Überzeugungen bekräftigen, und wenn es möglich ist, in unseren sozialen Interaktionen so selektiv zu sein, ist es nicht schwer zu verstehen, wie soziale Medien eine Herausforderung für den sozialen Zusammenhang darstellen können. Klar ist auch, warum dieses Problem für neue Migranten besonders gravierend sein kann, die weniger Zugang zu den auf Geografie basierenden, die gesellschaftliche Struktur stärkenden, sozialen Netzwerken anderer Bürger haben.

Migranten werden traditionell beschrieben als „zweimal abwesend“. Sie sind von

ihren Heimatländern abgeschnitten, aber stehen auch vor Herausforderungen bei der Integration in ihre neuen Communitys. Soziale Medien führen sicher dazu, dass Migranten weniger weit weg von Zuhause sind, aber es ist nicht sicher, dass sie durch diese auch weniger abwesend sind von ihrer neuen Gesellschaft.

Wie der Anthropologe Lee Komito vom Dubliner University College hervorgehoben hat, haben Migranten die Möglichkeit, eher „virtuelle Migranten“ als „vernetzte Migranten“ zu sein. „Ihre physische Lokalisierung kann irrelevant sein für ihre Identität, da sie weiterhin an [...] ihrer Heimat-Community teilhaben, unabhängig davon, wo sie aktuell leben“.

Die möglichen Herausforderungen, die soziale Medien für die Integration neuer Migranten bedeuten, lassen die Herausforderungen für den sozialen Zusammenhalt in einer größeren Gesellschaft durch eine Technologie, welche die Art und Weise, wie wir miteinander in Verbindung treten, transformiert, deutlich hervortreten.

Indem wir mehr online und weniger offline unter Leute kommen, werden unsere Normen und Werte zunehmend innerhalb von Interessennetzwerken herausgebildet statt durch Netzwerke des „vorherigen Kennenlernens“, eher durch geteilte Meinungen als durch die notwendige, offene Verbindung. Die Filterblase fördert dies. Unsere vielfältige Gesellschaft wird definiert durch ihre bürgerliche Identität und reihum durch die Reichweite ihres physischen Territoriums, ihrer Stadtviertel und gemeinsamen Räume. Deshalb gibt es überzeugende Gründe, warum die Art des durch soziale Medien geförderten sozialen Kapitals möglicherweise unsere Fähigkeit zu Toleranz verringert und den sozialen Zusammenhalt untergräbt. Tatsächlich geschieht

dies vielleicht schon. Die sozialen Medien sind nur einer von vielen Faktoren, die verändern, wie wir miteinander interagieren. Es ist weniger wahrscheinlich, dass Briten sich mit anderen Briten verbunden fühlen als noch vor zehn Jahren, und es ist sehr viel wahrscheinlicher, dass sie ihre Identitäten eher im Hinblick auf ihre Interessen und persönlichen Meinungen definieren als im Hinblick auf ihre Nationalität.

Darüber hinaus werden die Verbindungen innerhalb von Interessens- und Meinungsgruppen stärker, während die Verbindungen durch Nationalität und eine gemeinsame Kultur schwächer werden. Auch die Einsamkeit nimmt zu. Dabei sind die jungen Menschen von allen die einsamsten und das ist immer häufiger so. „Wir brauchen mehr Untersuchungen“, lautet ein geläufiger Refrain, aber im Fall des Einflusses sozialer Medien auf die Gesellschaft als Ganzes, ist besorgniserregend, wie wenig Forschung die seismischen Veränderungen, die stattgefunden haben, begleitet hat. Damit wären wir wieder bei Howard Rheingold. Wenn wir in Technologie und Gesellschaft gute Entscheidungen treffen wollen, können wir es uns nicht leisten, das menschliche Element zu vernachlässigen.

Louis Reynolds ist Wissenschaftler bei dem britischen Think Tank Demos und arbeitet dort im Programm „Citizenship and Political Participation“. Er interessiert sich für bürgerliches Engagement, Politik im Online-Bereich, Populismus und Terrorismus. Er hat einen Master in Intelligence and International Security vom King's College in London und einen Abschluss in War Studies von der Universität Birmingham.

Anregende Verstörungen Manchmal lohnt es angesichts von Antiislamdemonstrationen und Moscheeprotesten in Europa, sich wieder des Toleranzgedankens des Aufklärers Gotthold Ephraim Lessing (1729 bis 1781) zu erinnern. Und zugleich über den Zusammenhang von Stadtplanung und dem Zusammenleben der Kulturen nachzudenken. Fakt ist: Ein wirklich offener städtischer Raum ist voller Menschen, die wirtschaftlich, ethnisch, politisch, sexuell und in ihren Lebensweisen verschieden sind und zusammenleben. *Von Richard Sennett*



Im Geiste Ephraim Lessings möchten wir, dass in Europa eine friedliche Beziehung zwischen all den verschiedenen Menschen möglich ist, die hier leben. Ich möchte über das Problem der Toleranz reflektieren, da ich denke, dass darüber sehr viel Unsinn erzählt wird: Unsinn in dem Sinne, dass Toleranz ein Zustand des Friedens sei, in dem Menschen in einer Art Gleichgewicht miteinander leben.

Dabei handelt es sich meiner Meinung nach um eine Illusion. Es ist eine Illusion, dass Zusammenleben ein Leben in einem Zustand der Friedlichkeit bedeutet. Es geht um eine Art „Aufruhr“, nicht im Sinne von Unruhen oder Gewalt, sondern in dem Sinne, dass es ein beunruhigender Zustand ist, mit Menschen zusammen zu sein, die anders sind als man selbst. Mit diesem be-

unruhigenden Zustand müssen wir unseren Frieden machen. Ich persönlich denke, dass wir Reibungen als etwas Positives ansehen müssen, nicht als etwas Negatives. Das bedeutet, dass wir Reibungen zwischen den Menschen trotz Verstörungen als etwas betrachten müssen, das uns anregt, unsere Lebensweise zu überdenken.

Ich möchte mich auf einen kleinen Teil dieses großen Problems konzentrieren, nämlich: Wo kann man einen Raum finden, in dem Menschen diese Verschiedenartigkeiten und dieses unangenehme, anregende, destabilisierende und unsichere Selbstempfinden erleben können? Ich denke, dieser Raum kann in einer bestimmten Art von Stadt gefunden werden.

Ich würde an dieser Stelle gerne aus Immanuel Kants großartigem Essay zum Thema Frieden von 1784 zitieren. Dort gibt es einen sehr prägnanten Ausdruck: „Das krumme Holz, woraus der Mensch gemacht ist“. Ein wirklich offener städtischer Raum ist voller Menschen, die wirtschaftlich, ethnisch, politisch, sexuell und in ihren Lebensweisen verschieden sind und zusammenleben. Sollte diese Gekrümmtheit begradigt werden? Albert Speer war sicherlich dieser Meinung. Er versuchte, die Straßen, Parks, Büroräume und Häuser der deutschen Städte, vor allem in Berlin, in eine einzige Form zu pressen. Heute gibt es andere Kräfte, die diese Begradigung vorantreiben, vor allem

eine immer weiter ansteigende wirtschaftliche Ungleichheit, die vormals uneinheitliche Wohngehenden voneinander trennt. Unsere Städte werden heterogener, aber nicht gemischerter.

Die beliebteste Wohnform ist heutzutage die sogenannte „Gated Community“. Das ist es, was Menschen wollen, wenn sie die Wahl haben. Kant würde es nicht gefallen, was in heutigen Städten geschieht. Er schrieb, um das Zitat von gerade aufzugreifen: „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“ Nach diesem Grundsatz sollte ein guter Bürger einen Nachbarn, der sich von ihm unterscheidet, akzeptieren, ohne den Versuch zu unternehmen, ihn zu begradigen. Kant glaubte daran, dass unterschiedlichste Menschen friedvoll zusammenleben können. Er malte sich sogar aus, dass Menschen in einem krummen Raum mit all seinen Winkeln, Seitenstraßen und unerwarteter Erfahrungen vielleicht sogar Gefallen daran finden könnten. Er verschrub sich dem Ideal einer Gesellschaft, die in der Lage ist, Komplexität zu leben. Wörter wie „multikulturell“ oder „inklusive“ sind für mich abgenutzte Klischees. Ich frage mich, ob ein Zustand der Begegnung physisch hervorgerufen werden kann. Das bedeutet: Gibt es eine Möglichkeit, Städte so zu gestalten, dass Raum für Begegnung entsteht?

Dazu werde ich Ihnen einen kleinen Einblick in mein Buch „The Open City“ geben, in dem ich die Voraussetzung einer solchen Stadt beschreibe: Ich gehe davon aus, dass eine Stadt Randzonen zwischen zwei Räumen braucht. Dabei unterscheidet sich zwischen zwei Arten von Randzonen: Die Grenze und die Abgrenzung.

Dies beschreibt zwei grundlegende Blickwinkel darauf, was passiert, wenn eine

Randzone zwischen Räumen besteht. Unser Problem ist, dass wir heutzutage mehr Abgrenzungen schaffen, geschlossene Räume. Wir haben es verlernt, Grenzen zu schaffen. Dieser Gedanke kam mir vor ungefähr 15 Jahren, als ich begann, am Massachusetts Institute of Technology (MIT) zu lehren und in die Gesellschaft von Naturwissenschaftlern geriet. Ich machte die Bekanntschaft einiger Biologen, die sagten, dass dieser Unterschied zwischen einer offenen Grenze und einer geschlossenen Abgrenzung auch in der Natur existiert – allerdings in einer ganz bestimmten Art und Weise.

Schauen wir uns einmal den Unterschied zwischen einer Zellmembran und einer Zellwand an. Eine Zellmembran lässt einen Austausch zwischen dem Inneren und dem Äußeren der Zelle zu, der allerdings sehr selektiv ist. Eine Zellwand hingegen behält so viel wie möglich in ihrem Inneren; sie ist eine starre Grenze.

Im Gegensatz dazu ist eine Zellmembran auf eine ganz spezielle Weise offen: Sie ist sowohl durchlässig als auch beständig. Wenn wir an Offenheit denken, denken wir an eine offene Tür, durch die man einfach hindurchläuft. Das halte ich im Hinblick auf menschliches Zusammenleben nicht für realistisch. Offenheit bedeutet, dass es auch Spannungen gibt, die man offensichtlich sehen kann, in der Spannung

„Die beliebteste Wohnform ist heutzutage die sogenannte ‚Gated Community‘. Das ist es, was Menschen wollen, wenn sie die Wahl haben. Kant würde es nicht gefallen, was in heutigen Städten geschieht.“

zwischen Durchlässigkeit und Beständigkeit. Die Zellmembran versucht, so viele Nährstoffe wie möglich aufzunehmen und gleichzeitig alle benötigten Dinge im Inneren zu halten. Es ist die Spannung zwischen Durchlässigkeit und Beständigkeit, die Offenheit hervorruft, und nicht die Abwesenheit von Spannung – das ist ein natürliches Phänomen.

Des Tigers No-Go-Area

Im Gegensatz dazu möchte ich anhand des Lebensraumes des Tigers in Asien ein Beispiel einer Abgrenzung geben. Tiger schaffen Abgrenzungen, indem sie ihr Revier markieren. Dieses Revier ist dann eine No-Go-Area, ein Raum, der es anderen verbietet, einzudringen. Das Entscheidende ist: Es ist ein Raum geringer Aktivität. In der Ökologie besteht der Unterschied zwischen einer Grenze und einer Abgrenzung also darin, dass eine Grenze ein Raum hoher Aktivität zwischen den Tierarten darstellt, eine Abgrenzung hingegen einen toten Raum. Ich stelle die These auf, dass dieses Prinzip sich auf menschliche Umgebungen übertragen lässt: Wenn man Menschen unter verschiedenen Bedingungen zusammenbringt, schafft man Leben; wenn man sie trennt, bedeutet das, dass man letztlich die Stadt absterben lässt.

Ein eklatantes Beispiel für eine Abgrenzung in der Stadt habe ich einmal bei einem haarsträubenden Helikopterflug in São Paulo gesehen. Auf der linken Seite einer Mauer war eine Favela, auf der anderen Seite eine extrem reiche Hochhaussiedlung. Jedes Stockwerk dort hatte einen Swimmingpool auf dem Balkon. Die Swimmingpools überblickten die Favelas und die Favela blickte direkt auf die Swimmingpools.

Wenn Leute fragen: „Warum gibt es so viel Gewalt in São Paulo? Warum kommen die Menschen dort nicht miteinander aus?“, dann zeige ich ein Foto aus diesem Helikopterflug. Dies als Eindruck davon, was ich mit dem Unterschied zwischen Grenze und Abgrenzung meine.

Wie kann man hingegen durchlässige Grenzen wie eine Zellmembran auch im städtischen Raum schaffen? Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus Kopenhagen nennen. Mitten in der Altstadt von Kopenhagen gibt es ein Heim für Alzheimerpatienten. Viele Menschen, die Alzheimer haben, werden nach draußen in die Cafés gebracht – das ist Durchlässigkeit – anstatt versteckt zu werden. Es besteht also eine durchlässige Beziehung zwischen innen und außen. Es ist nicht besonders angenehm für die Touristen, und ich kann das sagen, weil ich schon dort gesessen habe, wenn man in diesem Café neben drei Menschen im fortgeschrittenen Stadium von Alzheimer sitzt, aber es ist Realität. Es ist ein Zustand, dem Wahrheit innewohnt.

Ich möchte zum Abschluss dieser Beispiele etwas über Liminalität sagen. Der Zustand dieser Randzonen, wie ich sie Ihnen beschrieben habe, ist ein liminaler Raum. Dazu würde ich gerne etwas von William James ausführen, dem ersten großen Psychologen. Er beschrieb Ende des 19. Jahrhunderts den sogenannten Scheinwerferblick des Bewusstseins: Wenn wir uns einer Sache bewusst sind, richten wir einen Scheinwerfer darauf und blenden Dinge an den Rändern aus dem Fokus unserer Aufmerksamkeit aus. James' Meinung nach ist das die Art und Weise, wie wir uns auf etwas konzentrieren.

Liminalität ist hingegen psychologisch und psychophysisch ein anderer Zustand. Es ist wortwörtlich peripheres Sehen. Wie Sie vielleicht wissen, ist das konische Sicht-

feld im menschlichen Auge ein 60-Grad-Kreis, in einem Halbkreis sind es dementsprechend 30 Grad. Nach der Meinung von James richten wir unseren Blick nur auf das Zentrum, aber für Stadtplaner stellt sich die Frage: Was bemerkt man noch am Rand seines Sichtfeldes? Das bedeutet Liminalität für uns. Es bedeutet, dem gesamten Sichtfeld Aufmerksamkeit zu schenken, statt nur dem Zentrum. Das ist ein Grundprinzip, das vom englischen Psychologen und Kinderarzt Donald Woods Winnicott ausgeführt wurde und sich damit beschäftigt, auf welche Weise wir peripher sehen.

Ich denke, dass man Räume schaffen kann, in denen Menschen die Möglichkeiten einer durchlässigen Membranrandzone erleben können; Räume, in denen verschiedenartige Menschen physisch zusammengebracht werden. Würde dies dazu führen, dass die Menschen interagieren? – Nicht unbedingt. Aber es würde zumindest das physische Umfeld dafür geschaffen werden, dass Menschen überhaupt erst interagieren können.

Ich halte das für ausgesprochen wichtig. Die meisten Erfahrungen, die wir in Städten machen, sind stumm. Es geht nicht darum, jemandem beim Kauf eines Stückes Kuchen oder einer Flasche Milch die UN-Charta der Menschenrechtserklärung vorzulesen. Aber die Menschen verhalten sich stumm gegenüber Menschen, die andersartig sind, obwohl sie sich in einem physischen Raum mit ihnen befinden. Ihre Erfahrungen des Zusammenlebens sind körperlicher Natur, nicht verbaler.

Und Stadtplaner haben meiner Meinung nach versagt, wenn es darum geht, einen Raum körperlicher Erfahrung zu kreieren, in dem das Erfahren der Bewegung eines anderen, ob er nun eine Burka trägt, wie er sich bewegt, wie er neben einem steht, auch zu einem Erlernen des Zusammenlebens führt, wie beklemmend das auch immer sein mag.

Die PEGIDA-Anhänger sind zum Beispiel Menschen, die in einer der Gegenden Deutschlands mit dem niedrigsten Ausländeranteil leben. Es hat mich nicht sonderlich überrascht, dass diese Menschen, die nur sehr wenig Kontakt mit Muslimen haben, denken, Muslime seien alle Bombenleger. Das rührt daher, dass sie schlicht und einfach nicht physisch zusammen sind.

Stadtplanung muss grundlegend neu strukturiert werden: Es sind genau die Randzonen, auf die wir in der Stadtplanung unser Hauptaugenmerk richten sollten. Beispielsweise sollten wir Schulen in den Randzonen von Gemeinden platzieren statt in deren Zentren.

Auf der anderen Seite sollten wir es wie die Menschen in Kopenhagen machen und diejenigen, die an dieser furchtbaren Krankheit sterben, in die Stadt aufnehmen, anstatt sie zu isolieren. Wir müssen auch Randzonen als natürliches Umfeld betrachten. Dieser Lebensraum ist nicht immer ein schöner Ort, aber es ist ein wahrhaftiger Ort. Ich

„Stadtplanung muss grundlegend neu strukturiert werden: Es sind genau die Randzonen, auf die wir in der Stadtplanung unser Hauptaugenmerk richten sollten. Beispielsweise sollten wir Schulen in den Randzonen von Gemeinden platzieren statt in deren Zentren.“

glaube, genau da sollte die Entwicklung von Städten ansetzen.

Ich würde gerne noch einmal Kant zitieren, da er häufig als Argument für eine kosmopolitische Haltung angeführt wird. Bitte führen Sie sich vor Augen, dass die ursprüngliche französische Bedeutung des Wortes „cosmopolite“ für Diplomaten verwendet wurde. Sie sollten mit Leichtigkeit von Ort zu Ort gehen, von Kultur zu Kultur, und dabei nicht mit dieser verwachsen, sich nicht in diese eingliedern. Im 19. Jahrhundert stand dieser mentalen Mobilität die Vorstellung physischer Mobilität gegenüber.

Unter einem Kosmopoliten verstand man jemanden, der sich mit Leichtigkeit in der gesamten Stadt bewegen konnte, wie der Baudelaire'sche Flaneur, der die diversen Stadtszenen aus der Distanz beobachtet. Dieser Kosmopolit war jemand, der sich trotz der Distanz zu Hause fühlte, jemand, der, in den Worten des französischen Soziologen Henri Lefebvre, das Gefühl hatte, ein Recht auf die gesamte Stadt zu haben.

Der Vorteil einer solchen Haltung ist, dass man aufhört, ein Leben voller Fantasievorstellungen über die anderen zu führen, wie es die Anhänger von PEGIDA tun. Sie haben Fantasievorstellungen über Muslime, weil sie niemals mit welchen in Berührung kommen. Meine Vorstellung einer durchmischten Stadt besteht im Kern darin, die Randzonen aufzubauen, anstatt Gemeinschaften zu konzentrieren, sodass die Menschen in der ganzen Stadt zusammenleben können.

Richard Sennett, 1943 in Chicago geboren, ist ein US-amerikanischer Soziologe. Der Sohn russischer Einwanderer lehrt Soziologie und Geschichte an der New York University und der London School of Economics and Political Science. Seine Hauptforschungsgebiete sind Städte, Arbeit und Kultursoziologie. Publikationen der letzten Jahre: „Zusammenarbeit: Was unsere Gesellschaft zusammenhält“ (Berlin 2012), „Die Kultur des neuen Kapitalismus“ (Berlin 2005), „Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus“ (Berlin 1998). Sennett ist verheiratet mit der Stadtsoziologin Saskia Sassen.

Quelle der Hoffnung Sport ist eine Kultur, er ist eine Sprache, die Nationen, Städten, Communitys und Individuen hilft, miteinander zu kommunizieren. Seine Popularität macht ihn zu einem begehrten Medium, um Botschaften zu vermitteln. Wie kann er seine Schlagkraft als Werkzeug der Integration entfalten?

Von Grant Jarvie und Hector Mackie



geräumt. Kunst, Sprache und Arbeitsmethoden werden zum Beispiel regelmäßig als Plattformen für sozialen Wandel betrachtet. Es ist auch seit langem anerkannt, dass sie für die Gesellschaft eine integrative Funktion übernehmen.

Verblüffend ist: Selbst wenn über die Rolle des Sports in gleicher Weise gesprochen wird, ist dies irgendwie überschattet. Oft wird der Sport als kleinerer Beitrag zur europäischen Kultur und zum sozialen Zusammenhalt betrachtet. Das muss aber nicht so sein. Diejenigen, die versuchen, einen positiven sozialen Wandel herbeizuführen, verpassen viel, wenn sie übersehen, welche Rolle Sport als Ressource für den sozialen Zusammenhalt und für positive Kulturbeziehungen spielen kann.

Einer der Autoren des EUNIC-Jahrbuchs behauptete vor nicht allzu langer Zeit, dass „Künstler nicht mehr als Fußballer daran glauben, dass sie den Weltfrieden herbeiführen können“ oder globale Herausforderungen zu bewältigen wissen, aber das trifft nicht den Kern der Sache. Es gibt unterschiedlichste Fälle, in denen die Kunst und der Sport, oder sogar Kunst in Verbindung mit Sport, Anlass zu Optimismus geben können. Wir müssen verstehen, dass zahlreiche Plattformen gleichzeitig eine wichtige Rolle in den europäischen Kulturbeziehungen spielen können. Tatsächlich können wir es uns gar nicht leisten, einen Aspekt von Kultur zu übersehen. Mindestens so sehr wie die Kunst schafft der

Sport als Komponente der Gesellschaft bietet einzelnen Menschen Erholung und trägt zum sozialen Zusammenhalt bei. Er kann sich positiv auf Communitys auswirken, Barrieren zwischen Bevölkerungen niederreißen und Individuen über den ganzen Globus hinweg verbinden. Sport kann bei der Wiederherstellung von Menschen und Orten, bei der Versöhnung in Beziehungen sowie bei der Lösung schwieriger Themen und Feindseligkeiten eine Rolle spielen. Zudem kann er die Grundlagen für Hoffnung schaffen, damit ein nachhaltiger Wandel möglich wird.

In Europas kultureller Landschaft wird Sport als kulturelle Komponente immer wieder übersehen. Anderen Faktoren, die einen Beitrag zu Europas reichhaltiger Kultur leisten, wird oftmals eine größere Priorität ein-

Sport wertvolle Räume für Dialog. Regelmäßig bekräftigt man die Verbindung zwischen Sport und Themen, die aus sich wandelnden Haltungen und politischen Vorgehensweisen für die europäische Immigration und Integration entstehen.

Doch ihr Potenzial wird weniger gut verstanden. Man erkennt zumindest an, dass Sport im schlimmsten Fall trennen, zu rassistischem Verhalten beitragen und ethnische Spannungen verschärfen kann, im besten Fall aber Momente der Normalität erzeugt, die wiederum andere Quellen der Hoffnung ins Spiel bringen können.

Wir wissen ziemlich viel über die Rolle des Sports im Leben von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Das Potenzial des Sports als Form der Kommunikation haben viele erkannt. Michel Platini, der Präsident der UEFA, erklärte vor kurzem, dass junge Immigranten oftmals erst lernen, einen Fußball zu kicken, bevor sie die Sprache ihres Gastlands lernen. Dies ist ein Beispiel für die Möglichkeit, „das politische Potenzial des Sports zu nutzen“ und Verständnis dafür zu entwickeln, wie er sich positiv auf das Leben von Menschen auswirken kann. Und was die Einwanderung angeht: Die internationale Präsenz des Fußballs überschreitet Grenzen und könnte sicherlich die Grundlage für andere, noch notwendige Grundsteine oder Ressourcen sein, die dazu beitragen, Kapazitäten (zum Beispiel in den Bereichen Gesundheit und Bildung) aufzubauen.

Um den praktischen Nutzen des Sports im Sinne der George-Soros-Stiftung zu veran-

„Junge Immigranten lernen oftmals erst, einen Fußball zu kicken, bevor sie die Sprache ihres Gastlands lernen.“

schaulichen, begann sich die UEFA an einem Projekt zu beteiligen, das die Integration der Roma verbessern soll. Laut William Gaillard, einem Spezialberater der UEFA, kommt es selten vor, dass ein Mensch mit Roma-Hintergrund in Osteuropa Fußball spielt, ohne dabei gewalttätigen Angriffen ausgesetzt zu sein. Fußball ist jedoch ein Teil der Kultur der Roma – historisch und heute. Er ist ein demografischer Faktor im Fußball (Andre Pirlo, Juventus-Spieler und Italiens Star bei der Weltmeisterschaft 2014 hat einen Roma-Hintergrund).

Einen Moment Normalität

Aufgrund der anhaltenden Diskriminierung können Roma-Communitys aber oftmals keine sozialen Vorteile aus dem Sport ziehen. Fußballentwicklungsprogramme in diesen Communitys verfolgen das Ziel, die Mitwirkung zu stärken. Indem die UEFA den Fußball nutzt, um sich kulturelle Praktiken „zu Nutzen zu machen“, wird er zu einer Quelle der Hoffnung, die Roma-Communitys und den Gesellschaften, mit denen sie es zu tun haben, dabei hilft, friedlicher zusammenzuleben.

In diesem Beispiel spielt Fußball sicher deshalb eine Rolle, weil er Menschen miteinander in Kontakt bringt. Fußball alleine wird aber das Problem der Diskriminierung gegen ethnische Minderheitengruppen nicht lösen. Wenn Sport jedoch dabei helfen kann, einen gewissen Grad an Normalität herzustellen, auf deren Grundlage sich wiederum andere Ressourcen aufbauen lassen, dann sollten sich alle aufgrund der Tatsache, dass Sport nicht nur soziale, menschliche und wirtschaftliche Fähigkeiten fördert, sondern auch kulturelles Kapital, für ihn engagieren. Sinnvolle Interventionen über Sport funktio-

nieren am besten, wenn der Sport Teil eines größeren Zusammenhangs ist und eine zentrale Rolle als Fortschrittsbeschleuniger spielen kann.

Der eifrigste Kulturskeptiker muss zugeben, dass Sport in zahlreichen Fällen bereits als Form der Intervention und/oder des Beziehungsaufbaus gedient hat. „Peace Beyond Borders“ nutzt Sport als Mittel, um Frieden und Konfliktlösungen in den Grenzgebieten um Kenia, Südsudan und Uganda zu fördern. Der kanadische Dokumentarfilm „The Boxing Girls of Kabul“ über die Boxerinnen von Kabul erzählt die Geschichte von drei Mädchen, die professionell zu boxen beginnen und entschlossen sind, sich in den internationalen Boxring zu kämpfen. Damit stellen sie die Überzeugungen der Taliban zu Sport und insbesondere zu Frauen und Boxsport in Frage.

Didier Drogba nutzte seine Position als internationaler Fußballer, um offen über den Konflikt an der Elfenbeinküste zu sprechen – was unter dem Namen Drogba-Diplomatie bekannt wurde. Bei den Olympischen Spielen in Athen 2004 liefen Nord- und Südkorea unter derselben Flagge der koreanischen Halbinsel. Ein anderes Beispiel ist „Football 4 Peace“, ein Sportprojekt für jüdische und arabische Kinder im nördlichen Galiläa. Hier wird Fußball als Basis für Konfliktlösungstraining genutzt.

Sport kann also Menschen miteinander in Kontakt bringen. Doch wie gesagt: Sport alleine löst das Problem der Diskriminierung gegen ethnische Minderheitengruppen nicht. Er muss in mehrdimensionale Entwicklungsprogramme eingebettet werden. Dort kann Sport neben anderen Dingen dabei helfen, Flüchtlingen und Asylsuchenden ein gewisses Maß an Normalität zu bieten. Sinnvolle Sportinterventionen funktionieren am besten, wenn der Sport Teil eines größeren

Zusammenhangs ist, in dem Menschen sich durch den Sport weiterentwickeln. So kann er zu einem Instrument des Wandels werden.

Abschließend soll hier noch ein letzter Aspekt erwähnt werden. Es ist äußerst wichtig zu verstehen, dass ein Weg nicht für alle passt. Kulturdiplomaten, Staatsdiener, Menschen, die europäische Kulturpolitik beeinflussen sowie viele andere wichtige Amtsträger müssen die Vorstellung begrüßen, dass Sport tatsächlich ein wertvolles Werkzeug ist – wenn wir differenzierter und informierter damit umgehen, was wo und wann funktioniert und unter welchen Umständen.

Zweifellos helfen Sportarten, Leben zu verändern. Nelson Mandela hat es so auf den Punkt gebracht: „Sport hat die Macht, die Welt zu verändern, er hat die Macht zu inspirieren. Er hat die Macht, Menschen zu verbinden, wie wenig anderes dies vermag. Er spricht mit der Jugend in einer Sprache, die sie versteht. Sport kann Hoffnungen schaffen, wo vorher nur Verzweiflung war. Er ist mächtiger als die Regierung, wenn es darum geht, herkunftsbedingte Barrieren einzureißen.“ Dieser Glaube an den Sport verlangt von uns, über unser momentanes Verständnis seiner Position in der Kultur und seiner Rolle bei der Realisierung einer besseren Welt hinauszudenken. Wir müssen unsere Energien neu einsetzen, um zu verstehen, wie wir Sport wirkungs- und verantwortungsvoll nutzen können, um Wandel herbeizuführen.

Wie zuvor betont, gibt es zahllose Beispiele dafür, wie Sport etwas zum Besseren verändert. Doch es gibt auch Beispiele für Sport und Sportorganisationen, die zu einer negativen, extrem wettbewerbsorientierten, hypermaskulinen und exklusiven Kultur beitragen. Das Internationale Olympische Komitee ist beispielsweise im Hinblick auf die Art und Weise, wie es seine olympischen Athleten unter Gender-Gesichtspunkten te-

stet und gruppiert, stark unter Druck geraten. In den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens gibt es zahlreiche Gender-Kategorisierungen, nicht einfach nur männlich und weiblich. Das IOC kategorisiert die Athleten nur als männlich oder weiblich und schließt große Teile der Weltbevölkerung unmittelbar aus. An diesem Beispiel versteht man, dass Sport sensibel genutzt werden muss, um Exklusivität und die Verschärfung gesellschaftlicher Probleme zu verhindern.

Ein anderes Potenzial des Sports ist der mögliche wirtschaftliche Nutzen. Im Vereinigten Königreich beleuchtete kürzlich eine Story den gemeinsamen 5,1 Milliarden Pfund schweren Sky/BT-Sponsorenvertrag des englischen Premier-League-Fußballs. 2010 wies die UNESCO daraufhin, dass eine Abgabe von 0,4 Prozent der durch Fußball erzielten Einkünfte von Europas Top-Ligen – England, Deutschland, Spanien, Italien und Frankreich – das bestehende internationale Hilfsbudget für die Grundausbildung in Niedriglohnländern verdoppeln würde. Es gibt viele kreative Initiativen, wobei die Umverteilung des durch Sport eingenommenen

„Sport hat die Macht, die Welt zu verändern, er hat die Macht zu inspirieren. Er hat die Macht, Menschen zu verbinden, wie wenig anderes dies vermag. Er spricht mit der Jugend in einer Sprache, die sie versteht. Sport kann Hoffnungen schaffen, wo vorher nur Verzweiflung war. Er ist mächtiger als die Regierung, wenn es darum geht, herkunftsbedingte Barrieren einzureißen.“ Nelson Mandela

Geldes genutzt wird, um menschliche, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fähigkeiten zu entwickeln. Durch die Anerkennung des Sports als Mittel, um große Geldsummen zu generieren und seine positive Rolle, die er in der Gesellschaft spielen kann, ist es doppelt wichtig, sich mit seinem wirtschaftlichen Potenzial zu beschäftigen.

Betrachten wir nun ein anderes Beispiel, dieses Mal außerhalb Europas. Kenianische Läufer sind oft für ihre Überlegenheit bei verschiedenen athletischen Distanzen anerkannt worden. Häufig werden die beträchtlichen Gewinne aus der athletischen Grand-Prix-Strecke in den Dörfern und Communitys der kenianischen Seite des Rift Valley verteilt. 2010 gewannen kenianische Frauen mehr als drei Millionen Pfund.

Die Fähigkeiten von Läuferinnen auszubauen, fördert also Freiheit in anderen Gebieten. Dies geschieht durch mindestens zwei Kanäle. Der erste ist die Sichtbarkeit der Läufer, die globale Ressourcen erhalten, weltweiten athletischen Erfolg erzielen und dann Einkommen direkt in der lokalen Wirtschaft investieren. Der zweite Weg ist die subjektive Wahrnehmung, dass eine weibliche Athletin immer ein großzügiger Geldgeber und verlässlicher Investor ist. Dieser Glaube stützt sich teils auf Tatsachen. Mehrere von Läuferinnen finanzierte Community-Projekte zeigen, dass die Athletinnen ihren Reichtum nicht nur großzügig in ihrer weitläufigen Familie, sondern auch in der größeren Community verteilen. In anderen Worten: Nichtläufer glauben, dass ein durch athletischen Erfolg erzielt Einkommen einer Frau sicher ein größeres Netzwerk von Menschen erreicht, dass der Laufsport der Frauen sehr unterstützt und auch ihre Töchter dazu ermutigt werden sollten.

Die beiden Beispiele – Fußball in der Kultur der Roma und Laufsport in Kenia

– belegen und bestärken, dass Sport in einer Reihe kulturell spezifischer Situationen etwas verändern kann. Es zeigt auch, dass wir uns gegen die alles bestimmende Logik verwahren sollten, dass Sport als Form der Kultur ein universales Ding ist oder eben nicht. Wie zuvor erwähnt, müssen diejenigen, die sich die Macht des Sports zunutze machen wollen, genauer verstehen, was wo funktioniert und unter welchen Umständen. Abgesehen davon gibt es die bedeutende Ressource Hoffnung, aber wir dürfen Kultur nicht zu eng definieren.

Sport ist eine Kultur, die einen Beitrag zu ganzen Kulturen leistet. Zu ihm finden viele Gespräche statt. Sogenannte „imagined communities“ werden durch Sport präsentiert; über Sportkontakte werden Geschäfte gemacht. Er ist eine Sprache, die Nationen, Städten, Communitys und Individuen hilft, miteinander zu kommunizieren. Seine Popularität macht ihn zu einem begehrten Medium, um Botschaften zu vermitteln.

Nationen entwerfen ihre Soft-Power-Strategien um den Sport herum; Unionen wie die Europäische Union erkennen, dass Sport einen Anteil an den Kulturbeziehungen hat. Seit 2003 haben die Vereinten Nationen ihn auch zunehmend als Instrument für Entwicklung genutzt. Sportikonen sind gefragt für eine Prominentendiplomatie. Und schließlich sorgt der Sport für eine spezifische Form von Handel und Arbeitsmigration, da im Sportbereich Beschäftigte von Land zu Land ziehen. Wer sich für die europäischen Kulturbeziehungen interessiert, kann es sich einfach nicht leisten, all das zu ignorieren, was Menschen dabei hilft, mit ihrem Leben zurechtzukommen. In diesem Sinn bringt Sport Hoffnung mit sich.

Es gibt keinen einzelnen Akteur, keine einzelne Gruppe, Organisation oder kulturelle Plattform, auf der die Hoffnungen der

Menschheit liegen, aber es gibt viele Möglichkeiten für Engagement. Wenn diese echten Anlass zu Optimismus bieten, können wir es uns dann leisten, sie zu ignorieren? Können es sich die europäischen Kulturbeziehungen, kann es sich Immigrationspolitik in Europa leisten, den Sport zu ignorieren? Sport hat das Potenzial, verschiedene Sichtweisen auf die Welt zu formen, vielleicht basierend auf kulturellen Praktiken, Entdeckungen, Forschung und Lehre, aber auch basierend auf den Gelegenheiten, Momente der Normalität zu fördern, Leistungsfähigkeit, Vertrauen, Verpflichtungen, Umverteilung und Respekt in einem menschlicheren Europa. Durch und mit dem Sport.

Grant Jarvie ist Professor an der University of Edinburgh und ehemaliger Konrektor und Interimsrektor. **Hector Mackie** ist wissenschaftliche Hilfskraft und Wissenschaftler an der University of Toronto. Sie sind die Ko-Autoren des Bands „Sport, Culture and Society“, der 2016 bei Routledge erscheinen wird.

Die Rückkehr der Landsleute Auf Geheiß des Zaren siedelten vor Jahrhunderten sowohl Deutsche als auch Griechen im russischen Riesenreich. Nach dem Ende der Sowjetunion begann sowohl in Deutschland als auch in Griechenland die Repatriierung der Minderheiten ins Land ihrer Vorfahren – und eine interessante Gelegenheit für einen Vergleich tat sich auf. *Von Christin Hess*



Eine oft übersehene Migrantengruppe wird oft verschiedentlich betitelt, sowohl von externen Beobachtern als auch von den Migranten selbst. „Rückkehrer“, „Repatrierte“, koethnische Migranten – die Rede ist von gleichstämmigen Zuwanderern, welche im englischen Sprachgebrauch oft treffend auch als „ancestral migrants“ bezeichnet werden.

Gemeint sind Menschen, die nach Jahren, Jahrzehnten, teilweise Jahrhunderten in das Land zurückkehren, welches ihre Vorfahren ursprünglich aus wirtschaftlichen Motiven verließen, um anderswo ein besseres Leben aufzubauen, oder aus dem sie aufgrund politischer oder religiöser Verfolgung flohen. Teilweise liegen große Zeiträume zwischen Aus- und Rückwanderung, was interessante Fragen zur Bedeutung und dem

Erhalt kulturellen Erbes und zu Assimilierung aufwirft.

So geschehen mit gleichstämmigen Zuwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion, welche nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall des Imperiums zu Tausenden in ihre „historischen Heimatländer“ auswanderten. Dazu zählen die pontischen Griechen, die sogenannten „Russlanddeutschen“ sowie ethnische Finnen, Ukrainer, Polen und Russen, als auch Menschen jüdischer Abstammung (obwohl die „Gleichstämmigkeit“ hier anders definiert werden muss). Was macht es lohnenswert, sich gerade mit diesen Migranten zu beschäftigen, wenn es doch auf der Welt noch viele andere gleichartige Wanderungen gibt, etwa die der japanischen Rückwanderer aus Brasilien und Peru (nikkei) nach Japan?

Migranten aus dem postsowjetischen Raum sind besonders interessant, da sich ihre Wanderungen und demzufolge auch ihre Integration im „ehemaligen Heimatland“ zeitgleich und unter teilweise sehr ähnlichen Rahmenbedingungen vollziehen.

Die Migration Gleichstämmiger ist eine Art der Migration, welche – und das ist vielleicht einer ihrer interessantesten Facetten – der Idee und Realität einer fortschreitenden Globalisierung zumindest im ersten Zugriff konträr läuft.

Die Griechen und Deutschen zählten zu den 192 ethnischen Gruppen, welche die

letzte sowjetische Volkszählung 1989 ergab. Ihre Wege nach Russland sind ähnlich und schnell erklärt: Sie kämen primär als Siedler, unter anderem durch Anwerbung Katharina der Großen, aus den Gebieten des heutigen Deutschlands und aus Kleinasien, und ließen sich hauptsächlich im 18. und 19. Jahrhundert in Südrussland, im Kaukasus, am Schwarzen Meer, in der heutigen Ukraine und entlang der Wolga nieder.

Für die pontischen und kaukasischen Griechen spielte ebenfalls die gemeinsame Religion eine Rolle und einige Tausende flohen im Kontext der russisch-türkischen Kriege nach Russland. Sowohl Deutsche als auch Griechen wurden unter Stalin Opfer der Zwangsvertreibungen nach Mittelasien und Sibirien – eine traumatische Episode ihrer Geschichte, welche viele noch heute bewegt und ein Narrativ der „ewigen Entwurzelung“ in Gang setzte. Obwohl sich die Lage beider Volksgruppen in der Sowjetunion der Sechziger-, Siebziger- und Achtzigerjahre in sozioökonomischer Hinsicht wesentlich verbesserte, nahmen Tausende von ihnen nach 1989 die Möglichkeit wahr, permanent nach Deutschland und Griechenland umzusiedeln.

Wer sind diese Fremden?

Dies wurde erleichtert durch eine deckungsgleiche Zuwanderungspolitik beider Länder, zu diesem Zeitpunkt noch unter den letzten zehn Prozent aller Länder der Welt, welche Staatszugehörigkeit nach dem Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*) definierten. Auf ihrem ethnisch-kulturellen Nationalverständnis basierend und eingebettet in eine Rhetorik der Kriegsschädenbereinigung, boten Griechenland und Deutschland bestimmten Diasporagruppen, darunter de-

nen aus der ehemaligen Sowjetunion, die Staatsbürgerschaft und gewisse Integrationshilfen an.

Im Jahr 2015 zählt Deutschland über 2,3 Millionen „Spätaussiedler“ aus der ehemaligen Sowjetunion, während die Datenlage in Griechenland aufgrund mangelnder Erhebungen ungenauer ist. Jedoch können wir relativ sicher von circa 200 000 Rückwanderern ausgehen. Obwohl diese Zahlen auf den ersten Blick eine hohe absolute Differenz aufweisen, erweist sich die Auswirkung dieser Wanderungen auf die Aufnahmegesellschaften jedoch als fast gleich – sowohl numerisch (Zahl der Zuwanderer auf Gesamtbevölkerung) als auch aus sozioökonomischer und kultureller Sicht.

Aus meinen Beobachtungen lässt sich schlussfolgern, dass die Wahrnehmung des Kulturerbes der Migranten und damit der Nähe zum kulturellen Kanon der Aufnahmegesellschaft direkt an das Integrationspotenzial, beziehungsweise an die Wahrnehmung des Integrationspotenzials der Rückwanderer, gebunden ist. Einige Wissenschaftler argumentieren, dass sich die Integration gleichstämmiger Zuwanderer, trotz des gemeinsamen kulturellen Hintergrunds, in ihren Wesenszügen von der Integration andersstämmiger Migranten wenig unterscheidet. In Griechenland ist diese Argumentation abgeschwächer als in Deutschland. Meine Studien belegen: Die Herausforderungen, denen diese Migrantengruppe gegenübersteht, sowohl bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, als auch bei der kulturellen Annäherung, sind auf den ersten Blick ähnlich. Eine Rolle dabei spielen auch mangelnde Sprachkenntnisse bei der Einreise. Dennoch greift diese Erklärung zu kurz. Sie unterschätzt die besonderen Einflussfaktoren, die nur bei der Integration gleichstämmiger Zuwanderer gegeben sind und

„Manche argumentieren, dass sich die Integration gleichstämmiger Zuwanderer, trotz des gemeinsamen kulturellen Hintergrunds, in ihren Wesenszügen von der Integration andersstämmiger Migranten wenig unterscheidet.“

den Rahmen bilden, in dem sich gerade die kulturelle Integration dieser Migranten vollzieht. Ich stelle in den Raum, dass die Rückwanderung Gleichstämmiger mehr als jede andere Art der Migration an Erwartungen und den oft durch sie erzeugten Druck gebunden ist. Dies ist in anderen Migrations-szenarien weniger stark ausgeprägt und auch weniger relevant. Die politische Rhetorik der Heimkehr der verloren geglaubten „Brüder“ tat einiges dazu, einen gewissen Erwartungsdruck hinsichtlich ihres gemeinsamen Kulturerbes aufzubauen.

Staatliche Integrationshilfen, oder zumindest der „Preis Staatsbürgerschaft“, welche für andere Zuwanderer nicht möglich waren, untermauerte dies noch. In Griechenland wurde ein Wettkampf der Gleichartigkeit sogar offiziell gefördert, indem der Staat unterschiedliche Privilegien an unterschiedliche Diasporagruppen vergab. Die Sowjetgriechen kamen dabei am besten davon, da ihnen die griechische Staatsbürgerschaft mehr oder weniger zugesichert wurde.

Einheimische, sowohl in Griechenland als auch in Deutschland, bewerten die Kultur von Zuwanderern jedoch nicht auf der Grundlage behördlich verifizierter Abstammungspapiere. In diesem Fall erwarteten sie, bewusst oder unbewusst, aufgrund deren Aussage, Griechen und Deutsche zu sein, ähnlich „griechische“ oder „deutsche“ Verhaltensweisen, Mentalitäten, kulturelle

Praktiken. Dazu gehörte natürlich auch die Fähigkeit, auf Deutsch und Griechisch kommunizieren zu können. Letztlich wurde dies das Maß, an dem die Integrationsfähigkeit der Neuankömmlinge gemessen wurde.

Seitens der Migranten, die als zukünftige Staatsbürger einreisten und sich dessen bewusst waren – hat dies doch in vielen Fällen ihre Ausreiseentscheidung wesentlich beeinflusst – gab es Erwartungen anderer Art. Viele der befragten Teilnehmer erwarteten, emotional nach Hause zu kommen, und so auch empfangen zu werden. Andere wollten endlich ihren Minderheitenstatus abstreifen.

Für wieder andere überwogen die verschiedenen Möglichkeiten, für sich und ihre Nachfahren in Westeuropa ein besseres Leben aufzubauen. Manchmal war aber auch das genaue Gegenteil, nämlich die völlige Abwesenheit jeglicher Erwartungen, hinderlich: Viele Befragte erzählten von einer oft gedanklich unvorbereiteten Abreise und einem Aufprall in einer Realität, die keiner vorhergesehen hatte. Was alle Migranten ähnlich schilderten, ist die Vorstellung, Deutschland und Griechenland hätten sich in den Jahrzehnten, teilweise Jahrhunderten, der Abwesenheit nicht verändert – eine Vorstellung, die vielen später lächerlich vorkam.

Diese meisten der befragten Zuwanderer erwarteten, dass Einheimische das von ihnen selber als intrinsisch wahrgenommene Volkstum erkennen würden. Teilweise aufgrund von tatsächlicher oder empfundener Ablehnung, teilweise aus Überzeugung, beschrieben viele Teilnehmer an der Studie, dass sie sich für die „wahren“ Deutschen und Griechen hielten, oder, wie eine Teilnehmerin bemerkte, für „deutscher als deutsch“. Einige pontische Griechen, nicht nur aus der ehemaligen Sowjetunion, leiten dies bis heute daraus her, dass das pontische Griechisch (eine Gattung des Griechischen),

welches sie sprechen, dem Altgriechisch der Antike mehr ähnelt als das Neugriechisch der Einheimischen. Länder- und gruppenübergreifend ist eine Tendenz feststellbar, sich an feststehenden Bildern zu orientieren. Hierin liegt eine zweite Variable, welche koe ethnische Integrationszenarien als besonders markiert: das Phänomen, dass Integration stärker als anderswo an statische Bildern zu angeblich fixierten Identitäten gebunden ist, sowie auch an stereotype, essentialisierte Annahmen über sie. Diese stehen der Realität wandelbarer, sich verändernder und oft multipler Identitäten gegenüber. Aus meiner Sicht sind dies Gründe dafür, warum die kulturelle Integration dieser Zuwanderer in Griechenland und Deutschland, besonders in der ersten Generation, nicht problemlos war und bis heute andauert.

Letztere hatten dazu geführt, dass die „Russlanddeutschen“ und „Sowjetgriechen“ sich während ihres Lebens in Russland und der UdSSR mehr oder weniger stark assimiliert hatten – auch aufgrund ihres Minderheitenstatus. Dies war jedoch eine Anpassung, welche erst retrospektiv in Deutschland und Griechenland richtig zu Tage trat. Aufgrund der entweder von Einheimischen erfahrenen oder so interpretierten Ablehnung trat bei vielen Rückwanderern dieser Anteil ihrer Kultur stärker hervor. Das Ergebnis: Die enggestrickten Gemeinschaften, die Russlanddeutsche und Griechen aus der ehemaligen Sowjetunion in den Folgejahren aufbauten, orientierten sich vielerorts an einer gefühlten gemeinsamen Herkunft und Kultur und an hohem gegenseitigen Vertrauen, welches nicht selten mit dem Satz „Wir kommen aus dem selben Land, wir sind eben Menschen aus der Sowjetunion.“ zusammengefasst wurde. Dies gilt besonders fuer Rückwanderer, welche in den Sechziger- und Siebziger-

Jahren in der Sowjetunion geboren wurden – ältere Rückwanderer, welche den zweiten Weltkrieg und die Vertreibungen direkt miterlebt haben, demonstrieren oft multiplere Identifikationsmuster und stehen der Sowjetunion als erlebter Realität und damit als Referenzrahmen oft kritischer gegenüber. Insgesamt förderte meiner Studie mannigfaltige Beispiele griechischer und deutscher Rückkehrer zu Tage, welche bis heute Kontakt halten und sich durch diese gemeinsame Erfahrung verbunden fühlen.

Die Wahrnehmung eines anderen Kulturerebes unter formal gleichstämmigen Zuwanderern hat sich in den letzten Jahren aufgrund sich verändernder Migrationsströme jedoch wieder gewandelt und gibt daher ihrem Integrationsrahmen eine neue Wendung. In Griechenland führt die zunehmende Zuwanderung von Migranten aus Asien (besonders Pakistan und Bangladesch), aus dem subsaharischen Afrika und seit der Krise auch aus dem Nahen Osten zu diffusen Ängsten in der Bevölkerung, ähnlich den Ängsten vor Überfremdung, die Menschen in Deutschland in Hinblick auf Zuwanderer oder Ansässige mit muslimischen Hintergrund ausdrücken. Nun erscheinen die oft als „Russen“ betrachteten Griechen und Deutschen weit weniger kulturell fremd. Sie gehören inzwischen auch durch ihre längere Anwesenheit viel selbst-

„Die enggestrickten Gemeinschaften, die Russlanddeutsche und Griechen aus der ehemaligen Sowjetunion in den Folgejahren aufbauten, orientierten sich vielerorts an einer gefühlten gemeinsamen Herkunft und Kultur und an hohem gegenseitigen Vertrauen.“

verständlicher zum alltäglichen Bild. Eine weitere länderübergreifende Hürde ist paradoxerweise in ihrer (Aus-)Bildung zu finden.

Arbeitsmarktexperten postulieren, dass sich ein höherer Bildungsgrad oft positiv auf die Integration von Migranten auswirke. Ein deutscher Beamter äußerte in einem kürzlich geführten Interview die These, dass man davon ausginge, hochqualifizierte Migranten hätten generell wesentlich weniger bis gar keine Integrationsprobleme.

Dem entgegen steht die gegenteilige Erfahrung vieler Rückwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion. Eine der ersten umfassenden Studien zu den griechischen Rückwanderern zeigte, dass fast ein Drittel (27 Prozent, die zahlenmäßig zweitstärkste Gruppe) über höhere Bildungsabschlüsse verfügte. 27 Prozent hatten Abschlüsse in Mechanik, Maschinenbau und Schiffbau.

Darüber hinaus gab es auch viele Elektriker, Klempner, Mechaniker und Autoschlosser. Die einzige offizielle staatliche Erhebung aus dem Jahr 2000 listet ein Drittel der ehemaligen Berufe griechischer Rückwanderer als „andere Berufe“, ein möglicher Hinweis darauf, dass für ein Großteil der Berufe kein griechisches Äquivalent gefunden werden konnte. Hierin liegt bereits ein Hinweis auf Schwierigkeiten, welchen Migranten bei ihrer Arbeitssuche gegenüberstanden. Zum einen hatte die sowjetische Planwirtschaft mit ihrer Betonung bestimmter industrieller Sektoren und der Tendenz, bestimmte Berufslücken durch hoch spezialisierte Universitätsabschlüsse zu füllen, Qualifikationen und Berufswege hervorgebracht, welche auf den Arbeitsmärkten Deutschlands und Griechenlands kaum Verwendung fanden.

Zudem sind die Arbeitsmärkte beider Länder duale Arbeitsmärkte, welche sich stark an im Land erworbenen Qualifikationen orientieren. Mangelnde Sprachkennt-

nisse waren oft ein weiteres Hindernis, zumindest zu Beginn. Migranten schätzen ebenfalls ein, dass man ihren Abschlüssen seitens der Behörden oft skeptisch und mit Vorurteilen gegenüberstand. Dem entgegen Arbeitgeber oft, dass man sich nicht sicher sein konnte, ob ein in der Sowjetunion abgeschlossenes Studium den in Deutschland vermittelten Inhalten entsprach.

Gleichstämmige Zuwanderer mit höheren Bildungsabschlüssen (z.B. Hochschullehrer, Ärzte) sahen sich oft vor die Wahl gestellt, entweder Zusatzqualifikationen zu erwerben, um im ehemaligen Beruf arbeiten zu können, welche mit hohem Zeit- und Kostenaufwand verbunden waren, umzulernen (was ebenfalls oft kostspielig und zeitintensiv war und nicht immer wirkliche berufliche Perspektiven eröffnete) oder einen beruflichen Abstieg in Kauf zu nehmen.

Für viele wurde die letzte Option zur Realität. An diesem Bruch in ihrem beruflichen Werdegang und dem als äußerst schmerzlich und oft entwürdigend empfundenen Status- und Identitätsverlust leiden bis heute besonders hochqualifizierte Zuwanderer. Dazu kam ein auf den ersten Blick paradoxes, jedoch in der Sowjetunion stark ausgeprägtes und gepflegtes Klassenbewusstsein (was höher Gebildete zur Intelligentsia zählen ließ). Meine Studien belegen, dass die erzwungene langjährige Unterbeschäftigung oder gar Arbeitslosigkeit oft mit Depressionen einherging und zu chronischen Krankheiten führte. Ein Migrantin in Thessaloniki, von Beruf Augenärztin, beschreibt dies treffend mit den folgenden resignierten Worten:

„Mein Bruder ist nun fest am Lehrstuhl angestellt, er ist Leiter seines Fachbereichs [...] in Moskau. Er ist an seinem Platz angekommen. Ich habe diese gesamte Zeit damit verbracht, in Griechenland zu beweisen, dass ich Ärztin bin

und eine Ausbildung zu wiederholen, die ich schon hatte. Das Ergebnis ist, das sein Nachname gerade in die Enzyklopädie Russlands eingetragen wurde, und ich gerade erst beginne.“

Es hat sich erwiesen, dass Männer und Frauen gleich stark unter diesen Problemen leiden. Natürlich ist diese Erscheinung, die ich hier vereinfacht den „umgedrehten Effekt von Bildung“ nenne, kein Phänomen, welches exklusiv auf die Rückwanderung von Gleichstämmigen aus der ehemaligen Sowjetunion zu beziehen ist, obwohl es hier gehäuft auftritt. Es scheint ein Phänomen zu sein, welches unter anderem besonders bei Wanderungen auftritt, welche zwischen Ländern stattfinden, die sich im sozioökonomischen und/oder politisch-ideologischen Profil stark unterscheiden.

Es zeigt sich, wie stark Integration doch von der Wahrnehmung von Kultur abhängt, wie viel stärker als von Kultur, Bräuchen und Mentalität an sich. Auch die Rolle von Bildung im Integrationsprozess ist neu zu bewerten. Die hier geschilderten Probleme machen deutlich, wie stark sich mangelnde Gelegenheiten, erworbene Bildungsabschlüsse zu verwerten, auf Integrationsverläufe und eine Wertschätzung der eigenen Person auswirken. Wahrscheinlich können die geschilderten länderübergreifend erlebten Schwierigkeiten hochqualifizierter Arbeitsmigranten nur mit festen Jobangeboten im Zielland vermieden werden.

Auch die zweite Generation der in Deutschland und Griechenland geborenen Kinder deutscher und griechischer Rückwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion erlebt Integration nicht zwangsläufig als problemlos. Obwohl sie die Sprache des Ziellandes oft perfekt beherrschen und die Hürden der Anerkennung von Qualifikationen nicht nehmen müssen, bleibt ihre kulturelle Integration nicht selten davon abhängig, in-

wieweit ihre Eltern sie in jungen Jahren im Sinne der Kultur des Ziellandes oder des Herkunftslandes erziehen. Jedoch globalisiert sich auch diese Wanderung, welche als stark an ethnisch-kulturellen Referenzpunkten festgemachte Migration der ethnischen „Entmischung“ begann, zunehmend. Aufgrund einer Vielzahl von Beweggründen, darunter mangelnde berufliche Anerkennung, zieht eine nicht unbedeutende Zahl dieser Menschen aus Deutschland und Griechenland zurück nach Russland.

Unter den Griechen der ehemaligen Sowjetunion ist eine rege Hin-und-her-Wanderung zwischen Griechenland und ihren ehemaligen Siedlungsgebieten und kommerziellen Zentren im Kaukasus und Südrussland zu beobachten. Die Gründe hierfür sind primär wirtschaftlicher Natur. Eine solch transnationale Suche nach Arbeit, selbst nach zeitweiliger Beschäftigung, hat sich besonders seit der wirtschaftlichen und sozialen Krise in Griechenland verstärkt.

Unter den Namen „Programm Landsleute“ versuchte der russische Präsident Putin sogar vor einigen Jahren, ehemalige Auswanderer – darunter Griechen und Deutsche – zurückzuholen. Dies ist in jedem Fall ein Hinweis darauf, dass die formale Rückkehr in das Land vor langer Zeit ausgewanderter Vorfahren nicht zwingend die finale Episode in einer generationsübergreifenden, oft als Familiengeschichte verstandenen, Migrationsgeschichte darstellt. Es liegt ebenso nahe, dass sie den Kreis der Diasporaexistenz nicht schließt.

Christin Hess ist Research Fellow für Politik und Internationale Beziehungen an der Aston University in Birmingham. Sie untersucht und publiziert seit 2005 intensiv und vergleichend zu beiden Einwanderergruppen und erneuert Erkenntnisse durch laufende Forschung.

Multikulturalismus à la Kanada Im Herbst 2014 haben zwei offenbar islamistisch motivierte Anschläge im Land den Ruf Kanadas als friedliche multikulturelle Gesellschaft erschüttert. Leidet Kanada unter denselben Problemen wie Europa? Ist das kanadische Model ein Mythos oder Wirklichkeit? Auch wenn die Bedingungen in Europa ganz anders sind: Kann Kanada mit der Betonung von Vielfalt und einem Punktesystem für Einwanderung Vorbild sein? *Von Stéfanie Lévesque*



britischer Einwanderer, gehören. Wichtig ist jedoch, dieses Konzept des Multikulturalismus als soziologische Tatsache von der gleichlautenden politischen Ideologie zu unterscheiden.

Multikulturalismus in seiner politischen Bedeutung bezieht sich auf eine bestimmte Form des Pluralismus. Von der Assimilierung bis zum Schmelztiegel gibt es unterschiedliche Wege für ein Land, die eigene kulturelle Vielfalt zu organisieren; eine von diesen ist der Pluralismus. Die Idee hinter dem Pluralismus ist, Einwanderer aus verschiedenen Kulturen anzunehmen und ihnen zu erlauben, manche ihrer Besonderheiten beizubehalten.

Befürworter des Multikulturalismus meinen, er helfe bei der Integration von Einwanderern und Minderheiten, entferne Barrieren für deren politische Teilhabe und lasse sie willkommen fühlen, was wiederum ein stärkeres Gefühl von Zugehörigkeit zum Gastland hervorrufe. Kritiker dagegen sagen, dass eine Politik des Multikulturalismus zwar anerkennt, dass sich ein Land aus verschiedenen kulturellen Gruppen zusammensetzt, aber nicht die Vielfalt innerhalb dieser Gruppen. Der britische Publizist Keenan Malik beschreibt Multikulturalismus als einen politischen Prozess, „dessen Ziel darin besteht, Vielfalt zu organisieren und zu institutionalisieren, indem Menschen in ethnische und kulturelle Schubladen gesteckt werden und entsprechend dieser Schubladen, in die sie ge-

„Der Multikulturalismus ist tot“, verkündete der britische Premierminister David Cameron 2010 wie viele seiner europäischen Kollegen, insbesondere die Staatsoberhäupter der Niederlande und Deutschland, die diese Politik öffentlich zurückgewiesen hatten. Worauf genau hat er sich dabei bezogen?

Das Missverstehen dessen, was Multikulturalismus ist, führt oftmals dazu, dass Journalisten und Kommentatoren in Sophisterei verfallen. Multikulturalismus wird manchmal als Synonym gebraucht für religiöse, ethnische oder kulturelle Vielfalt. Das Adjektiv multikulturell kann zum Beispiel genutzt werden, um die kanadische Gesellschaft zu beschreiben, bedenkt man, dass mehr als 40 Prozent der Bevölkerung Kanadas zu keiner der zwei größten historischen Gruppierungen, den Nachfahren französischer und

steckt werden, individuelle Bedürfnisse und Rechte bestimmt werden, und diese Schubladen dann die Politik prägen“. Unter anderem ist dem Multikulturalismus schon vorgeworfen worden, die Gettoisierung zu fördern, Stereotypen zu vermehren und zuzulassen, dass sich politischer Radikalismus und restriktives Verhalten unter Einwanderergruppen entwickeln.

Soweit die allgemeine Debatte. Aber Länder haben den Multikulturalismus auf verschiedene Weise verstanden und angewendet. Der kanadische Multikulturalismus zum Beispiel meint eine sehr spezielle Reihe politischer Maßnahmen in der kanadischen Gesellschaft.

Die kanadische Gesellschaft umfasst eine nationale Mehrheit (britischer Nachkommen), eine nationale Minderheit (französischer Nachkommen), viele verschiedene autochthone Gruppen wie auch ethnische Gruppen, die aus der Einwanderung hervorgingen. Also ist Kanada, in den Worten von des kanadischen Politikwissenschaftlers und Philosophen Will Kymlicka, sowohl ein multinationales als auch ein multiethnisches Land. Wenn wir vom „kanadischen Multikulturalismus“ oder vom „kanadischen Beispiel“ sprechen, beziehen wir uns auf politische Maßnahmen, die von der kanadischen Regierung eingesetzt werden, um diese komplexe Vielfalt zu organisieren.

Kulturelle Vielfalt in Kanada wurde ursprünglich auf die französisch-englischen Beziehungen bezogen. Die Kanadische Konföderation (1867) ging aus Verhandlungen zwischen den britischen Eroberern und der französischen Minderheit hervor und dies bahnte den Weg zu einer bikulturellen Politik. Leider wurden dabei andere kulturelle Gruppen, beispielsweise die Ureinwohner, zum großen Teil übergangen.

1971 kündigte die liberale Regierung von Premierminister Pierre Elliot Trudeau an,

dass eine Politik der Zweisprachigkeit und des Multikulturalismus umgesetzt werden würde. Damit war Kanada das erste Land, das offiziell eine solche Politik verfolgte. Mit der Verfassung von 1982 wurde der Multikulturalismus gesetzlich anerkannt. Absatz 27 der Kanadischen Charta der Rechte und Freiheiten (Teil 1 des Verfassungsgesetzes von 1982), lautet: „Diese Charta sollte auf eine Art ausgelegt werden, die im Einklang ist mit dem Erhalt und der Aufwertung des multikulturellen Erbes der Kanadier.“

Inklusion und gegenseitiger Respekt

Darüber hinaus ist der Multikulturalismus gesetzlich festgeschrieben durch das Kanadische Multikulturalismusgesetz von 1988, das von Premierminister Brian Mulroney erlassen wurde. Dieses erkennt an: Kanadas multikulturelles Erbe, die Rechte der Ureinwohner, die Gleichberechtigung vor dem Gesetz unabhängig von Hautfarbe und Religion, die Rechte von Minderheiten, ihre Kulturen zu leben und die Tatsache, dass andere Sprachen als die zwei offiziellen genutzt werden können. Zudem bekräftigt das Rundfunkgesetz von 1991, dass das kanadische Rundfunksystem die Vielfalt der Kulturen des Landes widerspiegeln und den Rundfunk der Minderheiten mit einschließen sollte.

Die kanadische multikulturelle Politik, welche Gleichberechtigung, Inklusion und gegenseitigen Respekt betont, ist für Kanadier so wichtig geworden, dass viele diese für einen integralen Bestandteil kanadischer Kultur halten.

Neben der landesweiten Politik haben alle zehn kanadischen Provinzen ihre eigene pluralistische Politik und Gesetzgebung. Während andere Provinzen sich für den Multikulturalismus entschieden, bemühte sich die

Politik in Québec darum, den Interkulturalismus zu fördern.

2008 zog eine Konsultationskommission im Hinblick auf kulturelle Unterschiede unter dem Vorsitz des Soziologen Gérard Bouchard und dem Philosophen Charles Taylor die Schlussfolgerung, dass der Interkulturalismus besser den Bedingungen in Québec entspricht als das kanadische Modell des Multikulturalismus, weil es den Kontext der Mehrheitskultur mit einbezieht. Dies ist besonders wichtig für die Französisch sprechende Mehrheit der Provinz, denn landesweit betrachtet, stellt sie eine Minderheit dar.

Québec hat beispielsweise eine Politik entwickelt, die sicherstellt, dass die Einwanderer sich in die französischsprachige Community der Provinz integrieren.

Ottawa betrachtet die eigene liberale Einwanderungspolitik als Teil seines Multikulturalismus. Kanada hat weltweit eine der höchsten Zuwanderungsraten und nimmt über einen von zehn Flüchtlingen weltweit auf. Wenn das Land also wahrheitsgemäß behaupten kann, offen für Einwanderung zu sein, bedeutet dies gleichwohl nicht, dass es jedermann zugänglich ist.

Seitdem das erste Einwanderungsgesetz 1867 in Kanada in Kraft trat, hat die Einwanderungspolitik sichergestellt, dass bestimmte Typen von Einwanderern (die Kriterien veränderten sich im Laufe der Jahre) nicht einwandern konnten. Anfänglich war die Einwanderungspolitik hauptsächlich ein Mittel, um zu verhindern, dass Krankheiten ins Land kommen. Später wurden dann zusätzlich Maßnahmen ergriffen, um Menschen, die man für Kriminelle oder Aktivisten hielt, die gegen die Regierungspolitik waren, draußen zu halten.

Nach einer Phase des Einwanderungsstopps während des Ersten Weltkriegs verabschiedete das Bundesparlament 1919 ein

neues Einwanderungsgesetz, das eine Regel beinhaltete, die es der Regierung erlaubte, die Einreise unerwünschter Rassen und Nationalitäten (beispielsweise jene, die im Krieg gegen Kanada kämpften oder auch bestimmte religiöse Gruppen) zu begrenzen oder zu verbieten.

Das Einwanderungsgesetz von 1952 wiederum behandelte bevorzugt Briten, französische Bürger, Amerikaner und Asiaten, die mit ihren Angehörigen in Kanada wieder zusammengeführt werden wollten.

Die Diskriminierungen auf der Grundlage von Rasse oder Herkunftsland wurden erst 1962 in den kanadischen Einwanderungsgesetzen aufgehoben. Stattdessen kam ein System, das hauptsächlich von der Wirtschaftspolitik bestimmt wird. Seit 1967 das Punktesystem eingeführt wurde, hängt die Auswahl von Einwanderern von sechs Faktoren ab: Französische und englische Sprachkenntnisse, Bildung, Erfahrung, Alter, eine geregelte Beschäftigung in Kanada und Anpassungsfähigkeit.

Vier neue Klassen „akzeptierter“ Einwanderer wurden 1967 festgelegt: Flüchtlinge, Familien, Verwandte und unabhängige Einwanderer. In den 1980er-Jahren kam noch die „Business“-Klasse dazu, deren Zielgruppe Menschen sind, die bedeutende finanzielle Ressourcen nach Kanada bringen können. Zu den „verbotenen Klassen“ wurden jene, bei denen die Gefahr besteht, Sozialleistungen oder das Gesundheitswesen zu strapazieren.

Das Einwanderungs- und Flüchtlingschutzgesetz von 2001, welches das Gesetz von 1967 ersetzen sollte, beinhaltete einige Bestimmungen, die verhindern sollen, dass Terroristen und Kriminelle ins Land kommen. Es erschwerte auch, dass Menschen als Facharbeiter, Lohnarbeiter und sogar als Unternehmer nach dem Punktesystem einwandern.

Auch wenn die eigentliche Einwanderungspolitik nicht direkt von einer diskriminierenden Absicht motiviert ist, kann man schwerlich die Tatsache übersehen, dass sie eine indirekte Diskriminierung (willentlich oder nicht) darstellt. Die scheinbar neutralen Kriterien in Bezug auf das Herkunftsland produzieren tatsächlich eine statistisch messbare Ungleichbehandlung. Wenn man die Politik hinzunimmt, könnten manche sogar sagen, dass wir es mit einer systemischen Diskriminierung zu tun haben.

Ein anderes inhärentes Problem in Kanadas Einwanderungspraxis ist die Arbeitslosigkeit oder die geringfügige Beschäftigung von Einwanderern. 1997 wurde das „Foreign Credential Recognition“-Programm (FCR) eingeführt, das an Migranten auf der Grundlage ihrer Ausbildung Punkte vergab. Einerseits erweist es sich als schwierig für Migranten und insbesondere für Flüchtlinge, die Originalqualifikation zu erhalten, die sie brauchen, um sie der „Alliance of Credential Evaluation Services of Canada“ (ACESC) zur Verifizierung vorzulegen. Andererseits fallen einige Berufe in die Zuständigkeit von Berufsaufsichtsbehörden. Eine außerhalb Kanadas erworbene Zulassung, beispielsweise als Mediziner oder Ingenieur zu arbeiten, wird seltener als kanadischen Standards entsprechende anerkannt.

Stolz auf Vielfalt

In einer Untersuchungsreihe, die von der Abteilung für Multikulturalismus und Menschenrechte des Ministeriums für Kanadisches Kulturerbe 2008 in Auftrag gegeben wurde, evaluierten Wissenschaftler Kanada auf Grundlage verschiedener Aspekte der Einwanderung: die wirtschaftliche Integration in den Arbeitsmarkt, die politische Integration bei Wahlverfahren und anderen For-

men politischer Teilhabe; die gesellschaftliche Integration in die Netzwerke und Räume der Zivilgesellschaft, von informellen Netzwerken aus Freunden und Nachbarn bis hin zur Mitgliedschaft in formellere Organisationen.

Der Autor der Studie Will Kymlicka berichtete: „Auf der einen Seite haben wir nicht nur immer mehr Belege für Kanadas vergleichsweise Vorteil bei der Integration von Einwanderern gesehen, sondern auch immer mehr Belege dafür, dass die Politik des Multikulturalismus bei diesem relativen Erfolg eine wichtige Rolle gespielt hat.“ Die Untersuchung zeigte auch, dass Kanadier eher sagen, dass Einwanderung nützlich ist und eher nicht glauben, dass Einwanderer anfällig für Kriminalität sind; sie unterstützen eher den Multikulturalismus und sind stolz darauf. Die jüngsten terroristischen Ereignisse in Kanada, die man als isolierte Vorkommnisse betrachten sollte, haben daran nichts verändert. Kanadas politische Vorgehensweisen sollten immer noch als „gute Beispiele“ gesehen werden. Natürlich passt nicht jede Politik zu jeder Situation und sicherlich hat der kanadische Multikulturalismus seine Mängel. Die europäischen Kritiker dieses Modells etwa haben darauf verwiesen, dass es Bedarf nach einer Erneuerung der Politik gibt. Multikulturalismus bedeutet nicht nur, kulturelle Vielfalt zu begrüßen und zu feiern. Einwanderungs- und Integrationspolitik müssen zusammenarbeiten, um ethnischen Minderheiten die Möglichkeit zu geben, gesellschaftlich und wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

Stéphanie Lévesque ist Absolventin des „Quebec Institute of High International Studies“ und lebt nun in Südtirol. Zu den wichtigsten Schwerpunkten ihrer Forschung zählen Minderheitenrechte, Kulturdiplomatie und kulturelle Rechte. Sie ist Mitglied des Interdisziplinären kanadischen Forschungszentrums für Diversität und Demokratie (CRIDAQ).

Zwischen Kontrolle und Tabu Zwangsarbeit rührt an eine ältere Tiefenschicht der europäischen Arbeitsgesellschaft, die wesentlich mit Disziplin und Kontrolle zu tun hat und durch die Solidaritätsziele der Arbeiterbewegung niemals wirklich aufgebrochen worden ist. Daran zu erinnern, ist gerade heute angebracht, wenn sich der Diskurs über Migration oftmals wieder auf Gesichtspunkte der Nützlichkeit (und eben der „unnützen“ Kehrseite) zu verengen droht. *Von Claus Leggewie*



Die Zwangsarbeit, die Deportation von Millionen ausländischer Arbeiter aus den von der Wehrmacht besetzten Gebieten Europas in Produktionsstätten und Dienste inner- und außerhalb des Deutschen Reichs während des Zweiten Weltkrieges, gehört zu jenen Kapiteln der Migrationsgeschichte, die am wenigsten in die kollektive Erinnerung der Deutschen eingeschrieben wurden und später als andere NS-Verbrechen zu einer materiellen Wiedergutmachung geführt haben. Ausgelöst durch Klagen ehemaliger Zwangsarbeiter in den Vereinigten Staaten gegen deutsche Unternehmen, die sie einst beschäftigt hatten, brachten Steuerzahler und Wirtschaft eher widerstrebend je zur Hälfte rund fünf Milliarden Euro auf, die bis Juni 2007 an gut anderthalb Millionen Zwangsarbeiter

oder ihre Erben ausgezahlt wurden.

Warum diese Verspätung und Missachtung? Woher rührt generell die Schwierigkeit, sich der erzwungenen oder auch freiwilligen Einwanderung nach Deutschland zu erinnern, sodass ein Trauerakt Anfang 2012 in Berlin für die Opfer heutigen Neonazi-Terrors gegen Einwanderer den meisten die Tatsache einer über 100 Jahre währenden Migrationsgeschichte fast schockartig vor Augen führte?

Sicher wird man hier fehlende Quellen und methodische Probleme einer Geschichtsforschung anführen können, die Migration im Übrigen nicht gerade zu einem Karrierethema für Historiker gemacht hat. Aber tiefer zu liegen scheinen mir drei symbolische Dimensionen, die zugleich Eckpfeiler und Nachtseiten der kollektiven Identität Europas darstellen: die industrielle Arbeitsdisziplin, die Angst vor „Nomaden“, also nichtsesshafter Bevölkerung, und weißer Rassismus. An dieser Stelle kann nicht mehr geschehen, als diese Barrieren zu beleuchten und über ihre Gründe zu reflektieren.

Das Kapitel Zwangsarbeit hat besonders viel Berührungangst und Abwehr hervorgerufen, und das auf beiden Seiten. Der zentrale Grund im postnazistischen Deutschland dürfte der gewesen sein, dass Zwangsarbeit ein öffentliches Verbrechen war, das der Staat organisierte und die Volksgemeinschaft bereitwillig unterstützte, weil damit

– in einer langen und unseligen Tradition – vermeintlich Arbeitsscheue zur Besserung gebracht wurden.

Die „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (Stiftung-EVZ) arbeitet die Umstände dieser Geschichte mittlerweile auf und macht sie einem breiteren Publikum bekannt. Weniger geläufig ist das spiegelbildliche Tabu auf der anderen Seite: Ein großer Teil der Zwangsarbeiter stammte aus dem Gebiet der damaligen Sowjetunion, wo nach 1945 Überlebende der Deportation regelmäßig in sogenannten Filtrationslagern landeten; sie wurden (wie sowjetische Kriegsgefangene) als Verräter stigmatisiert und endeten nicht selten im Gulag, einem Eckpfeiler des sowjetkommunistischen Unterdrückungssystems. Dieses System beruhte bereits vor 1941 auf systematischer Zwangsarbeit in den Lagern des „Archipel Gulag“, in die Millionen sogenannte Klassenfeinde und Angehörige missliebiger ethnischer und religiöser Minderheiten deportiert wurden.

Zwangsarbeit war ein Eckstein der forcierten Industrialisierung unter Lenin und Stalin; im und nach dem Zweiten Weltkrieg wurden dann Hunderttausende deutsche Kriegsgefangene und Zivilisten aus den von der Sowjetunion besetzten Gebieten nach Sibirien verschleppt. Ein großer Teil von ihnen kam durch Mangelernährung, Seuchen, Überanstrengung, Kälte und fehlende Hygiene in den Lagern und auf Transporten ums Leben.

Die Existenz der „Besserungsarbeitslager“, die Vorläufer schon im zaristischen Russland hatten, wurde offiziell verheimlicht, sie schwebte über den Bewohnern der Sowjetunion aber wie ein Damoklesschwert, das bei leichtesten Verfehlungen oder auf Grund einer gemeinen Denunziation niedergehen konnte. Eine Debatte wurde erst

durch oppositionelle Schriftsteller in der poststalinischen Tauwetterperiode und vor allem mit dem literarischen Werk Alexander Solschenizyns ausgelöst. Dokumentation, Ahndung und Aufarbeitung des Lagersystems sind bis heute unvollständig geblieben, der Opfermythos des „Großen Vaterländischen Krieges“ lässt selbst Betroffene der stalinistischen Repression an dieser Tabuisierung teilhaben.

Späte Entschädigung

Dass die Entschädigung seitens Deutschlands im großen Stil erst um 2000 begann (als das Gros der Betroffenen verstorben oder bereits sehr alt war) und dass ihnen in Russland weiterhin nicht einmal rhetorisch Gerechtigkeit zuteil geworden ist, dürfte an der unheilvollen Tradition der „Strafe durch Arbeit“ und am systemübergreifenden Vorherrschen dieses Prinzips in beiden totalitären Systemen zwischen 1930 und 1960 gelegen haben.

Zwangsarbeit rührt aber auch an eine ältere Tiefenschicht der europäischen Arbeitsgesellschaft, die wesentlich mit Disziplin und Kontrolle zu tun hat und durch die Solidaritätsziele der Arbeiterbewegung niemals wirklich aufgebrochen worden ist. Daran zu erinnern ist gerade heute angebracht, wenn sich der Diskurs über Migration oftmals wieder auf Gesichtspunkte der Nützlichkeit (und eben der „unnützen“ Kehrseite) zu verengen droht.

Die Geschichtsschreibung der Gastarbeiter, die eher aus freien Stücken gekommen waren als die Fremdarbeiter, aber eben auch nicht ganz zwanglos, wird von diesen Tabuisierungen überdeckt und verzerrt. Mit der Globalisierung der Arbeitsmärkte, auf denen Arbeitskraft in bisweilen sklavenähn-

licher Weise ausgebeutet wird, und für deren Entstehung drastische Notverhältnisse in den ärmsten Regionen und urbanen Agglomerationen Wesensmerkmale sind, hat die Trennlinie zwischen freiwilliger und erzwungener Arbeit oftmals verwischt.

Betroffen sind von diesem Tabu auch andere Schichten der Migrationsgeschichte: ungeliebte ethnische Minderheiten auf Wanderschaft wie die Roma und Sinti, Asylbewerber und Flüchtlinge, selbst die in der ersten bis vierten Generation sogenannten Arbeitsmigranten. An wenigen Orten Europas haben Migrationsmuseen die aus verschiedenen Motiven und Herkunftsregionen herrührende, stets zwischen Zwang und Freiwilligkeit changierende Völkerwanderung umfassend dokumentiert und gewürdigt – bis zu dem Punkt, dass man sich Migrationsmuseen heute eigentlich schon sparen kann, da ein Migrationshintergrund in vielen Ballungsgebieten Europas massenhafte Normalität, beziehungsweise eine Kommemoration gar nicht mehr in Spezialmuseen zu verbannt ist. Die genannten „Problemgruppen“ (Problem nicht, weil sie selbst problematisch seien, sondern weil sie der Anerkennung der Mehrheitsgesellschaft Probleme bereiten) lösen ähnliche Abwehrreaktionen aus wie die Zwangsarbeit, weil sie die Wahrnehmung Europas von sich selbst

„Tiefer liegen drei symbolische Dimensionen, die zugleich Eckpfeiler und Nachtseiten der kollektiven Identität Europas darstellen: die industrielle Arbeitsdisziplin, die Angst vor ‚Nomaden‘, also nichtsesshafter Bevölkerung, und weißer Rassismus.“

betreffen.

Erstes Fazit: Zwischen der Zwangsarbeit in autoritäre Regimen vor 1918 bzw. totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts und der freiwilligen Arbeitsmigration bestehen mehr Verknüpfungen und Kontinuitäten, als es sich die öffentliche Meinung der liberalen Einwanderungsgesellschaften gemeinhin eingestehen möchte. Diesen Konnex bewusst zu machen, also die Effekte einer ungerechten Weltgesellschaft auf die deregulierten Arbeitsmärkte im globalen Norden, ist auch deswegen bedeutsam, weil der demografische Wandel dort zu einer noch verstärkten Nachfrage nach qualifizierter wie unqualifizierter Arbeitskraft führen wird. Gesichtspunkte der Nützlichkeit und Disziplin werden vor dem Hintergrund verbreiteter xenophobischer und rassistischer Einstellungen und Bewegungen eine große Rolle spielen. Zugleich führt die Transnationalisierung der Arbeitsmärkte vor dem Hintergrund zerrütteter und zerklüfteter Gesellschaften, aber auch ökologischer Probleme und Katastrophen im globalen Süden wahrscheinlich zu einem wachsenden Migrationsdruck.

Europa ist auch 1945 nicht frei geblieben von Ethnisierung. Zuletzt haben in vielen Städten und Dörfern Osteuropas Bürgerinitiativen und Verwaltungen Zäune und Mauern gegen sogenannte Zigeunerviertel aufgerichtet. Nur so, meinten sie, konnten sie sich gegen Belästigungen und Diebstähle schützen, die der Volksgruppe der Roma notorisch zugeschrieben werden. In der Slowakei, in dem diese immerhin zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, entstehen „Zigeunergettos“; zwanzig Jahre nach Öffnung des Eisernen Vorhangs wurden neue Mauern gezogen, das heißt: in der Mitte Europas gegen ein europäisches Volk. Ähnliches geschah und geschieht in Tschechien,

Rumänien, Bulgarien und Ungarn, wo die Roma systematischer Diskriminierung und Verelendung ausgesetzt sind. Für die Roma war das Ende der sozialistischen Ökonomie insofern ein Unglück, als sie überwiegend in der staatlich regulierten Landwirtschaft tätig waren, mit deren Privatisierung arbeitslos wurden und vom Land in die „Zigeunerviertel“ (mahala) kleinerer und größerer Städte abwanderten.

Auch im Westen Europas, wo die meisten Roma und Sinti seit Jahrhunderten sesshaft sind, sind „Zigeuner“ ein Stein des Anstoßes geblieben. Immer wieder kommt es zu Konflikten mit Anrainern und der Polizei, werden wilde oder auch genehmigte Lager kontrolliert und geräumt. Eskaliert ist die Lage vor allem in Italien und Frankreich, wo die Regierung im Sommer 2010 „Zigeunerlager“ gezielt auflösen ließ und dafür einen schweren Konflikt mit der EU-Kommission riskierte. Es gibt nur wenige Staaten der EU, in denen Roma und Sinti ebenso unauffällig wie unbehelligt leben können, auch wenn sie EU-Bürger und als solche schwer auszuweisen sind, wie der französische Fall zeigt.

Ihre periphere Rolle nehmen sie weniger herkunftsbezogen ein als ob ihres marginalen Status inmitten der europäischen Gesellschaft, deren spezielle Mobilität sie eigentlich perfekt verkörpern. Das verweist zurück auf die uralte Spaltung zwischen Bauern (im Romanes: Gadscho, gleich „Nicht-Romani“) und Nomaden. In Agrargesellschaften waren nomadische und halbnomadische Gemeinschaften häufig gefürchtet, „fahrend Volk“ passte nicht in kollektive Identitätsmuster, die mit ethnischer Verwurzelung und Bindung an Grund und Boden verbunden waren.

Dieses Wahrnehmungsmuster, so ist zu vermuten, hat sich in postagrarisches Gesellschaften tradiert, obwohl (oder weil?)

diese ihrerseits neue nomadische, nun auch transnationale Existenzen hergebracht haben, nämlich Transitarbeitnehmer in den ganz schlecht und ganz hoch bezahlten Segmenten des Arbeitsmarktes. Auch, dass sich Roma und Sinti in patriarchalen Familienclans organisieren, dass sie in „Kumpaneien“ wirtschaften und bestimmten Reinhaltungsritualen folgen, wird häufig mit Unverständnis und Intoleranz bedacht.

In der „Zigeunerfolklore“ gelten Roma und Sinti als exotisch und anomisch, als schwer anpassungsfähig und tendenziell gefährlich, selbst in der freundlicheren Sicht auf Virtuosen der „Zigeunermusik“, Flamencotänze und „Zigeunerwallfahrten“ (wie jährlich in Saintes-Maries-de-la-Mer in der Camargue) bleiben Ausnahmestellung und Geringschätzung bestehen.

Ähnlich wie bei den jüdischen Minderheiten in Europa wurden Mobilitätsbeschränkungen beziehungsweise Migrationszwänge, die durch Obrigkeiten und Mehrheiten auferlegt waren, aggressiv gegen die Leidtragenden selbst gerichtet, ungeachtet der seit Jahrzehnten belegbaren Tatsache, dass Roma in ihrer überwältigenden Mehrheit sesshaft sind und der Anteil der effektiv „reisenden Roma“ stetig zurückgegangen ist.

Auch wenn das Gros der Roma und Sinti die Staatsangehörigkeit des jeweiligen Landes beziehungsweise legale Aufenthaltsdokumente besitzt, ist der vereinzelte Status

„Für die Roma war das Ende der sozialistischen Ökonomie insofern ein Unglück, als sie überwiegend in der staatlich regulierten Landwirtschaft tätig waren und mit deren Privatisierung arbeitslos wurden.“

der Staatenlosigkeit metaphorisch zu nehmen. Die Roma und Sinti sind die Paria-Gruppe und Rechtlosen der europäischen Gesellschaft, die in Reputationsskalen ganz weit hinten rangieren. Es stünde der Europäischen Union gut an, wenn sie die vereinzelt Bemühungen, eine nachhaltige Inklusion und Integration im Respekt der kulturellen Besonderheiten zu garantieren, intensivieren würde. Dies dient nicht nur zum Schutz der betroffenen Minderheiten, sondern auch der Erhaltung von Freizügigkeit im Schengen-Raum, die unter dem vermeintlichen Migrationsdruck, zur Bekämpfung von Terrorismus und im Blick auf rechtspopulistische Parteien zunehmend in Frage gestellt wird.

Illegale als Störenfriede

Das führt zu einer letzten Tabu-Gruppe, den sogenannten Illegalen, womit pauschal solche Einwanderer bezeichnet werden, die gegen Gesetze ihres Ziellandes verstoßen, sei es durch das Fehlen oder die Fälschung oder das Auslaufen gültiger Aufenthaltsdokumente. Zum Straftatbestand des Verstoßes gegen die Aufenthaltsgesetze kommen oftmals Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung. Ungeachtet dessen kann man in den meisten reichen Industrieländern beobachten, dass nicht-registrierte Personen ohne Aufenthaltsstatus und Arbeitsgenehmigung von Arbeitsgebern herangezogen und beschäftigt werden, oftmals in einem an Sklaverei grenzenden Kontext. In besonderem Maße gilt dies für Prostituierte.

Naturgemäß ist die genaue Zahl dieser Personen auf dem Gebiet der Europäischen Union unbekannt, doch nach realistischen Schätzungen halten sich Millionen nicht-dokumentierter bzw. registrierter Personen

dieser Art in Europa auf. Die Gründe für ihre Migration sind Armut, Arbeitssuche, Bürgerkriege, politische Verfolgung und ökologische Faktoren, darunter wohl verstärkt die Auswirkungen des Klimawandels in Küstenregionen und Trockengebieten. Da die Europäische Union (genau wie die USA) hohe Mauern der Kontrolle und Abwehr gegen illegale Grenzübertritte aufgerichtet hat, sind Flüchtlinge auf professionelle Hilfe, also auf Schleuser und Menschenhändler, angewiesen.

Mit dieser Gruppe schließt sich der Kreis zur europäischen Kolonialgeschichte. Denn ein guter Teil der „Illegalen“ bzw. nicht-registrierten oder „irregulären“ Einwanderer entstammt Subsaharaafrika und anderen exkolonialen Regionen des Südens; sie entflohen unter oftmals katastrophalen Begleitumständen ökonomischem Elend, Bürgerkriegswirren, politischer Tyrannei und nicht zuletzt einer grassierenden Umwelt- und Klimakrise.

Embleme dieser Flucht, die oft über Tausende von Kilometern zu Fuß, auf überladenen Lkws, in unbelüfteten Containern und auf untauglichen Booten an die europäischen Enklaven in Afrika und die Strände Europas führt, sind weder „Gastarbeiter“ noch die „Kopftuchmädchen“ des deutschen Rechtspopulisten Thilo Sarrazin. Es sind vielmehr die Gestrandeten, die von den Küstenwachen aufgesammelt, in Internierungslager verbracht und nach Möglichkeit in die Heimatländer zurückexpediert werden. Das Mittelmeer ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Massengrab für Bootsflüchtlinge geworden. Dazu haben europäische Regierungen über Jahrzehnte hinweg einen schändlichen Deal mit arabischen Potentaten und Kleptokraten aufrechterhalten, die 2011 von der Demokratiebewegung hinweggefegt worden sind, ohne dass die Mit-

telmeerpolitik der EU daraus Konsequenzen einer Lockerung gezogen hätte. Europa hat gegen diesen „Wanderungsdruck“ versucht, Dämme aufzurichten und sich zur Festung auszubauen. Aber gerade solche Metaphern und Bilder befestigen die populistische Rede von der Immigrantenfut, die eine humanitäre Katastrophe kaschieren soll.

Der Löwenanteil der globalen Flüchtlings- und Migrationsbewegungen geht dabei an Europa vorbei, die meisten Flüchtlinge verbleiben in den ärmsten Regionen des Südens. Nach seriösen Schätzungen sind maximal 1,5 Prozent der europäischen Bevölkerung „Illegale“, die meisten davon haben nicht die Odyssee der „Boat People“ hinter sich, sondern es mit Hilfe von Schleppern und gefälschten Papieren als Touristen nach Europa geschafft, wo sie weiterhin als Arbeitskräfte hochwillkommen sind und schamlos ausgebeutet werden.

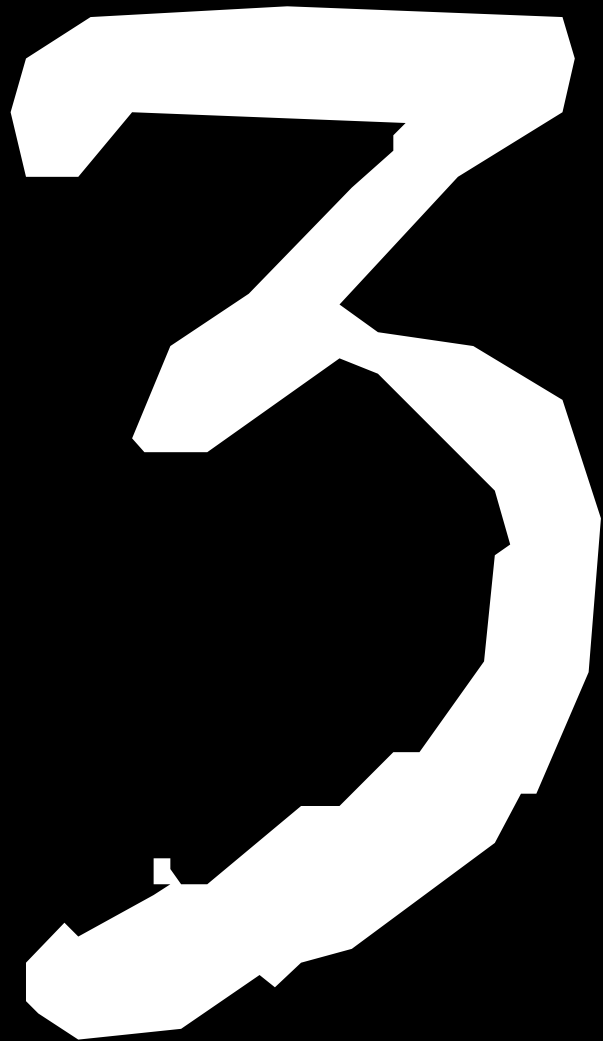
Staaten und Staatengemeinschaften wie die Europäische Union haben gewiss das Recht, Wanderungsbewegungen an ihren Grenzen zu registrieren und zu kontrollieren. Dieses Bemühen bricht sich aber an den Gegebenheiten des sozioökonomischen Gefälles zwischen reicher OECD-Welt und „dem Rest“ und verträgt sich schlecht mit einer Transnationalisierung, die auf der einen Seite Freizügigkeit für Waren und Kapital und eine den globalen Wirtschafts- und Finanztransaktionen bzw. Touristenströmen dienende Beweglichkeit postuliert, aber die Schotten dicht macht vor den Kehrseiten dieser Globalisierung.

Die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der damit nur noch semisouveränen Staaten sind geschrumpft, und in den reichen Gesellschaften stoßen sich soziale und politische Bewegungen zunehmend gegen den moralischen Skandal eines strikten Grenzregimes, das xenophobe Strömungen

mit umso drastischer werdender Rhetorik fordern. Genau deswegen haben wir es hier mit einer dritten Tabugruppe zu tun, die auf geradezu perfekte Weise eine Transnationalisierung (und Diaspora) symbolisiert, der den Sicherheit und Wohlstand verbürgenden Container der Nation sprengt und die Risiken ungeschützter Existenz vor Augen führt.

Im Licht dieser hier nur ganz grob skizzierten Wanderungsdimensionen wird die Migration von einem scheinbar peripheren zu einem ganz zentralen Gebiet im europäischen Erinnerungsraum. Die reichen Länder gieren aus ökonomischen Gründen nach (hoch-) qualifizierter Arbeitskraft aus dem globalen Süden, zugleich schotten sie sich auf sicherheitspolitischen Erwägungen und aus kultureller Überfremdungsangst ab. Dieser eklatante Widerspruch belastet jede Aufarbeitung und Würdigung der europäischen Migrationsgeschichte. Hypothetisch hatte ich eingangs drei symbolische Dimensionen benannt, die dafür verantwortlich sein könnten und die zugleich Eckpfeiler und Nachtseiten der kollektiven Identität Europas darstellen: die industrielle Arbeitsdisziplin, die Angst vor nichtsesshafter Bevölkerung und weißen Rassismus. Nicht nur aus akademischen Gründen wird es Zeit, diese Barrieren durch eine rationale und zugleich generöse Einwanderungspolitik aufzuheben.

Claus Leggewie ist Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts in Essen und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Gießen. Seit 2012 Kodirektor des Käte-Hamburger-Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“ an der Universität Duisburg-Essen.



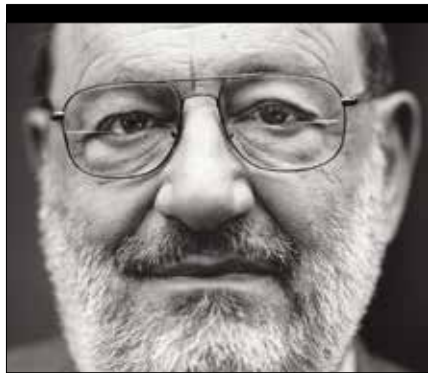
Kapitel 3: Einwanderungskontinent Europa

Mehr Heimat, weniger Hysterie

Europa, selbst Resultat eines mühsamen, teilweise gewaltbelasteten Weges von der Kleinstaaterei zur multinationalen Einheit, steht heute vor einer historischen Aufgabe: die Einbeziehung hunderttausender Zuwanderer. Wie kann der Kontinent von der Wirtschafts- und Finanzkrise zu einer inklusiven Zuwanderungspolitik und einem neuen europäischen Narrativ kommen, das Migranten miteinbezieht? Schriftsteller, Essayisten, Geschichtenerzähler und Künstler suchen nach Antworten.



Nichtkontrollierbares Naturphänomen Es hat große Ost-West-Migrationen gegeben, in deren Verlauf die Völker des Kaukasus sowohl die Kultur wie das biologische Erbgut der Eingeborenen gründlich verändert haben. Die Phänomene, die Europa heute noch als Fälle von Immigration zu behandeln versucht, sind indessen schon Fälle von Migration. Die Dritte Welt klopft an die Pforten Europas, und sie kommt herein, auch wenn Europa sie nicht hereinlassen will. *Von Umberto Eco*



Pot, verschiedene Kulturen existieren nebeneinander, von den Puerto Ricanern bis zu den Chinesen, von den Koreanern bis zu den Pakistani; einige Gruppen haben sich miteinander vermischt (wie Italiener und Iren, Juden und Polen), andere bleiben getrennt (in verschiedenen Vierteln, wo sie verschiedene Sprachen sprechen und verschiedene Traditionen pflegen), und alle treffen sich auf der Basis einiger allgemeingültiger Gesetze und einer allgemeingültigen Verkehrssprache, des Englischen, das jeder leidlich genug spricht, um sich verständigen zu können.

Ich gebe zu bedenken, dass in New York, wo die sogenannte „weiße“ Bevölkerung im Begriff ist, eine Minderheit zu werden, 42 Prozent dieser Weißen Juden sind und die verbleibenden 58 Prozent höchst unterschiedlicher Herkunft (darunter irische, italienische, hispanoamerikanische und polnische Katholiken), so dass die WASPs, die weißen angelsächsischen Protestanten, inzwischen in der Minderheit sind.

In Lateinamerika ist die Entwicklung von Land zu Land unterschiedlich verlaufen: Mal haben die spanischen Siedler sich mit den Indios vermischt, mal auch (wie in Brasilien) mit den Afrikanern, mal sind sogenannte kreolische Sprachen und Bevölkerungen entstanden.

Es ist oft schwer zu sagen, auch wenn man in rassistischen Blutsbegriffen argumentieren will, ob ein Mexikaner oder ein Peruaner eu-

ropäischer oder indianischer Herkunft ist, um nicht von einem Jamaikaner zu reden.

Nun, so ungefähr wird es auch in Europa kommen, und kein Rassist, kein reaktionärer Nostalgiker wird das verhindern können.

Ich denke, man sollte den Begriff „Immigration“ von dem der „Migration“ unterscheiden. Immigration liegt vor, wenn einige Individuen (es können auch viele sein, aber in statistisch unerheblicher Zahl verglichen mit dem ursprünglichen Stamm) sich aus einem Land in ein anderes begeben (wie die Italiener oder die Iren nach Amerika oder heute die Türken nach Deutschland). Immigrationsphänomene können politisch kontrolliert, begrenzt, gefördert, programmiert oder hingenommen werden.

Nicht so die Migrationen. Gleich ob sie gewaltsam oder friedlich daherkommen, sie sind wie Naturphänomene. Sie treten ein, und niemand kann sie kontrollieren. Migration liegt vor, wenn ein ganzes Volk aus einem Gebiet in ein anderes zieht (wobei es nicht relevant ist, wie viele von ihm im Ursprungsland bleiben, sondern wie radikal es die Kultur des Landes, in das es eingewandert ist, verändert). Es hat große Ost-West-Migrationen gegeben, in deren Verlauf die Völker des Kaukasus sowohl die Kultur wie das biologische Erbgut der Eingeborenen gründlich

„Es ist schwer zu sagen, ob ein Mexikaner oder ein Peruaner europäischer oder indianischer Herkunft ist, um nicht von einem Jamaikaner zu reden. Nun, so ungefähr wird es auch in Europa kommen, und kein Rassist, kein reaktionärer Nostalgiker wird das verhindern können.“

verändert haben.

Es hat die Migrationen der sogenannten „barbarischen“ Völker gegeben, die das Römische Reich überflutet und neue Reiche mit neuen Kulturen geschaffen haben, Mischkulturen, die dann eben „römisch-barbarisch“ oder „römisch-germanisch“ genannt worden sind. Es hat die europäische Durchdringung des amerikanischen Kontinents gegeben, einerseits von der Ostküste bis nach Kalifornien, andererseits von den karibischen Inseln und Mexiko bis nach Feuerland.

Obwohl sie zum Teil politisch programmiert war, spreche ich auch hier von Migration, weil die aus Europa gekommenen Weißen nicht die Sitten und die Kultur der Eingeborenen übernahmen, sondern eine neue Zivilisation gründeten, der sich sogar die Eingeborenen (soweit sie überlebten) angepasst haben. Es hat abgebrochene Migrationen gegeben, wie die der Völker arabischer Herkunft bis zur Iberischen Halbinsel.

Es hat Formen von programmierter und partieller, aber deshalb nicht minder einflussreicher Migration gegeben, wie die der Europäer nach Osten und Süden (aus der dann die sogenannten „postkolonialen“ Nationen entstanden sind), bei denen die Einwanderer ebenfalls die Kultur der autochthonen Bevölkerung verändert haben. Soweit ich sehe, ist bisher noch keine Phänomenologie der verschiedenen Arten von Migration erstellt worden, aber sicher sind Migrationen etwas anderes als Immigrationen.

Immigration haben wir nur, wenn die Immigranten (die aufgrund einer politischen Entscheidung aufgenommen worden sind) in großer Zahl die Lebensweise des Landes, in das sie einwandern, übernehmen. Migration dagegen haben wir, wenn die Hereinströmenden (die niemand an der Grenze aufhalten kann) die Kultur des Landes radikal verändern.

Vor einigen Jahren, als in Paris die Académie Universelle des Cultures gegründet wurde, die Künstler und Wissenschaftler aus allen Ländern der Welt versammelt, ist für diese Akademie eine Charta aufgesetzt worden. Und eine der einleitenden Erklärungen dieser Charta, die auch die wissenschaftlichen und moralischen Aufgaben der neuen Akademie definieren sollte, sagt voraus, dass wir in Europa im dritten Jahrtausend ein großes „Gemisch von Kulturen“ haben werden.

Wenn sich die Entwicklung nicht plötzlich umkehrt (und alles ist möglich), müssen wir uns darauf gefasst machen, dass es in Europa im nächsten Jahrtausend wie in New York oder in einigen lateinamerikanischen Ländern zugehen wird. In New York erleben wir die Negation des Konzepts vom Melting

Heute, nach einem 19. Jahrhundert voller Immigrationen, stehen wir vor ungewissen Phänomenen. In einem Klima großer Mobilität ist es sehr schwer zu sagen, ob bestimmte Phänomene solche der Immigration oder der Migration sind. Zweifellos gibt es einen unaufhaltsamen Strom von Süden nach Norden (aus Afrika und Nahost nach Europa), die Inder haben sich in Afrika und auf den pazifischen Inseln festgesetzt, die Chinesen sind überall, und die Japaner sind mit ihren industriellen und ökonomischen Organismen präsent, auch wenn sie nicht physisch in großen Massen herbeiströmen.

Ist es noch möglich, Immigration von Migration zu unterscheiden, wenn der ganze Planet zum Schauplatz sich überkreuzender Wanderbewegungen wird? Ich denke, ja: Immigrationen sind, wie ich schon sagte, politisch kontrollierbar, Migrationen nicht, sie sind wie Naturgewalten. Solange man es mit Immigrationen zu tun hat, können die Völker hoffen, die Immigranten in einem Getto zu halten, damit sie sich nicht mit den Einheimischen vermischen. Ist es Migration, dann hilft kein Getto mehr, und die Vermischung wird unkontrollierbar.

Die Phänomene, die Europa heute noch als Fälle von Immigration zu behandeln versucht, sind indessen schon Fälle von Migration. Die Dritte Welt klopft an die Pforten Europas, und sie kommt herein, auch wenn Europa sie nicht hereinlassen will.

Das Problem ist nicht mehr, zu entscheiden (wie die Politiker zu glauben vorgeben), ob in Paris Schülerinnen mit dem Tschador herumlaufen dürfen oder wie viele Moscheen man in Rom errichten soll.

Das Problem ist, dass Europa im dritten Jahrtausend – da ich kein Prophet bin, kann ich das Datum nicht präziser angeben – ein vierrassischer oder, wenn man lieber will, ein „farbiger“ Kontinent sein wird. Ob uns

das passt oder nicht, spielt dabei keine Rolle: Wenn es uns gefällt, um so besser; wenn nicht, wird es trotzdem so kommen.

Dieses Aufeinandertreffen (oder Zusammenstoßen) verschiedener Kulturen kann blutige Ergebnisse haben, und ich bin überzeugt, dass es sie in gewissem Maße haben wird, sie werden unvermeidlich sein und lange anhalten. Doch die Rassisten müssten eigentlich (theoretisch) eine aussterbende Rasse sein.

Hat es ein römisches Patriziatum gegeben, das nicht ertragen konnte, dass auch die Gallier und die Sarmaten und Juden wie Paulus cives romani werden durften und dass ein Afrikaner auf den Kaiserthron steigen konnte, wie es schließlich geschah?

Nun, dieses Patriziatum haben wir vergessen, es ist von der Geschichte besiegt worden. Die römische Zivilisation war eine Mischzivilisation. Rassisten werden sagen, eben deswegen sei sie zerfallen, aber das hat immerhin fünfhundert Jahre gedauert – ein Zeitraum, der, wie mir scheint, auch uns noch erlaubt, Projekte für die Zukunft zu machen.

Formen von Intoleranz

Gewöhnlich gelten Fundamentalismus und Integralismus als eng miteinander verbundene Begriffe und als die beiden evidentesten Formen von Intoleranz. Wenn ich zwei hervorragende Nachschlagewerke wie den „Petit Robert“ und das „Dictionnaire Historique de la Langue Française“ konsultiere, finde ich unter dem Stichwort „Fundamentalismus“ sofort einen Verweis auf den Integralismus. Was zu der Annahme verleitet, dass alle Fundamentalismen integralistisch seien und umgekehrt.

Aber auch wenn das richtig wäre, würde sich daraus nicht ergeben, dass alle, die into-

„Der moderne westliche Fundamentalismus entstand im 19. Jahrhundert in protestantischen Kreisen der USA und charakterisiert sich durch die Entscheidung, die Bibel wörtlich auszulegen, besonders im Hinblick auf ihre kosmologischen Vorstellungen, deren Wahrheitsgehalt die zeitgenössische Wissenschaft zu bezweifeln schien.“

lerant sind, Fundamentalisten und Integralisten seien. Zwar haben wir es derzeit mit vielerlei Formen von Fundamentalismus zu tun, und Beispiele für Integralismus finden sich überall, aber das Problem der Intoleranz liegt tiefer und ist gefährlicher.

Geschichtlich ist „Fundamentalismus“ ein hermeneutisches Prinzip, das mit der Auslegung einer heiligen Schrift zu tun hat. Der moderne westliche Fundamentalismus entstand im 19. Jahrhundert in protestantischen Kreisen der USA und charakterisiert sich durch die Entscheidung, die Bibel wörtlich auszulegen, besonders im Hinblick auf ihre kosmologischen Vorstellungen, deren Wahrheitsgehalt die zeitgenössische Wissenschaft zu bezweifeln schien. Daher die oft intolerante Ablehnung jeder allegorischen Auslegung und vor allem jeder Form von Erziehung, die das Vertrauen in den biblischen Text zu untergraben versuchte, wie es beim triumphierenden Darwinismus der Fall war.

Diese Form der fundamentalistischen Buchstabengläubigkeit ist schon alt. Bereits unter den Kirchenvätern gab es Debatten zwischen den Anhängern des Buchstabens und den Verfechtern einer eher elastischen Hermeneutik, wie sie Augustinus vertrat.

In der modernen Welt konnte der strikte Fundamentalismus jedoch nur protestantisch sein, da man, um Fundamentalist sein zu können, davon ausgehen muss, dass die Wahrheit durch die richtige Auslegung der Bibel zu finden ist. Im Katholizismus wird dagegen die richtige Bibelauslegung durch die Autorität der Kirche gewährleistet, und daher nimmt das Äquivalent des protestantischen Fundamentalismus dort allenfalls die Form des Traditionalismus an. Ich übergehe hier (und überlasse den Experten) die Untersuchung der Natur des muslimischen und des jüdischen Fundamentalismus.

Ist Fundamentalismus zwangsläufig intolerant? Gewiss auf der hermeneutischen Ebene, aber nicht unbedingt auf der politischen. Man kann sich durchaus eine fundamentalistische Sekte vorstellen, die überzeugt ist, dass ihre Mitglieder das Privileg der richtigen Bibelauslegung haben, und die trotzdem keinerlei Form von Proselytenmacherei betreibt, weder um die anderen zu zwingen, ihre Glaubensinhalte zu teilen, noch um für die Verwirklichung einer auf sie begründeten politischen Gesellschaft zu kämpfen.

Unter „Integralismus“ versteht man dagegen eine religiöse und politische Position, für welche die religiösen Prinzipien gleichzeitig das Modell des politischen Lebens und die Quelle der Gesetze des Staates werden müssen. Während der Fundamentalismus und der Traditionalismus im Prinzip konservativ sind, gibt es Integralismen, die sich als progressiv und revolutionär verstehen.

Es gibt katholisch-integralistische Bewegungen, die nicht fundamentalistisch sind, die sich für eine gänzlich an den religiösen Prinzipien inspirierte Gesellschaft einsetzen, ohne deswegen eine wörtliche Auslegung der Schrift zu verlangen, und die womöglich bereit sind, eine Theologie à la Teilhard de Chardin zu akzeptieren. Die Nuancen kön-

nen sogar noch feiner sein. Man denke nur an das Phänomen der Political Correctness in Amerika. Sie ist entstanden, um die Toleranz und die Anerkennung aller religiösen, rassistischen und sexuellen Unterschiede zu fördern, aber sie entwickelt sich immer mehr zu einem neuen Fundamentalismus, der in fast ritueller Weise die Alltagssprache durchdringt und sich zum Schaden des Geistes an den Buchstaben klammert.

Inzwischen darf man einen Blinden notfalls auch diskriminieren, solange man nur das Zartgefühl hat, ihn einen „Nichtsehenden“ zu nennen, und vor allem darf man diejenigen diskriminieren, die sich nicht an die Regeln der Political Correctness halten.

Und der Rassismus? Der nazistische Rassismus war zweifellos totalitär, und er nannte sich „wissenschaftlich“, aber seine Rassenlehre enthielt nichts Fundamentalistisches. Ein nichtwissenschaftlicher Rassismus wie derjenige der Lega Nord hat nicht die gleichen kulturellen Wurzeln wie der pseudowissenschaftliche (er hat in Wirklichkeit überhaupt keine kulturellen Wurzeln), aber er ist gleichwohl ein Rassismus.

Und die Intoleranz? Reduziert sie sich auf die Unterschiede und Verwandtschaften zwischen Fundamentalismus, Integralismus und Rassismus? Es hat auch Formen von nicht-rassistischer Intoleranz gegeben (wie die Ketzerverfolgung oder die Intoleranz der Diktaturen gegenüber ihren politischen Gegnern).

Intoleranz ist etwas sehr viel Tieferliegendes, es steckt an der Wurzel aller hier angesprochenen Phänomene. Fundamentalismus, Integralismus und pseudowissenschaftlicher Rassismus sind theoretische Positionen, die eine Doktrin voraussetzen. Intoleranz beginnt vor jeder Doktrin. In diesem Sinne hat sie biologische Wurzeln, sie äußert sich bei den Tieren als Kampf ums Territorium, sie gründet sich auf gefühlsmä-

ßige, oft oberflächliche Reaktionen – wir ertragen die Andersartigen nicht, weil sie eine andere Hautfarbe haben, weil sie eine uns unverständliche Sprache sprechen, weil sie Frösche, Hunde, Affen, Schweinefleisch oder Knoblauch essen, weil sie sich tätowieren lassen und so weiter. Intoleranz gegenüber dem Andersartigen oder Unbekannten ist beim Kind so natürlich wie der Instinkt, sich alles, was es haben will, einfach zu nehmen. Das Kind wird nach und nach zur Toleranz erzogen, so wie es zur Achtung des Eigentums anderer erzogen wird und davor noch zur Kontrolle des eigenen Schließmuskels.

Doch während die Kinder in der Regel zur Kontrolle ihres Körpers gelangen, bleibt Toleranz leider ein Problem der permanenten Erwachsenenbildung, denn im täglichen Leben ist man ständig dem Trauma der Verschiedenheit ausgesetzt. Die Forscher beschäftigen sich häufig mit den Doktrinen der Verschiedenheit, aber nicht häufig genug mit der vor jeder Doktrin angesiedelten wilden oder rohen Intoleranz, die sich jeder kritischen Definition und Wesensbestimmung entzieht.

Es ist jedoch nicht so, dass die Doktrinen der Verschiedenheit diese rohe Intoleranz hervorbrächten. Im Gegenteil, die Doktrinen machen sich einen bereits diffus vorhandenen Bodensatz von Intoleranz zunutze. Denken wir an die Hexenjagd. Sie ist kein Produkt der „dunklen Zeitalter“, sondern eines der Neuzeit.

Der „Malleus Maleficarum“ oder „Hexenhammer“ wurde sechs Jahre vor der Entdeckung Amerikas geschrieben, er ist ein Zeitgenosse des florentinischen Humanismus; die „Démonomanie des sorciers“ von Jean Bodin entstammt der Feder eines Renaissancemenschen, der nach Kopernikus schrieb. Ich will hier nicht erklären, warum die neuzeitliche Welt theoretische Rechtfertigungen für die Hexenjagd produziert.

Ich möchte nur daran erinnern, dass die Hexenlehre sich deswegen durchsetzen konnte, weil es bereits einen im Volk verbreiteten Glauben an die Existenz von Hexen gab. Dieser Glaube findet sich in der Antike (Horaz), im langobardischen „Edictum Rothari“, in der „Summa Theologica“ des Thomas von Aquin. Man rechnete mit den Hexen als einer alltäglichen Realität, so wie unser Strafbuch mit der Existenz von Handtaschenräubern rechnet. Ohne diesen Volksglauben hätte sich eine Doktrin des Hexenwesens und eine systematische Verfolgungspraxis nicht ausbreiten können.

Der „wissenschaftliche“ Antisemitismus kam im Laufe des 19. Jahrhunderts auf und wurde in unserem Jahrhundert zu einer totalitären Anthropologie und zur industriellen Praxis des Völkermords. Aber er hätte nicht entstehen können, wenn es nicht bereits seit Jahrhunderten, seit den Zeiten der Kirchenväter, eine antijüdische Polemik gegeben hätte und im einfachen Volk einen praktischen Antisemitismus, der überall dort sein Unwesen trieb, wo es Gettos gab. Die antijakobinischen Theorien über eine jüdische Weltverschwörung, die zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkamen, haben den volkstümlichen Antisemitismus nicht geschaffen, sondern nur einen bereits vorhandenen Hass auf die Andersartigen ausgebeutet.

Die gefährlichste Intoleranz ist genau die-

„Ich finde die Intoleranz von Bossis Lega Nord gefährlicher als die des Front National von Le Pen. Le Pen hat hinter sich immer noch Intellektuelle, die Verrat begangen haben, während Bossi nichts anderes hat als rohe Triebe.“

jenige, die ohne jede Doktrin oder Theorie allein aufgrund elementarer Triebe entsteht. Deswegen kann sie nicht mit Vernunftargumenten kritisiert und aufgehalten werden. Die theoretischen Grundlagen von Hitlers „Mein Kampf“ lassen sich mit einer Reihe von ziemlich elementaren Argumentationen widerlegen, aber wenn die Ideen, die das Buch propagierte, überlebt haben und jeden Einwand überleben werden, dann deshalb, weil sie sich auf eine rohe Intoleranz stützen, die gegen jede Kritik immun ist.

Ich finde die Intoleranz von Bossis Lega Nord gefährlicher als die des Front National von Le Pen. Le Pen hat hinter sich immer noch Intellektuelle, die Verrat begangen haben, während Bossi nichts anderes hat als rohe Triebe.

Man sehe nur, was in Italien vor einigen Jahren geschah, nachdem in kaum mehr als einer Woche zwölftausend Albaner ins Land gekommen waren. Offiziell und öffentlich war nur von Aufnahme aus humanitären Gründen die Rede, und der größte Teil derer, die diesen Exodus stoppen wollen, weil er unerträglich werden könnte, führt ökonomische und demographische Argumente an, nicht etwa rassistische. Aber alle Theorie wird zunichte vor der schleichenden Intoleranz, die jeden Tag mehr um sich greift. Die rohe Intoleranz gründet sich auf einen kategorialen Kurzschluss, den sie jedem zukünftigen Rassismus als Leihgabe anbieten kann: Wenn einige der in den letzten Jahren nach Italien gekommenen Albaner Diebe und Prostituierte geworden sind (was stimmt), dann sind alle Albaner potentielle Diebe und Prostituierte.

Dieser Kurzschluss ist umso schrecklicher, weil er für jeden von uns eine ständige Versuchung darstellt – es genügt, dass uns auf dem Flughafen eines beliebigen Landes der Koffer gestohlen worden ist, und schon behaupten wir, dass man den Bewohnern je-

nes Landes nicht trauen dürfe. Noch einmal, die schlimmste Intoleranz ist die der Armen, die immer die ersten Opfer der Verschiedenheit sind. Unter den Reichen gibt es keinen Rassismus. Die Reichen haben höchstens die Doktrinen des Rassismus produziert, die Armen produzieren seine Praxis, die viel gefährlicher ist.

Die Intellektuellen können gegen die rohe Intoleranz nichts ausrichten, denn vor dem rein Animalischen, das kein Denken kennt, ist das Denken wehrlos.

Und wenn sie gegen die doktrinale Intoleranz kämpfen, ist es zu spät, denn sobald die Intoleranz zur Doktrin gerinnt, ist sie nicht mehr zu besiegen, und die es tun müssten, werden zu ihren ersten Opfern.

Und doch liegt hier die Herausforderung. Erwachsene Menschen, die aus ethnischen und/oder religiösen Gründen aufeinander schießen, zur Toleranz erziehen zu wollen, ist Zeitvergeudung. Zu spät. Die rohe Intoleranz muss an der Wurzel bekämpft werden, durch eine permanente Erziehung, die im zartesten Alter beginnt, bevor sie zu einer Doktrin gerinnt und bevor sie eine zu dicke und harte Verhaltenskruste wird.

Aus dem Italienischen von Burkhart Kroeber

Umberto Eco, Jahrgang 1932, ist Schriftsteller, Kolumnist, Philosoph und Medienwissenschaftler. Sein umfassendes Werk reicht von der „Geschichte der Schönheit“ bis zum Roman „Der Name der Rose“, durch den er zu Welt-ruhm gelangte. Der vorliegende Beitrag ist anlässlich seines Buches „Vier moralische Schriften“ entstanden, das auf Deutsch im Münchner Carl Hanser Verlag erschienen ist.

Inklusion statt Hysterie Der aktuelle Erfolg rechtspopulistischer Parteien führt den Trend zur Renationalisierung in Europa vor Augen. Und nun soll, nein, muss dieses diffuse wie mäßig populäre europäische Identitätsgefühl noch bereichert werden um eine Vorstellung von Europa, die Migranten stärker inkludiert. Leicht wird diese Aufgabe nicht sein, aber es gibt keine andere Möglichkeit, als für Europa eine Identität als Einwanderungsgesellschaft zu kreieren, so wie dies vormals in den USA, in Kanada und Australien geschehen ist. *Von Tanja Dückers*



Mit der Vorstellung, nicht nur eine nationale, sondern auch eine „europäische Identität“ zu besitzen, tun sich viele Europäer schwer – auch wenn das Thema „Europäische Identität“ im öffentlichen Diskurs spätestens seit der EU-Osterweiterung omnipräsent ist. Eine Erinnerung an eine Dienstreise aus dem Jahr 2005 soll hierfür ein Beispiel geben: Ich hatte damals von der „Zeit“ den Auftrag erhalten, vom Weltjugendtag in Köln zu berichten. Papst Benedikt XVI. gerade erst zum Kirchenoberhaupt gewählt, war zu diesem Ereignis zum ersten Mal in seiner Amtszeit nach Deutschland gereist.

Dass ich auf dem Weltjugendtag mehr über Nationalismen und die Haltung zu Europa erfahren sollte als über den auf dem Weltjugendtag ziemlich im Hinter-

grund agierenden Papst und den Stand des Christentums heute, war mir vorher nicht bewusst. Jenseits aller christlichen Ideale von Gleichheit, Demut und Bescheidenheit drängte in Köln die Bedeutung von Identität und Nationalbewusstsein mit ungestüm-jugendlicher Vehemenz in den Vordergrund, war das beherrschende Erlebnis. Die Stimmung war nicht anders als beim Public Viewing während einer WM: Hier skandierten junge Leute mit riesigen blau-weiß-roten Fahnen „Vive la France“, dort stimmbruchlastig „Bella Italia!“, weiter hinten grölte eine Hundertschaft unter einem rot-weißen Fahnenmeer: „Polska!“ Man winkte sich mit den Fahnen zu, man hüllte sich von Kopf bis Fuß in sie ein, man trug Stirnbänder mit dem nationalen Erkennungszeichen.

Neben der unübersehbaren Bedeutung nationaler Identität für die globalen Pilger fiel auch die Tendenz zum Partikularen, zum Regionalspezifischen auf: Wer aus Bayern kam, hielt die bayerische und nicht die deutsche Fahne hoch, wer aus Krakau angereist war, schrieb „Kraków“ auf seine Polen-Fahne.

Auf einmal entdeckte ich inmitten dieses Fahnenmeers etwas Seltenes, eine rare Spezies: Gelbe Sterne auf nachtblaue Grund, kaum vom funkelnden Abendhimmel über Köln zu unterscheiden, schüchtern zwischen all dem „Stars and Stripes“, dem

„Ordem e Progresso“, dem Rot-Weiß und dem Schwarz-Rot-Gold: – einsam wehte da die Europa-Flagge. Unter Hunderttausenden von Flaggen sah ich – im Jahr der EU-Osterweiterung (2004) – nur diese eine Europa-Flagge. Die Hüter des Schatzes waren Franzosen. Ich sprach sie an: „Ihr seid hier die einzigen mit einer Europa-Flagge...“ „Ja, niemand weiß hier, woher wir kommen, das ist schon ein Problem. Alle gucken uns blöd an, manche sagen auch Doofes zu uns über die EU, aber ehrlich gesagt: Wir mögen die europäische Idee.“ Dem folgte ein ängstlicher Blick über die Schulter, ob irgendjemand hören könnte, was sie hier so Ketzerisches von sich gaben.

Wirklich geändert hat sich in der letzten Dekade hinsichtlich der Popularität der europäischen Identität nichts. Im Gegenteil: Das Erstarken rechtsextremer Parteien bei der letzten Europawahl im Mai 2014 zeigte deutlich den Trend zur Renationalisierung. Und nun soll, nein, muss dieses ebenso diffuse wie mäßig populäre europäische Identitätsgefühl auch noch bereichert werden um eine Vorstellung von Europa, die Migranten und andere stärker inkludiert. Leicht wird diese Aufgabe nicht sein, aber es gibt keine andere Möglichkeit, als sowohl für Deutschland als auch für Europa eine Identität als Einwanderungsland, Einwanderungskontinent zu kreieren, so wie vormals die USA, Kanada und Australien ein Selbstbild als Einwanderungsländer von sich gepflegt haben.

Doch bevor ich über einen erweiterten europäischen Identitätsbegriff spreche: Dass Deutschland ein Einwanderungsland und Europa ein Einwanderungskontinent geworden ist, ist bei vielen Bürgern noch nicht angekommen. Dabei ist Deutschland aufgestiegen in die erste Liga der Einwanderungsländer. Diese Unkenntnis und Ab-

lehnung ist derzeit die größte Hürde in der Etablierung einer europäischen Identität, die Migranten miteinschließt: Die Aussage „Zuwanderer, die hier leben, bedrohen meine persönliche Lebensweise und meine Werte“ stößt bei vielen Europäern auf Zustimmung, wie eine kürzlich veröffentlichte Studie („Die Abwertung der Anderen“) der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) belegt. Das Ergebnis der FES-Studie: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, abwertende Einstellungen und Vorurteile gegenüber als „fremd“ oder „anders“ empfundenen, ist in Europa weit verbreitet. In den Niederlanden stießen die abwertenden Aussagen auf die niedrigsten Zustimmungswerte, in Polen und Ungarn auf die höchsten.

Für Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Rassismus ermittelt die FES-Studie nur geringfügige Unterschiede zwischen den Ländern. Die Europäer vereint offenbar die Ablehnung von Fremden: „Rund die Hälfte aller europäischen Befragten ist der Ansicht, es gebe zu viele Zuwanderer in ihrem Land“, heißt es in der Studie.

Rund die Hälfte verurteilt den Islam zudem pauschal als Religion der Intoleranz. Selbst in den osteuropäischen Ländern, in denen der Anteil der Muslime an der Bevölkerung gering ist, herrschen Vorurteile und Ablehnung. Der Islam steht unter Generalverdacht. Vor allem in Deutschland und Polen erklärt eine Mehrheit, dass der Islam nicht mit der eigenen Kultur kompatibel sei. Nach dem schrecklichen Anschlag in Paris wird sich diese Tendenz vermutlich europaweit verstärken.

Ein weiteres Beispiel liefert der Umgang mit Flüchtlingen. Einen Vorgeschmack bot schon die Flüchtlingsdebatte im Zusammenhang mit den Revolten in den ara-

bischen Staaten. Die Migranten, die in Italien landeten, lösten hysterische Diskussion darüber aus, ob in Bayern und Österreich wieder Grenzkontrollen erfolgen sollten. Bei der Migrationsdebatte setzt sich die Renationalisierung der europäischen Politik fort, die sich seit Beginn der Währungs- und Finanzkrise abzeichnet. Immer mehr pochen die EU-Regierungen auf ihre jeweiligen nationalen Interessen – oder was sie im Zweifelsfall dafür halten. Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen, kommt vor Wahlen gut an – und irgendwo sind immer Wahlen in Europa.

Einer der wenigen Politiker, die sich positiv und zukunftsgerichtet über die Zuwanderung äußerten, ist der deutsche Außenminister. Frank-Walter Steinmeier sagte auf einem Podium im Berliner Gorki-Theater, dass Deutschland sich nun endlich als Einwanderungsland begreifen und seine Identität um dieses Faktum bereichern müsse.

Vielen Bürgern ist nach wie vor nicht klar, dass Immigration für Deutschland unvermeidlich ist. So schrieb der Wirtschaftsressortchef der deutschen „Welt“-Verlagsgruppe, Olaf Gersemann, in seinem im vergangenen Herbst erschienenen Sachbuch „Die Deutschland-Blase. Das letzte Hurra einer großen Wirtschaftsnation“, dass Deutschland pro Jahr 400.000 Zuwanderer aufnehmen müsse, um seine Bevölkerungszahl stabil halten zu können.

Doch in der Etablierung eines positiven Selbstbildes als Einwanderungskontinent liegt für Europa nicht nur eine ökonomisch-

„Dass Europa ein Einwanderungskontinent geworden ist, ist bei vielen Bürgern noch nicht angekommen.“

demographische Notwendigkeit, sondern auch eine identitätsbildende Chance: Wir haben in den vergangenen Jahren gemerkt, dass allzu bemühte Versuche, eine nationale oder eine europäische Identität, die sich aus einzelnen Eigenschaften („Christ“, „Demokrat“ etc.) konstruieren lässt, nicht überzeugend ist. Auch wenn es immer einige Verirrte gibt, die versuchen, daran festzuhalten. Es sei hier an die unselige deutsche Leitkultur-Debatte erinnert, im Zuge derer darüber gestritten wurde, ob das Christentum nun identitätsstiftend für Deutsche sei oder nicht.

Es wurden Trennlinien zwischen Christen und Muslimen gezogen, vollkommen ungeachtet der Tatsache, dass sich in Deutschland mittlerweile fast die Hälfte der Menschen von den christlichen Kirchen abgewandt hat. Und ungeachtet vom Lebensstil religiöser Menschen: Ein strenger Katholik hat möglicherweise hinsichtlich von Wert- und Moralvorstellungen viel mehr mit einem tiefgläubigen Muslim gemeinsam als mit seinem atheistischen Nachbarn, der ständig auf Technopartys geht. Die Leitkulturdebatte war soziologisch betrachtet armselig, und es wundert nicht, dass sie zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt hat: In den grob pauschalisierenden Schemata hat sich letztendlich kaum ein deutscher Bundesbürger wiedergefunden.

Darüber hinaus hat es zahlreiche Versuche gegeben, eine europäische Identität über Abgrenzung zu konstruieren. In Erinnerung gerufen werden soll hier die im „Spiegel“ geäußerte Vorstellung des Schriftstellers Durs Grünbein, die Europäer seien an sich friedliebender und zivilisierter als die Amerikaner. Mit einem Blick auf das 20. Jahrhundert fällt die Vorstellung der friedlichen Europäer wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Auch der äußerst brutal geführte

jugoslawische Bürgerkrieg, in dem Männern zum Teil die Hoden abgeschnitten oder sie gezwungen wurden, aus Benzinkanistern zu trinken, hielt Grünbein nicht von seiner Diagnose der zivilisierten Europäer ab.

Auf nicht wenigen Tagungen und Konferenzen musste man sich anhören, was die Welt von Europa lernen könne und warum Europa der Hort der Demokratie, der Menschenrechte und der Toleranz sei. Während dieser selbstgefälligen Diskussionen wurden gerade anderswo in Europa griechischen Rentnern die letzten Euros weggenommen, wurden Nordafrikaner in Spanien beinahe zu Tode geprügelt, Slowenen in Italien aus Vereinen ausgeschlossen, weil sie keine Italiener sind, wurde türkischen Mitbürgern in Berlin der Mietvertrag für ein Gartenhäuschen in einer Kolonie verweigert, wurden deutsche Gastarbeiter in der Schweiz lächerlich gemacht, und so weiter.

Andere sogenannte öffentliche Leitfiguren stimmten der aus Amerika stammenden, griffigen, schlicht-dualistischen These zu, die Amerikaner würden vom Mars sein, die Europäer von der Venus. Gleiches wurde auch schon über Männer und Frauen behauptet, was die Dürftigkeit dieser Vorstellung noch deutlicher macht.

Die Neigung der Europäer, sich nur dann als Europäer zu fühlen, wenn man andere (Amerikaner, Chinesen, Russen...) kritisieren kann, zeugt von einem großen Wunsch nach einem Identitätsgefühl, das offenbar kaum vorhanden ist.

Was bedeutet es nun für die labile europäische Identität, wenn sie noch um eine Facette erweitert wird? Es bedeutet zunächst, dass stärker Abstand von „Wir-sind-nicht“-Definitionen genommen werden muss. Exkludierende Identitäten „Wir sind nicht Muslime, nicht Inder, nicht Afrikaner etc.“ werden noch weniger plausibel und wahr sein.

Berufen muss sich Europa stattdessen auf seinen Platz in der Welt als Hub, als Drehkreuz zwischen Ost und West, als internationaler Handels- und Umschlagsplatz, als Melting Pot. Europa war schon immer eine Region des regen Handels, des Vielvölker austauschs, der Erfindungen durch den Kontakt mit Anderen und auch der kriegerischen Auseinandersetzungen. Es gibt keine Gegend in der Welt, in der so viele von der Fläche her kleine Länder eng beieinander liegen, es gibt keine Region, die durch ihre Geographie so kleinteilig, kleinflächig und ineinandergreifend ist. Europa ist nach Australien der kleinste Kontinent und eine in Bezug auf die Fläche besonders dicht besiedelte Region der Erde, wenn man einmal von Nordskandinavien oder dem zentralspanischen Hochland absieht.

Es hat keinen Sinn, die Europäer zu friedfertigen Menschen umzuinterpretieren, ehrlicher wäre es, Europas äußerst kriegerische Vergangenheit als bittere Wahrheit anzuerkennen.

Hub und Drehkreuz zwischen Ost und West

Dass die Europäer sich schwer damit tun, eine europäische Identität festzulegen, kann nicht verwundern. Zu viele Einflüsse haben allein historisch (man denke an die Mauren in Spanien oder die über ein halbes Jahrtausend währende türkische Herrschaft in Bulgarien) den Kontinent geprägt. Mit ausschließenden Begriffen trifft man nur geschichtliche Falschaussagen. Europa kann sich nur als reger, unruhiger Marktplatz der Welt, als Vielvölkerstaat, begreifen, kann nur einem nomadisierenden Nationalismus vertreten. Der Europäer ist, wenn er diese Offenheit bei sich selbst zulässt und nicht

wie die PEGIDA-Anhänger, die in Ostdeutschland gegen den Islam demonstrieren, aus Angst verleugnet, dann qua Geburt ein Multikulturalist.

Es war der kürzlich verstorbene deutsche Soziologe Ulrich Beck, der als einer der ersten den Europäer als Kosmopolit gedacht hat: Nach Beck – und auch Jürgen Habermas – ist Europa von der Konzeption her das fortschrittlichste politische Gebilde in einer Welt zwischen nationalistischen Rückbesinnungen und überall sichtbaren, wirtschaftlich forcierten Globalisierungs- und Entgrenzungspänomenen. Doch für Beck bedeutete Europa nicht das Ende der alten Nationalstaaten. Er meinte, das neue Europa werde das alte in sich bergen und zugleich sanft verändern. Das Eine – die transnationale Identität – schließt das Andere – die Herkunftsidetität – nicht aus.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen über das Beck'sche Matroschka-Prinzip („die europäische Identität beherbergt die nationale Identität, die nationale Identität beherbergt die regionale Identität“) hinaus. Und hier schließt mein Begriff vom „nomadisierenden Nationalismus“ an. Dieser Begriff deutet zunächst an, dass die Europäer historisch betrachtet fast überall in einem Gebiet multipler kulturell-ethnischer Differenzen aufgewachsen sind.

Der nomadisierende Nationalismus ist nicht zu verwechseln mit Antinationalismus.

„In der Etablierung eines positiven Selbstbildes als Einwanderungskontinent liegt für Europa nicht nur eine ökonomisch-demografische Notwendigkeit, sondern auch eine identitätsbildende Chance.“

Während der Antinationalismus zwar sympathisch daherkommt, aber den Menschen eher etwas wegnimmt als etwas schenkt, bereichert der nomadisierende Nationalismus. Er bedeutet, dass ich – und ich spreche jetzt tatsächlich von meiner eigenen Person – stolz auf den „rheinischen Humor“ (aus dem deutschen Rheinland) bin, den mein Vater in unsere Familie gebracht hat. Wenn ich im Münsterland bin, nehme ich meine mütterlich-westfälische Seite wahr und vertrete, zurück in meiner Heimatstadt Berlin, mit Verve Pumpernickel (eine Art Schwarzbrot) und andere westfälische Spezialitäten.

Ein Teil meiner Identität beruht auf rheinischen und westfälischen Wurzeln. Ich bin aber in Berlin geboren und aufgewachsen, später ein Jahr in den USA zur Schule gegangen. Ich habe die Geschichte Berlins immer als faszinierend empfunden. Filme, die Berlin in Trümmern zeigen, tun mir beinahe physisch weh, so sehr identifiziere ich mich mit meiner Heimatstadt.

Doch seitdem ich in den USA gelebt habe, kann ich Enge nicht gut ertragen, habe die Sehnsucht nach Weite und Licht übernommen. Und zum Frühstück gibt es öfter Toastbrot mit Erdnussbutter und Marmelade. Scheinbar Banal-Kulinarisches steht neben weniger Banalem: Ich ertrage undifferenzierten Antiamerikanismus nicht – schon gar nicht von Menschen, die nie einen Blick in die amerikanische Verfassung geworfen haben, oft das Land nicht einmal kennen.

Ich bin gegen die NSA-Affäre vors Bundeskanzleramt gezogen und habe dort demonstriert und verstehe mich doch als linke Transatlantikerin. Später habe ich noch in einigen anderen Ländern gelebt, vornehmlich in Osteuropa, aber auch in Spanien. Doch so viele Auslandserfahrungen sind keinesfalls notwendig, um einen nomadisierenden Nationalismus zu pflegen. Es reicht

die Klassenfahrt, die Urlaubsreise, die Brieffreundin, der Chatpartner, manchmal auch nur die Vorstellung von einem Land (denn Nationalismus ist immer höchst subjektiv und irrational), um zu einem erweiterten Identitätsverständnis zu gelangen.

Der nomadisierende Nationalist ist kein postmoderner Anything-goes-Mensch. Er baut nicht in eklektizistischer Manier Scheinwelten zusammen, sondern sucht sich aus, worauf er – nur er, als Individuum – stolz sein möchte, was ihm an unterschiedlichen Ländern, in denen er gelebt oder die er besucht hat, imponiert. Und diese Dinge geraten ihm als innere Leitlinie.

Kein Nationalismus gleicht dem eines anderen Menschen. Ein Zuwanderer liebt nicht die politischen Verhältnisse in Eritrea, nur weil er aus Eritrea stammt und lange Zeit nichts Anderes gekannt hat. Von diesem Gewohnheitsdenken versucht er sich zu lösen. Aber er muss die deutsche Küche auch in dreißig Jahren noch nicht so mögen wie die eritreische.

Er kann sich daran gewöhnen, mit Messer und Gabel zu essen, aber eigentlich isst er sein warmes Gemüsefladenbrot lieber mit den Händen. Er ist kein Nihilist, dem kollektive Werte, Errungenschaften oder Leistungen nicht interessieren, vielmehr verteidigt er bestimmte Qualitätsmerkmale einer Region oder eines Landes vor anderen Menschen. Aber er ist in seiner Entscheidung darüber, was er für zugehörig zu sich hält, nicht an seinen Pass gebunden, nicht an seinen Wohnort und an keine Landesgrenzen.

Mit solch einem weltoffenen Verständnis von nationaler Identität können sich auch Migranten hier zuhause fühlen. Allerdings setzt es von ihnen voraus, offen zu sein, den eigenen Identitätsbegriff erweitern, modulieren zu können und zu wollen. Natürlich kann man in Europa praktisch wie identitär

auf einer einsamen Insel beziehungsweise in einer Parallelgesellschaft leben. Aber die Abgrenzung kostet Kraft, bedeutet Isolation und kulturelle Selbstverarmung.

Die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, zu der natürlich auch die Renationalisierung und der neue Rückzug in die Provinz gehören, lässt sich nicht leugnen: Hierzu schreibt die Frankfurter Politikwissenschaftlerin und Journalistin Antje Schrupp in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Die Diversifizierung des Menschenbildes vollzieht sich [...] nicht nur entlang der Geschlechterdifferenz, sondern auch entlang anderer demografischer Merkmale wie dem Alter oder der Religion, der sexuellen Identität, der Körperformen und so weiter. Bei allen diesen Aspekten gibt es ein starkes Bedürfnis der bislang Unsichtbaren, der ehemals Marginalisierten, endlich gesehen und in ihrer Differenz anerkannt zu werden. Sie wollen in der Öffentlichkeit präsent sein, benannt und berücksichtigt werden. Dicke Menschen stellen Fotos von sich ins Internet und bloggen über ihre Körpererfahrungen, Musliminnen tragen häufiger als früher Kopftücher, alte Menschen verheimlichen nicht mehr ihr Alter, Schwule und Lesben heiraten und feiern ihre Liebe öffentlich.“

Der fortschreitenden Diversifizierung des Menschenbildes schließt sich ein individualisierter oder nomadisierender Nationalismus, der, weil er nicht auf eine homogene Gruppe rekurriert, weder ein- noch ausschließen kann, kongenial an. Trotz aller Anerkennung von großen und kleinen

„Mit einem weltoffenen Verständnis von nationaler Identität können sich auch Migranten hier zuhause fühlen.“

Unterschieden gibt es dennoch einige Begriffe, auf die sich Europa in toto, jenseits der von mir skizzierten Eigenschaften als Hub, Drehkreuz und Handelsplatz, einigen kann und die Teil eines weltoffenen, kollektiven europäischen Nationalgefühls sein können. Um jetzt nicht alle historisch verbindenden Erfahrungen von der Renaissance bis zum Dreißigjährigen Krieg zu referieren, konzentriere ich mich hier auf das 20. und 21. Jahrhundert: Die gemeinsame Erfahrung vom Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie vom Holocaust sind prägende kollektive Erlebnisse für alle Europäer.

Die bipolare Weltordnung zu Zeiten des Kalten Kriegs ist, wenngleich auf unterschiedliche Weise, von West-, Mittel- und Osteuropäern ebenfalls erlebt und erlitten worden. Das Gleiche gilt für den Mauerfall und die Aufhebung der Trennlinie, die durch Europa führte. Bis auf Weißrussland sind alle europäischen Länder Demokratien (es ist die Frage, ob man Russland zu Europa zählen möchte – das politische System Russlands kann als autoritärer Staat oder, vergleichsweise euphemistisch, als gelenkte Demokratie bezeichnet werden). Dies ist eine zentrale identitätsstiftende Gemeinsamkeit. Ferner haben, bis auf Weißrussland, alle europäischen Länder die Todesstrafe abgeschafft (dies ist nicht a priori ein Signum von Demokratien) und pflegen zumindest auf Gesetzesebene eine minderheitentolerante Politik.

Und: In Europa herrscht – mit Einschränkung – eine Trennung von Staat und Religion vor. Auch wenn hier noch einiger Reformbedarf besteht und z.B. der deutsche Staat immer noch für die christlichen Kirchen die Steuern eintreibt, Religionslehrer und kirchliche Kindertagesstätten bezahlt, Bistümer unterhält und so weiter. Diese wenigen, aber äußerst wichtigen Übergrei-

fenden Merkmale der europäischen Staaten müssen von Migranten zumindest anerkannt werden, um sich ihrerseits zugehörig zu fühlen.

Es ist zu hoffen, dass sich möglichst viele Europäer der Idee eines migrantenfreundlichen Kontinents öffnen und an einer europäischen Identität gestaltend mitwirken, die begrifflich und mental nicht zu eng gefasst ist, um auch Menschen von anderen Kontinenten prinzipiell die Chance zu geben, sich hier identitär zugehörig fühlen zu können – als Europäer im Sinne eines nomadisierenden Nationalismus.

Tanja Dückers lebt als Schriftstellerin, Essayistin und Journalistin in Berlin. Sie erhielt zahlreiche Aufenthaltsstipendien für Schriftsteller und Einladungen an ausländische Bildungseinrichtungen, die sie unter anderem nach Kalifornien (Villa Aurora), Pennsylvania (Allegheny-College, Meadville), Prag (Stiftung Brandenburger Tor sowie Literarny Dum Praha), Krakau (Villa Decius), Gotland (Baltic Centre for Writers and Translators), Bristol (University of Bristol), Belgien (Het-Beschrijf-Literaturverein in Brüssel), Sylt (Syltquelle-Stipendiatin), in die Ukraine (DAAD), nach Zypern (Allianz-Kulturstiftung) und nach Siebenbürgen (Grenzgänger-Stipendium der Robert Bosch Stiftung) führten. Ihre zuletzt erschienenen Bücher sind „Fundbüros und Verstärcke“ (2012), „Achter Mai“ (2012) und „Hausers Zimmer“ (2011).

Beklopte Welt – ich distanzieren mich

Neuerdings soll man sich von Gräueltaten distanzieren. Das lese ich jetzt häufiger. Man schlägt die Zeitung auf und wieder fordert ein Journalist, dass sich bestimmte Gruppen unmissverständlich distanzieren sollen. Zum Beispiel vom Kopfab schneiden, wie es die Terrormiliz „Islamischer Staat“ handhabt. Meistens handelt es sich bei den zu distanzierenden Gräueltaten um solche, die von Islamisten begangen werden. Zu distanzieren hätten sich die Muslime. Obwohl Islamisten zur Gruppe der Islamisten gehören und Muslime zur Gruppe der Muslime, fordert nie jemand Islamisten dazu auf, sich von islamistischen Gewalttaten zu distanzieren. Es gibt auch Islamisten, die Gewalt ablehnen. Islamisten, die Islamismus als Staatsform in Gesetze und Regularien manifestieren wollen. Davon gibt es in dem einen oder anderen Staat ganz schön viele. Mit einigen dieser Islamisten hat unsere Bundesregierung übrigens diplomatische Beziehungen. Weil, so lange sie keine Köpfe abschneiden und Geld haben um unsere Güter und Waffen zu kaufen... Jedenfalls werde ich nie verstehen, warum sich Muslime von Islamisten zu distanzieren hätten. Denn Muslime sind Gläubige und Islamisten sind politische Terroristen, also Kriminelle. Die Ideologie hinter der kriminellen Tat besteht immer aus einem konstruierten Weltbild. Die Konstruktion, also das Zurechtbiegen der eigenen Tat, um die Schuld moralisch zu rechtfertigen, beziehungsweise die Frage der Schuld gar nicht erst aufkommen zu lassen, ist ja das Wesen der Kriminalität. Wäre es denkbar, dass sich sämtliche Männer von den Taten, wie sie der „Islamische Staat“ begeht, distanzieren? Denn Kopfab schneiden wird immer von Männern ausgeführt. Terror wird fast ausschließlich von Männern begangen.

Die Forderung nach Distanzierung ist natürlich eine neue Form des Rassismus. Denn nun sind unbescholtene Bürger nur noch dann unbescholtene Bürger, wenn sie sich fortwährend distanzieren. Andernfalls ist davon auszugehen, dass sie heimlich Grausamkeit und Verbrechen gegen die Menschlichkeit befürworten. Hinter jedem Klingelschild, wo Yilmaz oder Yildirim steht, wohnt ein Bürger, der sich nicht lautstark distanziert hat. Es sei denn, wie neulich. Als gläubige Muslime auf der Straße in Berlin gebetet haben. Als Zeichen gegen ihre Distanzierung von Grausamkeiten, wie sie der „Islamische Staat“ begeht und gleichzeitige Bitte um Solidarität, wenn auch sie mal von Grausamkeit betroffen sind. Wann ist das passiert? Dass aus Mitbürgern und Nachbarn Verdächtige werden können? Die Besuch von Regierungsvertretern bekommen, weil sie sich so brav distanzieren (und vor aller Augen in den Staub werfen, pardon, aus den „dunklen Hinterhöfen“ heraus krochen und auf der Straße „gegen Terror und Rassismus“ beteten). Beklopte Welt! Ja, die Distanzierung ist ein kompliziertes Geschäft. Und gleichzeitig eine Modeerscheinung. Sicher dauert es nicht mehr lange und auch ich werde aufgefordert, mich zu distanzieren. Wo ich doch eine unbescholtene, brave und staatsreue Kolumnistin bin. Hiermit distanzieren mich fürsorglich und präventiv von künftigen Gräueltaten. Sollte mein Kollege Harald Martenstein jemals etwas schreiben, was mit der freiheitlichen Grundwerteordnung unseres Landes nicht übereinstimmt, distanzieren mich unmissverständlich von ihm und werde als Zeichen meiner Distanzierung meine Freitagskolumne auf der Straße schreiben statt in meiner Hinterhofschreibstube. Vielleicht besucht mich

dann unser neuer Berliner Kulturstaatssekretär Tim Renner oder Frau Professorin Monika Grütters, Staatsministerin für Kultur und Medien, für ein gemeinsames Foto am bundesweiten Aktionstag „Kolumnen gegen Terror und Rassismus“, zu dem ich hiermit aufrufe. Ich finde, dass sich alle Fleischesser von den Gräueltaten der Fleischindustrie distanzieren sollen. Denn alle Gewalt, die an Tieren begangen wird, wird im Namen von Nichtvegetariern begangen. Schlachtvieh wird nur deshalb bestialisch gehalten und barbarisch umgebracht, weil Menschen gleichzeitig Fleisch essen und wenig dafür bezahlen möchten. Apropos Tierschutz: Wovon ich mich unbedingt distanzieren, sind natürlich Gräueltäterstücke, die an unserem Haus aufgeführt werden. Dieses neue Sexstück neulich war eine Absonderlichkeit sondergleichen. Der Schauspieler Thomas Wodianska, in den ich heimlich verliebt war – „war“ muss ich sagen, denn eine naive Schwärmerin ist nach diesem Anblick nicht mehr möglich – trug ein durchsichtiges, schwarzes Netzteil. Auf den Kopf stülpte er sich einen aufblasbaren Tierkopf. Ein Elefant? Ein Einhorn? Ich konnte es auf die Distanz nicht erkennen. Der Rüssel ragte gleichsam wie das Minarett der Sultan-Ahmed-Moschee in die Luft. Von dem anderen Rüssel spreche ich erst gar nicht. Kurz: Ich distanzieren mich davon. Denn kein Elefant dieser Welt hat es verdient, für Sexspielchen an unserem Theater derart karikiert, missbraucht und stigmatisiert zu werden.

Mely Kiyak ist Publizistin und politische Kolumnistin. Regelmäßig lesen kann man „Kiyaks Theater Kolumne“ für das Maxim Gorki Theater Berlin. Die Theodor-Wolff-Preisträgerin veröffentlichte zahlreiche Sachbücher. Gemeinsam mit KollegInnen gründete sie „Hate Poetry“, eine antirassistische Leseshow. Dafür wurde sie in Deutschland als „Journalistin des Jahres 2014“ ausgezeichnet.



Über das Mare nostrum zum gelobten Kontinent Während die Europäer versuchen, Immigranten fernzuhalten und kulturellen Werte des Kontinents zu schützen, die von der Globalisierung, sprich Amerikanisierung, längst ausgehöhlt sind investieren die Chinesen nach Lust und Laune. In Venedig bauen sie Palazzi zu Hotels um und schlagen so aus dem europäischen Kulturerbe ihren Profit. Die Essayistin Slavenka Drakulić hat sich im ehemaligen Auswanderungsland Italien umgesehen, das nun Ziel von Flüchtlingen und Migranten ist. *Von Slavenka Drakulić*



Für die Venezianer erscheint Venedig aus der Ferne am schönsten, so malefisch wie in einer von Canalettos Veduten aus dem 18. Jahrhundert. Wenn sich an einem Herbstnachmittag die prächtigen Paläste im Wasser spiegeln, sieht die Stadt in ihrer unwirklichen Schönheit wie ein Filmset aus. In der Tat ist Venedig heute nicht viel mehr als eine Kulisse.

Nachdem meine Nachbarin endlich aus dem ersten Stock des Palazzo, in dem ich eine Wohnung gemietet habe, heruntergestiegen ist, ziehe ich die schwere Haustür hinter uns zu. Signora Immacolata ist weit über achtzig und geht am Stock. Sie will mir den nächstgelegenen Supermarkt zeigen, wofür wir die Calle di Fabbri durchqueren müssen. Wir kommen nur langsam voran, nicht nur wegen des hohen Alters

der Signora, sondern auch, weil sich in der Gasse zwischen Rialto-Brücke und Markusplatz schon um neun Uhr morgens die Touristen drängeln. Die winzige, gebeugte, ganz in Schwarz gekleidete Signora Immacolata zieht ihren Einkaufswagen hinter sich her und bahnt sich mit großer Mühe einen Weg durch die Menge. An der ersten kleinen Brücke hält sie inne, ergreift das Geländer und zieht sich die Stufen hinauf. Auf dem Weg zum Supermarkt liegen zwei dieser Treppenbrücken. Obwohl der Laden am Campo Santa Maria Formosa nur fünf oder sechs gemietete Gehminuten von unserem Haus entfernt liegt, braucht Signora Immacolata für die Strecke mindestens zwanzig Minuten.

Als wir unser Ziel erreicht haben, erwartet uns an der Kasse eine lange Warteschlange. Offenbar suchen alle preisbewussten Touristen diesen Ort früher oder später auf. So kommt es, dass die alte Dame für ihren Einkauf mindestens eine Stunde braucht. „Und so ist es jeden Tag...“, seufzt sie. Mit dem Laufen klappt es noch recht gut, aber hinauftragen kann sie die Einkäufe nicht mehr selbst. Zum Glück kommt ihre Altenpflegerin bald zurück, die Kroatin, die ihr im Haushalt hilft.

Früher gab es in der Nähe ihrer Wohnung im Corte Gragolina eine Bäckerei, kleine Gemischtwarenläden, einen Metzger, einen Gemüsehändler, einen Zeitungskiosk und

einen Schuhmacher – kurzum, alle Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs waren gleich nebenan zu finden. Inzwischen wurden fast alle Geschäfte zu Souvenirläden umgebaut. Durch Signora Immacolatas Wohnstraße zieht sich eine ununterbrochene Kette von kleinen Shops, die falsches Muranoglas verkaufen, und Pizzerien, die für ein Stück Pizza acht Euro verlangen. Das Zielpublikum der Restaurants, Bars und Bäckereien sind die Touristen. Rund um den Markusplatz gibt es nur zwei Supermärkte, einer davon winzig klein; das vermutlich einzige Postamt in der Umgebung fand ich erst nach langer Suche.

„In Venedig kann man heutzutage nicht mehr normal leben“, sagt einer meiner Nachbarn, der Bankangestellte von gegenüber. „Morgendliche Verabredungen oder Geschäftstermine einzuhalten ist geradezu unmöglich, denn ein Mann in meinem Alter boxt sich nicht so einfach bis zum Vaporetto durch. Die ganze Infrastruktur ist auf Touristen ausgerichtet. Das fängt bei den Preisen in Restaurants und Supermärkten an und geht bis zu englischsprachigen Theateraufführungen und klassischen Kirchenkonzerten, zu denen die Musiker barocke Kostüme tragen. Immobilien sind absurd teuer, und es gibt immer weniger Supermärkte, Schulen, Kindergärten, Arztpraxen und Krankenhäuser.“

Vom Kellner bis zum Altenpfleger

Natürlich hat mein Nachbar Recht. In den letzten fünfzig Jahren hat das historische Zentrum Venedigs etwa 60 Prozent seiner Einwohner verloren. Geht man von der aktuellen Einwohnerzahl der gesamten Kommune aus, lebt nicht einmal jeder vierte Venezianer, zumeist ältere Leute, im

historischen Teil der Stadt. Noch vor wenigen Jahrzehnten wohnten in der Altstadt 150 000 Menschen, heute sind es keine 60 000, Tendenz sinkend. Das liegt zum einen daran, dass die Immobilienpreise zu hoch sind und die Venezianer in die umliegenden Stadtteile abwandern, nach Mestre zum Beispiel; zum anderen gibt es für die gut ausgebildete Jugend keine Arbeit mehr. Die Universität von Venedig genießt einen ausgezeichneten Ruf und zieht viele Studenten an; dauerhaft bleiben möchte aber kaum einer von ihnen. „Wenn sie nicht gerade als Kellner, Reinigungskraft oder Altenpfleger arbeiten wollen, bleiben ihnen nicht mehr viele Möglichkeiten. Und selbst diese Jobs werden größtenteils von Ausländern erledigt, von Einwanderern“, erklärt mein Nachbar resigniert.

Die Venezianer brauchen einem dennoch nicht leidzutun. Manche verdienen ein kleines Vermögen damit, ihre Wohnungen zu vermieten, andere haben ihren Grundbesitz gewinnbringend verkauft. Tatsache ist jedoch, dass das Leben für die Zurückgebliebenen, darunter viele ältere Menschen, immer komplizierter wird. Die berühmte Lagunenstadt muss den Ansturm von mehreren Millionen Touristen jährlich verkraften. Die Menschenmassen schieben sich durch Straßen und Gassen, die an den meisten Stellen kaum mehr als drei oder vier Meter breit sind. Die Venezianer wissen längst, dass sie nicht in einer Stadt, sondern in einem Museum wohnen. Dass Venedig immer weniger ein authentischer, lebendiger Ort ist und immer mehr ein Museum für europäische Geschichte, das die Pracht, den Reichtum, die Macht, die Schönheit und die Kunst einer vergangenen Epoche zur Schau stellt. Nur aus diesem Grund kommen so viele Touristen her. Die Tourismusindustrie hat längst erkannt, dass Venedigs Schönheit

„Diese Stadt lebt. Wenn das alte Europa in Venedig stirbt, so kommt hier in Bari ein neues zur Welt. Bari ist einer der ersten Anlaufpunkte für Einwanderer, die nach Europa wollen.“

sich nicht nur in bare Münze umsetzen lässt, sondern ausreicht, um aus der ganzen Stadt ein Freilichtmuseum zu machen.

Gleichzeitig ist das Venedig von heute eine perfekte Metapher für das Europa von damals; jenes Europa, auf dessen kulturelle Werte sich Europäer berufen, auf die sie stolz sind und die sie schützen wollen.

Im süditalienischen Bari stellt sich ein vollkommen anderes Bild dar. Es ist Ende September und noch warm, die meisten Feriengäste sind abgereist. Betritt ein einsamer Tourist an diesem Sonntagabend die Piazza del Ferrarese in der Altstadt von Bari, sieht er Einheimische auf niedrigen Mauern oder beim Bier im Café sitzen. Andere spazieren auf dem Platz herum, der den Stadtbewohnern als corso, als Flaniermeile dient. Tausende Menschen haben sich hier versammelt, und es macht den Eindruck, als würden alle sich kennen. Es ist neun Uhr abends, die kleinen Kinder spielen Fangen und die älteren essen Eis, während ihre schick gekleideten Eltern und Großeltern in Gruppen herumstehen und lautstark diskutieren. Die Szenerie erinnert an Vittorio De Sicas Schwarzweißfilme aus den Sechzigerjahren.

Diese Stadt lebt. Wenn das alte Europa in Venedig stirbt, so kommt hier in Bari ein neues zur Welt. Bari ist einer der ersten Anlaufpunkte für Einwanderer, die nach Europa wollen.

Vor über zwanzig Jahren, im Sommer 1991, erreichte der albanische Frachter Vlo-

ra den Hafen von Bari. Er hatte mehr als 20 000 Flüchtlinge an Bord. Ältere Leser erinnern sich vielleicht an den Exodus über die Adria, der vor der „samtenen Revolution“ einsetzte – falls es in Albanien je so etwas gab. Damals gingen die Bilder des völlig überladenen Frachters um die Welt.

Es gibt Fotos, die zum Symbol einer Epoche oder eines historisch bedeutsamen Ereignisses wurden, so zum Beispiel Jeff Wideners Aufnahme von dem einsamen Mann, der sich auf dem Platz des Himmlischen Friedens den Panzern entgegenstellt. Oder Nick Uts Foto von dem kleinen nackten Mädchen und seinen Brüdern, die in Vietnam von Napalm verbrannt werden. Eddie Adams' Bild von dem Polizisten, der in Saigon einem Vietcong in den Kopf schießt. Oder die Aufnahmen der Folterungen in Abu Ghureib.

Ähnlich erging es Luca Turis Schnappschuss von der Vlora. Die Fotoausstellung „Flug der Adler“, die an den zwanzigsten Jahrestag des Flüchtlingsdramas erinnert, hatte gerade im Foyer des Teatro Petruzzelli eröffnet. Als die Vlora seinerzeit in den Hafen einlief, drängelten sich die Menschen auf den Decks, ganze Mensentrauben hingen von der Reling und den Schornsteinen, von Seilen und Masten. Im nächsten Bild hat das Schiff den Hafen fast erreicht, und die ersten Flüchtlinge lassen sich ins Wasser fallen und schwimmen los, so als fürchteten sie, das rettende Ufer könnte jeden Augenblick verschwinden. Es gibt ein fantastisches, beängstigendes, aus der Vogelperspektive aufgenommenes Foto, das die Menschenmassen an Land zeigt, unter der sengenden Sonne. Die Szene – 20 000 Menschen genau in dem Augenblick, als sie endlich wieder festen Boden unter den Füßen haben – entfaltet eine geradezu biblische Wucht.

In den folgenden Jahren kamen etwa

100 000 Albaner nach Italien. Inzwischen ist ihre Zahl auf eine halbe Million angestiegen. Und seit dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union sind noch einmal eine Million Rumänen dazugekommen. Angeblich stellen Roma, die Prügelknaben der europäischen Anti-Einwanderungspolitik, ungefähr zehn Prozent von ihnen. Die westlichen Staaten entziehen dieser Bevölkerungsgruppe die Aufenthaltsgenehmigung und schieben sie ab, so in Italien und Frankreich, während sie im Osten kaserniert, verfolgt und ermordet wird – in der Slowakei, der Tschechischen Republik und in Ungarn.

Und doch wurde die Einwanderungswelle in Italien und im restlichen Europa noch vor fünf oder sechs Jahren als weniger großes Problem wahrgenommen als heute. Die ausländerfeindliche und vor allem antimuslimische Hysterie, die nach der Kontroverse um die Karikaturen des Propheten Mohammed im Jahr 2005 einen Höhepunkt erreichte, hat seit dem Einsetzen der Rezession 2008 bedenkliche Ausmaße angenommen.

Die Bevölkerung von Bari zeigt sich dennoch geduldig und hilfsbereit, waren doch gegen Ende des 19. Jahrhunderts Millionen von verarmten Italienern aus der Provinz Puglia nach Amerika aufgebrochen, ins gelobte Land, um dort innerhalb von zwei oder drei Generationen vollständig assimiliert zu werden. Hundert Jahre später ist Italien selbst zum gelobten Land geworden.

In jüngster Zeit dient Bari als Durchgangsstation für Immigranten. Die meisten von ihnen werden in der Nähe des Flughafens untergebracht und sind nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen hier; sie kamen nach den politischen Unruhen in Nordafrika mit einer Welle von etwa 40 000 Tunesiern und Libyern über die Insel Lampedusa ins Land.

Die italienischen Behörden bringen Neuankömmlinge in Aufnahmezentren für Asylsuchende (CARA) unter. Später entscheidet eine Kommission über ihr weiteres Schicksal. Im September 2011 gibt es in Italien acht solcher CARA-Zentren, dreizehn Anstalten für Abschiebungshaft (CIE) und sieben Notaufnahmезentren (CPSA). Die Anzahl der eingesetzten Kommissionen ist vergleichsweise klein. Letzten Sommer geriet Bari wieder in die Schlagzeilen, diesmal wegen der Insassen eines CIE. Hunderte von ihnen gingen Anfang August in den Außenbezirken auf die Straße, stoppten Züge und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Es kam zu 80 Verletzten und 29 Festnahmen.

Prügelknaben der Anti-Einwanderungspolitik

Ich befrage meine neuen Bekannten zu dem Vorfall. Mittags treffen sie sich im Il Borghese, einer Bar an der Kreuzung von Via de Rossi und Corso Vittorio Emanuele: die Anwältin Dario Belluccio und Maria Pia Vigilante von der Bürgerorganisation „Giraffe“, die Einwanderer berät; Maddalena Tulanti, Redakteurin beim „Corriere del Mezzogiorno“; die Sozialarbeiterin Silvana Serini und Erminia Rizzi von der örtlichen Beratungsstelle für Immigranten.

Das Problem sei komplex, erklärt Bürgerrechtler Dario. Er ist einer der wenigen, die Zugang zum CIE haben. Normalerweise ist weder Anwälten noch Journalisten der Zutritt zu den Abschiebungshaftanstalten erlaubt. Dario erzählt, dass zusammen mit den Libyern auch Menschen aus Ghana, Nigeria, Mali, Burkina Faso und anderen afrikanischen Staaten nach Italien kamen, die jahrelang in Libyen gearbeitet und ge-

lebt hatten. Anders als die Libyer können sie für sich jedoch keinen Kriegsflüchtlingsstatus beanspruchen. Sie werden nach den Vorgaben für das jeweilige Herkunftsland behandelt, egal, wie viele Jahre sie in Libyen verbracht haben. Sie haben keine Chance auf eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Nicht nur, dass sich das Entscheidungsverfahren quälend lange hinzieht; während der Wartezeit behandelt man sie wie gewöhnliche Kriminelle. Sie leben ohne Kontakt zur Außenwelt und unter schlimmeren Umständen als im Gefängnis, sagt Dario. Sie sind auf die Straße gegangen, um auf ihre unhaltbare Situation aufmerksam zu machen.

Viele der Flüchtlinge, die nach Lampedusa kommen, sind Kinder. Silvana betreut Minderjährige ohne Begleitung, in anderen Worten: Flüchtlingswaisen. Sie erzählt von zwei afghanischen Brüdern, die vor dem Krieg in ihrer Heimat flohen und als Teenager zu ihr kamen. Sie konnten weder lesen noch schreiben, machen inzwischen ihren Schulabschluss und arbeiten nebenher, erklärt Silvana stolz. Sie zeigt mir die letzte Ausgabe der Wochenzeitung „l'Espresso“, in der Fabrizio Gatti einen Artikel mit dem Titel „Das Kindergefängnis“ veröffentlicht hat. Im Notaufnahmелager auf Lampedusa harren 225 Kinder und Jugendliche aus, seit

„Sie haben keine Chance auf eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Nicht nur, dass sich das Entscheidungsverfahren quälend lange hinzieht; während der Wartezeit behandelt man sie wie gewöhnliche Kriminelle.“

Monaten und ohne räumliche Trennung von den erwachsenen Insassen. Sie leben unter unwürdigen Umständen und haben nicht einmal das Nötigste, dabei sind viele dieser Kinder schwer traumatisiert. Manche haben ihre Eltern sterben sehen, alle haben tagelang Hunger und Durst gelitten. Zwischen März und August 2011 sind 707 Minderjährige auf die Insel gekommen, darunter viele Babys und Kleinkinder. Andere sind hier auf Lampedusa geboren. Ihre Lage ist furchtbar, ihre Zukunft ungewiss.

Don Angelo, Priester in der Kirche von San Sabino direkt am Stadtstrand von Pane e Pomodoro, ist für Hilfe suchende Flüchtlinge die erste Anlaufstelle im Ort. Als die Albaner mit der Vlora in See stachen, hatte er gerade das Priesterseminar absolviert. Don Angelo hat die Flüchtlinge auf dem Wasser und im Stadion gesehen, wo 10 000 von ihnen interniert waren. Damals ließen die Behörden sie erst auf Drängen des bekannten Pazifisten und Erzbischofs Antonio Bello frei. Don Angelo hat Einsätze als humanitärer Helfer im Bosnien- und im Kosovokrieg hinter sich.

Der große Mann mit dem roten Haarschopf und dem entwaffnenden Lächeln spricht über „institutionellen Rassismus“, über die Gründe für den Zorn der Insassen, die sich aufgrund ihrer Hautfarbe – und im direkten Vergleich mit den Libyern und Tunesiern – diskriminiert fühlen. Er bestätigt Darios Einschätzung, der zufolge die Menschen im Lager unter unwürdigen Bedingungen und in ständiger Ungewissheit leben; keiner weiß, wie die Kommission entscheiden wird. „Ihre Wut ist ansteckend und wird auf die anderen Lager übergreifen. Es ist nicht so, dass die Einwanderer dankbar ein Stück trockenes Brot entgegennehmen und dann geduldig abwarten. Sie wollen wissen, wie es weitergeht.“ Schon vor den

Ausschreitungen in Bari ist es zu Protesten gekommen, in Mineo zum Beispiel, in Crotona und selbst in Norditalien. Die Immigranten sind über die Art und Weise, wie die Verwaltung mit ihnen umgeht, zutiefst verbittert. „Das ist reine Verzweiflung, keine von außen angestiftete Revolte. Unglaublich, dass die Behörden das nicht einsehen wollen“, klagt Don Angelo.

Kippende Stimmung

Die Kluft zwischen Flüchtlingen und Ämtern ist eine Sache; inzwischen hat sich eine zweite aufgetan, die zwischen Flüchtlingen und Einheimischen. Die knapp 5000 Einwohner der Insel Lampedusa, die Tunesien näher liegt als Sizilien, haben anfänglich Schiffbrüchige aus dem Meer gezogen, Hunderte von Leben gerettet und die Flüchtlinge nach Kräften unterstützt. Aber im vergangenen September, als über 40 000 Afrikaner die Insel erreicht hatten, kippte die Stimmung. Die Bewohner wandten sich von den Flüchtlingen ab, als diese das Notaufnahmезentrum in Brand steckten, das mit tausend Personen – weit über seine ursprüngliche Kapazität hinaus – hoffnungslos überbelegt war. Sie hatten gehofft, die Behörden zu schnelleren Entscheidungen zwingen zu können. Bei Zusammenstößen mit der Polizei wurden etwa zwanzig Menschen verletzt.

Tatsächlich lassen sich die Regierungsstellen zu viel Zeit damit, über Weiterreise aufs Festland oder Abschiebung zu entscheiden. Nach den Unruhen verkündete der Bürgermeister, die Insel werde von nun an keinen einzigen Flüchtling mehr aufnehmen. So wurde das abgeschiedene, vernachlässigte Lampedusa selbst zu einem Opfer der Flüchtlingskrise, zur Geisel der

behördlichen Machenschaften. Etwas war furchtbar schief gelaufen und hatte die Solidarität der Inselbewohner innerhalb weniger Monate aufgerieben und in Ablehnung verwandelt. Dieselben Leute, die eben noch Ertrinkende gerettet hatten, bewarfen die Flüchtlinge nun mit Steinen und verlangten, die „Verbrecher zurück aufs Meer“ zu schicken. Die kleine Inselgemeinschaft, die ohnehin schon mit schwierigen Lebensumständen zu kämpfen hat, kann die schwere Bürde nicht ohne staatliche Hilfe tragen.

In Emanuele Crialeses Film „Terraferma“ (Festland), der 2011 beim Filmfest von Venedig den Spezialpreis der Jury gewann, geht es um genau diesen Konflikt zwischen humanitären Prinzipien und dem Gesetz. Dort landet eine Gruppe von Flüchtlingen auf einer kleinen, nicht näher bezeichneten Insel. Ich habe den Film einen Tag nach der Uraufführung in Bari gesehen. Bei der Vorstellung um halb sieben saßen zehn Zuschauer im Kinosaal. Vielleicht war es noch zu früh, vielleicht war es draußen zu heiß. Vielleicht aber war das mangelnde Publikumsinteresse darauf zurückzuführen, dass das Thema so heikel ist.

Auf der Insel leben Fischer. Weil sie vom Fischen allein nicht leben können, laden sie im Sommer Touristen auf ihre Insel ein. Als das Meer die ersten nordafrikanischen Flüchtlinge an den Strand spült, wird das Inselleben kompliziert. Familien zerbrechen, moralische Zwickmühlen tun sich auf. Die Flüchtlinge beschädigen nicht nur den Ruf des Ferienparadieses, sondern tragen neue, den Fischern unbekannt und unverständliche Probleme auf die Insel. Einer der Fischer drückt es so aus: „Darf der Staat uns verbieten, Menschen aus dem Wasser zu ziehen? Unser ganzes Leben haben wir es so gehalten. Und wenn das neuerdings verboten ist, brechen wir das Gesetz.“

„Ein schöner, menschlicher Film“, sagte ein älterer Mann unvermittelt zu mir, als wir das Kino verließen. 2011 setzten sich gleich mehrere auf der Mostra gezeigte Filme mit dem Thema auseinander, so zum Beispiel Andrea Segres „Io sono Li“, Francesco Pardiernos „Cose dell'altro mondo“ und „Il vilaggio di cartone“ des großen italienischen Regisseurs Ermanno Olmi. Über die Probleme der Immigranten und Flüchtlinge wurde viel geschrieben, nicht nur von den allseits bekannten Kommentatoren, sondern von Soziologen, Politologen und Schriftstellern wie Gabriele del Grande und Luca Rastello, um nur zwei zu nennen. Und auch die Flüchtlinge selbst melden sich zu Wort. Ich denke an Elvira Mujic, eine gebürtige Bosnierin, und an Igiaba Scego, deren Eltern aus Somalia stammen. Das künstlerische und gesellschaftliche Bewusstsein für die Eingewanderten scheint größer zu sein als das der Tagespolitik, die sich für eine Abschottung der Grenzen einsetzt.

Viele ältere Italiener können sich noch an die Auswanderungswellen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts erinnern, die ganze Landstriche entvölkerten. Die Italiener wissen, dass die meisten Menschen ihrer Heimat, ihrer Sprache und Kultur kaum aus reiner Abenteuerlust den Rücken kehren. Es sind nackte Zwänge, die sie zur Auswanderung treiben, Krieg und große wirtschaftliche Not. Diese Menschen riskieren ihr Leben, wenn sie sich ins Ungewisse aufmachen.

„Das künstlerische und gesellschaftliche Bewusstsein für die Eingewanderten scheint größer zu sein als das der Tagespolitik, die sich für eine Abschottung der Grenzen einsetzt.“

Das gilt auch für die Neuankömmlinge aus Nordafrika. Im Laufe der letzten 150 Jahre haben 18 Millionen Italiener – ein mittelgroßes europäisches Land – ihre Heimat verlassen. Die meisten gingen nach Amerika, fünf Millionen insgesamt, womit ihre Zahl die der irischstämmigen Amerikaner weit übertrifft.

Beim Besuch des Museums für italienische Emigration in Rom habe ich verstanden, warum es für die Geschichte einer Nation so wichtig ist, Ein- und Auswanderungsbewegungen zu dokumentieren und zu analysieren. Der unauffällige Museumseingang liegt an der Piazza dell'ara Coeli, neben dem Nationaldenkmal für Viktor Emanuel II. Nur selten verirren sich Touristen hierher. Die meisten der Besucher sind Italiener. Sie schlendern durch die Räume, sehen sich das Videoarchiv, die Bücherei und die zahlreichen Exponate an, zerschlissene Koffer und vergilbte Bordkarten, Passagierlisten, Ausweise und Reisepässe, verblichene Fotografien von der alten Heimat und dem neuen, weit entfernten, zweiten Zuhause.

Vielleicht erinnern sich manche Besucher an ihre Vorfahren, vielleicht suchen sie die Passagierlisten nach einem bekannten Namen ab. Briefe, Tagebücher, Sportvereine, Folkloregruppen – all das erzählt von den individuellen Nöten und Hoffnungen der verarmten Bauern, die Süditalien verließen und in eine unbekannte Welt aufbrachen, manche ganz allein, manche keine vierzehn Jahre alt. Den Verzweifelten von heute geht es nicht anders. Was im Museum gezeigt wird, liegt erst wenige Generationen zurück. Immer noch leben Zeitzeugen, die das Drama des Abschieds schildern; sie erzählen von winkenden Eltern und Verwandten am Anleger, die zu einem kleinen Punkt am Horizont zusammenschmelzen.

Als ich im Museum stand, musste ich

plötzlich an den Checkpoint Charlie in Berlin denken. Dort kann man sich bis heute ansehen, was die Ostdeutschen alles versuchten, um der DDR zu entfliehen und beispielsweise nach Westberlin zu gelangen, das von einer an die 140 Kilometer langen Mauer umgeben war. Einige dieser Bemühungen muten ganz unglaublich an. Die Leute sind mit einem Ballon geflogen, haben Tunnel gegraben, sich in Kofferräumen versteckt oder sind durch die Ostsee geschwommen.

Am Anfang des Films „Terraferma“ sinkt ein voll beladenes Boot. An der Wasseroberfläche bleiben Briefe, Fotos, Dokumente, Zahnbürsten zurück. Sollte man diese Gegenstände nicht als Symbol der Individualität einsammeln und in einem den nordafrikanischen Flüchtlingen gewidmeten Museum ausstellen? Sollte man nicht die Aussagen der Augenzeugen dokumentieren, die an Bord Todesqualen erlitten, ihren eigenen Urin getrunken, Mitreisende ins Wasser gestoßen haben? Ein solches Museum würde nichts als menschliches Leid ausstellen. Die Flüchtlinge hätten es trotzdem verdient, egal, woher sie kommen.

So freute ich mich sehr, kaum eine Woche später in einer italienischen Zeitung eine kleine Meldung zu entdecken: „Holzstücke, Familienfotos, Koranseiten, Schuhe, Proviantdosen, Musikkassetten... Gegenstände, die aus dem Wasser gefischt oder in den Booten gefunden wurden, die jedes Jahr Tausende von Immigranten übers Mittelmeer tragen, alle zu besichtigen in einem kleinen Raum, keine zehn Quadratmeter groß. Es handelt sich um das Kernstück des Einwanderungsmuseums, das freiwillige Helfer der Organisation Askavusa auf Lampedusa aufbauen.“ Ein einheimischer Künstler, Giacomo Sferlazzo, hat die Initiative gegründet in der Hoffnung, möglichst viele Mitstreiter zu finden.

Im Museum für italienische Emigration stoße ich auf Zahlen. In Italien leben 3 891 295 Einwanderer. Sie machen etwa sechseinhalb Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Caritas Migrantes hat andere Zahlen veröffentlicht: fünf Millionen beziehungsweise sieben Prozent.

Interessanterweise spielt Islamfeindlichkeit kaum eine Rolle, eine These, die viele meiner Bekannten bestätigt haben. Anders als im mittleren und nördlichen Europa wird die Angst vor den Muslimen nicht politisch ausgeschlachtet. Trotzdem weisen Journalisten und Aktivisten wie Don Angelo darauf hin, dass andere Pauschalisierungsmechanismen greifen und der Gesetzgeber sowie die Medien immer wieder versuchen, die Immigranten als Gruppe zu kriminalisieren. Von den Behörden werden sie mehr oder weniger wie Verbrecher behandelt, auch wenn sie sich nichts zu Schulden haben kommen lassen. Aus diesem Grund protestieren sie. Und selbst daraus macht man ihnen einen Vorwurf, denn in Europa ist man den Anblick demonstrierender Flüchtlinge immer noch nicht gewohnt. Die Europäer erwarten Dankbarkeit.

In der Politik der Angstmacherei spielt das Fernsehen eine wichtige Rolle. Unter Berufung auf Daten von Demos & Pi gab „La Repubblica“ an, dass beim Sender TG1 Meldungen über Einwanderer 13,9 Prozent der Nachrichtensendungen einnahmen. Im

„Wäre der kleine Junge nicht nach Italien, sondern in die USA gekommen, wäre er heute Amerikaner. In Italien wird sowohl ihm als auch seinen künftigen Nachkommen die Einbürgerung verwehrt.“

Ein herzliches und warmes Willkommen im Konzentrationslager!

Die Idee, Flüchtlinge in ehemaligen Konzentrationslagern unterzubringen, ist eine Nachricht mit Neuigkeitswert. Der Bürgermeister der deutschen Stadt Schwerte, Heinrich Böckelühr, Parteimitgliedschaft in der konservativen CDU, hatte die Idee, weil man ihm 21 Flüchtlinge zuteilte. In der kleinen Gemeinde bei Dortmund fand sich weit und breit kein Platz für die Schutzsuchenden. Ihm fiel dann doch noch eine Lösung ein. Warum nicht im Konzentrationslager Buchenwald, beziehungsweise seiner Außenstelle in Schwerte-Ost, eine Asylunterkunft einrichten? Zwar liegt die Innenstadt 40 Gehminuten entfernt und laut ist es im Industriegebiet auch, aber egal. Hauptsache, die armen Leute haben ein Dach über dem Kopf, beziehungsweise eine heimelige Schlafstatt. Sollten die Flüchtlinge auf dem Gelände spazieren gehen, werden sie eine Gedenkstätte entdecken. Es ist eine am Boden liegende Skulptur, die ein Stück Schienen zeigt. Unter den Schienen liegen nackte, ausgemergelte Körper, ihre Gesichter sind zum Schrei verzerrt. Das Denkmal erinnert an die polnischen Zwangsarbeiter, die in diesem Lager arbeiteten. In der lokalen Berichterstattung war die Rede davon, dass die ersten elf Bewohner bereits eingezogen waren, die anderen sollen folgen, wenn die KZ-Baracken fertig renoviert sind. Ich habe Fotos der Unterbringung gesehen. Es ist wirklich eine Bruchbude. Und das ist der Kritikpunkt, den ich anmerken möchte. Wir haben in Deutschland und dem übrigen Europa so viele vorzüglich und liebevoll erhaltene Konzentrationslager und da bringen wir Flüchtlinge in heruntergekommenen KZs unter? Man schämt sich doch in Grund und Boden. Wir legen als Deutsche Wert auf Sauberkeit und Sicherheit und dann kommen die Menschen aus zerbombten Ländern und werden in

Lagern untergebracht, die interieurmäßig echt lausig sind. Haben wir nicht neulich der Befreiung von Auschwitz gedacht? Könnte der Schwerter Bürgermeister mal bei dem Kollegen im polnischen Oświęcim, wo der Lagerkomplex steht, nachfragen? Kann man im KZ Auschwitz wohnen? Die Gemeinde in Schwerte kann die Aufregung nicht verstehen. Im In- und Ausland wurde darüber berichtet. Ein deutscher Plan – „A german plan. House refugees in an old concentration camp“ hieß es auf NPR, der amerikanischen Version unseres Deutschlandfunks. Aus Schwerte hieß es, dass die Entscheidung mit großer Mehrheit im Stadtrat durchgewunken wurde. Und überhaupt, „Siebzig Jahre nach dem zweiten Weltkrieg dürfen nicht alle Gebäude tabu sein“, so der Bürgermeister. Stimmt. Was können denn die armen, stigmatisierten Gebäude dafür? Im Berliner Holocaust-Mahnmal darf man weder ausgelassen sein noch picknicken, aber das ist halt Berlin. Immer etwas strenger als nötig. Wegen der Würde der Verstorbenen. Auf der Wiese vor dem Reichstag darf auch nicht gefeiert werden. Wegen der Würde des Parlaments und so. Aber ein Konzentrationslager hat ja an sich keine Würde, nur eine Vergangenheit und die, so der Bürgermeister, sei ausreichend aufgearbeitet, siehe Gedenkschienen mit eingeklemmten Menschen aus Stein. Da fällt mir ein, dass der gesamte Ruhrpott doch eine einzige still gelegte Zeche ist. Könnte man Flüchtlinge nicht unter Tage einquartieren? Ist zur Innenstadt zwar auch weit, aber nicht so laut. Und vielleicht gibt es still gelegte Gräber, bei denen das zwanzigjährige Nutzungsrecht abgelaufen ist. Da könnte man sich doch reinlegen. Zumindest im Sommer. Wer aus einem Kriegsgebiet kommt, wird die paradiesische Stille zu schätzen wissen. Und wenn die

Gefängnisse nicht so überfüllt wären, dann könnten die Asylsuchenden zu den Kriminellen in die Gitterzelle. So hätten sie auch Gesellschaft. Was natürlich der Hammer für überschuldete und hilfsbedürftige Kommunen wäre, sind Leichenkeller in Krankenhäusern. Da ist doch sicher das eine oder andere Kühlfach nachts leer. Mit einer Wolldecke kann man das überleben. Wer sein Zuhause verloren hat, ist gewiss froh, wenn er ein Einzelbett hat. Und sauber desinfiziert ist es allemal. Kommunalpolitik heißt im Wesentlichen querdenken, pfiffig sein. Der Kontext bestimmt den Inhalt. Wenn in einem KZ nicht mehr vernichtet wird, sondern friedlich geschlafen und gekocht und die Kinder fröhlich spielen, ist es ein ehemaliges KZ mit menschlichem Antlitz. Im süddeutschen Augsburg, so las ich es in der Presse, werden ähnliche Pläne verfolgt. Flüchtlinge in stillgelegten KZs unterbringen ist das ganz große neue Ding. Wenn die alten KZs irgendwann alle überfüllt sind, könnten wir ja neue bauen. Natürlich nicht so schreckliche KZs. Sondern schöne. Ob die Flüchtlinge in Schwerte mit Luftballons und Kuchen empfangen wurden? Mit der Grußbotschaft des Bürgermeisters „Ein herzliches und warmes Willkommen im ehemaligen Konzentrationslager Schwerte-Ost“? Man kann sagen und denken was man will. Aber diese KZ-Angelegenheit und die Flüchtlinge sind wirklich eine Neuigkeit. Mely Kiyak

Vergleich: France 2 kommt auf 1,6 und die deutsche ARD auf 0,6 Prozent. Dazu muss gesagt sein, dass Italien in der fraglichen Periode eine sogenannte „Invasion“ zu bewältigen hatte. Dennoch wirkte sich die intensive Berichterstattung kaum auf die öffentliche Meinung aus. In derselben Studie gaben nur sechs Prozent der befragten Fernsehzuschauer die Immigration als ihr dringlichstes Problem an. 55 Prozent sorgten sich wegen der steigenden Lebenshaltungskosten. „Damit ist das Gefühl der ‚bedrohten persönlichen Sicherheit‘ als politisches und mediales Konstrukt entlarvt. Es schafft und verstärkt die ‚Angst vor dem anderen‘ und macht sich dabei eine generelle Verunsicherung zu Nutze, die ihre Wurzel in wirtschaftlichen Problemen und der Angst vor Arbeitslosigkeit hat“, schreibt der italienische Politikwissenschaftler Ilvo Diamanti.

Zahlreiche humanitäre und bürgerrechtliche Organisationen, darunter auch Fortress Europe, setzen sich für die Rechte der Immigranten ein und bieten konkrete Unterstützung an. Diese Gruppen sind der Überzeugung, dass der Strom der Einwanderer nicht abreißen wird, egal, wie restriktiv und unmoralisch die Gesetzgeber reagieren, egal, wie viele Mauern und andere Hürden sie errichten. Denn in den Heimatländern der Flüchtlinge sieht es immer noch schlimmer aus. Die Einwanderungspolitik sollte sich also von Vernunft statt von Angst leiten lassen; von Letzterer profitieren nur solche Politiker und Parteien, die Unmögliches versprechen. Die Angst vor den Einwanderern ist der Nährboden jener Akteure.

In Rom leben die Flüchtlinge hinter dem Bahnhof Termini, in einem Viertel namens Esquilino. Wie sehr es sich von den anderen Stadtteilen unterscheidet, habe ich erst nach einem Spaziergang durch die Via Carlo Alberto zur Piazza Vittorio Emanuele ver-

standen. Dort bekam ich zu sehen, was ich zuletzt vor vielleicht fünfzig Jahren in Jugoslawien beobachten konnte: einen hausierenden Scherenschleifer. Der dunkelhäutige junge Mann stand über einen Schleifstein gebeugt und schärfte die Messer einer Frau, die rauchend in einem Hauseingang lehnte. Sie unterhielten sich auf Rumänisch.

Meine Freundin Alessandra wohnt in Esquilino. Von dem riesigen Balkon ihrer Dachgeschosswohnung kann man die Menschenmassen auf der Piazza Vittorio Emanuele nicht sehen. Die Ladengeschäfte, die den Platz säumen, verkaufen einfach alles; nicht, dass es hier viele zahlungskräftige Kunden gäbe. Die meisten Besitzer sind Chinesen, aber sobald Alessandra das Haus verlässt, findet sie sich zwischen Menschen aller Kontinente, aller Sprachen und Hautfarben wieder. Sie hatte ein Pflegekind aus Kamerun, das aber nach einigen Jahren wieder zu seiner Mutter zurückging. Ich entdeckte ein Foto von David auf Alessandras Schreibtisch und muss an den Unterschied zwischen Europa und Amerika denken. Wäre der kleine Junge nicht nach Italien, sondern in die USA gekommen, wäre er heute Amerikaner. In Italien wird sowohl ihm als auch seinen künftigen Nachkommen die Einbürgerung verwehrt. Für seine weißen Altersgenossen aus Albanien und Bosnien sieht die Sache anders aus; sie und ihre Kinder können Italiener werden.

Alessandra ist Psychologin und unterstützt ehrenamtlich Gruppen, die Immigranten nach der Ankunft in der neuen Umgebung das Einleben erleichtern wollen. Sie organisieren Sprachunterricht, Schulbesuch und Arbeitssuche. Der Fonds zur sozialen Eingliederung von Einwanderern unterstützt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Programmen und Kursen. Alessandra zeigt mir ein Buch und eine DVD mit dem

Titel „La meta di me“ (Die Hälfte von mir), die aus der Projektarbeit mit Einwanderern der zweiten Generation hervorgingen.

Es gibt viele Projekte dieser Art. Die Erfahrung hat gezeigt, dass ein großer Teil der Immigrantenkinder in Italien bleiben möchte und folglich eine Chance bekommen sollte, so schnell wie möglich eingebürgert zu werden. Von der aktuellen Einwanderungspolitik hält Alessandra nichts. Das Gesetz, das Immigranten erlaubte, ihre Familien nachzuholen, wurde abgeschafft. So kommt es, dass die meisten Wirtschafts- und Kriegsflüchtlinge alleinstehende junge Männer sind, die sich mit einer ganzen Reihe von Problemen konfrontiert sehen: Depressionen, Alkoholismus, Drogen, Kriminalität. Sie haben keine Motivation und kein Ziel mehr. Zu überleben ist allein kein Anreiz. Alessandra stellt einen Vergleich an, den ich schon früher gehört habe: Sie spricht von den Erfahrungen der ersten Italiener in den Vereinigten Staaten. Wenn man den Menschen eine Möglichkeit bietet, sich in die Gesellschaft zu integrieren, ergreifen sie sie für gewöhnlich. Ja, dem amerikanischen Schmelztiegel liegt ein anderes Einwanderungskonzept zu Grunde; aber auch hier in Italien, sagt Alessandra, sollte Einwanderung solidarisch und menschlich gestaltet

„Außer Frage steht jedoch, dass die nichteuropäischen Einwanderer etwas ganz Eigenes nach Europa mitbringen und wir uns in zunehmendem Maße mit einer Hybridkultur auseinandersetzen müssen, die auch vor europäischen Kulturheiligen nicht Halt machen wird.“

werden und auf dem Prinzip des beiderseitigen Vorteils beruhen.

Beiderseitiger Vorteil

Ein Beispiel für diesen „beiderseitigen Vorteil“ ist Elvira Mujcic, die als knapp Dreizehnjährige aus Srebrenica nach Italien fliehen musste. Sie absolvierte Schule und Studium und ist heute eine erfolgreiche Schriftstellerin. Eine italienische Schriftstellerin, denn sie schreibt auf Italienisch. Während wir bei melanzane alla parmigiana in einem kleinen Restaurant in der Via del Boschetto sitzen, unterhalten wir uns über Identität. Für Elvira bedeuten bosnische Herkunft und Schreiben auf Italienisch keinen Widerspruch; tatsächlich spricht sie Italienisch inzwischen besser als ihre Muttersprache, für die sie sich im Laufe unseres Gesprächs immer wieder entschuldigt. Identität ist kein starres Korsett, das man ein für alle Mal angelegt bekommt. Wir sprechen darüber, dass die eine Identität, die bosnische, eine zweite, italienische nicht ausschließt. Elvira liebt die bosnische Küche und die italienische Sprache. An ihrem Geburtsort möchte sie nicht mehr leben, und das liegt nicht nur daran, dass es in Bosnien keine Arbeit für sie gäbe. Nein, sie hat das Gefühl, nach Italien zu gehören. Hier ist sie zur Schule gegangen, hier lebt und arbeitet sie, hier hat sie sich verliebt.

Als Europäerin fiel ihr die Eingewöhnung vergleichsweise leicht. Für die Anwohner der Piazza Vittorio Emanuele sieht es anders aus, besonders für jene, die von anderen Kontinenten und aus anderen Kulturkreisen kommen. Doch selbst dort werden Erfolgsgeschichten geschrieben. Zum Beispiel gibt es das Orchestra di Piazza Vittorio. Inzwischen ist es recht bekannt, hat drei Alben

veröffentlicht, dreihundert Konzerte in aller Welt gegeben und einen Dokumentarfilm inspiriert. Seine Musiker kommen aus Tunesien, Brasilien, Kuba, den USA, Ungarn, Ecuador, Argentinien, dem Senegal, Indien und, natürlich, Italien. Die Besetzung wechselt ständig. Das Orchester wurde 2002 vom Dirigenten Mario Tronco gegründet, der ursprünglich nur die Kampagne zu Rettung des Apollo-Kinos unterstützen wollte.

Noch interessanter als seine Entstehungsgeschichte ist das Musikspektrum des Orchesters. Einmal habe ich es geschafft, eine Karte zur Premiere der „Zauberflöte“ im Teatro Olimpico zu ergattern. An jenem Abend hatte sich Roms progressive Elite eingefunden, ich habe sogar einige Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens entdeckt. Dieses Ereignis wollte sich niemand entgehen lassen. Ein Zuschauer, der sich weder für Mozart noch für das Orchester interessiert, hätte die Veranstaltung als Mischung aus Oper und Popkonzert erlebt. Die Musiker spielten Klassik, Ethno, Jazz, Pop, Rap, Reggae und Mamba.

Zwischen den Einsätzen der tunesischen Sängerin und den Soli von arabischer Laute, Kora, Djembé, Dumdum und Sabar hörte ich die „Zauberflöte“ heraus, bekannte Arien der Königin der Nacht, des Papageno, Sarastro und Pamino. Die „Oper“ wird in sechs Sprachen aufgeführt: Arabisch, Portugiesisch, Spanisch, Deutsch, Englisch und Wolof. Die Handlung entspricht nicht ganz dem Libretto, und das Ende wartet mit einer Überraschung auf. Natürlich handelt es sich nicht um eine herkömmliche Inszenierung. Schon das Plakat warnt die Zuschauer vor und kündigt eine Interpretation an: „Die Zauberflöte nach dem Orchestra di Piazza Vittorio“. Mario Tronco weist darauf hin, dass er keine herkömmliche Aufführung der Oper im Sinn hatte: „Wir haben uns bei der

musikalischen Gestaltung große Freiheiten genommen und uns das herausgepickt, was zu unserem Orchester passt. Unsere Inszenierung bezieht andere Kulturen mit ein. Unsere Musiker kommen von weit her, und das meine ich nicht nur im geografischen Sinn. Jeder einzelne bringt seine Kultur mit, seine Sprache...“ Während es bei Mozart darum gehe, wie es „früher einmal war“, möchte das Orchester zeigen, „wie es eines Tages sein wird“.

Und tatsächlich hatte ich an diesem Abend das Gefühl, das Orchester habe eine Tür zu Europas Zukunft aufgestoßen. Wir betrachten Mozarts Kompositionen als wichtigen Teil unseres europäischen Kulturerbes. Viele Zuschauer wünschten sich vielleicht eine werktreue Aufführung der Zauberflöte, was die gelungene Integration der Orchestermitglieder unter Beweis gestellt hätte. In den Ohren einiger mag eine solche Interpretation oder Überarbeitung der Mozart'schen Musik, egal wie kunstfertig und intelligent sie ist, blasphemisch klingen. Außer Frage steht jedoch, dass die nichteuropäischen Einwanderer etwas ganz Eigenes nach Europa mitbringen und wir uns in zunehmendem Maße mit einer Hybridkultur auseinandersetzen müssen, die auch vor Mozart und anderen europäischen Kulturheiligen nicht Halt machen wird.

Die Aufführung zeigte auch, dass Neuankömmlinge aus anderen Kulturräumen sich entgegen aller Erwartungen nicht notwendigerweise der vorherrschenden Kultur anpassen, sondern versuchen, sich Elemente des Vorgefundenen anzueignen – ein Prozess, der im Leben genauso stattfindet wie in der Kunst. Dabei spielt die Statistik eine entscheidende Rolle, denn je mehr Immigranten aus Afrika und Asien ankommen, desto wahrscheinlicher wird es, dass ihr Einfluss nicht auf Essen, Musik, Mode

Angela, hab Erbarmen!

Die Türkei hat seit letztem Jahr über eine Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Die in Deutschland bekannteste Gruppe unter ihnen sind jesidische Kurden aus dem Irak, die allerdings einen geringen Anteil an dieser Zahl haben. Sie fanden Zuflucht in kurdischsprachigen Städten der Türkei, obwohl es sich bei den aufeinander-treffenden Kurden um Angehörige unterschiedlicher Sprachgruppen handelt.

Die meisten Flüchtlinge kamen bereits im letzten Jahr in der Türkei an. Sie waren vor dem Assad-Regime aus Syrien geflohen. Manchmal handelte es sich auch einfach um Angehörige der Freien Syrischen Armee, die zum Ausruhen in die Türkei kamen oder ihre Familien in der Südtürkei unterbrachten und dann wieder gemütlich die Grenze nach Syrien passierten. Vor einem Jahr war es noch ohne Weiteres möglich, aus Syrien in die Türkei zu fliehen. Der heutige Präsident und damalige Regierungschef der Türkei, Tayyip Erdoğan, lud diese Syrer persönlich ein, Zuflucht in „seinem“ Land zu finden. Manche dieser syrischen Gäste entpuppten sich nach ihrer Ankunft als Kämpfer der Al-Nusra-Front, einem Al-Qaida-Ableger. Bereits vor einem Jahr, ich befand mich zum damaligen Zeitpunkt in der türkisch-syrischen Grenzregion, gab es eine Fluchtbewegung von syrischen Kurden Richtung Irak. Da die internationalen Nachrichtenagenturen nicht in der Südtürkei, sondern in Istanbul stationiert waren (um über die dortige Gezi-Bewegung zu berichten), erscheint die Nachricht von syrischen Kurden, die sich in Gefahr befinden, relativ neu. Das Problem ist aber vergleichsweise alt. Also mindestens über ein Jahr alt.

Als ich am Flughafen im südtürkischen Hatay im September 2013 war, konnte man von Angestellten erfahren, dass Islamisten den Flughafen über gesonderte Ein- und Ausgänge nach Gusto benutzten.

Nun, da es sich bei den eingeschlossenen Flüchtlingen vor den türkischen Grenzen nicht um Assad-Gegner, sondern in großer Zahl um Kurden, die von der IS bedroht werden, handelt, wurde die Situation von der türkischen Regierung politisch anders bewertet. Der türkische Präsident hatte Angst, dass sich unter den Flüchtlingen Kämpfer der kurdischen Untergrundorganisation PKK befinden und machte die Grenzen dicht. Der Ärmste. Die PKK, mit der er bis neulich noch am politischen Verhandlungstisch saß, machte ihm Angst. Der IS mit seinen zahlreichen unappetitlichen Abergangern und Vorgängerorganisationen hat ihm noch keine unruhige Nacht beschert.

Seit einigen Wochen gibt es in der Türkei Unterschriftenkampagnen und Veranstaltungen mit dem Titel „Öffnet den Korridor!“. Teile der Bevölkerung in der Türkei fordern von ihrer Regierung, dass Kurden aus Rojava, die durch den IS bedroht werden, nicht von der Türkei abgeschottet werden sollen. Durch geöffnete Korridore soll es den Anti-IS-Einheiten logistisch einfacher gemacht werden, sich zu wehren. Im Grunde genommen möchten die Menschen, dass diejenigen, die gegen den IS kämpfen, die gleichen Chancen und Möglichkeiten bekommen, die bewaffnete Dschihadisten auch bekamen. Entlang der Grenze zu Syrien sind die Bewohner auf der türkischen Seite enorm in Aufruhr und fühlen sich den Opfern nahe. Es wurden tagelang lange Menschenketten auf der türkischen Seite entlang der Grenze gebildet. Die Menschenkette

riss auch in den Nächten nicht ab. Es ist leicht, über die türkische Regierung, ihre Politik und ihren Umgang mit der Flüchtlingsfrage zu urteilen. Während wir zu Recht mit dem Finger auf die Türkei zeigen, lesen wir zeitgleich, dass man in einem hessischen Flüchtlingsheim einem Schutzbedürftigen auf den Kopf steigt und ihn auffordert, sich in sein Erbrochenes zu legen. Nach und nach kommt ans Licht, dass Burbach kein Einzelfall ist. Zudem hat sich die Zahl der Anschläge auf deutsche Asylbewerberheime seit letztem Jahr verdoppelt. Wenn wir nicht aufpassen, landen wir eines Tages noch im jährlichen Bericht von Amnesty International. Eine Handvoll Flüchtlinge in unserem Land reichen aus, dass sich Wähler, Parteienlandschaften und manche Medien reflexartig nach rechts bewegen. Was würde man in Deutschland machen, wenn eineinhalb Millionen Flüchtlinge aufgenommen werden würden? Bestimmt würden keine Menschenketten gebildet werden, die darum bitten, die Grenze weiter zu öffnen, egal für wen.

Wann hat man von Angela Merkel ein Wort über die deutsche Flüchtlingsfrage gehört? Als die Misshandlungsfälle bekannt geworden sind, hat sie ihren Sprecher vorgeschickt, auszurichten, dass die Regierung entsetzt sei. Ach, Angela Merkel, habe doch Erbarmen und öffne Schutzkorridore, damit Asylbewerber aus Burbach und anderswo in Deutschland in ein freies und selbstbestimmtes Leben fliehen können. Scham allein als politische Reaktion ist büßsüchtig wenig.

Mely Kiyak

und Gebräuche beschränkt bleibt, sondern sich irgendwann auch auf die Gesetzgebung auswirkt. Dennoch sind heute nur wenige Europäer bereit, freimütig zu sagen: Ja, das stimmt, na und?

Der Diskussion über die Integration und Assimilierung (andere Modelle scheinen undenkbar) von Einwanderern sind Grenzen gesetzt. Sie mag sinnvoll sein, wenn es um innereuropäische Immigration aus Albanien oder Bosnien geht, nicht aber, wenn sie sich mit den Roma befasst, die aus demselben Teil der Welt stammen und doch eine andere Kultur und Geschichte teilen.

Und was ist mit den nichteuropäischen Flüchtlingen, die aus dem Süden über Lampedusa, Sizilien und die spanische Küste kommen, oder mit jenen aus dem Osten, aus Afghanistan, die über die Türkei, Griechenland und Bulgarien einreisen? Immerhin machen sie den größten Teil des Zuwandererstroms aus. Die meisten Europäer, egal ob pro oder contra Einwanderung, sind sich über zivilisatorische Errungenschaften einig, die alle Immigranten respektieren sollten, besonders jene aus anderen Kulturräumen: die Gleichberechtigung der Frau, Achtung der Menschenrechte, Demokratie. Aber was ist mit der Kunst, die von Natur aus grenzüberschreitend ist?

Vielleicht sollten wir uns mit der Frage befassen, wie Mozart, Bach und Beethoven in der Zukunft klingen werden. Und wie liebgezwungene Traditionen sich verändern werden, falls sie es nicht schon längst getan haben. Ein Beispiel ist die Produktion von Muranoglas. Die kleine Insel Murano, seit dem späten 13. Jahrhundert für ihre Glasbläserkunst bekannt, gibt heute ein trauriges Bild ab. Die meisten der alten Fabriken sind geschlossen. Die überwiegende Zahl der Schmuckstücke, Figuren, Schüsseln, Lampen, Briefbeschwerer und Flaschenstopper,

die heutzutage in Venedigs Souvenirläden verkauft werden, wurde in China hergestellt.

Zwar liegt der hübschen Halskette ein Zertifikat bei, das sie als Original aus Muranoglas ausweist; doch mit höchster Wahrscheinlichkeit handelt es sich um Muranoglas Made in China. Der Durchschnittstourist wird den Unterschied nicht bemerken. Genauso wenig wird er sich fragen, wie die winzige Insel, die er am Vortag besucht hat, in der Lage ist, solche Massen von Andenken zu produzieren, oder warum der wunderschöne Glasring und der hübsche Armreif nur ein paar Euro kosten. Und warum alle Artikel identisch aussehen, sprich: aus Massenproduktion stammen. Denn die auf der kleinen Insel Murano hergestellten Objekte sind einzigartig. Daran erkennt man sie. Das zweite Merkmal ist ihre kunstfertige Ausführung.

Ich bekam eine Gelegenheit, einen Blick in die Werkstatt hinter meiner Wohnung in der Calle Fiubera zu werfen. Andrea, der dort arbeitet, zeigte mir alle möglichen Gegenstände, vom Briefbeschwerer bis zum Schmuckstück. Man sagt, es sei nicht einfach, die Originale aus Murano von den chinesischen Kopien zu unterscheiden. Bei der Internetsuche nach Warnhinweisen und Erkennungsmerkmalen stieß ich auf Werbung für Muranoglas aus China. Das ist natürlich Unsinn, steht der Begriff Murano doch nicht für eine bestimmte Technik, sondern für einen Herkunftsort. Andrea zeigte mir zwei Armreifen. Der eine war makellos, der andere erwies sich bei genauerem Hinsehen als krude Nachbildung.

Der Massentourismus hat zu einer Nachfrage geführt, die Murano selbst bei voller Auslastung aller Kapazitäten nicht befriedigen könnte. Aber die Chinesen, sagt Andrea, haben weder einen Sinn für das Original noch moralische Skrupel, wenn es um die

Herstellung von Kopien geht. Am meisten ärgerte ich mich, als Andrea mir eine millifiori-Glaspelkette aus Murano zeigte und ich begriff, dass die Kette, die ich am Vortag gekauft hatte, eine billige Fälschung war.

Die „Gefahr einer Invasion“, wie sie manche Politiker heraufbeschwören, liegt nicht in der Zahl der Immigranten allein (in Italien leben nur 200 000 Chinesen, 2 000 davon in Venedig), sondern auch in ausländischen Investitionen und Aufkäufen von Immobilien und Grundstücken. Das Geld befördert den Wandel schneller und nachhaltiger als alle Einwanderer. Zuerst kamen Chinesen nach Venedig, um kleine Ladengeschäfte zu kaufen und zu Shops für „Muranoglas“ und Lederwaren umzubauen. Dann erwarben sie Bars und Restaurants. Mittlerweile sind sie bei den Palazzi angekommen, die zu Hotels umfunktioniert werden.

Eines Abends – ich fuhr gerade mit dem Vaporetto Nr. 2 von der Ponte dell'Academia zur Haltestelle San Marco an der Riva degli Schiavoni – fiel mir auf, dass ganze Abschnitte des Canal Grande unbeleuchtet waren. Die Paläste lagen im Dunkeln, als seien sie unbewohnt. Wie mir ein venezianischer Freund erklärte, handelt es sich um die Sommerresidenzen der Reichen; jedoch liegen dazwischen auch Häuser, die der Stadt gehören und die zum Verkauf stehen. Die Veränderung kommt auf vielen Wegen, und sie kommt nicht nur in Gestalt der armen Seelen, die es geschafft haben, Lampedusa oder einen anderen Teil Italiens lebend zu erreichen.

Die Veränderung kommt nicht nur durch Essen, Mode und Musik, sondern auch durch Banken, Investoren und Geld, nicht zuletzt durch Geldwäsche und Korruption. Während die Europäer noch über höhere Zäune nachdenken (wenn man bloß wüsste,

wo genau die Grenze verläuft!) und darüber, wie man die Immigranten fernhalten und Europas kulturelle Werte schützen kann, die von der Globalisierung, sprich: Amerikanisierung längst ausgehöhlt sind, investieren die Chinesen nach Lust und Laune. Sie kaufen Palazzi, bauen sie zu Hotels um und schlagen so aus dem europäischen Kulturerbe ihren Profit – manche Venezianer sprechen ganz offen von Geldwäsche. Vom venezianischen Standpunkt aus betrachtet wirkt die Angst vor muslimischen Einwanderern, wie sie in Frankreich und Italien umgeht, geradezu lächerlich.

Mein Nachbar sagt, Venedig sei dabei, sich zu verwandeln. Nicht in ein Freilichtmuseum, wie ich Romantikerin immer glaubte, sondern in einen Freizeitpark à la Disneyland, gewinnbringend betrieben von chinesischen Investoren. Vermutlich hat er Recht. Ob schnell oder langsam, legal oder illegal, mit viel Geld oder ohne, als Flüchtlinge oder als Investoren – die Einwanderer werden weiterhin kommen. Als ich Venedig verlasse, die gefälschte Muranoglaskette in der Tasche und das Orchester di Piazza Vittorio im Ohr, stelle ich mir vor, wie Mozart in chinesischer Überarbeitung klingen würde, aufgeführt in nicht allzu ferner Zukunft von einem chinesischen Orchester im Teatro La Fenice.

Slavenka Drakulić ist eine der bekanntesten kroatischen Schriftstellerinnen und Journalistinnen, ihre Romane und Sachbücher wurden in viele Sprachen übersetzt, sie schreibt u.a. für das „New York Times Magazine“, die „Süddeutsche Zeitung“ und „La Stampa“. Sie lebt in Wien und Istrien. Dieser Text ist Teil des internationalen Projekts „Mirrors of Europe“, für das Autoren aus zahlreichen europäischen Ländern literarische Reportagen schreiben. Die Reihe wird in Zusammenarbeit mit Eurozine koordiniert.

Wovon reden wir, wenn wir von uns reden Korruption, Drogenhandel, Armut: In Scharen fliehen die Menschen aus dem Kosovo. Unser Autor kam als junger Mann in den Neunzigerjahren nach Deutschland und wurde Schriftsteller. Jetzt machte er sich zu einer Reise ins 20. Jahrhundert auf, über die Schlachtfelder Westeuropas zu den Orten des Grauens in Ex-Jugoslawien. Der Europatrip endete in der bitteren Gegenwart seiner alten Heimat Kosovo: Wer sich dort nicht mit den mächtigen Clans verbündet, hat kaum Perspektiven. *Von Beqë Cufaj*



meistgelesenen Autoren ist, Haruki Murakami, und sein Buch mit dem Titel „Wovon ich rede, wenn ich vom Laufen rede“. Gestützt auf diese beiden Bücher dieser beiden Autoren habe ich spontan diesen Essay ebenso betitelt, wie ich es getan habe. Ich gebe zu – erneut ein wenig beschämt – so verfahren zu sein, ohne die geringste Idee gehabt zu haben, was genau ich Ihnen hier erzählen werde. Über mich selbst und dadurch auch über uns. Weil, wie uns der Portugiese Fernando Pessoa lehrt, jeder von uns nicht nur einer ist. Innerhalb von uns gibt es mehrere Ichs. Nicht unbedingt die besten. Oder umgekehrt.

Bei dem Versuch, auf jegliches Theoretisieren und jegliche Moralpredigt zu verzichten, werde ich mich bemühen, das zu tun, was vielleicht das einzige ist, was zu leisten ich fähig bin: erzählen.

Und ich werde mir dabei stets bewusst sein, dass ich daran scheitern werde. Sie wissen es selbst: Das Ganze hängt davon ab, in welchem Umfang man scheitert. Je mehr, desto besser. Je weniger, desto schlimmer.

Würde ich einige Lesungen aus meinem letzten Roman, die ich im vergangenen Jahr in Deutschland, Österreich und der Schweiz abgehalten habe, beiseitelassen, so wäre dies heute das erste Mal nach einem vollen Jahr, dass ich mit einem Text an die Öffentlichkeit trete. Und das gilt sowohl für die deutsche Sprache – meine zweite, als auch für das Albanische – meine erste Sprache, meine Mut-

erlauben Sie mir schon zu Beginn ein wenig beschämt einzugestehen, dass der Titel dieser Abhandlung nicht der Originellste ist. Genauer gesagt: Er spielt auf zwei Buchtitel zweier Autoren an, die die meisten von Ihnen sicherlich gelesen oder von denen die meisten doch zumindest gehört haben. Zunächst geht es um Raymond Carver, den amerikanischen Erzähler, der in seinem Buch „Wovon wir reden, wenn wir von Liebe reden“ in ganz einfacher Sprache Eheleben, Viertel, Familie, Sterbebett, Konditorei, Kathedrale, Autobus, Casino, Zug, Exil, Heimat und an was sonst nicht allen Orten die menschlichen Dramen des vergangenen Jahrhunderts aufgreift.

Die zweite Anspielung betrifft seinen Freund und Übersetzer aus dem Amerikanischen ins Japanische, der heute einer der

tersprache. Dies bedeutet aber nicht, dass ich nicht geschrieben hätte. Im Gegenteil. Gänzlich zurückgezogen vom öffentlichen Leben, sei es in Deutschland, sei es im Kosovo, in Albanien und dem Balkan überhaupt – ohne zu wissen, wohin ich gehen werde und was ich an diesem noch unbestimmten Ort überhaupt wollen sollte – und auf alle Gefahren hin, die mit der für einen Vater und Ehemann selbstverständlichen Verantwortung zu tun haben – habe ich am Schreibtisch sitzend in Stuttgart monatelang damit nicht aufgehört: in jeder möglichen Hinsicht scheiternd.

Zwischen Fluch und Privileg

Ohne ein zufriedenstellendes Ergebnis und dadurch auch mit der Gefahr, die weitere Erfahrung der eben gleichen Lebensweise fortzuführen. Was ich damit sagen will: Ein Künstler, und insbesondere Schriftsteller zu sein, muss ein eigenartiger Irrsinn sein. Vor allem in der Zeit, die wir heute erleben und in der wir leben. Ich weiß, dass viele Kolleginnen und Kollegen bereits das Gleiche gesagt haben. In unterschiedlichen Zeiten und Umständen. Nun aber gilt dies insbesondere für die Zeit, die wir jetzt durchleben.

Vor nicht weniger als einem Jahrzehnt, wie in Jahrhunderten und Jahrhunderten zuvor auch schon, war ein Schaffender zu sein nicht nur ein Fluch, sondern auch ein Privileg. Heute ist jeder von uns ein Künstler

„Gelebt wird schnell. Vergessen wird noch schneller. Und die neuen Technologien, trotz allem einbringenden Fortschritts, tragen zugleich auch die Gefahr leichter Kontrollierbarkeit ihrer Nutzer.“

und Schriftsteller. Maler und Musiker. Dank der Zeit, die wir durchleben, können Sie am Schreibtisch, von Ihren Smartphones und ihren Laptops aus ein Gedicht, eine Erzählung oder einen Roman schreiben. Sie können fotografieren, designen, singen, malen und schaffen. Und das dann in ein virtuelles Netz stellen – Facebook, Twitter, YouTube oder sonst wohin, wo neben den Verwandten und Freunden auch Tausende und Abertausende andere sich für dieses oder jene „Werk“ interessieren könnten, das im Rahmen des engen Kreises bleiben kann.

Manchmal kann das dennoch unerwarteten Erfolg zeigen, mit dem zuvor niemand gerechnet hätte. Wenn Max Brod nach dem Willen seines Freundes Franz Kafka dessen Manuskripte verbrannt hätte oder wenn die mit Handschriften von Fernando Pessoa gefüllten Kisten nicht einige Jahrzehnte gewartet hätten, wären die beiden Autoren nicht entdeckt und dadurch verewigt worden. Heute ist die Zeit, die wir durchleben, nicht nur eine neue Etappe der Lebensweise, auch das Unwissen, das Dilemma, was danach kommen wird, ist beängstigend. Gelebt wird schnell. Vergessen wird noch schneller. Und die neuen Technologien, trotz allem einbringenden Fortschritts, tragen zugleich auch die Gefahr leichter Kontrollierbarkeit ihrer Nutzer. Dazu jedoch später. Weil ich Ihnen jetzt von meiner Erfahrung erzählen möchte, die ich innerhalb eines runden Monats – und zwar des letzten Monats – erlebt habe.

Am 21. Dezember 2014 nahm ich den Zug und fuhr Richtung Paris und von dort weiter in die Normandie. Sollte mich der Zug ins Licht führen? Ich verbrachte eine Nacht und einen Tag in dieser Gegend, wo Tausende und Abertausende von Jugendlichen, Eltern, Kindern, Menschen verschiedener Nationen aus Europa und den Vereinigten Staaten ein-ander vor fast 70 Jahren in nur

wenigen Monaten auf die grausamste Weise töteten, und dabei den Küstenstreifen eines der schönsten Gebiete Europas in ein Massengrab verwandelten, wo der Mensch nicht umhin kommen kann, nach dem Sinn zu fragen, wo keiner ist, nach der Logik, die keine Logik hat, nach der Ideologie, die keine Ideologie hat, aber auch nach dem Gefühl voller Angst und Bedauern, Entsetzen und Fluch dieser großen Grabstätte.

Ohne eine gesunde Erklärung für kollektive Unsinnigkeiten zu finden, ist wohl der Mensch und ist wohl die Menschheit für das erhebliche selbstzerstörerische Potenzial vorherbestimmt, jenseits jeglicher Logik der Ideologie und der Massenmanipulation. Nach all dem fragte ich mich selbst, als ich aus der Normandie Richtung Waterloo nach Belgien fuhr und das Häuschen sah, wo Napoleon noch immer an seinen Sieg glaubte.

Welchen Sieg? Jenen, der auch heutzutage noch als eine der größten Niederlagen der Menschheit bezeichnet werden kann? Wo auch heutzutage belgische Bauern noch auf Knochen von vor anderthalb Jahrhunderten getöteten Soldaten stoßen, wenn sie die Grundmauer eines Hauses errichten wollen? Und trotz des Fortschritts der forensischen Wissenschaften ist es schwierig, eine genaue Entzifferung durchzuführen, ob diese Menschen Franzosen, Deutsche, Belgier, Russen, Österreicher oder vielleicht balkanische Söldner waren.

Das gleiche könnte man sagen über das Massaker von Leipzig... von wo ich mit großer Mühe nach Österreich reisen konnte. Meine zweite Heimat Stuttgart umgehend. Ich weiß selbst nicht, warum. Oder ich weiß, warum. Ich wollte schlicht, ohne Virtualität (Internet) und Mobilität (und damit auch durchweg reduzierten Kontakte) die Vergangenheit berühren. Der Pfad meiner Reise führte mich zum Zentralfriedhof in Wien. Plötzlich las

ich den Namen einer prominenten Freundin, die bereits um die achtzig sein müsste und die ich seit einigen Jahren nicht gesehen habe. Als ich ihren Namen las, dachte ich, dass sie gestorben wäre.

Aber nein. Die betreffende Dame, eine bekannte Jüdin, hat sich selbst schon leicht verewigt, indem sie ihr eigenes Geburtsdatum eingetragen hatte. Der Tod wird kommen und in dem Augenblick, wenn sie neben ihrem Ehemann liegen wird, wird auch ihr Sterbedatum eingetragen werden von fremder Hand. Diesmal und im Unterscheid zu ihren Eltern, ihren Geschwistern, wird sie friedlich ruhen und nicht wegen einer irrsinnigen Ideologie zu Staub und Asche gemacht. Haben Brahms und andere Kollegen, die dort ruhen, mit ihren Tönen all die Dramen vorhergesehen, die die Menschheit im letzten Jahrhundert erwarten haben?

Vom Zentralfriedhof über den der Unbekannten, mal mit der Bahn und mal mit dem Bus, mal zu Fuß und mal per Anhalter, sah ich mich selbst in Bosnien und Herzegowina. Zuerst Sarajevo, dort, wo vor 100 Jahren der Erste Weltkrieg begann, der das alte Europa einstürzen ließ. Also in einem der größten Flecken des neuen Europa. Wo vor nur 19 Jahren, ich wiederhole, nur 19 Jahren, mit dem Segen und der Einwilligung der niederländischen, und damit auch der europäischen Blauhelme, innerhalb von 48 Stunden, nicht weniger und nicht mehr als 8 000 Kinder, Männer und Greise getötet und niedergemetzelt wurden. Nur weil sie einem Volk angehörten, das schwächer als das andere war.

Die von Milošević, Karadžić und Mladić kommandierten Serben massakrierten also unbewaffnete und zivile Muslime und berdigten sie später zusammen, um die Spuren ihres Verbrechens zu verwischen. Das Srebrenica des betrübnen Jahresendes ähnelte

einem Ort, wo der Tod auf dem Grund, am Himmel, an den Bäumen, am Strauchwerk, in Häusern, auf Straßen, auf kleinen Plätzen, über Tälern und Bergen zu spüren ist. Und insbesondere an den finsternen, zutiefst unglücklichen Gesichtern sowohl der Serben als auch der Muslime.

Von dort ist Serbien nicht weit und ich konnte so leicht einreisen. Dank der deutschen Staatsbürgerschaft und des deutschen Reisepasses, mit einem Wort, dank des Deutscheins (obwohl mit einem kosovoalbanischen Vor- und Nachnamen) kann man frei reisen, ohne Angst zu haben, dass man angehalten oder misshandelt wird wie ein Feind, der während des letzten Krieges im Kosovo im Jahr 1999 als „Terrorist“ angesehen wurde, der die serbischen Kräfte des Milošević-Regimes bekämpft hat, ein Regime, das ein Jahrzehnt lang für den blutigsten Krieg in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich ist. Ein Krieg, dessen Narben noch nicht verheilt sind.

Insbesondere ist Serbien das Land, in dem ich unbedingt verweilen muss. In Novi Sad und Novi Bečej in der Vojvodina, aber auch in Belgrad und Raška. Ich möchte die Gegend sehen, wo ich auch heute noch nicht weiß, wo genau die Gebeine meines im Zweiten Weltkrieg getöteten Großvaters liegen. Mein Vater und seine beiden Brüder leben inzwischen nicht mehr. Sie hatten es nie ge-

„Und trotz des Fortschritts der forensischen Wissenschaften ist es schwierig, eine genaue Entzifferung durchzuführen, ob diese Menschen Franzosen, Deutsche, Belgier, Russen, Österreicher oder vielleicht balkanische Söldner waren.“

schaft, aufzuklären, ob seine Ermordung während der letzten Offensive der Partisanen gegen die Nazis und ihrer Kollaborateure (unter denen auch mein Großvater zu sein schien) durchgeführt wurde.

Und sie konnten seine Grabstätte nie finden. Ich wollte endlich, nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem letzten Krieg der 90er-Jahre, nunmehr mit einem deutschen Reisepass ausgestattet, die Gegend sehen, wo seine Gebeine höchstwahrscheinlich liegen sollten. Ohne die geringste Hoffnung, etwas in Erfahrung bringen zu können. Und mit der Wiederholung, um das nicht anders zu nennen, dass auch fünfzehn Jahre später, auch heute noch, die Körper von mehr als 1 000 Albanern, Zivilisten aus Kosovo, vermisst werden, die massakriert und nach Serbien transportiert wurden, in Kühlfahrzeugen und Kühlräumen untergebracht wurden, in den Fluss Save gekippt und unterhalb von Straßen eingegraben wurden, die jetzt mit Asphalt bedeckt sind und über die nun Pkws aus Serbien, vom Balkan und aus Europa fahren. Zuletzt wurden im Dezember des vergangenen Jahres unter einer Straße in einer Stadt im Süden Serbiens, Raška, die Überreste von vielen Albanern gefunden, eine Straße, über die jede Minute ein Fahrzeug mit 60 Stundenkilometern hinweg fährt.

Ich kann es mir denken, in diesem Augenblick kann sich jemand fragen: Was bringt diesen Mann dazu, finstere Geschichten zu erzählen und eine Reise quer durch Europa zu machen, deren Strapazen ihn zusehends verlotterten? Von der französischen Normandie über Belgien, Deutschland, Österreich, den Balkan bis hin zu seiner traurigen Geschichte über seinen Großvater und über die Körper von tausenden Vermissten, die auch heutzutage eine große, lebendige und unvorstellbare Sorge bleiben, nicht nur für die Familienangehörigen. Und was hat all das mit Stuttgart

zu tun? Ich sage: Vieles. Während ich versuche, meine schnellen Erinnerungen von dieser langen, bis ins Knochenmark strapaziösen Reise zusammenzubringen, dort unten in einer europäisch eingerichteten Wohnung im zehnten Stock eines neuen Wohnhauses inmitten der Hauptstadt des jüngsten europäischen Staates, der Republik Kosovo, tauchen vor mir zwei Sachen auf. Die mehrtägige Reise in alle Ecken dieses Landes und Stuttgart. Die noch unverheilten Wunden aus dem letzten Krieg in Kosovo, wo Tausende und Abertausende unschuldiger Menschen starben, der Einmarsch der NATO-Streitkräfte, an dem zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg die deutsche Bundeswehr sowohl an den militärischen Übergriffe gegen die Truppen von Milošević als auch an dem Einmarsch der Bodentruppen nach dem Aufgeben des Letzteren beteiligt war.

„Nie wieder!“

Auch nach dem „Nie wieder!“ also sind wir Deutsche in einen neuen Krieg gezogen, diesmal als Teil einer neuen Allianz, einer Allianz, die im Zweiten Weltkrieg Gegner des Nazismus war. Und dies nach der Wiedervereinigung Deutschlands, die dann nur neun Jahre später, also im Jahr 1999 durch den Einsatz der damaligen rot-grünen Regierungskoalition die wachsende Verantwortung der Bundesrepublik in jedem Bereich und in jeder Richtung herausstellte.

Diese Wiedervereinigung macht heute, zweieinhalb Jahrzehnte später, nicht nur Europa zu Europa, sondern Europa ohne die deutsche Rolle und Macht unvorstellbar. Je erfreulicher, desto beängstigender. Weil sich erneut die einstigen Reminiszenzen gegenüber der deutschen Übermacht auf dem alten Kontinent und darüber hinaus hervorheben.

Das zweite Bild, das mir vor Augen erscheint, ist jenes von einem Deutschland, von einem Stuttgart in den 50er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Soll es Verrückte wie mich gegeben haben, die Zeit und Kraft hatten, aus Verzweiflung das Unmögliche zu suchen: den Sinn für das Böse im Menschen und in der Menschheit zu finden, als unschuldige junge Menschen sterben, weil jemand es ihnen sagt, ihnen befiehlt, sich in Mörder zu verwandeln, damit sie dann auf den endlosen Feldern Europas als Tote liegen bleiben. Über Jahrhunderte hinweg.

An all das denke ich und vor mir habe ich eine Aussicht auf die Hauptstadt des kosovarischen Staates, Priština, wo ich die erste Hälfte meines Lebens verbracht habe. In Wirklichkeit gibt mir mein Leben, das aus zwei beinahe gleichen Hälften besteht, 24 Jahre in Kosovo und beinahe 20 Jahre in Deutschland, das sowohl zeitliche als auch physische Recht, mich als eine zweigeteilte Person zu fühlen. Die eine Hälfte gehört dem einen Land, die andere Hälfte dem anderen. Doppeltes Gewicht, das belastet, soweit das eine auf das andere übertritt.

In Deutschland und in Europa versuche ich nicht selten auch die Äußerung anzuführen, dass ich nicht nur Kosovo-Albaner sondern auch Balkanese bin. Balkanese im wahrsten Sinne des Wortes, der sich auch als Deutscher fühlt. Die Zeit, die wir erleben, ist auch nicht dermaßen schwierig, so dass der Mensch sich ein wenig als beides fühlt. Und dies geschieht dank der Erziehung aus dem Land, aus dem ich stamme. Aber auch, und das muss ich zugeben, dank der Traumata der in den 1990er-Jahren erlebten Kriege. Anders gesagt, sobald ich im Kosovo bin, muss ich mich zwanghaft als ein Deutscher fühlen, der dieses halbzerstörte und halbaufgebaute, dieses halbverwundete und halbgeheilte, dieses halbtraumatisierte

und halbübertraumatisierte, dieses halbarme und halbüberarme, dieses halbentkolonialisierte und halbkorrupte, dieses halbeuropäperspektivische und halbtürkischreale, dieses halbislamische und 20-Prozent-christliche, dieses halb-der-UNO-beigetretene und halbneuanerkennungsperspektivische Land nicht sieht.

Kosovo, das Land meiner Abstammung, bleibt auch heutzutage, anderthalb Jahrzehnte nach der Befreiung, eines der merkwürdigsten Laboratorien der Großmächte, in dem sie alle ihre absonderlichsten Projektionen zu realisieren suchen. Die Amerikaner hatten nach dem Krieg die größte Militärbasis seit dem Zweiten Weltkrieg errichtet. Die UNO hatte die größte Mission seit ihrer Gründung, seit ihrer Existenz aufgebaut, und die EU hat heute dort ihre größte internationale Mission, seitdem sie besteht. Keine dieser Institutionen hat die Ziele ihrer Arbeit erfüllt. Denn Kosovo bleibt weiterhin ein Land, das seine volle Hoheit nicht auf sein gesamtes Gebiet ausbreiten kann.

Weil Kosovo weiterhin kein UN-Mitglied ist. Weil die Bürger von Kosovo, obwohl dort die größte Mission in der Geschichte der EU vorhanden ist, die Einzigen auf dem Kontinent sind, die nicht das Recht haben, sich frei in den EU-Staaten zu bewegen. Diese Aufgabe hätte die EU schon seit acht Jahren durch ihre Präsenz erfüllen sollen, aber jeden Tag ist immer deutlicher zu sehen, dass sie nicht nur versagt hat, sondern wir, die Steuerzahler nicht einmal die leiseste Ahnung haben, was

„Die eine Hälfte gehört dem einen Land, die andere Hälfte dem anderen. Doppeltes Gewicht, das belastet, soweit das eine auf das andere übertritt.“

diese Menschen in jenem Land tun.

Eine Light-Version des Neokolonialismus. Ein Irrsinn, der früher den Franzosen in Algerien, den Briten in Indien oder auch den Deutschen in Afrika nachgesagt werden konnte – in Kosovo hat eine Form eines Zusammenschlusses von großen Nationen Platz gefunden und äußert sich auf seine bizarrste Art und Weise. Eine „Internationale Gemeinschaft“, die nicht dort ist, um Probleme zu lösen, sondern die selbst zum Teil des Problems geworden ist. Indem sie in den ungelösten Konflikten mit Serbien zu vermitteln versucht – vom nördlichen Teil des Kosovo bis hin zu den Verschwundenen oder „Missing Persons“, wie sie im Jargon dort heißen.

Um uns nicht misszuverstehen: Der Einfluss der internationalen Gemeinschaft, und damit auch der von uns Steuerzahlern, war groß, um nicht zu sagen lebenswichtig. Hierbei dürfen wir die stehende Realität nicht vergessen, dass etwa 70 Prozent unser Hilfsleistungen in das Ursprungsland zurückgeflossen sind und zurückfließen. In die Taschen der internationalen Helfer. Das gilt nicht nur für Nachkriegsstaaten wie Kosovo oder Bosnien und Herzegowina, sondern auch für Haiti und anderen von Naturkatastrophen betroffenen Regionen.

Erinnern wir uns hier ein wenig an Europa und konkreter an Nachkriegsdeutschland. Tatsache ist, dass es die Deutschen waren, die den Krieg verloren haben, aber ebenso Tatsache ist, dass die deutschen Frauen und Männer diejenigen waren, die dieses Land wieder aufgebaut haben und zu dem gemacht haben, was es heute ist.

Ohne aufzuhören, an meine beiden Länder, meine beiden Wesen innerhalb eines Körpers zu denken, komme ich nicht umhin, mich entsetzt zu fühlen. Wenn ich dieses Land sehe – Priština, die Hauptstadt Kosovos: zubetoniert, korrupt, kriminalisiert und

ohne die geringste Hoffnung, aus dieser fast depressiven Lage schnell herauszukommen. Mit einem Wintergrau, das nur zu Filmszenen eines Polen namens Krzysztof Kieślowski passen könnten.

Europas erste Pforte zur Türkei

Ich lasse die Resignation beiseite und um zu zeigen, was es bedeutet, in Priština zu leben, schildere ich folgende Szene: Ärgerer ich mich in Stuttgart-Degerloch – weil ich für Zuhause einkaufen muss –, wenn eine alte Dame, die bestimmt ein Leben lang auf der Löwenstraße lebt und all die vorher genannten Grausamkeiten erlebt hat, mit der Verkäuferin einer Bäckerei oder jener von Lidl kurz reden möchte, so müsste in Priština eine ebenso alte Dame das Weinen ihres Enkels erdulden, weil sie in ihren Taschen nur 5 Euros hat, obwohl der zu zahlende Betrag sich auf 5 Euro und 70 Cent beläuft. 70 Cent kostet ein Orangensaft, den sie für die nötigeren Milch opfern muss. Das braucht sie für die ganze Familie.

Soll ich mich glücklich fühlen, weil ich mit den 70 Cents, die ich in dem Augenblick für den Orangensaft spende, das Weinen des Kindes gestoppt habe? Keinesfalls. Im Gegenteil. Dieses Kind wird weiterhin weinen und sein Wachstum mit diesen Schwierigkeiten sollte tatsächlich eine große Warnung dafür sein, in welchem Zustand dieses Land sich befindet. Sollen wir, als Bürger der Hemisphäre der – sagen wir es mal so – Reichen, glücklich sein, dass wir auf alle möglichen unterschiedlichen Formen unterentwickelter Gebiete nicht nur des Balkans, der Europas erste Pforte zur Türkei ist, sollen wir also glücklich sein, dass wir Ländern, die in der Entwicklung begriffen sind oder sich in schwierigen Lagen befinden, Almosen geben?

Bleiben wir bei Kosovo. Es ist das einzige Land in Europa, wo – genauer gesagt im nördlichen Teil – ein eingefrorener Konflikt zwischen Belgrad und Priština vorhanden ist, wo die Großen aus Europa und den USA, mit der deutschen Regierung an der Spitze sich intensiv darum bemühen, eine friedliche Lösung dieses Gebietskonfliktes zu vermitteln. Ist nur der ethnische Hass zwischen den Serben und den Albanern das, was sowohl Serbien als auch Kosovo in einer Pattsituation in etwa 15 Prozent des Territoriums hinterlässt?

Natürlich nicht. Dieser Teil von Kosovo hat etwas, was kein Staat in Europa hat. Das haben nur China sowie teilweise Russland und Afrika. All diese großen Staaten, die in dem ethnischen Konflikt „vermitteln“, sprechen von Frieden, aber tragen etwas anderes in ihren Gedanken. Bodenschätze und insbesondere das Erz, das sie „Seltene Erde“ nennen. Um es präziser zu sagen: Die Seltene Erde und andere Bodenschätze des ärmsten Landes Europas werden einem der größeren Staaten Europas das Monopol für 200 bis 300 Jahren geben, weil das für die Produktion von modernen Technologien wie Chips und EDV auf unserem Kontinent gebraucht wird.

Als ein Mensch und Autor mit der Neigung zur Übertreibung, mit balkanischen Genen für Verschwörungstheorien, aber gleichzeitig auch mit dem kühlen, realistischen und deutschen Ansatz, nehme ich den Mut zusammen, um zu sagen: Als die größten Erfolge aus dem Einsatz der internationalen Gemeinschaft, das heißt UNO, OSZE, EU würde ich in meinem Land einige Sachen aufzählen: die leibliche Sicherheit. Mit anderen Worten: Kosovo ist ein sicheres Land. Danach kommt die Gastronomie. Das Essen in diesem Land kann man mit den Stuttgarter Festle (häufig stattfindende Straßenfeste mit kulinarischen Köstlichkeiten)

vergleichen. Und ganz zum Schluss kommen das Internet und die Telefonie. Nach den letzten Angaben des Entwicklungsprogramms der UN (UNDP) verfügen etwa 78 Prozent der Bevölkerung über einen Internetausschluss. Sogar in den tiefsten Dörfern des Landes haben die Menschen W-LAN und Kabelfernsehen.

Der Fußball ist vertreten, aber dank der fehlenden Mitgliedschaft in der UNO darf die Nationalmannschaft von Kosovo, geschweige denn die Vereine, nicht einmal mit den Stuttgarter Kickers, geschweige denn mit dem VfB spielen, dem prominenteren Stuttgarter Fußballklub. Die Kultur in den städtischen Teilen ist durchaus entwickelt, vor allem Bereiche wie Underground-Szene, Musik, bildende Künste und Kurzfilme, wobei die letztgenannten als Form des Protests gegen die schwierige Lage in allen Lebensbereichen dienen. Literatur ist auch vorhanden. Aber zur kosovarischen und albanischen Literatur im Allgemeinen – also aus Albanien – äußere ich mich nie, wobei zu sagen ist, dass es mit der Kunst und der Literatur ähnlich wie mit jenen in Österreich und Deutschland steht: wir haben eine einheitliche Sprache, nur die Ausmaße sind kleiner.

Ich mische mich da nicht ein, weil ich den Spruch des großen Meisters Franz Kafka übernommen habe: „Kleine Kulturen, streitsüchtige Kulturen!“ Mit einem Wort: als Autor habe ich stets versucht, öffentliche Präsentationen und Lesungen in dem Land,

„Wenn die Politik, die Regierung, aber auch die Opposition korrupt sind, worüber überall berichtet wird, so ist auch die akademische, mediale, künstlerische und sonstige Elite ebenso korrupt.“

in dessen Sprache ich schreibe, auszuweichen. Ich fühle mich einfach nicht wohl und habe Angst, es anders zu nennen, dass ich mich schämen könnte, weil die Menschen, die Kollegen andere Sorgen und Probleme haben, mit denen sie sich in ihrem Alltag auseinandersetzen.

Anders gesagt, wenn die Politik, die Regierung, aber auch die Opposition korrupt sind, worüber überall berichtet wird, so ist auch die akademische, mediale, künstlerische und sonstige Elite ebenso korrupt. Jeder ist zu Diensten des anderen und man begreift nicht, wer mit wem oder wer gegen wen ist. Die Hoffnungen auf große intellektuelle Bewegungen, auf Persönlichkeiten mit Profil, die ihre Stimme erheben könnten, um die verkehrten Entwicklungen aufzuhalten, sind gleich Null. Der Fisch ist demnach nicht nur am Kopf faul – also die Regierung –, sondern sein ganzer Körper. Und die Situation ist dermaßen schlecht, dass, während ich hier diese Zeilen schreibe, sich jemand fragen könnte: Was macht nun dieser Mensch dort?

Oder umgekehrt: Warum versucht dieser Mensch nicht mehr zu helfen, damit die Lage verändert wird? Ich meine, dass beide Fragen berechtigt sein müssten, wenn ich sie mir stelle. Aber gleichzeitig sage ich, dass es durchaus logisch ist, dass man dafür viel mehr Zeit, Mühe, Schweiß, Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit und mit sich selbst braucht, damit notwendige Änderungen stattfinden. Nicht nur Kosovo ist korrupt, sondern die gesamte Region, die einst knapp 22 Millionen Einwohner hatte, von denen nur neun Millionen – in Slowenien und Kroatien – es geschafft haben, der EU beizutreten. Die anderen Staaten, Bosnien, Serbien, Montenegro, Kosovo, Mazedonien sowie Albanien, müssen vor allem damit beginnen, dieses große Übel aufzuhalten und anschließend auch zu bekämpfen, womit ihnen der Weg offen stehen

würde, Teil unserer Familie, der europäischen Familie, zu sein.

Vielleicht ist die Position, aus der ich spreche, sehr bequem. Auf den ersten Blick. Aber im Kern beinhaltet diese Bequemlichkeit einen großen Schmerz über die schwierige Lage all dieser Staaten und insbesondere des Kosovo. Unsere Verantwortung als Deutsche und Europäer ist groß, weil wir diesem Staat, im Jahr 1999 als Region und seit 2008 als Staat, geholfen haben, damit er befreit, unterstützt und zum Staat erklärt wird. All diejenigen, die verstehen, was es bedeutet, Angehöriger von zwei Nationen – mit oder ohne doppelte Staatsbürgerschaft – zu sein, können auch die Bürde der Verantwortung für die weitere Unterstützung bei der Demokratisierung und beim Aufbau des Rechtsstaates für dieses Baby spüren, das sich immer noch im Brutkasten befindet. Oder Labor. Jeder nehme es, wie er es will!

Ich kann es mir denken, dass ich als Folge meiner langen Reise oder – mit Murakami gesprochen – meines Laufs, nicht umhin komme – mit Carver gesprochen – bei meiner Liebe halt zu machen. Es gibt keinen Zweifel, dass meine Liebe Stuttgart ist. Jeder Teil von dieser Stadt und alles Gute oder alles Schlimme von ihr. Was mir an Stuttgart gefällt, sind die Menschen. Von jeder Nationalität oder Abstammung. Ich weiß, dass es nicht leicht ist, die Menschen zu lieben, die man nicht kennt. Hierzu habe ich auch eine originelle Geschichte. Sofort nach dem Krieg, während einer langen und beschwerlichen Reise mit einem deutschen Kollegen, mit dem ich etwa zwei Monate lang an einem Dossier für die Wochenzeitung „Die Zeit“ gearbeitet hatte, sagte er mir, als er mir zuhörte, wie ich über die Albaner sprach: „Ich verstehe dich recht gut, dass du deine zwei Millionen Albaner lieben kannst, aber sage mir: Wäre es nicht etwas mühsam, dass ich meine 80 Millionen

Deutsche liebe?“ Heute, zehn Jahre nach der mühevollen Arbeit an diesem Dossier, sage ich, dass es mir schwer fällt, die 80 Millionen Deutschen und meine zwei Millionen Albaner zu lieben.

Deshalb besser Stuttgart. Das bringt mich zu der Idee, um nicht zu sagen, Feststellung, dass der Mensch denjenigen lieben sollte, den er nahe hat. Respekt, Freundlichkeit, Kultur, welche zwischen Bürgern in einem Viertel, Dorf oder einer Stadt vorhanden sind, spiegeln tatsächlich auch die Kultur und den Stand einer ganzen Gesellschaft wider. Trotz des ganzen Tagesstresses und der Widersprüche, dass die gelebte Zeit äußerst schnell ist, müssen wir als Deutsche durchaus stolz sein, dass wir heute so sind, wie wir sind. Dass die Welt eine außergewöhnliche Achtung vor Deutschland und den Deutschen hat.

Allein die Tatsache, dass das deutsche Modell eines der meistbegehrtesten auf der Erdkugel ist, ungeachtet der Vorurteile und des Neids mit all den möglichen und unmöglichen Missverständnissen, ungeachtet der parteiinternen Unterschiede, sage ich, dass die deutsche Arbeitstugend, die Auseinandersetzung mit der grausamen Vergangenheit und die Bereitschaft zur Hilfe in anderen Ländern und Kontinenten dazu geführt haben, dass wir das sind, was wir sind. Wenn ich aus dieser Position spreche, kann natürlich jemand mit dem Kopf schütteln und diese Feststellung unter die Lupe nehmen.

Aber dennoch setzen alle Parameter diesen Staat und insbesondere unsere Region unter die am meisten entwickelten, sicheren, gebildeten, integrierten (ausländerpolitisch bezogen) usw. Ich sage das auch wegen einer Tatsache: In knapp 20 Jahren, die ich in der Bundesrepublik gelebt habe, habe ich dieses große und wunderbare Land von Mecklenburg-Vorpommern bis hin nach Berchtesgaden und Königssee gesehen (bedauerlicher-

weise kenne ich die Insel Sylt nicht). Und diese dermaßen gute Lage gibt mir nicht das Recht, an die Weisheit der jüdischen Mütter zu denken, dass „wenn es dir am besten geht, fang an zu weinen, weil jetzt die schlimmen Zeiten beginnen“.

Es gibt noch viel zu tun und es gibt viele Gefahren, die uns nicht nur hier in Stuttgart erwarten, angefangen beim Klimawandel als Folge der schnellen Industrieentwicklung, über die Gefahren vom Terrorismus bis hin zu den möglichen Finanzstürzen, die natürlich alles wie ein Kartenhaus zusammenbrechen lassen könnten. Diese Angst herrscht bei jedem von uns und als Bürger dieses Landes ist es nicht nur unsere Aufgabe, sondern wir müssen daran arbeiten, auf jede Partei und Regierung Druck auszuüben, damit wir uns um die Umwelt kümmern, an der Terrorismusvorbeugung arbeiten, indem wir den Staaten helfen, die schwere Wendeprozesse durchmachen, und indem wir berücksichtigen, dass die Großverdiener etwas mehr für den Staat geben und damit die sozial schwächeren Schichten unterstützen.

Ich beginne, die Gefahr zu spüren, die Rolle des Predigers zu übernehmen, deshalb muss ich hier halt machen und erwähnen, dass es eine Ehre für mich ist, dass diese Stadt, in der ich mit Unterbrechung seit 20 Jahren lebe, mich bislang niemals enttäuscht hat. Auch als ich schwierige Lebensphasen durchlebte, die mit dem Krieg in den 1990er-Jahren

„Respekt, Freundlichkeit, Kultur, welche zwischen Bürgern in einem Viertel, Dorf oder Stadt vorhanden sind, spiegeln tatsächlich auch die Kultur und den Stand einer ganzen Gesellschaft wider.“

zusammenhängen, oder auch die große und lange schöpferische Stille, die Abwesenheiten wie die letzte von über einem Monat, mein Stuttgart hat mir nie den Rücken gekehrt.

Ohne selbst zu wissen, warum und wie, meine letzte Station von jeder Bewegung oder auch Projektion, wohin ich mich retten kann oder wo Ruhe finden kann: körperlich, seelisch, psychisch – Sachen oder Zweifel, die vielleicht vollkommen gewöhnlich für einen Schöpfer und vor allem für einen Angehörigen dieses außerordentlichen Planeten sind, haben mich hierhin, in dieses Stuttgart, zurückgebracht. Das muss auch der Grund dafür sein, dass in meinem winzigen Opus keine Orte häufiger genannt werden als Kosovo und Stuttgart. Und in meinem letzten Buch wird der Stuttgarter Stadtteil Degerloch als einziger Ort mit einer genauen Bezeichnung erwähnt. Wenn mich jemand fragt, weshalb ich das tue: Ich habe keine Ahnung. Was ich weiß, ist, dass ich nicht über Sachen schreiben kann, die ich nicht kenne oder sehe, spüre oder berühre. Ich würde sogar so weit gehen, dass mir nicht einmal Kosovo selbst die Auszeichnung oder den Respekt gezollt hat, wie mein Ort es jetzt tut. Und das überzeugt mich, dass ich weiterhin an diesem Ort leben muss. Mag sein, dass es wie die Liebe auf den ersten Blick ist. Und davon, wie wir alle wissen, gibt es kein Zurück mehr. Sei es gewonnen oder verloren.

War meine lange Reise von einem Monat eine Versuchung, aus Stuttgart zu fliehen, um etwas zu finden, was ich verloren habe? Ich weiß es nicht. Gleichzeitig muss ich eingestehen, dass mir, während ich körperlich in Stuttgart bin, vor meinem geistigen Auge mein Geburtsort erscheint. Einige Dörfer in der Hochebene von Dukagjini, die ich nach 19 Jahren durchquerte und wo auch dieses neue Jahr begann. Mit einer einzigen Frage, die ich mir stellte und die ich Ihnen nicht

vorenthalten möchte: Ich wollte mich selbst mit dem Spruch konfrontieren, ob die Heimat eines Menschen dort ist, wo man sich wohlfühlt?

Ich sage, dass diese Frage, insbesondere in der Zeit, in der wir leben, falsch gestellt ist. Weil die Heimat eines Menschen dort ist, wo er ewig ruhen möchte und wo er sich wohlfühlt. Die schnelllebige Zeit und die transatlantischen Bewegungen, geschweige denn jene innerhalb unseres Kontinents, sind schneller als von Stuttgart nach Hamburg mit dem Auto oder mit der Bahn. Das bedeutet keinesfalls, dass ich eine Entscheidung getroffen habe. Letztendlich hat die eine Hälfte die andere noch nicht ergänzt. Das braucht noch etwas Zeit, noch einige Jahre. Bis Deutschland und Stuttgart mein Geburtsland und meinen Geburtsort auch mathematisch besiegen. Was ich sagen möchte, ist, dass während des Besuches in meinen Dörfern, aus denen meine Eltern stammen, ich nach Jahren und Jahren das Grab meines Vaters besucht habe. Ich fragte mich, ob ich ein besseres Schicksal als mein Großvater haben werde, dessen Vornamen ich sowieso trage und dessen Grab uns auch heute nicht bekannt ist.

Die Tatsache, dass ich mich in dieser Abhandlung, die eigentlich über uns sein sollte, mehr auf mich fokussiert habe, muss von dieser langen und mühevollen Suche beeinflusst sein. Aber ich denke demnach, dass jeder von uns, wenn er diese Worte liest, sich denken kann, wie wichtig es ist, wenn man weiß, wo seine Wurzeln sind, woher man stammt und was man von Beruf sein möchte jetzt und in Zukunft. Dass wir uns im Grunde kaum voneinander unterscheiden. Mit der Familiengeschichte, oder jener der Kriege und des Friedens. Dass jeder von uns jeweils zwei oder mehr Ichs hat. Dass es jedem von uns gut tun würde, wenn er sich rasch entscheidet, was er werden möchte, solange es nicht zu spät ist.

Dass jeder von uns nur ein Leben hat, das es zu leben gilt, und aus diesem Grund nicht der Fehler gemacht werden sollte, dieses Leben auf die falsche Art und Weise zu leben. Dass die Verantwortung und die Fürsorge für die Familie, für die Angehörigen, für das Umfeld und für den Ort, wo man leben will, nicht nur Lebenskultur bedeutet, sondern auch Erbe.

Ich stimme dem irgendwo gelesenen Spruch zu, dass für eine Familie das Dasein eines Künstlers in deren Schoß eigentlich einem Fluch gleichkommt. Die Unsicherheit im Alltag, die Labilität im Beruf, die Angst vor dem Scheitern, die unerfüllten Verantwortungen, all das, was einem rationalen Menschen als ein großer und fürchterlicher Alptraum erscheinen würde, wenn er einem Schöpfer gegenüberstünde, der als seine zentrale Priorität das Leben mit und von der Kunst setzt. Denn der Unterschied zwischen Erfolg und Scheitern ist nicht groß. Der Erfolg ist der Sturm, hinter dem eine Wüste bleibt, die alles mit sich nimmt. Das Scheitern ist die Grundstellung, sich in den Abgrund zu stürzen. Diese und solche Zweifel haben natürlich nicht nur Schöpfer. Die hat beinahe jeder, der atmet und über Leben und Tod nachdenkt. Und das Leben geht dennoch weiter. Wenn wir mit den Worten unseres großen Lehrers, William Faulkner, sprechen, „Der Mensch ist die Menschheit und die Menschheit will und wird unbedingt jedes Unvorhergesehene, jede Gefahr, jede Katastrophe jeglichen Ausmaßes überleben“.

Während ich in diesem Land, in diesem Wohnhaus sitze und vor mir diese betonierte Stadt habe, sind meine Gedanken und meine Seele in jeder Ecke von Stuttgart, besonders bei meiner lieben Frau und meiner Tochter. Und während ich diese Zeilen lese, kann niemand aus meinen Gedanken die Bilder verscheuchen, wie aus diesem Teil unserer Stadt die Gesichter der Bürger meines ande-

ren Landes, von Kosovo, Priština und den umliegenden Dörfern erscheinen werden.

Vor allem erscheinen mir die Gräber der Menschen, die bei dem letzten Krieg vor 15 Jahren in Kosovo gefallen sind. Große Familien, emblematische Familien von Kosovo, die ihre Kinder, Frauen, Söhne, Männer und Greise geopfert haben und deren Gräber neben ihren Häusern liegen. Wie nie zuvor in der jungen Geschichte des Balkans leben in Kosovo die begrabenen Toten neben den Lebenden. Ein beispielloser Akt in der jüngsten Geschichte der Menschheit. Wird dieser Akt dem Frieden und einer sicheren Zukunft dienen? Das weiß ich nicht und das können wir nicht wissen. Ich weiß nur, dass, wenn wir sprechen und das Leben leben, wir einander lieben müssen, auch wenn wir laufen und auch wenn wir rasten. Weil wir eins als Menschen, als Menschheit sind – und wir sind wir!

Beqë Cufaj, Jahrgang 1970, ist ein kosovoalbanischer Schriftsteller, der mit seiner Familie in Stuttgart lebt. Er hat Sprach- und Literaturwissenschaft in Priština studiert, schreibt heute für diverse Zeitungen auf dem Balkan und in Westeuropa, darunter die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, die „Neue Zürcher Zeitung“ und den „Courrier International“, und hat mehrere Bände mit Essays und Prosa veröffentlicht. Im Zsolnay-Verlag erschien 2000 „Kosova - Rückkehr in ein verwüstetes Land“. 2005 folgte der Roman „Der Glanz der Fremde“. Zuletzt wurde von ihm der Roman „projekt@party“ im Seccession Verlag veröffentlicht.

Ein Europa mit zwei Gesichtern Ein Stück europäische Kulturgeschichte aus den Niederlanden: Sankt Nikolaus beschenkt brave Kinder am Vorabend des 6. Dezember. Er hat schwarze Helfer dabei. So ist es Tradition. Aber ist das politisch korrekt? Darüber ist in dem einst so toleranten Polderstaat ein Kulturstreit entbrannt, der stellvertretend für andere europäische Länder grundsätzlichere Fragen aufwirft. *Von Rindert de Groot und Farid Tabarki*



am Vorabend des 6. Dezember. Jedes Jahr im November, so will es die Tradition, kommt Sinterklaas mit dem Dampfer von seinem Unterschlupf in Spanien. Begleitet wird er dabei von einer Reihe von Helfern, Schwarzer Peter genannt. Sie alle sind gekleidet in Renaissance-Gewänder, mit schwarzen Gesichtern, Afrolocken, Ohrringen und mit leuchtend rotem Lippenstift. In den Tagen vor dem großen Fest reitet Sinterklaas über Hausdächer, die einer der Schwarzen Peter dann herunterklettert.

Wenn das Kind brav war, legt der Schwarze Peter ein kleines Geschenk in den Schuh, den das Kind neben den Kamin gestellt hat (oder heute in der modernen Zeit neben die Heizung). Die Kleinen bekommen dann, gewöhnlich zusammen mit einem Gedicht, am Vorabend des Geburtstags des Heiligen größere Geschenke.

Sinterklaas ist der Namensvetter von Santa Claus, der vom Original abweicht und keine religiösen Merkmale oder farbigen Helfer hat. Im Dezember bekommen die niederländischen Kinder eine Süßigkeit. Die meisten Familien mögen auch die stärker kommerzialisierte „Ho-Ho-Ho“-Figur, aber lassen für gewöhnlich die Geschichte aus, dass er die Geschenke bringt. Im Gegensatz dazu präsentieren sogar die niederländischen Nachrichten die Aktionen von Sinterklaas, als existiere der heilige Philantrop tatsächlich. Diese Travestie geht viel weiter

Keine Folklorefigur hat eine so hitzige, landesweite niederländische Debatte ausgelöst wie Zwarte Piet (Schwarzer Peter), der farbige Diener von Sinterklaas (Sankt Nikolaus). Jedes Jahr sorgt er für Kontroversen, aber 2014 war er der Gegenstand eines echten gesellschaftlichen und politischen Aufruhrs. Aber beschreiben wir doch zunächst einmal diese „erfundene Tradition“, die die niederländische Gesellschaft gespalten hat. Dann zeigen wir die größeren Zusammenhänge auf und werfen ein Schlaglicht auf die Art und Weise, wie Europa heutzutage mit seinem kulturellen Erbe und äußeren Einflüssen darauf umgeht.

Worum geht es in der niederländischen Diskussion über Zwarte Piet? Die Niederländer feiern den Geburtstag von Sinterklaas

als zum Beispiel in Belgien, wo Sinterklaas nur für Kinder da ist und weit weniger politisch brisant.

Lieder über Sinterklaas und Zwarte Piet sind altmodisch. Mitte der 1800er-Jahre nahm die aktuelle Tradition ihre heutige Form an, stark beeinflusst vom Buch des ehemaligen Lehrers Jan Schenkman, der sich einen Mohr als Diener für den Heiligen ausgedacht hat. Heute singen die Kinder: „Sinterklaas, komm herein mit deinem Diener“ und „Obwohl ich schwarz wie Ruß bin, habe ich gute Absichten“. Nicht besonders politisch korrekt, könnte man sagen.

Nahezu niemand nimmt (bisher) Anstoß an der Tatsache, dass Sinterklaas ein männlicher Weißer mit pompösen religiösen Symbolen ist – er trägt die Kleidung eines Bischofs, zusammen mit Bischofsmütze (Mitra) und Stab. Die Erscheinung von Zwarte Piet hingegen ist nicht unumstritten, um es gelinde auszudrücken.

*„Bin Schwarz wie Ruß,
habe gute Absichten“*

„Zwarte Piet ist Rassismus“, hieß es 2013 auf dem Plakat eines Protestierenden, als Sinterklaas in die Stadt kam, worauf der Demonstrant schnell verhaftet und kurz darauf mit Entschuldigungen wieder freigelassen wurde. Im Jahr 2014 eskalierte die Diskussion und die Niederlande spalteten sich in zwei Lager: Das eine meinte, die Tradition müsse verändert werden, um die politische Kontroverse zu bereinigen, das andere meinte, sie müsse so erhalten bleiben, wie sie ist: „Es ist nicht politisch, es ist einfach ein Fest für die Kinder“, sagen die Menschen, oder konservativer: „Es ist eine Tradition!“

Der englische Komiker Russell Brand nannte es einen „kolonialen Kater“. Das hört

sich sehr grenzwertig an, da die Veröffentlichung von Jan Schenkman's Buch mit dem Höhepunkt des niederländischen Kolonialismus zusammenfiel. Das war nur zehn Jahre bevor die Sklaverei in Suriname, einer damals niederländischen Kolonie, endgültig abgeschafft wurde. Aber wie das auch bei echten Katern ist: Die Einen leiden viel mehr darunter als die Anderen. Communitys in Suriname und von den Antillen sind gewöhnlich dafür, Zwarte Piet anzupassen, wie auch viele progressive niederländische „Ureinwohner“ großer Städte. Dagegen wollen Menschen in den Provinzen die Tradition im Allgemeinen so erhalten, wie sie ist. Wir selbst werden von beiden Seiten attackiert.

Die angebotenen Lösungen, um das Dilemma zu lösen – ein Regenbogen-Zwarte Pieten und ähnliches – erscheinen alle schrecklich künstlich. Zudem ist die Gesellschaft voller Rituale und Traditionen, die ihren Ursprung in einer unehrenhaften Vergangenheit haben; diese auszulöschen, lässt uns nur vergessen, lehrt uns aber nicht, mit ihnen umzugehen. Doch auch die Argumente des traditionalistischen Lagers sind nicht besonders ansprechend. Sie klingen konservativ, sogar xenophob und populistisch. Einige Menschen gehen so weit, dem reformistischen Lager vorzuwerfen: „Ihr wollt uns unsere Kindheit stehlen!“

Diese letzte Bemerkung ist so absurd wie interessant. Wie können Menschen nur die Evolution einer Tradition als Beschädigung ihrer Erinnerungen verstehen?

Die niederländische Bevölkerung scheint, wie der doppelgesichtige römische Gott Janus geworden zu sein. Eines seiner Gesichter schaut nach hinten und das andere nach vorne. Janus ist der Gott der Innovation und der Übergänge, etwa von Krieg zu Frieden. Schließlich führt jeder Konflikt unweigerlich zu einer neuen Situation in der

Zukunft und niemals zu einer vollständigen Wiederherstellung der Vergangenheit. Das ist der Lauf der Zeit. Und in diesem Licht betrachtet, haben die Konservativen Pech. Alle Traditionen sind, unabhängig von ihrem Alter, fest verbunden mit ihrer aktuellen Auslegung und gesellschaftlichen Wirklichkeit.

Selbst an Zwarte Piet hat der Zahn der Zeit in den letzten Jahrzehnten seine Spur hinterlassen. Von einer furchterregenden Figur, deren Aufgabe es war, unfolgsame Kinder mit der Rute zu züchtigen oder sie in einen Leinensack zu stecken und mit zurück nach Spanien zu nehmen, entwickelte er sich zu einem spielerischen Charakter, der die Autorität von Sinterklaas ein bisschen untergräbt und mit dem sich Kinder leicht in Beziehung setzen und identifizieren können.

Zum ersten Mal hat sich die Diskussion über den sogenannten Rassismus von Zwarte Piet wirklich schnell im Netz verbreitet. Moderne Technologie hat die Resonanz der Argumente multipliziert, sowohl jener für als auch gegen das traditionelle Modell. Tausende Twitter-Nutzer haben ihre Stimme erhoben. Online-Petitionen in beide Richtungen erhalten großen Zulauf. Jeder glaubt zu wissen, worum es bei dem Fest geht; es scheint so, als ob jeder seine eigene private Version hat, die dann zufällig das einzig mögliche Modell für das Fest ist. Sinterklaas und Zwarte Piet sind kein gemeinsames Ritual mehr, sondern jedermanns persönliches Eigentum.

Hier kommt einem das Werk von Walter Benjamin in den Sinn. In seinem brillanten Essay „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ beschreibt er, wie moderne Reproduktionstechnologien die Aura des Kunstwerks verschwinden lassen. Denn Authentizität ist kein entscheidender Faktor mehr. Einzigartigkeit und Fortbestand weichen der Vergänglichkeit

und Reproduzierbarkeit.

Weder Zwarte Piet noch Sinterklaas sind Kunstwerke – sie sind eine Tradition. Aber es ist interessant, sich Benjamins Einsichten in einer Zeit anzusehen, in der Reproduzierbarkeit das Kennzeichen jedes kulturellen Ausdrucks ist.

Es macht heute noch weniger Sinn als zu Benjamins Zeit, nach einem Original zu fragen. Keine Fotografie hat mehr ein Originalnegativ; Authentizität ist das, was ein Betrachter in jeder beliebigen Version sehen kann, die in irgendeinem Medium existiert. Modern ausgedrückt: Künstlerische Ausdrucksformen werden an die Wünsche der Masse angepasst. Etwa wenn sich ein bemerkenswertes Foto rasend schnell verbreitet und Hunderte soziale-Medien-Süchtige ihm eine neue lustige Bildunterschrift geben. Walter Benjamin bewies einige Voraussicht in den krisengeschüttelten 1930er Jahren. Er meinte, dass angesichts der Irrelevanz der Authentizität eines Kunstwerks die Verbindung zwischen Kunst und Tradition unterbrochen sei. Wir würden gerne noch weiter gehen: Heutzutage, da kein Modell, das von der Spitze irgendeiner Hierarchie heruntergereicht wird, die Integrität der ihm zugrunde liegenden Tradition belegen kann, wird Tradition selbst zu einem fluiden Konzept, das jeder für sich beanspruchen und verändern kann. Wir zitieren hierzu eine Schlüsselpassage in Benjamins Essay:

„Die Einzigkeit des Kunstwerks ist identisch mit seinem Eingebettetsein in den Zusammenhang der Tradition. Diese Tradition selber ist freilich etwas durchaus Lebendiges, etwas außerordentlich Wandelbares.“ Walter Benjamin

„Die Reproduktionstechnik [...] löst das Reproduzierte aus dem Bereich der Tradition ab. Indem sie die Reproduktion vervielfältigt, setzt sie an die Stelle seines einmaligen Vorkommens sein massenweises. Und indem sie der Reproduktion erlaubt, dem Aufnehmenden in seiner jeweiligen Situation entgegenzukommen, aktualisiert sie das Reproduzierte. Diese beiden Prozesse führen zu einer gewaltigen Erschütterung des Tradierten – einer Erschütterung der Tradition, die die Kehrseite der gegenwärtigen Krise und Erneuerung der Menschheit ist. Sie stehen im engsten Zusammenhang mit den Massenbewegungen unserer Tage. Ihr machtvollster Agent ist der Film. Seine gesellschaftliche Bedeutung ist auch in ihrer positivsten Gestalt, und gerade in ihr, nicht ohne diese seine destruktive, seine kathartische Seite denkbar: die Liquidierung des Traditionswertes am Kulturerbe.“

Wir kommen gerade aus einer anderen Krise, rund 80 Jahre später, und beobachten eine andere Erneuerung der Menschheit. Mindestens drei Entwicklungen haben eine nie dagewesene Eigendynamik entwickelt.

Erstens hat der technische Fortschritt das soziale Geflecht unserer Gesellschaft verändert. Aufgrund der Geschwindigkeit und Zahl der Beziehungen zwischen uns allen werden Verbindungen zwischen beliebig vielen Menschen in Lichtgeschwindigkeit aufgebaut und unterbrochen. Flexible Kommunikation und Kooperation ist die zweite Natur der Digital Natives, jener Glücklichen, die in eine Welt hineingeboren sind, in der es schon das Internet und soziale Medien gab.

Zweitens, teilweise als Ergebnis einer früheren Entwicklung, sind traditionelle soziale Strukturen kurz davor, zunichte gemacht zu werden. Traditionelle, hierarchische Organisationsmethoden weichen Flexibilität und

ad-hoc-Arrangements, die spontan an neu entstehende Umstände angepasst werden können. Mittlere Manager und politische Entscheidungsträger leiden unter den Auswirkungen: Sie sind immer weniger relevant, da horizontal organisierte Vermittler und Do-it-yourself-Initiatoren übernehmen.

Drittens ist der Ort immer weniger relevant. Die Welt ist ein globalisierter Marktplatz und sogar die härtesten Grenzen werden immer durchlässiger. Massenhafte Einwanderung ist heute eine Realität und auch ein Muss für die Zukunft.

In diesem Licht betrachtet, könnte man die Worte Walter Benjamins etwas anders interpretieren. Was er „die Liquidierung des Traditionswertes am Kulturerbe“ nannte, muss man nicht als „Zerstörung“ deuten. Das kulturelle Erbe wird liquide, also verflüssigt, statt liquidiert: Es wird zu einem wahrhaft fluiden Konzept. Kulturelles Erbe, das die Aura der Authentizität verloren hat, hat nur Bedeutung in den Augen der vielen Betrachter, das heißt: in unzähligen sozialen Realitäten.

Flüchtige Moderne

Hier kommt einem der Philosoph Zygmunt Bauman in den Sinn, der den Begriff „flüchtige Moderne“ („liquid modernity“) geprägt hat. Bauman glaubt nicht an die Postmoderne als radikalen Bruch mit der Vergangenheit, sondern betont stattdessen die Kontinuität: Liquidität als ein Zusatz zu den bestehenden modernen Beziehungen. Das ist angesichts der von ihm genutzten Metapher ziemlich seltsam. Denn der Übergang von etwas Festem zu einer Flüssigkeit ist ziemlich abrupt. Wenn man eine feste Materie der Hitze aussetzt, wird zu einem genau bestimmbar Punkt die

ganze Struktur der Substanz plötzlich so verändert, dass man sie nicht mehr wiedererkennt. Die Partikel in einer festen Substanz können ihrer strengen Anordnung nur mit viel Kraft entkommen, wohingegen sie sich in einer Flüssigkeit frei bewegen können.

Wir haben diesen Prozess im Zusammenhang mit der Bedeutung Europas beschrieben. Das Bild einer Festung mit klar festgelegten Strukturen zu ihrer Unterstützung und Verteidigung hat keine große Relevanz mehr. Europa ist vielmehr ein anpassbares Konzept, das alle nach ihren eigenen Vorstellungen nutzen. Wir sagten bereits: „Europa ist gleichzeitig eine politische Struktur, ein künstlerischer Kontinent und das Zuhause vielfältiger Menschen – ein wahrhaft fluides Konzept.“

Jetzt wollen wir ein bisschen weiter gehen. Unserer Meinung nach besteht der einzig erfolgreiche Weg für Europas Zukunft darin, Liquidität zu begrüßen, nicht zu versuchen, dagegen anzukämpfen. Wir kommen jetzt auf drei Risiken zu sprechen, aber enden mit einer Chance.

Zunächst einmal müssen wir uns vor kultureller Entropie hüten, in der alle einzigartigen Traditionen sich der politischen Korrektheit unterordnen und einen gemeinsamen Nenner finden, mit dem jeder leben kann. Wäre Europa ein Cocktail, dann sollte man ihn besser geschüttelt servieren, nicht gerührt: eher wie einen B52 mit seinen verschiedenen Schichten von Kafee-, Sahne- und Orangenlikör als wie einen Long Island Iced Tea, bei dem alle Bestandteile so vermengt werden, dass man sie hinterher nicht mehr unterscheiden kann.

Nicht alle Traditionen sollten den gleichen Weg nehmen wie zum Beispiel das Moulin Rouge in Paris. Von einer zwielichtigen, unkonventionellen Lokalität für non-konformistische Künstler und Freigeister hat

es sich zu einer gemäßigten Touristenfalle für die alternde Bourgeoisie gewandelt.

Insbesondere an den Rändern unseres Kontinents gibt es immer noch viele solcher Traditionen. Und mit dem Zustrom von Einwanderern kommen neue Einflüsse. Wir sollten uns für sie interessieren, im Zweifel zu ihren Gunsten entscheiden und erkennen, dass so etwas wie eine „europäische Kultur“ nicht existiert. Viele Traditionen sind aber so sehr eine Realität wie auch eine Chance.

Ein zweites Risiko ist die Politisierung unseres Erbes. Walter Benjamin bemerkte schon: „In dem Augenblick aber, da der Maßstab der Echtheit an der Kunstproduktion versagt, hat sich auch die gesamte soziale Funktion der Kunst umgewälzt. An die Stelle ihrer Fundierung aufs Ritual tritt ihre Fundierung auf eine andere Praxis: nämlich ihre Fundierung auf Politik.“

Die Sichtweisen, sowohl des Nazi-Regimes als auch der kommunistischen Regimes zu Benjamins Zeit, auf die Kunst lassen tiefblicken: Kunst wurde tatsächlich ein staatliches Instrument und veränderte sich willkürlich, je nachdem, wer gerade an der Macht war. In anderen Worten: Es ist eine sehr schlechte Idee, die Verbindung zwischen einem künstlerischen Ausdruck sowie der Tradition und dem Ritual, auf dem dieser basiert, zu durchtrennen.

Diese Aussage lässt sich auch auf Tradition an sich übertragen. Wenn man zulässt, dass eine Tradition völlig unabhängig wird, wird sie zu einem Objekt für jedes politische Bestreben, etwas zu behaupten, anzupassen,

„Der einzig erfolgreiche Weg für Europas Zukunft darin, Liquidität zu begrüßen, nicht zu versuchen, dagegen anzukämpfen.“

Menschen zu versklaven. Europa, die Farce eines Nationalstaats ohne irgendwelche erkennbare Embleme, läuft Gefahr, der größte Leidtragende zu sein. Jeder formt sich Europa nach der eigenen Vorstellung und es gibt keine originale, keine authentische Quelle um dieses Bild zu widerlegen.

Dies lässt uns nach einer Komplementierung dieses Trends rufen, dem logischen Gegenstück zur Verflüssigung der Gesellschaft, um das kulturelle Erbe weiterhin als verbindende Kraft in unserem sozialen Gewebe zu erhalten: die Wiedereinbettung von Traditionen und Kultur.

Wie würde der paneuropäische Zwarte Piet aussehen? Er würde sich zweifellos in Luft auflösen. Kein Amalgam von Traditionen um einen kinderlieben Märtyrer wird jemals etwas so Spaßiges (wenn auch politisch Inkorrekt) hervorbringen wie den Posen reißen den assistierenden Mohr von Sinterklaas.

Wir müssen allerdings den Ursprung dieser Figur im Lichte der aktuellen Realitäten und des Verständnisses unserer Vergangenheit betrachten. Diese Tradition, die eine Mehrheit der Niederländer nicht aufgeben will, sollte deutlich erläutert werden. Diejenigen, die möchten, dass die Geschichte in einer anderen, angepassten Version erzählt wird, sollten dies selbstverständlich tun dürfen. Ich bin zuversichtlich, dass es den Kindern nichts ausmachen würde, wenn Zwarte Piet mit einmal vielfarbig würde – wie auch die Gesellschaft selbst in den letzten Jahrzehnten.

Man kann beide Bewegungen verstehen als das Wiedereinbetten einer Tradition: mit einem Bein in einem besseren Verständnis der Vergangenheit und mit dem anderen in einer Zukunft, die wir gemeinsam angehen wollen. Beide miteinander in Einklang zu bringen, ist die schwierigste Aufgabe eines

jeden Übergangs – um dies zu schaffen, braucht man mindestens einen Heiligen und vielleicht sogar einen Gott wie Janus.

Leider Gottes musste sich Europa 2014 von seinem ältesten Traditionsanspruch verabschieden. Nämlich dem, die Wiege der Kunst zu sein. Ausgrabungen in Asien zeigen, dass die ersten Artefakte der Menschheit nicht in Europa auftauchten. Die Silhouette einer Hand auf einer Höhlenmauer auf Sulawesi war bereits vor mehr als einem halben Jahrhundert entdeckt worden, konnte aber erst vor kurzem genau datiert werden. Man fand heraus, dass sie 40 000 Jahre alt ist, beinahe 3 000 Jahre älter als die Höhlenkunst im spanischen El Castillo, die bis dahin als die älteste galt.

Ein Fest für Erwachsene

Wenn man diese Erkenntnis im Auge behält, ist keine Tradition vor einer Neuinterpretation sicher. Was „unser“ war, erweist sich vielleicht als „ihres“. Der Zustrom neuer Menschen und Ideen wird sich deshalb vielleicht als gar nicht so neu erweisen, sondern vielmehr als eine Fortführung und Beschleunigung eines jahrtausendalten Prozesses. Für die einen ist dies vielleicht beängstigend, für andere bereichernd, einfach ist es aber nie.

Zygmunt Bauman drückt es so aus: „Nur eine dünne Linie liegt zwischen Bereicherung und dem Verlust der kulturellen Identität; damit das Zusammenleben von Autochthonen und Allochthonen kein kulturelles Erbe zerstört, muss es auf dem Respekt vor den Prinzipien beruhen, die dem europäischen ‚Gesellschaftsvertrag‘ zugrunde liegen [...] und zwar von beiden Seiten“. Und dieser Gesellschaftsvertrag – nicht die unwichtigste der europäischen Traditionen

Ethnisches Erscheinungsbild: „ballaballa“

Ich werde häufig eingeladen, meine Kolumnen zu lesen. Meine erste Reaktion ist stets: Oooch nö. Wenn ich nämlich irgendwo ankomme, sind die Zuschauer enttäuscht. Darüber, dass ich nicht krawucht-krawallig durch die Tür komme, rülpse und einen saftigen Scherz hinlege. Ich bin, für diejenigen, die mich noch nie in echt gesehen haben, eine zarte, ätherische Erscheinung. Ich bin gefangen im Körper einer hauchdünnen Elfe mit brüchiger Stimme. Wenn ich rülpse, durchzuckt es meinen ganzen Körper in ozeanischen Wellen. Neulich wurde ich am Bahnhof stehen gelassen, weil der Gastgeber mit einer rassigen Orientalin gerechnet hatte. Ich lief ihm hinterher und rief: „Verurteilen Sie mich nicht! Jahrelange deutsche Ernährung hat meine Haut und meine Haare heller gemacht. Ich kam mit der Farbe einer ungeschälten Kartoffel auf die Welt und bin vom Farbton nun wie ein geschältes Bamberger Hörnchen. Das deutsche Volk hat mir seine Ernährung aufgezwängt. Das haben Sie nun davon!“ Er nahm mich dann doch mit in den Veranstaltungssaal. Manchmal google ich im Internet unseren Ensemblemitgliedern des Gorki Theaters hinterher. Ich schaue nach, ob ihre Agenturen etwas Neues mitzuteilen haben. Nichts ist Theaterschauspielern so peinlich wie eine Gastrolle in „Alarm-Cobra-Almdoktor-Neues-aus-dem-Schnulzenstall“. Noch schlimmer, als in TV-Serien mitzuspielen, muss es sein, wenn die Schauspieler in richtigen Filmen, gar in Kinofilmen, eine peinliche Rolle annehmen.

Der Klassiker ist natürlich, einfach als Türke besetzt zu werden. Das ist schauspielerisch in etwa so anspruchsvoll wie ein Glas Wasser durch einen Raum zu tragen. Natürlich hofft jeder Schauspieler, dass nie herauskommt, dass er den Dreh angenommen hat. Einmal machte ich den Fehler und gratulierte einem Schauspieler zu seinem Auftritt in einem Kinofilm. Stocksteif und mit kaltem Blick sah er mich an. Ich dachte: „Scheiße, gleich prügelt er mich durch die Theaterkantine!“ Der Film war wirklich eine Katastrophe, nuanzenlos wie die märkische Landschaft, deren herausragendes Merkmal das atemberaubende Nichts ist. Auf filmmakers.de sah ich, dass, neben Größe, Haarfarbe und Hobbies, das „ethnische Erscheinungsbild“ von Schauspielern genannt wird. Es handelt sich bei dem Unternehmen offenbar um eine Castingplattform, genaues erfährt man nicht. Mehmet Yilmaz und Thomas Wodianka sind zwei meiner Lieblingskollegen aus dem Ensemble, die bei filmmakers angeboten werden. Thomas sieht ein wenig aus wie Oskar Matzerath aus der Verfilmung von Die Blechtrommel, aber in erwachsen. Mehmet sieht aus wie – ich weiß nicht, wie man das beschreiben kann – also irgendwie das genaue Gegenteil von Thomas. Zu beiden steht unter ethnischem Erscheinungsbild: „mitteleuropäisch.“ Was diese ungenaue Klassifizierung wohl bringt? Keine Ahnung. Beide Schauspieler sind meiner Meinung nach die Könige unter den Quatschmachern. Das schreiben die Schauspielagenturen zur Bewerbung ihrer Klienten nicht, dass diese ein Talent zur Albernheit haben, einen Hang zum Jux. Ich kann es beiden Kerlen bescheinigen. Es

handelt sich um ausgemachte Grandseigneure des Blödsinns mit flausenhaftem Erscheinungsbild.

Vor ein paar Wochen fuhr ich mit meiner kleinen Oben-ohne-Franzenröckchentruppe Hate Poetry nach Dresden, um die Antislamdemonstration PEGIDA zu besiegen. Hate Poetry ist ein Zusammenschluss von Journalisten mit dem ethnischen Erscheinungsbild: „südosteuropäisch“. Wir lesen episch raffinierte Leserbriefe vor, die dem Genre „rassistische Zurechtweisung, deutsch-autoritäres Scheißgehabe“ zuzuordnen sind. Ich möchte die amtliche Mitteilung bekannt geben, dass es uns gelungen ist. Wir haben PEGIDA zerschlagen!

Wenige Wochen nach unserem Auftritt hat Ex-PEGIDA-Püppi Kathrin Oertel einen neuen Verein gegründet. Einen Verein, der künftig ohne irgendwas mit Islamisierung im Namen auskommen will und ohne Nazis. Also PEGIDA ohne ideologisches Fundament. Zur Neugründungsumgebung kamen keine 500 Leute zusammen. Massenbewegungen ohne Rassenhass funktionieren in Ostdeutschland nicht gut. Sie sollten schleunigst das Wort „Islam“ in ihre Politik AG einbauen, sonst werden sie ewig eine esoterische Sekte bleiben. Die rechtspopulistische Partei AfD wurde auch erst groß, nachdem sie anfang, Bürger mit ethnischem Mischmascherscheinungsbild zu verachten.

Ich muss diese Woche wieder zu einer Lesung. Gastgeber da draußen: Lasst mich nicht am Bahngleis stehen! Ich bin keine osteuropäische Bettlerin, sondern eine südostorientalische Bettlektüre mit ethnischem Erscheinungsbild: „ballaballa“.

Mely Kiyak

– muss neu bewertet und eingebettet werden in die aktuellen politischen und sozialen Realitäten.

Wir würden gerne mit einer erfundenen Tradition schließen, die im letzten Jahrzehnt in den Niederlanden aufgekommen ist und Zulauf bekommen hat, als die sparsame und rigide Ära des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg einer wohlhabenderen und individualisierten Gesellschaft Platz machte. In einer liquiden Gesellschaft sind die mit dieser Tradition verbundenen Chancen am höchsten und ermöglichen es Menschen, sich fortwährend anderen gegenüber neu zu definieren.

Die Rede ist von der Sinterklaas-Feier für Erwachsene, die zu unserer Freude sehr in Mode gekommen ist. In einer Gruppe von Familienmitgliedern oder Freunden zieht jeder ein Los mit dem Namen einer anderen Person aus der Gruppe. Er oder sie kauft dann für gewöhnlich ein kleines Geschenk für diese Person und denkt sich etwas Originelles aus. Einige Gruppen entscheiden sich für eine „surprise“ (ausgesprochen wie im Französischen), eine originelle Verpackung für das Geschenk, und nehmen dabei gewöhnlich auf Charaktereigenschaften oder Hobbys des Empfängers Bezug.

Vor allem aber geht das Geschenk oder die surprise mit einem personalisiertem Gedicht im Namen von Sinterklaas (und manchmal auch Zwarte Piet) einher. Dieses Gedicht konfrontiert den Empfänger möglicherweise mit Schwächen oder Fehlertreten des vergangenen Jahres: eine persönliche Kritik von einer anonymen Quelle, die der Empfänger während der Feier laut vorlesen muss. Spott und Neckerei sorgen für viel Spaß, obwohl sie für den Adressaten manchmal schwer zu schlucken sind.

Es überrascht nicht, dass diese erfundene Tradition in den Niederlanden bei Auslän-

dern, die unsere Offenheit verstehen lernen wollen, höchst beliebt ist. Wir empfehlen sie für ganz Europa – sie passt gut zu einem gereiften, aber sich verändernden Europa mit zwei Gesichtern. Das eine Gesicht blickt mit Respekt auf die Vergangenheit, das andere schaut optimistisch in die Zukunft.

Rindert de Groot ist Geschichtenerzähler, Moderator und Unternehmer. Er gründete die Firma Empowerplant, deren textuelle und visuelle Produktionen sich auf internationale Kooperation, nachhaltige Kultur und die Wissensgesellschaft konzentrieren. Zudem ist er ein Mitglied des Runden Tisches der World-connectors, einem hochrangigen Think Tank für die internationalen Angelegenheiten der Niederlande.

Farid Tabarki ist Zeitgeist- und Trendforscher. Als Gründer von Studio Zeitgeist konzentriert er sich auf die Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft. Radikale Transparenz, radikale Dezentralisierung und die liquide Gesellschaft gehören zu den Konzepten, über die er schreibt und spricht. Er hat eine Kolumne in der niederländischen Tageszeitung „Financieele Dagblad“, er war 2012-2013 Trendforscher des Jahres und stand auf der Volkskrant-Liste der einflussreichsten Niederländer seit 2013, als Einziger unter 40 Jahren.

Keine neue Welt ohne neue Sprache Kultur im Visier: In französischen Vororten werden immer wieder Bibliotheken angezündet. Die Terrorattacke gegen Charlie Hebdo ist auch ein Angriff auf die Meinungsfreiheit. Was tun? Nötig ist auf jeden Fall eine Infragestellung des erschreckenden Unter-sich-Seins, das besonders in Frankreichs kulturellem Milieu herrscht, also unter Künstlern, Intellektuellen, Publizisten. *Von Alban Lefranc*



Nächstenliebe verströmt. Radovan Karadžić hat an der Columbia University studiert, Nikola Koljević, ein hochangesehener Shakespeare-Spezialist, ließ Phosphorbomben auf die Bibliothek in Sarajevo werfen; unzählige Beispiele zeigen uns, dass Hochkultur noch nie irgendjemanden von den schlimmsten Schandtaten abgehalten hat.

Sehr viel dringlicher und nötiger erscheint mir eine Infragestellung des erschreckenden Unter-sich-Seins, das in Frankreichs kulturellem Milieu herrscht, im weitesten Sinn also unter Künstlern, Intellektuellen, Publizisten usw. Unter denen, über die der Autor und Filmemacher Guy Debord mit der ihm eigenen Schärfe sagte, ihr „Metier ist das Reden in den bestehenden Verhältnissen“. Wir müssen ständig diese Möglichkeit hinterfragen, die sich uns bietet, die sich mir hier bietet, nämlich unter den derzeitigen politischen Gegebenheiten (also aus einer Reihe erdrückender wirtschaftlicher und symbolischer Machtverhältnisse heraus) das Wort zu ergreifen.

Uns ständig daran erinnern, dass viele, die in unseren Gesellschaften unsichtbar bleiben, nie das Wort ergreifen. Nachdenken auch über den etwas drastischen 68er-Spruch: „Literatur ist das Salz in der Suppe derer, die das Volk in den Arsch ficken.“ Nachdenken über dieses Unter-sich-Sein und sondieren, was sich hinter dieser Herrschaftssprache, den leeren Phrasen, den

Auf die Frage „Was kann ‚Kultur‘ gegen die Gotteswahnsinnigen aussprechen, gegen den mörderischen Irrsinn, der Paris und Kopenhagen getroffen hat?“, lautet die unmittelbare Antwort scheinbar: gar nichts. Vom Gegenteil auszugehen, hieße vergessen, dass Goebbels viel für Dostojewski übrig hatte (grauenvolle Ironie: seine besondere Vorliebe galt einem der tiefstinnigsten Bücher über das Phänomen des Nihilismus, die je geschrieben wurden, „Die Dämonen“) oder dass die Nazis 1932 reinsten Gewissens Goethes hundertjährigen Todestag begingen.

Mir erscheint es ausgesprochen naiv, von Kultur als einer Art eigenständiger Essenz zu reden, die überall da, wo sie verabreicht wird (aber wie? durch Kapillareffekt? mit Knüppelhiebsen? in Flaschen?), Güte und

Schlagwörtern, die wir allzu oft einfach übernehmen, verbirgt.

Hereinbrechen archaischer Kräfte

Karl Kraus ist für meine Begriffe ein wertvolles Kapital in diesen Zeiten, da archaische Kräfte, die man vergangen glaubte (religiöser Wahn), in unsere Ultrarationalität hereinbrechen. In den 1930er-Jahren hatte Kraus im Aufstieg des Nationalsozialismus bereits diese „Gleichzeitigkeit von Elektrotechnik und Mythos, von Atomzertrümmerung und Scheiterhaufen, von allem, was es schon und nicht mehr gibt“, erkannt. In ähnlicher Weise verbindet die IS-Terrortruppe Hollywood-Propagandafilme und einen höchst effizienten Einsatz sozialer Netzwerke mit Steinigung, Kreuzigung und Enthauptung.

„Die Sprache ist die Mutter, nicht die Magd des Gedanken“, schreibt Karl Kraus. Der Nazi-Totalitarismus hat sich über eine Reihe von Ausdrücken, die automatisch und leichtfertig übernommen wurden, in die Köpfe eingeschlichen. Daher wollte uns der Wiener Polemiker lehren, „Abgründe dort [zu] sehen [...], wo Gemeinplätze sind“. Die wichtigste Denkarbeit bestehe darin, diese Gemeinplätze aufzuspüren: Wenn die Menschheit keine Phrasen hätte, brauchte sie keine Waffen.

In Zeiten, da der technisch-wissenschaftliche Neusprech und eine erdrückende politische Ohnmacht herrschen, ist für Künstler

„Hitlers Gewaltexzessen wurde mit Waffen und nicht mit Argumenten ein Ende bereitet.“

Pierre Legendre, „Das Verbrechen des Gefreiten Lortie“

und Intellektuelle die Versuchung immer sehr groß, sich einzureden, ihr Handeln habe einen politischen Inhalt oder politische Wirkung, entgegen allen offenkundigen Tatsachen, allen himmelschreienden Widerlegungen durch die Wirklichkeit. Nach dem ersten Moment der Fassungslosigkeit infolge der Pariser Attentate im Januar sind die alten Gewohnheiten offenbar wieder eingekehrt, als wäre nichts geschehen.

Mir erscheint es alles in allem einfacher, dringlicher und schmerzlicher, unsere gemeinsamen Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Und auch unsere Verantwortung bei der Etablierung (oder Verbreitung) eines Neusprechs, der in der Sprache Verwüstungen anrichtet und dadurch sogar die eigentliche Möglichkeit zu einer Begegnung mit Anderen zunichte zu machen droht. Um miteinander reden zu können, so Platon, sei man auf gegenseitiges Wohlwollen und eine gemeinsame Sprache angewiesen.

Wir wissen auch, dass es in unseren Kreisen rituelle Übertretungen gibt, Beschwörungsformeln und rechtschaffene Empörungen, die zu nichts führen. In seinem Text über den Staat stellt Pierre Bourdieu dem „Abtrünnigen“ (hérétique) den „kontrollierten Abweichler“ (transgresseur contrôlé) gegenüber und zitiert den berühmten Ausspruch des Schriftstellers Nicolas Chamfort aus der Zeit der französischen Revolution: „Der Generalvikar darf bei einer abfälligen Bemerkung über die Religion lächeln, der Bischof laut aufklagen und der Kardinal noch eins draufsetzen.“

Mir scheint, dass Publikationen mit einem schönen, klar identifizierbaren politischen Thema, einem schönen Aufreißertitel wie „Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung“, „Migranten“ usw., literarisch wie politisch oft eher wenig zu bieten haben. Jede Infragestellung der bestehenden Machtver-

hältnisse vollzieht sich über ein Einwirken auf die Sprache selbst, ihre vermeintlichen Evidenzen und die grammatikalischen Fiktionen, die an ihnen haften. Stärker gefordert fühle ich mich durch Werke, die das klar vor Augen führen, was Nietzsche als grammatikalische Ich-Fiktion beschrieben hat, Werke, die die Schleusen für den Sinn öffnen und sich nicht auf eine Intention oder einen Diskurs über den Zustand der Welt reduzieren lassen.

Es sei mir gestattet, ausführlich aus „Berlin Alexanderplatz“ von Alfred Döblin zu zitieren, genauer gesagt, den zweiten Absatz des Romans.

„Die Strafe beginnt.

Er schüttelte sich, schluckte. Er trat sich auf den Fuß. Dann nahm er einen Anlauf und saß in der Elektrischen. Mitten unter den Leuten. Los. Das war zuerst, als wenn man beim Zahnarzt sitzt, der eine Wurzel mit der Zange gepackt hat und zieht, der Schmerz wächst, der Kopf will platzen. Er drehte den Kopf zurück nach der roten Mauer, aber die Elektrische sauste mit ihm auf den Schienen weg, dann stand nur noch sein Kopf in der Richtung des Gefängnisses. Der Wagen machte eine Biegung, Bäume, Häuser traten dazwischen. Lebhaftige Straßen tauchten auf, die Seestraße, Leute stiegen ein und aus. In ihm schrie es entsetzt: Achtung, Achtung, es geht los. Seine Nasenspitze versteckte über seine Backe schwirrte es. „Zwölf Uhr Mittagszeitung“, „B.Z.“, „Die neueste Illustrierte“, „Die Funkstunde neu“, „Noch jemand zugestiegen?“ Die Schupos haben jetzt blaue Uniformen. Er steigt unbeachtet wieder aus dem Wagen, war unter Menschen. Was war denn? Nichts. Haltung, ausgehungertes Schwein, reiße dich zusammen, kriegst meine Faust zu riechen. Gewimmel, welch Gewimmel. Wie sich das bewegte. Mein Brägen hat wohl kein Schmalz mehr,

der ist wohl ganz ausgetrocknet. Was war das alles. Schuhgeschäfte, Hutgeschäfte, Glühlampen, Destillen. Die Menschen müssen doch Schuhe haben, wenn sie so viel rumlaufen, wir hatten ja auch eine Schusterei, wollen das mal festhalten. Hundert blanke Scheiben, laß die doch blitzern, die werden dir doch nicht bange machen, kannst sie ja kaputt schlagen, was ist denn mit die, sind eben blankgeputzt. Man riß das Pflaster am Rosenthaler Platz auf, er ging zwischen den andern auf Holzbohlen. Man mischt sich unter die andern, da vergeht alles, dann merkst du nichts, Kerl. Figuren standen in den Schaufenstern in Anzügen, Mänteln, mit Röcken, mit Strümpfen und Schuhen. Draußen bewegte sich alles, aber – dahinter – war nichts! Es – lebte – nicht! Es hatte fröhliche Gesichter, es lachte, wartete auf der Schutzinsel gegenüber Aschinger zu zweit oder zu dritt, rauchte Zigaretten, blätterte in Zeitungen. So stand das da wie die Laternen – und – wurde immer starrer. Sie gehörten zusammen mit den Häusern, alles weiß, alles Holz.“

Wie Ranken entspinnen sich hier die Gedanken, ohne Schranke oder Grenzen. Jemand spricht, müht sich, deckt auf, strauzelt, hält nie inne, wirft alles in einen Topf, wertet nicht, lässt Ort und Zeit aufeinanderprallen – entgegen jeder Logik. Natürlich geht der Wahnsinn um, sobald die fragile Trennwand zwischen innen und außen aufgehoben ist, wenn das Schreiben „wie eine Klinge durch alles hindurchfährt“ (Virginia Woolf).

Es ist dieses Bewusstsein um unsere Durchlässigkeit, unsere Gespaltenheit, die uns vielleicht etwas misstrauischer gegenüber politischen Diskursen werden lässt, etwas empfindlicher mit Blick auf all das, womit wir definiert und der Kontrolle unterzogen werden sollen und das uns ein biss-

chen unsere Gewissheiten nimmt, bezüglich unserer selbst und unserer Abgrenzungen.

Ein richtig Anderer kann für uns („uns“ im weiteren Sinne – Akademiker, Künstler, Leser dieser Zeilen usw.) zum Beispiel der Le-Pen-Anhänger sein, mit seiner Paranoia, seinen Abstiegsängsten, seinem Rassismus – an dessen Wiege sich weite Teile von Frankreichs politischer Klasse seit einigen Jahren ein Stelldichein geben, um ihm den Bauch zu kraulen. Das kann auch der sozial Benachteiligte in der Banlieue oder andernorts sein, der für die Sirenen des Salafismus empfänglich ist.

Eben diese Sprache, dieses Andere, dürfte die Literatur durchaus zum Vorschein bringen, damit spürbar wird, was an Kräften und Rausch darin enthalten ist, sich auf diesem Wege aber auch umlenken ließe. Statt diesem Außen moralisierend, von oben herab zu begegnen (was völlig sinnlos ist und nur dazu dient, uns bis zum nächsten Attentat zu beruhigen), könnte man von ihm ausgehend versuchen, Figuren zu konstruieren, Diskurse, eingefahrene Sprachmuster; könnte versuchen, diese Affekte, die neben allem Anderen auch in einem selbst walten – und zwar natürlich nicht nur, aber auch als Reaktion auf den rabiaten Neusprech – tatsächlich in sich aufzuspüren.

Der Stand-up-Stil der Komödianten Pierre Desproges oder Coluche in Frankreich,

„Ein richtig Anderer kann für uns („uns“ im weiteren Sinne – Akademiker, Künstler, Leser dieser Zeilen usw.) zum Beispiel der Le-Pen-Anhänger sein, mit seiner Paranoia, seinen Abstiegsängsten, seinem Rassismus.“

eines Lenny Bruce oder Bill Hicks in den USA, mit allem, was ihre Sketche an Wagnis, Entgleisungen und Nonsense enthielten, ist ein mögliches Beispiel für eine solche Öffnung für eine andere Sprache (genauso gut könnte man die Netzkunst und Aktivistengruppe „Yes Men“ nennen, die sich die Sprache der Macht zu eigen machen, um sie so besser zu verfremden und Absurditäten aufzudecken, an die wir uns allmählich schon gewöhnt hatten).

Keine Angst haben vor dieser möglichen Nähe, sie sich entfalten lassen, damit deren Abstrusität oder Wahn, das Undurchdachte daran, ihre mögliche unfreiwillige Komik, besser zum Vorschein komme. Mich faszinieren Texte, die diesem Allerschlimmsten eine Stimme geben, Texte, die keine Angst vor seinen Kräften haben, sondern die es an einen anderen Ort versetzen, es durchdringen und auf etwas anderes prallen lassen.

So lässt sich, und zwar sehr viel wirklicher als durch ein Dagegenanreden, als durch Empörung mit der Hand auf dem Herzen, die (sehr reale und wachsende) Gefahr, die von diesem Allerschlimmsten ausgeht, bekämpfen. Keine noch so tugendhafte Pose kann einem paranoiden Diskurs oder der Macht nihilistischer Zerstörung (mit oder ohne religiösem Deckmantel) beikommen. Um ein schon genanntes Beispiel aufzugreifen: Die wunderbare Schlagkraft von Dostojewskis „Dämonen“ geht auf seine Empathie für sein Sujet (die russischen Nihilisten) zurück. Der Mensch Dostojewski hasst sie von ganzem Herzen, aber der Schriftsteller versteht sich darauf, sie zu Wort kommen zu lassen und bringt auf diese Weise das Komische daran genauso wie die ideologische Unterfütterung umso besser zur Geltung. Dieses oft furchterregende Buch ist nicht zuletzt von vernichtendem Humor.

Zurück zum erstaunlichen Kaleidoskop „Berlin Alexanderplatz“, dessen Protagonisten ungebremst aufeinandertreffen: man säuft dort, man mordet dort, man schleift sich an den Haaren. Übergangslos treten der Reihe nach auf: Isaak, der sich gegen seine Opferung durch Abraham sträubt, der Zuhälter Biberkopf und das Straßenmädchen Mieze, Zugfahrpläne, Stimmen auf der Straße, Schreie, die von Agamemnons Rückkehr aus Troja künden, ein ganzes Bestiarium außer Rand und Band. Die Beschreibung liest sich wie ein unerschöpfliches Reservoir an Stimmen und sprachlichen Verfasstheiten, in dem alle Standpunkte vertreten sind, von Mensch, Ding und Tier.

Döblin fungiert als Sprachrohr für die Rücksichtslosigkeit und Brutalität des zwielichtigen Milieus, in dem seine Erzählung spielt, und lässt männliche Gewalt der schlimmsten Art sich ausagieren (etwa gegenüber Frauen, die in seinem Buch vergewaltigt oder ermordet werden). Mit Erstaunen stellt man fest, dass dieses mittlerweile musealisierte und (beinahe) verharmloste Buch beim Erscheinen seiner französischen Neuübersetzung durch Olivier Le Lay im Jahr 2008 praktisch einhellig gepriesen wurde. Wäre es zum jetzigen Zeitpunkt erschienen, ohne dass ihm der fragwürdige Ruf vorausgeeilt wäre, ein Meisterwerk aus der Vergangenheit zu sein, hätte es, dessen bin ich mir sicher, zu endlosen „Gesellschaftsdebatten“ und vermutlich auch zu heftigen Anschuldigungen gegenüber seinem Autor Anlass gegeben.

Ich möchte an einer ganz anderen Stelle unserer Tradition ansetzen und das ungemein anregende Beispiel Montaignes anführen. Das Wunder der „Essais“ besteht darin, dass fortlaufend Beziehungen auf Augenhöhe hergestellt werden: zwischen Leser und Autor (der Ersterem ohne Um-

stände seine gesamte Bibliothek öffnet), zwischen den zitierten Autoren (Lukrez verkehrt mit Saint-Augustin, Platon, Tacitus, Virgil oder Mohammed), aber auch zwischen menschlicher Vernunft (damals, im ausgehenden 16. Jahrhundert, der europäische Horizont) und dem Universum der Tiere, der Mineralien, oder sonstigen Formen der Andersartigkeit (etwa der Kannibalen). In dem Montaigne in seiner Abhandlung „Von den Kannibalen“ die Perspektive umkehrt, wirft er die Frage nach der Menschlichkeit von Menschenfressern auf: Während wir von deren Kannibalismus schockiert sind, schockieren sie die in Europa herrschenden Ungleichheitsverhältnisse.

In der „Apologie des Raimond Sebond“ („Die Essais“, Buch II, Kapitel 12) hinterfragt Montaigne auch die verschiedenen Arten von Jenseitsvorstellungen und setzt dabei Muslime, Christen und Platoniker in dasselbe Boot (in den folgenden Zeilen zitiere ich ausführlich aus einem hervorragenden Vortrag, gehalten von François Athané und Isabelle Schlichting anlässlich einer Tagung der Bibliothèque Nationale de France (BNF): „Missdeutungen des Islam“). Wie soll man sich das Jenseits vorstellen? Wie stellen es sich Christen, Muslime und Platoniker vor?

Falsche Vorstellung von der anderen Welt

Montaigne zeigt uns, dass es eine Art Zwangsläufigkeit der Vorstellung gibt, weil wir den Erfahrungsrahmen unserer Welt nicht verlassen können. Infolgedessen ist jede Vorstellung von der anderen Welt falsch. Montaigne nennt etwa die typisch irdische Freude des Wiedererkennens und der Wiederbegegnung mit denen, die uns nahestehen; und durch die Wiederaufste-

hung hat die christliche Eschatologie diese Art von Zufriedenstellung im Jenseits wortreich in Aussicht gestellt.

Nimmt man einen klassischen Topos der Islamkritik durch Christen, nämlich die Sinnlichkeit des muslimischen Paradieses, zeigt der Autor, dass sich diese Kritik auch auf christliche Vorstellungen vom Jenseits anwenden ließe. Das ist Montaignes Skeptizismus, der als begossener Gärtner daherkommt: Wiederauferstehung und Wiederbegegnung mit den uns Nahestehenden im anderen Leben sind eine ebensolche Glückseligkeit für die Sinne wie die Huris, die „Weiber von vortrefflicher Schönheit“ („garces d'excellente beauté“) aus dem Koran.

Die Eschatologie ist demnach zum Widerspruch verdammt: Indem sie über eine anthropologische Fatalität eine andere Welt konstruiert, reduziert sie diese andere Welt auf die unsere. Das ist universell gültig, für das Paradies der Anderen ebenso wie für unseres. So führt Montaignes Skepsis zu einer These über das Universelle; er verkehrt den christlichen Ethnozentrismus, der sich exemplarisch im Spott über das muslimische Paradies äußert, ins Gegenteil. Montaigne hilft uns, diese mimetische Falle zu demolieren. Er zeigt, dass der christliche Spott am Paradies der Muslime auch auf das christliche Jenseits anwendbar ist. Das Vorurteil gegenüber dem Anderen widerlegt sich selbst, weil es in skeptischer Umkehrung gegen den Träger des Vorurteils gewendet wird.

Der in der muslimischen Tradition nicht sehr bewanderte Montaigne legt hier etwas an den Tag, was man als hermeneutisches Wohlwollen bezeichnen könnte, das ihn angesichts zweier möglicher Interpretationen dazu bewegt, sich für diejenige zu entscheiden, die dem Text am meisten Sinnhaftig-

keit und Robustheit verleiht. Für uns, denen heutzutage Koranübersetzungen im Taschenbuchformat zur Verfügung stehen, erscheint mir der Ansatz dieses Gascogner Edelmanns aus der fernen Vergangenheit überaus befruchtend.

Bei Döblin, wie bei Montaigne, finden wir eine Durchlässigkeit für die Andersartigkeit(en), aus der und denen wir im Kampf gegen den (politischen, journalistischen, kulturellen) Neusprech und den darüber transportierten inneren Antrieb zur Gewalt endlos schöpfen können.

Sonst nämlich gilt das Wort des französischen Philosophen Jacques Bouveresse: „Wenn man spricht, ohne nachzudenken, ist es ganz normal, wenn man irgendwann auch handelt, ohne nachzudenken und in letzter Instanz das – möglichst energische und schonungslose – Handeln selbst als einzige Form des richtigen Redens betrachtet, als einzige Sprache, die sich noch verständlich machen kann.“

Alban Lefranc, Jahrgang 1975, lebt als Schriftsteller und Übersetzer in Paris und ist Chefredakteur der von ihm gegründeten deutsch-französischen Literaturzeitschrift „La mer gelée“. 2009 erschien sein Roman „Vous n'êtes pas là“ bei Verticales/Gallimard. Auf Deutsch liegt sein Roman „Angriffe. Fassbinder, Vesper, Nico. Drei Romane“ vor (Blumenbar Verlag). Durch die Vermengung von dokumentarischem und biographischem Material, fiktiven Stimmen und Situationen entsteht darin eine komplexe Betrachtung biographischer, künstlerischer und historischer Zusammenhänge.

Made in Europe Die Sprache der Kunst ist universell. Wenn Künstler migrieren, dann entsteht aus dieser Erfahrung kreative Energie, die für die Kunstproduktion des 20. und 21. Jahrhunderts nicht wegzudenken ist. Eine junge chinesische Künstlerin hat sich in Berlin niedergelassen, um sich mit der chinesischen Schrift zu befassen. Hier hat sie den nötigen Abstand zu der Zerstörung der Schrifttradition als Folge der Kulturrevolution. Und die Inspiration einer quicklebendigen Kunstmetropole. So entsteht Kunst „Made in Europe“. *Von Jia*



wahrscheinlich weniger als zehn Chinesen in der Stadt. Es war ein Schock für mich, als ich erfuhr, dass es hier keinen chinesischen Buchladen gibt.

Der in Indien geborene globale Strategie Pankaj Ghemawat veröffentlichte mit dem Buch „World 3.0“ ein Werk darüber, wie begrenzt die Globalisierung tatsächlich ist. Dieser Umstand hat vielleicht seine Vorteile.

Ich selbst erfuhr, dass die Einwohner der Stadt meiner Wahl sehr wenig über China wissen, aber sehr neugierig sind. Die Tatsache, dass ich die ganze Zeit von meinen Freunden zu China befragt werde und 7 000 Kilometer von Peking entfernt lebe, führt dazu, dass ich immer an mein Heimatland denke. James Joyce lebte die meiste Zeit seines Erwachsenenlebens in Triest, Zürich und Paris, aber schrieb nur über ein Irland, dem er nicht entkommen und das er auch nicht vergessen konnte.

Nostalgie ist ein ewiges Thema von Literatur und Kunst. Wenn ich über China nachdenke – und zwar von Mitteleuropa aus, wo ich keine persönliche Geschichte habe – hilft mir das Zurückschauen, die Kluft zwischen der traditionellen chinesischen Zivilisation und dem Tsunami an westlichen Trends, der über China hinweggespült ist, besser zu verstehen. Einerseits sind die neuen Einflüsse aus dem Westen von den Chinesen aufgeregt und neugierig aufgenommen worden. Da wir aber alle da-

Ich erinnere mich an den bunten, im Wind flatternden Rock eines kleinen Mädchens und an die Lichtspiele der Sonne im Blattwerk. Es war der Sommer vor fünf Jahren. Ich saß draußen, im Café des Berliner Literaturhauses. Und in diesem Moment verliebte ich mich in Berlin. Es schien mir eine Stadt voller grüner Bäume und Fahrräder zu sein; Bilder, die sich überlagerten mit jenen aus der Zeit, als ich ein kleines Mädchen in Peking war.

Berlin ist heute immer noch Europas Zentrum für neue Kunst. Diese Tatsache besiegelte zusammen mit der Idylle dieses Sommernachmittags meine Entscheidung, so schnell wie möglich nach Berlin zu ziehen. Doch Berlin ist nicht Peking. Ich sehe immer noch sehr wenige asiatische Gesichter auf der Straße und noch heute kenne ich

mit kämpfen, uns unseren Weg durch diese kulturellen Verbindungen und Unterschiede zu bahnen, verlieren wir uns oft und geben unsere eigene Kultur auf. Dieses Problem betrifft besonders junge Menschen.

Mein Studium der Architektur und traditionellen chinesischen Oper in Peking brachte mich an die vorderste Front dieses Zusammenpralls der Kulturen. Für chinesische Studenten war die Stoßrichtung unserer Studien die westliche Architektur. Es war der Anfang des 21. Jahrhunderts. Peking bereitete sich auf die Olympischen Spiele 2008 vor. China wurde zur Weltfabrik und zur größten Baustelle des Planeten. 300 Millionen Arbeitsmigranten zogen in die Städte. 24 Stunden am Tag füllten die Baustellen Peking mit Licht, Staub und endlosem Lärm. Hunderte Stadtviertel wurden zerstört. Als mein Buch über traditionelle chinesische Gartenarchitektur 2005 veröffentlicht wurde, waren nur 5,7 Prozent von Pekings Altstadt intakt. Die Entwicklungen für die Olympiade erledigten den Rest.

Reisebeschränkungen während der geschlossenen Periode bis zum Ende der Kulturrevolution machten es Chinesen unmöglich, moderne Architektur in situ zu sehen. Sogar Studenten meiner Generation mach-

„Nostalgie ist ein ewiges Thema von Literatur und Kunst. Wenn ich über China nachdenke und zwar von Mitteleuropa aus, hilft mir das Zurückschauen, die Kluft zwischen der traditionellen chinesischen Zivilisation und dem Tsunami an westlichen Trends, der über China hinweggespült ist, besser zu verstehen.“

ten sich eifrig Notizen und fertigten Zeichnungen berühmter Designs an, die sie in nur begrenzt vorhandenen Büchern in der Bibliothek fanden. Moderne Architektur war für uns in vielerlei Hinsicht imaginär.

Später, als ich meinen ersten Masterkurs über traditionelle chinesische Oper besuchte, erzählte uns unser Professor, dass es in den 1950er-Jahren mehr als 3 000 Arten lokaler Oper in China gegeben hatte; inzwischen sind weniger als 200 übrig.

Chinas selbstverschuldete kulturelle Zerstörung, der Wahnsinn und die Verzweiflung, verbunden mit einer zunehmenden idealistischen Verehrung des Westens führten zu einem seltsamen Zustand. Die Chinesen arbeiteten sehr hart, um ihr Bruttoinlandsprodukt zum vierthöchsten der Welt zu machen, andererseits aber wurden, nachdem es das rückständige alte China nicht mehr gab, große Hoffnungen auf ein neues, ideales System überschattet von den korrupten Gewohnheiten der Vetterwirtschaft und von „Beziehungen“, die genau so waren wie jene vor über Tausenden von Jahren.

Bulldozer zerstörten nicht nur traditionelle Gebäude, die die Essenz eines Großteils unserer Geschichte darstellten, sondern sie zerstörten auch viel von der Harmonie, der Zufriedenheit und dem Optimismus, den wir vom traditionellen chinesischen Denken geerbt hatten. Von 50 Prozent derjenigen, die in den 1980er-Jahren in den großen Städten geboren wurden, endeten die Ehen ihrer Eltern mit Scheidung. Meine eigene Familie war eines der Opfer dieses Trends.

Im Gegensatz dazu bestärken all diese Merkmale des sozialen Aufruhrs und der kulturellen Zerstörung mein Gefühl eines idyllischen Berlins auf eine Art und Weise, welche die Generation meiner Großeltern nur schwer hätte glauben können. Obwohl

ich es genoss, deutsche Kultur zu studieren und von ihren positiven Einflüssen zu profitieren – wobei ich fröhlich die Ähnlichkeiten und Unterschiede der beiden Kulturen entdeckte – kann ich aufgrund der täglichen Beschränkungen des Lebens meine Zeit nicht mehr mit der chinesischen Sprache ausfüllen. Ich kann mein Chinesisch aber auch nicht beiseitelegen.

Der österreichisch-britische Philosoph Ludwig Wittgenstein schrieb: „Die Grenzen meiner Sprache bedeuten die Grenzen meiner Welt.“ In einer Situation, in der ich das Umfeld für die chinesische Sprache verloren habe und in meinem Deutsch und Englisch eingeschränkt bin, erlaubt es mir die Kunst als universelle Sprache, mich auszudrücken. Auf diese Weise kam ich zum ersten Mal zu meiner Gemäldeserie, die auf chinesischen Schriftzeichen basiert: „The Chinese Version“.

Chinesische Schriftzeichen haben als entwickeltes Schreibsystem eine Geschichte von nicht weniger als 3300 Jahren. Im Gegensatz zu alphabetischen Schreibsystemen stehen chinesische Schriftzeichen nicht für Laute, auch wenn Laute mit ihnen assoziiert werden. Sie sind vielmehr Symbole, die Bedeutungen übermitteln. „Erklärung der Schriften und Analyse der Zeichen“, geschrieben von Xu Shen zu Beginn des ersten Jahrhunderts nach Christus, fasste die Möglichkeiten zusammen, wie chinesische Schriftzeichen in den frühesten bekannten Stadien des geschriebenen Chinesisch entstanden. Das erste wichtige Kriterium war piktografisch. Für abstrakte Konzepte, bei denen die piktografische Darstellung nicht zuträglich war, entwickelten die frühen Chinesen die indikative Methode. Sie fügten ein Symbol zu einer Zeichnung hinzu, um das Konzept anzuzeigen.

Die assoziative Methode kombinierte

zwei Bildzeichen, damit der Leser sich die Bedeutung herleiten konnte. Eine andere Kombination ist eine piktografische Komponente, welche die Bedeutung erklären soll, die zu einer anderen hinzugefügt wird, die sowohl einen assoziierten Laut verkörpert (im Unterschied zu einem echt phonetischen) als auch die Bedeutung eines ganzen Zeichens. Und es werden immer noch weitere gebraucht, um ein anderes Konzept mit der gleichen Aussprache darzustellen.

Linien, Punkte und Haken

Allmählich wurden die chinesischen Schriftzeichen, die verschiedene Linien, Punkte und Haken umfassten, die von den klassischen Bildzeichen abgeleitet wurden, immer symbolischer. Diese organische Entwicklung hielt an, bis sie 1955 unterbrochen wurde: Festlandchina erzwang die Vereinfachung chinesischer Schriftzeichen. Die Direktive hatte zwei erklärte Ziele: die Vereinfachung der Struktur, d. h. der Zahl von Strichen im Zeichen, und eine Reduzierung der Zeichenzahl. Auf diese Art veränderte sich aber nicht nur die Form der Zeichen, sondern Tausende von Zeichen verschwanden schlichtweg aus dem chinesischen Wortschatz.

Der Vorwand für diese Anweisung war eine Förderung der Alphabetisierung, doch die Alphabetisierungsraten in Hongkong und Taiwan sind etwas höher als jene in Festlandchina, obwohl deren Verwaltungen nie vereinfachte Schriftzeichen übernahmen und auch die Zahl der Zeichen nicht begrenzten.

Im Hinblick auf die Sprache war das Simplifizierungsprogramm eine viel ehrgeizigere kulturelle Grausamkeit als die Sprengung der Buddhastatuen von Bamiyan durch die

Taliban oder die Kampagne des ersten Qin-Kaisers, „Bücher zu verbrennen und Gelehrte zu beerdigen“. Es war extremer als die Zensur, denn es begrenzte nicht nur den Ausdruck an sich, sondern zu einem gewissen Grad auch die Fähigkeit, bestimmte Ideen auszudrücken.

Für Künstler war es eine weitere Katastrophe, denn die aufgezwungene Vereinfachung entweihte unsere ursprünglichste und charakteristischste Kunstform: die Kalligrafie. Natürlich üben einige Menschen Kalligrafie mit vereinfachten Zeichen aus, aber dies ist eine Kalligraphie, die von Jahrhunderten der Entwicklungen abgetrennt ist, welche möglich machten, dass die Form der Zeichen ihren semantischen Inhalt widerspiegelt und umgekehrt.

In meiner Arbeit habe ich vereinfachte Zeichen genutzt, aber diese mit „verlorenen“ Zeichen gemischt, die nicht mehr in Gebrauch oder durch die Simplifizierung verboten worden sind. Diese sollen aussehen wie gedruckt, doch jedes Einzelne ist von Hand mit einem Pinsel gemalt, eher wie bei der traditionellen Kalligrafie. In diesen Arbeiten hat das Arrangement der Zeichen keinen lexikalischen oder semantischen Bezug. Stattdessen ist ihre Beziehung gänzlich formaler Natur. Gleichzeitig lösen diese Arbeiten die vereinfachten Zeichen von der ihnen zudachten propagandistischen Rolle und geben ihnen eine formale Ästhetik zurück. Man könnte auch sagen, man lässt eine formale Ästhetik zu vereinfachten Charakteren zurückkehren, aber nur, indem man ihre lexikalischen und semantischen Beziehungen eliminiert. Letztlich bedeutet dies auch, den chinesischen Schriftzeichen ihre wichtige Rolle zurückzugeben, dies aber gänzlich durch formale künstlerische Mittel. Sprachen sind dynamisch und entwickeln sich immer weiter. Sie folgen damit

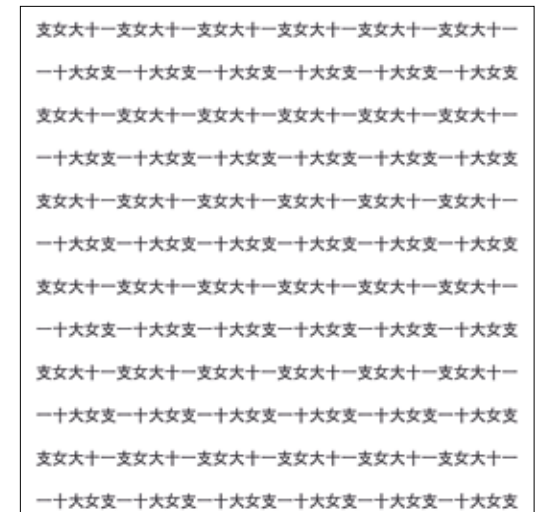
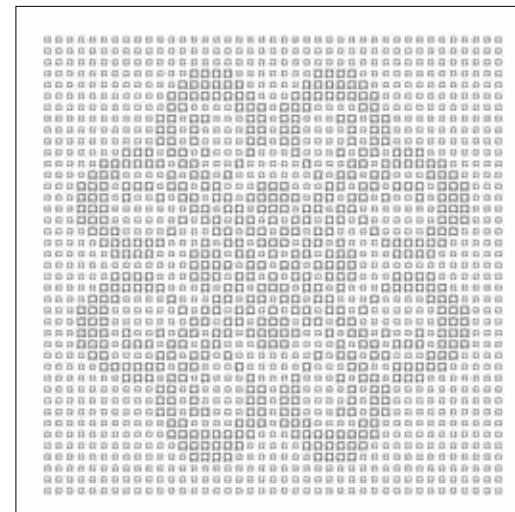
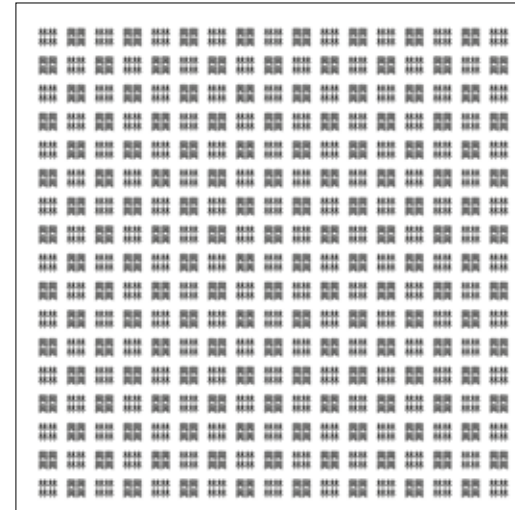
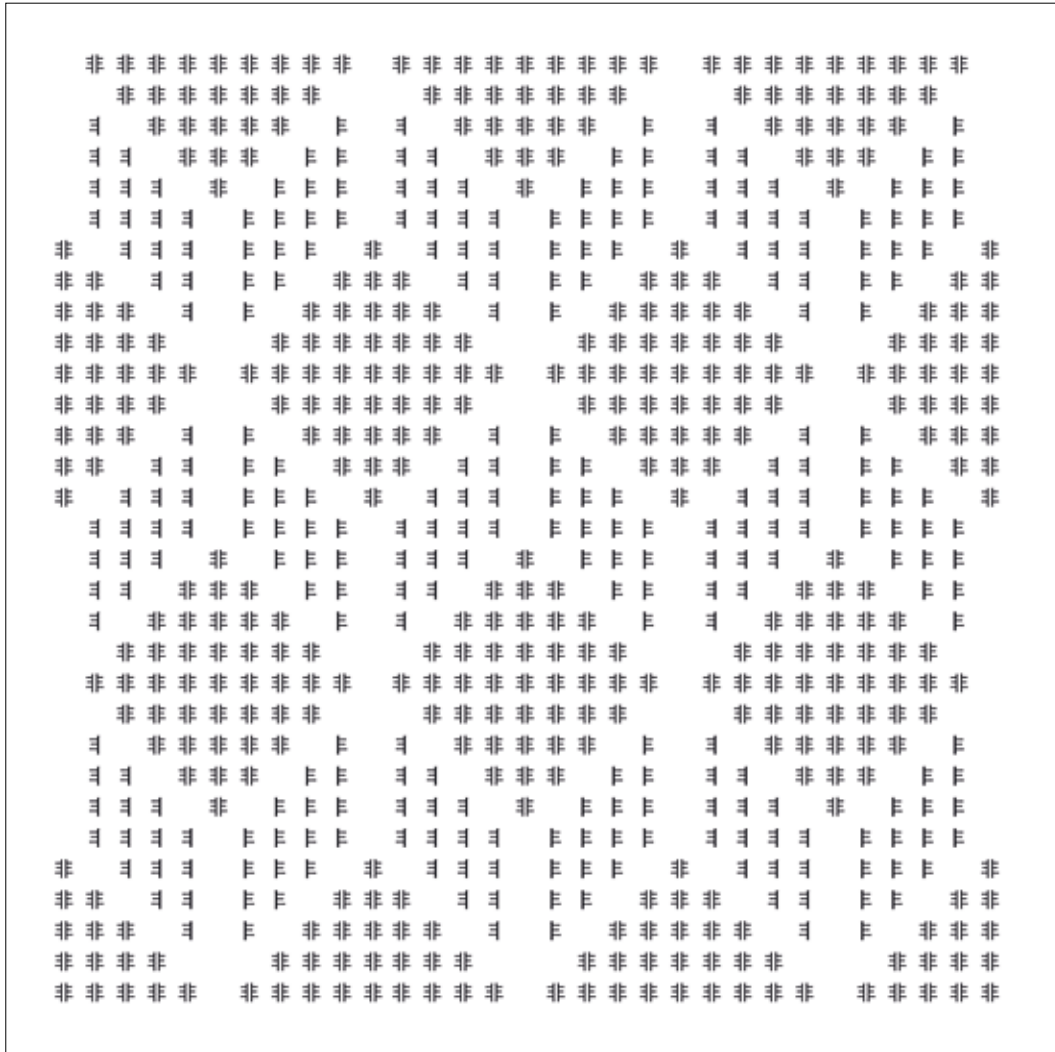
der Geschichte. Aber die vorsätzliche Zerstörung eines so großen Teils der chinesischen Schriftsprache ist ein Symptom einer historischen Tendenz, die sich an so vielen Orten der Welt bis zum heutigen Tag fortsetzt.

In diesem Sinne glaube ich, dass meine Arbeit, in der ich chinesische Schriftzeichen nutze und die nicht nur „Made in Germany“ oder „Made in Europe“ ist, sondern in Deutschland und Europa möglich gemacht wird, ein globales Problem anspricht. Ich habe die Hoffnung, dass diese Arbeit Menschen vieler Nationen dazu anregt, darüber nachzudenken, was wir aus unseren Kulturen verloren haben und wie viel unseres Weltkulturerbes weiterhin vorsätzlich zerstört wird durch verkommene Ideologien, für welche die Zerstörung von Kultur nur ein Vorspiel ist zur Zerstörung unserer Menschlichkeit und schließlich zur Zerstörung von Menschen.

*Words move, music moves
Only in time; but that which is only living
Can only die. Words, after speech, reach
Into the Silence. Only by the form,
the pattern,
Can words or music reach
The stillness, as a Chinese jar still
Moves perpetually in its stillness.*

– T. S. Eliot „Burnt Norton“

Geprägt durch Zen (Chan), das den Geist für eine plötzliche Erleuchtung befreit, befreite die Beherrschung des Pinsels in der chinesischen Kalligrafie die Hand, um die Vision des Geistes zu fassen. Sogar im alten China hatten Künstler die Freiheit, sich ganz der Erleuchtung und dem Ausdruck hinzugeben. Die bewusste Kunst mit dem Pinsel verließ sich auf die Spontanität der Hand,



um die Essenz des Geists zu destillieren. Diese unbewusste Einheit des Inneren (der Geist) und des Äußeren (die Hand) barg die Hoffnung, in der kalligrafischen Arbeit den lebenden Geist der Dinge hervortreten zu lassen. Im Gegensatz dazu verwende ich in meiner Arbeit eine Schrift, die nach der industriellen Revolution für Druckerpressen erfunden worden ist, die nach Japan und China importiert wurden. Diese Schrift beschwört die Mechanisierung industrieller Produkte herauf, die „perfekt“ maschinell hergestellt wurden.

Es gibt keine Freiheit des Ausdrucks; alles richtet sich nach einer strengen Ordnung, um in Übereinstimmung mit dem Standard des Staats zu sein – unabhängig von Willen des Individuums. Letzten Endes werden diese Zeichen zu Artikulationen derjenigen, die ihren Willen verloren haben. Ein bisschen bleibt noch von der Form und die Bewegung scheint immer noch da zu sein, sich „perpetually in its stillness“ bewegend, wie das chinesische Gefäß in T. S. Eliots Gedicht, aber es ist tot.

Seit der Zeit, in der die industrielle Revolution die Tore nach China aufgeschlossen hat, bis in die Gegenwart, in der die unsichtbare Macht des Internets kulturelle Unterschiede verwischt, ist ein Teil des offensichtlichen Wohlstands unserer Gesellschaft ein unmittelbares Ergebnis der wissenschaftlichen Entwicklung. Nicht alle Veränderung ist Wachstum so wie nicht alle Bewegung nach vorne gerichtet ist. Wir wissen, dass der technologische Prozess eine Realität ist, aber ob ein Fortschritt der Zivilisation stattfindet, ist umstritten.

Ein altes chinesisches Sprichwort sagt: „Wenn wir Kupfer als Spiegel nutzen, können wir unsere Kleider säubern; wenn wir eine andere Person als Spiegel nutzen, können wir unsere Erfolge und Niederlagen

erkennen; wenn wir die Vergangenheit als Spiegel nutzen, können wir unseren Aufstieg oder Niedergang vorantreiben.“

Fünf Jahre nach meiner Ankunft ist Berlin nicht immer wie meine Idylle des Literaturhauses an einem Sommertag. Berlin ist ein markanter Knoten im globalen Netzwerk. In der größten Einwandererstadt Deutschlands sind unterschiedliche Nationen mit unterschiedlichen Problemen konfrontiert. Die steigende Einwanderung junger Menschen macht die Stadt Berlin so vital und führt zu Entwicklung. Doch die herrschende Arbeitslosigkeit bringt auch soziale Probleme mit sich.

Englisch wird immer mehr zur Lingua franca. Die Deutschen erfahren Veränderungen in ihrer kulturellen Identität. In Berlin streben wir danach, zum Technologiezentrum zu werden, zum nächsten Silicon Valley. Die Startup-Branche gibt jungen Leuten neue Orientierung für ihre Talente. Aber ein relativ konservatives soziales System bremst ihre Geschwindigkeit.

Im vergangenen Sommer nahm ich an der „DLD-Women-Konferenz“ teil, auf der Viviane Reding, ein Mitglied des Europäischen Parlaments, ein Gespräch führte mit Claudia Nemat, einem Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom AG. Reding behauptete, enttäuscht zu sein von der Kurzsichtigkeit und den egoistischen National-

„Nicht alle Veränderung ist Wachstum so wie nicht alle Bewegung nach vorne gerichtet ist. Wir wissen, dass der technologische Prozess eine Realität ist, aber ob ein Fortschritt der Zivilisation stattfindet, ist umstritten.“

politiken Europas. Sie hatte gehofft, dass Europa nach der Krise von 2008 paneuropäische Systeme entwickeln würde. Die Telekom baut immerhin ein paneuropäisches Netzwerk auf. Diese beiden Frauen werden es Jean-Claude Juncker präsentieren, dem EU-Kommissionspräsidenten, der das digitale, gemeinsame Marktprogramm in Europa publik machen wird.

New Yorks sechster Stadtteil

Dann erwähnte Nemat, dass es, als Ergebnis der komplexen Infrastruktur der Telekom, mindestens ein bis zwei Jahre dauern wird, bis man ein neues Produkt einführt, eine Tat, die Google und andere ausländische Firmen in Wochen oder Tagen vollbringen.

Der Umstand der bürokratischen Verzögerungen brachte uns alle auf den Boden der Tatsachen zurück. Ich erinnerte mich daran, dass es bei den meisten meiner Freunde und auch mir selbst durchschnittlich zwei Monate gedauert hat, bis wir unseren Internetanschluss hatten.

New Yorker in der Kunstwelt nennen Berlin „New Yorks sechsten Stadtteil“. Als jemand, der sich dafür entschieden hat, in Berlin zu leben, sehe ich keinen Grund dafür, dass die Stadt danach streben sollte, eine Imitation des Silicon Valley oder eine Imitation New Yorks zu sein. Warum sollte Berlin – eine Stadt mit der größten Zahl an Künstlern, einer tiefgründigen und reichhaltigen kulturellen Grundlage in Europa, verbunden mit Einflüssen aus der ganzen Welt – nicht seinen eigenen, neuen historischen Beitrag leisten, nach dem andere streben sollten? Vielleicht werden wir dies sowieso erreichen, aber die mangelnde wirtschaftliche Unterstützung zwingt die Kunst-

szenen in Berlin, für sich selbst zu kämpfen. Die Kunst wird zu einem monopolistischen System, dominiert von einigen Autoritäten der Kunstwelt.

Über eine kulturelle Brücke hinweg halte ich meinen Pinsel, um die Serie „The Chinese Version“ in Deutschland, meiner Wahlheimat, zu malen. Aber ich denke ständig an einen Abschnitt in Lin Yutangs Buch „Mein Land und mein Volk“: „Ich habe mich offen aussprechen können, denn ungleich den erwähnten Patrioten schäme ich mich meines Landes nicht. Auch von seinen Sorgen und Nöten kann ich unverhüllt sprechen, weil ich die Hoffnung nicht aufgegeben habe. China ist größer als seine Patriötchen und hat es nicht nötig, von ihnen reingewaschen zu werden. Wie ihm das immer gelungen ist, wird es auch jetzt zu sich zurückfinden.“

Diese Zeilen fassen nicht nur meine Haltung zu China zusammen, sondern auch meine Haltung zu Deutschland. Die kritische Betrachtung der aktuellen Situation, um in der Lage zu sein, sich etwas Größeres zu wünschen, etwas, das weiter zum globalem Wohl beitragen könnte, ist eine Folge von echtem Respekt.

Jia ist Künstlerin. Sie lebt und arbeitet in Berlin. Geboren wurde sie 1979 in Peking in der Volksrepublik China, wo sie Architektur, Performance und Literatur studierte.

Der weite Weg vom Ich zum Wir Gemeinschaft ist ein Erfolgsmodell. Dennoch bedrohen Egoisten und Konflikte immer wieder den sozialen Zusammenhalt. Heute lautet die Herausforderung, eine Globalgemeinschaft zu begründen, die möglichst viele Menschen integriert – ohne dass sie in der Masse verschwinden. Europa, selbst Resultat eines mühsamen, teilweise gewaltbelasteten Weges von der Kleinstaaterei zur multinationalen Einheit, steht heute vor historischer Aufgabe: die Einbeziehung hunderttausender Zuwanderer. *Von Michael Gleich*



es klingt, ist Vereinzelung eine notwendige Voraussetzung für Gemeinschaft. Nur gesunde, stabile Persönlichkeiten sind in der Lage, sich mit anderen zu verbinden, ohne sich in der Gruppe zu verlieren und dabei krank zu werden.

Die Geburt des Ich markiert den Startpunkt eines lebenslangen Ringens. Wir pendeln fortan zwischen dem Wunsch nach Eigenständigkeit und der Sehnsucht nach Gemeinschaft. Zwei Pole, zwischen denen es uns manchmal schier zerreißt. Aber zwischen denen sich in magischen Momenten auch pure Seligkeit entfalten kann. Der Hirnforscher Gerald Hüther sagt: „Glücklich sind Menschen immer dann, wenn sie Gelegenheit bekommen, ihre beiden Grundbedürfnisse nach Verbundenheit und Nähe einerseits und nach Wachstum, Autonomie und Freiheit andererseits stillen zu können.“

Doch der Zeitgeist deutete das Spannungsfeld zwischen den beiden Polen früher ganz anders. In westlichen Gesellschaften herrschte während der vergangenen 150 Jahre der Glaube vor, das Leben sei nichts anderes als ein unerbittlicher Kampf aller gegen alle. Nur der Stärkste überlebe. Dabei beriefen sich die Propagandisten des Prinzips Eigennutz auf den Artenforscher Charles Darwin. Haben sie seine Erkenntnisse nur missverstanden oder bewusst missbraucht, um Kriege biologisch zu begründen, um Egoismus und grenzenlose Gier zu rechtfertigen? Darwin selbst hatte als

Ich? Nein, du! Überraschenderweise beziehen sich die ersten Worte, die Kleinkinder aussprechen, nicht auf sich, sondern auf andere Personen: Mama, Papa, Oma. Erst im zweiten Lebensjahr entwickeln sie ein Ich-Bewusstsein. Mit einem Test lässt sich die Wahrnehmung als eigenständiges Wesen nachweisen: Malt man dem Kind einen Farbfleck auf die Stirn und stellt es vor einen Spiegel, wischt es sich über die Stirn, um ihn zu entfernen. Ein kleiner Schritt für das Kind, ein dramatischer für die Menschheit: Liegt hier der Ursprung des Egoismus? Beginnt damit die ganze Katastrophe von Eigennutz und Machtwillen, von Feindschaft und Angst?

Ja und nein. Die Entwicklung einer eigenen, von anderen getrennten Persönlichkeit ist tatsächlich der Ursprung fataler Fehlentwicklungen. Und gleichzeitig, so widersprüchlich

zentralen Antrieb des Menschen nicht etwa die Aggression beschrieben, im Gegenteil: „Wenn er zum Besten anderer handelt, wird er die Anerkennung seiner Mitmenschen erfahren und die Liebe derer gewinnen, mit denen er zusammenlebt; und dieser Gewinn ist ohne Zweifel die höchste Freude auf dieser Erde.“

Soziales Organ

Kooperation treibt die Evolution voran. Auch das lässt sich schon bei kleinen Kindern beobachten. Sie lernen alles von den Menschen um sie herum. Das Extrembeispiel von Wolfskindern, die fernab einer menschlichen Gemeinschaft aufgewachsen sind und nicht einmal laufen können, weist darauf hin, wie abhängig wir bei jedem Lernschritt voneinander sind. „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind groß zu ziehen“ lautet ein afrikanisches Sprichwort. Die Neurobiologie beschreibt das menschliche Gehirn als „soziales Organ“, das seine komplexen Verschaltungen in Beziehung zu anderen Menschen ausbildet. Intuitiv wussten wir das schon immer: Ohne die anderen sind wir nichts.

Es stärkt den Gemeinsinn, wenn eine Gruppe die Erfahrung macht, dass sie Aufgaben stemmen kann, die einer allein nie schaffen würde – vom Hausbau in Nachbarschaftshilfe bis zur Entwicklung komplexer Rechtssysteme. Oder wenn sie erlebt, wie auf wundersame Weise das soziale Ganze ein „Mehr“ als die Summe der einzelnen Teile hervorbringt. Bei einem Brainstorming etwa entstehen Ideen, auf die keiner der Teilneh-

„Kooperation treibt die Evolution voran. Auch das lässt sich schon bei kleinen Kindern beobachten.“

mer allein gekommen wäre – ein Gedanke inspiriert den nächsten, kollektive Intelligenz entfaltet sich. Deshalb folgert der Philosoph Peter Sloterdijk: „Die menschliche Gruppe ist stets um eine Stufe ‚wirklicher‘ als jedes ihrer Mitglieder.“

So weit, so sozial. Aber warum herrschen dann nicht überall auf der Erde Friede, Freude, Einverständnis? Was bedroht das Erfolgsmodell Gemeinschaft?

Der britische Gesundheitsforscher Richard Wilkinson benennt das Problem mit einem einzigen Wort: Ungleichheit. Er definiert sie als Kluft zwischen dem reichsten und dem ärmsten Teil der Bevölkerung. Extreme Ungleichheit ist für Wilkinson gleichsam eine Krankheit, die alle Schichten einer Gesellschaft befallt. Dabei sei das Auseinanderklaffen in Industrienationen sehr unterschiedlich stark. So sei in den Vereinigten Staaten die Ungleichheit um den Faktor zwei bis drei so hoch wie in Dänemark oder Schweden. Folglich seien alle wichtigen sozialen Indikatoren in den USA schlechter als in Skandinavien: mehr Gefängnisinsassen, höhere Mordrate, mehr Teenagerschwangerschaften, schlechtere Bildung, höhere Krankheitsrisiken. Gleichzeitig zeigen Umfragen, dass in egalitären Gesellschaften das Vertrauen in andere Menschen wächst und die Bereitschaft größer ist, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren. Wilkinsons überraschende Nachricht für die entwickelten Staaten lautet: Nicht das Brutto sozialprodukt entscheidet über die Lebensqualität, sondern die Stärke des Zusammenhalts innerhalb einer Gesellschaft.

Fehlen Kitt und Kohäsion, verspielen sie einen wesentlich Teil des Nutzens, für den sie einst gegründet wurden. Während Gemeinschaften naturwüchsig entstehen, beruhend auf geteilten Werten, steht hinter dem konstruierten Gesellschaft eine handfeste Erwartung: Sie soll für faire Tauschbeziehungen zwischen

den Mitglieder sorgen. Doch extreme Entfernungen zwischen Arm und Reich und geringe soziale Mobilität bedrohen die Balance des Gebens und Nehmens. Die Grundlage des Gesellschaftsvertrags bröckelt. Die Kulturwissenschaftlerin Christina von Braun sieht im Extremfall sogar das Geldsystem bedroht: „Schwindet das Vertrauen in die Gemeinschaft, kann jede Währung kaputtgehen.“

Mobil, vernetzt und immer auf dem Sprung

Zudem erfordern weltweite Arbeitsteilung und die Beschleunigung von Produktion und Innovation einen neuen Typus von Arbeitnehmer, den der amerikanische Soziologe Richard Sennett als den „flexiblen Menschen“ porträtiert. Mobil, vernetzt und immer auf dem Sprung; ein neuer Nomade, der sich kaum länger an einen Ort oder eine Gruppe von Menschen binden kann, will er seinen Job behalten. Gleichzeitig entstehen etwa im Internet virtuelle Soziotope wie Facebook und Twitter, die Gemeinsinn und Zusammenhalt anders definieren als bisher: locker, lässig, „liquid“ – mit noch unbekanntem Folgen.

In der Realwelt erkunden soziale Innovatoren unbekannte Pfade im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verbundenheit. Mehrere Generationenwohngemeinschaften setzten auf Solidarität und neue Synergien, ohne in eine WG-Romantik der Siebzigerjahre zurückzufallen, deren dogmatische Enge früher oder später in die Auflösung führte. Mentoringmodelle zwischen Deutschen und Migranten an Schulen, Dorfgemeinschaften auf ökologischer und spiritueller Sinnsuche oder landwirtschaftliche Erzeuger-Verbraucher-Gruppen zeigen: Der Feldversuch „Freiheit in Verbundenheit“ geht weiter. Denn auf der Reise vom Ich zum Wir bleibt das Selbst, wenn

alles klappt, nicht auf der Strecke: Es wird mitgenommen und wächst über sich selbst hinaus. Und wenn es nicht klappt?

Eine Schattenseite von Gemeinschaften ist ihre Tendenz zur Abschottung. Sie errichten Mauern, an denen sich diejenigen, die draußen bleiben müssen, die Köpfe blutig stoßen. Aggression, so eine neue Erkenntnis aus Psychologie und Hirnforschung, ist nicht etwa ein menschlicher Urtrieb, sondern eine Reaktion auf schmerzhaft erlebte Erfahrungen, häufig auf Ausgrenzung. Eine Untersuchung der Motive von jugendlichen Amokläufern in Schulen zeigt, dass rund 70 Prozent das Gefühl hatten, sozial ausgeschlossen worden zu sein. Ob Schlägereien zwischen Jugendgangs oder internationale Minoritätenkonflikte: Wird Menschen das Grundbedürfnis nach Zugehörigkeit verweigert, läuft die Seele Sturm.

Ein Bollwerk zu bauen, hält den Sturm nicht auf. Nicht, wenn diejenigen, die dagegen anrennen, zu allem entschlossen sind, um hinein zu gelangen. Die „Festung Europa“, gut gesichert an den Außengrenzen durch meterhohe Zäune, Soldaten mit Nachtsichtgeräten und Luftüberwachung, stellt insofern einen Anachronismus dar. Zuwanderer werden angezogen von dem Versprechen eines besseren Lebens, wenn nicht sogar getrieben von purer Überlebensnot in ihrer Heimat. Alle Versuche, sie am Eintritt in das – aus ihrer Sicht – gelobte Land Europa zu hindern, scheitern an der Masse der Migranten und an ihrem Mut der Verzweiflung.

Das europäische Seenotrettungsprogramm Mare Nostrum wurde im Dezember 2014 abgeschafft; damit hatte Italien in einem Jahr etwa 170.000 Menschen das Leben gerettet. Diese Maßnahme kommt zu einem Moment in der Geschichte, als bis zu zwei Millionen Menschen aus dem Nordirak und Syrien vor Krieg, Vergewaltigung und Massenmord fliehen. Nun wurde die Seenotrettung in die

Hände von Frontex gelegt, jener europäischen Agentur, die dafür da ist, die Grenzen dichtzumachen.

Die Verbarrikadierung eines ganzen Kontinents steht in krassem Gegensatz zu einem (handfest wirtschaftlichen) Bedürfnis nach Zuwanderung. Demografische Engpässe durch älter werdende Gesellschaften überall in Europa zeigen sich bereits jetzt, werden aber in Zukunft zu ernststen Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Es fehlen Facharbeiter, es fehlen Rentenzahler.

Sollte Einwanderung nur von der beruflichen Qualifikation abhängig gemacht werden? Gut ausgebildete Menschen aufnehmen, weniger gut qualifizierten die Tür vor der Nase zuschlagen? Sinnvoller wäre es, eine Kultur der Integration erblühen zu lassen, die es den Neuankömmlingen (meist eher die mutigeren, antriebsstärkeren Charaktere) ermöglicht, ihre Potenziale zu entfalten – auch zum Wohl Europas. „Einheit in Vielfalt“ lautet der Wahlspruch der Union. Aufgrund seiner eigenen wechselvollen, teilweise blutigen, Geschichte ist Europa besonders geeignet, eine Vielfaltskultur zu fördern. Wie viele Jahrhunderte haben sich

„Die Verbarrikadierung eines ganzen Kontinents steht in krassem Gegensatz zu der wirtschaftlichen Notwendigkeit von Zuwanderung. Demografische Engpässe durch älter werdende Gesellschaften überall in Europa zeigen sich bereits jetzt, werden aber in Zukunft zu ernststen Problemen auf dem Arbeitsmarkt führen. Es fehlen Facharbeiter, es fehlen Rentenzahler.“

Fürstentümer und Kleinstaaten gegenseitig bekämpft, erobert, unterworfen, bis sich erst die Idee des Nationalstaats, dann das Konzept eines Binnenmarkts durchsetzte. In meiner Jugend in den Siebzigerjahren war es immer noch etwas Besonderes, einen Austauschfreund in Frankreich zu haben; tatsächlich wurde ich bei der einen oder anderen Gelegenheit als „sal-le boche“, als dreckiger Teutone beschimpft. So lange war die Erzfeindschaft zwischen den Nachbarn noch nicht beendet. Und heute? Passt keine Briefmarke zwischen die Verbündeten, die zum stabilen Kern von NATO und EU gehören.

Europa hat seine Lektion gelernt. Eigentlich. Die Toleranz für Unterschiedlichkeit, das Wissen darum, wie man konstruktiv Einwanderung gestaltet – die kulturellen Zutaten sind vorhanden, um Menschen aus anderen Regionen, Traditionen und Religionen in die Mehrheitsgesellschaft aufzunehmen. Es sind populistische Lautsprecher, die Ängste vor „Überfremdung“ schüren. Oft sind sie bei Bevölkerungsgruppen erfolgreich, die kaum Kontakt zu Migranten haben. Fremdenfeindlichkeit ohne Fremde.

Wenn Menschen oder ganze Gesellschaften verunsichert sind, liegt die Versuchung nah, die „ethnische Karte“ zu spielen. Ein Beispiel: Ich komme gerade von Recherchen in Nordostindien zurück. Acht Bundesstaaten, 45 Millionen Menschen, die meisten von ihnen haben chinesische oder mongolische Gesichtszüge. Ihre Andersartigkeit fällt auf in Indien und wird abgelehnt. Junge Leute, die zum Studium in die Hauptstadt Neu Delhi gehen, erleben Beschimpfungen, Mobbing, werden zusammengeschlagen. Gleichzeitig vernachlässigt die Zentralregierung die Bundesstaaten im Nordosten, hat sie jahrzehntelang eher wie Kolonien denn wie gleichberechtigte Mitglieder der Föderation behandelt. 300 Stämme und Unterstämme haben Wissenschaftler im

Nordosten registriert. Und nun, in Zeiten der Globalisierung und von verweigerten Zugängen zu Geld, Einfluss, Jobs, fangen viele der ethnischen Gruppen an, ihre kulturelle Identität überzubetonen. Chauvinistische Töne begleiten diesen Prozess. Angeblich geht es um die Rückkehr zu Tradition, um Verwurzelung. In Wirklichkeit ist das Pochen auf Minderheitenrechten, im Extremfall bis zur Aufstellung bewaffneter Einheiten zu deren „Verteidigung“, auch Teil eines Machtpokers.

Ein anderes Beispiel: Der junge Serbe, der nächstens auf einem McDonalds-Parkplatz eine 23-jährige Türkin so schlug, dass sie starb, hatte eine lange Geschichte von missglückten Versuchen hinter sich, in der deutschen Gesellschaft Fuß zu fassen. Was blieb ihm, in tiefer Verunsicherung, im Frust über gefühlte Ablehnung und gekränkten Stolz? Er brüstete sich auf Facebook damit, er sei ein „Sandschakaner“. Zum Sandschak gehört eine muslimisch geprägte Gegend in Serbien. Dabei war der junge Mann weder gläubig noch gar Muslim. Aber er, der nichts hatte, wollte zumindest stolzes Mitglied einer Gemeinschaft sein. Ein verzweifelter Versuch, den Schmerz über gefühlte Ablehnung zu kompensieren.

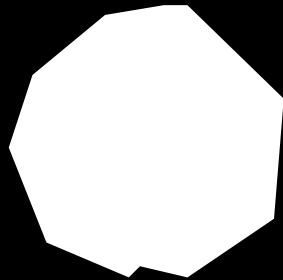
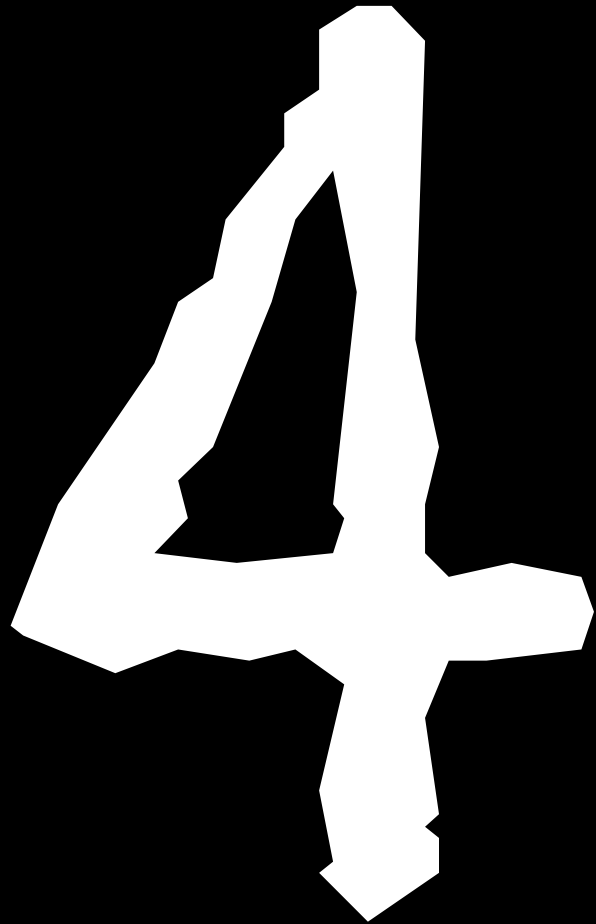
Lange schien der Entwicklungspfeil der Geschichte eindeutig in eine Richtung zu zeigen: mehr Gemeinschaft, größere soziale Gebilde, mehr Integration. Gemeinschaften zogen ihren Radius immer weiter: von Clans über Dörfer und Städte zu Regionen und Staaten. Jedes Mal war das größere Gebilde eine Antwort auf Probleme des kleineren. Heute ist es der Nationalstaat, der angesichts globaler Probleme wie Klimaschutz, Terrorismus und Armutsbekämpfung im wahrsten Sinne an seine Grenzen kommt. Die Aufgabe lautet, die nächste Stufe zu erklimmen und eine „individualisierte Gemeinschaft“ mit globalen Ausmaßen zu begründen, zusammengehalten von universellen Werten, aber mit genug Freiraum

für persönliche und nationale Entfaltung.

Weltinnenpolitik ist gefragt. Sie sieht sich allerdings von einem Gegentrend herausgefordert. Ich möchte ihn mit dem Begriff Fragmentierung beschreiben. Neben der beschriebenen sozialen und materiellen Ungleichheit gibt es weitere gefährliche Tendenzen, die Gesellschaften zerreißen können. Säkular-moderate Gruppen müssen mit fundamentalistischen auskommen. Die Privatisierung von Allgemeingütern spaltet Gesellschaften, teilweise wird dieser Akt militärisch erzwungen. Scheinbar aus dem Nichts treten Terrorbewegungen wie Islamischer Staat oder Boko Haram auf. Alte und neue Separatismen stellen Grenzen von Nationalstaaten in Frage, die lange als unantastbar galten.

So zeigen sich derzeit zwei Entwicklungen, die sich scheinbar widersprechen: Einerseits zeigt sich der Planet Erde als zerrissen, voller Konflikte, aufgespalten in Partikularinteressen. Andererseits lebten noch nie so viele Erdenbewohner mit einem klaren Bewusstsein, dass die großen Herausforderungen der Zeit wie Energieverknappung, Umweltzerstörung oder Gewaltkonflikte nur von einer funktionierenden Weltgemeinschaft bewältigt werden können. Der Menschheit bleibt nichts anderes übrig, als über ihren Schatten zu springen. Die Herausforderung ist größer als jede Marsmission. Der Titel des ehrgeizigen Projekts könnte lauten: Die ganze Welt als Wir!

Michael Gleich ist Journalist und Wissenschaftspublizist. Er hat sich auf die verständliche und überraschende Darstellung komplexer Themen wie Frieden, Mobilität und Umwelt spezialisiert. Seine Sachbücher sind in mehreren Sprachen erschienen und mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet worden.



Kapitel 4 EUNIC und die nationalen Kulturinstitute

.....
Ihr Beitrag für erfolgreiche Einwanderung
.....

Wie kann EUNIC, das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, die Integration von Einwanderern fördern? An wen soll sich EUNIC richten, an spezielle Migrantengruppen, die Mehrheitsgesellschaft des Aufnahmelandes oder an potenzielle Migranten vor ihrer Ausreise? Brauchen wir neue Think Tanks, um neue Ideen und Konzepte zu generieren? Auf jeden Fall sollte sich EUNIC dort engagieren, wo Integrationspolitik an ihre Grenzen stößt.



Möglichkeiten der Migration Islamophobie und Rechtspopulismus in Europa. Wie können Ausländerfeindlichkeit und wachsendes Misstrauen erfolgreich bekämpft werden? Klar ist, dass in Europa das gemeinsame Handeln bei der Integration von Migranten auf die Agenda gesetzt werden muss. Solche Maßnahmen können Migranten, die in der Europäischen Union leben wollen, stärken und beziehen auch die Mainstream-Gesellschaft der Gastländer mit ein. *Von Martin Eichinger*



nischen, sprachlichen und religiösen Gruppen innerhalb des Reichs auszubalancieren.

1912, nach der Annexion von Bosnien-Herzegowina, durch die mit einem Schlag mehr als eine halbe Million muslimische Bürger zum Reich kamen, wurde der Islam vom österreichischen Staat offiziell anerkannt. Dies war einmalig in den westeuropäischen Ländern dieser Zeit. Die Anerkennung bedeutete unter anderem, dass die österreichischen Muslime berechtigt waren, ihre Religion zu praktizieren, während sie in der Armee dienten. Das Gesetz, das den Islam anerkannte, war so fortschrittlich, dass es Österreich viele Jahrzehnte lang nicht mehr veränderte, auch lange nicht, nachdem das Habsburgerreich verschwunden war. Erst vor kurzem hat die Regierung sich daran gemacht, es durch ein ganz neues Gesetz zu ersetzen.

Im heutigen Europa ist das Thema Migration ins Zentrum einer erhitzten und oft kontroversen politischen Debatte gerückt. Die Gründe für Konflikte zwischen der Mainstream-Gesellschaft und den Minderheiten der Einwanderer sind häufig wirtschaftlicher oder sozialer Natur. Die unterschweligen kulturellen Spannungen und Reibungen wurden in der Vergangenheit zeitweise unterschätzt oder ignoriert.

In Österreich hat sich dies seit einigen Jahren deutlich verändert. Inzwischen ist die Integration von Migranten eine klare Priorität der österreichischen Politik. In einem beispiellosen

Während Migration für viele europäische Länder ein relativ neues Phänomen darstellt, hat Österreich eine lange Tradition, Einwanderer verschiedener Herkunft sowie Einflüsse aus anderen Kulturen aufzunehmen. Als es in Wien noch Telefonbücher gab, sah man schon bei schnellem Hinsehen mehrheitlich slawische Nachnamen in der deutschsprachigen früheren Hauptstadt des multiethnischen Habsburgerreichs.

Österreich, gelegen im Zentrum Europas und im Herzen eines sich langsam ausbreitenden multiethnischen Reichs, erlebte viele der jahrhundertelangen Kämpfe, Zusammenstöße und Trennungen des Kontinents. Aber zeitweise entwickelte es auch Strategien, die verschiedenen Interessen, Überzeugungen und Bestrebungen der unterschiedlichen eth-

Schritt wurde 2011 ein Integrationsstaatssekretariat eingerichtet, um den politischen Herausforderungen dieses wichtigen Themas zu begegnen. Die österreichische Regierung erkannte damit an, dass Integration entscheidend ist für die Gestaltung unserer Zukunft.

In der Folge wurde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die oftmals emotionale Diskussion über Integration in ein sachlicheres und analytischeres Gespräch zu verwandeln.

Neuer Ton in der Debatte

Heute herrscht ein anderer Ton in der öffentlichen Debatte. Während das Gespräch in der Vergangenheit einerseits von populistischen Gefühlen und andererseits von übermäßig idealistischen und naiven Konzepten, die einem Wunschdenken gleichkamen, dominiert war, ist die heutige Herangehensweise pragmatischer und realistischer. Die Regierung versucht, die öffentlichen Wahrnehmungen von Migration zu beeinflussen, indem sie betont, welche Möglichkeiten Migration für die Gesellschaft als Ganzes bietet. Dabei drückt sie sich jedoch nicht davor, sich mit den Problemen zu konfrontieren, die entstehen, wenn kulturelle Barrieren eine erfolgreiche Integration behindern.

2011 wurde erstmals ein unabhängiger Expertenrat für Integration geschaffen mit dem Ziel, Integrationspolitik zu analysieren und

„Über unser diplomatisches, konsularisches und kulturelles weltweites Netzwerk können heute neue politische Strategien und Initiativen Migranten erreichen, bevor sie überhaupt in Österreich ankommen.“

Empfehlungen zu formulieren. Dieser Rat, den ein renommierter Akademiker anführt, veröffentlicht einen jährlichen Integrationsbericht sowie ein statistisches Jahrbuch über Migration und Integration. Diese beiden Dokumente werden ergänzt durch eine Online-Datenbank zu Integrationsprojekten verschiedener öffentlicher Organisationen.

Von den vielen Integrationsinitiativen hebt sich die Nominierung prominenter österreichischer Persönlichkeiten mit Migrationshintergrund (wie David Alaba, ein österreichischer Fußballspieler für Bayern München) als „Botschafter der Integration“ besonders hervor. Es ist ein Versuch, erfolgreiche Rollenmodelle für Immigranten ins Licht zu rücken. Eine andere hilfreiche Initiative ist die Auszeichnung von Journalisten, die einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeit Integrationsthemen gewidmet haben.

2014 wurde eine neue Regierung gebildet und Integration unter die Aufsicht des Außenministeriums gestellt. Der frühere Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz wurde Europas jüngster Außenminister.

Der Schritt, Integration und auswärtige Angelegenheiten unter eine Verwaltung zu stellen, eröffnete eine Reihe neuer Möglichkeiten. Über unser diplomatisches, konsularisches und kulturelles weltweites Netzwerk können heute neue politische Strategien und Initiativen Migranten erreichen, bevor sie überhaupt in Österreich ankommen. Diese neue Herangehensweise bezieht die Herkunftsländer in die Integration mit ein und bereitet Einwanderer auf bestmögliche Weise auf ihr Leben in Österreich vor.

In der österreichischen Außenpolitik ist der Dialog der Kulturen im Laufe der letzten Jahre und Jahrzehnte zu einem erfolgreichen Instrument der Soft Power geworden. Mit Initiativen für Dialog wollen wir zu Vertrauen und Frieden beitragen, Vorurteile und Stereotype

bekämpfen und uns für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen.

2007 wurde im österreichischen Außenministerium die Arbeitsgruppe „Dialog der Kulturen“ eingerichtet. Diese hat im Laufe der letzten Jahre eine Reihe von Konferenzen organisiert, Dialoginitiativen anderer Organisationen unterstützt und ein Netzwerk von Dialogpartnern aufgebaut.

Eine erfolgreiche Initiative für Dialog wurde in den vergangenen fünf Jahren in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Integrationsfonds entwickelt. In enger Kooperation mit der offiziellen Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich wurde ein Programm konzipiert, das Training und Kapazitätsbildung für Religionsführer und aktive Mitglieder der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich anbietet. 2014 gab es die sechste Runde dieses Projekts, das Integration und Teilhabe fördert. Das Projekt konzentriert sich auf die folgenden drei Gruppen:

- Seit 2009 besuchen Religionsführer aus der Türkei in Vorbereitung auf ihre fünfjährige Dienstzeit in Österreich Vorträge sowie Workshops und nehmen an Exkursionen teil. Da die Mehrheit dieser Religionsführer erst vor kurzem in Österreich angekommen ist, sind sie nur begrenzt mit dem Land, mit dem System und den Institutionen vertraut. Dies ist bei ihrem befristeten Aufenthalt zuweilen eine Herausforderung. Das Training soll Informationen über und Zugang zu Institutionen bieten und Religionsführer in die Lage versetzen, die vorherrschenden Strukturen besser zu verstehen, sich enger mit ihren Bezirken zu verbinden und an der Gesellschaft teilzuhaben. Kapazitätsbildung stellt einen anderen wesentlichen Teil des Trainings dar, mit

einem starken Fokus auf Frauen und Jugend.

- Seit 2011 erhalten die von der Glaubensgemeinschaft ernannten weiblichen Delegierten ein Training. Dadurch betont man ihre wichtige Rolle als Beraterinnen und Unterstützerinnen von Frauen, ihren wertvollen Beitrag im Prozess der Integration und Teilhabe sowie ihr Potenzial als „Multiplikatorinnen“ innerhalb der Gemeinschaft, die Informationen und Erfahrung durch Initiativen innerhalb der Gemeinschaft weitergeben.
- Zudem ermöglicht seit 2011 ein zusätzliches Training Freiwilligen, die mit der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich arbeiten, Delegierte für Dialog zu werden. Dahinter steht der Gedanke, ihre Fähigkeiten und ihr Wissen zu erweitern, um Interaktion anzuregen, Kommunikation zu stärken und Partnerschaften zwischen der islamischen Gemeinschaft und der österreichischen Gesellschaft aufzubauen. Dabei steht die Beteiligung an dem Prozess, ein gemeinsames Narrativ zu schaffen, im Mittelpunkt.

Da ich selbst an einer Zeremonie teilgenommen habe, bei der Teilnehmer dieser Trainingsprogramme Zertifikate erhielten, konnte ich mich davon überzeugen, wie sehr diese Dialog-Initiative von den Mitgliedern der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich und den öffentlichen österreichischen Institutionen geschätzt werden.

Der Begriff „interkultureller Dialog“ ist bewusst sehr breit definiert worden. Analog zum Integrationsprozess wird er verstanden als ein gegenseitiger aktiver Prozess, bei dem

beide Seiten, die Mehrheitsgesellschaft und die Migranten, gleichermaßen den Mehrwert von Migration und Integration erkennen. Ziel ist, Ängste und Vorurteile abzubauen und den öffentlichen Diskurs über Einwanderung zu entspannen. Wie die Integrationsarbeit insgesamt sollen dieses Aktionsfeld und die angewandten Maßnahmen Diskriminierung vorbeugen, sodass Vielfalt als Normalität betrachtet wird.

Unter unseren multilateralen Initiativen möchte ich das 5. Global Forum der Allianz der Zivilisationen der Vereinten Nationen hervorheben, das 2013 in Wien stattgefunden hat. Neben anderen Themen konzentrierte sich die Konferenz darauf, wie verantwortungsbewusste Führung bei der Schaffung eines neuen Narrativs für Migration, Integration und Mobilität in einer globalen Wirtschaft Einfluss ausüben kann. Schlussfolgerungen betonten die Notwendigkeit, Bildung, Training und Datenerhebung zu verbessern. Alle Interessensvertreter, die sich an Integrationsaktivitäten beteiligen, haben die wichtige Aufgabe, sich mit den Mythen und Missverständnissen zum Thema Migration zu beschäftigen.

Im Juni 2014 war Wien Gastgeber des dritten „Arab European Young Leaders Forum“ über soziales Unternehmertum. Diese Initiative fördert den Austausch zwischen jungen Führungskräften von Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen und Medien aus Europa und der arabischen Welt und hilft ihnen dabei, ihre interkulturelle Kompetenz zu verbessern.

2014 hat Österreich den „Intercultural Achievement Award“ (IAA) ins Leben gerufen. Er richtet sich an Institutionen und Projekte für Dialog weltweit und zwar in den Kategorien Bildung, Kunst, Wirtschaft, Frauen und Jugend.

Kulturdiplomatie als Form der Soft Power kann bei der Integration von Migranten eine wichtige Rolle spielen. Es gibt zahlreiche mögliche Synergien zwischen der Integrati-

onsarbeit im Land und der Kulturdiplomatie, die das Herkunftsland mit einbezieht und die Einwanderer in bestmöglicher Weise auf ihr Leben in Österreich vorbereitet.

Aber da Migration mehr und mehr in einem größeren Kontext gesehen werden muss, reichen nationale Initiativen und politische Strategien alleine nicht aus. Wenn es EUNIC mit seinen riesigen Netzwerken weltweit gelingt, sich als das geeignetste Instrument der Europäischen Union für Kulturdiplomatie in Drittländern zu etablieren, wird man ein europäisches Konzept zu Kultur und Migration entwickeln müssen, um einen Rahmen für europäische Initiativen im Bereich des Kulturdialogs zu bieten. Die Erfahrungen einiger europäischer Länder können bei diesem Unterfangen womöglich wichtigen Input und Inspiration geben.

Kulturdiplomatie und Migration

Natürlich versuchen wir im österreichischen Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres unsere Dialogaktivitäten unter den Österreichischen Kulturforen und den Österreichischen Botschaften zu verbreiten. Aus diesem Grund haben wir ein kleines Handbuch zusammengestellt, das wir „Dialog-Vademecum“ nennen. Dieses Dokument beschreibt das Grundprinzip unserer Dialogaktivitäten und definiert Parameter erfolgreicher Dialogprojekte wie Gegenseitigkeit und beidseitiges Engagement, aber auch ein Agieren der Dialogpartner auf Augenhöhe. Ein wesentlicher Bestandteil dieses „Dialog-Vademecum“ ist eine Liste von Dialogpartnern, an die sich die Österreichischen Kulturforen und Botschaften wenden können, um Dialogprojekte zu organisieren.

Momentan arbeiten wir an einem Dokument mit bewährten Beispielen für erfolgreiche

Dialogprojekte der Österreichischen Kulturforen und Botschaften. Wir müssen uns aber im Klaren darüber sein, dass lokale Besonderheiten bei der Konzeption eines Dialogprojekts berücksichtigt werden müssen. Darüber hinaus ist es wichtig, die Zielgruppe von Dialogprojekten zu bestimmen: Wollen wir nur zwischen zwei oder mehreren Gruppen mit unterschiedlichem Hintergrund vermitteln oder wollen wir eine breitere Öffentlichkeit erreichen, wenn wir Botschaften senden, die unsere Grundwerte widerspiegeln wie die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit?

In Europa muss das gemeinsame Handeln bei der Integration von Migranten auf die Agenda gesetzt werden. Solche Aktivitäten können Migranten, die in der Europäischen Union leben wollen, stärken und beziehen auch die Mainstream-Gesellschaft der Gastländer mit ein. Nur so werden wir in der Lage sein, die Ausländerfeindlichkeit und das wachsende Misstrauen bei Europäern erfolgreich zu bekämpfen und die lange Geschichte dieses Kontinents in eine friedliche und kulturell vielfältige Zukunft fortzuführen.

Martin Eichtinger ist Österreichs Botschafter in Großbritannien. Zuvor war er viele Jahre Leiter der Kulturpolitischen Sektion im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres.

Sprache und Integration Oft leben Migranten jahrelang ohne ausreichende Sprachkenntnisse in ihrer neuen Heimat. In manchen Stadtteilen der europäischen Metropolen hört man vor allem Arabisch, Türkisch, Urdu oder Hindi. Dabei ist das Erlernen der Landessprache einer der wichtigsten Faktoren für die erfolgreiche Integration. Wie kann das Sprachvermögen verbessert werden?

Von Constanza Menzinger



Die Sprache der Gemeinschaft zu sprechen, in der man lebt, erlaubt es, wichtige Dinge zu tun, etwa nach einer Wohnung oder einer Arbeit zu suchen und medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Wie jeder weiß, ist das Sprachenlernen ein allmählicher Prozess, der durch kognitive, soziale und gefühlsbedingte Faktoren beeinflusst wird. Und von diesen Faktoren beeinflusst die Motivation den Erfolg des Sprachenlernens am meisten.

Der Antrieb, eine Sprache zu lernen, ist oft verbunden mit dem Interesse, das die Kommunikation mit Menschen aus unterschiedlichen Ländern hervorruft, mit dem Wunsch, eine andere Kultur besser zu verstehen oder auch eigene Ziele zu erreichen, etwa einen besseren Job zu finden oder eine Zulassung zur Universität zu bekommen.

Sprachen zu lernen erfordert Zeit und Engagement.

Wie viele Sprachlehrer und Sprachlerner bestätigen können, bleibt die Motivation im Laufe der Zeit nicht gleich. Sie kann größer oder kleiner werden und dies hängt von vielen Umständen ab. Allgemein lässt sich sagen: Die Motivation wird gestärkt durch den positiven Austausch mit Muttersprachlern und wird auch von deren Haltung beeinflusst. Manchmal aber sinkt die Motivation, nachdem die Lernenden ein Sprachniveau erreicht haben, das es ihnen ermöglicht, im Alltag gut genug zu interagieren. Wenn die Lernenden wenig intensiven Input haben und keine weiteren Anreize bekommen, kann die „Fossilisation“ den Lernprozess beenden.

In Migrationskontexten von Erwachsenen können sich die Reichweite der Kontakte mit Menschen der aufnehmenden Gesellschaft wie auch die Zwecke, zu denen die Sprache der Gemeinschaft genutzt wird, stark unterscheiden. Das Sprachenlernen und die Migration zwingen Lernende dazu, sich mit Denkkarten, Ausdrucksweisen und einer Kategorisierung von Wirklichkeit auseinanderzusetzen, die sich grundlegend von jenen unterscheiden, an die sie gewöhnt sind. Dieser Prozess wird manchmal so beschrieben: Man nimmt eine neue Identität an. Orte, an denen die Sprache des Gastlands gelernt wird, sind auch Orte, an denen

Lernende ihre neuen Identitäten entdecken.

In Punkto sprachlicher Integration und Identität beschreiben die Sprachwissenschaftler Jean-Claude Beacco, David Little und Chris Hedges vier Ebenen der Integration der Sprache der Aufnahmegesellschaft in individuelle Repertoires. Sprachliche Integration ist passiv, wenn es die Sprachkompetenz des Migranten nicht zulässt, die tägliche Kommunikation effektiv zu bewältigen; sie ist funktional, wenn die Sprache effektiv genutzt wird, um in vielerlei persönlichen, gesellschaftlichen und berufsbezogenen Situationen zu kommunizieren, dabei aber nicht sehr auf formale Korrektheit geachtet wird; sie ist proaktiv, wenn das Sprachenlernen mit persönlichen Zielen verbunden ist, etwa die Entwicklung von persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen und ein fortgeschrittenes Niveau der Sprachkompetenz angestrebt wird. Sprachliche Integration erweitert die sprachliche Identität, wenn die Sprache der aufnehmenden Gesellschaft voll und ganz in das sprachliche Repertoire des Migranten integriert und Teil seiner beziehungsweise ihrer Identität wird.

Training in den Herkunftsländern

In den letzten 15 Jahren sind in vielen europäischen Ländern verschiedene Projekte auf die Beine gestellt worden, um Migranten noch vor der Abreise aus ihren Heimatländern ein sprachliches und berufliches Training zu bieten.

Auch in Italien beschleunigt sich für Migranten, die ein berufliches Training erhalten und in ihren Herkunftsländern Sprachkurse für Italienisch besuchen, das Verfahren, um eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen. Im Anschluss an die Kurse werden die Teilnehmer an Berufsbereiche

verwiesen, die italienischen Regionen ermittelt haben.

In diesem Zusammenhang stellte das italienische Arbeitsministerium 2004 und 2005 zusammen mit der Società Dante Alighieri und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) drei Versuchsprojekte auf die Beine, die in Sri Lanka, Tunesien und Moldau durchgeführt wurden. Insbesondere die Società Dante Alighieri hatte die Aufgabe, Sprachkurse für Italienisch zu organisieren, während die IOM berufliche Trainings anbot. Diese Kurse wurden in Tunis, Colombo und Chişinău abgehalten, bevor die Migranten ihre Länder verließen, um nach Italien zu gehen. Es gab mehr als 500 Teilnehmer.

Die Kurse umfassten 80 Stunden Sprachunterricht für Italienisch und 20 Stunden „Wissen über die Gesellschaft“; das wichtigste Ziel bestand darin, den Teilnehmern grundlegende Kommunikationsbausteine zu vermitteln und ihnen einen guten Start für das Sprachenlernen zu bieten. Beim Sprachunterricht wurde dem berufsbezogenen Vokabular besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Stunden zum „Wissen über die Gesellschaft“ beschäftigten sich mit alltagsbezogenen kulturellen Aspekten. Ziel dabei war, die künftige berufliche und soziale Integration zu unterstützen. Am Ende der Kurse legten die Teilnehmer PLIDA-Prüfungen ab, um die im Italienischen erreichte Sprachkompetenz zu testen. Das Sprachzertifikat PLIDA gilt als Nachweis der Italienischkenntnisse. Das von den meisten Lernenden erreichte Niveau war PLIDA A1 (entspricht A1 gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen, Europarat, 2001).

Unserer Erfahrung nach bestand der wesentliche Vorteil dieser Projekte in der Einstellung, welche die Lernenden gegenüber

ihrer künftigen Gastgesellschaft und dem Sprachenlernen entwickelten. Laut Feedback von Lehrern und Lernenden reduzierte das Lernen der Fremdsprache im eigenen Land und in einer vertrauten Umgebung den Stress, der entsteht, wenn man gedrängt ist zu kommunizieren, sobald man im Gastland angekommen ist.

Ein anderes positives Merkmal war die Tatsache, dass der Sprachlehrer als Vermittler zwischen zwei Sprachen und zwei Kulturen agierte. Denn er ermutigte zu einer offenen Haltung gegenüber dem Fremden und half den Lernenden, die spezifischen kulturellen und sprachlichen Merkmale des Gastlands zu verstehen. Auf diese Weise wurde es für die Migranten leichter, mit der Sprache und Kultur des Gastlands umzugehen.

In einem recht neuen Dokument analysieren die Politikanalysten des Migration Policy Institute (MPI), Maria Vincenza Desiderio und Kate Hopper, die Wirksamkeit der vor der Abreise ergriffenen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Integration der Migranten in den europäischen Arbeitsmarkt. Sie beobachten beim Sprachtraining folgende problematische Punkte: das erforderliche Mindestniveau (A1) sowie die administrativen Verzögerungen zwischen der Erfüllung der Erfordernisse durch den Migrationskandidaten und dem ersten Einlass

„Das Sprachenlernen und die Migration zwingen Lernende dazu, sich mit Denkkarten, Ausdrucksweisen und einer Kategorisierung von Wirklichkeit auseinanderzusetzen, die sich grundlegend von jenen unterscheiden, an die sie gewöhnt sind.“

ins Zielland, was die Fähigkeiten hinfällig werden lässt. Dies sind tatsächlich die wesentlichen Defizite des Projekts.

Ein A1-Schüler wird im globalen Maßstab des gemeinsamen europäischen Referenzrahmens als „Basic User“ beschrieben. Dieser „kann vertraute, alltägliche Ausdrücke und ganz einfache Sätze verstehen und verwenden, die auf die Befriedigung konkreter Bedürfnisse zielen. Kann sich und andere vorstellen und anderen Leuten Fragen zu ihrer Person stellen – zum Beispiel, wo sie wohnen, was für Leute sie kennen oder was für Dinge sie haben – und kann auf Fragen dieser Art Antwort geben. Kann sich auf einfache Art verständigen, wenn die Gesprächspartnerinnen oder Gesprächspartner langsam und deutlich sprechen und bereit sind zu helfen“. Eine Person mit A1-Niveau ist also, wie die obere Beschreibung zeigt, nicht in der Lage, am Arbeitsplatz effektiv zu kommunizieren.

Sprachliche Anforderungen in europäischen Ländern

Im Jahr 2014 hat der Europarat die dritte Studie zur sprachlichen Integration erwachsener Migranten veröffentlicht. In diesem Dokument werden die Ergebnisse einer Untersuchung über erforderliche Sprachkenntnisse (der Test zur Sprachbeherrschung, optionale/obligatorische Integrationsprogramme usw.) für Einreise, Aufenthalt und Staatsbürgerschaft in den Mitgliedstaaten des Europarats vorgestellt.

Mehr als 80 Prozent der europäischen Mitgliedstaaten, die auf die Befragung reagierten, berichteten, dass erwachsene Migranten rechtlich verpflichtet sind, an einem Sprachkurs und/oder einem Sprachtest teilzunehmen für mindestens eine von drei ad-

ministrativen Situationen: vor der Einreise, für den Aufenthalt und für die Staatsbürgerschaft.

Anforderungen vor der Einreise betreffen Migranten, die eine Familienzusammenführung wünschen oder auch für Arbeitsmigranten in neun Ländern. Das am häufigsten erforderliche Niveau in diesen Fällen ist A1. In einer größeren Zahl von Ländern sind die erforderlichen Sprachkenntnisse mit Aufenthaltsgenehmigungen verbunden; in solchen Ländern müssen Migranten nachweisen, dass sie das Niveau A1, A2 oder B1 haben. In den meisten Ländern ist für die Staatsbürgerschaft das Niveau A2 oder B1 erforderlich.

In Italien müssen seit 2011 Migranten, die länger als ein Jahr im Land bleiben wollen, bei ihrer Ankunft eine Integrationsvereinbarung unterschreiben, die sie dazu verpflichtet, innerhalb von zwei Jahren das Niveau A2 in Italienisch zu erreichen.

Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen erhalten jene Migranten, die nachweisen können, dass sie das Niveau A2 erreicht haben – entweder durch ein Zertifikat nach bestandem Sprachtest oder durch eine schriftliche Erklärung darüber, dass sie einen Italienisch-Sprachkurs besucht haben. Wer sich um die italienische Staatsbürgerschaft bewerben will, wird aktuell nicht nach Sprachkenntnissen gefragt.

In diesem Zusammenhang wurde die Società Dante Alighieri zusammen mit drei anderen italienischen Sprachprüfungsstellen, den Ausländeruniversitäten von Siena und Perugia sowie der Universität Rom III vom italienischen Innenministerium beauftragt, Richtlinien für die Konzeption eines A2-Tests für Bewerber auf unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen zu entwickeln.

Constanza Menzinger ist Koordinatorin des Sprachenprogramms PLIDA. PLIDA als Sprachzertifikat gilt als Nachweis der Italienischkenntnisse und wird eigens von einem wissenschaftlichen Team der Società Dante Alighieri in Zusammenarbeit mit der Universität La Sapienza in Rom erarbeitet und betreut. Dadurch genießt es auch die Anerkennung der italienischen Ministerien.

Die Welt in Europa, Europa in der Welt – EUNIC Die Terroranschläge in Paris und Kopenhagen sind traurige Erinnerungen an die Spannungen, die weiterhin in den heutigen europäischen Gesellschaften bestehen. All dies scheint darauf zu verweisen, dass das Vertrauen zwischen Ländern und Völkern heutzutage eine knappe Ressource ist. Fakt ist: Das Ziel des Europäischen Netzwerks der Nationalen Kulturinstitute (EUNIC), den Dialog und Kulturaustausch in Europa sowie zwischen den Ländern Europas und der Welt zu stärken, ist so aktuell wie nie. Von Annika Rembe

Kulturinstitutionen glauben an das riesige Potenzial der Kulturbeziehungen, Vertrauen sowie starke Beziehungen zwischen Menschen und der Zivilgesellschaft verschiedener Länder aufzubauen. Wer beruflich in den Bereichen Kunst und Kultur arbeitet, kann besonders gut komplexe Geschichten erzählen und menschliche Unterfangen kritisch betrachten. Kultur spricht den Geist und das Herz der Menschen an. Sie kommuniziert, wenn Sie so wollen, gleichzeitig mit beiden Gehirnhälften und trägt zu einer besseren Entscheidungsfindung bei.

Die menschliche Entwicklung ist paradox; unsere Welt durchlebt ständig unterschiedlichste Veränderungen. Glücklicherweise verändern viele Entwicklungstrends die Dinge zum Besseren; der Kampf gegen extreme Armut macht an vielen Orten sichtbare Fortschritte und tödliche Krankheiten werden, wenn auch langsam, eine nach der anderen unter Kontrolle gebracht. Andere Entwicklungen laufen leider in eine negative Richtung. Konflikte und Sicherheitsgefährdungen scheinen sich immer weiter zu verbreiten, auch im Alltag jener, die bis vor kurzem noch glaubten, sie könnten sich diese vom Leib halten. Die Terroranschläge in Paris und Kopenhagen sind traurige Erinnerungen an die Spannungen, die weiterhin in den heutigen europäischen Gesellschaften bestehen.

All dies scheint darauf zu verweisen, dass das Vertrauen zwischen Ländern und Völkern heutzutage eine knappe Ressource ist.

Gerne möchte ich als Beispiel die Vision meiner eigenen Organisation, des Schwedischen Instituts, darlegen. Unsere Vision ist eine Welt, in der Staaten und Individuen einander vertrauen und in der unser Institut eine der erfolgreichsten und effektivsten Organisationen ist, wenn es darum geht, zu diesem Vertrauen beizutragen. Diese Vision hilft mir und meinem Team, in Erinnerung zu behalten, warum wir jeden Tag auf die Arbeit gehen, da sie die Relevanz unseres Tuns verdeutlicht, die über einfaches Nation Branding hinausgeht.

Für die Arbeit des Schwedischen Instituts, bei der Zivilgesellschaft und einzelnen Bürgern im Ausland Beziehungen und Vertrauen aufzubauen, gibt es in anderen europäischen Ländern wichtige Verbündete. Das Ziel des Europäischen Netzwerks der Nationalen Kulturinstitute (EUNIC) ist eng mit unserem eigenen verbunden: den Dialog und Kulturaustausch in Europa sowie zwischen den Ländern Europas und der Welt zu stärken. Als Mitglied verbessern wir die Kapazität unserer eigenen Organisation und finden Plattformen für die Zusammenarbeit mit anderen an gemeinsamen Herausforderungen. Während der Präsidentschaft im Zeitraum Juni

2014 und Juni 2015 bestand die Möglichkeit, noch merklicher an der Gestaltung der Zukunft des Netzwerks mitzuwirken.

Bedarf an Kulturaustausch

Mehr und mehr Menschen verweisen darauf, wie wichtig es ist, dass die EU neben traditioneller Diplomatie einen stärkeren Fokus auf den Aufbau von Beziehungen legt, auf Aktivitäten zwischen Menschen, die ein besseres Verständnis und gesteigertes Vertrauen zwischen Europa und anderen Ländern zum Ziel haben. Auch innerhalb der EU gibt es gegenwärtig den Prozess, die Rolle der Kultur in den EU-Außenbeziehungen zu stärken. Wir sprechen dabei von Kulturbeziehungen in einem weiteren Sinn, die den kulturellen und bildungsbezogenen Austausch von Künstlern und anderen Berufstätigen einschließt, Kapazitätsbildung in Entwicklungsländern, Kultur als Schauplatz von Krisen und Konfliktlösung, Kreativindustrien als Katalysatoren für Entwicklung usw. Eine vor kurzem von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebene Studie zeigt einen deutlichen weltweiten Bedarf nach Kulturaustausch mit Europa. Aber es existiert auch die Kritik an einem Europa, das allzu oft so wahrgenommen wird, dass es „seine Vorstellung auf andere projiziert“ statt in einem echten Dialog zuzuhören und sich zu beteiligen.

EUNICs Ehrgeiz besteht nun darin, bei dieser Arbeit ein selbstverständlicher Partner für die EU zu werden. EUNIC hat dank seines weltweiten Netzwerks aus Kulturinstitutionen und ähnlichen Einrichtungen, die vor Ort agieren können, eine einzigartige Ausgangsposition. EUNIC hat zudem über sich selbst nachgedacht und erkannt, dass das Netzwerk sich strategischer entwickeln muss. Viele

glauben, dass die Arbeit von EUNIC sich bis heute zu sehr auf die Agenden einzelner Länder konzentriert hat und zu wenig auf die multilaterale Zusammenarbeit an gemeinsamen Zielen. EUNIC hat deshalb in den letzten paar Jahren eine Reihe wichtiger Entscheidungen getroffen. Die Vorsitzenden von EUNIC haben sich dem Prinzip der Zusammenarbeit an einer gemeinsamen europäischen Agenda verpflichtet. Wir sind auch darin übereingekommen, die Kapazität unseres Netzwerks zu stärken, einschließlich jenes unserer Cluster der Mitgliedsinstitutionen in über 90 Orten weltweit, um besser und strategischer zusammenzuarbeiten. EUNIC erhielt vor kurzem zu genau diesem Zweck eine Projektunterstützung für drei Jahre vom Programm „Kreatives Europa“. Die Agenda des Schwedischen Instituts ist sehr stark durch Herausforderungen motiviert, sowohl durch die Herausforderungen, denen sich unsere eigene Gesellschaft gegenüber sieht, als auch durch jene unserer Partnerländer. Mit den zentralen Herausforderungen in unserer heutigen Welt sehen wir uns alle konfrontiert; um sie zu bewältigen werden die Weltmächte besser zusammenarbeiten müssen.

In der neuen Ausgabe des Nation Brands Index 2014 wurden Menschen in 50 Ländern gefragt, was sie für die drängendsten Themen der heutigen Welt halten. Die fünf häufigsten Themen waren tatsächlich die ganz großen Herausforderungen:

1. die Lösung gewaltsamer Konflikte,
2. Umweltschutz,
3. der Schutz und die Förderung der Menschenrechte,
4. die Sicherstellung von Nahrung und Wasser,
5. der Abbau sozialer Ungleichheit.

Man muss nicht eigens dazusagen, dass all jene, die dazu bereit sind, bei der Bewältigung dieser Herausforderungen zusammenzuarbeiten, in der Welt von Morgen relevant sein werden.

Ein Aspekt des menschlichen Lebens, der mit dem oben genannten Herausforderungen eng zusammenhängt, ist die vielfältige und komplexe Migration in der heutigen Welt, ob sie sich nun in den Flüchtlingsströmen aus Konflikt-, Kriegs- oder Terrorregionen manifestiert oder infolge neuartiger Dürren, Überflutungen, Wirbelstürme und ähnlicher Phänomene, die durch den Klimawandel begünstigt werden. Migration ist ganz offensichtlich ein Thema, das höchstwahrscheinlich in den kommenden Jahren weiterhin relevant sein wird. Die Migration hat Schweden mitgeprägt. 2014 ist die schwedische Bevölkerung um mehr als 100.000 Menschen gewachsen – ein neuer Rekord – der vor allem mit der Einwanderung zu tun hat. Die drei größten Gruppen waren in diesem Jahr Syrier, Eritreer und Menschen ohne Staat oder Land (Staatenlose). In Europa nahm 2014 nur Deutschland mehr Asylsuchende auf als Schweden, gefolgt von Italien und Frankreich.

Insgesamt hat Schweden mehr als 70.000 Flüchtlinge aus dem Krieg in Syrien aufgenommen. Wenn man zurückblickt, sieht man, dass die Geschichte der schwedischen Einwanderung vielen Änderungen unterworfen war und dass sie sowohl das Ergebnis von Auswanderung als auch von Einwanderung ist. Etwa 16 Prozent der gegenwärtigen Bevölkerung Schwedens sind in einem anderen Land geboren worden. Was nach der Einwanderung passiert, bleibt Gegenstand einer der hitzigsten Debatten in unserem Land. Diese Debatten verdeutlichen, wie kompliziert und konfliktbeladen die Themen rund um Vielfalt tatsächlich sind – von Studien, die Schwedens Einwanderungspolitik loben bis zu Artikeln, die zeigen, welch langen Weg Schweden in punkto Integration immer noch vor sich hat.

EUNIC ist nun im Begriff, nach relevanten Bereichen zu suchen, um

eine „europäischere“, gemeinsame Agenda und den richtigen thematischen Fokus für Zusammenarbeit zu setzen. Als junges Netzwerk mit begrenzten Ressourcen für gemeinsame Projekte sucht EUNIC auch nach den geeignetsten Ländern oder Regionen, wo sich Pilotprojekte rund um eine gemeinsame Agenda initiieren lassen. Das Thema Migration könnte sehr gut einen Schwerpunkt bilden, der Antworten auf viele von EUNICs aktuellen Fragen liefert. Migration ist ein gutes Beispiel für eine Herausforderung, die ganz offensichtlich alle EU-Mitgliedstaaten betrifft. Deshalb ist sie ein aktuelles Thema für die Zusammenarbeit zwischen nationalen Kulturinstitutionen, die im Bereich Kultur der EU-Außenbeziehungen für EU-Institutionen relevant sein wollen. Abschließend möchte ich die offenen und engagierten Diskussionen hervorheben, die EUNIC-Mitglieder dieses Jahr geführt haben. Zusammen haben wir wichtige Schritte unternommen hin zu einer gemeinsamen Lesart der EU-Kulturpolitik, zum Anstoß kooperativer Prozesse und somit zu einer engeren und strategischeren Zusammenarbeit.



Annika Rembe
ist Generaldirektorin des Schwedischen Kulturinstituts und Präsidentin von EUNIC

EUNIC Jahresbericht 2014

Kultur ist als wertvolle Komponente der Außenpolitik der Europäischen Union (EU) anerkannt und es gibt eine erwiesene Nachfrage nach Kulturbeziehungen mit Europa. EUNIC zeigt ein starkes Engagement und hat ausge dehnte Erfahrung mit der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der EU. Dies bestätigen die im Bericht „Preparatory Action: Culture in EU External Relations“ hervorgehobenen Ergebnisse. EUNIC vertritt alle EU-Mitgliedstaaten und besitzt weltweite Expertise, da die Mitglieder vor Ort als Partner arbeiten. EUNIC komplementiert so Initiativen und Aktivitäten der EU im Bereich Kultur und setzt es sich zum Ziel, als Kompetenzpool und Thinktank die erste Wahl europäischer Institutionen zu werden. EUNIC hat 2014 weiter Fortschritte gemacht, dank der Stabilität der EUNIC Global Office, des aktiven Direktoriums und des Engagements der Strategiegruppe und der EUNIC-Mitglieder sowie auch dank der Unterstützung verschiedener Arbeitsgruppen und der Arbeit aller EUNIC-Cluster.

Die EUNIC-Mitgliedschaft vergrößerte sich 2014, was die Gesamtzahl der Mitglieder auf 33 aus 27 EU-Mitgliedstaaten erhöhte. 2015 werden EUNIC-Mitglieder alle EU-Mitgliedstaaten repräsentieren.

Eine ähnliche Entwicklung war in den EU-Clustern zu beobachten: 2014 wurden fünf neue Cluster gegründet, in Angola, Malaysia, Neapel, St. Petersburg und Sri Lanka, was das Netzwerk der Cluster auf 94 anwachsen ließ.

Ein zentraler Erfolg bestand für EUNIC 2014 darin, EU-Finanzierung im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ erhalten zu haben. Das Projekt „Crossroads for Culture“ (C4C) wird dem Netzwerk helfen, sich weiterzuentwickeln und zu professionalisieren, sowohl auf der Ebene der Mitglieder als auch auf der Ebene der Cluster. Zudem wird C4C darauf hinarbeiten, Fähigkeiten und

Wissen von externen Praktikern aus dem Kulturbereich zu erweitern sowie die transnationale und internationale Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zu verbessern.

2014 haben die EUNIC-Cluster weltweit 18 Projekte umgesetzt, die vom EUNIC Cluster Fonds mitfinanziert wurden. Das Cluster-Fonds-Modell wird 2015 fortgeführt. Die Gesamtsumme der finanziellen Unterstützung, die EUNIC-Clustern angeboten wurde, überschritt 130.000 Euro. Die Richtlinien für finanzielle Unterstützung sind strategisch neu gestaltet worden, um den Clustern verstärkt dabei zu helfen, gemeinsame Agenden von EUNIC und EU zu entdecken, die Ziele ihrer Projekte mit den Zielen der EU-Außenpolitik abzugleichen und enger mit den EU-Delegationen/Repräsentanzen zusammenzuarbeiten.

Um EUNIC-Mitgliedern zu helfen, lokale Cluster zu gründen und das gesamte Netzwerk weiterzuentwickeln, hat EUNIC 2014 neue unterstützende Hilfsmittel eingeführt. Dazu zählen erneuerte Unter-Webseiten und User Manuals, Richtlinien für die visuelle Identität und soziale Medien wie auch ein gemeinsamer Raum für Zusammenarbeit (EUNIC Intranet) sowie ein hoch geschätzter „Policy Flash“, der internationale Entwicklungen in den Bereichen Kultur, Bildung, Jugend und Entwicklungshilfe zusammenfasst.

Zusätzlich hat EUNIC 2014 die Entwicklung und den Start einer EUNIC-App unterstützt, die ursprünglich vom EUNIC-Cluster in Prag angestoßen worden war. Das Ziel der App besteht darin, den öffentlichen Hunger nach Kultur an allen Orten der EUNIC-Cluster zu stillen. Im Laufe des kommenden Jahres will EUNIC diese App auf verschiedene Cluster ausweiten, damit sich die Öffentlichkeit über kulturelle Veranstaltungen informieren kann.

Zuletzt möchte EUNIC aufrichtige Dankesworte an die vielen Partner aussprechen, welche die Organisation im Laufe der letzten Jahre unterstützt und dabei geholfen haben, die Services für

EUNIC-Cluster weltweit kontinuierlich zu verbessern.
EUNIC GLOBAL

Crossroads for Culture

2014 erhielt EUNIC eine EU-Finanzierung im Rahmen des Programms „Kreatives Europa“ der Europäischen Kommission für das Projekt „EUNIC – Crossroads for Culture – transnationale und internationale Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten verbessern“. Das Projekt wurde während der Generalversammlung im Dezember 2014 gestartet und wird drei Jahre laufen.

„Crossroads for Culture“ verfolgt das Ziel, EUNICs Kapazität zu stärken, im Bereich der europäischen Kulturbeziehungen ein Partner für die Europäische Union zu werden. Der übergeordnete Sinn der Stärkung des EUNIC-Netzwerks und des Aufbaus der Kapazität der EUNIC-Mitglieder liegt darin, Akteure aus dem Kulturbereich aller EU-Mitgliedstaaten zu ermöglichen, transnational zu arbeiten, Kultur und Kreativindustrien zu internationalisieren sowie weiter Europas Einfluss und Anziehungskraft zu stärken, innerhalb und außerhalb Europas.

Kooperationsprojekte

MENA Pilot 1

Das MENA/Europäische Training im Bereich Kultur- und Kreativsektor-Management ist ein projektbasiertes Training und eine kooperative Lernerfahrung unter Kollegen, um den regionalen Austausch innerhalb der MENA-Region zu fördern.

Basierend auf einem in der MENA-Region 2011 und 2012 von EUNIC durchgeführten Beratungsprozess wurden drei Hauptarbeitsfelder bestimmt: Kulturpolitik, Kapazitätsbildung, Mobilität und Austausch. Das sich überschneidende Thema all dieser Bereiche ist der starke Bedarf nach Kapazitätsbildung im Kultursektor der MENA-Region. Aufgrund des aktuellen soziopolitischen Kontexts

des Aufrufes glauben wir, dass nun der entscheidende Moment gekommen ist, um kulturelle Akteure mit den notwendigen Hilfsmitteln zu stärken, damit sie positiv zu Veränderungen beitragen können. Deshalb wurde das MENA-Programm von EUNIC entwickelt als Inkubator für Projekte, die sich auf Kapazitätsbildung in den kreativen und kulturpolitischen Sektoren konzentrieren.

Dieses Projekt wurde von EUNIC Global in Zusammenarbeit mit der Stiftung Marcel Hicter (Organisator des Europäischen Diploms im Kulturprojektmanagement) ausgedacht. Es wird unterstützt von den EUNIC-Clustern in Algerien, Ägypten, Libanon, Jordanien, Marokko (Rabat und Casablanca), Palästina und Tunesien sowie auch von den folgenden Institutionen: Association Racines (organisiert verschiedene Leadership-Trainingsprogramme in Nordafrika), Österreichisches Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten, Wallonie-Bruxelles International, Flanders Department of Foreign Affairs, Institute Camões, Schwedisches Institut, Instituto Cervantes, Institut français, Rumänisches Kulturinstitut, EU-Delegation in Jordanien, Cooperación española, AECID und FIIAPP. Das Prinzip des MENA-Inkubators von EUNIC besteht darin, Projekte zu entwickeln, die sich mit den eruierten Bedürfnissen befassen, zusammen mit Expertenorganisationen aus Europa und der MENA-Region. Durch seine Inhalte und Methodik ist dieses auf MENA fokussierte Kapazitätsbildungsprogramm in dem Sinne spezifisch, dass es nicht nur darauf abzielt, die Fähigkeiten von Kulturmanagern zu verbessern, sondern auch Teilnehmern dabei zu helfen, mit der Unterstützung durch europäische und MENA-Expertise und durch EUNIC-Cluster regionale Kooperationsprojekte zu entwickeln. Hauptziele sind dabei, die Teilnehmer zu stärken, Kapazitäten und Hilfsmittel zu entwickeln, die für die kreative kulturelle Kooperation innerhalb der MENA-

Region notwendig sind.

In der ersten Trainingsphase für Kultur- und Kreativsektor-Management kamen im November 2014 15 Teilnehmer aus sieben MENA-Ländern in Casablanca, Marokko, zusammen. Eine Fortsetzung wird für April 2015 in Beirut, Libanon, organisiert.

EU-China 6D

Der „Europäisch-Chinesische Kulturdialog“ führt Intellektuelle, Praktiker aus dem Kulturbereich und Kulturpolitiker aus Europa und China zusammen, um die kulturelle Kooperation im Bereich der Kreativindustrien zu stärken und Beziehungen zwischen Menschen aufzubauen. Die Tradition des Kulturdialogs reicht zurück bis ins Jahr 2008, als die ersten Treffen in Peking, China, stattfanden.

Die zweite und dritte Runde des Dialogs folgten 2009 und 2010 in Kopenhagen beziehungsweise Shanghai. Die vierte Runde fand im Oktober 2011 in Luxemburg statt, die fünfte im chinesischen Xi'an. Die sechste Runde gab es dann vom 15. bis 17. Oktober 2014 in Bukarest, Rumänien. Die sechste Ausgabe war ein Erfolg. Diese Schlussfolgerung zogen die Teilnehmer nach drei intensiven Veranstaltungstagen. Den Kulturdialog, der jährlich von EUNIC in Zusammenarbeit mit der Nationalen Chinesischen Akademie der Künste organisiert wird, koordinierte 2014 das Rumänische Kulturinstitut.

Das Thema des sechsten „Europäisch-Chinesischen Kulturdialogs“, Public Spaces – EU and China Sharing Perspectives – ist aktuell ganz besonders relevant aufgrund der rapiden Urbanisierung in der Welt. Die Zukunft der Städte stellt sowohl für Europa als auch für China eine zentrale Herausforderung dar. 27 chinesische Delegierte, sieben chinesische Künstler, 15 europäische Teilnehmer, rumänische Experten für den öffentlichen Raum sowie Kulturdiplomaten, aber auch Studenten und Journalisten nahmen an der Veranstaltung teil.

Die Teilnehmer waren insgesamt über 100 Architekten, Künstler und Entscheidungsträger der Kulturpolitik aus Europa und China. Sie diskutierten über die Möglichkeiten von Künstlern, öffentliche Räume dynamischer zu machen, indem sie diese mit neuen Werten und Bedeutungen aufladen und Bürger miteinbeziehen. Andere bemerkenswerte Themen waren: das wirtschaftliche, kulturelle und gesellschaftliche Gewicht solcher partizipatorischer Haltungen gegenüber öffentlichen Räumen, die Gestaltung nachhaltiger Städte, kreative Vorstellungen und Visionen zu den urbanen Räumen der Zukunft. Eine der wichtigsten Errungenschaften der sechsten Runde des „Europäisch-Chinesischen Kulturdialogs“ war das Residenzprogramm in den europäischen Städten Wien, Linz, Berlin, Stockholm, Brüssel und Cork, unterstützt durch EUNIC-Mitglieder. Einen Monat lang erlebten sieben Künstler aus China und Hong Kong neue kreative Möglichkeiten und tauschten sich über ihre Entdeckungen in Bukarest aus. Der „Europäisch-Chinesische Kulturdialog“ hatte seinen Ursprung in einer sehr einfachen Idee: die Schaffung eines Rahmens, in dem zwei Welten zusammenkommen, um das Beste aus beiden Kulturen zu präsentieren, sich auszutauschen und gemeinsam nach Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu suchen.

EUNIC-CLUSTER

Projekte des Cluster Fonds

2014 haben die EUNIC-Cluster weltweit 17 Projekte umgesetzt, die mitfinanziert wurden durch den EUNIC Cluster Fonds. Im Anschluss an das Bewerbungs- und Auswahlverfahren haben EUNIC-Cluster finanzielle Unterstützung erhalten, um die unten aufgelisteten Projekte durchzuführen:

EUNIC Almaty: Europäischer Tag der Sprachen

EUNIC Brasilien: Europawoche in Brasilien
 EUNIC Bukarest: Europäisches Comicfestival in Bukarest
 EUNIC Buenos Aires: EUNIC-Festival der zeitgenössischen europäischen Dramaturgie
 EUNIC Ägypten: Den Rawabet-Raum upgraden, Kairo
 EUNIC Griechenland: Kunst für soziale Entwicklung
 EUNIC Jordanien: Realisierbarkeitsstudie für ein europäisches Kulturzentrum in Amman
 EUNIC Krakau PLAYPUBLIK 2014 – Internationales Festival für Spiele zum öffentlichen Raum
 EUNIC Lettland: Europäische Ausstellung für Sound und audiovisuelle Kunst SKAN II (Teil des Kulturhauptstadt-Programms Riga 2014)
 EUNIC London-Brüssel-Rabat-Casablanca: Sursum Linguae
 EUNIC Lyon: Zwei Minuten für Europa! – EUNIC-Wettbewerb 2014
 EUNIC Marokko-Rabat: Kultur als Instrument der Außenbeziehungen – Unterstützung für die Strukturierung der Kulturpolitik in der MENA-Region und in Afrika
 EUNIC Palästina: Europäischer Fokus auf Jugendliteratur und Comics – Professionalisierung der Palästinensischen Internationalen Buchmesse
 EUNIC Serbien: Stadt und Kreativität: Openly about Public Spaces
 EUNIC Spanien: Europäisches Kino in der Schule
 EUNIC Stockholm: Mehrsprachigkeit Visum Europa
 EUNIC Thailand: Karte des europäischen Erbes („European Heritage Map“)

Best-Practice-Beispiele aus den Regionen

Europa

EUNIC Serbien: Stadt und Kreativität – „Openly about Public Spaces“

Nach einer erfolgreichen Serie von Workshops mit dem Thema „Stadt und

Kreativität“ auf der Belgrader Buchmesse wurde EUNIC Serbien von der BINA (Belgrads Internationale Woche der Architektur) eingeladen, an der Veranstaltung 2014 als Ehrengast teilzunehmen. Das EUNIC-Cluster in Serbien erbat die Unterstützung des EUNIC Cluster Fonds, um ein Projekt im Rahmen dieser Einladung durchzuführen. In diesem Programm sind eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten zwischen den Cluster-Mitgliedern, die teilnehmen wollten, organisiert worden: Österreichisches Kulturforum Belgrad (mit dem Österreich Institut), British Council, Goethe-Institut, Institut français, Instituto Cervantes, Niederländische Botschaft, Schwedische Botschaft, Portugiesische Botschaft. Der „Graffiti“-Workshop sollte zeigen, wie Graffiti zur urbanen Landschaft beitragen und wie Kunst im öffentlichen Raum zu einer aktiveren Bürgerschaft führen kann. Der Workshop „Öffentlicher Raum – Unser Raum brachte einheimische Künstler zusammen, die sich mit dem Entwurf eines neuen Konzepts für öffentliche Spielplätze beschäftigten, die in Serbien noch wenig entwickelt sind. Der Workshop „Grüne Revolution“ bezog einheimische Künstler und Guerilla-Gärtner ein, die sich mit urbanem Gärtnern befassen. Es sollte ein gemeinsamer EUNIC-„Garten“ präsentiert und auf dem Hauptplatz der Stadt eingerichtet werden. Der Garten sollte dann später zu einer der Grundschulen in der Nachbarschaft transferiert werden. An Installationen im öffentlichen Raum (ein Raum im Freien) arbeiteten einheimische und ausländische Künstler, die von EUNIC-Mitgliedern eingeladen worden waren. Sie konzentrierten sich auf die Aspekte Klimawandel, städtisches Leben, urbane Entwicklung und soziale Themen in großen Städten. Das Goethe-Institut organisierte eine Ausstellung von Fotos und anderen Formen der Dokumentation, die das Projekt „Urban Incubator“ vorstellten und weiterentwickelten. Der Eröffnung der Ausstellung ging eine öffentliche

Debatte über die kreative Neuentdeckung von Stadtvierteln voraus. Ein anderer Workshop war „City Signs“, der von Sprachlehrern durchgeführt wurde. Er beschäftigte sich mit der Vielfalt der Umsetzung und mit kreativen Lösungen für Stadtschilder und Stadtmarkierungen durch Aktivitäten, die das Sprachenlernen fördern. Schließlich wurde auch ein EUNIC-Infostand für dieses Projekt eingerichtet, an dem häufig gestellte Fragen zu EUNIC und seinen Mitgliedern beantwortet wurden. Obwohl EUNIC Serbien weitere, ebenso interessante Veranstaltungen geplant hatte sowie auch vielfältige Formen der Zusammenarbeit mit der EU-Delegation, hat die tragische Naturkatastrophe, die Serbien im Frühling 2014 traf, Veranstaltungen und Feierlichkeiten etwas heruntergefahren. Trotzdem hat das Cluster durch das Wissen und den praktischen Austausch, die durch dieses Programm gefördert wurden, dazu beigetragen, die Bedeutung der Kultur in den Außenbeziehungen mit Serbien zu vergrößern.

MENA

EUNIC Jordanien: Kreatives Jordanien – Unterstützung für die Entwicklung der Kreativindustrien in Jordanien

In den Jahren 2012 und 2013 wurde EUNIC Jordanien von der Delegation der Europäischen Union in Amman damit beauftragt, die Entwicklung der Kreativindustrien in Jordanien zu unterstützen. Die EU-Delegation bot Unterstützung in Form von drei aufeinanderfolgenden Verträgen. Die zwei ersten (2012 und 2013) befassten sich mit der Entwicklung der Kreativindustrien in Jordanien, der neueste Vertrag beschäftigt sich dagegen mit der Sichtbarkeit von Aktivitäten für die EU. Das EuroMed Forum, das 2012 von EUNIC in Jordanien einberufen wurde, konzentrierte sich auf die Herausbildung regionaler Netzwerke sowie auch auf die Eruiierung gemeinsamer regio-

ner Prioritäten und Bestrebungen für den Kreativsektor. Das Forum war für EUNIC in Jordanien eine nützliche Plattform, um zu verstehen, wie man den Kreativsektor weiterhin am besten unterstützt. Neben dem Forum wurde im Rahmen von „Kreatives Jordanien“ eine Plattform für visionäre Ideen eingerichtet, die in der offiziellen Anerkennung des Kreativsektors als entwicklungs-fähigen Sektor für den Arbeitsmarkt mündete.

EUNIC Jordanien mit seinen Organisationen für Kulturbeziehungen sah sich in einer einzigartigen Position, um Repräsentanten aus vier verschiedenen Subsektoren unter dem Banner der Kreativindustrien zusammenzubringen – man stellte zum ersten Mal eine Verbindung zwischen ihnen her und half ihnen, zu erkennen, dass sie die gleichen Bedürfnisse haben und mit den gleichen Themen konfrontiert sind. EUNIC Jordanien bot für diese Subsektoren einen Resonanzboden, um Bedürfnisse anzusprechen und Lösungen für die sie betreffenden Themen vorzuschlagen. Der daran anschließende „Call to Action“ repräsentierte die Meinungen dieser Subsektoren. Die Recherchearbeit bezog fünf Fokusgruppen mit ein, von der jede jeweils einen Sektor der Kreativindustrien vertrat. Sie konzentrierten sich auf die Probleme des jeweiligen Sektors und die Lösung von Problemen. Auf das Ergebnis folgte direkt das EU Med Kulturprogramm, ein UNIDO-Projekt für Kreativindustrien und damit verbundene Aktivitäten von EUNIC Jordanien (zum Beispiel Symposien, Trainings, Markt der Möglichkeiten).

2014, unter dem dritten Vertrag, beschäftigte sich EUNIC Jordanien einmal mehr damit, eine Diskussionsplattform anzubieten. Ein „Creative Cities Symposium“ brachte Redner aus Europa zusammen sowie auch Einheimische aus der Praxis. Das Projekt läuft weiter und wird auch 2015 fortgeführt. Durch den Rahmen der drei Verträge und die kontinuierliche Arbeit im Feld der Kreativindustrien ist EUNIC Jordanien eine

Organisation für Kreativindustrien geworden, die vor Ort aufgesucht wird.

Asien und Ozeanien

EUNIC Thailand: Karte des Europäischen Erbes und der Kulturkalender von Thailand

Thailand wurde nie kolonialisiert und ist einzigartig in Asien in dem Sinne, dass es eine Geschichte von Kontakten mit einer großen Bandbreite an Ländern hat, die heute Mitglieder der EU sind. Das gemeinsame europäisch-thailändische Erbe lässt sich im ganzen Land finden – insbesondere in den heutigen und früheren Hauptstädten Bangkok und Ayutthaya.

Um dieses gemeinsame Erbe hervorzuheben, hat EUNIC Thailand vor kurzem die „European Heritage Map of Bangkok and Ayutthaya“ veröffentlicht, die 65 Sehenswürdigkeiten (aus Platzgründen begrenzt) von kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Interesse zeigt. Die Karte kam so gut an, dass EUNIC Thailand entschied, daraufhin die Verbreitung der Karte durch eine Smartphone-App zu diversifizieren und zu vergrößern. Die App erreicht ein neues Publikum und verbindet das europäisch-thailändische historische Erbe durch vor Ort organisierte Programme sowie durch Einbeziehung in Netzwerke sozialer Medien.

Um die Verbreitung der „European Heritage Map of Bangkok and Ayutthaya“ noch zu steigern, zielte das Projekt auch darauf ab, die Öffentlichkeit interaktiv über laufende europäische Aktivitäten in Thailand zu informieren. Es sollte Menschen ermöglichen, eine persönliche Beziehung zu den Sehenswürdigkeiten und den kulturellen Aktivitäten der EU herzustellen und sich darüber mit anderen in sozialen Medien auszutauschen.

Das Projekt wurde finanziert durch die Delegation der Europäischen Union und den EUNIC Cluster Fonds, die Botschaften von Dänemark, Italien und den

Niederlanden, durch Alliance française, Goethe-Institut, Instituto Camões und British Council. Die Smartphone-App „European Heritage Map and Cultural Calendar“ verzeichnet mehr als 200 gemeinsame Sehenswürdigkeiten und ist erhältlich sowohl für Nutzer von iOS als auch Android.

Subsaharisches Afrika

EUNIC Zimbabwe: Basket Case II

„Basket Case II“ ist eine Initiative von EUNIC Zimbabwe und wird finanziert von der Europäischen Union. Das Projekt wurde in zwei Phasen entwickelt: Künstlerresidenzen und Design-Workshops im Frühling und Sommer 2014 sowie eine für Oktober anberaumte große Ausstellung mit Katalog, die zeitlich mit der Eröffnung der renovierten Nationalgalerie von Zimbabwe zusammenfiel. Das Projekt beinhaltete auch eine Reihe von Vorträgen und Debatten über interdisziplinäres Vorgehen und Nachhaltigkeit in den Bereichen Handwerkskunst, Design und bildende Kunst. Das EUNIC Zimbabwe Cluster (British Council, Alliance Française und Goethe-Institut) und die Nationalgalerie von Zimbabwe, Harare, arbeiteten für die zweite Ausgabe des Basket Case zusammen, einem Projekt für bildende Kunst und Design, das fünf prominente afrikanische und europäische Künstler (aus Nigeria, Deutschland, Zimbabwe, Großbritannien und Frankreich) zusammenführte, die daran arbeiteten, neue Werke in Zusammenarbeit mit Korbflechtern in verschiedenen Regionen Zimbabwes zu schaffen. Zwei renommierte europäische Designer führten auch kreative Workshops mit zwei Flechter-Communitys durch. Dabei wurde aus der eigenen Expertise und der traditionellen Kunst der Weber geschöpft, um innovative Designs zu entwickeln, die auch die Objektbandbreite der Communitys erweiterte. Weitere Partner dieses Projekts waren das Binga Craft Centre (Binga), Bula-

wayo Home Industries (Bulawayo), Lupane Frauenzentrum (Lupane), Step Trust (Honde Tal) und die Zienzele-Stiftung (Masvingo). „Basket Case II“ wurde kuratiert von Christine Eyene, Guild Forschungsstipendiatin für zeitgenössische Kunst an der University of Central Lancashire, und Raphael Chikukwa, Chefkuratorin der Nationalgalerie von Zimbabwe.

EUNIC Brasilien: Europawoche in Brasilien

Die Europawoche wird seit 2004 in der brasilianischen Hauptstadt organisiert und wird mit jedem Jahr stärker wahrgenommen und erreicht ein größeres Publikum. Inzwischen ist sie dort eines der traditionellen Kulturereignisse geworden. Die Europawoche ist ein großartiges Instrument der Soft Power, um einige Aspekte der EU-Außenpolitik zu unterstützen. Sie ist nicht nur eine tolle Möglichkeit, um den Reichtum und die Vielfalt der europäischen Kultur zu präsentieren, sondern auch eine Plattform für den Dialog mit der brasilianischen Zivilgesellschaft über relevante EU-Themen. Darüber hinaus fördern EUNIC-Aktivitäten in Brasilien europäische Kultur und Werte durch das Beispiel der Zusammenarbeit zwischen nationalen Instituten, Botschaften, der EU-Delegation sowie lokalen Partnern.

Die zehnte Europawoche wurde zwischen dem 30. April und 25. Mai veranstaltet. Als Hommage an kommende Sportereignisse in Brasilien lautete das Thema „Sport und Kultur“. Die Hauptaktivitäten fanden in Brasília, Curitiba und Rio de Janeiro statt. Zu den zahlreichen Attraktionen für die Öffentlichkeit (meist kostenlos) zählten das Europäische Filmfestival, zwei Symphoniekonzerte, ein Jazz-Konzert, ein Laufwettbewerb, ein Basar, die kulinarische Woche und viele andere Ereignisse. Über die Veranstaltung wurde viel in den Medien berichtet. Diese große Aufmerksamkeit der Medien, verbunden mit einer Kampagne in sozialen Medien (Facebook,

Instagram und Twitter), garantierte eine hohe Sichtbarkeit und Erfolg beim Publikum. Das Projekt wurde finanziert durch den jährlichen Beitrag der EUNIC-Mitglieder und teilnehmende EU-Mitgliedstaaten, die strategische Partnerschaft mit der EU-Delegation und den EUNIC Cluster Fonds. Auch Sponsorengelder wurden genutzt. Lokale Partner unterstützten das Projekt auf ähnliche Weise. EUNIC Brasilien plant die Veranstaltung auch wieder für 2015.

Projekte der EUNIC-Cluster – Beispiele von 2014

Januar 2014

EUNIC Kroatien: Kulturstipendium 2013
EUNIC Israel: Another Look – The Restored European Film Project #2
EUNIC Toronto: EUNIC Buchclub
EUNIC Wien: Gedenken an den Ersten Weltkrieg - 2014

Februar 2014

EUNIC Südafrika: Ausstellung zum Aufstieg und Niedergang der Apartheid
EUNIC New York: Wien Complex Festival 2014
EUNIC New York: Festival Neue Literatur 2014

März 2014

EUNIC Paris: Filmfestival Semaine des Cinémas Étrangers
EUNIC Dänemark: UNESCO Tag der Lyrik – Die Macht der Lyrik
EUNIC Finnland: Living Room Ausstellung
EUNIC Peru: Peru Cultura Verde 2014, Preis
EUNIC Zimbabwe: Basket Case II, März-Oktober 2014

April 2014

EUNIC New York: Walking in the Air: Kunstkritik in Europa
EUNIC New York: Europäisches Filmfestival Panorama

Mai 2014

EUNIC Ottawa: Europäische Kurzfilmtage
EUNIC Senegal: DAK'ART 2014
EUNIC London: Europäische Literaturnacht
EUNIC Bukarest: EUNIC-Filmfestival

Juni – August 2014

EUNIC Berlin: Bal littéraire und Szenische Lesungen
EUNIC London: Sheffield Doc/ Fest
EUNIC Bukarest: Nacht der Kulturinstitute
EUNIC Budapest: EU Jazz Express

September 2014

EUNIC Libanon: Ausstellung, 3-
EUNIC Namibia: 3. Filmfestival
EUNIC Brüssel: Transposies
EUNIC-Cluster feiern den Europäischen Tag der Sprachen
EUNIC London: Theater Europas, Auf-führung von Europas innovativstem Theater

Oktober 2014

EUNIC Österreich: Tag des Kaffees
EUNIC Libanon: Die Paläste der Frauen
EUNIC Washington: Jahreskonzert
EUNIC Brüssel: Pop & Shop
EUNIC Ottawa: Buchclub

November 2014

EUNIC OPT: Palästina neu denken
EUNIC Bratislava: NU Tanzfest
EUNIC Iran: 25. Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs
EUNIC Almaty: Europäische Zeichentrickwoche in Kasachstan
EUNIC Montevideo: Europäische Literatur-nächte
EUNIC Athen: Pantone Green und ein Glas Limonade
EUNIC Slowenien: Einladung in die stille Stadt
EUNIC New York: Ost und West: Kultur-übergreifende Einflüsse

Dezember 2014

EUNIC Global: Projektbeginn für Cross-roads for Culture

EUNIC Prag: EUNIC App Eurotrash Party
 EUNIC Athen: Kunst für soziale Entwicklung
 EUNIC Russland: Praktika für russische Kuratoren

Fakten zu EUNIC

1. Mitglieder des EUNIC-Netzwerks

Österreich: Österreichisches Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres

Belgien: Wallonie-Brüssel International
 Belgien: Flemish department of Foreign Affairs

Bulgarien: Kulturministerium

Kroatien: Foundation Croatia House

Zypern: Ministerium für Bildung und Kultur

Tschechien: Tschechische Zentren

Dänemark: Dänisches Kulturinstitut

Estland: Estnisches Institut

Finnland: Finnische Kultur- und Akademieinstitute

Frankreich: Foundation Alliance Française

Frankreich: Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Frankreich: Institut Français

Deutschland: Goethe-Institut

Deutschland: ifa – Institut für Auslandsbeziehungen

Griechenland: Griechische Kulturstiftung

Griechenland: Außenministerium

Ungarn: Balassi-Institut

Irland: Culture Ireland

Italien: Società Dante Alighieri

Italien: Außenministerium

Lettland: Lettisches Institut

Litauen: Litauisches Kulturinstitut

Luxemburg: Ministerium für Auswärtige und Europäische Beziehungen

Niederlande: Dutch Culture

Polen: Polnisches Außenministerium

Portugal: Instituto Camões

Rumänien: Rumänisches Kulturinstitut

Slowakei: Außenministerium

Slowenien: Ministerium für Bildung,

Wissenschaft, Kultur und Sport

Spanien: Instituto Cervantes

Schweden: Schwedisches Institut

Großbritannien: British Council

2. EUNIC-Direktorium

Juni 2013-Juni 2014

Charles-Etienne Lagasse, Wallonie-Brüssel International, Belgium – EUNIC-Präsident

Annika Rembe, Schwedisches Institut,

Schweden – EUNIC-Vizepräsidentin

Rafael Rodríguez-Ponga, Instituto Cervantes,

Spanien – EUNIC Zweiter Vizepräsident

EUNIC-Vorstand seit Juni 2014

Annika Rembe, Schwedisches Institut,

Schweden – EUNIC-Präsidentin

Rafael Rodríguez-Ponga, Instituto Cervantes,

Spanien – EUNIC-Vizepräsident

Pal Hatos, Balassi-Institut, Ungarn – EUNICs Zweiter Vizepräsident bis November 2014

Michael Metz-Morch, Dänisches Kulturinstitut,

Dänemark – EUNICs Zweiter Vizepräsident seit Dezember 2014

3. EUNIC Global office

Vollzeitmitarbeiter

Helena Kovarikova, Leiterin seit Juli 2012

Kamila Gawronska, Beauftragte für

Netzwerk und Kommunikation seit

November 2011 (vorübergehend abwesend ab Oktober)

Khadija El Bennaoui, MENA-Projekt-

ordinatorin November 2012 – März 2014

Roxana Apostol, Beauftragte für Netz-

werk und Kommunikation seit Oktober

2014

Lina Kirjazovaite, Projektmanagerin

„Crossroads for Culture“ seit Novem-

ber 2014

Trainees

Assistenten für Kommunikation:

Corina Pirva, September 2013 – März

2014

Francesca Farmer, Februar 2014 – Au-

gust 2014

Federica Cacciaglia, August 2014 – Ok-

tober 2014

Emilian Ostroveanu, seit November

2014

Assistenten für Kommunikation und Verwaltung:

Eleonora Parisi, Assistentin für Kommunikation und Verwaltung, September 2013 – März 2014

Hazel Allan, Assistentin für Kommunikation und Verwaltung, März – September 2014

Philippa Tomlin, Assistentin für Kommunikation und Verwaltung seit Septem-

ber 2014

Assistenten für „Crossroads for Culture“:

Annik Merckx, Forschungsassistentin

seit Dezember 2014

Laura Navarro-Lacroix, Assistentin für

Projektmanagement seit Dezember

2014

ifa



Herausgeber: EUNIC, Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa)
und Europäische Kulturstiftung (ECF) Amsterdam

Redaktion und Projektleitung: William Billows, Sebastian Körber
Mitarbeit: Dominic Konrad, Roxana Apostol,
Helena Kovarikova
Gestaltung: Eberhard Wolf

Adresse ifa: Charlottenplatz 17, 70173 Stuttgart
Druck: Steidl Verlag Göttingen
Übersetzung: Karola Bartsch, William Billows,
Eva Bonné, Carmen Eller, Burkhart Kroeber, Werner Roller

Die Beiträge geben die Meinungen der Autoren wieder.
Fotoinweise Bildstrecke: Espen Eichhöfer/OSTKREUZ

Autorenfotos: S. 89: Bettina Strauss,
S. 206: Carolin Seeliger, S. 213: Susanne Schleyer

Erste Auflage 2015

© 2015 für die Fotografien
© 2015 für die Texte bei den Autoren
© 2015 für diese Ausgabe: Steidl Verlag, Göttingen
Scans: Steidl's digital darkroom

Gesamtherstellung und Druck:
Steidl, Göttingen
Steidl
Düstere Str. 4 / 37073 Göttingen
Tel. +49 551 49 60 60 / Fax +49 551 49 60 649
mail@steidl.de
www.steidl.de

ISBN:978-3-86930-953-8
Printed in Germany by Steidl
Kulturreport 2015

Steidl

„Die Dritte Welt klopft an die Pforten Europas, und sie kommt herein, auch wenn Europa sie nicht hereinlassen will.“ UMBERTO ECO

Europa altert. Experten sagen: Europa braucht eine Million junge Zuwanderer im Jahr, um seine steigende Zahl an Rentnern auszugleichen. Während sich der Kontinent am Mittelmeer gegen Bootsflüchtlinge abschottet, leben in vielen Ländern der EU Einwanderer schon seit mehreren Generationen ohne ausreichende Integration. Und es besteht kein Zweifel: Ob Religion, Sprache, Erziehung, Ausbildung, Sport oder Medien – in der Kultur liegt der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Während es Anzeichen für eine Harmonisierung der zivilen und sozioökonomischen Integrationspolitik in Europa gibt, wird die kulturelle Dimension noch immer von nationalen Konzepten und Vorstellungen von Integration bestimmt. Demzufolge unterscheiden sich die Integrationsstrategien in Europa stark. Welche haben sich bewährt? Wo liegen die Potenziale der Kultur und welche Konzepte braucht der Kontinent, um Migranten besser in Mehrheitsgesellschaften zu integrieren? Wie kann Europa den Widerspruch zwischen einer repressiven Flüchtlings- und einer rationalen Migrationspolitik auflösen? Und schließlich: Wie kann EUNIC, das europäische Netzwerk nationaler Kulturinstitute, die Integration von Migranten fördern? Renommierete Wissenschaftler, Autoren, Schriftsteller und Geschichtenerzähler suchen im Kulturreport 2014/2015 nach Antworten. Darunter Umberto Eco, Francis Fukuyama, Bassam Tibi, Zygmunt Baumann, Richard Sennett, Slavenka Draculić, Claus Leggewie und Mely Kiyak.

